



SPD

JAHRBUCH 2013 – 2014
*DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS*



JAHRBUCH 2013 – 2014
*DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS*

IMPRESSUM

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Tel. 030 25991-500
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

Verantwortlich: Yasmin Fahimi
Gestaltung: Network Media GmbH
Erschienen: Dezember 2015

Das Jahrbuch ist nur in digitaler Form erschienen.

7	Vorwort	
9	1. BERICHTE DER GREMIEN	
10	Parteivorstand und Präsidium	
10	Parteikonvent	
13	2. BERICHTE DES WILLY-BRANDT-HAUSES	
14	150 Jahre SPD	
18	Bundestagswahl 2013	
18	Europawahl 2014	
19	Mitgliedervotum 2013	
20	Große Koalition	
21	25 Jahre SDP	
21	Themenlabore	
22	Nachbarschaftskampagne	
23	Kampagne Digital Leben	
24	Parteischule	
28	Mitgliederwerbung und -entwicklung	
30	Gleichstellungspolitik	
32	Internationale Politik	
35	3. FINANZEN DER PARTEI	
48	Kontrollkommission	
49	4. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN	
50	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	
51	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	
53	Arbeitsgemeinschaft 60 plus	
54	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	
55	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	
56	Arbeitsgemeinschaft für Selbständige in der SPD (AGS)	
58	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	
60	Arbeitsgemeinschaft Jusos in der SPD	
62	Arbeitsgemeinschaft Juso-Hochschulgruppen	
64	Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos)	
65	Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	
66	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderung in der SPD	
69	5. KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN	
70	Themenforum Verbraucherpolitik	
71	Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD	
73	Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	
74	Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	
74	Grundwertekommission	
76	Historische Kommission	
78	Medien- und Netzpolitische Kommission	
80	Europapolitische Kommission	
80	Koordinierungsgruppe Türkei	
80	Kommission Internationale Politik	
80	Progressive Allianz	
81	Kommission Sicherheit und Bundeswehr/ Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik	
82	Organisationspolitische Kommission	
82	Bundesschiedskommission	
84	Forum Sport	
85	Forum Innenpolitik	
86	Gesprächskreis Finanzmarkt und Finanzpolitik	
86	Kulturforum der Sozialdemokratie	
89	Gesprächskreis Verkehr und Mobilität	
91	Forum Ländliche Räume	
91	Gesprächskreis Bildung/Forum Bildung	
92	Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	
92	Forum Metropolenpolitik	
93	Forum Eine Welt	
93	Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR	
94	Gesprächskreis Jugend	
95	Gesprächskreis Menschenrechte	
95	Gesprächskreis Wohnungsbau und Stadtentwicklung	
96	Gewerkschaftsrat	
96	Seniorenrat	
97	Internationaler Willy-Brandt-Preis	
97	Wilhelm-Dröschler-Preis	
98	Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	
99	Regine-Hildebrandt-Preis	
101	6. LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE	
102	Schleswig-Holstein	
104	Mecklenburg-Vorpommern	
106	Hamburg	
110	Bremen	
113	Niedersachsen	
117	Braunschweig	
121	Hannover	
125	Nord-Niedersachsen	
127	Weser-Ems	
131	Sachsen-Anhalt	
133	Brandenburg	
136	Berlin	
140	Nordrhein-Westfalen	
145	Hessen	
149	Hessen-Nord	
154	Hessen-Süd	
157	Thüringen	
160	Sachsen	
163	Saarland	
166	Rheinland-Pfalz	
168	Baden-Württemberg	
172	Bayern	
175	7. BERICHT DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE DER SPD	
177	8. BERICHT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION	
209	9. DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	
213	10. SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK	
221	11. VERSTORBENE SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN	
225	12. BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN	



(Fotos: Dominik Thomas Butzmann)

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

gemeinsam schauen wir auf zwei bewegte Jahre für die SPD zurück. Als älteste und größte Volkspartei Deutschlands haben wir mit unserem 150jährigen Jubiläum ein fröhliches und bewegendes Parteifest feiern können. Auch die Gründung der Sozialdemokratie in der damaligen DDR und die spätere Vereinigung von ost- und westdeutscher SPD vor 25 Jahren haben wir mit Stolz auf das Erreichte begangen. Wie keine andere politische Kraft steht die SPD seit Jahrzehnten mit ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für den Anspruch, aus Deutschland immer wieder „ein besseres Land“ (Willy Brandt) zu machen.

Mit dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung im Dezember 2013 hat unser Partei einmal mehr gezeigt, dass sie diesem Anspruch gerecht wird. Wir übernehmen Verantwortung für unser Land. In einem historisch einmaligen Mitgliedervotum hat eine überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder für den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU gestimmt.

Dieser große Vertrauensbeweis stützt unsere Regierungsarbeit bis heute. Auch deshalb ist es uns in den letzten Monaten gelungen, viele entscheidende sozialdemokratische Projekte durch- und umzusetzen: Ob mit dem Mindestlohn, gerechteren Renten, der Mietpreisbremse und der Stärkung von Familien oder der Energiewende – überall lösen wir das sozialdemokratische Versprechen ein, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Alltag besser zu machen. Gleichzeitig stehen wir ein für eine sozialdemokratische Friedenspolitik, die auf Dialog und Zusammenarbeit setzt in Europa und der Welt.

Mit dieser Politik orientieren wir uns an der großen Tradition von Helmut Schmidt und Egon Bahr, von denen wir in diesem Jahr Abschied nehmen mussten. Sie haben unsere Partei mit dem Prinzip von Zuversicht und Realismus entscheidend mitgeprägt. Ihr politisches Lebenswerk steht für Vertrauen in Deutschland als „gutem Nachbarn“, für eine umsichtige und kluge Politik gerade in schweren Zeiten, und schließlich für Sicherheit und Frieden. Ihr Vermächtnis ist eine Politik, die Realitäten anerkennt, sich aber nicht mit den Verhältnissen abfindet. Wir werden es in die Zukunft tragen.

Denn Zuversicht und Realismus brauchen wir auch für die enormen Herausforderungen, die vor uns liegen. Dass heute so viele Menschen zu uns nach Deutschland kommen, ist auch ein tausendfacher Vertrauensbeweis in eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und sichere Gesellschaft, die wir als SPD mit aufgebaut haben.

Mit der ganzen Kompetenz unserer Partei auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden wir in der Flüchtlingskrise helfen, steuern und ordnen. Wir werden gleichzeitig eine Gesellschaftspolitik für die nächsten Jahre entwickeln, die auf mehr Integration setzt und allen Menschen in Deutschland zugutekommt. Schließlich werden wir die Fluchtursachen außerhalb Europas bekämpfen, indem wir gemeinsam mit unseren Partnern für eine aktive Friedenspolitik wirken.

Auch in den nächsten Jahren wird die SPD für eine Politik stehen, die mit ihren Grundwerten und einer klaren inneren Haltung nicht auf Resignation und Angst, sondern auf Mut und Fortschritt setzt. In den kommenden Monaten werden wir die programmatische Grundlage für unsere Politik bis 2025 schaffen. Das digitale Zeitalter, eine neue europäische Friedensordnung, Sicherheit und Chancen für alle – all das sind Themen, die einer sozialdemokratischen Politik bedürfen.

**DENN FORTSCHRITT PASSIERT NICHT EINFACH.
ER WIRD GEMACHT.**

Euer

Eure

BERICHTE DER
GREMIEN

PARTEIVORSTAND UND PRÄSIDIUM

Aufgrund des organisationspolitischen Beschlusses, den der Bundesparteitag 2011 fasste, wurde in der Wahlperiode 2011 bis einschließlich 2013 kein Präsidium gewählt. Stattdessen tagte der Parteivorstand in einem vierzehntägigen Rhythmus.

Die Schwerpunkte der Beratungen des Parteivorstandes waren:

- die Vorbereitung 150 Jahre SPD,
- die Vorbereitung der Festveranstaltung 150 Jahre am 23. Mai in Leipzig,
- das große Deutschlandfest im August 2013 in Berlin,
- die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013.

Der Parteivorstand diskutierte nach der Bundestagswahl ausführlich die Wahlergebnisse und beschloss, ein Mitgliedervotum über den Eintritt in die Große Koalition durchzuführen. Die Koalitionsverhandlungen mit der Union wurden vom Parteivorstand intensiv begleitet. Außerdem wurden zu wichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, der Gewerkschaften und der Wissenschaft als Referentinnen und Referenten eingeladen.

Auf dem Bundesparteitag 2013 wurde beschlossen, wieder ein Präsidium einzurichten. Dieses tagt seit Januar 2014 vierzehntägig.

Auf dem außerordentlichen Parteitag am 26. Januar 2014 wurde die Anzahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf sechs erhöht. Ralf Stegner wurde zu einem weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Yasmin Fahimi wurde als Nachfolgerin von Andrea Nahles zur Generalsekretärin und Dietmar Nietan als Nachfolger von Barbara Hendricks zum Schatzmeister gewählt. Der Parteivorstand kam in einem Monatsrhythmus zu seinen Sitzungen zusammen.

Schwerpunkte der Sitzungen waren die Vorbereitung der Europawahl, die Begleitung der Wahlkampagne, die internationale Lage, die Auswirkungen der Flüchtlingskatastrophe auf Deutschland und Europa sowie die Lage in der Ukraine. Außerdem waren die regionalen Wahlkämpfe und die Unterstützung der wahlkampfführenden Landesverbände Gegenstand der Beratungen. Darüber hinaus wurden Themen wie Radikalisierung und Rechtsextremismus behandelt.

Zu allen wichtigen gesellschaftlichen Themen wurden Beschlüsse gefasst und Resolutionen verabschiedet. In Bezug auf die sogenannten „Grauen Wölfe“ fasste der Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluss.

Präsidium und Parteivorstand luden zahlreiche internationale Gäste zum Meinungsaustausch ein, etwa Vertreterinnen und Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie oder den Vorsitzenden der SPÖ, den österreichischen Bundeskanzler Werner Feymann.

PARTEIKONVENT

Im Berichtszeitraum hat der Parteikonvent vier Mal getagt. Die Beratungen fanden am 16. Juni 2013, am 27. September 2013, am 20. Oktober 2013 und am 20. September 2014 statt. Beschlüsse siehe Kapitel: Beschlüsse und Erklärungen.

**MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES BIS 15.11.2013
GEWÄHLT AUF DEM PARTEITAG DER SPD IN BERLIN
AM 5.12.2011**

Parteivorsitzender:	Sigmar Gabriel
Stellvertretende Parteivorsitzende:	Hannelore Kraft Aydan Özoğuz Olaf Scholz Manuela Schwesig Klaus Wowereit
Generalsekretärin:	Andrea Nahles
Schatzmeisterin:	Barbara Hendricks
Verantwortlicher des Parteivorstandes für die Europäische Union:	Martin Schulz
Weitere Mitglieder des Parteivorstandes:	Doris Ahnen Niels Annen Katrin Budde Martin Dulig Michaela Engelmeier-Heite Elke Ferner Peter Friedrich Michael Groschek Hubertus Heil Zülfiye Kaykin Alptekin Kirci Anette Kramme Gabriele Lösekrug-Möller Nadja Lüders Heiko Maas Christoph Matschie Hilde Mattheis Julian Nida-Rümelin Matthias Platzeck Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Armin Schild Carsten Sieling Ralf Stegner Ute Vogt

**MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES AB 15.11.2013
GEWÄHLT AUF DEM PARTEITAG DER SPD IN LEIPZIG
AM 15.11.2013 UND AUF DEM AUßERORDENTLICHEN
PARTEITAG DER SPD IN BERLIN AM 26.1.2014**

Parteivorsitzender:	Sigmar Gabriel
Stellvertretende Parteivorsitzende:	Hannelore Kraft Aydan Özoğuz Thorsten Schäfer-Gümbel Olaf Scholz Manuela Schwesig Ralf Stegner ab 26.1.2014
Generalsekretärin:	Andrea Nahles bis 17.12.2013 Yasmin Fahimi ab 26.1.2014

Schatzmeisterin/
Schatzmeister: **Barbara Hendricks bis 17.12.2013
Dietmar Nietan ab 26.1.2014**

Verantwortlicher des
Parteivorstandes für die
Europäische Union: **Martin Schulz**

Weitere Mitglieder
des Parteivorstandes:

**Doris Ahnen
Niels Annen
Katrin Budde
Petra Crone
Martin Dulig
Michaela Engelmeier
Elke Ferner
Peter Friedrich
Kerstin Griese
Michael Groschek
Hubertus Heil
Gabriele Lösekrug-Möller
Heiko Maas
Homaira Mansury
Christoph Matschie
Matthias Miersch
Joachim Poß
Florian Pronold
Armin Schild
Dagmar Schmidt
Carsten Sieling
Ralf Stegner bis 26.1.2014
Jan Stöß
Sascha Vogt
Ute Vogt
Dietmar Woidke**

**MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS
DAS PRÄSIDIUM WURDE DURCH ÄNDERUNG DES
ORGANISATIONSSTATUTS AUF DEM PARTEITAG
IN LEIPZIG AM 14.11.2013 WIEDER EINGESETZT.**

Parteivorsitzender:	Sigmar Gabriel
Stellvertretende Parteivorsitzende:	Hannelore Kraft Aydan Özoğuz Thorsten Schäfer-Gümbel Olaf Scholz Manuela Schwesig Ralf Stegner ab 26.1.2014

Generalsekretärin: **Andrea Nahles bis 17.12.2013
Yasmin Fahimi ab 26.1.2014**

Schatzmeisterin/
Schatzmeister: **Barbara Hendricks bis 17.12.2013
Dietmar Nietan ab 26.1.2014**

Verantwortlicher des
Parteivorstandes für die
Europäische Union: **Martin Schulz**

Beisitzerinnen und Beisitzer: gewählt vom SPD-Parteivorstand
am 20.1.2014
**Doris Ahnen
Florian Pronold
Ute Vogt**

BERICHTE DES
WILLY-BRANDT-HAUSES

**150
JAHRE**



**SEIT 150 JAHREN AUF DEM WEG
ZU EINEM BESSEREN LAND
AKTIONEN UND FEIERLICHKEITEN
ZUM JUBILÄUM DER DEUTSCHEN
SOZIALDEMOKRATIE**

EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN

Viele hundert Veranstaltungen in ganz Deutschland haben gezeigt, wie wichtig es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war, ihren 150. Geburtstag würdig zu feiern. Nicht nur, weil man als älteste demokratische Partei des Kontinents jedes Recht hat, einen runden Geburtstag zu begehen und sich nicht ohne Stolz die eigenen Geschichte und Tradition zu vergegenwärtigen. Sondern vielmehr, weil die Sozialdemokratie unbestritten die zentrale demokratische Konstante bildet, die eineinhalb Jahrhunderte deutscher Geschichte durchzieht. Das Jubiläum war daher Anlass, über die historische und aktuelle Bedeutung der ältesten demokratischen Partei zu sprechen.

Unterstützt wurden die vielfältigen Aktivitäten vor Ort, die das Parteileben in ganz Deutschland prägten, vor allem durch zwei Angebote, die der SPD-Parteivorstand den Gliederungen zur Verfügung stellte.

WANDERAUSSTELLUNG 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE

Die Wanderausstellung, die gemeinsam mit dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt wurde, war häufig Ausgangspunkt für weitere Veranstaltungen und Aktionen – z.B. für Vernissagen, lokale Festveranstaltungen zum Parteijubiläum, Gesprächsrunden in Stadtmuseen oder Volkshochschulen, historische Stadtspaziergänge und Theateraufführungen, die die Geschichte der Sozialdemokratie zum Thema hatten. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt. So fand im ganzen Land eine breite und intensive Beschäftigung mit dem Parteijubiläum statt.

FILM „WENN DU WAS VERÄNDERN WILLST...“

Mit dem Film „Wenn Du was verändern willst...“, den der SPD-Parteivorstand gemeinsam mit der Image GmbH produziert hatte, wurde den Gliederungen ein zweites wichtiges Instrument an die Hand gegeben, mit dem eigene Aktivitäten durchgeführt werden konnten. So kam es deutschlandweit zu vielen hundert Filmaufführungen, die oft begleitet waren von einer politischen Gesprächsrunde oder einem Empfang für Akteure der örtlichen Zivilgesellschaft.

ÖRTLICHE JUBILÄUMSBEAUFTRAGTE

Wichtige Träger der vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen in ganz Deutschland waren die örtlichen Jubiläumsbeauftragten. Mit eineinhalb Jahren Vorlauf zum Jubiläumsjahr begann der Aufbau eines Netzwerks parteigeschichtlich engagierter Genossinnen und Genossen, die regionale Jubiläumsaktivitäten initiierten und koordinierten. Ein vom SPD-Parteivorstand herausgegebener Newsletter lieferte dazu Veranstaltungs- und Aktionsideen, kommunizierte Best-Practice-Beispiele und informierte die Jubiläumsbeauftragten stets über die weiteren Planungen des Parteivorstands.

VORWÄRTS-SONDERHEFT: „150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE – DER LANGE WEG ZU EINEM BESSEREN LAND.“

Zum Auftakt des Jubiläumjahres erschien ein Sonderheft des vorwärts: „150 Jahre Sozialdemokratie – Der lange Weg zu einem besseren Land“. Die Erstauflage von rund einer halben Million Exemplaren war bald vergriffen. Das Heft zeichnet in Worten und Bildern den Einsatz mutiger, engagierter, weitblickender Menschen für die Menschenrechte nach: vom Hambacher Fest für die Pressefreiheit 1832 über den Kampf für das allgemeine Wahlrecht, erste Streiks, das Aufbegehren



Das Plakat zum Film – hier mit dem Eindruck für die bundesweite Premiere am 8. Februar 2013 in Leipzig

der Frauen, die demokratische Revolution von 1918, den vergeblichen, aber mutigen Widerstand gegen die Nazibarbarei, den Neubeginn nach 1945, Willy Brandts Regierungserklärung „Mehr Demokratie in der Welt“ von 1969, die Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR 1989 bis zur Regierungsübernahme der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998, die Deutschland bunter, weltoffener, gerechter und auch gelassener machte. Als Gastautorinnen und -autoren schrieben neben anderen Angela Merkel, Michael Sommer, Dieter Hundt, Horst Seehofer, Renan Demirkan, Kardinal Rainer Maria Woelki, Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas und Felipe González für das Heft.

WEBSITE 150-JAHRE-SPD.DE

Ein weiteres zentrales Element war die Website 150-jahre-spd.de. Mit ihr entstand ein umfassendes, interaktives Portal zur SPD-Geschichte, das jede Besucherin und jeden Besucher einlud, eigene Beiträge und Kommentare zur sozialdemokratischen Geschichte zu verfassen und sich somit zu einem Teil des „ältesten sozialen Netzwerks“ zu machen. Mit der Website ist im Netz ein einmaliges sozialdemokratisches Geschichtsportale entstanden, das – anders als ursprünglich geplant – auch über das Jubiläumsjahr hinaus die Userinnen und User einlud, sich auf einfache und multimediale Art und Weise mit vielen Video- und Audioangeboten mit der Geschichte der SPD zu beschäftigen.

HISTORISCHE VERANSTALTUNGSREIHE

Auf Anregung der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und mit Unterstützung der Grundwertekommission und des Kulturforums führte die SPD eine mehrteilige Veranstaltungsreihe durch. Die Reihe begann mit einer großen Auftaktveranstaltung unter dem Titel „LINKS UND FREI? – Sozialdemokratische Identität in Geschichte und Gegenwart“ am 19. November 2012 im Willy-Brandt-Haus. Sie ging grundlegenden Fragen sozialdemokratischer Politik nach: Was gehört zum Selbstverständnis der SPD? Was können wir aus der historischen Erfahrung für die Zukunft der Sozialdemokratie und der Demokratie in Deutschland lernen? Was müssen wir in Zukunft tun für Freiheit und Emanzipation, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen friedlichen, demokratischen Interessenausgleich und für nachhaltigen Fortschritt?

Gemeinsam mit dem Jüdischen Museum Berlin führte die SPD am 6. März 2013 die musikalisch-biografische Revue mit dem Titel „Juden, zur Sonne, zur Freiheit“ auf. Sigmar Gabriel, die Sängerin und Schauspielerin Jasmin Tabatabai und viele weitere prominente Gäste führten durch das Leben bekannter jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wer waren die großen jüdischen Namen der Sozialdemokratie, warum engagierten sich jüdische Frauen und Männer auf Seiten der politischen Linken, was konnten sie dort bewirken und welchen Verlauf nahmen ihre oftmals sehr ungewöhnlichen Lebenswege? Die biografische Zeitreise wurde umrahmt von Liedern der europäischen Arbeiterbewegung und fand bei Publikum und Kritikern große Anerkennung.



Für Sozis und Sammler: Briefmarken zum Jubiläum (Foto: Deutsche Post AG)

SONDERBRIEFMARKE

Eine Sonderbriefmarke erinnerte an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863, den Geburtstag der SPD. Zum Erstverkaufstag gibt es einen Sonderstempel mit dem Gesicht des ADAV-Gründers Ferdinand Lassalle.

VORWÄRTS-STELLEN

Bis zur Zerschlagung durch die Nazis 1933 verfügte die Sozialdemokratie überall im Deutschen Reich über zahlreiche Volks- und Parteihäuser, die weit mehr als Parteizentralen waren, nämlich auch Treffpunkte und Versammlungsorte, welche Gaststätten, Buchhandlungen und Verlage beherbergten. Das größte Volkshaus der SPD stand dort, wo in Berlin-Kreuzberg die Lindenstraße auf den einstmals prächtigen Belle-Alliance-Platz stieß: das „Lindenhaus“, für viele auch das „vorwärts-Haus“. Redaktion, Verlag und Druckerei des SPD-Zentralorgans residierten hier. Das Haus war ein Geschenk des langjährigen Parteivorsitzenden Paul Singer an die Partei. Am 22. April 2013 weihte SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks an dem historischen Standort Gedenkstellen ein, die an wichtige Redakteure der Parteizeitung erinnern: an Franz Mehring, an Friedrich Stampfer – einen der Mitautoren der berühmten Rede Otto Wels' gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz, an Franz Klühs, der 1938 von den Nazis umgebracht wurde.



Olaf Scholz, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks und Frank-Walter Steinmeier bei der Einweihung der „vorwärts-Stelen“ am 22. April 2013 (Foto: Hendrik Rauch)

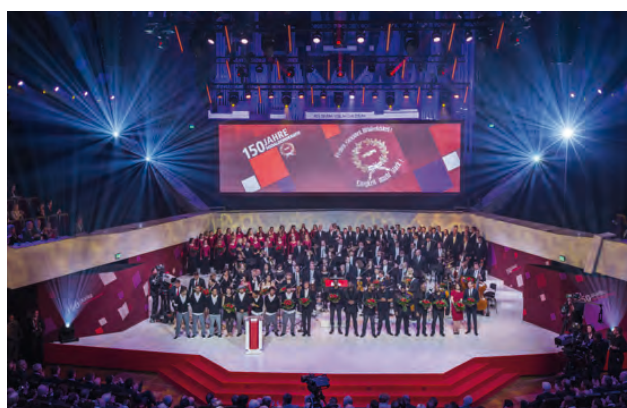
DER FESTAKT AM 23. MAI IN LEIPZIG

Offizieller Höhepunkt der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum war der Festakt am 23. Mai 2013 im Leipziger Gewandhaus.

Als Hauptredner zog Bundespräsident Joachim Gauck eine Linie von Ferdinand Lassalle und Eduard Bernstein über Otto Wels und Kurt Schumacher bis in die Gegenwart: „Die Kernforderungen der Sozialdemokratie waren und sind auf immer neue Weise aktuell“. Der runde Geburtstag der SPD sei „ein Feiertag für das europäische Ringen um Freiheit und Demokratie“. Frankreichs Präsident Francois Hollande lobte die Gründer der SPD: „Sie verknüpften das sozialistische Ideal mit der demokratischen Idee.“ Das „Godesberger Programm“



Francois Hollande und Joachim Gauck: zwei europäische Staatsoberhäupter zu Gast beim Festakt der SPD – hier zusammen mit Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, mit Sigmar Gabriel, Hannelore Kraft und Martin Schulz (Foto: Hans-Christian Plambeck)



Abschlussbild mit Orchester, Chor und allen Beteiligten (Foto: Nils Krüger)

der SPD bleibe ewig aktuell, auch für einen Franzosen. Es lasse sich so zusammenfassen: „So viel Markt wie nötig, Solidarität so weit wie irgend möglich.“

Neben Gauck und Hollande nahmen die komplette SPD-Spitze um Sigmar Gabriel, die Altkanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle sowie zahlreiche Künstlerinnen und Künstler an dem Jubiläumsakt teil.

GEBURTSTAGSFEST AUF DEM LEIPZIGER MARKTPLATZ

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fand 1863 im Leipziger Pantheon statt. Der SPD-Parteivorstand feierte dies mit einem großen öffentlichen Geburtstagsfest. Während am Festakt im Gewandhaus nur 1.600 geladene Gästen teilnehmen konnten, war das Fest auf dem Marktplatz selbstverständlich öffentlich: Die Leipziger und ihre Gäste kamen zu Tausenden.

DAS DEUTSCHLANDFEST

Die Parteimitglieder selbst und mit ihnen tausende Menschen aus aller Welt feierten den 150-jährigen Geburtstag am 17. und 18. August 2013 auf der Straße des 17. Juni in Berlin mit einem riesigen Volksfest. Rund eine halbe Million Menschen kamen an diesem Wochenende zusammen.

Auf der etwa einen Kilometer langen Festmeile waren viele Dutzend Stände und Zelte der Parteigliederungen und befreundeter Organisationen aufgebaut. Das Programm reichte von Kinderspielen über Lesungen und Diskussionen bis hin zu Musikvorführungen. Auf vier Bühnen gab es nonstop ein Kultur- und Musikprogramm mit rund 700 Künstlerinnen und Künstlern – von Samy Deluxe, Dick Brave, Stefanie Heinzmann über Luxuslärm, Konstantin Wecker, Roland Kaiser bis hin zu Julia Neigel und Nena. Als Hauptredner auf der großen Bühne traten SPD-Parteichef Sigmar Gabriel und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück auf.



Das Deutschlandfest der SPD: ein Volksfest im besten Sinne (Foto: Hans-Christian Plambeck)



(Foto: Hans-Christian Plambeck)



Sasha mit seinem Rockabilly-Projekt Dick Brave begeistert die Massen
(Foto: Hans-Christian Plambeck)



Sigmar Gabriel im Lesezelt (Foto: Hans-Christian Plambeck)

100 JAHRE WILLY BRANDT

Der 100. Geburtstag Willy Brandts war ein weiterer Höhe- und zugleich Schlusspunkt des Jubiläumsjahres 2013. Im Rahmen einer großen Festveranstaltung, die in Kooperation mit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung durchgeführt wurde, erinnerte der SPD-Parteivorstand am 19. Dezember 2013 an eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel. Die Festreden hielten der Vorsitzende der SPD Sigmar Gabriel und der Präsident der chilenischen Partido Socialista Ricardo Núñez. Weitere Podiumsgäste waren Egon Bahr, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Markus Meckel, Barbara Hendricks sowie Franziska Augstein.



„Geburtslogo“ der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung



Gesprächsrunde mit Heidemarie Wieczorek-Zeul, Franziska Augstein, Egon Bahr und Markus Meckel (Foto: Thomas Trutschel/photothek.net)



Einer der vielen prominenten Gäste: Richard von Weizsäcker, ehemaliger regierender Bürgermeister von Berlin und Bundespräsident (Foto: Thomas Trutschel/photothek.net)

**BUNDESTAGS-
WAHL 2013**

DER BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

Das Ergebnis der Bundestagswahl erfüllte die Erwartungen der SPD bei Weitem nicht. Dennoch hat die Kampagne Maßstäbe für die Zukunft gesetzt. Der Slogan „Das Wir entscheidet“ brachte den weit verbreiteten Wunsch zum Ausdruck nach mehr Gemeinsamkeit, mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Gesellschaft.

„Wir“ war aber auch kennzeichnend für die Kampagne und deren Instrumente. Ausgangspunkt war etwa der „Bürger-Dialog“ mit über 40.000 Ideen und Vorschlägen für ein Regierungsprogramm neuen Typs. Als erste Partei in Deutschland konnte die SPD damit viele Menschen – mit oder ohne Parteibuch – für die Programmarbeit gewinnen.

In den Werbematerialien verzichtete die Wahlkampfleitung bewusst auf professionelle Models. Stattdessen wurden authentische Menschen mit ganz realen Problemen, Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen gezeigt. Damit führte die SPD eine Kommunikation auf Augenhöhe, um die übliche künstliche Trennung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern zu überwinden.

Besonders wichtig war dafür auch der direkte Kontakt – zum Beispiel in unzähligen Gesprächen mit der Parteispitze und vor allem mit dem Spitzenkandidaten. Wichtiger aber noch war die „Tür-zu-Tür“-Kampagne: Über 18.000 Freiwillige erreichten so fast fünf Millionen Menschen, wiesen diese auf den Wahltag hin, überreichten Informationsmaterial und vor allem: Sie gaben der SPD vor Ort ein Gesicht.

Ein neues Element im Straßenwahlkampf war zudem die Dialog-Box. Sie hat sich als Anziehungspunkt in vielen Innenstädten bewährt und das offene, ungezwungene Gespräch gefördert. Über 96 Mal war sie im Einsatz.

Das Ziel von Offenheit, Dialogbereitschaft und vor allem „Augenhöhe“ wurde auch auf den Kundgebungen verfolgt. Statt auf einer Show-Bühne trat der Spitzenkandidat unter einem zehn Meter großen, runden Schirm auf, der nach allen Seiten offen war. Und immer stellte sich Peer Steinbrück den Fragen der Menschen. Insgesamt absolvierte der Kanzlerkandidat so 44 Termine in ganz Deutschland mit jeweils bis zu 7.000 Besucherinnen und Besuchern.

Eine besondere Rolle spielte auch der Online-Wahlkampf: informieren, diskutieren, überzeugen – und die eigene Kampagne organisieren. Im Bereich Social Media kamen erstmals Twitter-Townhalls und Twitter-Interviews mit dem Spitzenkandidaten zum Einsatz. In hoher Frequenz wurden pointierte Video-Clips und Facebook-Motive mit zugespitzten Botschaften ausgespielt. Und im Schlussspurt ein neuer,

spannender Standard: eine 72-stündige Online-Livesendung mit vielen unterhaltsamen und informativen Formaten rund um den Wahlkampf: Interviews mit den Parteispitzen etwa oder Liveschaltungen zum Wahlkampf vor Ort, immer verknüpft mit Impulsen aus den sozialen Netzwerken. 40 Kolleginnen und Kollegen aus dem Willy-Brandt-Haus waren rund um die Uhr im Einsatz – vor und hinter der Kamera, in der Regie, als Redakteurinnen und Redakteure. Fast 300.000 Menschen konnten über diesen Kanal erreicht werden.

Im Bundestagswahlkampf 2013 kamen viele neue und wichtige Instrumente erstmals zum Einsatz. Das sind unverzichtbare Erfahrungen für die Zukunft.

Siehe dazu auch die Dokumentation: Die Kampagne zur Bundestagswahl 2013 www.spd.de/wahl2013



(Foto: TomasImo)



(Foto: Marionka Pohl)

**EUROPAWAHL
2014**

DER EUROPAWAHLKAMPF 2014

Die SPD führte 2014 einen Europawahlkampf, in dem erstmals mit Martin Schulz ein gemeinsamer Spitzenkandidat aller sozialdemokratischen Parteien in Europa antrat – eine Personalisierung, die es vorher nicht gab.

Mit dem gemeinsamen Kandidaten wurde ein echter europäischer Wahlkampf geführt – mit einem europaweiten Corporate Design

der sozialdemokratischen Parteienfamilie sowie mit Veranstaltungen und Auftritten des gemeinsamen Spitzenkandidaten in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt war Martin Schulz in 150 Städten unterwegs.

Konkret bedeutete das: enge Abstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES), mit den Schwesterparteien in 28 verschiedenen Ländern. In Rom wurde ein gemeinsames Wahlprogramm beschlossen. Eine Tourplanung von Kiel bis Vilshofen, vom spanischen Oviedo bis Helsinki, von Bukarest bis Paris. Eine Martin-Schulz-Broschüre in acht verschiedenen Sprachen, die internationale Kandidaten-Seite im Netz.

Die Konservativen führten einen asymmetrischen Wahlkampf, bei dem sie nicht „aus der Deckung“ kommen wollten. Sie „versteckten“ ihren Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker. Vor allem in Deutschland trat Juncker praktisch auf keiner öffentlichen Wahlkampfveranstaltung von CDU und CSU auf. Er fehlte auf den Plakaten, im TV-Spot, in den Wahlkampfmaterialien. Stattdessen machten CDU und CSU Werbung mit

Angela Merkel, die gar nicht zur Wahl stand. Der Wahlkampf entwickelte sich immer mehr zu einem Versuch, einen „Pudding an die Wand zu nageln“.

Und die SPD musste hingegen einen schnellen Wahlkampf führen. Nach den Koalitionsverhandlungen, dem Mitgliederentscheid und der Regierungsbildung Ende 2013 blieben bis zur Wahl am 25. Mai 2014 nur 25 Wochen für ein Ziel: Martin Schulz sollte der erste demokratisch legitimierte EU-Kommissionspräsident werden – und der erste Kommissionspräsident aus Deutschland seit über 50 Jahren.

Die Grundbotschaft der SPD-Kampagne war: Wir sind eine klar pro-europäische Partei. Wir sind europapolitisch aber nicht naiv. Natürlich muss sich etwas ändern: weniger Bürokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Chancen. Politik für Menschen, nicht für das große Geld. Europa muss nicht alles regeln. Aber ein geeintes, starkes und demokratisches Europa ist unsere Zukunft, wenn wir auch morgen noch in Wohlstand leben und Gewicht in der globalisierten Welt behalten wollen.

Erstmals gab es in einem Europawahlkampf auch TV-Duelle der Spitzenkandidaten. Martin Schulz und Jean-Claude Juncker trafen im Fernsehen zweimal direkt und mehrfach in großen Runden aufeinander. Dazu kamen noch internationale TV-Duelle.

Die SPD führte einen modernen Wahlkampf mit modernem Kampagnen-Design – natürlich auch im Netz, in den sozialen Netzwerken und mit neuen Formaten, wie beispielsweise der Twitter-Townhall noch in



der letzten Wahlkampfwoche. In den Ländern mit Kommunalwahlen wurden Kommunal- und Europawahlkampf eng verzahnt.

Das Ergebnis: Das Ziel, Martin Schulz zum Kommissionspräsidenten zu machen, wurde verfehlt. Dennoch war die Kampagne erfolgreich, denn noch nie zuvor hatte die SPD bei einer bundesweiten Wahl so stark dazugewonnen (6,5 %) – und noch nie hatte sie bei einer Europawahl über dem letzten Bundestagswahlergebnis gelegen.

Siehe dazu auch die Dokumentation der Europawahlkampagne 2013.



(Foto: Photothek)



Foto: Julian Hoffmann



MITMACHEN – MITENTSCHEIDEN

Als erste deutsche Partei hat die SPD 2013 alle 473.000 Mitglieder über einen Koalitionsvertrag (Große Koalition mit CDU/CSU) abstimmen lassen. Hierbei handelt es sich um einen Meilenstein der innerparteilichen Demokratie, mit dem die SPD neue Standards gesetzt hat. Die Beteiligung von 78 Prozent der Mitglieder zeigt, auf welche hohe Akzeptanz der Entscheidung gestoßen ist.

Vorausgegangen war eine intensive Diskussion in der gesamten Partei – und darüber hinaus. 40 Regionalkonferenzen und viele weitere Veranstaltungen in Ortsvereinen und Unterbezirken in nur 17 Tagen haben gezeigt, wie lebendig die SPD ist.



Auch beim Auszählen hieß es: Selber machen. 400 Mitglieder aus allen Landesverbänden haben ab 1:00 Uhr nachts in der Berliner STATION Briefe geöffnet, Stimmen sortiert und gezählt. Am Ende stimmten über dreiviertel der Mitglieder (76 Prozent) für die Annahme des Koalitionsvertrages und legten damit den Grundstein für bislang zwei erfolgreiche Regierungsjahre der SPD und viele wichtige Reformen in Deutschland.

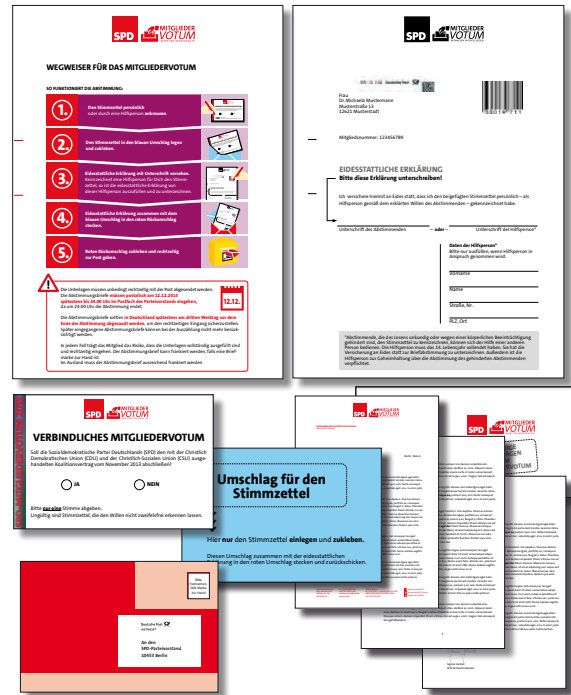
Die lebendige Diskussion und Beteiligung haben die SPD attraktiver gemacht: Von Oktober bis Dezember 2013 sind fast 8.000 Mitglieder in die SPD eingetreten. Mehr als doppelt so viele wie sonst üblich.

MITMACHEN. MITENTSCHEIDEN.

MITGLIEDER VOTUM
www.spd-mitgliedervotum.de

- 27.09. **1** Parteikonvent beschließt Aufnahme von Sondierungsgesprächen
04. bis 17.10. **2** Sondierungsgespräche
- 20.10. **3** Parteikonvent beschließt Aufnahme von Koalitionsverhandlungen
- 4** Wenn Koalitionsverhandlungen erfolgreich sind: Vorstellung Koalitionsvertrag
- 5** Allen Mitgliedern wird der Koalitionsvertrag auf SPD.de zugänglich gemacht
- Bis 06.12. **6** Alle Mitglieder bekommen die Abstimmungsunterlagen zugesandt
06. bis 08.12. **7** Großes Diskussionswochenende
- 8** Regionalkonferenzen
- 12.12. **9** Einsendeschluss Abstimmungsunterlagen – bitte den rechtzeitigen Eingang sicherstellen!
- 14./15.12. **10** Auszählung und Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliedervotums
- 11** Bei mindestens 20 % Beteiligung: Umsetzung des Votums

MITGLIEDERVOTUM UNTERLAGEN



GROSSE KOALITION

DIE SPD IN DER GROSSEN KOALITION

Nach den Bundestagswahlen am 27. September 2013 übernahm die SPD in der Großen Koalition wieder Regierungsverantwortung für Deutschland. Die Parteiführung setzte für die gemeinsame Bundesregierung mit CDU/CSU einen Koalitionsvertrag durch, der klar erkennbar eine sozialdemokratische Handschrift trägt und von der SPD durch ein Mitgliedervotum mit großer

Mehrheit unterstützt wird.

Die Politik der SPD in der Großen Koalition hat klare Ziele: Sie will die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Deutschland ganz konkret besser machen, die Gesellschaft modernisieren und die soziale Marktwirtschaft auf Erfolgskurs halten. Gleichzeitig soll Deutschland ein verlässlicher Partner für Frieden und Zusammenarbeit in Europa und der Welt sein.

SOZIALDEMOKRATISCHE RESSORTS

Mit der neuen Bundesregierung werden zentrale Ressorts wieder von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geführt: Vizekanzler Sigmar Gabriel (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Barbara Hendricks (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Andrea Nahles (Bundesministerin für Arbeit und Soziales), Aydan Özoguz (Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration), Manuela Schwesig (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Heiko Maas (Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz) und Frank-Walter Steinmeier (Bundesaußenminister) setzen sozialdemokratische Programmatik in praktische Regierungsarbeit und Gesetzgebung um.

REGIERUNGSERFOLGE

Wichtige Ziele, für die die SPD im Wahlkampf angetreten war, sind so seit 2013 Realität geworden.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn, die Frauenquote und die Rentenreform sorgen für mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Mit dem ElterngeldPlus, mehr Geld für Kita- und Pflege sowie der Familienpflegezeit werden Familien entlastet. Die Mietpreisbremse hilft, dass Wohnen vor allem in den Ballungszentren und Universitätsstädten bezahlbar bleibt. Mit dem Neustart in der Energiewende wird die größte technologische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung in Angriff genommen. Gleichzeitig werden wichtige Investitionen in die Zukunft getätigt: Bildung und höheres BAföG, Infrastruktur und Städtebau, Integration und eine humane Flüchtlingspolitik haben so in der Bundesregierung mit der SPD wieder Priorität. Dazu gehört auch eine umfassende finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden, um eine gute Daseinsvorsorge vor Ort zu gewährleisten.

Für die sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik sind Diplomatie, Dialog und humanitäre Hilfe die wichtigsten Instrumente und Lösungen, um die zahlreichen Krisen in Europa und der Welt zu bekämpfen. Dafür setzt sich die deutsche Außenpolitik unter sozialdemokratischer Führung zusammen mit Deutschlands Partnern bei den Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten immer wieder ein. Zu einer Politik der Verantwortung gehört auch eine transparente und restriktive Rüstungsexportpolitik sowie Hilfe für Opfer von Krieg und Gewalt: Die SPD hat eine deutlich höhere Flüchtlingshilfe durchgesetzt, um die Bundesländer bei der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden zu unterstützen.

Auch in der Europapolitik der Bundesregierung steht die SPD für Zusammenhalt und Solidarität: Neues Wachstum statt einseitiger

Sparpolitik und Solidarität mit den EU-Partnern verbunden mit einer tragfähigen Reformpolitik haben dazu beigetragen, dass die EU in der Griechenland-Krise eine historische Bewährungsprobe bestanden hat.

AUSBLICK

Die SPD in der Bundesregierung hat die Politik in den vergangenen gut zwei Jahren geprägt und Deutschland vorangebracht. Auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode stehen wichtige sozialdemokratische Regierungsprojekte an: Dazu gehören die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen und die Bekämpfung des Missbrauchs in der Zeit- und Leiharbeit genauso wie eine Politik für mehr Investitionen und der Ausbau der Stromnetze für eine erfolgreiche Energiewende. Die Rentenangleichung von Ost und West gilt es, in Angriff zu nehmen sowie die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Europa braucht eine investitions- und wachstumsfreundliche Politik, die ebenso viel Wert auf soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt legt, eine bessere wirtschaftliche Kooperation, eine effizientere Steuerung für den Euro und mehr Demokratie. Die Stabilisierung der Ukraine und das Verhältnis zu Russland wird für die deutsche Außenpolitik ebenfalls eine zentrale Herausforderung bleiben.

Gleichzeitig wird die SPD in Bund, Ländern und Gemeinden weiterhin für eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik eintreten: Es geht um eine verlässliche Versorgung der Menschen und ihre schnelle und aktive Integration, ohne dass die aufnehmenden Kommunen und Nachbarschaften organisatorisch und finanziell überfordert werden. Dazu gehört auch der entschlossene Kampf gegen die menschenverachtende rechte Hetze und Gewalt.

STERNSTUNDE DER DEMOKRATIE 25 JAHRE GRÜNDUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI IN DER DDR (SDP)



v.l. Markus Meckel, Martin Gutzeit, Johannes Kwaschik, Harald Seidel, Matthias Müller, Simone Manz, Thomas Krüger, Yasmin Fahimi, Bettina Müller, Rainer Hartmann, Annemarie Müller, Roswitha Kostial, Steffen Reiche, Manuela Schwesig, Johannes Richter, Stephan Hilsberg, Oliver Richter, Joachim Kühler, Sabine Heidler (Leger), Thorsten Hilse (Foto: Thomas Trutschel/ photothek-SPD)

25
J A H R E

SPD

Eine Sternstunde der Demokratie – unter diesem Motto stand die Jubiläumsfeier am 7. Oktober 2014 anlässlich der Gründung der Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) vor 25 Jahren. Das Forum Ostdeutschland konnte zum Festakt zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter 25 der Gründerinnen und Gründer der SDP in Schwante und vier ehemalige Vorsitzende der SPD in West und Ost. Mit Stolz können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf diesen Teil der Geschichte blicken und selbstbewusst ihren Anteil am Gelingen der deutschen Einheit vertreten.

Die Gründung der SDP vor 25 Jahren war eine offene Kampfansage an die Herrschenden in der DDR. Mit Enthusiasmus und tatkräftiger Hilfe vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Westdeutschland wurde die junge Partei aufgebaut. Personen wie Harald Ringstorff, Manfred Stolpe, Reinhard Höppner, Regine Hildebrandt, Matthias Platzeck und Wolfgang Thierse prägten die Sozialdemokratie in Ostdeutschland in den vergangenen 25 Jahren.

THEMENLABORE

Die SPD hatte auf ihrem Parteitag 2013 die Einrichtung von Themenlaboren beschlossen. Die Themenlabore sollten breiten gesellschaftlichen Trends und Leitfragen nachgehen und dabei programmatisch über die Regierungszeit in der Großen Koalition hinausdenken. Es sollten zum einen Lösungsangebote auf zentrale Fragen in unserer Gesellschaft entwickelt werden, die in der Großen Koalition nicht bearbeitet werden können. Zum anderen sollten im Themenlabor breitere, durchaus auch visionäre Debatten geführt werden, die aber einen direkten Bezug zur Lebensrealität der Menschen in Deutschland haben.

Die sechs Themenlabore wurden von jeweils zwei politisch Verantwortlichen geleitet:

- Gute Arbeit, gutes Leben (Dagmar Schmidt und Armin Schild)
- Kommunales und Lebensumfeldgestaltung (Michael Groschek und Charlotte Britz)

THEMENLABORE

- Gleichstellung und Vielfalt (Martin Dulig und Elke Ferner)
- Eine gerechte und friedliche Welt (Niels Annen und Bärbel Kofler)
- Neues Wachstum und Innovation (Yasmin Fahimi und Thorsten Schäfer-Gümbel)
- Neue Verantwortungskultur (Ralf Stegner und Sascha Vogt)

Die Themenlabore verfassten bis zu Sommer 2015 Impulspapiere und endeten im Herbst 2015 mit dem Perspektivkongress in Mainz. Die Ideen und Impulse werden in den Prozess eingespeist, der zum Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 führt.

Hallo Nachbar,

Hallo Nachbarin,

VON TÜR ZU TÜR DIE NACHBARSCHAFTSKAMPAGNE

In seiner Sitzung vom 8. Juni 2014 beschloss der Parteivorstand die Nachbarschaftskampagne, um neue Akzente für die Parteiarbeit vor Ort zu setzen. Mit der Nachbarschaftskampagne wird der Ansatz konsequent fortgeführt und ausgebaut, mit Bürgerinnen und Bürgern direkt in Dialog zu treten und neue Beziehungsnetze aufzubauen. Die Kampagne fußt dabei auf den Beschlüssen zur Parteireform 2011, dem Bürgerdialog 2012 und der Tür-zu-Tür-Kampagne im Rahmen des Bundestagswahlkampfs 2013. Sie endet am 31. Dezember 2015.

Die Nachbarschaftskampagne hat klare Voraussetzungen: Wer Nichtwähler ist, kann Wähler werden, wer Wählerin ist, kann auch Freiwillige werden. Wer Freiwillige ist, kann auch Mitglied werden. Wer Mitglied ist, kann aktives Mitglied werden und wer mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Dialog steht, kann seinen Freundinnen und Freunden berichten, dass diese gut ansprechbar sind und dass Politik gestaltbar ist.

Mit der Nachbarschaftskampagne will die SPD die Bindung der Menschen an die Partei stärken, um folgende Ziele zu erreichen:

- wachsende Mehrheitsfähigkeit der SPD vor Ort,
- steigende Wahlergebnisse,
- mehr Kandidatinnen und Kandidaten für Kommunalwahllisten,
- eine Erhöhung der sozialdemokratischen Online-Aktivitäten,
- mehr Frauen in der SPD,
- steigende „kulturelle Affinität“ der SPD in den jeweiligen Nachbarschaften,
- Etablierung der SPD als Dialogpartnerin und verlässliche „Kümmerin“,
- steigende Mitgliederzahlen und Ausweitung der Mitgliederwerbung,
- Stärkung der innerparteilichen Willensbildung durch die direkte Beteiligung möglichst vieler Menschen und den Ausbau demokratischer Teilhabe in Gesellschaft und Staat

Die Nachbarschaftskampagne gliedert sich in drei Teilprojekte.

DIE KAMPAGNE FÜR ALLE UNTERBEZIRKE UND KREISVERBÄNDE

Den Beginn der Nachbarschaftskampagne vor Ort unterstützte das Willy-Brandt-Haus mit einem „Startpaket“. Dabei handelt es sich um ein intuitiv nutzbares Aktionspaket, das es Aktiven ermöglicht, die eigene Nachbarschaft durch eine „neue Brille“ zu sehen. Mit Hilfe des Startpakets sollen die Aktiven ihr lokales Umfeld unter neuen Perspektiven untersuchen, aktuelle und strukturelle Probleme erkennen und über diesen Weg Bürgerinnen und Bürger für ein neues Engagement in der Nachbarschaft gewinnen.

Neben Tür-zu-Tür-Aktivitäten wurden seit Frühsommer 2014 weitere Veranstaltungsformate für die Nachbarschaftskampagne entwickelt und erprobt

- Dialogveranstaltungen in der Nachbarschaft,
- Vernetzung mit lokalen Akteuren,
- Dialogveranstaltungen zu Arbeitnehmerfragen,
- Stadtteilkonferenzen, die sich thematischen Schwerpunkten widmen und zur Willensbildung innerhalb und außerhalb der SPD beitragen,
- Stadtteiltage mit politischen Verantwortlichen der Region, die sich im Regelfall aus der Besichtigung von Projekten, Einrichtungen und Betrieben sowie einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung (townhall meeting) zusammensetzen,
- Stadtteilbesuche mit überregional prominenten politischen Personen, die – statt allein Parteimitglieder in einer geschlossenen Veranstaltung anzusprechen – örtliche Projekte und Einrichtungen besuchen und z. B. mit einem Promi-Spaziergang durch die Fußgängerzone oder Shopping-Mall viele Menschen direkt ansprechen,
- Wahlkreistage mit den lokalen Abgeordneten,
- Aktionsideen für strukturschwache Regionen mit neuen Mobilisierungselementen, Kooperationen (strukturell oder inhaltlich), mit neuer Ansprache und neuen öffentlichen Treffpunkten sowie dem Aufbau einer virtuellen Arbeitsstruktur,
- Aktions- und Veranstaltungsformate für neue Zielgruppen,
- Neumitgliederbindung durch gezielte Ansprache und Angebote.

Werbung von neuen Mitgliedern ist immer ein wichtiger Bestandteil aller Projekte und Veranstaltungen.

In zwei Dritteln der Unterbezirke und Kreisverbände wurde – angelehnt an die positiven Erfahrungen aus dem letzten Bundestagswahlkampf – eine für Kampagnen verantwortliche Person benannt – die „Campaignerin“ oder der „Campaigner“.

Als Unterstützung erhielten diese Aktiven eine Schulung zu den Instrumenten der Nachbarschaftskampagne. Zu diesen zählte etwa der „Mobilisierungsplaner“ auf dem Internet-Portal MITMACHEN.SPDE zur direkten Ansprache von Zielgruppen (Welche Zielgruppen wohnen in einem Wohnquartier?). Hier steht auch der „Kampagnenplaner“ zur Verfügung, mit dessen Hilfe Ortsvereine und Unterbezirke Kampagnen Schritt für Schritt planen und eine Vorlage für ihre Gremien erstellen können.

Zu den weiteren Hilfen aus dem Willy-Brandt-Haus zählen:

- Anleitungen und Ideen für Kampagnen und Kleinaktionen,
- ein Mustervortrag zur Nachbarschaftskampagne,
- eine Musterschulung zur Nachbarschaftskampagne,
- verschiedene Musterkampagnen.

21 MODELLREGIONEN

Um gezielt vor Ort neue Wege der Ansprache zu erproben, hat das Willy-Brandt-Haus bundesweit 21 Modellregionen ausgewählt. In diese Regionen wurden zehn Organisationsberaterinnen und -berater entsandt, um gemeinsam mit Parteimitgliedern vor Ort neue Arbeitsweisen und Instrumente zu entwickeln, die die Partei wieder stärker in der Bevölkerung verankern. Die Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele, die so gewonnen wurden, werden ausgewertet

DIE 21 MODELLREGIONEN SIND:

- Alzey-Worms (LV Rheinland-Pfalz),
- Bautzen (LV Sachsen),
- Dortmund (LV Nordrhein-Westfalen),
- Erfurt-Weimar-Jena (LV Thüringen),
- Friedrichshain-Kreuzberg (LV Berlin),
- Gifhorn (LV Niedersachsen),
- Groß-Gerau (LV Hessen),
- Halle (LV Sachsen-Anhalt),
- Kassel-Stadt (LV Hessen),
- Konstanz (LV Baden-Württemberg),
- Oberhausen (LV Nordrhein-Westfalen),
- Prignitz (LV Brandenburg),
- Ravensburg (LV Baden-Württemberg),
- Rhein-Erft-Kreis (LV Nordrhein-Westfalen),
- Rostock (LV Mecklenburg-Vorpommern),
- Saarbrücken-Stadt (LV Saarland),
- Schaumburg (LV Niedersachsen),
- Segeberg (LV Schleswig-Holstein),
- Unterfranken (LV Bayern),
- Wandsbek (LO Hamburg),
- Schwerpunktregion: „Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ – Traunstein, Altötting, Mühldorf: Bayerisches Chemiedreieck (LV Bayern).

und bundesweit für die Partei bereitgestellt. Projekte werden direkt begleitet und das Projektteam jeweils vor Ort unterstützt.

Bei der Auswahl der Modellregionen legte die Projektleitung im Willy-Brandt-Haus Wert auf eine ausgewogene Verteilung. Einbezogen wurden großstädtische, suburbane und ländliche Parteigliederungen in unterschiedlichen Teilen Deutschlands. So wurde ein repräsentativer Querschnitt der Partei abgebildet.

CAMPAIGN CAMP 2015

Eine Auswertung aus den Erfahrungen der Nachbarschaftskampagne, kombiniert mit der Vorstellung neuer Erkenntnisse aus der Wahlforschung und aktueller Trends der Wahlkampfführung fand auf dem Campaign Camp 2015 Anfang September in Berlin statt.

Hier diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem folgende Fragen: Können Menschen heute überhaupt noch mobilisiert werden, um sich aktiv für eine andere Politik einzusetzen? Über welche Kanäle können Bürgerinnen und Bürger sinnvoll erreicht werden? Wie können partizipative Ansätze konkret zur lokalen Politikgestaltung genutzt werden? Wie verändert man Politik eigentlich vor Ort?

Neben den Campaignerinnen und Campaignern der SPD, Vertreterinnen und Vertretern von NGOs, Vereinen und Verbänden nahmen auch der Wahlkampfmanager von Barack Obama Jim Messina, der Agenturchef und Autor des Buches „Höllennritt Wahlkampf“ Frank Stauss, Jeanette Gusko von change.org und die Gründerin vom „Netzwerk Nachbarschaft“ Erdtrud Mühle an der Veranstaltung teil.

EIN PROGRAMM FÜR DIE DIGITALE GESELLSCHAFT

#DIGITALLEBEN

soziale Netzwerke bis hin zu Beteiligungs-Plattformen. Im Internet wurde das Portal digitalleben.spd.de für weitergehende Informationen und die Beteiligungsdebatte eingerichtet. Daneben gibt es natürlich auch noch die „klassischen“, analogen Beteiligungsformen. Dem „vorwärts“ wurde eine Dialogpostkarte beigelegt, die auch auf Veranstaltungen verteilt wurde und im Besucherforum des Willy-Brandt-Hauses auslag. Die Karten wurden in einem „digitalen Briefkasten“ ausgelesen und direkt auf das Portal digitalleben.spd.de hochgeladen.

Die inhaltliche Steuerung der Kampagne #DigitalLEBEN übernahm ein Programmbeirat. Dessen Mitglieder sind von den Landes- und Bezirksverbänden entsandte Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertreter des Parteivorstands und ausgewählte externe Fachleute. Geleitet wird der Beirat von einem Steuerungskreis, dem Yasmin Fahimi, Brigitte Zypries, Gesche Joost und Lars Klingbeil angehören. In acht unterschiedlichen Arbeitskreisen bearbeiteten die Mitglieder die Themen digitale Arbeit, digitale Wirtschaft, digitale Bildung, Medien und Kultur, Infrastruktur, Städtebau und Umwelt, europäische sowie globale Datenpolitik. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in einem Online-Kommentierungs-Verfahren von Ende Juni bis Anfang August 2015 auf digitalleben.spd.de mithilfe der Software Adhocracy zur Diskussion gestellt.

Neben der Arbeit am Papier und den digitalen Beteiligungsformaten gab es im Rahmen der Kampagne auch öffentliche Veranstaltungen. Die Podiumsdiskussion im Rahmen des Innovationspreises von AGS und SPD am 24. November 2014 unter dem Motto „Brave New World? – Wie Big Data unsere Gesellschaft verändert“ war eine davon. Moderiert von Gesche Joost – und begleitet durch einen regen Austausch auf Twitter – zeichneten die Expertinnen und Experten Sascha Lobo, Brigitte Zypries, Robert Maier und Yvonne Hofstetter ein komplexes Bild des digitalen Wandels.

Mit dem Beschluss des Parteivorstands vom 26. Mai 2014, ein „Grundsatzprogramm für die digitale Gesellschaft“ zu erarbeiten, setzt sich die SPD grundsätzlich mit den Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung auseinander. Als erste deutsche Partei wird die SPD damit über ein umfassendes Programm für eines der wichtigsten Zukunftsfelder verfügen. Erarbeitet wird das Programm, das vom Bundesparteitag vom 10. bis zum 12. Dezember in Berlin beschlossen werden soll, unter breiter Beteiligung von Partei und Gesellschaft.

In dem Programmprozess spricht die SPD die unterschiedlichen Gruppen an und lädt sie zum Diskurs ein: vom Ortsverein bis zum Parteivorstand, vom Nerd bis zum Technik-Skeptiker, vom Älteren bis zum Teenager.

Wesentliches Ziel ist es auch, die Programmdebatte im Netz zu führen und dabei neue digitale Teilhabetechniken einzusetzen. Dabei werden unterschiedliche Formate getestet: von Online-Foren über



PROFESSIONELLE WEITERBILDUNG FÜR POLITIK MIT IDEEN UND LEIDENSCHAFT

Der Bundesparteitag 2011 hatte mit dem Organisationspolitischen Grundsatzprogramm auch beschlossen, die Arbeit der Parteischule zu begutachten. Im Auftrag der Organisationspolitischen Kommission führte der Beirat der Parteischule die Evaluation durch. Im Ergebnis wird der Parteischule „eine mehr als gute Arbeit“ attestiert: „Sie stellt ein Spektrum von modernen, hochwertigen Qualifizierungsprogrammen für diverse Zielgruppen bereit, auf das die Partei in hohem Maß zugreift und zu Recht stolz sein kann.“ (Beschluss des Evaluationsberichts vom 11. Oktober 2014)

INNOVATION, PERSONALENTWICKLUNG UND QUALIFIZIERUNG (IPQ)

Die hauptamtlich Tätigen geben mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement der SPD „eine unerlässliche und zugleich flexible Struktur, ohne die eine moderne Volks- und Mitgliederpartei wie die SPD nicht arbeitsfähig und auch nicht schlagkräftig wäre.“ (Sigmar Gabriel) Bundesweit trägt die Parteischule im Willy-Brandt-Haus in dem Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“ (und unter dem Titel „QIP“ für das Willy-Brandt-Haus) zur betrieblichen Weiterbildung bei. So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet.

IPQ-POLITIKMANAGEMENT FÜR NEUE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Kontinuierlich bietet die Parteischule im Willy-Brandt-Haus den Lehrgang „IPQ-Politikmanagement für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ an. Diese spezielle Weiterbildung richtet sich an Beschäftigte, die neu in die Dienste der SPD eingetreten sind. An den beiden Lehrgängen 2013/2014 und 2014/2015 nahmen 44 Parteiangestellte – davon 24 Frauen und 20 Männer – teil.

Der Lehrgang bestand aus vier dreitägigen Modulen und einem Praxistag im Willy-Brandt-Haus, die innerhalb von 12 Monaten absolviert wurden. Ein festes Trainerduo (Ulla Zumhasch und René Martin) begleiteten die Lehrgänge. Die Module stärkten gleichermaßen die Fähigkeiten zum Selbstmanagement, zur Führung und zur Kooperation in der politischen Dienstleistung. Zusätzlich standen die Werkzeuge für die politische Kommunikation und die strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf dem Kursplan. Insgesamt erlernten die Teilnehmenden berufsfeld- und praxisorientierte Verfahren, Methoden und Instrumente des Politikmanagements und wendeten sie praktisch an. So erweiterten und steigerten sie ihre Handlungskompetenzen systematisch.

Erstmals stand der Kurs auch Angestellten von Fraktionen und Abgeordneten offen.

Seminar 1: Selbstmanagement, Führung und Kooperation in der politischen Dienstleistung

Seminar 2: Methoden und Werkzeuge für (Selbst-)Management und Organisation

Seminar 3: (Partei-)öffentlich kommunizieren und agieren

Seminar 4: Strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Plus: Praxistag im Willy-Brandt-Haus

Da sich bei den Hauptamtlichen zurzeit ein Generationswechsel vollzieht, haben die Bezirke und Landesverbände für 2015/2016 bereits den siebten Lehrgang für neue Beschäftigte in Auftrag gegeben.

IPQ-PARTEISCHULWOCHE

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für den Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und Erfahrungen, Ideen und Wissen auszutauschen.

In der achten Parteischulwoche vom 2. bis 5. Dezember 2013 in Berlin konnten die Beschäftigten aus 12 verschiedenen Workshops ihr individuelles Programm zusammenstellen. Politisches Highlight war die Diskussion mit Generalsekretärin Andrea Nahles zur Parteiform. Kulturell abgerundet wurde die Fortbildung durch den Kabarettisten Robert Griess.

DIE WORKSHOPS 2013 IM ÜBERBLICK:

- (Mehr) Ideen für Veranstaltungen
- Gesprächsführung am Telefon
- Verhandeln und klug einkaufen
- Informieren und Präsentieren
- Argumentieren und Überzeugen für Europa
- Social Media für Fortgeschrittene
- Originelle Botschaften entwickeln
- Das Einmaleins der Parteifinanzen in Theorie und Praxis
- Kommunikation, Macht und Status: Die Unterschiede der Geschlechter
- Arbeitsorganisation: Effektiv Informationen verarbeiten
- Öffentlichkeitsarbeit, die ankommt
- Orga-Statut, Wahl- und Schiedsordnung, Internet & Urheberrecht

In der neunten Parteischulwoche vom 24. bis 27. November 2014 in Berlin konnten die Teilnehmenden aus vier zweitägigen Seminaren ihre individuelle Weiterbildung auswählen. Gerahmt wurde die Parteischulwoche einerseits von Foren mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thorsten Faas, andererseits tauschten die Teilnehmenden im „Praxismarkt“ ihr Erfahrungswissen rund um die verschiedenen Gewerke des Politikmanagements aus.

DIE WORKSHOPS 2014 IM ÜBERBLICK:

- Selbst- und Zeitmanagement: Achtsam mit sich und den Aufgaben umgehen
- Projektmanagement: Projekte und Aufgaben erfolgreich managen
- Rhetorik: Ausdrucksstärker sprechen und souveräner auftreten
- Führen, kooperieren und Verantwortung tragen

IPQ-FÜHRUNGSTRAININGS

Im Jahr 2013 wurden die Führungstrainings fortgesetzt. Sie richteten sich an die Führungskräfte aus den Bezirken, Landesverbänden und dem Willy-Brandt-Haus. Drei Trainings fanden zu Themen der Personalführung am 7./8. November 2013, am 4./5. Juni 2014 und am 12./14. November 2014 statt.

IPQ FÜR AZUBIS: DIE ORGANISATION DER MITGLIEDERPARTEI SPD

Im Mai 2013 und im September 2014 fand jeweils in Kooperation mit den SPD-Landesverbänden und -Bezirken sowie der SPD-Bundestagsfraktion ein zweitägiges Spezialseminar für Auszubildende in der SPD statt, in dem die organisationspolitischen Grundlagen in ihren zahlreichen Facetten und Unterschieden beleuchtet wurden. Tradition und Gegenwart der Mitglieder- und Volkspartei SPD wurden zielgruppengerecht aufbereitet und erarbeitet.

IPQ-KLEEBLATT-SEMINARE

Seit dem Jahr 2009 findet jährlich ein „Kleeblatt-Seminar“ statt. Der Name verweist auf die vier beteiligten Organisationen DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und SPD. Je zehn Nachwuchskräfte aus den vier Organisationen trafen sich im Mai 2013 in Kirkel (Saarland). Erstmals war das Thema international ausgerichtet. „Für ein soziales Europa. Herausforderungen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ lautete der Titel des Seminars, das auch eine Exkursion zum Europäischen Parlament in Straßburg und einen Austausch mit französischen Gewerkschaftern beinhaltete. Das Folgeseminar 2014 widmete sich in Sankelmark (bei Flensburg) den „Strategien für gute Arbeit“ diesseits und jenseits der deutschen Grenze.

IPQ-RUFSEMINARE: MITGLIEDER WERBEN PRAKTISCH

Die Parteschule im Willy-Brandt-Haus hat das „IPQ-Rufseminar“ 2009 eingeführt. Zielgruppe sind haupt- und ehrenamtlich Aktive. Die Tagesseminare werden regional in Kooperation mit dem jeweiligen Landesverband bzw. Unterbezirk durchgeführt. Konzeptionell sind die Seminare an das aktualisierte Handbuch „Mitglieder werben“ angepasst. Zum Abschluss werden die Seminarergebnisse jeweils dem/der Mitgliederbeauftragten des Landesverbands präsentiert, damit die Ergebnisse auch über die Gremien den Weg in den Alltag der Partei finden. 2013 fanden dreizehn Seminare in Schleswig, Lichtenfels, Kassel, Uelzen, Dresden, Eberswalde, Gudensberg, Peißenberg, Kaiserslautern, Dielheim, Peine, Wolfsburg und Halle statt. 2014 führte die Parteschule elf Seminare in Bottrop-Eigen, Hannover, Groß-Gerau, Berlin, Leipzig, Neustadt an der Weinstraße, Frankfurt a. M., Aurich, Wolfenbüttel, Nürnberg-Land und Stuttgart durch.

QUALIFIZIERUNG, INNOVATION UND PERSONAL-ENTWICKLUNG (QIP) IM WILLY-BRANDT-HAUS

Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung im Willy-Brandt-Haus, um dieses als moderne und leistungsfähige Parteizentrale weiter auszubauen. In den Seminaren erhielten die Angestellten des Parteivorstands hochwertige Fortbildungsangebote. Zu diesen zählten im Berichtszeitraum die regelmäßige „Schreibwerkstatt“ mit Markus Franz sowie Trainings zu den Themen „Präsentation“, „Fotografie“, „Moderne Korrespondenz“, „Projektmanagement“, „Gewaltfreie Kommunikation“, „Selbstmanagement“ und „Sitzungen leiten“. Ein besonderes Highlight waren die Geschichtsseminare rund um das 150. Jubiläum der Sozialdemokratie 2013. Auf den Wahlkampf bezogene Seminare zum „Tür-zu-Tür-Wahlkampf“, zu „Originellen Botschaften“ und zum Einsatz von „Twitter“ und arbeitsplatznahe EDV-Schulungen (Buchhaltung, Antragsbearbeitungssoftware und MS-Office) rundeten das QIP-Angebot ab.

BILDUNGSARBEIT IM EHRENAMT UND NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Die Mitglieder sind die besten Botschafterinnen und Botschafter der SPD. Bildungsarbeit muss sie fördern. Auch deshalb erhalten sie über politische Weiterbildungsangebote die Möglichkeit, sich zu qualifizieren.

WIKI DER PARTEISCHULE

Das Wiki der Parteschule wurde 2011 eingeführt und wird stetig aktualisiert. Interessierte finden hier Tipps und Methoden zur Bildungsarbeit, die Reihe „Pluspunkte“ zum Download sowie alle aktuellen Weiterbildungsangebote der Parteschule. Außerdem lädt das Wiki zum Mitmachen ein: Wer eine interessante Methode kennt, kann diese gerne eintragen und so bei der Weiterbildung der SPD mitwirken. Das Parteschul-Wiki im Internet: <http://parteschule-wiki.spd.de>

TRAIN THE TRAINER

Ehrenamtliche Bildungsarbeit findet oft vor Ort statt. Sie muss dabei Rücksicht auf regionale und lokale Besonderheiten nehmen. Um Bildungsarbeit vor Ort zu fördern, hat die Parteschule im Willy-Brandt-Haus 2010 eine Trainerausbildung ins Leben gerufen. Mit diesem Angebot haben Landesverbände und Bezirke die Möglichkeit, ehrenamtlich Aktive in ihrer Region zu Trainerinnen und Trainern für bürgerschaftliches Engagement weiterzubilden. Die Kurse „Train the Trainer“ zählen inzwischen zum festen Weiterbildungsangebot des Parteivorstands. 2013/2014 wurden die Train-the-Trainer-Kurse bereits zum dritten Mal angeboten. Alle, die teilgenommen haben, erhielten zudem die Möglichkeit, am Ende der Ausbildung ein Zertifikat des Berufsverbandes für Trainer, Berater und Coaches e.V. zu erlangen.

INHALT 2013/2014

Startworkshop (Dezember 2013): Kennenlernen, Übereinkommen über Erwartungen und Aufgaben, Team-Management-System

Modul 1: Moderation von Seminaren und Workshops

Modul 2: Professionalisierung von Planungsprozessen und Veranstaltungen

Modul 3: Gespräche und die Gruppe steuern

Jeweils zwischen den Modulen: umfangreiche Transferaufgaben, bspw. zur Ortsvereinsvorsitzendenschulung
BDVT-Prüfung (Juni 2014): freiwillige Möglichkeit zur Zertifizierung durch den Berufsverband Trainer, Berater und Coaches e.V.

Die Train-the-Trainer-Ausbildung ist ein voller Erfolg. Absolventen und Absolventinnen haben eigene Profile entwickelt und individuelle Vereinbarungen mit den jeweiligen Landesverbänden oder Bezirken getroffen. Für jeden Ausbildungsjahrgang gab es ein gemeinsames Thema. 2013/2014 haben alle Trainerinnen und Trainer Schulungsmodelle für Ortsvereinsvorsitzende entwickelt, die sie nun durchführen können.

Die ausgebildeten Trainerinnen und Trainer werden in allen Landesverbänden und Bezirken eingesetzt. Auch die Parteschule im Willy-Brandt-Haus arbeitet weiter mit ihnen zusammen, bspw. bei Mitgliederwerbeseminaren oder auch bei der Seminarreihe „Frauen an die Macht?!“.

Insgesamt haben 62 Personen erfolgreich die Ausbildungsjahrgänge 2010/2011, 2012 und 2013/2014 absolviert. Die Evaluationsworkshops zur Parteireform sowie die Bildungsbeauftragten der SPD-Landesverbände/-Bezirke haben sich für eine konsequente Fortführung des Angebots ausgesprochen.

FRAUEN AN DIE MACHT?!

2012 haben Jusos und ASF ein spannendes Programm initiiert: „Frauen an die Macht?!“.

Seit 2013 ist dieses Frauenförderprogramm im Bildungsangebot der Parteschule. Mit dem Frauenförderprogramm leistet der SPD-Parteivorstand seinen Beitrag dazu, Frauen, die ehrenamtlich auf verschiedenen Ebenen aktiv sind, in ihrer Arbeit zu unterstützen und strukturelle Hindernisse bei ihrem Engagement aus dem Weg zu räumen.

men. Die hohe Nachfrage (mehrfach über 150 Bewerbungen auf 20 Seminarplätze) beweist, dass das Angebot richtig und überfällig ist.

„Frauen an die Macht?!“ wird zweimal jährlich im Frühjahr und im Herbst durchgeführt. Die Kurse bestehen aus zwei Wochenendseminaren. Im ersten beschäftigen sich die Teilnehmerinnen mit dem Machtbegriff und einer eigenen Standortbestimmung. Im zweiten Teil geht es dann um Handlungsmöglichkeiten in der politischen Praxis.

Zielgruppe des Angebots sind Frauen, die einem Vorstand angehören – egal ob Ortsverein, Unterbezirk oder Arbeitsgemeinschaft. Eine Altersbegrenzung gibt es nicht.

Mit der Ausbildungsreihe verfolgt der Parteivorstand ehrgeizige Ziele:

- eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft zu erreichen,
- männlich dominierte Parteistrukturen zu überwinden und
- mehr Frauen in führende Positionen der Partei zu bringen.

ABLAUF

1. WOCHENENDE

Freitag

- Ausführliche Vorstellung
- Gender-Quiz
- Machtsymbole
- Kamingespräch mit Personen aus der Politik (im Frühjahrskurs 2014: Edelgard Bulmahn & Johanna Uekermann)

Samstag

- Visionen und Wünsche
- Standortbestimmung
- Präsentation der eigenen Stärken
- Zielbestimmung und Zielsetzungsmethoden
- Wie halte ich es mit Macht? (Mehrteilige Sequenz, Interaktives Arbeiten)
- Reflexion der Erfahrungen
- Mikropolitik und eigener Machtbegriff

Sonntag

- Netzwerken in der SPD (Interaktives Arbeiten, Gruppenarbeit)
- Durchsetzungsstrategien: Politik gestalten, Mehrheiten gewinnen
- Kompetenztrainingselement Professionell auftreten I

2. WOCHENENDE

Freitag

- Kompetenztrainingselement Professionell auftreten II
- Kommunikation & Präsentation (Nonverbales, Auftritt)
- World Café mit erfolgreichen Frauen

Samstag

- Reflexion der Verhaltensmuster (Thema: Teambuilding + Gruppendynamik, ggf. Konfliktmanagement)
- Führungsanforderungen/-praxen in der SPD

Sonntag

- Von Fallstricken zu Steigbügeln
- Meine 10 nächsten Schritte
- Brief an mich selbst

TREFFEN DER BILDUNGSBEAUFTRAGTEN

Kooperation und Kommunikation zwischen den Landesverbänden, Bezirken und der Bundesebene sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche sozialdemokratische Bildungsarbeit. Daher gibt es immer wieder zentrale Treffen von Bildungsbeauftragten der unterschiedlichen Ebenen.

Am 13. März 2014 werteten SPD-Bildungsbeauftragte der Landesverbände und Bezirke die Qualifizierungsangebote im Bundestagswahlkampf 2013, die Angebote im Europawahlkampf 2014 sowie die Programme „Frauen an die Macht?!“ und „Train the Trainer“ aus. Darüber hinaus diskutierten sie über eine Neuaufstellung von politischer Bildungsarbeit in der SPD und verabschiedeten ein entsprechendes Positionspapier, das einen besonderen Schwerpunkt auf die Qualifizierung von (neuen) Ortsvereinsvorsitzenden legt.

NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Im Netzwerk politische Bildung sind über dreißig Bildungswerke und Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen, die sich den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet fühlen. Wer will, findet jede Art von sinnvollen politischen Qualifizierungsangeboten im Bildungsnetz der sozialen Demokratie. Die Homepage www.netzwerk-politische-bildung.de weist auf mehrere tausend Veranstaltungen jährlich hin.

Eine große Konferenz des Netzwerks politische Bildung am 19. Februar 2013 widmete sich den Herausforderungen der politischen Bildung. Die einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer werteten ihre Erfahrungen aus. Ziel des Netzwerks politische Bildung bleibt es, bedarfsgerechte und zeitgemäße Angebote für ehrenamtliches Politikmanagement und bürgerschaftliche Politikgestaltung bereitzustellen und damit die Vitalität und Attraktivität der sozialdemokratischen Bildungslandschaft auszubauen.

SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNAL-AKADEMIE

Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage – neben vielen anderen dezentralen Aktivitäten – auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für eine moderne, praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird auch international beachtet.

In 14 der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote. Die SPD weiß: Wer ernten will, muss säen. Die SPD investiert in die Nachwuchsförderung. Dabei leiten drei bodenständige Grundsätze die politische Personalarbeit:

1. In der Politik gilt wie im Spitzensport: Die Profikarriere ist die Ausnahme. Der „bürgerliche“ Beruf muss immer der Plan A sein – Berufspolitik ist Plan B. Nur in 1,5 Prozent der Fälle kehrt sich das um!
2. In der Politik ist die praktische Laufbahn zugleich die Ausbildung. Wer erfolgreich sinnvolle Aufgaben meistert, entwickelt in der Aufeinanderfolge von Aufgaben, Funktionen und Ämtern auch die politischen Kompetenzen und die Karriere.
3. „Nicht die Politik verdirbt den Charakter. Schlechte Charaktere verderben die Politik.“ (Johannes Rau) Die echte Grundlage von „Politik“, nämlich die notwendige Haltung, muss jede und jeder werteorientiert leben. Das politische Handwerk kann man dazu lernen. Dabei hilft gezielte Weiterbildung sehr.

Der Parteivorstand und die Bundes-SGK haben die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie 2001 gegründet. Sie verfolgen ein klares Ziel: Junge Menschen, die aus der politischen Praxis kommen, erweitern ihre Fähigkeiten für wirksames Engagement. Sie werden auf Führungsaufgaben vorbereitet.

Die Kommunal-Akademie wurde zwischenzeitlich von 100 auf 120 Teilnehmende pro Jahr ausgebaut. Zugleich wurde das methodische und didaktische Konzept weiterentwickelt. Zielgruppe blieb „die nächste Generation der lokalen Demokratie“, also im Kern die unter 40-Jährigen. Besonders im Fokus stehen dabei Kandidatinnen und Kandidaten für lokale und regionale Spitzenämter sowie aktive Kommunalwahlkämpferinnen und -kämpfer.

Voraussetzung für die Teilnahme an der bundesweiten Kommunal-Akademie blieb, dass die jungen Parteimitglieder bereits Verantwort-

tung in der Partei und/oder in der Kommunalpolitik übernommen hatten.

Die Lehrgänge finden bundesweit an zwei Veranstaltungsorten statt, um eine bundesweite Zusammensetzung der Lehrgänge zu ermöglichen. Pro Lehrgang nehmen 60 Personen teil, begleitet von dem vierköpfigen Trainerteam Gwendolin Jungblut, Celina Schareck, Sebastian Hartmann und René Märtin.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie initiiert in vier Wochenendmodulen nachhaltige Lernprozesse. Der innovative und bewährte Mix aus Fachwissen, Soft Skills und politischer Werteorientierung knüpft den konzeptionellen „roten Faden“. Innovations- und Modernisierungsimpulse sowie Prinzipien erfolgreicher Wahlkampf-führung werden verstärkt eingebaut.

Die Plätze der Kommunal-Akademie werden von den Veranstaltern SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirke behalten ihr Auswahlrecht. Ein Direct Mailing aus dem Willy-Brandt-Haus intensiviert das Bewerbungsverfahren.

Die Plätze in der Kommunal-Akademie bleiben heiß begehrt. Die SPD-Bezirke und Landesverbände nominierten weit mehr Personen als Plätze zur Verfügung standen. Da bedurfte es eines klug gegen-derten Verfahrens, damit je 30 Frauen und 30 Männer von den Kur-sen profitierten – gut so für die SPD, gut für die Demokratie.

Viele der über 1.500 jungen Parteimitglieder, die in der Kommunal-Akademie dazugelernt haben, werden zu „sozialdemokratischen Ge-sichtern“ der Zukunft. Die meisten schultern inzwischen Verantwor-tung in der Kommunal- und Parteipolitik. Nicht wenige stiegen in die Landes-, Bundes- und Europapolitik auf, wie Matthias Grootte MdEP und Arne Lietz MdEP sowie die stellvertretende Parteivorsitzende und Bundesministerin Manuela Schwesig. Die Saat geht auf. Die SPD wird noch viele Früchte ernten aus der Kommunal-Akademie.

DAS CURRICULUM DER KOMMUNAL-AKADEMIE

Die vier verbindlichen Module der Kommunal-Akademie vermitteln einen Mix aus fachlich und sachlich kommunalpolitischen Schwer-punkthemen sowie methodische Kompetenzen. Hinzu kommen die politische Orientierung und das Networking.

1. Modul: Handlungsfelder und Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik

Die Teilnehmenden erkennen kommunale Handlungsfelder ebenso wie unterschiedliche Rollen und Aufgaben in der Kommune. Sie de-finieren ihr eigenes Rollenverständnis, erkennen wesentliche Gestal-tungsmöglichkeiten, gewinnen Klarheit über ihre Ziele und Kompe-tenzen und bestimmen ihr persönliches Aktionsfeld.

2. Modul: Umgang mit kommunalen Herausforderungen

Die Teilnehmenden verstehen die Komplexität kommunaler Heraus-forderungen am Beispiel der Gestaltung sozialräumlicher Entwick-lungen und anhand der Bedeutung kommunaler Unternehmen für das Leistungsangebot und die Infrastruktur der Kommunen. Sie ler-nen unterschiedliche Strategien kennen, erleben die Notwendigkeit, kreativ auf Herausforderungen zu reagieren, und sie begreifen sich mit ihrer Persönlichkeit als Teil eines Ganzen, das auf die Zusammen-arbeit mit den Ideen und Erfahrungen Anderer angewiesen ist.

3. Modul: Strategische Planung und Steuerung in der Kommune

Die Teilnehmenden begreifen Stadtentwicklung als spezifischen, umfassenden und kontinuierlichen strategischen Auftrag. Sie lernen wichtige strategische Steuerungsinstrumente kennen und anwen-den. Sie erkennen die Notwendigkeit konsequenter Zielklärungen und den strategischen Umgang mit Daten. Sie begreifen die Bürger-schaft als kompetenten Partner in zukunftsorientierten Prozessen.

4. Modul: Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune

Die Teilnehmenden lernen öffentliche Kommunikation als wesentli-ches Mittel kennen, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der

Kommune zu definieren und anzustreben. Sie bestimmen für sich Werte, Haltungen und konsequentes Handeln als Voraussetzung für verantwortungsvolles politisches Wirken.

FÜHRUNGS-AKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Die Gründung der „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ er-folgte im Jahr 2007 durch den SPD-Parteivorstand. Als einzige Partei in Deutschland bietet die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an. Das SPD-Präsidium vergibt kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiestudien-schaften) in der Führungsakademie. Bewerben können sich altersun-abhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtags-abgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z.B. Oberbürgermeisterinnen und -meister oder Land-räte) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei.

1. Fellowship-Programm: 1. Juli 2007 – 30. Juni 2009

2. Fellowship-Programm: 1. Juli 2008 – 30. Juni 2010

3. Fellowship-Programm: 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2011

4. Fellowship-Programm: 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013

5. Fellowship-Programm: 1. Januar 2014 – 31. Dezember 2014

6. Fellowship-Programm: 1. Januar 2015 – 31. Dezember 2015

Insgesamt 200 Personen (95 Frauen, 105 Männer) haben bislang ihre Führungskompetenz und ihre politische Persönlichkeit in der Füh-rungsakademie weiterentwickelt. Die Auswahl der Fellows geschieht in einem transparenten Verfahren. Auswahlkriterien sind neben der Qualität der Bewerbung eine gerechte Geschlechterverteilung, ein re-gionales Gleichgewicht und eine angemessene Repräsentanz der ver-schiedenen Politikfelder (Europa, Bund, Land, Kommune). Der SPD-Par-teivorstand beschließt die Teilnehmerliste. Der Beschluss wird durch eine achtköpfige Auswahlgruppe vorbereitet. Ihr gehörten im Berichts-zeitraum die Generalsekretärin, die Schatzmeisterin, weitere Mitglie-der des Parteivorstands sowie qua Amt der Juso-Bundesvorsitzende an.

WISSEN, KÖNNEN UND HANDELN IN DER POLITIK

ESSENTIALS

- Wer Politik entwickeln und gestalten will, muss Politik verstehen, also die politischen Strukturen kennen und hand-haben lernen.
- Wer politisch mitreden will, muss fachlich ausgebildet sein, die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems kennen und in der Lage sein, sich darauf aufbauend weitere Fachge-biete zu erarbeiten.
- Wer politisch Verantwortung übernehmen will, muss wis-sen, worauf er und sie sich einlässt. Das heißt: Man muss eine Vorstellung von den Rollen, Aufgaben und Handlungs-optionen in der Politik haben.
- Wer in der Politik mehr erreichen will als Kraft seiner eigenen Persönlichkeit möglich ist, muss Allianzen bilden und bewegen. Nur wer weiß, wie andere zu motivieren und einzubeziehen sind, kann auf Dauer im politischen Maßstab wirkungsvoll sein.
- Wer politisch etwas bewirken will, muss moderieren und vermitteln können, muss Problemlösungskompetenz und Verhandlungsgeschick beweisen.
- Wer dauerhaft um politisches Vertrauen werben will, muss Vertrauen geben in die Entfaltung der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und die Prinzipien der innerpar-teilichen Demokratie vorleben.
- Wer politisch aufzeigen will, wohin er und sie führen möch-te, muss sich seiner Wurzeln und Traditionen bewusst sein.
- Wer sich werteorientiert politisch engagiert, muss Wert-maßstäbe intellektuell herleiten und begründen können.
- Wer von Solidarität redet, muss sie praktizieren.

Das Curriculum für das notwendige Wissen, Können und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt wird. Für die Führungsakademie stellte die Parteischule einen vierköpfigen Trainerstab zusammen: bis 2013 Meike Müller, Hannah Schmidt-Kuner, Ulla Zumhasch und Achim Moeller und seit 2014 René Martin, Celina Schareck, Achim Moeller und Ulla Zumhasch.

DIE VIER KOMPETENZTRAININGS DES FELLOWSHIP-PROGRAMMS:

- 1. Führungsphilosophie:** Wirksam führen
- 2. Führungsqualität:** Zielorientiert handeln
- 3. Führungspraxis:** Erfolgreich umsetzen
- 4. Führungspersönlichkeit:** Das WIR gestalten

Die Parteiführung war kontinuierlich involviert. Der Parteivorsitzende und die Generalsekretärin persönlich nahmen sich die Zeit, die Fellows in der Führungsakademie kennenzulernen. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

Alumniseminare

Die Angebote für die (ehemaligen) Fellows, Alumniseminar genannt, fanden je dreimal im Sommer 2013 und Sommer 2014 statt. Die Tagesseminare „Präsenz schaffen mit Stimme und Körpersprache“ sowie „Interviews – Meine Botschaft auf den Punkt bringen“ fanden mit Hillu Lex im Willy-Brandt-Haus statt.

Auftrittscoaching im Bundestagswahlkampf

Im Bundestagswahlkampf 2013 bot die Führungsakademie ein spezielles „Auftrittscoaching“ für neue Kandidatinnen und Kandidaten

an. Das erste Training startete sehr erfolgreich bereits Anfang Dezember 2012. Weitere folgten im März und Mai 2013. Für das Auftrittscoaching stellte die Parteischule ein komplementäres Trainer-team mit spezieller Expertise zusammen: Angélique Kellenberger, Celina Schareck, Dr. Hanne Weisensee sowie Volker Engels.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten zum Europa-Parlament fand das Auftrittscoaching im Dezember 2013 statt. Im Landtagswahlkampf Brandenburg führte die Parteischule in Kooperation mit dem SPD-Landesverband Brandenburg im März 2014 ebenfalls ein Auftrittscoaching durch.

BEIRAT DER PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS 2013 – 2014

Der Beirat der Parteischule begleitet die Bildungsarbeit fachlich und evaluiert die Qualifizierungsprogramme. Wie sieht zeitgemäße politische Bildung aus? Was garantiert höchste Qualität? Wie können die Ressourcen optimale Wirkung erzielen? Solche Fragen beschäftigten den Beirat der Parteischule. 17 Persönlichkeiten aus Partei, Arbeitnehmervertretungen, Wissenschaft und politischer Bildung gehören dem Beirat der Parteischule an, der zweimal jährlich tagt.

Der Parteivorstand berief am 3. Dezember 2012 den neuen Beirat der Parteischule für die Jahre 2013 bis 2015: Wolfgang Jüttner (Vorsitzender), Niels Annen, Kerstin Bake-Völsch, Christian Demuth, Tobias Gombert, Karin Kaltenbach, Barbara König, Dr. Bettina Kohlrausch, Wilfried Klein, Barbara Menke, Dr. Carola Reimann MdB, Prof. Dr. Stefan Schieren, Sonja Schweizer, Reinhard Weil. Zusätzlich gehören Enrico Bloch, Elfi Heusinger von Waldege, Olaf Abdinghoff-Feldkemper und Daniel Rigot aus den Reihen der Betriebsräte und der personalverantwortlichen Geschäftsführungen dem Beirat an.

Das Team der Parteischule im Willy-Brandt-Haus besteht aus Ioanna Badola (seit 2014), Jana Heinze, Klaus Tovar und Marion Vogel (parteischule@spd.de). Die Kollegin Gertrud Bergmann (seit 2001 in der Parteischule) wurde Anfang 2014 in den Ruhestand verabschiedet.

MITGLIEDER- WERBUNG UND -ENTWICKLUNG

EINE BESSERE WILLKOMMENSKULTUR

NEUMITGLIEDER

Nach den erfreulich hohen Eintrittszahlen während des Mitgliedervotums 2013 lag ein Schwerpunkt der Arbeit in 2014 darauf, eine bessere Willkommenskultur für Neumitglieder zu etablieren. Die Mitgliederbeauftragten der Landesverbände und Bezirke verständigten sich auf ihrer jährlichen Konferenz auf gemeinsame Mindeststandards

bei der Aufnahme neuer Mitglieder. Für das Begrüßungspaket, das Neumitglieder erhalten, wurde eine eigene Broschüre entwickelt.

Um Ortsvereine bei der Begrüßung von Neumitgliedern zu unterstützen und ein Feedback der Neumitglieder einzuholen, werden seit 2014 zwei Fragebögen an diese verschickt: im Monat nach dem Eintritt und nach sechs Monaten Mitgliedschaft. Die Antworten leitet das Willy-Brandt-Haus als Service direkt an die Ortsvereine weiter. Sie bieten eine gute Grundlage für ein Erstgespräch mit dem Neumitglied.

Die Rückmeldungen zeigen, dass sich der überwiegende Teil der Neumitglieder gut in der Partei aufgenommen fühlt. Viele wollen oder können allerdings nur wenig Zeit für eine aktive Parteiarbeit aufbringen. Für diese – zeitarmen – Mitglieder müssen Angebote für eine aktive Mitarbeit entwickelt werden.

VERANSTALTUNGEN UND SEMINARE

Die Seminare zur Mitgliederwerbung für Landesverbände und Bezirke wurden weitergeführt.

Dabei konnte das Angebot noch erweitert werden, da in den von der Parteischule durchgeführten Seminaren „Train the Trainer“ weitere Seminarleiterinnen und -leiter ausgebildet wurden.

So konnten 2013 insgesamt zwölf Seminare, u.a. mit dem Schwerpunkt „Mitglieder werben im Wahlkampf“, angeboten werden. 2014 wurden 13 Seminare durchgeführt.

Im Rahmen der Parteischulwoche wurde ein Workshop zur Mitgliederwerbung angeboten.

MITGLIEDER WERBEN UND AKTIVIEREN IM WAHLKAMPF

Wahlkampfzeiten sind Mitgliederwerbezeiten. Im Wahlkampf liegt die Zahl der Eintritte am höchsten. Durch Handreichungen und Best-Practice-Beispiele wurde das Thema für Ortsvereine und Wahlkampfteams wirksam aufbereitet. Auch das „Handbuch Mitgliederarbeit.“ wurde überarbeitet und neu aufgelegt. Beim Innovationsfonds 2013 wurden insbesondere Projekte gefördert, die sich um die Freiwilligenarbeit gekümmert haben.

INNOVATIONSFONDS

Seit 2012 fördert der Parteivorstand mit dem Innovationsfonds Projekte von Unterbezirken und Kreisverbänden mit bis zu 5.000 Euro.

Gefördert werden Projekte, die die SPD als Dialogpartei stärken oder die gesellschaftliche Verankerung und Vernetzungsarbeit in den Nachbarschaften vorantreiben.

Über die Förderung entscheidet der Parteivorstand auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission. 2013 wurden 63 Projekte mit insgesamt 175.245 Euro, 2014 wurden 31 Projekte mit 94.682 Euro gefördert. In der Aktionsbörse auf spd.de werden die Projektberichte allen Gliederungen zum Nachmachen bereitgestellt.

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2013

Zum 31. Dezember 2013 hatte die SPD 473.662 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3.375 Mitglieder (-0,71 Prozent). Dies ist relativ wie absolut der geringste Mitgliederverlust im Vergleich zum Vorjahr seit der Jahrtausendwende. Die Landesverbände Sachsen, Hamburg, Berlin, Thüringen und Brandenburg verzeichneten Mitgliederzuwachs!

Der Frauenanteil stieg weiter an und lag Ende 2013 bei 31,6 Prozent. 68,4 Prozent der Mitglieder waren Männer. Der Anteil der Frauen lag bei den Eintritten im Jahr 2013 bei 32,8 Prozent.

19.360 Eintritte standen 12.974 Austritten gegenüber. Dies entspricht einer Eintrittsquote von 4,05 Prozent und einer Austrittsquote von 2,72 Prozent zur Mitgliedschaft im Vorjahr. Die Eintrittsquote ist im Bundestagswahljahr 2013 die höchste seit 2000!

46,9 Prozent der Eintritte waren im Juso-Alter, 38,6 Prozent im Alter zwischen 35-59 und 14,5 Prozent im Alter 60+.

Im Jahr 2013 verstarben 7.962 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2014

Zum 31. Dezember 2014 hatte die SPD 459.902 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 13.760 Mitglieder (-2,90 Prozent). Der Mitgliederverlust war damit größer als im Vorjahr. Alle Landesverbände beklagten Mitgliederverluste, prozentual die geringsten Verluste verzeichneten die Landesverbände Brandenburg (-0,43 Prozent) und Berlin (-0,48 Prozent).

Der Frauenanteil stieg leicht an und lag Ende 2014 bei 31,84 Prozent. 68,16 Prozent der Mitglieder waren Männer. Der Anteil der Frauen lag bei den Eintritten im Jahr 2014 bei 33,98 Prozent.

13.135 Eintritte standen 16.899 Austritten gegenüber. Dies entspricht einer Eintrittsquote von 2,77 Prozent und einer Austrittsquote von 3,57 Prozent zur Mitgliedschaft im Vorjahr.

44,56 Prozent der Eintritte waren im Juso-Alter, 41,72 Prozent im Alter zwischen 35-59 und 13,72 Prozent im Alter 60+.

Im Jahr 2014 verstarben 7.391 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2013/2014

BEZIRK/LANDESVERBAND	GESAMT		DAVON WEIBLICH	
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014
SPD-LV Schleswig-Holstein	18.442	17.841	6.476	6.291
SPD-LV Mecklenburg-Vorpommern	2.854	2.767	877	864
SPD-Landesorganisation Hamburg	10.973	10.802	3.705	3.636
SPD-Landesorganisation Bremen	4.577	4.437	1.545	1.510
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	6.021	5.882	1.840	1.812
SPD-Bezirk Weser-Ems	16.543	15.908	5.028	4.870
SPD-Bezirk Hannover	27.851	26.925	8.552	8.286
SPD-Bezirk Braunschweig	11.462	11.140	3.379	3.305
SPD-LV Sachsen-Anhalt	3.750	3.578	1.008	963
SPD-LV Brandenburg	6.257	6.230	1.794	1.810
SPD-LV Berlin	17.121	17.038	5.724	5.747
SPD-Bezirk Hessen-Nord	20.136	19.323	5.549	5.360
SPD-Bezirk Hessen-Süd	37.563	36.060	11.126	10.772
SPD-LV Thüringen	4.382	4.112	1.198	1.132
SPD-LV Sachsen	4.486	4.416	1.108	1.092
SPD-LV Saar	19.720	19.192	6.388	6.260
SPD-LV Baden-Württemberg	36.513	35.835	11.660	11.567
SPD-LV Bayern	63.703	62.133	20.476	20.144
SPD-LV Rheinland-Pfalz	39.361	38.527	11.910	11.762
SPD-LV Nordrhein-Westfalen	121.947	117.756	40.533	39.258
SPD GESAMT	473.662	459.902	149.876	146.441

**GLEICHSTELLUNGS-
POLITIK**

FRAUEN HABEN MEHR VERDIENT

**INTERNATIONALER FRAUENTAG
2013**

Frauen haben mehr verdient: eine andere Regierung und eine andere Politik. So lautete die Botschaft der Erklärung, die der SPD-Parteivorstand anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2013 verabschiedete. Zu den frauenpolitischen Forderungen gehörten u.a. gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Entgeltgleichheitsgesetz), Missbrauch bei Minijobs eindämmen, den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen sowie eine Quote für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten.

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2014

Yasmin Fahimi und Elke Ferner erklärten gemeinsam: „Frauentag steht unter gutem Stern“. Die SPD werde als Regierungspartei zentrale frauenpolitische Ziele umsetzen. Nach Jahren des Stillstands sei das auch dringend notwendig. Gleiche Chancen, gleiche Rechte, Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit seien dabei die Leitplanken, an denen die SPD sich orientiert.



Peer Steinbrück mit Kandidatinnen für die Bundestagswahl und Mitgliedern des Kompetenzteams beim Deutschlandfest in Berlin (Foto: Hans-Christian Plambeck)

AKTION »JA ZUR FRAUENQUOTE«

Am 18. April 2013 stimmte der Deutsche Bundestag über die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte ab. Die Mehrheit von CDU, CSU und FDP wollte dagegen stimmen. Die SPD



18.4.2013, Aktion für die Frauenquote vor dem Reichstag, v.l.n.r.: Monika Schulz-Strelow, Mechthild Rawert, Peer Steinbrück, Elke Ferner, Christel Humme, Andrea Nahles (Foto: Bea Marquardt/SPD)

reagierte darauf mit der Aktion „Ja zur Frauenquote“ und demonstrierte vor dem Reichstag in Berlin, allen voran Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Generalsekretärin Andrea Nahles.

**»SCHWESTERN ZUR SONNE ZUR GLEICHHEIT. WEG-
MARKEN DER GESCHICHTE DER SPD-FRAUENPOLITIK.«**

Im Zuge des Jubiläums 150 Jahre SPD fand vom 28. Mai bis 21. Juli 2013 die Ausstellung im Frauenmuseum Bonn „Schwestern zur Sonne zur Gleichheit. Wegmarken der Geschichte der SPD-Frauenpolitik.“ statt. Bei der Vernissage am 28. Mai sprachen unter anderen die Generalsekretärin der SPD Andrea Nahles und die Schatzmeisterin der SPD Dr. Barbara Hendricks. Im Fokus der Ausstellung standen Themen, die den Kampf der SPD-Politikerinnen kennzeichnen: Frauenwahlrecht, Reform oder Abschaffung des § 218, Gleichberechtigung im Grundgesetz sowie die innerparteiliche Geschlechterquote.



v.l.n.r.: Barbara Hendricks, Marianne Pitzen, Andrea Nahles, Elke Ferner (Foto: Klaudia Nebelin, Frauenmuseum Bonn)

SPITZENFRAUEN FRAGEN SPITZENKANDIDATEN

Am 17. Mai 2013 stellte sich der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bei der Aktion „Spitzenfrauen fragen Spitzenkandidaten“ Fragen zu Quote, Equal Pay und Gleichstellung. Die Interviewerinnen waren Henrike von Platen (BPW Germany), Dr. Regine Rapp-Engels (DÄB), Sylvia Kegel (dib), Ramona Pisal (DJB), Brigitte Scherb (dlv), Dr. Martine Herpers (eff), Rena Bargsten (EWMD), Monika Schulz-Strelow (FidAR) und Annette Bruhns von ProQuote Medien.



v.l.n.r.: Martine Herpers, Sylvia Kegel, Henrike von Platen, Brigitte Scherb, Monika Schulz-Strelow, Peer Steinbrück, Ramona Pisal, Rena Bargsten, Regine Rapp-Engels (Foto: Nina Rücker)



(Foto: Thomas Imo/photothek.de)

25 JAHRE QUOTENBESCHLUSS

Am 30. August 1988 beschloss die SPD auf dem Bundesparteitag in Münster ihre Quotenregelung. Zum 25. Jubiläum erklärte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel: „Der Quotenbeschluss der SPD hat Türen geöffnet.“ Die Quote, so Sigmar Gabriel, habe die SPD verändert, aber auch die Gesellschaft insgesamt. Die innerparteiliche Gleichstellung sei enorm vorangekommen. (SPD-Pressemitteilung Nr. 472 vom 29.8.2013)

EQUAL PAY DAY

Die Kundgebung des DGB, des Deutschen Frauenrates und des Sozialverbandes Deutschland zum Equal Pay Day am 21. März 2013 am Brandenburger Tor stand unter dem Motto „RECHT auf mehr!“. Peer Steinbrück hielt eine Rede. Auch der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel nahm an der Kundgebung teil.

Zum Equal Pay Day am 21. März 2014 forderten SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann: „Gleicher Lohn statt Gleichgültigkeit“. Das SPD-Motiv zu diesem Anlass lautete: „Gleiche Arbeit, ungleicher Lohn? Nicht mit uns. Die SPD sorgt für Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern.“

AKTIONSTAG „NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN“

Am 25. November 2014 wurde wie jedes Jahr der Internationale Aktionstag „NEIN zu Gewalt an Frauen“ begangen. Daran beteiligte sich der SPD-Parteivorstand wie in den vergangenen Jahren. Für einen Tag wehte die Aktionsfahne „Frei leben – ohne Gewalt“. 2014 nahmen Yasmin Fahimi, Manuela Schwesig, Elke Ferner, Ansgar Dittmar, Angelika Graf, Johanna Uekermann und viele andere am Hissen der Fahne teil – zusammen mit der Geschäftsführerin von terre des femmes Christa Stolle. Das SPD-Motto lautete: „Jede dritte Frau ist Opfer von Gewalt. Nicht mit uns!“, verbunden mit dem Hashtag #jededritte.

SPD-FEM.NET

Das SPD-fem.net, die Vernetzungsplattform für SPD-Frauen, ging am 7. März 2013 an den Start. Generalsekretärin Andrea Nahles lud die weiblichen SPD-Mitglieder ein, sich im SPD-fem.net anzumelden.

Das SPD-fem.net versteht sich als politisches Onlinemagazin von und für Frauen. Mit einem feministischen Blick auf Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sowie Mode und Unterhaltung stellt das spd-fem.net die Lebenswirklichkeit von Frauen dar. Das SPD-fem.net ist ein Netzwerk, das einen bundesweiten Ideen- und Erfahrungsaustausch unter Frauen gewährleistet. Die Vernetzung erfolgt deutschlandweit, aber mit Fokus auf die regionale Zusammenarbeit. Mit dem SPD-fem.net wendet sich SPD jungen Frauen zu. Die SPD muss weiblicher werden, denn eine frauenfreundlichere Partei ist eine bessere!

Auf dem Deutschlandfest der SPD am 17. und 18. August 2013 führte das SPD-fem.net eine vielbeachtete Aktion durch. Es besprühte Stoffbeutel mit Hilfe von Schablonen, der Andrang war riesig. Besonders beliebt waren die Motive „Zukunftsarchitektin“ oder „Ich schmeiß hin und werd' Kanzlerin“. Peer Steinbrück besprühte seine Tasche mit dem Slogan „MISSION POSSIBLE“.

REGINE-HILDEBRANDT-GALERIE IM WILLY-BRANDT-HAUS

Am 26. November 2014 benannten Yasmin Fahimi, Manuela Schwesig und Gisela Kayser vom Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. die Galerie im zweiten Stock des Willy-Brandt-Hauses nach Regine Hildebrandt. An dem Festakt nahmen auch Regine Hildebrandts Ehemann Jörg und Tochter Frauke teil. Mit der Umbenennung hat der SPD-Parteivorstand Zeichen gesetzt: Auch Frauen haben eine Rolle in der Geschichte der SPD gespielt – wir würdigen sie, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Und: Erfolgreiche Frauen sind Vorbilder für andere Frauen. Auf Regine Hildebrandt traf beides zu.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN IM ZEICHEN INTERNATIONALER KRISEN

AUßENPOLITIK

Krisen und Konflikte von großer Intensität und Strahlkraft erschüttern die Welt und bestimmen in weiten Teilen die internationalen Beziehungen. Der Ukraine-Konflikt, die humanitäre Katastrophe in Syrien, das Morden der Terrormiliz IS und Ebola stellen Europa und Deutschland vor neuartige außen-, friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Die SPD als Friedenspartei Deutschlands arbeitete intensiv daran, auf der Basis ihrer Prinzipien und Werte Antworten auf diese Herausforderungen zu finden und sich – gerade auch vor dem Hintergrund der Bundestags- und Europawahlkämpfe – klar zu positionieren.

AUßENPOLITISCHE POSITIONIERUNG IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

Der Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück nutzte eine Grundsatzrede an der Freien Universität Berlin im Juni 2013, um bereits früh im Bundestagswahlkampf den Kurs einer sozialdemokratischen Außenpolitik deutlich zu machen. Im Zentrum seiner Rede stand der Anspruch, dass Deutschland wieder eine aktive und vorausschauende Außen- und Europapolitik verfolgen müsse. Zentrale Partnerschaften, wie mit Frankreich und Polen oder den USA, müssten wieder ins Tagesgeschäft aufgenommen werden. Steinbrück kritisierte an der schwarz-gelben Außenpolitik, dass Deutschland weit hinter seinen Möglichkeiten, aber auch seiner internationalen Verantwortung zurückbleibe. Um die Wirtschafts- und Finanzkrise mit hoher Jugendarbeitslosigkeit in Europa effektiv zu bekämpfen, forderte er einen „Marshall-Plan“ für Investitionen. Rüstungsexporte seien kein Mittel für eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – hier warb Steinbrück für die Rückkehr zu einer deutlichen Restriktion.

Bei einem Gespräch des SPD-Kanzlerkandidaten mit dem US-Präsidenten Barack Obama im Juni 2013 in Berlin betonte Steinbrück, dass die transatlantischen Beziehungen von besonderer Bedeutung für Deutschland seien. Gleichzeitig sprach er aber auch die jüngsten Vorwürfe zu NSA-Überwachungen in Deutschland an.

KRISENHERD NAHER OSTEN

Der Bürgerkrieg in Syrien, die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und die Ermordung ethnischer und religiöser Minderheiten wie der Jesiden verursachte im Nahen Osten eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes. Die SPD und allen voran auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier verpflichteten Deutschland zu einem größeren Engagement humanitärer Flüchtlingshilfe in der Region. Um den brutalen Vormarsch der Terrorgruppe IS zu stoppen, beschloss Deutschland darüber hinaus, die kurdischen Peschmerga mit militärischer Ausrüstung und Waffen zu unterstützen. Die SPD trug diese Entscheidung durch den Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 mit. Die Partei handelte aus der Überzeugung, dass es für einen Konflikt wie diesen keine Schwarz-Weiß-Lösungen gebe. Er zwinge zu schweren und raschen Entscheidungen. Auf der einen Seite stehe das sozialdemokratische Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Andererseits gelte der Grundsatz, Menschenleben zu schützen ebenso wie Völkermord und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Es ging auch darum, die Stabilität einer Region zu festigen, die bis an die Grenzen Europas und der NATO heranreicht und somit die eigene Sicherheit unmittelbar berührt.

Vor diesem Hintergrund legte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bereits im August 2013 einen Sechs-Punkte-Plan vor, der die Gewaltspirale in Syrien beenden sollte. Im Vorfeld des G20-Gipfels forderte Steinbrück u.a. eine Waffenruhe, Zugang für humanitäre Hilfe und die internationale Kontrolle der syrischen Chemiewaffenarsenale.

EBOLA-KATASTROPHE IN WESTAFRIKA

2014 breitete sich der Ebola-Virus rasant in Westafrika aus, tötete weit über 10.000 Menschen, infizierte Tausende, ließ örtliche staatliche Strukturen fast zusammenbrechen und barg die ständige Gefahr, dass die Seuche sich weiter in Afrika und darüber hinaus ausbreiten könnte. Die SPD setzte sich für einen humanitären Kraftakt Deutschlands und Europas ein, um die Epidemie einzudämmen, den betroffenen Menschen zügig medizinisch zu helfen und die Staaten Westafrikas bei der Aufrechterhaltung der Grundversorgung zu unterstützen. Deutschland stockte u.a. seine finanzielle Hilfe drastisch auf und entsandte die Bundeswehr zur logistischen Unterstützung. Zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer reisten aus Deutschland in die Region.

UKRAINE-KRISE

Im Frühjahr 2014 erschütterte die Ukraine-Krise Europa und die Welt. Im Zug der pro-europäischen Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew kam es zur Annexion der Krim durch Russland. Pro-russische Kräfte versuchten mit Waffengewalt auch Teile der Ostukraine unter ihrer Kontrolle zu bringen. Ein blutiger Konflikt inmitten Europas begann, der noch anhält.

Europa befand sich in der schwersten außen- und sicherheitspolitischen Krise seit dem Ende des Kalten Krieges. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedensordnung wurden 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Frage gestellt und das Völkerrecht gebrochen. Viel Vertrauen ging verloren. Vertrauen, das auch Dank Willy Brandts mutiger „Ostpolitik“ nach Jahrzehnten der Konfrontation behutsam zwischen Ost und West heranwachsen konnte.

Die SPD setzte sich intensiv dafür ein, kurzfristig die Gewalt in der Ukraine zu beenden, um eine politische Lösung zu ermöglichen. Bereits im Mai 2014 erklärten Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier, dass es keine militärische Lösung geben könne und forderten ein Ende der Konfrontation. Beide brachten die OSZE als zentrale Akteurin für eine Verhandlungslösung ins Spiel. Gleichzeitig betonten sie, dass die EU weiterhin geschlossen auf die Krise reagieren müsse.

BEZIEHUNGEN ZUR KP CHINAS

Anlässlich des 30. Jahrestages der gemeinsamen Parteienbeziehungen zwischen der SPD und der KP Chinas reiste eine Delegation mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und der Generalsekretärin Yasmin Fahimi im November 2014 nach Peking. Im Rahmen eines Symposiums unter dem Motto „Die Tradition fortsetzen. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Die neue Zeit prägen.“, beschlossen beide Parteien eine Vorlesungsreihe zu „Globaler Gerechtigkeit und Entwicklung“ ins Leben zu rufen. Hiermit soll der Austausch und die gegenseitige Verständigung weiter gefördert werden.

EUROPAPOLITIK

EIN ANDERES, BESSERES EUROPA

Die Europapolitik stand im Berichtszeitraum weiterhin im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa und den mit ihr verbundenen politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Im Zentrum der Bemühungen der SPD stand das Ziel, zusammen mit den sozialdemokratischen Partnern in der EU eine Neuausrichtung in der Europapolitik zu bewirken hin zu verstärkten Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Bei den europapolitischen Aktivitäten im Bundestagswahlkampf, den anschließenden Koalitionsverhandlungen sowie dem Europawahlkampf trat die SPD für ein anderes, besseres Europa ein, das das Vertrauen der Menschen zurückgewinnt.

KAMPF GEGEN DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Im Bundestagswahlkampf 2013 wurde eine Vielzahl von europapolitischen Terminen mit dem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück und dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel organisiert. So führte Peer Steinbrück auf seiner Europa-Tour im Februar 2013 politische Gespräche u.a. in Großbritannien, Irland, Griechenland und den Niederlanden.

Zudem traf er mit dem französischen Präsidenten Hollande in Paris zusammen, führte Gespräche in Rom und besuchte die Spitzen der EU-Institutionen in Brüssel. Eine besondere politische Aufmerksamkeit galt dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung lud die SPD hierzu junge Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten nach Berlin ein, um über ihre Erwartungen an Europa und über Perspektiven für mehr Jobs zu diskutieren. Sigmar Gabriel reiste im Juni 2013 nach Madrid, um eben diese Fragen im Gespräch mit jungen Auszubildenden und Arbeitslosen zu erörtern. Politisch gelang es zusammen mit den europäischen Sozialdemokraten eine europäische Jugendgarantie sowie eine Beschäftigungsinitiative der EU für junge Menschen in Europa durchzusetzen.

BEKENNTNIS ZU EINEM SOZIALEM EUROPA

In den Koalitionsgesprächen nach der Bundestagswahl wurden im Bereich der Europapolitik, in dem Martin Schulz für die SPD die Verhandlungen führte, wichtige sozialdemokratische Forderungen durchgesetzt. Insgesamt wurden eine stärkere Ausrichtung auf Wachstum und Beschäftigung, strikte Regeln zur Finanzmarktregulierung und ein verlässlicher Rahmen für die EU-Bankenunion, Maßnahmen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sowie zur Stärkung des sozialen Europas verankert. Zu letzterem zählen u.a. ein sozialer Fortschrittsanzeiger und das Bekenntnis zur Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte und wirtschaftlicher Marktfreiheiten im Binnenmarkt. Auf dem Bundesparteitag im November 2013 in Leipzig, an dem als europäischer Gast und Redner der italienische Ministerpräsident Enrico Letta teilnahm, wurde ein europapolitischer Leitantrag unter dem Titel „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ verabschiedet. Am Rande des Parteitags fand eine SPD-Mobilisierungskonferenz zur Europawahl statt, bei der in Workshops vor allem junge Aktivistinnen und Aktivisten ihre Ideen für den Europawahlkampf einbringen und sich vernetzen konnten.

MARTIN SCHULZ – DER ERSTE EUROPÄISCHE SPITZENKANDIDAT

In der ersten Jahreshälfte 2014 stand im Zentrum der europapolitischen Arbeit der Europawahlkampf. Insbesondere auch auf Initiative und politisches Betreiben der SPD und der europäischen Sozialdemokraten traten bei der Europawahl 2014 erstmals gesamteuropäische Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien an. Für die europäische Sozialdemokratie wurde auf einem großen Wahlkongress Anfang März in Rom Martin Schulz als gemeinsamer Spitzenkandidat gewählt. Vor diesem Hintergrund wurden auch qualitative Fortschritte bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Europawahlkampagne erzielt. Die sozialdemokratischen Parteien verabschiedeten ein gemeinsames Manifest mit klaren Forderungen. Der Spitzenkandidat absolvierte eine Wahlkampf-Tour mit Auftritten in nahezu sämtlichen EU-Staaten. Erstmals fanden europaweite TV-Debatten der Spitzenkandidaten statt. Die europäische Kampagne der SPE wurde vom SPE-Generalsekretär Achim Post koordiniert. Die Europakampa im Willy-Brandt-Haus unter Leitung von Matthias Machnig unterstützte sie und gestaltete sie vielfach mit. Hilfe aus dem Willy-Brandt-Haus gab es auch für die europäischen Schwesterparteien – etwa durch Auftritte von Sigmar Gabriel in den Niederlanden, in Schweden oder in Portugal anlässlich der Feierlichkeiten der portugiesischen Schwesterpartei zum 40. Jahrestages der Nelkenrevolution.

Vor und nach der Europawahl kamen die sozialdemokratischen Regierungschefs und stellvertretenden Ministerpräsidenten – insbesondere auch auf Einladung des französischen Präsidenten Hollande – zu mehreren Treffen zusammen und erzielten dort substantielle Fortschritte bei der europapolitischen Koordinierung der europäischen Sozialdemokratie. Auch wenn die europäischen Sozialdemokraten mit einem starken Ergebnis bei der Europawahl nur zweitstärkste politische Kraft im neuen Europäischen Parlament wurden und nicht den EU-Kommissionspräsidenten stellen konnten, gelang es, wesentliche sozialdemokratische Forderungen in der Agenda der neuen EU-Kommission und des Europaparlamentes zu verankern, insbesondere indem sie stärkere Schwerpunkte auf die Bereiche Wachstum, Investitionen und Beschäftigung durchsetzen konnten.

GEDENKEN AN DEN AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGS

Ein besonderer Höhepunkt der europäischen Versöhnungsarbeit war eine große Gedenkveranstaltung der SPD zu „100 Jahre Erster Weltkrieg“ im April 2014 im Französischen Dom in Berlin, an der neben Sigmar Gabriel und Martin Schulz der französische Premierminister Manuel Valls sowie prominente Historiker und Wissenschaftler aus unterschiedlichen europäischen Ländern teilnahmen.



Manuel Valls, französischer Premierminister, bei der Veranstaltung „100 Jahre Erster Weltkrieg“ in Berlin (Foto: Michael Gottschalk, Photothek)

DEBATTE ÜBER TTIP UND CETA

Einen weiteren großen Stellenwert in der Arbeit nahm die intensiv und kontrovers geführte Debatte über die transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) ein. Der Parteivorstand befasste sich im Frühjahr 2014 mit dem Thema. Im September 2014 nahm der SPD-Parteikonvent einen Beschluss an, der deutlich machte, dass die SPD die Freihandelsabkommen grundsätzlich, aber nicht um jeden Preis unterstützte. So wurden zugleich klare Erwartungen an die Verhandlungen formuliert in Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltstandards und kultureller Vielfalt, den Schutz von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards und demokratischer Gestaltungsspielräume.

EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT FÜR SOZIALEM FORTSCHRITT

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt in der Europapolitik lag in der zweiten Jahreshälfte 2014 auf einer Stärkung der sozialen Dimension Europas durch Maßnahmen im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping sowie durch eine soziale Fortschrittsklausel, die soziale Grundrechte gegenüber den Marktfreiheiten im Binnenmarkt aufwerten soll. Hierzu fand auf Einladung des schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven ein erstes Koordinierungstreffen in Bommersvik nahe Stockholm statt, an dem neben Sigmar Gabriel der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann sowie die Vorsitzenden der Gewerkschaftsdachverbände aus Schweden, Österreich und Deutschland teilnahmen. Weitere Treffen sollen folgen. Zusammen mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann stellte Sigmar Gabriel zudem im Dezember 2014 das Buch „So kann Europa gelingen“ in Berlin vor.

ERFAHRUNGSUSTAUSCH ÜBER MODERNE WAHLKAMPF

Zur Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe im Hinblick auf moderne Wahlkampfmethoden gab es einen umfangreichen Erfahrungsaustausch mit befreundeten Parteien und Organisationen. Hierzu informierte sich die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi vor Ort über die Wahlkämpfe der schwedischen Schwesterpartei SAP sowie der britischen Labour Party und führte Gespräche mit den politisch Verantwortlichen, Wahlkampfmanagern und Think Tanks. Bei einem USA-Besuch im Oktober 2014 in Washington und im Bundesstaat North Carolina besuchte Yasmin Fahimi die Zentrale der Demokratischen Partei und informierte sich dort bei führenden Wahlkampfstrategen, Analysten und Umfrageexperten über die Wahlkampfplanungen der Demokraten für die Mid-Term-Wahlen in den USA.

FINANZEN **DER PARTEI**

VORWORT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

am 26. Januar 2014 haben mich die Delegierten des damaligen Bundesparteitages zum Schatzmeister unserer Partei gewählt. Ich freue mich daher, meinen ersten Finanzbericht zu diesem Parteitag vorlegen zu können.

Das mir von Euch übertragene Amt empfinde ich als eine große Ehre und Verantwortung. Die Sicherung unseres Parteivermögens und damit die Bewahrung der langfristigen finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellen den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Wer die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht, darf in seiner Ausgabenpolitik die zukünftige Entwicklung der Kostenseite genau so wenig aus dem Blick verlieren, wie mögliche Gefahren bei der Entwicklung der Einnahmen. Wenn die Mitgliederzahl weiter sinken sollte und es uns nicht gelingt – gegen den Trend sinkender Wahlbeteiligungen – wieder signifikant mehr Wählerstimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen zu erhalten, werden wir zukünftig weniger Einnahmen haben. Wer weniger einnimmt, muss bei seinen Ausgaben sparen. Und wenn wir von den Ausgaben reden, müssen wir auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit weniger Mitteln bessere Wahlkämpfe machen zu müssen und mit weniger an Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen. Schon im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017, aber erst recht danach müssen wir unsere Bemühungen, das WBH noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen.

Die Frage nach einem möglichst optimalen Einsatz der begrenzten Ressourcen erfordert darüber hinaus eine klare Prioritätensetzung und eine bessere Nutzung von Synergieeffekten: So könnten beispielsweise durch die Bündelung von administrativen Aufgaben in regionalen Service Centern nicht nur unnötige Kosten eingespart, sondern auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Spätestens nach dem Bundestagswahlkampf werden die Generalsekretärin und ich gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden Gespräche führen, wie zukünftig durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit Synergien geschaffen werden können, welche die Partei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her entlasten würden. Dazu wollen wir dann gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Mit dem Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin bin ich mir darin einig, dass wir in den nächsten Jahren auf allen Ebenen der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg bringen müssen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. Auch hier müssen der PV und Bezirke, bzw. Landesverbände in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern auch ihre begrenzten Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut zu verwalten, instand halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang des vergangenen Jahres mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt und die Umsetzung des bis 2018 laufenden Konzepts intensiv unterstützt. Ich freue mich, dass wir so einen drohenden Liquiditätseingpass nicht nur abwenden, sondern mittlerweile die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessern konnten. Es geht wirtschaftlich aufwärts, wir haben unsere Etappenziele sämtlich erreicht und teilweise übertroffen. Ich möchte diesen Weg weiter beschreiten.

Die in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem wertmäßig kleineren Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen haben viele Jahre mit ihren Ausschüttungen einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei geleistet und es darüber hinaus der ddvg ermöglicht, die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen und Kulturaktivitäten abzusichern.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD (Foto: Susie Knoll)

Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg erstmals unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte.

Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt 2013 und 2014 ein stabil positives Bild, nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a.M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt waren.

Die ddvg hat sehr frühzeitig dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten und hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen zügig – an die Umsetzung dieses komplexen Themas gegeben.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddvg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

Von den dramatischen Rückgängen auf dem Anzeigenmarkt sind auch der vorwärts und die DEMO nicht verschont geblieben. Um beide Zeitungen trotzdem langfristig absichern zu können, habe ich mich hier zu grundlegenden Restrukturierungsmaßnahmen entschlossen: Defizitäre Projekte in der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft wurden beendet oder kostendeckend umgestaltet. Die DEMO wird nun kostengünstiger im Zeitungsformat produziert. Mit der Konzentration auf sechs Printausgaben im Jahr konnten wir ohne Kostenausweitung den Ausbau von vorwärts.de als moderner Debattenplattform im Internet voran bringen. Neben vorwärts Print mit der DEMO und vorwärts online, bildet unsere Agentur Network Media (NWMD) in neuen attraktiven Räumlichkeiten die zweite Säule des neuen Strukturierungskonzeptes.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank“ des SPD Parteivorstandes gewinnen zu können. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch ddvg, VBB und die Konzentration mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring“ des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. So können wir jetzt alle eine kosten-schonende Finanzplanung angehen, die dann auch in ein gemeinsames Liquiditätsmanagement münden soll. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassen Sektor.

Immer wieder wird auch die Frage der Transparenz der Parteienfinanzierung zu einem öffentlichen Thema. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hier für alle konstruktiven Vorschläge, welche die jetzt schon hohe Transparenz weiter verbessern, sehr offen. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für die unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 EUR herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung von Spendern im Rechenschaftsbericht ab 5.000 EUR (jetzt 10.000 EUR) kann ich mir gut vorstellen.

Auch über die Sponsoring Einnahmen der Parteien wird viel spekuliert. Allerdings sind zumindest in der SPD diese Einnahmen übersichtlich: Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorsand die Einnahmen aus Sponsoring weniger als 1% der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu begegnen, mit Sponsoring würde die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz, welche die gesonderte Ausweisung von Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht vorsehen.

Das Jahr 2013 war geprägt von der Bundestagswahl und unserem Mitgliedervotum. Wir konnten mit dem Mitgliedervotum die Partei sehr stark mobilisieren, die große Beteiligung und Zustimmung von fast 76 % in die große Koalition zu gehen, hat uns bestärkt. Natürlich sind dabei auch hohe Kosten entstanden. Die Kosten wurden von der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission geprüft. Die Mittelverwendung wurde nicht beanstandet. Ihr findet dazu eine detaillierte Übersicht in diesem Finanzbericht.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbare wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer Dietmar Nietan

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Auch in den Jahren 2013 und 2014 stellen die Mitglieds- und Mandats-trägerbeiträge mit etwa 44,5 Prozent (2013) bzw. 46 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmequelle der SPD dar.

In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 73,18 Mio. EUR für 2013 und 74,45 Mio. EUR für 2014.

Diese verteilten sich wie folgt:

	2013	2014
Mitgliedsbeiträge	49,56 Mio. EUR	49,99 Mio. EUR
Mandatsträgerbeiträge	23,62 Mio. EUR	24,46 Mio. EUR

Seit dem Jahr 1990 haben wir mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, waren es Ende 2013 473.662 Personen und Ende des Jahres 2014 noch 459.902 Personen, von 2013 auf 2014 ist dies ein Rückgang um 2,9 Prozent.

Sie zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,72 EUR (2013) bzw. 9,06 EUR (2014).

Trotz sinkender Mitgliederzahlen konnten wir die Beitragseinnahmen sogar leicht erhöhen: Von 47,48 Mio. EUR (2011) bzw. 49,08 Mio. EUR (2012) auf 49,56 Mio. EUR (2013) bzw. 49,99 Mio. EUR (2014).

Wie auch in den Vorjahren liegt der Grund für die Mehreinnahmen unter anderem an der jährlich stattfindenden Beitragsanpassung, gemäß

§ 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen. Die Erhöhungen betragen im Jahr 2013 2,5 Prozent bzw. 2,1 Prozent in 2014. Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.

Angesichts der demographischen Struktur der Mitgliedschaft der SPD ist allerdings absehbar, dass langfristig unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sinken werden, wenn wir nicht auf allen Ebenen unsere Bemühungen um Beitragsehrlichkeit und Mitgliederwerbung verstärken.

85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“ bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gliederungen, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Cent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 23,62 Mio. EUR in 2013 und 24,46 Mio. EUR in 2014 unsere Mandatsträgerinnen und Mandats-träger. Das waren 14,35 Prozent (2013) bzw. 15,1 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen.

Dass manche Gliederungen zulassen, dass Mandatsträger keine oder nur sehr geringe Mandatsträgerabgaben abführen, widerspricht dem sozialdemokratischen Gedanken der Solidarität. Gerade hier haben Mandatsträger eine besondere Vorbildfunktion.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Für die staatliche Parteienfinanzierung müssen folgende Parameter beachtet werden:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person): hierzu zählen die Mitglieds- und Mandats-trägerbeiträge, sowie die Spenden.

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden.

Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011.

Seit dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2013 auf 153,47 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei 47,90 Mio. EUR.

Im Jahr 2014 betrug die absolute Obergrenze 156,74 Mio. EUR, die SPD erhielt hiervon 48,65 Mio. EUR.

Damit entsprachen die Staatlichen Mittel einem Anteil von ca. 29 Prozent im Jahr 2013 und ca. 30 Prozent im Jahr 2014 an den Gesamteinnahmen der SPD.

Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinterne Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Bundestagswahlen spielen auf allen Ebenen der Partei auch für die Spendenwerbung eine wichtige Rolle. Dies wurde auch im Jahr 2013 wieder deutlich. Die Gesamtpartei konnte die Einnahmen aus Spenden gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern: Insgesamt wurden Spenden in Höhe von 14,96 Mio. EUR eingenommen. Und traditionell stammt der Großteil von Menschen, die uns mit kleineren und kleinsten Spenden unterstützt haben. Der Anteil der Unternehmensspenden lag lediglich bei 2,9 Million EUR. Der Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen betrug im Jahr 2013 damit 9,1 Prozent gegenüber 6,94 Prozent im Vorjahr.

Erfreulich ist, dass dieses Niveau der Spendeneinnahmen im Folgejahr insgesamt gehalten, bei den Spenden von natürlichen Personen, sogar leicht verbessert werden konnte: So liegen die Spendeneinnahmen 2014 nach vorläufigen Zahlen bei insgesamt 15,1 Mio. EUR und damit bei 9,34 Prozent der Gesamteinnahmen.

Drei Konstanten bleiben unverändert: Nach wie vor stammt der Großteil der Spenden an die SPD von den Genossinnen und Genossen, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen unterstützen. Spenden aus der Wirtschaft spielen also weiterhin eine untergeordnete Rolle für unsere Partei. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den sog. bürgerlichen Parteien anders: Insgesamt erzielen sie höhere Spendeneinnahmen und besonders höhere Spendeneinnahmen aus der Wirtschaft. Und damit bleibt es auch dabei, dass der Vorwurf, die Parteien machten sich abhängig von Spenden aus der Wirtschaft, auf die SPD jedenfalls nicht zutrifft.

Im Klartext: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde EUR an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von deutlich über 20 Mio. EUR für CDU und CSU.

ANTEIL DER SPENDEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998-2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/Gr.	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
1998–2013	222.066		424.838		157.348		582.185	71.016		151.089		41.384	

ANTEIL DER SPENDEN JUR. PERSONEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998-2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
1998–2013	42.909		136.316		60.309		8.608		39.897		877	
Durchschnitt		1,66		5,92		9,36		1,86		8,01		0,23

Beide Tabellen: Angaben in Tsd. Euro (gerundet); in %: Anteil an den Gesamteinnahmen; Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Die Einnahmeentwicklung aus Sponsoring im Berichtszeitraum zeigt eindrücklich, wie stark die Einnahmen von den Veranstaltungsformaten abhängen. 2013 fanden zwei Bundesparteitage statt: der a.o. Bundesparteitag in Augsburg und der ordentliche Bundesparteitag in Leipzig. Zudem wurden im Rahmen des Parteijubiläums „150 Jahre SPD“ mit dem Festakt in Leipzig und dem „Deutschlandfest“ in Berlin weitere Großveranstaltungen organisiert. Diese Ereignisse mit breiter (Medien-) Öffentlichkeit boten den Ausstellern und Sponsoren einen attraktiven Rahmen zur Präsentation. Die Einnahmen reichten trotzdem bei weitem nicht, um diese Veranstaltungen zu finanzieren. Sie bereichern jedoch unsere Veranstaltungen in dem Sinne, dass sie den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft (unter den Blicken von hunderten von Journalisten!) förderten. Wir bieten im Rahmen der Großveranstaltungen aber auch nichtkommerziellen Ausstellern, wie parteinahen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen, Fraktionen oder Stiftungen die Möglichkeit der Präsentation und des Austauschs mit Delegierten und Gästen. Im Gegensatz zu Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zahlen sie jedoch keine Ausstellermiete.

2014 boten der a.o. Bundesparteitag in Berlin zu Beginn des Jahres (mit geringer Ausstellerfläche), der traditionelle Filmabend anlässlich der Berlinale im Willy-Brandt-Haus und der Wirtschaftsempfang mit der Verleihung des Innovationspreises in Berlin die Möglichkeit eines werbewirksamen Auftritts für Sponsoren. Bei den Arbeitsgemeinschaften waren im Berichtsraum hauptsächlich die Jusos mit ihren Bundeskonferenzen als Zielgruppe für Sponsorenaktivitäten von Interesse.

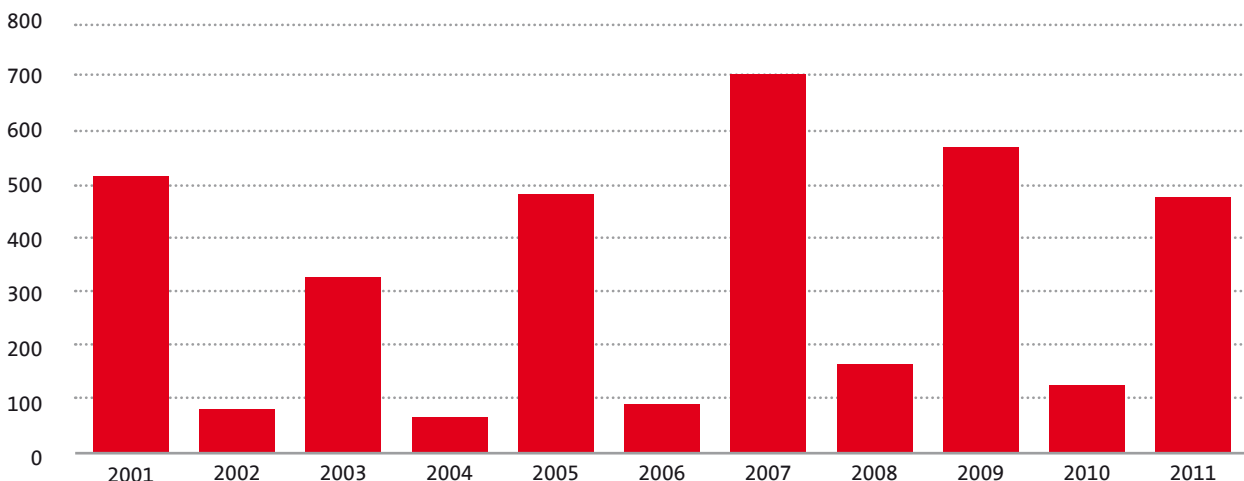
Die Einnahmen aus Sponsoring sind im Rechenschaftsbericht eingeflossen unter der Position „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“. Dem Vorwurf, dass Parteien ihre Sponsoringeinnahmen in der Position verschleiern, treten wir entgegen.

Die fortgesetzte Veröffentlichung der Sponsoringeinnahmen im Finanzbericht soll zur Transparenz beitragen und sie in einer realistischen Relation zu den übrigen Einnahmen setzen.

Um eine gesonderte Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht der Parteien zu verankern, müsste das Parteiengesetz geändert werden. Dafür fehlt es leider im 18. Deutschen Bundestag an einer fraktionsübergreifenden Mehrheit.

SPONSORING	IN TSD. EURO
2001	515
2002	85
2003	329
2004	72
2005	480
2006	96
2007	702
2008	169
2009	571
2010	132
2011	475
2012	153
2013	677
2014	59

EINNAHMEN DES PARTEIVORSTANDES AUS SPONSORING UND VERMIETUNG VON STANDFLÄCHEN IN TSD. EURO



1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2011/2012 9,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2013/2014

noch rund 8,7 Mio. EUR ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Knapp die Hälfte diente wieder der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus, der verbleibende Betrag der Tilgung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/ Bezirken gibt es seit 1994, dem Jahr der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen. Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85% zu 15% zugunsten der Gliederungen gegenüber.

VERTEILUNG AUS STAATLICHEN MITTELN

IN TSD. EURO

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		2013 – 2014		Veränderung ggü. 1991 – 1993	
	Ø pro Jahr Tsd. €	%	Ø pro Jahr Tsd. €	%	Ø pro Jahr Tsd. €	%	Ø pro Jahr Tsd. €	%	Ø pro Jahr Tsd. €	%	Tsd. €	%
Landesverbände												
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008		5.407			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738		9.765			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	14.373	34	14.746	33	15.172	31	1.444	10,9
Parteivorstand												
	30.996	70	31.541	67	28.459	66	30.233	67	33.101	69	-763	-2,5
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	42.832	100	44.979	100	48.273	100	681	1,5

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. €; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Haushaltsjahre 2013 und 2014 standen unter dem Zeichen von besonderen Herausforderungen. Gemeint sind hier natürlich die Aufstellung und Bewirtschaftung des Bundestags- und Europawahlkampfes, aber auch die Finanzierung eines angemessenen 150-Jahre-Jubiläums.

Die wichtigsten Einnahmen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 18,2 Prozent (2011/2012: 20,1 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 56,9 Prozent betrug (2011/2012: 64,1 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 26,5 Prozent gegenüber 2011/2012 einem Anteil von 25,3 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5 Prozent und im Berichtszeitraum 27,3 Prozent.

Die Entwicklung der der Kosten für die EDV ist weiterhin positiv.

Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2013/2014 gegenüber 2011/2012 annähernd gleich geblieben. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,3 Prozent (2011/2012: 8,4 Prozent).

Zusätzlich erhielten die die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Bundestags-Wahlkampfes ca. 2,1 Mio. EUR und im Rahmen des Europa-Wahlkampfes ca. 1,5 Mio. EUR.

Der Anteil der Personalkosten sank leicht von 37,8 Prozent in 2011/2012 auf 37,7 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Bundestags- und Europawahlkampf befand sich 2013 und 2014 im Willy-Brandt-Haus. Für beide Wahlkämpfe wurden insgesamt ca. 29,3 Mio. Euro aufgewandt. Dies entsprach dem vorgegebenen Budget.

Für das 150 Jahre Jubiläum im Jahr 2013 wurden insgesamt 5,3 Mio. Euro aufgewendet. Einen Großteil der Kosten verursachten hier das Deutschlandfest am Brandenburger Tor in Berlin und der Festakt in Leipzig.

Ein großer Erfolg war auch das Mitgliedervotum im Dezember 2013. Hierfür musste ein Nachtragshaushalt durch den Parteivorstand beschlossen werden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,9 Mio. Euro, wobei zwei Drittel durch den Parteivorstand und ein Drittel durch die Landesverbände und Bezirke getragen wurde.

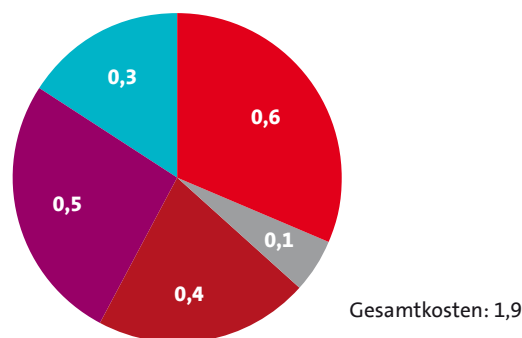
Sowohl die Schatzmeister- und Kassiererkonferenz, als auch die Kontrollkommission stellten fest, dass die Mittelbewirtschaftung, sowie die Art und Weise der Kostenteilung nachvollziehbar und gerechtfertigt waren.

Die Kosten verteilten sich wie folgt:

Produktion und Verarbeitung der Abstimmungsunterlagen ca. 0,6 Mio. EUR, der Sondervorwärts mit dem abgedruckten Koalitionsvertrag ca. 0,4 Mio. EUR, Mediakosten ca. 0,5 Mio. EUR, Auftakt + Regionalkonferenzen 0,1 Mio. EUR, Auszahlung + MPZK + Notar 0,3 Mio EUR.

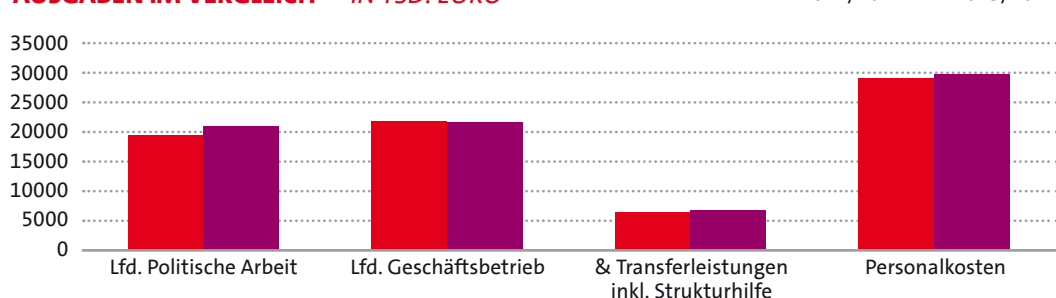
Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2013 und 2014 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

KOSTEN MITGLIEDERVOTUM IN MIO. EURO



- Produktion und Verarbeitung Abstimmungsunterlagen
- Auftakt, Regionalkonferenzen, Broschüre
- Sondervorwärts inkl. Koalitionsvertrag
- Mediakosten
- Auszahlung Mitgliedervotum, Notarkosten

AUSGABEN IM VERGLEICH IN TSD. EURO



3. STRUKTURHILFE FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Der 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene, vom Mitgliedsbeitrag einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe, liegt seit Jahren konstant bei 0,26 EUR je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2013 und 2014 hieraus zusammen 2,9 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,13 Mio. EUR

geleistet, wobei auf das Jahr 2013 600 TEUR und 525 TEUR auf 2014 entfallen.

Im Jahr 2013 macht das einen Gesamtbetrag von 2,05 Mio. EUR und im Jahr 2014 von 1,95 Mio. EUR aus.

Auch in den kommenden Jahren wird eine solche solidarische Strukturhilfe notwendig sein, um eine handlungsfähige Parteiorganisation in den ostdeutschen Landesverbänden weiter zu ermöglichen.

4.1 KONZENTRATION GMBH

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien treuhänderisch das Immobilienvermögen der Partei. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte des Parteivorstands entsprechend der Finanzordnung wahr und unterstützt Parteigliederungen vor Ort auf Wunsch mit weiteren Dienstleistungen – angefangen bei der Rechtsberatung, dem Umgang mit Behörden, Miteigentümern usw. über die Steuerung von Umbau- und Sanierungsprojekten bis zur Vollverwaltung der Objekte.

Daneben wurde in den vergangenen 20 Jahren die Restitution geeigneten Parteivermögens in den neuen Bundesländern betrieben. Es konnte ein Immobilienportfolio gesichert werden, das mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert wurde.

Das Ende der Restitution bedeutet für die Konzentration GmbH einen tiefen Einschnitt: in organisatorischer wie auch in finanzieller Hinsicht. Die mit der Restitution verbundenen erheblichen finanziellen Zuflüsse (z.B. aus Kaufpreisauskehrungen) stehen fortan nicht mehr zur Verfügung und das Tätigkeitsprofil des Unternehmens ändert sich: weg von großen Instandsetzungsprojekten zur laufenden Verwaltung und Entwicklung des vorhandenen Portfolios.

Der Schatzmeister hat daher ein mittelfristiges und durchgerechnetes Konzept für die weitere Entwicklung des Immobilienportfolios beauftragt, das einvernehmlich mit der Geschäftsführung der Konzentration GmbH im Sommer 2014 verabschiedet werden konnte. Es sieht bis Ende 2018 eine weitreichende Neustrukturierung der Finanzierung des Vermögens, eine deutliche Reduzierung der Verschuldensquoten (i.e. Anteil der Bankverbindlichkeiten am Wert des Portfolios), einen teilweisen Umbau dieses Portfolios und selektive Zukäufe vor.

Daneben hat der Parteivorstand mit einem anteiligen Verzicht auf eigene Darlehen dazu beigetragen, die Bilanzqualität seines Treuhandvermögens kurzfristig zu verbessern, so dass die Neuausrichtung in Kooperation mit den kreditgebenden Banken Schritt für Schritt umgesetzt werden kann.

Bis Ende 2015 werden voraussichtlich Kreditvolumina von grob 10,2 Mio. EUR gegenüber Kreditinstituten neu verhandelt und strukturiert sein, insgesamt 10 Objekte veräußert (größtenteils unsanierte Restitutionsobjekte) und 7 Objekte erworben, die allesamt einen positiven Liquiditätseffekt bei überschaubarem Investitionsaufwand aufweisen. Damit kann das Portfolio stabilisiert werden und wird gegenüber zukünftig möglichen Zinssteigerungen nachhaltig „wetterfest“.

Nach dem Restrukturierungsplan werden von 2016 bis 2018 weitere 7 Mio. EUR neu strukturiert, wobei nach den Vorgaben des Schatzmeisters die weitere Schuldentilgung Vorrang vor Investitionen haben wird. Die Konzentration GmbH wird bei Investitionen in neue Objekte sehr selektiv vorgehen und die derzeit teilweise absurden Preisvorstellungen von Verkäufern in begehrten Lagen nicht bedienen.

Ein besonderes Projekt stellt der beabsichtigte Neubau eines Herbert-Wehner-Hauses in Dresden dar. Unweit des Landtags, am Rande der Dresdner Altstadt, konnte im August dieses Jahres ein Grundstück erworben werden, das die Konzentration GmbH nach den derzeit vorliegenden Plänen mit einem multifunktionalen Gebäude (Büro, Tagung, Wohnen) bebauen wird. Die Arbeiterwohlfahrt Sachsen und das Herbert Wehner Bildungswerk haben bereits Absichtserklärungen unterzeichnet, um Flächen in diesem Gebäude zu erwerben. Baubeginn wird voraussichtlich im Mai 2016 sein. Die sächsische SPD wird das Haus als neues Parteihaus nutzen.

Mit dem Bau in Dresden verfolgen wir weiterhin die Strategie, das Immobilienportfolio nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach organisationspolitischen Erfordernissen umzubauen: Immobilieneigentum in den Landes-Hauptstädten und in wichtigen Ober- und Mittelzentren stützt die Organisation und stellt eine wichtige Säule der kontinuierlichen politischen Arbeit dar.

Wir ermutigen und unterstützen daher Gliederungen vor Ort, Immobilien-Eigentum zu erwerben, nachhaltig zu finanzieren und zu pflegen. Dazu steht auf Seiten der Konzentration GmbH ein internes wie externes Netzwerk von Spezialisten zur Verfügung, egal ob es um die Marktevaluation, Machbarkeit, Finanzierung, Umbau, Sanierung, Vermietung oder Verwaltung geht.

Wir sehen uns hier auch weiterhin in allen Fragen des Immobilienbereichs als einen Dienstleister für die Partei und ihre Gliederungen.

4.2 VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Im Mai 2016 wird das Willy-Brandt-Haus den 20. Geburtstag als Parteizentrale der SPD feiern.

Seit dem Einzug im Sommer 1999 wird das Haus intensiv von der Partei (und anderen Mietern) genutzt. Das Gebäude – mit der auf dem Dach wehenden Fahne – wurde in kurzer Zeit als Zentrale der SPD bekannt und konnte sich als Tagungs- und Veranstaltungsort gut am Markt etablieren. Davon zeugen die hohen Besucherzahlen der Ausstellungen genauso wie das Interesse von Externen, Veranstaltungen im Hause zu realisieren.

Das Willy-Brandt-Haus war von Anfang an als „offenes“ Haus konzipiert, und zwar nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern auch als ein Gebäude, das über die Partei hinaus wirkt. Es sollte ein Ort politischer, kultureller und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung werden. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Auch dank des Einsatzes des „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“, der mit zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen einen unverzichtbaren Beitrag für ein lebendiges und offenes Haus leistet.

Der laufende Betrieb des Willy-Brandt-Hauses obliegt der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH, die als parteieigenes Unternehmen treuhänderisch die Eigentumsrechte des Parteivorstands wahrnimmt und die Liegenschaftsverwaltung sowie den anspruchsvollen Betrieb – vom Handy-Management des Parteivorstands bis zum fernsehgerechten Flächenmanagement – übernommen hat.

Auch im 20. Jahr seines Bestehens verfügt das Haus über einen überdurchschnittlichen guten Erhaltungszustand, wenn auch nicht zu

übersehen ist, dass der finanzielle Aufwand zur Aufrechterhaltung des erreichten Niveaus wächst: So war im Sommer 2015 der (Teil-) Austausch des Dachs und die Einbringung einer neuen Ersatz-Stromversorgung erforderlich.

Seit 1999 werden die aus der Bauphase stammenden Bankverbindlichkeiten Zug um Zug abgetragen. Das Haus ist konventionell mit mehreren Hypothekendarlehen finanziert worden. Die Zinsentwicklung der letzten Jahre hat dazu beigetragen, die Höhe der Hypothekenzinsen deutlich zu reduzieren und dadurch zusätzliche Investitionen leisten zu können, nicht nur für die Instandhaltung, sondern auch für die zeitgemäße technische Ausstattung, inklusive Kommunikationsmöglichkeiten.

Insbesondere die laufenden Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) haben dazu beigetragen, dass die Verbindlichkeiten weiter planmäßig reduziert werden konnten. Die Gesamtverbindlichkeiten (gegenüber Banken zzgl. sonstiger Verbindlichkeiten) beliefen sich zum Jahresende 2014 noch auf ca. 22,7 Mio. EUR. Dabei betrug die durchschnittliche Zinsbindung 8,2 Jahre, so dass hier eine hohe finanzielle Planungssicherheit für die Partei besteht.

Gleichwohl wird das Haus auch in den kommenden Jahren auf die Ausschüttungen der ddvg angewiesen sein, um die Verbindlichkeiten weiter zu reduzieren. Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.

4.3 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

MEHR ENGAGEMENT IN DER DIGITALEN WELT

Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) hat in den vergangenen zwei Jahren ihr Engagement in digitalen Geschäftsmodellen forciert und die dahinter liegende Strategie stärker konturiert. Die ddvg geht diese Schritte mit dem gebotenen Augenmaß, um das mit den Investitionen verbundene Risiko zu begrenzen.

Die digitalen Geschäftsfelder, auf denen die ddvg aktiv wird, müssen jeweils „zur ddvg“ passen, d.h. sie müssen nicht nur eine ökonomische Perspektive bieten, sondern auch dem Ziel der Meinungsvielfalt und/oder fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Zielen dienen. Hierbei konzentriert sich die ddvg im Wesentlichen auf zwei Themenfelder:

- a) neue digitale Geschäftsaktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit“ (über die **Green Lifestyle GmbH**) und
- b) lokale und regionale Bedürfnisse, die traditionell von Zeitungen bedient wurden und heute mit neuen digitalen Angeboten beantwortet werden (über die **2 Welten Investment GmbH**).

DIE GLG GREEN LIFESTYLE GMBH

Mit ihrer Beteiligung am ÖKO-Test Magazin verfügt die ddvg schon seit langem über eine starke und glaubwürdige Marke im Themenfeld der Nachhaltigkeit. Bei ÖKO-Test ist darüber hinaus ein profundes Wissen über Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Biothemen in Deutschland vorhanden. Nicht zuletzt kann die ddvg auf die mit ÖKO-Test gewonnenen Erfahrungen im nachhaltigen Marktsegment zurückgreifen. Diese Marktkenntnisse liefern den Befund, dass der bewusste, nachhaltige Konsum in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und weiter wächst. Der Nachhaltigkeitssektor passt gesellschaftspolitisch zum Profil der ddvg; er bietet auch hervorragende Wachstumschancen.

Die ddvg hat Anfang 2014 die Mehrheit und Mitte 2015 100% der Anteile an der Plattform Utopia GmbH erworben. Die Utopia GmbH (utopia.de) ist die größte Verbraucherberatungs-Plattform für nachhaltigen Konsum in Deutschland. Gemeinsam mit dem 2013 erworbenen reichweitenstärksten Marktplatz für nachhaltige Produkte in Deutschland, avocadostore.de, erreichen die Beteiligungen, die in der Green Lifestyle Group zusammengefasst sind, zusammengenommen monatlich 2,5 Mio. Menschen. Damit ist die Green Lifestyle Group schon heute die größte deutsche Mediengruppe für nachhaltigen Lebensstil. Der Schwerpunkt der Gruppe liegt auf einer nutzwertorientierten Kaufberatung. In Deutschland ist diese Positionierung der Green Lifestyle Group einzigartig und nicht ohne weiteres kopierbar: Dies hat seine Ursache vor allem darin, dass die Beteiligungen der Green Lifestyle Group über Jahre eine kaum einholbare Reputation als glaubwürdige Konsumentenberater bzw. als vertrauenswürdiger Marktplatz aufgebaut haben.

Die Green Lifestyle Group verfolgt das Ziel, der mit Abstand wichtigste Medienpartner für diejenigen werbungstreibenden Unternehmen zu werden, die ihre Nachhaltigkeitsleistung mit hoher Breitenwirkung und Glaubwürdigkeit an den Endverbraucher kommunizieren wollen.

2 WELTEN INVESTMENT GMBH

Die traditionelle Aufgabe der regionalen und lokalen Tageszeitung liegt darin, lokale Informationsbedarfe zu bedienen und lokale Akteure zusammenzubringen. Diese Aufgabe besteht nach wie vor; sie wird heute verstärkt mit digitalen Möglichkeiten bedient, und die Zeitungsbranche hat auf diese Entwicklung viel zu spät und nur zögerlich reagiert.

Mit der 2 Welten Investment hat die ddvg ein Unternehmen geschaffen, das an der Schnittstelle zwischen den Stärken der lokalen

Zeitungsverlage (Zugang zu den lokalen Märkten) und neuen, lokal orientierten, digitalen Geschäftsideen ansetzt. Es geht hierbei vor allem darum, hochsynergetische Geschäftsmodelle umzusetzen, die an lokalen Bedarfen aufsetzen. Die ddiv bzw. 2 Welten Investment versteht sich hierbei als Akteur, der eine neue Kooperationsebene für die digitalen Geschäftszweige der Regionalverlage bietet. Das heißt auch, dass sich sowohl Unternehmen aus dem ddiv-Portfolio als auch Regionalverlage, mit denen kein Beteiligungsverhältnis besteht, an 2 Welten Investment beteiligen und/oder mit ihm kooperieren können. Maßgeblich ist vielmehr, dass die kooperierenden Verlage ihr know how und viel Engagement in den operativen Aufbau des Geschäfts einbringen – dies ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die identifizierten Geschäftsmodelle.

Beteiligungsportfolio:

20,2 % an Stuffle GmbH (stuffle.it) – Technologisch führende Flohmarkt-App sowie ein Kleinanzeigenportal stuffle.it – Die Cuxhavener Nachrichten haben eine Vollintegration der Kleinanzeige von der stuffle-App bis zur Druckmaschine für das eigene Anzeigenblatt (Print) aufgebaut.

15,2% an Locafox GmbH (locafox.de) – einem Internet-Marktplatz (auch via der App Locafox), der Echtzeitverfügbarkeiten von Warenbeständen in stationären Geschäften anzeigt und an Kunden vermittelt – Die Neue Westfälische verkauft auf Basis eines Vertriebskooperationsvertrags das Produkt im Verbreitungsgebiet OWL.

WEITERE DIGITALE BETEILIGUNGEN

Darüber hinaus hält die ddiv seit nunmehr bald sechs Jahren eine Beteiligung in Höhe von 10% an der **Tredition GmbH**, einem Selfpublishing-Anbieter. Diese Beteiligung war die erste Investition in ein gründergeführtes Startup. Das Unternehmen weist seit Jahren kontinuierliches Wachstum aus.

Die **Tivola-Publishing GmbH** (Beteiligungsquote 51,3%) ist im Markt von Apps und Mobil-Games für Kinder und Jugendliche präsent. Insbesondere der (globale) Markt für Apps eröffnet große Chancen, stellt aber auch immer wieder neue und ungeahnte Herausforderungen. Es ist Tivola gelungen, sich mit einem Umsatz deutlich über der Millioengrenze als feste Größe in diesem Teilmarkt zu behaupten.

Als weiteren wichtigen Schritt ihrer Diversifizierungs- und Digitalstrategie hat die ddiv gemeinsam mit drei chinesischen Partnerunternehmen am 15. Mai 2015 das erste unabhängige Verbraucherportal „**Okoer.com**“ in der VR China gestartet. Das Portal baut hierbei auf die bei ÖKO-Test vorhandene Kompetenz von gezielten Produkttests: Die ÖKO-Test-Redaktion Deutschland kauft im chinesischen Handel (unerkannt) Produkte ein, bringt diese nach Deutschland und lässt sie durch die bewährte ÖKO-Test-Routine testen und bewerten. Die Testergebnisse werden ins Chinesische übersetzt und dann auf dem ÖKOer Portal veröffentlicht.

WEICHENSTELLUNGEN IM KERNPORTFOLIO

Die Lage der Medienunternehmen ist nach wie vor vom digitalen Wandel und von der rückläufigen demografischen Entwicklung geprägt. Das heißt, dass bei den regionalen Tageszeitungsverlagen, dem Kernportfolio der ddiv, Anzeigenumsätze und Auflagen weiter rückläufig sind. Es bleibt deshalb die Aufgabe der Verlage, die Kostensituation ständig zu optimieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Im Finanzbericht 2013 wurde die Situation in Mediensektor, insbesondere die Herausforderungen der Regionalverlage, umfangreich beschrieben. Die damaligen Feststellungen sind noch immer aktuell. Dies bedeutet aber auch, dass einige der vor zwei Jahren angestellten Prognosen sich mittlerweile realisieren. Dies gilt auch für die Frage des Umgangs mit den Personalkosten in Verlagen, Druckereien und Redaktionen. Hierzu hat der Finanzbericht 2013 folgendes ausgesagt:

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze

nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Verlagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrags und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unterfallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistungen etc. Die ddiv beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunftsfeste Neujustierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Entwicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegenzusetzen können.

Diese damalige Einschätzung hat sich mit der Entscheidung über die Fremdvergabe des Zeitungsdrucks in Hannover durch die Mediengruppe Madsack nun bestätigt. Nach umfangreichen Analysen hat die Madsack-Geschäftsführung die Schließung der Druckerei und Fremdvergabe der Druckleistungen beschlossen. Derartige Entscheidungen strapazieren das Selbstverständnis der ddiv, für gute Arbeit und sichere Beschäftigung einzutreten. Es war im konkreten Fall letztlich eine schwierige Abwägung vorzunehmen, was letztlich in der Verantwortung für die gesamte Arbeitnehmerschaft des Gesamtkonzerns und auch für das Vermögen der Partei gegenüber der eigenen Gesellschafterin vertretbar war. Für die ddiv sind nach wie vor Antworten der Tarifpartner auf die Strukturkrise der Medien- und Druckindustrie das Gebot der Stunde. Solange es diese nicht gibt, wird die Erosion der Tarifbindung in diesen Branchen fortschreiten. Wir werden unsere Bemühungen, beide Tarifpartner in diesem Sinne zu einem verantwortlichen Handeln zu bewegen, auch weiterhin fortsetzen.

EIN BLICK ZURÜCK

Wir als Sozialdemokraten können vor dieser Situation und den damit verbundenen Entscheidungen nicht ausweichen – das gebietet die historische Erfahrung. Vor 50 Jahren nahm die bislang schwerste Krise der SPD-Medienunternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang: Zwar konnten die in der Konzentration GmbH verbundenen Unternehmen 1965 noch das beste Gesamtergebnis der letzten fünf Jahre vorweisen, dieses Ergebnis war aber trügerisch, weil die meisten parteieigenen Zeitungen trotz günstiger Konjunktur schon seit mehreren Jahren nur noch geringe oder aber negative Umsatzerlöse erzielten. Der stark wachsende Anteil des Fernsehens am Werbemarkt erschwerte es, die damals sinkenden Vertriebeinnahmen auszugleichen und damit die vergleichsweise hohen Betriebskosten der sozialdemokratischen Zeitungen zu decken. Das Hamburger Echo (später Hamburger Abendecho) beispielsweise musste 1965 bereits mehr als 4,3 Mio. DM (entspricht dem heutigen Gegenwert von rund 8,4 Mio. EUR) Verlust ausweisen. Nachdem dann 1966 die Konjunktur einbrach, mussten 1966 das Hamburger Abendecho, 1967 die SPD-eigenen Zeitungen in Saarbrücken, Karlsruhe, Heilbronn und Freiburg eingestellt werden. 1968 traf die Kieler Morgenzeitung und den Lübecker Morgen dasselbe Schicksal. Schließlich folgte mit der Einstellung des Berliner Telegraf im Jahr 1972 das Ende einer der namhaftesten Zeitungen der SPD.

Die Gründung der ddiv als Holding-Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes im Jahr 1971 und die damit einhergehende Trennung der betriebswirtschaftlichen Führung der Beteiligungen vom politischen Geschäft war die Antwort der SPD auf diese schwerwiegende Krise. Schließlich gelang es in schmerzhaften Prozessen, den Unternehmensbereich zu stabilisieren, mehr als 250 Mio. DM Verbindlichkeiten abzutragen, gemeinsam mit „bürgerlichen“ Kooperationspartnern vor Ort die lokalen Zeitungen vor dem Zugriff großer Medienkonzerne zu bewahren und letztlich auch einen namhaften Beitrag für die Finanzierung der Partei zu leisten.

EINFÜHRUNG DES MINDESTLOHNS

Die ddiv hat sehr frühzeitig bei ihren Beteiligungsverlagen und auch darüber hinaus dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten, wobei der Mindestlohn in der Zeitungsbranche nahezu ausschließlich im Feld der Zustellung Wirkung entfaltet. Insbesondere war es erforderlich, dass

bisherige Stücklohnmodell auf die Anforderungen des Mindestlohns anzupassen. Die ddivg hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen frühzeitig damit befasst, dieses komplexe Thema umzusetzen. Eine erste Zwischenbilanz kann aber erst nach Ende des Jahres 2015 gezogen werden.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddivg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

STABIL POSITIVE ERGEBNISSE DER DDVG

Nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a.M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt war, zeigt das ddivg-Unternehmensergebnis mit 7,3 Mio. EUR (2013) bzw. 6,4 Mio. EUR (2014) ein stabil positives Bild. Das abgesenkte Niveau der Betriebsergebnisse in Höhe von 5,2 Mio. EUR (2013) bzw. 9,4 Mio. EUR erklärt sich unter anderem daraus, dass wegen erheblicher Restrukturierungsaufwendungen der Verlagsgesellschaft Madsack von dort keine Gewinnausschüttungen vereinnahmt werden konnten. Im Übrigen hat die Niedrigzinssituation zu erheblichen Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen geführt und dadurch deren Unternehmensergebnisse geschmälert.

Der Cashflow in Höhe von 16,8 Mio. EUR unterstreicht die stabil positive Verfassung der ddivg. Der leicht negative Cashflow (-0,4 Mio. EUR) des Jahres 2013 ist Sondereffekten, insbesondere der Bewältigung der Insolvenz der FR geschuldet.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddivg war auch im Berichtszeitraum das regionale Zeitungssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 9,0 Mio. EUR (2013) bzw. 13,5 Mio. EUR (2014).

WEITERE GESCHÄFTSBEREICHE

Das Druckereigeschäft ist auch in den vergangenen zwei Jahren sehr unbefriedigend geblieben. Trotz umfangreicher Maßnahmen, um als tarifgebundenes arbeitendes Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können, musste der Druckbetrieb in Braunschweig Anfang 2015 geschlossen werden.

Das Tourismusgeschäft zeigt Licht und Schatten. Angesichts unbefriedigender Buchungszahlen musste die Kooperation mit dem Reeder der MS Azores im Herbst 2014 eingestellt werden – trotzdem konnte auch das Kreuzfahrtgeschäft mit einem positiven Teilergebnis abgeschlossen werden. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich nun wieder allein auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuspruch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2013 IM VERGLEICH

Im Jahr 2013 hat die SPD insgesamt 164,6 Mio. EUR eingenommen. Im gleichen Zeitraum verzeichneten CDU und CSU Einnahmen in Höhe von 198,7 Mio. EUR.

Für die SPD bleiben die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 30,1 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 44,5 Prozent die CDU zu 37,2 und die CSU zu 27,7 Prozent aus Beiträgen. Der größte Posten bei den Unionsparteien sind die staatlichen Mittel mit einem Anteil von 30,2 Prozent.

Spenden hatten insgesamt einen Anteil von 9,1 Prozent an den Gesamteinnahmen. 80,6 Prozent der Spenden an die SPD stammten von natürlichen Personen. 20,4 Prozent der CDU-Einnahmen waren Spenden, die CSU finanzierte sich sogar zu 30,7 Prozent dadurch. Der Anteil von juristischen Personen, also Spenden aus der Wirtschaft, belief sich bei den Unionsparteien auf 37,0 Prozent.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 45,4 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2013 14,9 Mio. EUR Spenden erhalten. Damit die SPD ihre Unabhängigkeit behalten kann, aber trotzdem weiterhin eine starke Organisation haben und kampagnenfähig bleiben kann, muss der relativ geringe Spendenanteil aus anderen Quellen ergänzt werden. Die SPD konnte auch im Jahr 2013 vom Unternehmensbereich und dem in der mehr als 150jährigen Geschichte der Partei aufgebauten Vermögen profitieren. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betragen 12,3 Mio. EUR.

Die SPD hatte im Bundestagswahljahr 2013 Ausgaben in Höhe von insgesamt 186,2 Mio. EUR. CDU und CSU hatten Ausgaben von zusammen 205,4 Mio. EUR im Jahr 2013. Für Wahlkämpfe hat die SPD

47,4 Mio. EUR oder 25,5 Prozent der Ausgaben aufgewendet, während CDU/CSU 67,5 Mio. EUR (32,8 Prozent der Ausgaben) dafür ausgeben konnten.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb hat die SPD 43,5 Prozent aufgewendet.

Das Reinvermögen hat am Ende des Jahres 185,4 Mio. EUR bei der SPD betragen, die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 207,8 Mio. EUR.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2013 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2014 noch nicht veröffentlicht sind.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN IM VERGLEICH FÜR DAS JAHR 2013

	SPD		CDU		CSU		CDU / CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Einnahmen														
Mitgliedsbeiträge	49.562.123	30,12	38.747.453	25,64	10.015.458	21,03	48.762.911	24,54	8.724.659	21,73	6.564.877	19,70	9.153.995	33,19
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	23.619.757	14,35	17.529.111	11,60	3.175.954	6,67	20.705.065	10,42	8.988.905	22,39	2.797.227	8,39	3.578.523	12,97
Spenden von nat. Pers.	12.055.353	7,33	20.060.527	13,28	8.559.186	17,97	28.619.713	14,40	4.283.060	10,67	7.202.931	21,61	2.485.393	9,01
Spenden von jur. Pers.	2.905.122	1,77	10.744.681	7,11	6.079.575	12,77	16.824.256	8,47	697.128	1,74	3.698.959	11,10	85.413	0,31
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	3.213.104	1,95	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1.477	0,00	147.933	0,44	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	9.090.751	5,52	2.803.974	1,86	251.747	0,53	3.055.721	1,54	149.890	0,37	459.625	1,38	167.423	0,61
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	15.255.422	9,27	11.687.842	7,74	7.326.644	15,39	19.014.486	9,57	843.988	2,10	1.807.529	5,42	244.344	0,89
Staatliche Mittel	47.898.406	29,11	48.051.765	31,80	12.008.720	25,22	60.060.485	30,22	15.056.823	37,50	10.507.574	31,53	11.142.416	40,40
Sonstige Einnahmen	958.030	0,58	1.476.198	0,98	201.078	0,42	1.677.276	0,84	1.409.040	3,51	139.970	0,42	724.741	2,63
Gesamt	164.558.068	100,00	151.101.551	100,00	47.618.362	100,00	198.719.913	100,00	40.154.970	100,00	33.326.625	100,00	27.582.248	100,00
Ausgaben														
Personalausgaben	51.861.612	27,86	43.793.063	28,92	11.299.694	20,92	55.092.757	26,82	14.260.437	32,89	6.164.535	16,29	11.101.047	35,48
Lauf. Geschäftsbetrieb	29.082.333	15,62	27.782.224	18,35	7.755.214	14,36	35.537.438	17,30	6.640.333	15,31	8.815.121	23,29	5.041.600	16,12
Allg. politische Arbeit	43.360.650	23,29	28.201.359	18,63	14.352.781	26,57	42.554.140	20,72	7.832.003	18,06	8.110.774	21,43	6.204.720	19,83
Wahlkämpfe	47.429.522	25,48	47.215.141	31,18	20.249.005	37,48	67.464.146	32,84	14.194.405	32,73	13.401.458	35,40	8.888.522	28,41
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	14.072.321	7,56	2.192.893	1,45	0	0,00	2.192.893	1,07	317.317	0,73	92.209	0,24	3.532	0,01
sonstige Zinsen	246.202	0,13	347.953	0,23	218.442	0,40	566.395	0,28	3.407	0,01	1.116.057	2,95	4.642	0,01
sonstige Ausgaben	102.156	0,05	1.872.888	1,24	144.899	0,27	2.017.787	0,98	114.793	0,26	151.915	0,40	40.700	0,13
Gesamt	186.154.796	100,00	151.405.521	100,00	54.020.035	100,00	205.425.556	100,00	43.362.695	100,00	37.852.069	100,00	31.284.763	100,00
Überschuss / Defizit	-21.596.728		-303.970		-6.401.673		-6.705.643		-3.207.725		-4.525.444		-3.702.515	
Reinvermögen	185.388.041		135.062.211		31.889.068		207.800.964		34.771.885		6.271.535		25.780.431	

6. BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

ZUR ARBEIT DER KONTROLLKOMMISSION IM BERICHTSZEITRAUM 2013/2014

Nach dem Organisationsstatut wählt der Parteitag zur Kontrolle des Parteivorstandes eine Kontrollkommission, bestehend aus neun Mitgliedern. Die Mitglieder der Kommission haben bei ihrer konstituierenden Sitzung nach dem Bundestag 2013 die amtierende Vorsitzende Brigitte Reckmann und ihren Stellvertreter Walter Meinhold in ihren Positionen bestätigt. Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitagen betraut.

Mindestens einmal vierteljährlich finden Sitzungen statt, auf denen geprüft wird, welche Entscheidungen in politischer und kostenwirksamer Hinsicht gefällt oder geplant sind und welche Risiken damit verbunden sein könnten. Neben der Prüfung der Quartals- und Jahresabschlüsse der Betriebs Haushalte befasste sich die Kontrollkommission im Berichtszeitraum auch mit dem Bundestags- und Europawahlkampfbudget sowie dem Jubiläumshaushalt. Regelmäßig wurden Anmerkungen, Anregungen und Nachfragen mit der Geschäftsführung diskutiert und erörtert. Auch nach dem Wechsel der Geschäftsführung und den damit verbundenen Umstrukturierungen konnte diese gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Einzelprojekte im Rahmen aller Haushalte wurden mit den fachverantwortlichen Büro- und Abteilungsleiterinnen und -leitern des Willy-Brandt-Hauses regelmäßig im Rahmen von Haushaltsvollzugsprüfungen erörtert.

Die Kontrollkommission fasste eine Reihe von wichtigen Beschlüssen, u.a. dass eine Überprüfung der Standards von Veranstaltungen des Parteivorstandes zu erfolgen hat, um einen optimalen Ressourceneinsatz gewährleisten zu können. Art und Umfang von Parteiveranstaltungen, auch zu Ehren verdienter Genossinnen und Genossen, haben dem Interessenprofil der SPD zu entsprechen.

Um das Bewusstsein für eine sparsame und angemessene Mittelverwendung in allen Bereichen zu schärfen, werden auf Anregung der Kontrollkommission Compliance-Richtlinien erarbeitet.

Neben der Schatzmeister- und Kassiererkonferenz befasste sich auch die Kontrollkommission mit dem Mitgliedervotum 2013 und seinen Kosten. Auf den Parteivorstand entfielen zwei Drittel der abgerechneten Projektkosten. Darüber hinaus erfolgte die Umsetzung des Mitgliedervotums in einer Reihe von Einzelprojekten, die von der Kontrollkommission in Art und Umfang akzeptiert wurden. Das Mitgliedervotum wurde im Rahmen eines beschlossenen Nachtragshaushaltes finanziert und die Mittelbewirtschaftung der abgerechneten Einzelprojekte wurde entsprechend der Haushaltsrichtlinien des Parteivorstandes umgesetzt. Die Kontrollkommission stellte fest, dass die Mittelbewirtschaftung sowie die Art und Weise der Kostenteilung mit den Gliederungen nachvollziehbar und gerechtfertigt ist. Sie schloss sich damit der Auffassung der Schatzmeister- und Kassiererkonferenz an.

Gegenstand jeder Sitzung ist auch die Befassung der Kontrollkommission mit dem Unternehmensbereich. Im Auftrag des im Januar 2014 neu gewählten Schatzmeisters Dietmar Nietan wurde vom Geschäftsführer der Konzentration GmbH Ingo Moll ein Restrukturierungs- und Sanierungskonzept erarbeitet. Regelmäßig wird bei den Sitzungen über den sich stets positiv entwickelnden Stand berichtet. Jährlich berichten außerdem die Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Großen Zuspruch erhielt der Schatzmeister auch bei der Optimierung des Cash- und Liquiditätsmanagements des Parteivorstandes, der Landesverbände und Bezirke und des Unternehmensbereiches. Ein erster Schritt, die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung zu einer zweiten Hausbank, wurde bereits vollzogen.

Regelmäßige Berichte erfolgen auch zur Entwicklung der Sozialistischen Internationale und zur Arbeit der Progressive Alliance.

Insbesondere die Entwicklung der Personalkosten wird von der Kommission regelmäßig thematisiert, eine Sondersitzung hierzu wurde im November 2014 durchgeführt. Die Resultate dieser Sondersitzung wurden dem Parteivorsitzenden in einem vertraulichen Gespräch dargelegt und diskutiert. Sowohl die Entwicklung der Personalkosten als auch eine zukunftsfähige Personalentwicklungsplanung werden in Zukunft ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission sein.

Ferner fasste die Kommission die Beschlüsse, dass Beschlussvorlagen zu Haushalten und Finanzplanungen bei Sitzungen des Parteivorstandes oberste Priorität haben und als TOP eins bis drei aufgeführt werden müssen. Des Weiteren forderte die Kontrollkommission die Organisationspolitische Kommission auf, die Entwicklung von Mitgliederwerbung und -betreuung als Schwerpunkt zu berücksichtigen.

MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION (AB DEM PARTEITAG 2013)

Vorsitzende

Brigitte Reckmann (Gütersloh)

Stellvertretender Vorsitzender

Walter Meinhold (Hannover)

Weitere Mitglieder

Karl Diller (Hermeskeil)

Norbert Wiczorek (Rüsselsheim)

Marko Mühlstein (Wallhausen)

Renate Drewke (Köln)

Karin Rehbock-Zureich (Jestetten)

Brigitte Fronzek (Elmshorn)

Thomas Goger (Bayreuth) – zurückgetreten August 2014

BERICHTE DER
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Die Arbeit der ASF war geprägt vom Bundestagswahlkampf und den anschließenden Koalitionsverhandlungen. In der Großen Koalition hat die SPD endlich wieder die Zuständigkeit für das Frauenministerium – und mit Manuela Schwesig eine Ministerin, die mit Herzblut für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern kämpft. Seit 2005 war das Frauenministerium fest in der Hand der CDU und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bewiesen, dass Politik „durch“ Frauen noch lange keine Politik „für“ Frauen ist. Diese Jahre bedeuteten einen Stillstand und sogar einen Rückschritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern, wie die Einführung des Betreuungsgeldes oder die Anhebung der Minijob-Grenze zeigten.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Die ASF hat sich aktiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms und am Bundestagswahlkampf beteiligt. Im Rahmen zweier Multiplikatorinnen-Gespräche hat der ASF-Bundesvorstand gemeinsam mit Frauen aus Gewerkschaften und der Wissenschaft, dem Deutschen Frauenrat sowie verschiedenen Frauenverbänden die gleichstellungspolitischen Forderungen des Wahlprogramms erarbeitet. Das Regierungsprogramm war letztendlich aus frauenpolitischer Sicht das bisher weitreichendste.

Im Wahlkampf hat sich die ASF besonders mit ihren Themen Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, dem Mindestlohn und einer Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstandsfunktionen engagiert. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hatte ein paritätisch besetztes Kompetenzteam und die gleichstellungspolitischen Vorhaben wurden nicht nur von Manuela Schwesig, sondern auch von ihm und anderen Mitgliedern des Kompetenzteams offensiv vertreten.

Auch wenn das Bundestagswahlergebnis für die SPD hinter den Erwartungen zurückblieb, ist ein Aspekt positiv zu bewerten: Dank parteiinterner Quote und Reißverschluss hat die SPD-Bundestagsfraktion erstmals die Quote von 40 Prozent Frauen geknackt. Von den 192 SPD-Bundestagsabgeordneten vertreten 81 Frauen und damit gut 42 Prozent die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler.

FRAUENPOLITISCHE MEILENSTEINE

In den Koalitionsverhandlungen gab es erstmals eine paritätisch besetzte SPD-Verhandlungskommission, die zahlreiche langjährige Forderungen der ASF durchsetzen konnte. Auch die Zusammensetzung des Regierungsteams beweist, dass das Thema Gleichstellung innerhalb der SPD ernst genommen wird: Die SPD ist die erste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik, die mehr Frauen als Männer in eine Regierung entsendet. Dem Kabinett der Großen Koalition gehören je drei Ministerinnen und Minister sowie eine Staatsministerin an; sieben der 12 weiteren Leitungsfunktionen in den SPD-geführten Ministerien sind mit Frauen besetzt. Dies entspricht einem Frauenanteil von 58 Prozent.

Im ersten Jahr der Großen Koalition konnten bereits eine Reihe frauenpolitischer Meilensteine umgesetzt bzw. angestoßen werden, für die die ASF den Grundstein gelegt hat, etwa die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, die Weiterentwicklung des Elterngeldes zum ElterngeldPlus als erster Schritt hin zu einer Familienarbeitszeit sowie der Gesetzesentwurf zur Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen. Weitere Maßnahmen, wie das Rückkehrrecht von Teilzeit zur vorigen Arbeitszeit oder das Gesetz für Lohngerechtigkeit, werden noch in dieser Wahlperiode folgen.

DIE SPD MUSS WEIBLICHER WERDEN

Auf Initiative der ASF wurde auf dem Bundesparteitag in Leipzig im November 2013 der Antrag „Nach der Bundestagswahl erst recht: Die SPD muss weiblicher werden!“ mit großer Mehrheit beschlossen. Demnach sollen sich die Gliederungen der SPD mit dem Vorschlag der ASF beschäftigen, paritätische Doppelspitzen auf allen Ebenen der Partei durch eine entsprechende Satzungsänderung zu ermöglichen. Damit wird es Frauen, aber auch Männern möglich, Parteiarbeit einerseits und Beruf und Familie andererseits besser miteinander zu vereinbaren. Darüber hinaus wurden weitere konkrete Maßnahmen beschlossen: ein gezieltes Frauenförderprogramm, Gendertrainings für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine gezielte Mitgliederwerbekampagne für Frauen.

Im Berichtszeitraum hat die ASF zahlreiche Veranstaltungen organisiert. Besonders hervorzuheben ist die Jubiläumsveranstaltung zum 40. Jahrestag der ersten ASF-Bundeskonferenz in Ludwigshafen „40 Jahre ASF: Gestern – Heute – Morgen“. Auf der Veranstaltung am 23. März 2013 in Ludwigshafen gab es neben einer Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel drei Gesprächsrunden, unter anderem mit der ASF-Vorsitzenden Elke Ferner, den ehemaligen ASF-Vorsitzenden Inge Wettig-Danielmeier und Karin Junker und der stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Katharina Oerder.

Wie bereits seit vielen Jahren hat sich die ASF an Aktionen zum Internationalen Frauentag, zum Equal Pay Day und zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen beteiligt und Veranstaltungen durchgeführt.

„ZEIT ZUM LEBEN – ZEIT ZUM ARBEITEN“

Vom 20. bis 22. Juni 2014 fand die 21. Ordentliche Bundeskonferenz der ASF in Karlsruhe statt. Das Motto lautete: „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“. Zum Auftakt der Konferenz hielt SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi eine Rede zum Thema „Die SPD muss weiblicher werden“. Zudem gab es Grußworte und Videobotschaften hochkarätiger, auch internationaler Gäste, darunter der Präsidentin der Socialist International Women (SIW) Ouafa Hajji sowie der Ehrenpräsidentin der SIW Pia Locatelli, der österreichischen Bundesfrauenministerin und Vorsitzenden der SPÖ-Frauen Gabriele Heinisch-Hosek, der baden-württembergischen Frauenministerin Katrin Altpeter, der



Bundeskonferenz 2014 (Foto: Johanna Wöran)

Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens Hannelore Kraft und des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

Erstmals gab es bei einer ASF-Bundeskonferenz auch eine „Twitter-Wall“, auf der parallel zur laufenden Veranstaltung die Twitter-Kurznachrichten unter dem Hashtag #asf14 eingeblendet wurden. Infos, Kommentare und Anmerkungen zur Bundeskonferenz per Twitter konnten so in Echtzeit auf einer Leinwand verfolgt werden. Zwischenzeitlich war der Hashtag #asf14 die Nummer 1 der politischen Top-Themen auf Twitter.

Die Delegierten diskutierten die Anträge in fünf thematischen Blöcken, die jeweils mit Impulsvorträgen eingeleitet wurden. Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig referierte zum größten Themenkomplex „Zeit für Leben und Arbeit“. Zentrale Forderung der ASF war die Einführung einer Familienarbeitszeit spätestens in der nächsten Wahlperiode. Die ungarische Sozialdemokratin und Vorsitzende der Europäischen Sozialdemokratischen Frauen (PES Women) Zita Gurmai hielt eine Rede über den europäischen Kampf um Gleichberechtigung zum Themenblock „Zeit für Europa“. Der dritte inhaltliche Bereich „Zeit für Vielfalt“ wurde von der Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat eingeleitet. Ihr folgte mit der Finanzstaatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof eine weitere Politikerin aus dem Berliner Senat, die zu dem Themenblock „Gender Budgeting“ referierte und den Antrag „Zeit für Parität“ vorstellte. Den Abschluss der Beratungen übernahm die spanische Europaabgeordnete Inés Ayala Sender mit einer Rede zum Themenkomplex „Zeit für Selbstbestimmung“.

Bei der Wahl des 21-köpfigen Vorstands wurde die Bundesvorsitzende Elke Ferner im Amt bestätigt. Als stellvertretende ASF-Vorsitzende wurden Agnes Allroggen-Bedel und Evelyne Gebhardt MdEP ebenfalls wiedergewählt, neue stellvertretende Bundesvorsitzende ist Eva Brackelmann.

MITGLIEDER IM ASF-BUNDESVORSTAND (GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 20. – 22. JUNI 2014, KARLSRUHE)

Vorsitzende

Elke Ferner MdB (Saarland)

Stellvertreterinnen

Dr. Agnes Allroggen-Bedel (Rheinland-Pfalz)

Eva Brackelmann (Sachsen)

Evelyne Gebhardt MdEP (Baden-Württemberg)

Beisitzerinnen

Fatos Aytulun (Nordrhein-Westfalen)

Katrin Behrmann (Hamburg)

Inge Blask (Nordrhein-Westfalen)

Ulrike Häfner (Brandenburg)

Bettina Marquis (Bayern)

Kerstin Mogdans (Sachsen-Anhalt)

Ulli Nissen MdB (Hessen-Süd)

Cornelia Östreich (Schleswig-Holstein)

Brigitte Pleß (Mecklenburg-Vorpommern)

Heidrun Sachse (Thüringen)

Claudia Schöning-Kalender (Baden-Württemberg)

Gabriele Stillger (Nordrhein-Westfalen)

Sabine Theobald (Saarland)

Sophia Ulferts-Dirksen (Weser-Ems)

Micky Wengatz (Bayern)

Ioanna Zacharaki (Nordrhein-Westfalen)

Margrit Zauner (Berlin)

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AFA)

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

40 JAHRE AFA, FESTAKT 31. AUGUST 2013 IN DUISBURG

Das Jubiläum wurde mit einer Mischung aus kulturellem Programm aus der Region und politischen Beiträgen gefeiert. Diese kamen u.a. vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, dem Afa-Ehrevorsitzenden Rudolf Dreßler, von Klaus Wiesehügel, der im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für Arbeit und Soziales zuständig war, vom früheren Afa-Landesvorsitzenden und NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann und von den Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretung von Bayer.

BUNDESKONFERENZ VOM 4. BIS 6. APRIL 2014 IN LEIPZIG

Hauptredner und Hauptrednerinnen der Bundeskonferenz waren Martin Dulig (Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl Sachsen), Andrea Nahles (Bundesministerin für Arbeit und Soziales), Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender), Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender), Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender), Michaela Rosenberger (NGG-Vorsitzende). Eine Neuerung war, dass die Delegierten an einem Kongresstag in jeweils vier Foren zu den Konferenzschwerpunk-



40. Afa-Jubiläum in Duisburg (Foto: SPD-Parteivorstand)

ten „Europa“ und „Gute Arbeit“ intensiv diskutierten und Anträge berieten.

Weitere Höhepunkte der AfA-Arbeit waren die Beteiligung mit einem Stand am SPD-Deutschlandfest am 17. und 18. August 2013 in Berlin, die AfA-Präsentation auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. November 2013 in Leipzig und der AfA-Stand auf dem Deutschen Betriebsrätetag 2013 und 2014. Als Materialien hat die AfA im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer und die Flyer „Mitbestimmung“ und „Gute Arbeit“ herausgegeben.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

REGIERUNGSPROGRAMM UND KOALITIONSVERTRAG

Die AfA beteiligte sich intensiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2013 und an der Debatte um den Koalitionsvertrag. Darüber hinaus arbeitete der neue Bundesvorstand an einer „KollegInnen-Kampagne“ bzw. „ArbeitnehmerInnen-Initiative“ des Parteivorstandes sowie an einer Weiterentwicklung der Parteireform mit. Insbesondere sollen die Arbeitsgemeinschaften angemessen bewertet und ausgestattet werden und die Arbeitswelt in der Parteiarbeit ein zweites Standbein finden.

EUROPÄISCHE WACHSTUMSPOLITIK

Die AfA hat sich im Rahmen der Diskussion um die europäische sogenannte „Euro-Rettungspolitik“ für einen Weg eingesetzt, der Arbeitnehmerrechte nicht in Frage stellt und in Anlehnung an den vom DGB vorgeschlagenen „Marshallplan für Europa“ nachhaltiges Wachstum ermöglicht.

SOLIDARISCHE ALTERSSICHERUNGSPOLITIK

Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit lag auf der Erarbeitung eines solidarischen und zukunftsfähigen Alterssicherungskonzeptes, das die AfA als eigene Positionen in die Gremien der Partei eingebracht hat. Das meiste davon fand sich im Rentenkonzept der SPD „Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“ wieder. Bis zuletzt gab es allerdings einen Dissens über die AfA-Forderung nach Korrekturen an der bestehenden Rentenanpassungsformel.

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ IN DEN BETRIEBEN

Die AfA hat sich mit neuen Entwicklungen in der Arbeitswelt befasst. In diesem Zusammenhang fand im Februar 2013 eine gemeinsame Sitzung von AfA-Bundesvorstand und -ausschuss statt, bei der IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban u.a. die Anti-Stress-Verordnungs-Initiative seiner Gewerkschaft vorstellte.

GERECHTE ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Wesentliche Forderungen der AfA sind in die Beschlusslage der SPD und in parlamentarische Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion eingeflossen, sei es zur Regulierung von Leiharbeit, zur Eingrenzung von Werkverträgen, zu Fortschritten in der Mitbestimmung oder zur Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen. Ebenso enthält der Koalitionsvertrag wesentliche AfA-Positionen, insbesondere die Stärkung des Tarifvertragssystems.

FLÄCHENDECKENDER GESETZLICHER MINDESTLOHN

Die AfA war eine der ersten Organisationen, die für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns eingetreten ist. Nach jahrelangem Kampf hat die SPD den gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich 8,50 Euro zum 1. Januar 2015 durchgesetzt. Die Höhe des Mindestlohns wird ab 2017 laufend angepasst.

KIRCHLICHES ARBEITSRECHT

Als großer Erfolg kann verbucht werden, dass die Beschlusslage der AfA zum Kirchlichen Arbeitsrecht von der SPD auf dem vergangenen Parteitag 2013 in Leipzig übernommen wurde.

BETRIEBSGRUPPENARBEIT

Die AfA ist die Betriebsgruppenorganisation der SPD. Der AfA-Bundesvorstand blickt mit Stolz auf die Tätigkeiten der SPD-Betriebsgruppe Eisenbahn, die äußerst aktiv und erfolgreich in den vergangenen zwei Jahren für arbeitnehmerfreundliche Regelungen im Vergaberecht gekämpft hat. Dadurch, dass die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner auch in den Bundesländern hervorragend vernetzt sind, haben die entsprechenden Konzepte Eingang in zahlreiche Landesvergaberechte gefunden.

Sehr erfreulich ist die Neugründung der Betriebsgruppe Schwerbehindertenvertretungen im Jahr 2013, die sich beispielsweise mit Themen wie Inklusion in der Arbeitswelt und der Neuregelung des SGB IX beschäftigt. Es existieren darüber hinaus Arbeitszusammenhänge im Bereich Sparkasse und Post. Der AfA-Bundesvorstand setzt sich für eine Reintegration der Betriebsgruppenarbeit in die Arbeitsstruktur der AfA auf Bundesebene ein. Seit dem Bundeskongress wird ein Kongress „Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ vorbereitet und eine Vertretung der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bundesvorstand kooptiert, um die Verjüngung des Verbandes voranzutreiben.

MITGLIEDER IM AFA-BUNDESVORSTAND

Ehrenvorsitzender

Rudolf Dreßler

Vorsitzender

Klaus Barthel MdB (Bayern)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Annegret Hansen (Berlin)

Wolfgang Jägers (Bremen)

Wolfgang Lorenz (Nordrhein-Westfalen)

Udo Lutz (Baden-Württemberg)

Kornelia Keune (Sachsen-Anhalt) – seit April 2014

Beisitzerinnen und Beisitzer

Almut Auerbach (Schleswig-Holstein)

Stefan Brangs (Sachsen)

Michael Detjen (Rheinland-Pfalz) – seit April 2014

Heike Dignaß (Nordrhein-Westfalen) – seit April 2014

Christoph Gagzow (Mecklenburg-Vorpommern) – seit April 2014

Gabriele Grass (Saarland) – seit April 2014

Harald Helling (Weser-Ems)

Renate Kleinfeld (Hamburg)

Dagmar Losert (Hessen-Süd)

Olaf Schüssler (Hessen-Nord)

Manfred Siggis (Nordrhein-Westfalen)

Gudrun Utz (Brandenburg) – seit April 2014

Gunter Wachholz (Braunschweig)

Frank Weber (Thüringen)

Ursula Weser (Bayern) – seit April 2014

Detlef Baer (Brandenburg) – bis April 2014

Wilfried Busemann (Saarland) – bis April 2014

Dirk Frohne (Nordrhein-Westfalen) – bis April 2014

Alfred Klingel (Rheinland-Pfalz) – bis April 2014

Ludwig Wörner (Bayern) – bis April 2014

Elke Watzema (Mecklenburg-Vorpommern) – bis April 2014

Kooptierte Mitglieder

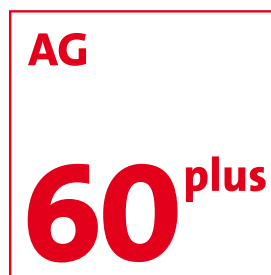
Dietmar Glaßer

Hermann Hibbeler

Beratende Mitglieder

Christian Haß

Barbara Adamowsky



ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN BUNDESKONFERENZ AM 18./19. OKTOBER 2013 IN BAUNATAL

Mit Reden von Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender), Manfred Schaub (Vorsitzender Bezirk Hessen-Nord) und Timon Gremmels (Mitglied des Landtages Hessen).

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG AM 11. OKTOBER 2014 IN MAINZ

Das Jubiläum zum 20-jährigen Bestehen der AG 60 plus wurde mit einer Mischung aus kulturellem Programm aus der Region und politischen Beiträgen gefeiert. Diese kamen von Kurt Beck (ehemaliger Parteivorsitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz a.D.), Ralf Stegner (Stellv. Parteivorsitzender) und Alexander Schweitzer (Sozialminister Rheinland-Pfalz).

Weitere Höhepunkte der Arbeit waren die Durchführung der Aktionstage 2013 und 2014 jeweils Ende April, der Stand auf dem SPD-Deutschlandfest am 17. und 18. August 2013 in Berlin und die Präsentation der Arbeitsgemeinschaft auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. November 2013 in Leipzig.

Als Materialien hat die AG 60 plus im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer, den Aktionsleitfaden 2013 „Gemeinsam sind wir stark“, den Aktionsleitfaden 2014 „Ein Europa für Jung und Alt“ sowie die Broschüre zum 20-jährigen Jubiläum „Zukunft ist, was wir daraus machen“ herausgegeben.

Seit dem 31. Mai 2014 erscheint in zweimonatigem Rhythmus ein Newsletter der AG 60 plus, der helfen soll, die interne Kommunikation der Funktionäre und Mitglieder zu verbessern. Der Newsletter greift inhaltliche Themen auf und berichtet über Termine des Bundesvorstandes und der Landesverbände. Er steht auf der internen Internetseite der AG 60 plus.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE REGIERUNGSPROGRAMM UND KOALITIONSVERTRAG

Die AG 60 plus beteiligte sich intensiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2013 und an der Debatte um den Koalitionsvertrag. Dabei spielten – wie schon im Jahre 2012 – das Thema Altersarmut und die Entwicklung der Rentenhöhe bzw. des Rentenniveaus eine große Rolle. Zu einer altengerechten Politik der Zukunft zählen nach Meinung der Arbeitsgemeinschaft die Einführung einer Bürgerversicherung und der Kampf gegen Altersdiskriminierung.

Die AG 60 plus rät vor dem Hintergrund einer rasant älter werdenden Gesellschaft künftig zu einem Maßnahmenkatalog, der u.a. politische Aktivitäten im Bereich des altersgerechten Umbaus von Wohnungen, Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und die Gründung von Generationenbündnissen vorsieht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag in den Jahren 2013/2014 auch im Bereich der Gesundheitsversorgung für Ältere, insbesondere in ländlichen oder strukturschwachen Regionen. Die Versorgung mit Pflegeleistungen muss verbessert werden. Bei den Pflegeberufen müssen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel erfolgen.

Neben diesen eher im sozialpolitischen Raum wichtigen Politikfeldern verabschiedete die AG 60 plus unter anderem auch eine Re-

solution für den Zusammenhalt Europas, welche insbesondere die Situation der Älteren in den europäischen Krisenländern sowie eine kritische Stellungnahme zu TTIP in den Blick nahm.

AUSWIRKUNGEN DER PARTEIREFORM AUF DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Die Auswirkungen der Parteireform auf die Arbeitssituation der AG 60 plus und ihrer Gliederungen beschäftigten die AG 60 plus mehrfach und führten zu einer Reihe von Aktivitäten. Insbesondere bei der Betreuung der inhaltlichen Arbeit und der Anbindung an die strategischen Diskussionen im Willy-Brandt-Haus sehen die Mitglieder der AG 60 plus noch großen Verbesserungsbedarf.



AG 60 plus auf dem Deutschlandfest 2013 (Foto: SPD-Parteivorstand)

MITGLIEDER IM AG 60 PLUS-BUNDESVORSTAND

Ehrenvorsitzende

Erika Drecoll
Otto Graeber

Vorsitzende

Angelika Graf (Bayern)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Peter Schöbel (Hessen-Süd)
Ruth Brand (Nordrhein-Westfalen) – verstorben August 2014

Beisitzerinnen und Beisitzer

Lothar Binding MdB (Baden-Württemberg)
Jürgen Rischar (Saarland)
Reinhold Hemker (Nordrhein-Westfalen)
Heidemarie Fischer (Berlin)
Norwin Dorn (Sachsen-Anhalt)
Gesche Peters (Schleswig-Holstein)
Klaus Hagemann (Rheinland-Pfalz) – bis September 2014

Kooptierte Mitglieder

Gerhard Groskurt (Weser-Ems)

Gast

Rudolf Herweck (stellvertretender BAGSO-Bundesvorsitzender seit Herbst 2014)

SPD

ASG

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN 100 JAHRE ASG – ABEND DER BEGEGNUNG UND FACHSYMPOSIUM

Zum Jubiläum lud die Arbeitsgemeinschaft im November 2013 zu einem „Abend der Begegnungen“ mit Festredner Prof. Karl Lauterbach und zu einem Fachsymposium in das Willy-Brandt-Haus ein. Nach der Eröffnung durch SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles diskutierten hochrangige Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über aktuelle und zukünftige Herausforderungen an das deutsche Gesundheitswesen. In seiner Eröffnungsrede unter der Überschrift „Mehr Gesundheit für alle – woher wir kommen – wohin wir wollen?“ betonte der ASG-Bundesvorsitzende Armin Lang, dass Gesundheitspolitik immer auch handfeste Gesellschaftspolitik sei. In einer Festschrift zum Jubiläum war der Blick zurück auf die ASG-Geschichte mit einer Historie der sozialdemokratischen Gesundheits- und Sozialpolitik verbunden.

Weitere Höhepunkte der Arbeit waren die Teilnahme am Hauptstadtkongress „Medizin und Gesundheit“, bei der die ASG Rundgänge und Gespräche mit Peer Steinbrück (2013) und Yasmin Fahimi (2014) organisierte. Am SPD-Deutschlandfest am 17. und 18. August 2013 in Berlin nahm die ASG mit einem Stand teil und veranstaltete dort ein Quiz. Ebenso präsentierte sie sich auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. November 2013 in Leipzig.



Deutschlandfest 2013 (Foto: SPD-Parteivorstand)

Als Materialien hat die ASG im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer und die Jubiläumsbroschüre „Gesundheit neu denken“ herausgegeben.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE ANHÖRUNG ZUM THEMA PRÄVENTIONSGESETZ

Die ASG veranstaltete am 9. Mai 2014 in Berlin eine Anhörung zu dem im Koalitionsvertrag geplanten Präventionsgesetz. Diese hatte im Rahmen einer Bundesausschusssitzung stattgefunden. Der ASG-Bundesvorstand beschloss daraufhin Eckpunkte für ein Präventionsgesetz.

ZUKUNFT EINER INKLUSIVEN PFLEGE- UND VERSORGUNGSLANDSCHAFT

Mitglieder der ASG haben sich bei mehreren Projekten der Friedrich-Ebert-Stiftung eingebracht, so zum Beispiel in die Arbeitsgruppe zur stärkeren Wahrnehmung regionaler Verantwortung in der Pflege und in das Projekt zur Evaluation der Pflegestützpunkte und zum internationalen Vergleich Pflege. Außerdem wurde ein Gesprächskreis zur Stärkung der kommunalen Mitwirkung in der Pflege angestoßen – um auszufüllen, was in den Koalitionsvereinbarungen formuliert ist.

DASEINSVORSORGE UND STÄRKUNG REGIONALER VERANTWORTUNG

Aus aktuellem Anlass – der Vorlage des Berichtes des Sachverständigenrates – hat sich die ASG mit dem Vorsitzenden des Sachverständigenrates Prof. Gerlach und mit dem Mitglied des Sachverständigenrates Doris Schaeffer auseinandergesetzt. Zu dieser Veranstaltung waren auch Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Gesundheits- und Sozialpolitik geladen. Es werden sich weitere Initiativen ergeben, die der neue ASG-Bundesvorstand aufgreifen wird.

WEITERE THEMEN

- **Sektorenübergreifende Versorgungsorganisation:** Zu diesem Thema wurde ein Papier zur Krankenhauspolitik veröffentlicht.
- **Patientenperspektive im Gesundheitssystem:** Zu dem Thema arbeitete die ASG mit der Zielperspektive, die Einrichtung einer unabhängigen deutschen Patientenstiftung zu prüfen. Die ASG beriet ein entsprechendes Papier.
- **Versorgung psychisch Erkrankter:** Der neue Vorstand wird ein Papier zu dem Thema verabschieden.
- **Perspektiven der Rehabilitation:** Das Papier „Die älter werdende Gesellschaft braucht eine Neuorientierung der Medizin“ wurde veröffentlicht. Außerdem hat die ASG an einem Projekt zur Zukunft der Rehabilitation mitgearbeitet, dessen Ergebnisse 2015 öffentlich vorgestellt werden.



Vorsitzender Armin Lang (Foto: Bea Marquardt)

MITGLIEDER IM ASG-BUNDESVORSTAND*(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 25. – 26. JANUAR 2013, BERLIN)**Vorsitzender***Armin Lang***Stellvertreterinnen und Stellvertreter***Dr. Thomas Spies****Dr. Marlies Volkmer***Beisitzerinnen und Beisitzer***Steffen-Claudio Lemme****Ingrid Rehwinkel****Björn Rodday****Elisabeth Rüdinger****Klaus Stahl****Astrid von Waldenfels****Herbert Weisbrod-Frey****Wolfgang Wodarg****ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR BILDUNG (AFB)****BILDUNGSPOLITIK IST ZENTRALES POLITIKFELD**

Bildungspolitik ist die Schnittmenge aller großen Politikfelder. Aus ihrer Tradition heraus ist die SPD die Bildungspartei in Deutschland. In den Kommunen und Ländern, in denen die SPD regiert oder die Verantwortung für Bildung trägt, wird klar, welch hohen Stellenwert Bildung für die Partei hat.

Im Regierungsprogramm 2013 nahm Bildungspolitik daher zu Recht einen sehr hohen Stellenwert ein. Die AFB hat sich auf unterschiedlichen Ebenen und Wegen sehr gut in die Erarbeitung des Regierungsprogramms eingebracht. Vieles konnte die SPD in den Koalitionsverhandlungen hervorragend durchsetzen. Für die Forderung nach der Abschaffung des Kooperationsverbotes bleibt gleichwohl noch genügend Potenzial für die Bundestagswahl 2017.

In der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD sind nicht einzelne Personen- oder Jahrganggruppen organisiert, sondern alle diejenigen, die beispielsweise als Erzieherinnen und Erzieher, als Lehrerinnen und Lehrer oder als Dozentinnen und Dozenten beruflich im Bildungsbereich arbeiten. Außerdem arbeiten diejenigen in der AFB mit, die sich in Mandaten ehren- und hauptamtlich bildungspolitisch engagieren. Die AFB versteht sich einerseits als bildungspolitisches Beratungs- und Kompetenzteam der Partei, andererseits als Transmissionsriemen für die zielgruppengerechte Ansprache der Menschen.

Vor diesem Hintergrund bringt sich die AFB auf kommunaler, Landes- und Bundesebene aktiv in die bildungspolitischen Debatten und Entscheidungsprozesse erfolgreich ein – durch die Beratung der Gremien der Partei sowie durch eigene Veranstaltungen.

Im März 2013 fand auf Initiative von Ulf Daude die Auftaktveranstaltung zur Nordkooperation der AFB mit den Landesverbänden Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein statt, die sich seither zweimal jährlich trifft.

Im März 2014 war auf der Bundesvorstandssitzung in Hannover die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt zu Gast, um mit der AFB zu diskutieren und ihre richtungsweisenden bildungspolitischen Vorhaben darzustellen.

BUNDESKONFERENZ 2014

Der Bundesvorstand wurde auf der AFB-Bundeskongress am 10. Mai 2014 neu gewählt. Die Konferenz fasste die beiden Leitanträge des Bundesvorstandes als richtungsweisende Beschlüsse zur Ganztagschule und zur Lehrkräfteausbildung. Zwei Arbeitsgruppen des Bundesausschusses unter der Federführung von Ulf Daude und Thomas Lind hatten die Beschlüsse vorbereitet, die im Rahmen zweier Anhörungen von Expertinnen und Experten Thema von Bundesausschusssitzungen waren.

»GUTE GANZTAGSSCHULE« – EIN WEG DER SICH LOHNT!

Im Vorwort zum Ganztagschulbeschluss heißt es ganz richtig: „Gute Ganztagschulen sind schon immer ein Herzensprojekt der SPD und die positive Entwicklung ist ein Zeichen für eine erfolgreiche Bildungspolitik, für die Ermöglichung von Chancengleichheit sowie für das Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit. Herz, Kopf und Engagement dürfen über den Erfolg einer Bildungs- und Berufskarriere entscheiden, niemals aber der soziale Hintergrund oder die finanziellen Möglichkeiten.“

LEHRKRÄFTEBILDUNG IM UMBRUCH – LEITLINIEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG VON LEHRKRÄFTEN

Die Lehrkräftebildung ist der entscheidende Schlüssel für eine sich weiter entwickelnde Schule. Keine inhaltliche Schulreform, wie z.B. hin zur inklusiven Bildung, wird ohne eine entsprechende curriculare und strukturelle Umstellung der Lehrkräftebildung erfolgen können.

Die Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern steht dabei im Mittelpunkt. Die AFB will alle Phasen – vom Lehramtsstudium über den Vorbereitungsdienst bis hin zur formalen und informellen Fort- und Weiterbildung – in ihr Konzept aufnehmen und damit Wichtiges zusammenführen, Synergien nutzen und Verbindungen herstellen. Ziel ist dabei ein kohärentes Konzept für eine Professionalisierung, die das Analysieren, Konzipieren, Durchführen und Reflektieren als Bestandteile professionellen Handelns von Lehrerinnen und Lehrern beinhaltet und die gesamte Berufslaufbahn andauert. Insbesondere die Eingangsphase des Studiums soll mit weitaus höheren Praxisanteilen versehen werden, um den Studierenden die Berufswirklichkeit näherzubringen.

NEUE ARBEITSGRUPPEN ZU FRÜHER FÖRDERUNG UND INKLUSION

Zur Vorbereitung der Bundeskonferenz 2016 hat die AfB wiederum zwei Arbeitsgruppen gebildet.

- Unter dem Titel „**Auf den Anfang kommt es an – Qualitätsentwicklung in Kita und Primarschule**“ befasst sich eine Arbeitsgruppe unter Federführung von Ulf Daude mit den Anforderungen an die frühkindliche Bildung und mit der Ausbildung und den Arbeitsbedingungen des Erziehungs- und Lehrpersonals. Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe an der Gesellschaft sind ohne die Stärkung der frühen Bildung in Kindergarten und Primarschule nicht umsetzbar. Die frühe Förderung hat die nachhaltigste Wirkung für den künftigen erfolgreichen Bildungsweg aller Kinder.
- Auch wenn die Bundesländer, in denen die Bildungspolitik in sozialdemokratischer Verantwortung liegt, bei der Inklusion schon ziemlich weit sind, bleibt die Umsetzung der Inklusion eine ständige Aufgabe, sie ist in dem Sinne ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess, auch in der AfB. So wurde aufbauend auf dem Grundsatzbeschluss der Bundeskonferenz 2012 die eher praxisorientierte Arbeitsgruppe „**Inklusion – Wie geht es weiter?**“ unter Leitung von Mathias Kocks eingerichtet.

#DIGITALLEBEN

Selbstverständlich bringt sich die AfB auf unterschiedliche Weise in die Kampagne #DigitalLEBEN der Partei ein, denn die Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens in nahezu allen Bereichen hat nicht zuletzt auch eine bildungspolitische Bedeutung. Das betrifft sowohl digitales Lernen als auch den sinnvollen und vor allem sicheren Umgang mit digitalen Medien.

Die Beschlüsse können auf der Homepage der SPD (http://www.spd.de/spd_organisationen/afb/beschluesse) eingesehen und geladen werden. Die AfB steht den Gremien der Partei auf allen Ebenen gerne zur Verfügung.



Bundesausschuss der AfD, gewählt auf der Bundeskonferenz 2014 (Foto: SPD-Parteivorstand).

MITGLIEDER IM AFB-BUNDESVORSTAND (GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 9. – 10. MAI 2014, BERLIN)

Vorsitzender
Peter Befeldt (Weser-Ems)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Ulf Daude (Schleswig-Holstein)
Marion C. Winter (Bayern)
Angelika Heinlein (Brandenburg) bis 9. Mai 2014

Beisitzerinnen und Beisitzer
Mathias Kocks (Nordrhein-Westfalen)
Martin Rabanus (Hessen-Süd)
Martina Mieritz (Brandenburg)
Meike Jensen (Hamburg)
Thomas Lind (Rheinland-Pfalz) bis 9. Mai 2014
Günther Häfner (Hessen-Süd) bis 9. Mai 2014
Felizitas Reinert (Nordrhein-Westfalen) bis 9. Mai 2014



ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SELBSTÄNDIGE IN DER SPD (AGS)

WIRTSCHAFTSPOLITIK IST GESELLSCHAFTSPOLITIK

Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen. Selbständigkeit ist der Motor unserer Volkswirtschaft und der Ursprung von Innovation und Fortschritt in unserer Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Arbeit der AGS stehen deshalb die Förderung und das Werben für eine stärkere Kultur der Selbständigkeit in Deutschland. Die Selbständigen-Quote in Deutschland liegt mit ca. zehn Prozent im internationalen Vergleich nach wie vor im unteren Durchschnitt. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbständigen-Gesellschaft aufstellen. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen und in den freien Berufen entstehen die Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen.

Inhaltlich orientiert sich die AGS an den „**Thesen für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik**“, beschlossen 2006 in Bad Godesberg. Diese fordern unter anderem:

- eine Unternehmensethik, die sich am Bild des ehrbaren Kaufmanns und nicht an kurzfristigem, einseitig renditegetriebenem Denken orientiert;
- eine Umweltpolitik, die sich an den Zielen eines nachhaltigen Wachstums orientiert, bei dem die Ressourcen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen ausgebeutet werden;
- eine Energiepolitik, die sich auf dezentrale und erneuerbare Energieträger stützt;

- eine Bildungspolitik, die allen Heranwachsenden einen optimalen und kostenfreien Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet;
- eine Finanzpolitik, welche dem Mittelstand ausreichenden Zugang zum Kapitalmarkt sichert und bloße Finanzspekulation eindämmt;
- eine Steuerpolitik, die auch dem Staat, insbesondere den Kommunen, als wichtigem Auftraggeber des Mittelstands, eine ausreichende Finanzgrundlage sichert;
- eine Europapolitik, die auch dem Mittelstand den Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglicht;
- eine Sozialpolitik, die auch die Risiken der Selbständigkeit solidarisch abfedern hilft;
- eine Integrationspolitik, die Menschen mit Migrationshintergrund als kulturelle Bereicherung unserer Wirtschaft begreift.

Die AGS sieht ihre Aufgabe darin, ihren praktischen wirtschaftlichen Sachverstand in die programmatische Arbeit der Gesamtpartei einzubringen. Sie versteht sich als Bindeglied und Ansprechpartner der Wirtschaftsverbände, zu denen sie regelmäßige Kontakte pflegt.

ARBEITSSCHWERPUNKTE 2013 UND 2014 INNOVATIONSPREIS UND WIRTSCHAFTSEMPFANG 2013

Die Verleihung des Innovationspreises 2013 im Rahmen des Wirtschaftsempfangs von AGS und SPD stand unter dem Motto „Der Mittelstand – Innovationsmotor in energieeffizientem und ressourcenschonendem Wirtschaften“. Die AGS hat mit der Verleihung Unternehmen bzw. Unternehmerinnen und Unternehmer ausgezeichnet, die mit innovativen Konzepten zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz beigetragen haben und sich dabei auch ihrer besonderen Verantwortung für die Entwicklung unserer Gesellschaft bewusst sind.



Die mit dem Innovationspreis 2013 ausgezeichneten Unternehmen: Gotha Druck GmbH, B.A.U.M. Zukunftsfonds eG, Norddeutsches Zentrum für Nachhaltiges Bauen (Foto SPD-Parteivorstand)

WAHLKAMPFAKTIVITÄTEN 2013

Das Jahr 2013 steht ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Die AGS hat in ihrer programmatischen Arbeit zu den Themen Wirtschafts- und Finanzpolitik eine Reihe von Impulsen zum Regierungsprogramm eingebracht. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit lagen dabei u.a. in den Bereichen Fachkräftesicherung, Energiewende sowie einer solidarischen und mittelstandsorientierten Steuer- und Finanzpolitik. Zur Unterstützung von Peer Steinbrück gründete die AGS eine Unterstützerinitiative „Mittelstand braucht Fachverstand“ und verfasste einen Wahlaufdruck.

JUBILÄUMSFEST: 60 JAHRE AGS

Am 4. November 2013 feierte die AGS ihr 60-jähriges Bestehen. Die Feier fand in Düsseldorf statt. Ehrengast war der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Garrelt Duin.

27. AGS-BUNDESKONFERENZ

Die 27. AGS-Bundeskongress fand am 28. und 29. März 2014 in Berlin unter dem Motto „Aufbruch zur Selbständigkeit“ statt. Der Bundesvorsitzende der SPD, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel,

erläuterte in seiner Rede die aktuelle bundes- und europapolitische Lage. Gabriel bot der AGS eine engere Zusammenarbeit sowie politische Gespräche an. Dr. Eric Schweitzer, Präsident des DIHK, referierte über aktuelle Themen deutscher Wirtschaftspolitik und betonte dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium und auch mit der AGS. Robert Maier, Geschäftsführer von www.ladenzeile.de, sprach zum Thema Selbständigkeit. Wichtigster Beschluss der Konferenz war der Leitantrag des Bundesvorstandes „Aufbruch zur Selbständigkeit“. Die Delegierten debattierten intensiv über Struktur und Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft. Außerdem gab es einen Führungswechsel: Christian Flisek MdB löste Sven Kaerkes als Bundesvorsitzenden ab.



Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel (Mitte) mit dem neuen Bundesvorsitzenden der AGS Christian Flisek MdB (re.) und dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Sven Kaerkes (li.) (Foto SPD-Parteivorstand)

INNOVATIONSPREIS UND WIRTSCHAFTSEMPFANG 2014

Die Verleihung des Innovationspreises 2014 im Rahmen des Wirtschaftsempfangs von AGS und SPD stand unter dem Motto „Mit Sicherheit – IT-Sicherheit“, Schutz von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler digitaler Kommunikation. Nachhaltiger Schutz persönlicher Daten und Technologien gegen Wirtschafts- und Industriespionage sind eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, aber auch eine der großen Zukunftschancen für unsere Wirtschaft. Spätestens die NSA-Affäre hat gezeigt, dass IT-Sicherheit in Unternehmen nicht mehr nur als Kostenfaktor betrachtet werden kann. Der Schutz von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen ist für den innovationsintensiven deutschen Mittelstand überlebenswichtig. Nur mit sicheren Daten werden die deutschen Unternehmen ihren Technologievorsprung auf dem globalen Markt behaupten können.



Die mit dem Innovationspreis 2014 geehrten Unternehmen Genua, Netuse AG und Tetraguard systems GmbH mit Brigitte Zypries (Parl. Staatssekretärin BMWi und MdB, ganz rechts), Prof. Dr. Gesche Joost (Digitale Botschafterin Deutschlands, 5. von links), Christian Flisek (ganz links), Dirk Goldenstein (AGS-Bundesvorstand, 2. von links) und Jürgen Vahlberg (ehem. Bundesvorsitzender der AGS, 2. von rechts) (Foto SPD-Parteivorstand)

EUROPAWAHL 2014

Zur Europawahl unterstützte die AGS den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Martin Schulz mit dem Wahlauftritt „Wirtschaftlich stark und sozial gerecht!“.

AUSBLICK 2015

Wie in den vergangenen Jahren wird die AGS die Tradition der Verbändegespräche fortsetzen und sich in regelmäßigen Abständen

mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden und Politik in Gesprächen austauschen. Zudem treibt die AGS die Vernetzung mit sozialdemokratischen Unternehmerverbänden in den europäischen Schwesterparteien voran; gegenseitige Besuche wurden bereits vereinbart. Die Tradition der Wirtschaftsempfänge von AGS und SPD und der Verleihung des jährlichen Innovationspreises bleiben ebenso bestehen.

MITGLIEDER IM AGS-BUNDESVORSTAND

Ehrenvorsitzende

Jürgen Vahlberg
Franz Leo Wirtz

– verstorben Oktober 2012

Vorsitzender

Christian Flisek MdB

*Stellvertreterinnen und
Stellvertreter*

(seit 28. März 2014)

Sven Kaerkes
Christiane Breuer
Ralph Weinbrecht

Beisitzerinnen und Beisitzer

Marie-Jeanne Beringer
Susanne Brefort
Dirk Goldenstein
Babette Reimers
Thorsten Heintze
Kai-Olaf von Wolff

Ender Önder

Dr. Dieter Falk
Angelika Syring
Dr. Iris Spieß



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

Bereits zu Beginn des Berichtszeitraums wurde die ASJ-Vorsitzende Anke Pörksen, die im Herbst 2012 wiedergewählt worden war, in das Wahlkampfteam des niedersächsischen Spitzenkandidaten Stephan Weil berufen. Nach dem SPD-Sieg bei der Landtagswahl wurde Anke Pörksen Regierungssprecherin. Dieses Amt veranlasste sie, ihre Funktion als ASJ-Vorsitzende niederzulegen.

ZIVILRECHT IM 21. JAHRHUNDERT

Der Bundesausschuss beschäftigte sich mehrmals mit aktuellen Fragestellungen des Zivilrechts. In seiner Sitzung vom 13. April 2013 zeigte er in Braunschweig neue Wege für das Urheberrecht auf, nach denen das Recht zur exklusiven Vermarktung von Text-, Musik- und Filmwerken jeweils nur eine begrenzte Zahl von Jahren allein dem Urheber und seinen Verwertern überlassen bleiben sollte. Danach könnten solche Werke frei kopiert und vertrieben werden, wofür die Rechteinhaber durch eine Abgabe auf gewerbliche Handlungen in diesem Bereich entschädigt werden müssten.

Weiterhin hat der Bundesausschuss in Braunschweig Forderungen zu einer marktgerechten Maklerprovision konkretisiert und dabei auch auf den Verkauf von Immobilien erstreckt.

AUßERORDENTLICHE ASJ-BUNDESKONFERENZ AM 26. OKTOBER 2013

Am 26. Oktober 2013 wählte die Bundeskonferenz der ASJ erneut mit breiter Mehrheit den Dresdner Rechtsanwalt Harald Baumann-Hasske zu ihrem Vorsitzenden.

Gegenstand der Konferenz war das Ergebnis der Bundestagswahl und die anstehenden Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition. Im Hinblick darauf verabschiedete die Konferenz einen Katalog von Forderungen an die Koalitionsverhandlungen.

Einer der weiteren Beratungspunkte war die Forderung, den Verkauf von Werkwohnungen der Mitbestimmung des Betriebsrats zu unterwerfen und den Neubau solcher Wohnungen steuerrechtlich zu fördern, um damit auf den angespannten Wohnungsmarkt in Ballungsräumen zu reagieren.



Bundesausschuss der ASJ (Foto: SPD-Parteivorstand)

GUSTAV-RADBRUCH-FORUM 27. OKTOBER 2013: ALTE DROGEN – NEUE DROGEN. VOM ELENDE DER DROGENPOLITIK

Am 27. Oktober 2013, einen Tag nach der Bundeskonferenz, fand in Düsseldorf das Gustav-Radbruch-Forum statt. Karl-Heinz Krems, Staatssekretär im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, berichtete über die Situation in Nordrhein-Westfalen. Anschließend gab es eine Podiumsdiskussion mit fünf ausgewiesenen

Expertinnen und Experten aus den Bereichen Drogenpolitik, Wissenschaft, Politik, Justiz und Medien. Einige von ihnen bestätigten die Notwendigkeit der konsequenten Bekämpfung und Verfolgung von Drogendelikten. Andere wiesen darauf hin, dass die von den USA seit mehreren Jahrzehnten verfolgte Kriegserklärung gegenüber den Drogenproduzenten und -händlern gescheitert sei. Man werde der Drogenmafia nicht Herr – noch nie sei mit Drogenhandel so viel Profit erzielt worden. Wieder andere Expertinnen und Experten wiesen darauf hin, dass vermeintlich harmlose Drogen wie Cannabis durch Züchtung einen derart hohen Wirkungsgrad erreicht hätten, dass sie als gefährlich einzustufen seien. Ein Ergebnis der Tagung war, die Bundespolitik zu veranlassen, eine Enquete-Kommission Drogenpolitik einzuberufen.

VERHANDLUNGEN ZUR GROßEN KOALITION

Im Herbst 2013 fanden die Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition statt. Die ASJ war 2013 (nach 2005) erneut an den Verhandlungen zur Rechtspolitik beteiligt. Am geschlossenen Vertrag kritisierte sie insbesondere das Fehlen von Instrumenten der direkten Demokratie für die Bundesebene im Grundgesetz, die Vorratsdatenspeicherung und die mangelnde Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Auch in der Europapolitik sah sie erhebliche Defizite. Der ASJ-Bundesvorstand beschloss eine entsprechende Position und lehnte den Vertrag, soweit er Fragen der Rechts- und Innenpolitik betraf, insgesamt ab. Das nachfolgende Mitgliedervotum der SPD stimmte dem Koalitionsvertrag zu.

GUSTAV-RADBRUCH-FORUM 5. APRIL 2014: QUO VADIS, EUROPA? – EUROPA IM ZEICHEN DER FINANZ- UND SCHULDENKRISE – REFORM UND INTEGRATION

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, dass es dringend einer Reform der europäischen Institutionen bedarf. Die Eurokrise hätte gezeigt, dass die Zusammenführung der Währungspolitik in Europa durch Einführung des Euro zu extrem krisenhaften Entwicklungen führen könnte, wenn nicht zugleich die Finanz- und Steuerpolitik mit der Wirtschaftspolitik zusammengeführt würden. Der Vertrag von Lissabon hatte den Europäischen Gerichtshof (EuGH) veranlasst, seine Rechtsprechung von einer reinen Bewahrung der Wettbewerbswirtschaft in Richtung einer sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Dr. Udo Bullmann MdEP, Mathias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der Europäischen Entwicklungsbank a.D., Prof. Dr. Franz Meyer, Professor für Europarecht an der Uni Bielefeld, und Dr. Maria Berger, Richterin am EuGH.

BUNDESAUSSCHUSS DER ASJ AM 6. APRIL 2014

In Frankfurt diskutierte die ASJ eines ihrer Schwerpunktthemen: die Frage der Perspektiven sozialer und liberaler Rechtspolitik. Dazu begrüßte die ASJ Prof. Dr. Reinhard Gaier, Richter am Bundesverfassungsgericht. Er gab eine Einführung in das Thema. Im Anschluss beschloss der Bundesausschuss die Frankfurter Erklärung des ASJ-Bundesvorstandes für eine soziale und liberale Rechtspolitik.

<http://www.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/16284411/content>

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG ZUM 60. JAHRESTAG DER ASJ

Unter dem Motto „60 Jahre ASJ – Nur soziale und liberale Rechtspolitik reformiert die Gesellschaft“ feierte die ASJ am 14. November 2014 ihr 60-jähriges Bestehen. Gastgeberin in der Landesvertretung Saarland war Dr. Anke Morsch, Staatssekretärin im Justizministerium des Saarlandes und ASJ-Vorsitzende des Saarlandes.

Heiko Maas, Bundesjustizminister, hielt ein Grußwort und konnte auf große Erfolge eines Jahres in Regierungsverantwortung verweisen. Er erinnerte an große Politiker, die in der ASJ gewirkt hatten.

Im Mittelpunkt stand eine Festrede von Prof. Heribert Prantl, Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Er appellierte, die Gestaltungskraft des Rechts in der Politik zu nutzen: „Die Rechtspolitik braucht neue

Kraft – und die ASJ ist dafür da, sie ihr zu geben.“ Er wünschte der ASJ, dass sie „die sozialdemokratische Abteilung für neue Ideen ist, die den Rechtsstaat, den Sozialstaat und die Demokratie in Deutschland und in Europa stärke“, und formulierte so einen Gestaltungsauftrag für die weitere Arbeit.

BUNDESKONFERENZ 15./16. NOVEMBER 2014

Auf der Bundeskonferenz am 15. November 2014 in Berlin wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi eröffnete die Konferenz mit einem Grußwort. Schwerpunktthema der ASJ-Bundeskonferenz war der Grundrechtsschutz im digitalen Zeitalter vor dem Hintergrund der Überwachungsaktivitäten der NSA. Da vieles dafür spricht, dass auch die Kommunikation deutscher Bürgerinnen und Bürger von den Nachrichtendiensten der „Five Eyes“-Staaten massenhaft überwacht wird, treten die Schutzaufträge der Grundrechte in den Vordergrund. Der frühere Richter des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem sagte dazu in einem Vortrag:

„Freiheitsschutz im digitalen Zeitalter ist zwar auch, aber nur noch begrenzt im nationalen Raum möglich. Er ist global auszurichten und muss sich verstärkt gegen Freiheitsgefährdungen durch globale Oligopolen richten. Subjektiv-rechtliche Abwehrensprüche treten in ihrer praktischen Bedeutung hinter objektiv-rechtliche Schutzaufträge zurück, die nicht nur aus Grundrechten folgen.“

Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass der Schutz der Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft ein Schlüsselthema sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik bleiben müsse. Außerdem stand das Thema TTIP im Fokus. Die Bundeskonferenz beschloss hierzu eine kritische Stellungnahme, die die Beschlüsse des Parteikonvents vom September 2014 aufnahm, zugleich aber den Ausstieg aus den Verhandlungen und eine neue Definition des Mandats der EU-Kommission verlangte.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE FRANKFURTER ERKLÄRUNG DES ASJ-BUNDES- VORSTANDES FÜR EINE SOZIALE UND LIBERALE RECHTSPOLITIK

Der Bundesvorstand der ASJ verabschiedete auf Grundlage der Beratungen des Bundesausschusses am 6. April 2014 die „Frankfurter Erklärung für eine soziale und liberale Rechtspolitik“. „Wir wollen, dass die SPD die Chance nutzt und neben ihrem sozialen ihr liberales Profil schärft, gerade auf dem Feld der Rechtspolitik. Das Grundgesetz als Verfassung der Freiheit mit seinem Grundrechtskatalog gibt uns dabei eine klare Orientierung. Wir treten dafür ein, dass die SPD künftig noch stärker als bislang GarantIn sozialer und liberaler Rechtspolitik ist, die Bürgerrechte verteidigt und stärkt – auch gegenüber privater Macht. Wir setzen in der Rechtspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik auf den politischen Wert der Freiheit“, heißt es in der Erklärung. Die ASJ will mit der Erklärung eine rechtspolitische Debatte anstoßen, um auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 Konzepte für eine Politik für mehr Freiheit in sozialer Verantwortung zu entwickeln. Die ASJ unterstützt damit einen Ansatz von Sigmar Gabriel, der nach der Bundestagswahl auf dem Leipziger Parteitag am 14. November 2013 gesagt hatte: „Wir, die SPD, sollten die neue Heimat dieser großen und wichtigen Tradition des Liberalismus sein. Sozial und liberal, das wäre ein gutes Profil für unseren Bundestagswahlkampf 2017.“

#DIGITALLEBEN-PROGRAMMPROZESS – GRUNDRECHTSSCHUTZ IM DIGITALEN ZEITALTER

Innerhalb des Programmprozesses der SPD zum Thema #DigitalLEBEN brachte sich die ASJ auf unterschiedlichen Ebenen ein. Prominent positionierte sich die ASJ durch den Beschluss zum Thema Grundrechtsschutz im digitalen Zeitalter. Der Bundesvorstand beschloss auf seiner Klausurtagung am 17. Januar 2015 das Diskussionspapier „Freiheitsrechte im 21. Jahrhundert: Zum Grundrechtsschutz im digitalen Zeitalter“ als Beitrag zum SPD-Programmprozess.

INTERNATIONALER HANDEL – TTIP UND CETA

Die geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) beschäftigten die Bundeskonferenz in Berlin am 15. und 16. November 2014 intensiv. Die ASJ hielt die bis dahin erzielten Verhandlungen und Ergebnisse für nicht akzeptabel. Die Verhandlungen sollten auf ein konsequentes Diskriminierungsverbot konzentriert werden, mit dem Angehörige eines anderen Vertragsstaates nicht schlechter aber auch nicht besser als Inländer behandelt würden. Dies schließt es aus Sicht der ASJ aus, für ausländische Unternehmen Sondergerichte zu schaffen und ihnen einen Investitionsschutz zu gewähren, der für inländische Unternehmen nicht besteht. Zum Schutz der nationalen Willens- und Identitätsbildung sind die Bereiche der Kultur und der audiovisuellen Medien vom Anwendungsbereich eines Freihandelsabkommen komplett auszunehmen. Für die Verhandlung solcher Abkommen ist es unverzichtbar, dass sie transparent geführt werden und der öffentlichen Debatte zugänglich sind.

Alle Beschlüsse sind auf der ASJ-Homepage zu finden unter:
http://www.spd.de/spd_organisationen/asj/beschluesse/bundeskonferenz

MITGLIEDER IM ASJ-BUNDESVORSTAND (GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 15./16.11.2014, BERLIN)

Vorsitzender

Harald Baumann-Hasske MdL, Rechtsanwalt (Sachsen)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Dr. A. Thorsten Jobs, Richter am OVG (Brandenburg)

Katja Weitzel, Rechtsanwältin (Bayern)

Beisitzerinnen und Beisitzer

Fabian Hoffmann, Richter am BGH (Hessen)

Thomas Notzke, Richter am VG (Thüringen)

Marcus Köhler, Oberstaatsanwalt (Baden-Württemberg)

Ralf Lindemann, Verwaltungsjurist (Niedersachsen)

Frank Diembeck, Richter am AG (Nordrhein-Westfalen)

Dr. Anne Deike Riewe, Rechtsanwältin (Nordrhein-Westfalen)

Dr. Antje Draheim, Verwaltungsjuristin (Mecklenburg-Vorpommern)

Tina Winter, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Hamburg)

Jürgen Gasper, Richter am VG (Hessen)

Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung (Sachsen-Anhalt) – bis 2014

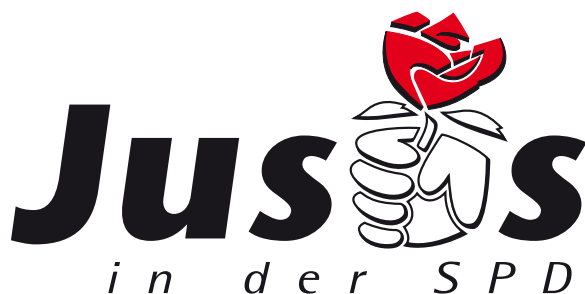
Roy Hardin, Rechtsanwalt (Nordrhein-Westfalen) – bis 2014

Karin Schimmels, Rechtsanwältin (Nordrhein-Westfalen)

– bis 2014

Grant Hendrik Tonne MdL, Rechtsanwalt (Niedersachsen)

– bis 2014



ARBEITSGEMEINSCHAFT LINKS LEBEN – JUSO BUNDESVERBAND 2013/2014

In den Jahren 2013/2014 haben die Jusos die Arbeit des Bundesverbandes erfolgreich fortgeführt. In zwei Wahlkämpfen und zwei Großereignissen, wie dem „Workers Youth Festival“ und dem 150. Geburtstag der SPD, sprachen die Jusos eine junge Zielgruppe mit verschiedenen Angeboten an, um sie für die politischen Themen zu begeistern. Das Ziel einer solidarischen Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen haben, um ihr Leben frei zu gestalten, stand dabei im Zentrum aller Kampagnen.

WORKERS YOUTH FESTIVAL ZUM 150. GEBURTSTAG DER SPD

2013 jährte sich die Gründung der SPD zum 150. Mal. Die Jusos hatten dies zum Anlass genommen, zusammen mit den Falken ein internationales politisches Jugendfestival zu organisieren. Vom 9. bis zum 12. Mai kamen über 3.000 junge Menschen – davon ca. 800 internationale Gäste – nach Dortmund, um miteinander zu diskutieren, Ideen auszutauschen und internationale Solidarität zu zeigen. Mit einem Mix aus Konzerten, kulturellen Angeboten und politischen Debatten war das Festival attraktiv für viele junge Menschen. Besonders der Aktionstag in der Dortmunder Innenstadt machte es möglich, mit Interessierten ins Gespräch zu kommen.

Im August 2014 feierte die SPD in Berlin ihren 150. Geburtstag mit einem großen Fest. Natürlich waren auch die Jusos dort präsent. Das

„Juso-Tour-Bus“-Team machte auf dem Fest Halt, um dort mit Kicker, Anti-Nazi-Kegelbahn und mehreren politischen Diskussionen junge Menschen für die Jusos und die SPD zu begeistern.



Aktion gegen Jugendarbeitslosigkeit 2013 (Foto: Tobias Pietsch)

BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013 UND EUROPAWAHLKAMPF 2014

Das Jahr 2013 war außerdem bestimmt durch den Bundestagswahlkampf. Die Jusos haben einen eigenständigen Jugendwahlkampf unter dem Motto „Zeit. Für Dich. Für Gerechtigkeit“ organisiert. Wichtig war dabei, dass junge Menschen insbesondere außerhalb der klassischen Juso-Zielgruppe erreicht wurden. Deshalb hatten sich die Jusos auf die Themen des SPD-Wahlprogramms konzentriert, die für junge Menschen von Bedeutung sind. Unter anderem: günstige Mieten, eine gute öffentliche Infrastruktur und bessere Bedingungen in der Ausbildung. Um junge Menschen zu erreichen, ist der Juso-Wahlkampfbus dorthin gefahren, wo junge Menschen sich aufhalten: zu Festivals, zu Baggerseen oder zu Feiermeilen. Durch die Anti-Nazi-Kegelbahn, den Kicker oder die Fotoaktionen kamen die Jusos mit vielen Menschen ins Gespräch und konnten mit ihnen über ihre Ideen sprechen.

Da junge Menschen viel Zeit im Internet und in sozialen Netzwerken verbringen, haben die Jusos neben den Aktionen vor Ort natürlich auch online Wahlkampf geführt. Bei Facebook, Twitter und auf dem Tumblr zur Bus-Tour wurde der Juso-Wahlkampf zusätzlich abgebildet. So hatte der Bundesverband die Möglichkeit, über die Face-to-Face-Kontakte hinaus gezielt weitere Zielgruppen anzusprechen. Unter dem Slogan „7 Tage wach“ haben die Jusos in den letzten Tagen vor der Wahl 24 Stunden offline und online Wahlkampf gemacht.

Ein ganz ähnliches Konzept wurde für die Europawahl umgesetzt. Der Juso-Bus tourte im Wahlkampf unter dem Motto „Dein Europa wählen“ durch Deutschland und die europäischen Nachbarländer. Mit Hilfe verschiedener Materialien haben die Jusos versucht, jungen Menschen Europa näherzubringen. Dabei standen u.a. Themen wie Erasmus+, öffentliche Daseinsvorsorge, Jugendarbeitslosigkeit und Investitionen in die Zukunft im Fokus.



Juso-Wahlkampfbus im Bundestagswahlkampf 2013 (Foto: Jusos)

BÜNDNISARBEIT

Die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen – insbesondere die Wirkung in verschiedene Zielgruppen hinein – ist für die Jusos von elementarer Bedeutung. Auch 2013 und 2014 wurden Projekte mit anderen Organisationen gemeinsam geplant und umgesetzt. Neben dem „Workers Youth Festival“ organisierten die Jusos in einem Bündnis eine Demonstration zum Frauentag 2014. Außerdem arbeiten die Jusos seit 2013 kontinuierlich in einem großen Bündnis an der Organisation einer Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz, die zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers im Sommer 2015 stattfand. Durch die Arbeit in diesem Bündnis konnten ins-

besondere unsere Kontakte zu den Jugendgewerkschaften aber auch zu den kirchlichen Jugendorganisationen intensiviert werden.

ZIELGRUPPENARBEIT DURCH BILDUNGSARBEIT

Die Jusos nehmen den Auftrag, politische Bildungsarbeit zu leisten, ernst. Die Anforderungen an junge Menschen sind unterschiedlich und verändern sich. Vollgepackte Stundenpläne, verkürzte Studierendauer oder Überstunden im Betrieb: Immer mehr haben das Gefühl, dass die Zeit für Hobbys, freiwilliges Engagement oder Freunde immer knapper wird. Hierauf reagieren die Jusos mit verschiedenen Formen des Bildungsangebots.

Ziel ist es, auch junge Menschen einzubinden, die bislang mit politischer Arbeit noch nicht viel Kontakt hatten. Formate wie Festivals und Kongresse, die neben politischen Diskussionen auch kulturelle Angebote und Partys im Programm haben, bieten einen leichteren Zugang zur Politik. Mit dem „Workers Youth Festival“ 2013, mit dem Europakongress und mit dem Linkskongress 2014 hatten die Jusos Veranstaltungen für diese Zielgruppe durchgeführt, die sowohl bezüglich der Veranstaltungslänge als auch inhaltlicher Schwerpunkte unterschiedliche Interessen abdeckten.

Auch Schülerinnen und Schüler sind eine wichtige Zielgruppe für die Jusos. Die Arbeit der Juso-Schülergruppen, die mittlerweile in einem Großteil der Landesverbände und Bezirke über feste Strukturen verfügen, hat sich weithin etabliert. Zur Koordinierung auf Bundesebene ist ein Mitglied in den Juso-Bundesvorstand kooptiert worden und wird so in die Arbeit des Gesamtverbandes eingebunden. Gezielte Angebote für diese Gruppe waren in den letzten beiden Jahren ein Basiskongress und ein zweites kleines Seminar auf Bundesebene.

Bei Jugendlichen gibt es auch den Bedarf nach intensiverer inhaltlicher Schulung. Um dies zu bedienen, hatten die Jusos Veranstaltungen wie die Sommerakademie zu internationalen Themen oder ein Seminar zu Feminismus angeboten. Auch die Arbeit in den ständigen Projekten auf Bundesebene hat sich bewährt. Hier diskutieren interessierte junge Leute drei Mal jährlich ein Wochenende lang über verschiedene Themen.

Für den Bundesverband ist es wichtig, die Gleichstellung der Geschlechter immer mitzudenken. Auf jeder Veranstaltung wird das Thema integriert. So zieht sich durch alle Veranstaltungen eine Art „lila Faden“, der gewährleistet, dass Gleichstellung nicht abstrakt, sondern themenbezogen diskutiert wird.

INTERNATIONALE VERANSTALTUNGEN

Das internationale Engagement ist – wie in den vergangenen Jahren – einer der Arbeitsschwerpunkte des Juso-Bundesverbandes. Insbesondere das Willy-Brandt-Center in Jerusalem stand 2013 und 2014 im Fokus. Nach dem Gaza-Krieg 2014 intensivierte der Bundesverband seine Arbeit mit den Partnerinnen und Partnern aus Israel und Palästina und festigte so die bestehende Kooperation. Wie in den vergangenen Jahren besuchten mehrere Delegationen das Willy-Brandt-Center. Damit bleibt es weiterhin im Verband fest verankert. Auch in dem Förderverein des Centers engagierte sich der Juso-Bundesvorstand aktiv.

Höhepunkte der internationalen Arbeit des Juso-Bundesverbandes war neben dem „Workers Youth Festival“ das „IUSY-Summercamp 2014“, zu dem der Bundesverband mit einer großen Delegation anreiste. Aber auch die Beteiligung an einem der europäischen Action-Days, die die europäische Dachorganisation im Rahmen der Europawahlkampagne angestoßen hatte, war ein Erfolg. Gäste aus vielen europäischen Nachbarländern besuchten Berlin und demonstrierten mit den Jusos zusammen für mehr Investitionen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

MATERIALIEN / PUBLIKATIONEN

Wie auch in den vergangenen Jahren veröffentlichte der Juso-Bundesverband – neben zahlreichen Einzelmaterialien wie Flyern, Plakaten und Broschüren – regelmäßig erscheinende Publikationen. Mit der Verbandszeitschrift „Update“ informiert der Bundesverband

seine Mitglieder über aktuelle Positionen, anstehende Termine oder neue Materialien. Viermal jährlich erscheinen die „Argumente“, eine Argumentationshilfe mit wissenschaftlichen Texten für den Verband. Mit Hilfe beider Publikationen wurden die thematischen Schwerpunkte der Jusos argumentativ gestützt und vertieft.

KOMMUNIKATION ONLINE

In den Jahren 2013/2014 setzte sich der Bedeutungszuwachs von sozialen Netzwerken fort. Die Jusos reagierten deshalb mit einem weiteren Ausbau ihrer Aktivitäten im Netz. Jugendliche sehen das Internet vornehmlich als Unterhaltungs- und Serviceangebot. Dies wird beim Online-Angebot mit bedacht.

Die Jusos bieten, so weit möglich, Argumentations- und Servicematerial zum Download an. Das alles geschieht ohne Beschränkungen oder interne Bereiche. Soziale Netzwerke verzeichnen aber nach wie vor hohe Schwankungen zwischen den verschiedenen Portalen. Wichtig ist vor allem eine aktive und partizipative Kommunikation. Die Jusos versuchen, auf Kommentare im Netz so schnell wie möglich zu reagieren. In den Wahlkämpfen wurde die Erfahrung

gemacht, dass sich insbesondere Facebook dazu eignet, politische Themen online zu kommunizieren. Aber auch das Video-Portal YouTube ist attraktiv für junge Menschen. Der Juso-Bundesverband hat sich daher 2014 auf diese beiden Portale konzentriert. Twitter wird dazu genutzt, die Pressearbeit durch gezielte Statements der Vorsitzenden zu unterstützen.

Für die Planung und Abwicklung von Veranstaltungen ist das Internet enorm wichtig, z.B. für die Organisation von Anmeldungen oder für kurzfristige Kampagnenbewerbung. Sind Veranstaltungen längerfristig geplant, ist die Werbung allerdings auch weiterhin auf „klassische“ Printmaterialien angewiesen.

Es wird auch in Zukunft darauf ankommen, alle medialen Möglichkeiten effektiv einzusetzen, auf neues Medienverhalten schnell zu reagieren und Synergieeffekte zu nutzen. Aufgrund mangelnder hauptamtlicher Kapazitäten haben die Jusos 2013 und 2014 die Unterstützung durch ein ehrenamtliches Online-Team organisiert. So wird gewährleistet, dass schnell auf neue Trends reagiert werden kann.

MITGLIEDER IM JUSO-BUNDESVORSTAND

Bundvorsitzende

Sascha Vogt
– bis Dezember 2013
Johanna Uekermann
– seit Dezember 2013

Stellvertretende Vorsitzende bis Dezember 2013

Matthias Ecke
Susanne Kastantowicz
Katharina Oerder
Sebastian Roloff
Bettina Schulze
Jan Schwarz
Johanna Uekermann
Julian Zado

Stellvertretende Vorsitzende seit Dezember 2013

Stefan Brauneis
Moritz Deutschmann
Charlotte Rosa Dick
Johannes Gorges
Jan Krüger
Svenja Ludwig
Justus Moor
Katharina Oerder

Bundesgeschäftsführer / Bundesgeschäftsführerin

Jan Böning
– bis Dezember 2013
Julia Maas
– seit Dezember 2013

Kooptierte Mitglieder IUSY-Vizepräsidenten

Tim Schlösser – bis 2013
Jan Lichtwitz – seit 2013

YES-Vizepräsident / YES-Vizepräsidentin

Andro Scholl – bis 2013
Johanna Klingbeil – seit 2013

Vertreter der Hochschulgruppen

Niklas Konrad – bis 2014
Philipp Breder – ab 2014

Vertreter der Juso-

Schülerinnen und -Schüler
Bastian Strüber – bis 2014
Max Kratz – ab 2014

Weitere Kooptierungen

Johannes Gerken – seit 2013
Melanie Blatter – seit 2014



JUSO
HOCHSCHULGRUPPEN

ARBEITSGEMEINSCHAFT
JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

Die Juso-Hochschulgruppen als Studierendenverband der SPD an den Hochschulen wachsen weiter: Mittlerweile über 80 aktive Hochschulgruppen im gesamten Bundesgebiet repräsentieren und gestalten die Sozialdemokratie im studentischen Umfeld.

Das Engagement reicht von der Vertretung in den Gremien der Selbstverwaltung der Hochschule über Beratungs- und Serviceangebote bis hin zu Veranstaltungen rund um hochschul- und bildungspolitische Themen. Dabei verstehen sich die Juso-Hochschulgruppen aber auch als politische Akteurinnen im gesamtgesellschaftlichen Kontext und engagieren sich über die Grenzen des Campus hinaus.

Unter dem Motto „Vier Jahrzehnte Juso-Hochschulgruppen. Wir stoßen an – auch die nächsten 40 Jahre!“ feierten die Juso-Hochschulgruppen Ende November 2013 ihr 40-jähriges Jubiläum mit über 300 Gästen im Willy-Brandt-Haus. Hier wurde auch die Ausstellung „Studium, Streik und StuPa – Die Juso-Hochschulgruppen und ihre Geschichte“ eröffnet, die spannende Schlaglichter auf die Geschichte der Juso-Hochschulgruppen wirft. Gemeinsam mit Doris Ahnen, Ernst Dieter Rossmann, Richard Meng, Martin Gorholt, Sascha Vogt u.a. wurde auf der Veranstaltung festgestellt: Trotz des für einen sozialistischen Studierendenverband (der SPD) hohen Alters zeigen die Juso-Hochschulgruppen noch längst keine Ermüdungserscheinungen

und wollen auch weiterhin wichtige Debatten in Hochschule und Gesellschaft anstoßen. Die Juso-Hochschulgruppen gedachten in diesem Kontext auch ihrem bedeutenden Mitbegründer Ottmar Schreiner, der im April 2013 verstorben war.

2013 war der Bundestagswahlkampf ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Juso-Hochschulgruppen. Im Wahlkampf forderten sie mehr bezahlbaren Wohnraum und eine starke Studienfinanzierung. Im Rahmen des gemeinsamen Jugendwahlkampfes mit den Jusos unter dem Motto „Zeit. Für Dich. Für Gerechtigkeit“ führten sie eine Bustour durch 40 Hochschulstandorte durch. Daneben organisierten die Juso-Hochschulgruppen vielerorts Hochschuldialoge mit dem Kanzlerkandidaten und dem Parteivorsitzenden. Sowohl im Bundestagswahlkampf als auch während der Europawahl bildeten die Juso-Hochschulgruppen Campaignerinnen und Campaigner aus, die den Wahlkampf in den Bundesländern verantworteten.

Im Zuge der Europawahl engagierten sich die Juso-Hochschulgruppen nicht nur für Martin Schulz, sondern auch für den Ausbau des EU-Bildungsprogramms ERASMUS. Sie sind seitdem auch im internationalen Kontext aktiv und suchen den Austausch mit Studierenden in den internationalen Schwesterorganisationen, z.B. aus Israel, den palästinensischen Gebieten und der Türkei.

Im Jahr 2014 setzen die Juso-Hochschulgruppen gemeinsam mit den Jusos nach langer Zeit endlich den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Mitgliedschaft in Burschenschaften, die im Dachverband der Deutschen Burschenschaft organisiert sind, durch.

Der bildungspolitische Kongress im Juli 2014 wurde zum wiederholten Male in Kooperation mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführt. Das Thema, zu dem über 150 Studierende mit Personen aus Politik, Wissenschaft und Verbänden diskutierten, lautete dieses Mal „Ist das eigentlich klausurrelevant?“ Als Antwort auf diese Frage wurden Anforderungen an ein gutes Studium erarbeitet.

Mit der Hochschul-Zeitung „blattrot“ gaben die Juso-Hochschulgruppen in beiden Jahren ein mittlerweile etabliertes Medium heraus, das bundesweit an allen Hochschulen verteilt wurde. Zusätzlich führten sie Kampagnen zum studentischen Wohnen, zur BAföG-Novellierung sowie zur Werbung von Frauen für die Hochschulgruppen durch.

Die politische Bildungsarbeit des Verbandes fand maßgeblich auf der Sommerschule im August 2013 und den regelmäßig stattfindenden Seminarwochenenden statt. Hier wurden den Aktiven vor Ort inhaltliche Kompetenzen zu wichtigen bildungspolitischen Fragestellungen sowie das für die Arbeit vor Ort und im Verband notwendige „politische Handwerkszeug“ vermittelt.

Der jährlich im November auf ein Jahr gewählte Bundesvorstand entsandte jeweils ein Mitglied in die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand der Jusos und in den erweiterten Parteivorstand.



Jusos und Juso-Hochschulgruppen im Jugendwahlkampf für Martin Schulz 2014 (Foto: Juso-Hochschulgruppen)



WWW.JUSOHOCHSCHULGRUPPEN.DE

**HER MIT DEM
GANZEN LEBEN!**

**MACH MIT BEI DER
JUSO-HOCHSCHULGRUPPE**

Motiv der Frauen-Werbekampagne 2013 (Foto: Juso-Hochschulgruppen)

BUNDESVORSTAND DER JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

2012/2013

Noah Fleischer
Katharina Kaluza (AG Bildung und Forschung)
Kilian Krumm
Jörg Meierotte
Mareike Strauß (erweiterter SPD-Parteivorstand)
Stefan Weger (Juso-Bundesvorstand)
Amina Yousaf

2013/2014

Philipp Breder (AG Bildung und Forschung)
Josefine Geib – ab Mai 2014
Silke Hansmann
Katharina Kaluza (erweiterter SPD-Parteivorstand)
Niklas Konrad (Juso-Bundesvorstand)
Philipp Kroner
Sophia Schiebe
Lisa Sperling – bis Januar 2014

SEIT NOVEMBER 2014

Philipp Breder (Juso-Bundesvorstand)
Josefine Geib
Miriam Hack
Annika Klose (AG Bildung und Forschung)
Niklas Konrad
Philipp Kroner (erweiterter SPD-Parteivorstand)
Sophia Schiebe – bis Mai 2015
Anna Wilhelmi – ab Mai 2015

Bundesgeschäftsführer

Daniel Choinovski – ab November 2012



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER LESBEN UND SCHWULEN IN DER SPD (SCHWUSOS)

Der Schwerpunkt der Arbeit der AG Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos) im Jahr 2013 stand im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Die AG war überzeugt, dass mit dem modernsten Programm, das eine politische Volkspartei jemals in Deutschland hatte, die Menschen überzeugt werden könnten.

CSD 2013 – »100% GLEICHSTELLUNG – NUR MIT UNS«

Die CSD-Saison 2013 (Christopher Street Day) startete unter dem Motto „100% Gleichstellung – nur mit uns“ in 12 deutschen Städten. Der CSD wurde von vielen Prominenten aus der Partei und aus der Gesellschaft unterstützt. Die Trucktour war auch 2013 ein großer Erfolg, die Kampagne erreichte rund sechs Millionen Menschen. Die Schwusos warben dafür, dass es einer Volkspartei bedarf, um endlich die volle Gleichstellung umsetzen zu können. Diese Politik lasse sich nur mit einer SPD-geführten Bundesregierung umsetzen. Höhepunkt der Aktionen war der CSD-Empfang im Willy-Brandt-Haus mit Peer Steinbrück, der gemeinsam mit den Schwusos die Regenbogenflagge hisste.

Die Arbeitsgemeinschaft präsentierte sich auch auf dem SPD-Deutschlandfest im August 2013 mit einem Stand. Nach der Bundestagswahl war das Ziel, so viele Forderungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) wie möglich auch im Koalitionsvertrag zu verankern. Trotz der vehementen Bemühungen der Verhandlungsgruppe weigerte sich die Union, das Thema der 100-Prozent-Gleichstellung aufzunehmen; ein Problem, welches die Debatten und die Arbeit der AG begleitete und belastete. Die Schwusos hatten für ihre Präsentation beim Bundestag in Leipzig gekämpft – und ihre Arbeit bei einem Infostand vorgestellt.

CSD 2014 – »WIR KÄMPFEN WEITER! STOP HOMOPHOBIA!«

Die CSD-Trucktour 2014 stand unter dem selbstbewussten Motto: „Wir kämpfen weiter! Stop Homophobic!“ Wir haben weiter gekämpft, um deutlich zu machen, dass trotz des Koalitionsvertrages, für den die Schwusos aus der Community sehr viel Kritik ernteten, die Beschlussfassung der SPD weiterhin steht: die volle Gleichstellung und die Ehe für alle. Mit der Kampagne 2014 konnten rund fünf Millionen Menschen erreicht werden. Nach dem Ausstieg NRW aus der gemeinsamen Trucktour waren die Schwusos in zehn Städten mit dem Bundestruck vertreten.



CSD (Foto Ansgar Dittmar)



CSD Empfang 2014 (Foto Lara Kornblum)

Im Mittelpunkt der Bundeskonferenz am 18. und 19. Oktober 2014 in Nürnberg standen die Neuwahl des Vorstandes und eine Veränderung der Vorstandsstruktur. Die alte Struktur mit 13 Stellvertretern war für eine gute Arbeit nicht sinnvoll. Insofern hat sich die AG für ein Modell mit Vorsitz, Stellvertreterinnen bzw. Stellvertretern und Beisitzerinnen bzw. Beisitzern entschieden. Schwerpunkte der Diskussion waren außerdem der Umgang mit den Themen der AG in Zeiten der großen Koalition sowie die Namensdebatte.

Reden und Grußworte hielten die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi, der Vorsitzende der SPD Nürnberg und der 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg Christian Vogel, Axel Hochrein vom Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD), Johannes Kahrs MdB, der bayerische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold MdB, Carsten Träger MdB und der Vorsitzende der AG Sozialdemokratie & Homosexualität in der SPÖ Peter Traschkowitsch.

WEITERE SCHWERPUNKTE DER AG-ARBEIT 2013/2014

- Umsetzung der Beschlüsse zur vollen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit dem Ziel „Ehe für alle“
- Diskriminierungsabbau im Alltag von Lesben und Schwulen, Bi-, Intersexuellen und Trans*personen
- Bildungskampagne zur Unterstützung der neuen Lehrpläne in den Ländern
- Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer der §§ 175, 175a StGB, 151 DDR-StGB.
- Unterstützung internationaler Kampagnen zur Verbesserung der Lebenssituationen von LSBTTI-Personen weltweit
- Kampf für die Aufnahme von LSBTTI als Tatbestandsmerkmal bei Hass-Delikten
- Ergänzung von Art. 3 Grundgesetz um die sexuelle Identität
- Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie

Als Materialien haben die Schwusos im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer, ein Postkartenset und einen Aufkleber zum CSD sowie Buttons und Postkarten „Zicke“, „Diva“, und „Biest“ herausgegeben.

MITGLIEDER IM SCHWUSO-BUNDESVORSTAND

Vorsitzender

Ansgar Dittmar

Stellvertreterinnen und

Stellvertreter

Marc Terence Jones**Petra Nowacki****Julia Ostrowicki****Georg Teichert****Daniel Alff**

– ab Oktober 2014 Beisitzer

Laura Giannini

– bis Oktober 2014

Arne Platzbecker

– ab Oktober 2014 Beisitzer

André Rostalski

– ab Oktober 2014 Beisitzer

Michael Schröder

– bis Oktober 2014

Ulf Schröder

– bis Oktober 2014

Hans-Dieter Straup

– ab Oktober 2014 Beisitzer

Lars Vorberger

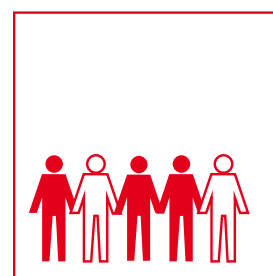
– bis Oktober 2014

Martina Wilczynski

– ab Oktober 2014 Beisitzerin

Beisitzerinnen und Beisitzer

ab Oktober 2014

Nancy Engel**Andrea Kracht-Koob****Edgar Spengler-Staub****Julia Steinbichl**ARBEITSGEMEINSCHAFT
MIGRATION UND VIELFALT

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

BUNDESKONFERENZ AM 7. JUNI 2013 IN BERLIN

Nach einem Grußwort von Thomas Oppermann verabschiedete die Arbeitsgemeinschaft ein Arbeitsprogramm und nachfolgende Beschlüsse:

- „Optionspflicht abschaffen“;
- „Wer wir sind und was wir wollen“;
- „Solidarität mit demonstrierenden Menschen in der Türkei“;
- „Einbürgerung erleichtern“;
- „Armutsmigration: Kommunen unterstützen, statt Ängste schüren“.

SPD-DEUTSCHLANDFEST IM AUGUST 2013

Die AG Migration und Vielfalt präsentierte sich mit einem eigenen Stand. Hier warb sie für sich und ihre Themen und stellte Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund zur Bundestagswahl vor.

WEITERE HÖHEPUNKTE

- Präsentation auf dem Bundesparteitag in Leipzig vom 14. bis 16. November 2013 und Vernetzungskoordination in die Landesverbände
- Teilnahme am Workshop „Interkulturelle Öffnung von politischen Organisationen“ des Gesprächskreises „Migration und Integration“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 2014
- Bundesausschusssitzung mit einer Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz zum Thema „Bildungserfolgreiche Migranten und Bedeutung der Vorschulbildung“, 2014
- Teilnahme am Fachgespräch der FES zum Thema Hizmet-Bewegung, 2014

Als Materialien hatte die AG Migration und Vielfalt im Berichtszeitraum einen Vorstellungsflyer zum Deutschlandfest und eine Postkarte „Mehr Vielfalt passte nicht auf diese Karte!“ herausgegeben.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

AUFBAU DER NEUEN ARBEITSGEMEINSCHAFT.

In den Landesverbänden, in denen die AG noch nicht gegründet ist, wurden Gesprächskontakte geknüpft; in einigen ist bereits eine Gründung ins Visier genommen worden. Zur Vernetzung innerhalb der Landesverbände und Bezirke wurde ein Newsletter herausgegeben. Dieser soll weiter ausgebaut werden, um einen noch besseren Wissenstransfer zwischen den Landesverbänden und den Bezirken herzustellen und die Arbeit mit dem Bundesvorstand zu verzahnen. Hilfreich für die Kommunikation mit den Landesverbänden war vor allem auch die örtliche Rotation der Vorstandssitzungen. Intern wurden zudem regionale Zuständigkeitsbereiche zur Betreuung der Landesverbände verabredet. Zwischenzeitlich wurde die Neugründung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg begleitet.

Inhaltliche Fortschritte erzielte die AG insbesondere im Bereich der interkulturellen Öffnung der SPD. Hierzu veranstaltete die AG einen Workshop: Vertreterinnen und Vertreter aus den Landesverbänden diskutierten das Thema und erarbeiteten Vorschläge. Parallel dazu erstellte der Bundesvorstand ein grundlegendes Konzept. Ziel bleibt weiterhin, hierzu in der Bundes-SPD zielführende Beschlüsse



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gründungskonferenz am 7. Juni 2013 (Foto: SPD-Parteivorstand)

durchzusetzen. Außerdem begleitete die AG wichtige Debatten auf Bundesebene – insbesondere zum Themenkomplex Flucht – immer wieder mit eigenen Beiträgen, Resolutionen und Denkanstößen zu aktuellen Gesetzesvorlagen und der gesamteuropäischen Situation. Außerdem begleitete die AG die Verhandlungen zur großen Koalition. Insbesondere bei der Abschaffung des Optionszwangs sind Anregungen der AG in den Koalitionsvertrag eingeflossen.

THEMEN AUSGEWÄHLTER SITZUNGEN

In der Bundesvorstandssitzung im November 2013 tauschten sich die Mitglieder über die Koalitionsverhandlungen und das Mitglieder-votum aus und erarbeiteten ein Positionspapier.

In der Bundesausschusssitzung im März 2014 beschloss die AG zwei Resolutionen: „EU-Freizügigkeit: Diskriminierung und Ausbeutung bekämpfen!“ und „Optionszwang ohne Wenn und Aber abschaffen!“.

In der Bundesausschusssitzung im November 2014 verabschiedete die AG ein Positionspapier zur interkulturellen Öffnung der SPD „Vielfalt sichtbar machen – Chancengleichheit verwirklichen“, das als Antrag von der Bundeskonferenz 2015 verabschiedet wurde.

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND (GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ AM 7. JUNI 2013, BERLIN)

Vorsitzende

Aydan Özoguz (Hamburg)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Aziz Bozkurt (Berlin)

Dr. Karamba Diaby (Sachsen-Anhalt)

Ali Dogan (Nordrhein-Westfalen)

Hayat Erten (Rheinland-Pfalz)

Beisitzerinnen und Beisitzer

Dimitrios Axourgos (Nordrhein-Westfalen)

Tuna Firat (Hessen-Süd)

Daniela Kaya (Berlin)

Swetlana Lange (Sachsen)

Irena Rudolph-Kokot (Sachsen)

Christopher Keiichi Schmidt (Schleswig-Holstein)

Serpil Sarikaya (Hessen-Süd)

Ali Simsek (Hamburg)

Carolina Tobo (Nordrhein-Westfalen)



ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBST AKTIV – MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN BUNDESKONFERENZ ZUR GRÜNDUNG DER AG AM 4. MAI 2013

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD konstituierte sich im Mai 2013 aus dem vorherigen Arbeitskreis Selbst Aktiv. Grußworte hielten SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und Silvia Schmidt MdB.

FACHKONFERENZ ZUM BUNDESTEILHABEGESETZ AM 2. OKTOBER 2014

Unter dem Motto „Politik trifft Medien – Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz“ fanden sich am 2. Oktober 2014 etwa 100 Gäste im Willy-Brandt-Haus ein, um über das Bundesteilhabegesetz zu diskutieren. Auf dem Podium diskutierten: Karl Finke (Bundesvorsitzender Selbst Aktiv), Verena Bentele (Bundesbehindertenbeauftragte) und Dr. Rolf Schmachtenberg (Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

Als Materialien hat die AG Selbst Aktiv im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer und einen Button herausgegeben.

SELBSTBEWUSST – SELBSTBESTIMMT – SELBSTAKTIV ARBEITSGEMEINSCHAFT DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD ORGANISIERTE DEMOKRATIE VON UNTEN

Als eine der jüngsten Arbeitsgemeinschaften in der SPD hatte die AG Selbst Aktiv selbstbewusst die „Demokratie von unten“ organisiert und ihre bundesweite Vernetzungsarbeit aufgenommen.

Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaften im kleinsten Bundesland Bremen und im größten Bundesland NRW ist die AG mit Ausnahme zweier Bundesländer flächendeckend präsent. Weiße Flecken gibt es nur noch in Thüringen und Baden-Württemberg, wobei die AG in letztgenanntem Bundesland kurz vor der Gründung steht.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, sowohl in den Selbsthilfegruppen und Verbänden als auch in der Partei fest verankert zu sein. Dies erfordert sehr viel Zeit, einen hohen Aufwand und Präsenz auf vielen Ebenen. Um alles zu leisten, bedarf es starker politischer Unterstützung durch die Parteispitze, die die AG auch mehrfach erfahren hat.

PARTEIVORSTANDSBESCHLUSS: INKLUSION WEITER VORANTREIBEN

Im Oktober 2014 fasste der SPD-Parteivorstand den Beschluss „Inklusion weiter vorantreiben“, mit dem die Partei eine moderne Inklusions- und Sozialpolitik zu einem Schwerpunktthema der kommenden Jahre ausrief. Die AG Selbst Aktiv war an der Erarbeitung des Beschlusses zentral beteiligt. In dem Beschluss heißt es unter anderem: „Mit der Gründung von ‚Selbst Aktiv‘ als Arbeitsgemein-

schaft der SPD haben wir deutlich gemacht, dass die Mitarbeit von Parteimitgliedern und Unterstützern mit Behinderungen in der SPD willkommen ist und dass Inklusion und Partizipation wichtige Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik sind. Der Begriff der Inklusion wurde von Menschen mit Behinderungen energisch durchgesetzt. „Selbst Aktiv“ gibt Menschen mit Behinderungen in der SPD Gesicht und Stimme und entscheidet mit, wenn es um die Verwirklichung umfassender Teilhabe am politischen Leben für alle geht.“

Eine Folge des Beschlusses war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum inklusiven Parteileben. Thema der Gruppe war die Umsetzung des Antrags in den „Parteialltag“. Dabei geht es nicht nur um technische Hilfen für Menschen mit Behinderungen, sondern auch um die zwischenmenschliche Unterstützung sowie Akzeptanz und Einbeziehung auf jeder politischen Ebene. Ein konkretes Ergebnis der Arbeit war die Herausgabe einer Handreichung „Barrierefreiheit“.

Ein weiteres Ziel der AG ist es, die zentralen Anliegen der aktuellen Menschenrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention in der Partei und der Öffentlichkeit bekanntzumachen und zu verankern.

Zu den zentralen Aussagen der UN-Behindertenrechtskonvention hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine bundesweite Veranstaltungsreihe organisiert, an der die Arbeitsgemeinschaft sich aktiv beteiligt hat. Über 40 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus ganz Deutschland nahmen Anfang 2015 an der Auftaktveranstaltung in Berlin teil. Die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack forderte, dass Menschen mit Behinderungen eine ungehinderte Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben erhalten.

Auf der zweiten Veranstaltung in Magdeburg führte Katrin Gensecke, Beisitzerin im Bundesvorstand der AG, in das Thema „Bildung und Inklusion“ ein. Weitere Termine wie etwa „Arbeit und Inklusion“ in Hannover sowie „Inklusion bei Kultur, Freizeit, Sport“ sind in Planung.

BUNDESKONFERENZ AM 2. UND 3. MAI 2015

Auf der Bundeskonferenz am 2. und 3. Mai 2015 stellte die AG zentrale Forderungen für eine zukunftsorientierte Gesellschafts- und Behindertenpolitik auf. Im Mittelpunkt stand dabei das geplante Bundesteilhabegesetz. Das Gesetz muss nach der Rentenreform und dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro der dritte finanziell gut ausgestattete Schwerpunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik werden.

Abgeleitet aus dem Grundverständnis der Kompetenz und Mitemtscheidung behinderter Menschen widmet sich die AG weiter dem Bundesteilhabegesetz, einem inklusiven Arbeitsleben, inklusiver Bildung, inklusiver Wohn- und Lebensformen, Inklusion in Kultur, Freizeit, Sport, Inklusion in Familie, Gesundheit, Pflege und anderen Arbeitsfeldern. Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und aufrechtes poli-



Veranstaltung der AG Selbst Aktiv am 02.10.2014 zum Bundesteilhabegesetz (Foto: SPD-Parteivorstand).

tisches Handeln – im Sinne einer gerechten Gesellschaft für alle, aber unter konsequenter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen – prägt auch künftig das Denken und Handeln von „Selbst Aktiv“.

Gemeinsam will die AG eine Bindewirkung zwischen den ca. 13 Millionen Menschen mit einer Behinderung und der SPD erzeugen. Fundament des politischen Handelns für Menschen mit Behinderungen ist die SPD als Volkspartei.

MITGLIEDER IM AG SELBST AKTIV- BUNDESVORSTAND (GEWÄHLT AUF DER GRÜNDUNGSKONFERENZ AM 4. MAI 2013, BERLIN)

Vorsitzender

Karl Finke (Hannover)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Sibylle Brandt (Bayern)

Gerd Miedthank (Berlin)

Christina Fuchs (Rheinland-Pfalz)

Georg Einhaus (Hessen-Süd)

Beisitzerinnen und Beisitzer

Georg Suchanek (Saarland)

Katrin Gensecke (Sachsen-Anhalt)

Christina Philippi (Hessen-Nord)

Ralf Wenzel (Hessen-Nord)

Daniela Waiß (Brandenburg)

Marike Ewert (Baden-Württemberg)

Inge Jefimov (Hamburg)

Klaus-Peter Böhmländer (Bayern)

Gerwin Matysiak (Hannover)



Erster Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv, gewählt auf der Bundeskonferenz 2013 (Foto: SPD-Parteivorstand)

BERICHTE –
**KOMMISSIONEN, FOREN,
PROJEKTGRUPPEN,
ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE,
PREISVERLEIHUNGEN**



WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN MESSERUNDGANG AUF DER INTERNATIONALEN GRÜNEN WOCHE 2014

Auf einem gemeinsamen Messerundgang im Januar 2014 informierte sich das Themenforum Verbraucherpolitik über aktuelle Konzepte zur artgerechten Tierhaltung, zur Schaffung von Dorfläden als lebendige Treffpunkte mit Produkten für den alltäglichen Bedarf und zum Thema Verbrauchertauschung.

JAHRESTAGUNG AM 14. FEBRUAR 2014

Im Februar 2014 fand die zweite Jahrestagung des Themenforums in Berlin zum Thema „Digitale Welten“ statt. Reden gab es von Jochen Hartloff (Minister für Justiz und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz) und Ulrich Kelber MdB.

Zentrale Themen der Jahrestagung waren Mobile Payment, Scoring und Seniorinnen und Senioren im Netz. Zu den einzelnen Themen gab es jeweils eine Forumsdiskussion mit interessanten Gästen.

Forum »Mobile Payment«

Moderator: Ulrich Kelber MdB
Steffen von Blumröder, BITKOM
Jochen Hartloff, Minister für Justiz und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
Dr. Alexander Dix, Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Forum »Scoring«

Moderatorin: Sarah Ryglewski, Mitglied der Bürgerschaftsfraktion Bremen
Dr. Dieter Korczak, Institut für Grundlagen- und Programmforschung
Frank-Christian Pauli, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Serena Holm, SCHUFA Holding AG

Forum »Seniorinnen und Senioren im Netz«

Moderatorin: Elvira Drobinski-Weiß
Guido Steinke, Bundesverband DIE VERBRAUCHERINITIATIVE e.V.
Philipp Otto, Redaktionsleiter iRights.info

Das Themenforum Verbraucherpolitik sprach sich auf der Jahrestagung dafür aus, die Auskunftsrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Scoring* zu verbessern, das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verhandeln und Kinder vor Werbung besser zu schützen. Entsprechende Anträge hat das Themenforum Verbraucherpolitik auf dem Parteikonvent am 20. September 2014 eingebracht, wo sie mehrheitlich beschlossen wurden.

* Scoring ist ein statistisches Verfahren, das in vielen Bereichen angewendet wird, um Hinweise auf die Zukunft zu gewinnen. Das aus der Wissenschaft stammende Verfahren verwenden seit Jahren auch Kreditinstitute und Rating-Agenturen zur Bewertung der Kreditwürdigkeit.



Die Sprecherinnen des Forums Inge Blask und Sarah Ryglewski auf der 2. Jahrestagung (Foto SPD-Parteivorstand)

FACHKONFERENZ AM 18. OKTOBER 2014 ZUM THEMA »ONLINE-BEWERTUNGSPORTALE«

Am 18. Oktober 2014 fand im Willy-Brandt-Haus eine Fachkonferenz des Themenforums Verbraucherpolitik mit Bundesminister Heiko Maas über veränderte Anforderungen der digitalen Welt an eine sozialdemokratische Verbraucherpolitik statt.

Neben der Rede von Heiko Maas gab es eine Podiumsdiskussion mit den Referenten Florian von Brunn (Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern für Verbraucherschutz), Tom Breckwoldt (Territory Manager bei TripAdvisor Deutschland, Österreich und Schweiz), Markus Luthe (Hauptgeschäftsführer des Hotelverbandes Deutschland IHA), Klaus Müller (Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband) und der Referentin Anke Scheiber (Projektleiterin Stiftung Warentest).

MESSERUNDGANG AUF DER INTERNATIONALEN GRÜNEN WOCHE 2015

Regionale Vermarktungskonzepte, die sogenannten „Health Claims“ (Gesundheitsversprechen auf Lebensmittelverpackungen) und Lebensmittel ohne Gentechnik standen bei den Mitgliedern des Themenforums Verbraucherpolitik, die am Messerundgang auf der Internationalen Grünen Woche im Januar 2015 teilnahmen, im Mittelpunkt des Interesses.

NEWSLETTER »VERBRAUCHERBRIEF«

Der Verbraucherbrief, der regelmäßig versendet wird, erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Gesellschaft und Verbänden. Regelmäßig erhält das Themenforum Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen, die sich für die Verbraucherpolitik der SPD interessieren und in den Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Der Verbraucherbrief, der weiterhin ausschließlich elektronisch erscheint, behandelt die aktuellsten verbraucherpolitischen Themen. Außerdem hat das Themenforum einen Selbstdarstellungsflyer herausgegeben.

Die Beschlüsse der Themenforums findet man auf der Homepage:
www.spd.de/spd_organisationen/verbraucherpolitik

Sprecherinnen und Sprecher des Themenforums Verbraucherpolitik
Inge Blask MdB (Nordrhein-Westfalen) – seit 14. Februar 2014
Sarah Ryglewski MdB (Bremen) – seit 1. Dezember 2014
Ulrich Kelber MdB (Nordrhein-Westfalen) – bis 14. Februar 2014

ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD (AKC)

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKC

Der bundesweite Arbeitskreis versteht sich als Netzwerk von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihr politisches Engagement aus ihrer christlichen Glaubensüberzeugung heraus begründen. Die Aktiven auf der Bundesebene und in den über 30 regionalen Arbeitskreisen sehen ihre Aufgabe darin, den Kontakt der SPD zur christlichen Kirchen, zur Diakonie und Caritas sowie zu kirchlichen Verbänden, Initiativen und Einzelpersonlichkeiten zu pflegen und zu fördern sowie kirchenpolitische Debatten zu begleiten und in die SPD hinein zu vermitteln.

»SO FERN – SO NAH. 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE KIRCHEN«

Einmal im Jahr lädt der AKC zu einer öffentlichen Tagung ein, an die sich die Klausurtagung des Arbeitskreises anschließt. Im Rahmen des 150-jährigen Jubiläums der SPD veranstaltete der AKC am 15. März 2013 in Zusammenarbeit mit der Evangelischen und der Katholischen Akademie in Berlin die Tagung „So fern – so nah. 150 Jahre Sozialdemokratie und die Kirchen“. Im festlichen Ambiente der Berliner Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt verfolgten über 250 Gäste aus Politik, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft den Festvortrag von Wolfgang Thierse zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kirchen, der vom AKC im Anschluss veröffentlicht wurde und auch auf der Homepage des Arbeitskreises verfügbar ist (Stand: Juli 2015).

Dem Vortrag folgte ein von Kerstin Griese moderiertes Zeitzeugengespräch mit Christine Bergmann, das unter dem Titel „Wegmarken von Godesberg bis Schwante“ ihren und den Weg anderer ostdeutscher Christinnen und Christen in die SPD verfolgte. Zum Schluss lotete die Tagung in einer Podiumsdiskussion die Herausforderungen politischer Verantwortung aus christlicher Motivation heute aus. Das Gespräch zwischen dem Ratsvorsitzenden der EKD, Dr. h.c. Nikolaus Schneider, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Ruhrbischof und katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier, dem Historiker und Präsidenten der Evangelischen Akademie Professor Dr. Paul Nolte sowie Mariam Lau von der ZEIT zeigte eindrücklich, dass das Verhältnis von christlicher Überzeugung und Politik, das die Arbeit des AKC prägt, noch immer eines von produktiver Spannung ist. Das unterstrichen auch die Direktoren der Evangelischen und der Katholischen Akademie, Dr. Rüdiger Sachau und Joachim Hake, in ihrem einleitenden und abschließenden Grußwort.

In der anschließenden Klausurtagung berichteten die Vertreterinnen und Vertreter der Regionalgruppen aus ihrer Arbeit und debattierten die Aktivitäten der kommenden Monate, insbesondere die Mitwirkung beim bevorstehenden Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg.

Über die Tagung hinaus beteiligte sich der AKC an den Veranstaltungen zum 150-jährigen Bestehen der SPD mit einem Informationsstand beim Deutschlandfest (17./18. August 2014). Zahlreiche sozialdemokratische Spitzenpolitiker und auch Cornelia Füllkrug-Weitzel aus dem Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück unterstrichen durch ihren Besuch dort die Verbundenheit mit der Arbeit des AKC und damit seine Bedeutung für die gegenwärtige sozialdemokratische Politik.

»VERANTWORTUNG FÜR GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT«

Am 28. Februar 2014 starteten die beiden großen Kirchen in Deutschland unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ eine Initiative für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung. Fast 20 Jahre nach dem großen gemeinsamen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ forderten sie einen breiten Dialog darüber, wie unter veränderten globalen Bedin-



gungen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland gestaltet werden sollten.

Der AKC griff die Einladung als erster politischer Akteur sofort auf. Die SPD-Bundestagsfraktion lud in Kooperation mit dem AKC am 11. April 2014 zur Tagung „Verantwortung für Gerechtigkeit und Solidarität“ in den Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion ein. Der Vorsitzende Thomas Oppermann begrüßte die Gäste und erklärte, die Sozialinitiative gebe wichtige Impulse zu Themen, die auch die Politik beschäftigten. Kerstin Griese verwies auf die hohen Erwartungen, die sich mit der kirchlichen Initiative verbinden, erklärte aber, dass sie sich deutlichere Worte gewünscht hätte. Der bayerische Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, der die Initiative auf evangelischer Seite maßgeblich vorangetrieben hat, betonte, die Stärke des Textes liege im klaren Blick auf die verschiedenen Herausforderungen.

Im Gespräch zwischen Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles und dem Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ging es dann um konkrete Arbeitsmarktfragen, vor allem darum, wie Menschen, die lange erwerbslos sind, wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden können. Der künftige Präsident der Diakonie Deutschland Pfarrer Ulrich Lilie forderte von der Politik flexiblere Arbeitszeitmodelle und die Bedingungen dafür, Mitarbeitende in der sozialen Arbeit gut bezahlen zu können.

Wert und Würde der Arbeit waren auch die zentralen Stichworte in der Diskussionsrunde von Christian Flisek MdB, Konrad Klingenburg von der IG Metall und Ulrich Lilie. In der abschließenden Runde zu „Europas Jugend eine Zukunft geben“ warben Lars Castellucci, Mitglied im EU-Bundestagsausschuss, Lisi Maier, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, und Dietmar Nietan nachdrücklich für ein solidarisches Europa, das die Chancen von jungen Menschen ganz oben auf die politische Agenda setzt.

Die anschließende Klausurtagung des AKC war wieder geprägt von intensiven Beratungen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Regionen. Turnusmäßig wurde ein neuer Sprecherkreis gewählt. Künftig sollten die Aktiven vor Ort noch mehr in die Verantwortung einbezogen werden als bisher. Statt wie bisher vier gleichberechtigte Sprecherinnen und Sprecher wurden deshalb Kerstin Griese und Wolfgang Thierse zur weiteren Sprecherin und zum weiteren Sprecher gewählt, die zusammen mit Joachim Feldes, Dr. Dietmar Kehlbreier, Ernst-Ewald Roth und Diana Stachowitz den neuen Vorstand bilden, zu dem auch Andreas Weigel als gewählter Delegierter des AKC für Parteitage sowie Dagmar Mensink als Geschäftsführerin zählen.

VERTRETUNG DES AKC AUF DEN KIRCHENTAGEN

Auch 2013/14 bildete die starke Vertretung der SPD beim Kirchen- und Katholikentag einen Schwerpunkt der Arbeit des AKC. Auf dem 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg vom 1. bis 5. Mai 2013 wirkten über 25 führende Vertreterinnen und Vertreter direkt an Veranstaltungen im Kirchentagsprogramm mit. Die Podien mit Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel gehörten zu den Höhepunkten des Großereignisses. Der AKC war in bewährter Kooperation mit der ASF und den Jusos mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten und erreichte damit viele Besucherinnen und Besucher. Eine eigene AKC-Veranstaltung mit dem koptisch-orthodoxen Bischof Anba Damian, Kerstin Griese und

Wolfgang Thierse auf der Marktplatz-Bühne thematisierte die Religionsfreiheit und ihre Grenzen in Deutschland sowie im Nahen Osten, dort mit besonderem Blick auf die Christen in der Region.

Am Freitagabend (3. Mai) war der Jour-fixe-Empfang der SPD im prächtigen Festsaal des Hamburger Rathauses sehr gut und hochrangig besucht. Kerstin Griese begrüßte die Gäste und moderierte den Abend, Ksenija Bekeris sprach als stellvertretende Vorsitzende für die SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft. Olaf Scholz als Erster Bürgermeister und Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat hielten kurze Festansprachen. Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages Gerhard Robbers und der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider erwiderten für die Seite der Kirche.



Synodenempfang Dresden 2014: Kerstin Griese mit dem frisch gewählten Ratsvorsitzenden der EKD Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (Foto: SPD)

Im Rahmen des 99. Deutschen Katholikentages in Regensburg (28. Mai bis 1. Juni 2014) konnte Wolfgang Thierse, der am 29. Mai 2014 durch den Abend führte, auf Einladung des AKC sowie der SPD-Landtagsfraktion Bayern über 300 Gäste im Haus Heuport am Domplatz willkommen heißen. Die Grußworte für die SPD hielten Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Bayern Markus Rinderspacher. Wir durften uns über Grußworte der Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Karin Kortmann für die Veranstalter freuen sowie über kurze Ansprachen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx und des gastgebenden Bischofs Dr. Rudolf Voderholzer sowie des designierten Ratsvorsitzenden der EKD Bischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm.

Im Rahmen des Empfangs wurde das Buch „Kirche und SPD“, das Franz Maget eigens zum Katholikentag konzipiert und herausgegeben hatte, mit Beiträgen namhafter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Verantwortlicher der Kirchen vorgestellt und an die Gäste verschenkt. Die Resonanz auf die Einladung in Regensburg zeigte eindrücklich, dass das Engagement von Christen in der SPD nun auch beim Katholikentag öffentlich anerkannt wird – was noch vor zehn Jahren in dieser Weise undenkbar gewesen wäre.

Weitere herausragende Anlässe der Begegnung zwischen SPD und evangelischer Kirche waren die Empfänge der SPD im Rahmen der Herbstsynode der EKD. Am 11. November 2013 empfingen Frank-Walter Steinmeier, der Fraktionsvorsitzende der SPD, und Kerstin Griese als Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften und Sprecherin des AKC die Synodalen, weitere führende Kirchenvertreterinnen und -vertreter und zahlrei-

che Journalisten. Darunter waren auch der Ratsvorsitzende Dr. h.c. Nikolaus Schneider und die neu gewählte Präses der Synode Dr. Irmgard Schwaetzer.

Am 11. November 2014 begrüßten Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas und Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Landesvorsitzender der SPD-Sachsen, auf der Terrassenebene des Internationalen Congress-Center in Dresden unter den mehr als 180 Gästen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm als gerade neu gewählten Ratsvorsitzenden der EKD. Dieser ließ es sich nicht nehmen, auf die Grußworte von Heiko Maas und Martin Dulig zu antworten; ebenso wie die Präses der Synode, Dr. Irmgard Schwaetzer.

Insgesamt hat der AKC in den Jahren 2013/14 die Beziehungen zu den Kirchen weiter gefestigt. Dazu zählt auch, dass auf Anregung des AKC am 25. Juni 2013 ein erstes Spitzentreffen zwischen der SPD und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) im Willy-Brandt-Haus stattfand. Des Weiteren wurde die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verstärkt, insbesondere durch die intensive Mitarbeit des AKC (sowie des AK Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS) und seit 2014 auch des AK Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS)) in der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES, einem religionspolitischen Expertenforum, sowie bei der Tagung „Religion ist (nicht) Privatsache“ am 25. September 2014.

SPRECHERKREIS BIS APRIL 2014

Kerstin Griese MdB
Benno Haunhorst
Dr. Dietmar Kehlbreier
Dr. h.c. Wolfgang Thierse MdB, Bundestagsvizepräsident

VORSTAND SEIT APRIL 2014

Kerstin Griese MdB (Sprecherin)
Dr. h.c. Wolfgang Thierse MdB, Bundestagsvizepräsident (Sprecher)
Dr. Joachim Felde
Dr. Dietmar Kehlbreier
Ernst-Ewald Roth MdL
Diana Stachowitz MdL
Andreas Weigel (Vertretung bei Parteitagen)
Dagmar Mensink (Geschäftsführung)

Im Internet: www.ak-christen.spd.de

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKJS

Der AKJS versteht sich auf Bundesebene und in seinen zwei Regionalgruppen (Berlin und Region Südwest) als ein Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die Mitglieder der SPD sind oder sich als Nichtmitglieder mit den Zielen der Partei identifizieren und als solche die jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der AKJS vor allem transatlantische Positionen innerhalb der SPD stärken. Zudem geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und bezieht Position in religionspolitischen Kontroversen.

2013 – DIALOG VON JUDENTUM UND ISLAM

Einmal jährlich lädt der AKJS zu einem Bundestreffen ein. Beim Treffen am 7./8. November 2013 im Willy-Brandt-Haus in Berlin stand der Dialog des Judentums mit dem Islam im Vordergrund. Sawzan Chebli und Lydia Nofal berichteten von den Vorbereitungen zur Gründung eines Arbeitskreises Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS). Dabei nannten sie religiöse Diskriminierung und Hate Crimes sowie die religiöse Motivation für sozialdemokratische Politik als mögliche Themen, die der AKJS und ein AKMS gemeinsam bearbeiten könnten. Die Mitglieder des AKJS begrüßten die Initiative für die Gründung eines AKMS ausdrücklich, zeigten großes Interesse an einer spezifisch muslimischen Begründung für sozialdemokratische Prinzipien, aber diskutierten auch den Kontext eines solchen Arbeitskreises angesichts der Vielfalt sehr unterschiedlicher muslimischer Verbände und Interessen.

AKJS-BUNDESSEMINAR IN FRANKFURT

Am 15./16. November begrüßte Ansgar Dittmar, Kreisvorsitzender der AWO in Frankfurt und Bundesvorsitzender der AG Schwule und Lesben (Schwusos) in der SPD die Teilnehmenden des AKJS-Bundesseminars in den Räumern der AWO in Frankfurt am Main. Er unterstrich dabei die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise für die SPD. Einen ersten inhaltlichen Schwerpunkt des Treffens bildete die Geschichte des Verhältnisses zwischen Israel und der SPD. Karsten D. Voigt, von 1969 bis 1972 Juso-Bundesvorsitzender, langjähriger außenpolitischer Sprecher der SPD im Deutschen Bundestag und von 1999 bis 2010 Koordinator der Bundesregierung für die amerikanische Zusammenarbeit erläuterte vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen den besonderen Charakter dieses Verhältnisses. Er plädierte dafür, angesichts zunehmender Skepsis auf deutscher Seite sehr viel stärker die gemeinsamen Interessen von Israel und Deutschland hervorzuheben.

Den zweiten Teil des Bundesseminars bildeten interne Beratungen und die turnusmäßige Wahl des Sprecherkreises. Vier der bisherigen Sprecher wurden bestätigt (Alexander Hasgall, Grigori Lagodinsky, Abraham de Wolf und Vered Zur-Panzer). Für Dr. Jessica Schmidt-Weil, die nicht mehr kandidierte, wurde Petra Somberg-Romanski gewählt.

Am Schluss des Seminars stand eine öffentliche Veranstaltung zu den Konsequenzen aus den NSU-Morden für Verfassungsschutz und Polizei. In seinem einleitenden Grußwort beschrieb Ernst-Ewald Roth, der seit 2008 für die SPD als Mitglied im Hessischen Landtag sitzt und zum Vorstand des AKC gehört, wie schwer sich die hessische Landesregierung damit tue, dem Versagen staatlicher Stellen bei der Aufklärung ins Auge zu sehen. Dorothea Marx, frühere SPD-Bundestagsabgeordnete, heute Mitglied des Thüringer Landtags und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ in Thüringen berichtete im Einzelnen von der Arbeit des Ausschusses. Die Ermittlungen seien zunächst von einem falschen Corpsgeist der Polizei und des Verfassungsschutzes behindert worden, doch habe es hier ein Umdenken gegeben. Für den AKJS regte Abraham de Wolf an, eine Art Monitoring einzurichten, das regelmäßig überprüft, ob die Empfehlungen des Untersuchungsbereichs des Deutschen Bundestages und auch aus Thüringen tatsächlich umgesetzt werden.



VERTRETUNG DES AKJS AUF DEN PARTEITAGEN

Der AKJS versteht sich ausdrücklich als Teil der Partei und äußert sich zu aktuellen Diskussionen. So sprach Grigori Lagodinsky als Delegierter des AKJS auf dem Bundesparteitag der SPD in Augsburg im April 2013 über die Bedeutung des Themas Migration für die jüdische Gemeinschaft und für die SPD. Beim ordentlichen Parteitag der SPD vom 14.-16. November in Leipzig brachte der AKJS erfolgreich zwei Anträge ein. Sowohl der Antrag „Projekte gegen Antisemitismus stärken“ (Beschlussbuch I30) als auch der zur „Sicherung der Menschenwürde in der digitalen Gesellschaft“ (Beschlussbuch M9) wurden von den Delegierten angenommen. Hervorzuheben ist auch ein Leitartikel von Grigori Lagodinsky in der Jüdischen Allgemeinen zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Dezember 2013.

2014 – »ANTISEMITISMUS – EIN DEUTSCHES PROBLEM?!«

2014 unterstützte der AKJS die Gründung des muslimischen Arbeitskreises aktiv. Mit Alexander Hasgall war er auch bei der Auftaktveranstaltung im Willy-Brandt-Haus am 14. Februar offiziell vertreten. Im Sommer 2014 bewegten der Gaza-Krieg und die anschließenden offen antisemitischen Demonstrationen alle sehr. In Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD lud der AKJS am 19. August unter dem Titel „Antisemitismus – ein deutsches Problem?!“ zu einer Diskussion ein. Referentinnen und Referenten waren unter anderem Deidre Berger vom AJC und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Saleh. Am 22. August besuchte Sigmar Gabriel nach einem Anschlag die Berliner Mevlana-Moschee als Zeichen der Solidarität. Der AKJS regte an, dieses Zeichen von jüdischer Seite zu verstärken, so dass Grigori Lagodinsky und Stephan Kramer den Parteivorsitzenden begleiteten.

Im Rahmen der religionspolitischen Arbeit der SPD arbeitet der AKJS in der Werkstatt „Religion und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aktiv mit und unterstützt den AKC durch Teilnahme bei den Jahrestreffen und den Aktivitäten bei Kirchen- und Katholikentagen. Abraham de Wolf vertrat zudem den AKJS bei einem interreligiösen Austausch auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion Bayern am 23. Oktober 2014 in München.

SPRECHERKREIS BIS NOVEMBER 2014

Alexander Hasgall
Grigori Lagodinsky
Dr. Jessica Schmidt-Weil
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

SPRECHERKREIS SEIT NOVEMBER 2014

Alexander Hasgall
Grigori Lagodinsky
Petra Somberg-Romanski
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

Im Internet: www.j-sozis.spd.de



ARBEITSKREIS MUSLIMISCHER SOZIALDEMOKRATINNIEN UND SOZIALDEMOKRATEN (AKMS)

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKMS

Der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versteht sich als ein Kreis von muslimischen Mitgliedern und Unterstützern der Partei, die sich dafür einsetzen, dass die SPD als politische Heimat für Menschen islamischen Glaubens wahrgenommen wird. Zugleich ist der Arbeitskreis eine Plattform, die die Anliegen der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland in die SPD hinein vermittelt. Mit ihrer Arbeit wollen die Mitglieder zu mehr Normalität und Differenziertheit im Umgang mit Musliminnen und Muslimen beitragen.

DIE GRÜNDUNGSPHASE

Im Jahr 2013 wurde die Gründung eines Arbeitskreises in mehreren Sitzungen mit unterschiedlichen Gesprächspartnerinnen und -partnern vorbereitet. Die Initiative ging maßgeblich von Sawsan Chebli aus, die kurz vor der Gründung zur stellvertretenden Pressesprecherin des Außenministeriums berufen wurde (und deshalb auf ein Sprecherinnenmandat verzichtete). Die politische Schirmherrschaft für den Parteivorstand übernahm Aydan Özoğuz. Ein Initiativkreis von muslimischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus ganz Deutschland erarbeitete ein Grundsatzpapier und eine Geschäftsordnung. Er bereitete ebenso die Gründungsveranstaltung vor.

Die Gründung fand am 14. Februar 2014 im Willy-Brandt-Haus statt. Der nicht-öffentlichen Konstituierung des AKMS mit der Wahl des Sprecherkreises folgte eine öffentliche Podiumsveranstaltung mit über 100 Gästen. Der Arbeitskreis könne künftig innerhalb und außerhalb der SPD die öffentliche Wahrnehmung dafür stärken, dass Muslime ebenso wie Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften die demokratische Gesellschaft mitgestalten wollten, so Aydan Özoğuz in ihrer Eröffnungsrede. Professor Mathias Rohe aus Erlangen, Experte für die rechtliche Stellung des Islams in Deutschland, betonte in seinem Vortrag, dass die Säkularität des deutschen

Rechtsstaats keine Beziehungslosigkeit von Religion und Politik bedeute. Die Bürgerinnen und Bürger müssten vielmehr selbst das Maß von Religion in ihrem Alltag bestimmen. In Deutschland werde der Islam langsam selbstverständlicher, wie man etwa am Abschluss von Staatsverträgen in immer mehr Bundesländern ablesen könne. Der Journalist Eren Güvercin nahm anschließend die muslimische Gemeinschaft in die Pflicht. Er forderte dazu auf, zu überlegen, was Muslime der Gesellschaft anbieten könnten.

ARBEITSSCHWERPUNKTE 2014

Die Sprecherinnen und Sprecher bauten konsequent den Kreis und seine Arbeit aus. Dazu diente ein Treffen mit Aydan Özoğuz am 2. Juli im Paul-Löbe-Haus und eine Vorstandssitzung im Sommer im Willy-Brandt-Haus. Seit der Gründung sind die Vertreterinnen und Vertreter des AKMS in Diskussionen und Gesprächen gefragt. So bot etwa Atila Ülger im September 2014 beim IX. Zukunftsforum Islam der Bundeszentrale für Politische Bildung in Brühl einen Workshop an. Auch die religionspolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung wird vom AKMS mit begleitet. Neben der kontinuierlichen Mitwirkung bei der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES waren die Vorstandsmitglieder unter anderem beteiligt an der Tagung „Religion ist (nicht) Privatsache“ der FES und bei einem Fachgespräch zum Umgang mit der Hizmet-Bewegung im September 2015 sowie beim Berlin Forum for Muslim Thinking Anfang Oktober und bei einer Podiumsdiskussion zu Radikalisierungsprozessen im Islam Anfang Dezember 2014. Tuba Isik vertrat den AKMS bei einem interreligiösen Austausch auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion Bayern am 23. Oktober 2014 in München.

GEMEINSAME ARBEIT DER RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Am 2. November 2014 trafen sich erstmals die Sprecherkreise von AKC, AKJS und AKMS gemeinsam im Willy-Brandt-Haus. Im Vordergrund stand das gegenseitige Kennenlernen und die Perspektive künftiger gemeinsamer Arbeit, etwa mit Blick auf die laufende Debatte über die rechtliche Regelung des assistierten Suizids in Deutschland. Weitere Themen waren die Radikalisierung junger Muslime sowie die wirksame Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Deutschland. Für das Frühjahr 2015 wurde eine gemeinsame Tagung ins Auge gefasst.

SPRECHERKREIS

Mohamed Ibrahim
Dr. Tuba Isik
Lydia Nofal
Selma Yilmaz Ilkhan
Atila Ülger

GRUNDWERTE-KOMMISSION BEIM PARTEI-VORSTAND DER SPD

Nach dem Ordentlichen Bundesparteitag 2013 konstituierte sich die Grundwertekommission im Frühjahr 2014 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gesine Schwan neu. In der konstituierenden Sitzung am 16. Mai 2014 beriet die Kommission über die Themen und Formen der künftigen Kommissionsarbeit. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den Einfluss der Kommission in die Partei hinein und in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

AKTUELLE ARBEITSTHEMEN DER GRUNDWERTEKOMMISSION

Die Grundwertekommission soll Themen aufgreifen, deren Bearbeitung langfristig für die Herstellung einer Mehrheitsfähigkeit links

von der Union nötig ist. Dazu sollten auch Möglichkeiten einer offenen Debatte gesucht werden, z. B. durch Werkstattgespräche der Kommission mit einer bewussten Öffnung zur Zivilgesellschaft und anderen einflussreichen Akteuren. Die Themen der Kommission sollen relevant (aktuell und allgemein bedeutend) sein und auch eine „europäische Dimension“ haben.

Die Kommission bildete zu folgenden Themen Arbeitsgruppen und beriet die erarbeiteten Thesen in ihren Sitzungen:

- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) – Chancen und Risiken für unser demokratisches Gemeinwesen,
- Internationale Politik im 21. Jahrhundert und sozialdemokratische Grundwerte,
- Die digitale Gesellschaft: Produktionsstrukturen, Arbeitskulturen und unsere Rolle als Bürger,
- Zukunft der Arbeit und soziale Sicherheit, Sozialökologische Transformation als sozialdemokratisches Projekt.



Vorsitzende der Grundwertekommission Prof. Dr. Gesine Schwan
(Foto: Gesine Schwan)

WERKSTATTGESPRÄCHE DER GRUNDWERTEKOMMISSION

TTIP – CHANCEN UND RISIKEN FÜR UNSER DEMOKRATISCHES GEMEINWESEN

31. OKTOBER 2014, 15 – 19 UHR IM WILLY-BRANDT HAUS

30 Politikerinnen und Politiker aller im Bundestag bzw. Europaparlament vertretenen Parteien, Vertreter der Bundesregierung, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Mitglieder der Grundwertekommission trugen ihre Argumente, Pro und Kontra, zu dem Projekt vor.

Die Ergebnisse des Werkstattgesprächs flossen in die weitere Arbeit der Kommission ein und wurden in einer Stellungnahme der Kommission im Januar 2015 publiziert: „TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte – ein Konflikt?“

Im Internet: www.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/17445339/content

STELLUNGNAHMEN DER GRUNDWERTEKOMMISSION 2013 BIS 2014

Im Berichtszeitraum gab die Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin 2013 eine Stellungnahme ab.

GRUNDLAGEN EINER HUMANEN ÖKONOMIE (2013)

In den letzten Jahrzehnten wurde durch eine Politik der Privatisierung und Liberalisierung die Wirtschaft immer stärker auf die Bedürfnisse privater Kapitaleigner – insbesondere von Finanzinvestoren – reduziert. Aus der jüngsten Wirtschaftskrise sind aber gerade Unternehmen erfolgreich hervorgegangen, die wie Volkswagen von einer ausgeprägten Mitbestimmungskultur geprägt sind, oder Genossenschaftsbanken und die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die sich stärker an Kriterien der Nachhaltigkeit als an kurzfristiger Gewinnoptimierung orientieren.

Daher stellt sich mehr denn je die Frage nach einer Neuordnung des Wirtschaftens. Hierfür ist es wichtig, die Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Grenzen der unterschiedlichen Eigentumsformen, von Märkten, Wettbewerb und politischer Steuerung auszuloten. Nach Auffassung der Kommission bildet die Stärkung und Ausweitung demokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung die wichtigste Säule auf dem Weg zu einer humanen Ökonomie. Ausgehend von den ethischen Grundlagen einer humanen ökonomischen Praxis erläutern wir unsere Konzeption einer demokratischen Wirtschaft, die auf den Säulen der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung basiert. Darüber hinaus werden am Beispiel der Genossenschaften und anhand des Themas öffentliche Güter alternative Wirtschaftsformen diskutiert. Schließlich wird „gute Arbeit“ als Zielrichtung einer humanen Ökonomie bestimmt und die sich daraus ergebenden Vorstellungen zu politischen Forderungen formuliert.

Stellungnahme im Internet:

www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/publikationen/

Als Internet-Bestellung:

www.spd.de/scalableimageBlob/18686/data/20111101_bestellschein-data.pdf

MITGLIEDER DER GRUNDWERTEKOMMISSION

Vorsitzende

Prof. Dr. Gesine Schwan

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Thomas Meyer

Mitglieder

Dr. Claudia Bogedan

Dr. Thymian Bussemer

Prof. Dr. Frank Decker

Dr. Dierk Hirschel

Daniela Kolbe MdB

Dr. Christian Krell

Prof. Dr. Wolfgang Merkel

Dr. Henning Meyer

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse

Michael Müller

Kerstin Rothe

Dr. Nina Scheer MdB

Christina Schildmann

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Hermann Schwengel

Prof. Dr. Heike Solga

Prof. Dr. Johano Strasser

Johanna Uekermann

Beratende Mitglieder

Dr. Hans-Peter Bartels MdB

Prof. Dr. Volker Gerhardt

Hubertus Heil MdB

Prof. Dr. Gustav Horn

Dr. Almut Möller

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Dr. Eva-Maria Stange MdB

Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Wolfgang Tiefensee MdB

Heidemarie Wiecek-Zeul

Prof. Dr. Rosemarie Will

Ehrenmitglieder

Dr. Erhard Eppler

Dr. Hans-Jochen Vogel

Sekretär

Dr. Hans Misselwitz



Auch und gerade für die Historische Kommission waren die Jahre 2013/2014 in besonderer Weise geprägt vom 150. Geburtstag der Sozialdemokratie. Das Jubiläum war nicht nur Anlass für Feiern und Feste, Gedenken, Rückblick und Erinnerung. Es war vor allem Anlass, über die historische und aktuelle Bedeutung der ältesten demokratischen Partei der Welt zu sprechen. Über ihren Beitrag für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. Das Bewusstmachen dieser historischen Identität der Sozialdemokratie – einer Identität im stetigen Wandel – war und ist zentrales Anliegen der Historischen Kommission. Mitglieder der Kommission waren an zahlreichen Veranstaltungen anlässlich der Wiederkehr des Gründungsdatums beteiligt. Dabei ging es teils um die Gründungsgeschichte, teils um besondere Ereignisse wie das Ermächtigungsgesetz Hitlers, dem sie Sozialdemokratie als einzige Partei im März 1933 die Zustimmung verweigerte, oder auch um Gesamtinterpretationen, die die wichtigsten Dimensionen der Parteigeschichte ausleuchteten.

Auf der Basis einer Konzeption der Historischen Kommission entwickelte der Parteivorstand eine mehrteilige Veranstaltungsreihe und bezog auch die Grundwertekommission und das Kulturforum der Sozialdemokratie in die Ausgestaltung ein. Die Reihe startete bereits Ende 2012 und ging grundlegenden Fragen sozialdemokratischer Politik nach: Was gehört zum Selbstverständnis der SPD? Was können wir aus der historischen Erfahrung für die Zukunft der Sozialdemokratie und der Demokratie in Deutschland lernen? Was müssen wir in Zukunft tun, für Freiheit und Emanzipation, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und friedlichen, demokratischen Interessenausgleich und einen nachhaltigen Fortschritt?

LINKS UND FREI

Mit Blick auf das Jubiläumsjahr 2013 begann die Reihe im Vorjahr mit einer großen Auftaktveranstaltung unter dem Titel „LINKS UND FREI? – Sozialdemokratische Identität in Geschichte und Gegenwart“ am 19. November 2012 im Willy-Brandt-Haus. Sie wurde mit einer Rede von Sigmar Gabriel eröffnet. Im Anschluss diskutierten der Vorsitzende der Historischen Kommission Bernd Faulenbach, die Publizistin Julia Friedrichs, der Journalist Albrecht von Lucke sowie der Publizist und Schriftsteller Johano Strasser.

GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT

Ihr schloss sich eine Veranstaltung unter dem Titel „GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT - Alte und neue Dimensionen der sozialen Frage“ an, die am 12. Dezember 2012 in Hannover stattfand, u.a. mit dem damaligen Spitzenkandidaten und heutigen Ministerpräsidenten Stephan Weil, Prof. Dr. Heinz Bude vom Hamburger Institut für Sozialforschung, der Göttinger Bildungsforscherin Dr. Bettina Kohlrausch und dem IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine sowie mit Inge Wetzig-Danielmeier.

DIE ZÄHMUNG DES KAPITALISMUS

Unter dem Titel „DIE ZÄHMUNG DES KAPITALISMUS - Historische Erfahrungen und gegenwärtige Konzepte“ fand die erste Veranstaltung der Reihe im Jahr 2013 am 8. April in Frankfurt statt. Nach einer Einführung von Julian Nida-Rümelin reflektierte Peer Steinbrück über die Entwicklung des globalen Kapitalismus sowie die Notwendigkeit und Möglichkeiten von Regulierung und Einhegung, insbesondere der Finanz- und Kapitalmärkte. An dem anschließenden, von Maike Rademacher moderierten Podium nahmen auch Thorsten

Schäfer-Gümbel, Prof. Dr. Gesine Schwan, die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane und Prof. Dr. Armin Nassehi vom Institut für Soziologie der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität teil.

SOZIALDEMOKRATISCHE VISION FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Grundfragen europäischer Politik – Frieden, Wohlstand und das Zusammenwachsen Europas – waren Themen der Veranstaltung „... IN EINEM VEREINTEN EUROPA DEM FRIEDEN DER WELT DIENEN - Willy Brandt und die sozialdemokratische Vision für die Zukunft Europas“ am 7. Juli 2013 in München. Egon Bahr, die Münchener DGB-Chefin Simone Burger, Julian Nida-Rümelin und Christian Ude waren sich hier einig, dass es einer sozialdemokratischen Antwort bedürfe, um das Erreichte zu sichern und die zunehmende soziale Spaltung Europas zu vermeiden.

Neben diesen publikumsträchtigen Veranstaltungen sind als weitere Beiträge der Historischen Kommission zum Parteijubiläum hervorzuheben: die Neuauflage des Buchs „DER FREIHEIT VERPFLICHTET. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ (Hg.: Vorstand der SPD, vorwärts|buch 2013) sowie die Buchveröffentlichung „MENSCHEN, IDEEN, WEGMARKEN. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie“ (Hg.: Bernd Faulenbach/Andreas Helle, Berlin 2013).

100. GEBURTSTAG WILLY BRANDTS

Zu der Vielzahl geschichtspolitischer Themen, mit denen sich die Kommission 2013/2014 auseinandersetzte, gehörte auch die umfangreiche Zusammenstellung von Neuerscheinungen und Neuauflagen aus Anlass des 100. GEBURTSTAGS VON WILLY BRANDT am 18. Dezember 2013. Auch hierzu fand in Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung eine vielbeachtete Veranstaltung statt, zu deren Vorbereitung die Historische Kommission beigetragen hatte und die in Teilen live vom Dokumentationskanal Phönix übertragen wurde.

Die Historische Kommission skizzierte auch Vorschläge, wie die Partei die 25. Wiederkehr der friedlichen Revolution 1989 und die Vereinigung 1990 begehen könnte. Es ging um ein differenziertes Bild, in dem Erhard Epplers Rede zum 17. Juni 1989 ebenso vorkommt wie die Gründung der SDP in der DDR und die Rolle der Sozialdemokratie im Vereinigungsprozess.

Zudem wurden für den Parteivorstand, neben allgemeinen Beiträgen zur Gedenk- und Erinnerungskultur der Sozialdemokratie, Arbeitspapiere und Stellungnahmen zum Gedenken an 70 Jahre Ende des 2. Weltkrieges und die Befreiung vom Nationalsozialismus erarbeitet.

NATIONALE UND INTERNATIONALE GESCHICHTS- UND ERINNERUNGSPOLITIK IM FOKUS

Kontinuierlich verfolgt hat die Historische Kommission die nationale und internationale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, der Umgang mit den Stasi-Unterlagen und die Diskussion über eine europäische Erinnerungskultur. Sicherlich benötigen wir die Öffnung der verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen zueinander und die nationalen Grenzen überwindendes „dialogisches Erinnern“, doch lässt sich dieses nicht einfach „von oben“ verordnen. Allerdings kann Politik wesentlich dazu beitragen, europäische Erinnerungsdiskurse zu fördern. Im Berichtszeitraum wurde daher ein Besuch bei den geschichtspolitischen Akteurinnen und Akteuren des Europäischen Parlaments und im Haus der europäischen Geschichte in Brüssel vorbereitet, der im März 2015 realisiert werden konnte. Aus sozialdemokratischer Sicht kommt es darauf an, ein europäisches Geschichtsbewusstsein und eine europäische Erinnerungskultur zu entwickeln, doch dabei die Unterschiedlichkeit einschneidender Erfahrungen anzuerkennen.

DEBATTE ÜBER »DAS KAPITAL IM 21. JAHRHUNDERT«

Thomas Pikettys 2014 herausgegebenes Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat international nicht nur die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fachwelt elektrisiert, sondern auch eine breite Öffentlichkeit erreicht, nicht zuletzt in den USA, der Volkswirtschaft mit der am weitesten entwickelten Finanzindustrie. Diese Debatte aufgreifend, die nicht zuletzt um langfristige Entwicklungstrends des Kapitalismus kreist, hat die Historische Kommission unter dem Titel „GEFÄHRDET DER KAPITALISMUS DIE DEMOKRATIE? Zur Debatte um ‚Das Kapital im 21. Jahrhundert‘ von Thomas Piketty“ im Februar 2015 eine Abendveranstaltung mit dem Sozialhistoriker Jürgen Kocka und Ralf Stegner durchgeführt.

AUßENPOLITIK ZUR EINDÄMMUNG ENTGRENZTER GEWALT

Auch die Grundfragen sozialdemokratischer Außenpolitik sollten 2014 – 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs – diskutiert werden. Bereits Mitte 2014 wurde daher eine außenpolitische Tagung konzipiert, für die u. a. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gewonnen werden sollte. Bei der Veranstaltung, die aus Termingründen letztlich erst im März 2015 durchgeführt werden konnte, referierten neben dem Außenminister zahlreiche namhafte Personen aus Wissenschaft und Politik unter der Überschrift „AUßENPOLITIK ZUR EINDÄMMUNG ENTGRENZTER GEWALT – Historische Erfahrungen und gegenwärtige Herausforderungen“. Diskutiert wurden sozialdemokratische Positionen in der Zeit der Weltkriege, die historische Bedeutung der Neuen Ostpolitik für Europa, die Veränderung des internationalen Systems seit 1989 sowie die gegenwärtige Konstellation und ihre politische Bewältigung.

NS-RAUBKUNST UND RESTITUTION

Ausgelöst durch den Schwabinger Kunstfund 2013 und das damit verbundene „Erbe Gurlitt“ erarbeitete die Historische Kommission bereits sehr frühzeitig eine vielbeachtete Stellungnahme zum Thema NS-Raubkunst und Restitution, in der sie für eine Ausweitung der Grundanliegen des Washingtoner Abkommens plädierte und Wissenschaft und Politik zur ehrlichen Aufarbeitung des Themas und einer Auseinandersetzung mit den Versäumnissen der bundesdeutschen Restaurationsphase aufrief. Aufgrund des großen Interesses wurde letztlich auch zu diesem „Spezialthema“ eine öffentliche Veranstaltung geplant, die im April 2015 im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe durchgeführt wurde.

KÜNFTIGE SCHWERPUNKTE

Einen Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Jahren wird die Historische Kommission – so wurde es 2014 vereinbart – auf die Demokratiegeschichte legen. Dabei wird nicht nur die herausragende Rolle der Sozialdemokratie zu betrachten sein, sondern es sind auch verschiedene Strukturen und Prozesse, so die Weimarer Republik, neu zu würdigen. Sie war eben nicht nur Vorgeschichte der NS-Zeit, sondern auch die erste Demokratie in Deutschland, bei der wichtige demokratische Aspekte anlässlich der 100. Wiederkehr der Gründung der Republik neu zu beleuchten sein werden.

ORGANISATORISCHE NEUAUFSTELLUNG

Organisatorisch erfolgte im März 2013 eine Neuaufstellung der Historischen Kommission. Die vom Parteivorstand neu berufene Kommission umfasst seitdem neben dem Vorsitzenden Bernd Faulenbach – der im Jahr 2014 der Kommission seit 25 Jahren vorstand – die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Bernd Rother und Barbara Vogel sowie 28 weitere Mitglieder, von denen zwölf erstmalig in die Kommission berufen wurden. Erstmals ist auch ein 17-köpfiger Beirat eingerichtet worden.

Kontakte und der Austausch mit den Geschichtsbeauftragten und den Historischen Kommissionen der Länder- und Bezirksebene wurden reaktiviert sowie der lang geplante Internetauftritt der Historischen Kommission vorbereitet und seit dem Frühjahr 2015 mit einer eigenen Homepage umgesetzt.

**MITGLIEDER DER HISTORISCHEN KOMMISSION
(SEIT MÄRZ 2013)***Vorsitz***Prof. Dr. Bernd Faulenbach***Stellvertretende Vorsitzende***Dr. Bernd Rother****Prof. Dr. Barbara Vogel***Weitere Mitglieder***Prof. Dr. Stefan Berger****Prof. Dr. Peter Brandt****Prof. Dr. Gisela Diewald-Kerkmann****Dr. Nikolas Dörr****Prof. Dr. Rainer Eckert****Prof. Dr. Helga Grebing****Prof. Dr. Antonia Grunenberg****PD Dr. Siegfried Heimann****Prof. Dr. Klaus Dietmar Henke****Prof. Dr. Alfons Kenkmann****Prof. Dr. Christoph Kleßmann****Dr. Anja Kruke****Dr. Ulrich Mähler****Prof. Dr. Jürgen Mittag****Prof. Dr. Hans Mommsen****Prof. Dr. Walter Mühlhausen****Prof. Dr. Daniela Münkler****Prof. Dr. Ulrich Pfeil****Prof. Dr. Reinhard Rürup****Dr. Mike Schmeitzner****Prof. Dr. Dietmar Süß****Prof. Dr. Siegfried Weichlein****Prof. Dr. Thomas Welskopp****Prof. Dr. Edgar Wolfrum****Dr. Meik Woyke***Beirat***Niels Annen****Prof. Dr. Friedhelm Boll****Prof. Dr. Beatrix Bouvier****Dr. Barbara Distel****Prof. Dr. Dieter Dowe****Siegfried Ehrmann****Rüdiger Fikentscher****Kerstin Griese****Prof. Dr. Jürgen Kocka****Prof. Dr. Inge Marszolek****Franz Müntefering****Prof. Dr. Karsten Rudolph****Prof. Dr. Axel Schildt****Prof. Dr. Michael Schneider****Prof. Dr. Klaus Schönhoven****Prof. Dr. Rolf Wernstedt****Dr. Stefan Wolle***Sekretär***Rüdiger Scholz**



GRUNDSÄTZE SOZIALDEMOKRATISCHER MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Wir leben in einer sich stetig und schnell wandelnden Welt, in der Digitalisierung und Vernetzung Auswirkungen auf alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft haben. Die Digitalisierung und das Internet bieten enorme Potenziale für Innovation, Emanzipation und Demokratisierung. Die digitale Gesellschaft ist global. Sie ist eine Weltgesellschaft. Sie macht an nationalen Grenzen nicht Halt.

Für die SPD stehen die Gestaltung der digitalen Welt, ihre Demokratisierung und der Erhalt der Medien- und Meinungsvielfalt im Vordergrund. Der ungehinderte und freie Zugang zum Internet bleibt als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Netzpolitik ist für die SPD Gesellschaftspolitik und das politische Gestaltungsinstrument für die digitale Welt. Sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik achtet die Freiheit der Medien und gibt deshalb selbst- und koregulativen Lösungen Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. Die SPD hält an der dualen Rundfunk- und Medienordnung der Bundesrepublik fest, indem sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärkt und für angemessene Rahmenbedingungen für den kommerziellen Rundfunk sorgt.

Medienpolitik im Interesse einer leistungsfähigen gesellschaftlichen Öffentlichkeit ist in der Verfassungsordnung des Grundgesetzes eine Aufgabe der Länder. Aber auch der Bund verfügt mit dem Kartellrecht, dem Telekommunikationsrecht, dem Urheberrecht und vielen weiteren Kompetenzen über zahlreiche starke Instrumente, die er gestalterisch einsetzt. Aus diesem Zusammenspiel der verschiedenen Regulierungsebenen erwächst eine Verantwortung der Länder und des Bundes, der sie im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen gerecht werden müssen. Bund und Länder haben sich dieser Aufgabe mit der Verabschiedung des Koalitionsvertrags 2013 angenommen. Die dafür einzurichtende gemeinsame Bund-Länder-Kommission hat ihre Arbeit Anfang 2014 aufgenommen und entwickelt Eckpunkte einer der Konvergenz der Medien angemessenen öffentlichen Medien- und Kommunikationsordnung. Die SPD-Kommission begleitet diesen Prozess, der einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit bildet neben anderen aktuellen medien- und netzpolitischen Themen.

DIE ARBEIT DER MEDIEN- UND NETZPOLITISCHEN KOMMISSION

Die Medien- und Netzpolitische Kommission beobachtet und analysiert gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevante Entwicklungen mit medien- und netzpolitischem Schwerpunkt. Sie sorgt auf diesem Feld regelmäßig für den Austausch und den Diskurs zwischen allen relevanten Akteuren aus Medien- und Kreativwirtschaft, Gesellschaft und Politik auf Bundes- und Länderebene. Sie stößt Debatten an, versteht sich als Plattform für alle medien- und netzpolitischen Aktivitäten der Partei und ist Impulsgeber für eine zukunftsweisende, vielfaltssichernde und sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik.

NEUE STRUKTUR DER KOMMISSIONSARBEIT

Die Kommission hatte sich 2013 neu formiert, um ihrem Anspruch zu folgen, medien- und netzpolitische Themen und Fragestellungen aus einer gemeinsamen Perspektive zu diskutieren. Das drückt sich auch im Namen der Kommission aus: Medien- und Netzpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

Damit wurde die bisher geltende Säulenstruktur (1. Säule: Medien/Rundfunk, 2. Säule: Netzpolitik, 3. Säule: digitale Infrastruktur, 4. Säule: Filmpolitik) aufgelöst.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Damit alle politischen und parlamentarischen Ebenen einbezogen werden und eine entsprechende Abstimmung erfolgen kann, wird die Kommission von einem geschäftsführenden Vorstand gesteuert, in dem neben dem Vorsitzenden Marc Jan Eumann (seit 2006), Petra Kammerevert MdEP (Europa), Jacqueline Kraege (Länder), Olaf Scholz (Partei Vorstand), Björn Böhning (Netzpolitik/Filmpolitik), Carsten Brosda (Medienpolitik), Martin Stadelmaier (Gremien) sowie die medien- und netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Martin Dörmann und Lars Klingbeil vertreten sind.

ARBEITSWEISE DER KOMMISSION

Die Medien- und Netzpolitische Kommission tagt viermal im Jahr. Es hat sich bewährt, sich zunächst in interner Runde zu treffen. Danach erfolgt die öffentliche Debatte mit Referentinnen und Referenten sowie mit geladenen Gästen aus den Bereichen Politik, Medien- und Netzwirtschaft, Wissenschaft, Verbände und Journalismus. Darüber hinaus veranstaltet die Medien- und Netzpolitische Kommission regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zu ausgewählten Themen:

- Connected TV und Plattformregulierung
- Freiheit und Pluralität der Medien – Aufgabe für die EU
- Landnahme des Internets durch soziale Netzwerke
- Monopole und Nutzersouveränität im Netz – haben die Algorithmen uns längst im Griff
- Justiz und Öffentlichkeit (Kontext: NSU-Prozess)
- Kalter Krieg um den Cyberspace: Zerfällt das Netz
- Wahlkampf 2013: Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag
- Medienstaatsvertrag
- Urteil Bundesverfassungsgericht zum ZDF-Staatsvertrag und der Fall Breider
- Rundfunkkommission
- Ein aktueller medien- und netzpolitischer Bericht aus Brüssel
- Pragmatische Regeln für die digitale Medienwelt: Zu den Möglichkeiten eines Medienstaatsvertrags
- Die Macht im Netz – Gefahren für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger am Beispiel von Google
- Digitale Agenda der Bundesregierung
- TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)
- Produzentenförderung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- Programmvielfalt und Filmförderung

POSITIONSPAPIERE UND PRESSEMITTEILUNGEN

Die Kommission äußerte sich in Pressemitteilungen und Positionspapieren zu folgenden Themen:

- Überlegungen zur Pressefusionskontrolle
- Abschaffung von Digitalkanälen
- Leistungsschutzrecht für Presseverlage
- Netzneutralität
- Breitbandausbau und der verbindliche Umstieg auf DBV-T 2
- Agenda Jugendschutz
- Positionspapier Filmförderung und Novelle Filmförderungsgesetz

#DIGITALEBEN

Die Kommission beteiligte sich am Projekt #DigitalLEBEN mit dem Themenbereich Kultur, Medien und Öffentlichkeit.

AUSBLICK

Arbeitsschwerpunkte der Medien- und Netzpolitischen Kommission für die nächsten Jahre sind die weitere Begleitung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Kommunikationsordnung mit dem Ziel, eine kohärente Medienordnung zu schaffen. Darüber hinaus wird sich die Kommission mit den Themen Netzneutralität, Vielfaltssicherung, Urheberrecht, Datenschutz, Breitbandinfrastruktur, Frequenzpolitik, mit filmpolitischen Fragestellungen sowie Strukturfragen rund um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigen.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND UND MITGLIEDER DER MEDIEN- UND NETZPOLITISCHEN KOMMISSION

Vorsitzender

Marc Jan Eumann (seit 2006)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Petra Kammerevert MdEP (Europa)

Jacqueline Kraege (Länder)

Olaf Scholz (SPD-Parteivorstand)

Björn Böhning (Netzpolitik/Filmpolitik)

Carsten Brosda (Medienpolitik)

Martin Stadelmaier (Gremien)

Martin Dörmann (Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

Lars Klingbeil (Netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

Mitglieder

Clemens Appel

Kurt Beck

Burkhard Blienert

Karin Brieden

Michael Burkert

Ulrich Commercon

Sigmund Ehrmann

Matthias Esche

Yasmin Fahimi

Peter Friedrich

Katrin Gaertner

Paul Leo Giani

Dieter Gorny

Lothar Hay

Reiner Hoffmann

Peter Hufe

Gesche Joost

Thomas Kleist

Thomas Krüger

Valentina Kerst

Michael Konken

Nico Lumma

Stephan Noller

Tanja Machelet

Uwe Parpat

Renate Pepper

Thomas Schelberg

Frank Schildt

Guido Schmitz

Olaf Scholz

Klaus Schrotthofer

Michael Sommer

Henning Tillmann

Gerd Walter

Andreas Weber

Frank Werneke

Olaf Zimmermann

Brigitte Zypries

Gäste

Norbert Bicher

Jürgen Bremer

Siegmar Mosdorf

Sabine Nehls

Anja Strieder

Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Landesverbände und Bezirke sowie der SPD-Landtagsfraktionen

Sascha Binder

Oliver Draber

Hans-Jürgen Döring

Peter Eichstädt

Matthias Graner

Thomas Fehlke

Rüdiger Fries

Antje Grotheer

Yannick Haan

Martin Haller

Rainer Hamann

Veith Lemmen

Klaus Ness

Norbert Nieszery

Ute Pannen

Dirk Panter

Hans-Jörg Schmidt

Rene Schneider

Michael Siebel

Andreas Stoch

Sven Thomsen

Sebastian Thul

Marcus Unbenannt

Alexander Vogt

Steffen Voß

Hans-Joachim Werner

Frank Zimmermann

Mitarbeiter

Matthias Dahlke

Dennis Eighteen

Thomas Friebe

Johannes Kollbeck

Tino Kunert

Hermann Zimmermann

EUROPA-POLITISCHE KOMMISSION

Die Europapolitische Kommission hat vierjährlich unter dem Co-Vorsitz von Udo Bullmann MdEP und Axel Schäfer MdB getagt. In den Sitzungen wurden europapolitische Themen im Austausch zwischen Politik, Kommunen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft erörtert. Zu den diskutierten Themen zählten neben Aktuellem aus Bundestag und Europäischem Parlament die Gemeinsame Außen- und Sicher-

heitspolitik (GASP) der Europäischen Union, die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA, europäische Steuer- und Investitionspolitik, Finanzmarktregulierung und Bankenunion sowie die bilaterale Parteienkooperation.

2014 begleitete die Kommission schwerpunktmäßig die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Europas im europäischen und bundesdeutschen Wahlkampf.

KOORDINIERUNGSGRUPPE TÜRKEI

Im Zentrum der Arbeit der Koordinierungsgruppe Türkei unter Vorsitz von SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan MdB stand die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei. Dazu kam der Dialog mit Türkei-Expertinnen und -Experten sowie Bündnispartnerinnen und -partnern in Deutschland sowie den Parteien und Partnern in der türkischen Zivilgesellschaft und in den türkischen Gewerk-

schaften. Entsprechende Kontakte in der Türkei wurden im Rahmen von Besuchen von Mitgliedern der Koordinierungsgruppe in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gepflegt.

KOMMISSION INTERNATIONALE POLITIK

Nach den Wahlkämpfen zur Bundestags- und Europawahl tagte die Kommission Internationale Politik wieder am 10. November 2014. Die Leitung übernahmen der Präsident des Europäischen Parlaments und Mitglied des SPD-Präsidiums Martin Schulz MdEP und das Mitglied des SPD-Parteivorstandes Niels Annen MdB. Themen waren:

- die aktuelle Lage in der Ukraine und Russland, Berichterstatter: Gernot Erler MdB, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft,
- die Rolle der Türkei im Nahen Osten, Berichterstatter: Dr. Günter Seufert, Stiftung Wissenschaft und Politik.

Außerdem stellte Bernd Lange MdEP, Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel, den Verhandlungsstand zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) vor.

PROGRESSIVE ALLIANZ

Am 22. Mai 2013 gründete sich in Leipzig das globale Netzwerk progressiver, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien: die Progressive Allianz. Bereits die Gründung war eine beeindruckende Demonstration der Vielfalt und Stärke des weltweiten sozialdemokratischen Lagers. Über 80 Parteien nahmen teil: Der indische Congress, die israelische Arbeitspartei und die palästinensische Fatah waren genauso bei der Gründung wie die chilenische PS, die US-amerikanischen Demokraten, die Sozialisten Senegals und

alle großen europäischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Eine Neuerung und Teil der dringenden Öffnung der parteipolitischen Kooperation ist vor allem die Tatsache, dass auch progressive zivilgesellschaftliche Organisationen wie SOLIDAR von Beginn an integraler Bestandteil der Progressiven Allianz waren. Den Ansatz, die beiden Arme der Arbeiterbewegung zusammenzubringen, den parteipolitischen und den gewerkschaftlich-zivilgesellschaftlichen, machte die Teilnahme und Eröffnungsrede des Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Leipzig deutlich.

Die Gründung der Progressiven Allianz war Schlusspunkt einer langjährigen Diskussion über eine moderne internationale Parteienzusammenarbeit und gleichzeitig ihr Anfangspunkt. Die Progressive Allianz war eine Reaktion auf den Zustand der Sozialistischen Internationale (SI). In den letzten 16 Jahren gab es mehrere Anläufe, die SI zu reformieren, was allerdings an einem Bündnis von Beherrschungskräften scheiterte, die die Konsequenzen von neuen, demokratischen und transparenten Regeln innerhalb der Organisation und

deren Anwendung auf ihre Mitglieder fürchteten. Der Charakter der Progressiven Allianz ist daher ein doppelter: Es geht weiterhin darum, die SI zu reformieren und gleichzeitig den wichtigen internationalen Austausch, solange er in der SI ruht, voranzubringen.

Vor diesem Hintergrund setzte sich die Progressive Allianz drei Schwerpunkte: gemeinsame programmatische Weiterentwicklung, Austausch zu Fragen von Kampagnen und Wahlkämpfen sowie die wichtige Solidaritätsarbeit.

GUTE ARBEIT WELTWEIT

Getragen von allen Mitgliedern und mit zahlreichen Veranstaltungen auf allen Kontinenten führt die Progressive Allianz seit Oktober 2013 die Kampagne „Gute Arbeit weltweit – Decent Work Worldwide“ durch. Bisherige Stationen waren Schweden im Oktober 2013, Tunesien im März 2014, Uruguay im Juli 2014, Großbritannien im September 2014, die Philippinen im September 2014, Portugal im Dezember 2014, Mexiko im März 2015 und die Niederlande im Mai 2015. Weitere Veranstaltungen in diesem Jahr sind unter anderem in Marokko und Malaysia geplant.

Im Fokus der Veranstaltungen stand der Austausch zu verschiedenen Aspekten guter Arbeit inhaltlicher und regionaler Art. So stand beispielsweise der Kampf gegen Ungleichheit im Zentrum der Diskussionen in Uruguay, bei dem die Sozialistische Partei Uruguays, aber auch die PT Brasiliens ihre beeindruckenden Erfolge und den Weg zu mehr sozialer Gleichheit darstellten. „Ungleichheit ist eine bewusste Entscheidung“ („inequality is a choice“) – diese Erkenntnis des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz rückte im Zuge der Finanzkrise in das Zentrum des politischen Interesses. Stagnierende Löhne für die Mas-

se einerseits und steigende Vermögen weniger andererseits waren die Ursache für das schuldengetriebene und spekulative Wachstum, das dem Platzen der Finanzblase vorausging. Die Zeche zahlten vornehmlich die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen, insbesondere in den Ländern, in denen oftmals strikt gespart wurde. Hohe Arbeitslosigkeit, fallende Reallöhne und eine langanhaltende Rezession waren die Folge.

Nachdem das „Casino“ wieder geöffnet hat und die Aktienmärkte mit Hilfe der Zentralbanken erneut boomen, nimmt die Ungleichheit fast überall zu. Progressive Ansätze und Beispiele, wie man dies eindämmen kann, wurden in einem Positionspapier der Progressiven Allianz festgehalten.

www.progressive-alliance.info/wp-content/uploads/2014/07/Economic-Inequality.pdf

Weitere wichtige Themen der Kampagne „Gute Arbeit weltweit“ waren Geschlechtergerechtigkeit, soziale Sicherheit, inklusives Wachstum sowie die Dynamiken globaler Migration. Letzteres stand im Mittelpunkt des Treffens auf den Philippinen; ein Land, das rund zehn Prozent seiner Gesamtbevölkerung als Arbeitsmigrantinnen und -migranten auf den amerikanischen Kontinent, in den Nahen Osten oder in andere asiatische Länder exportiert.

www.progressive-alliance.info/wp-content/uploads/2014/09/EN-Input-Paper-Migration-21.pdf

Für das nächste Jahr hat sich die Progressive Allianz das Kampagnenthema „Für eine neue Agenda für Frieden und Gerechtigkeit“ gesetzt.

PROGRESSIVE AGENDA VERWIRKLICHEN

Der internationale Austausch progressiver Kräfte ist mehr als nur eine programmatische Selbstverständigung. Im Zentrum steht die Weiterentwicklung progressiver und sozialdemokratischer Programmatik. Der Anspruch ist, nicht nur führend in nationalen Regierungen zu sein, sondern dass progressive Konzepte auch eine globale Nachhaltigkeit sowie globale Umsetzbarkeit beweisen.

Auch die fortschrittlichste Programmatik hat nur eine Chance auf Verwirklichung, wenn sozialdemokratische und sozialistische Parteien Wahlen gewinnen und Verantwortung übernehmen können. Daher ist die Diskussion von Wahlkampftechniken und -strategien das zweite Standbein der Progressiven Allianz. In den bisherigen Kampagnen-Seminaren stand vor allem der praktische Austausch erfolgreicher Strategien und Konzepte im Mittelpunkt, so zum Beispiel Tür-zu-Tür-Kampagnen, geschlechtsspezifische Anforderungen an Wahlkampagnen bzw. Strategien beim Online-Campaigning. Einige Beiträge aus den verschiedenen Weltregionen sind auf der Seite der Progressiven Allianz unter der Rubrik „Progressive Campaigning“ abrufbar.

www.progressive-alliance.info

KOMMISSION SICHERHEIT UND BUNDESWEHR / FORUM SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik beim SPD-Parteivorstand wurde im Jahr 2009 – zunächst als Arbeitskreis und später als Kommission – etabliert, um den Austausch zwischen SPD und der sicherheits- und verteidigungspolitischen Community weiter auszubauen. Neben dem Vorsitzenden Walter Kolbow, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung a.D., wurde 2013 Rainer Arnold MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, als stellvertretender Vorsitzender des Forums benannt.

Neben der Ausrüstungssituation der Bundeswehr, Fragen zur Parlamentsbeteiligung in multinationalen Einsätzen und Überlegungen

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Von Beginn der Arbeiterbewegung an war die grenzüberschreitende Solidarität eines der entscheidenden Wesens- und Unterscheidungsmerkmale zu anderen politischen Bewegungen. Es ist die Idee der Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Hilfe. Solidarität ist Schwert des scheinbar Machtlosen. Und gleichzeitig schafft Solidarität Macht zur Veränderung. Das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Für alle Mitglieder der Progressiven Allianz ist es daher ein zentrales Anliegen, Genossinnen und Genossen auf der ganzen Welt zu helfen, die politisch unterdrückt und verfolgt werden bzw. deren Einsatz für globale Menschenrechte internationale Unterstützung benötigt. Die sozialistischen Kräfte im Jemen, die weiterhin für eine friedliche Konfliktbeilegung werben, unterstützt die Progressive Allianz daher genauso wie die sozialdemokratische Partei in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die sich angesichts der chaotischen politischen Situation im Land für Stabilität und Demokratie einsetzt.

DAS NEUE NETZWERK

Die Progressive Allianz hat in ihrem kurzen Bestehen neue regionale Zusammenschlüsse mit angeregt. Auf ihre zweijährigen Jubiläen können heute ebenfalls die Zentralafrikanische Progressive Allianz (APAC) mit Mitgliedsparteien aus 11 Ländern sowie das Arabische Sozialdemokratische Forum (ASDF), dem Parteien aus 13 arabischen Ländern angehören, zurückblicken. Offizielle Zusammenarbeit bzw. gegenseitige Mitgliedschaften existieren darüber hinaus mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), dem asiatischen Zusammenschluss linker Parteien, dem Network of Social Democracy in Asia (SOCDEM Asia), sowie mit der internationalen sozialistischen Jugendorganisation IUSY. Damit ist die Progressive Allianz auch regional vernetzt.

Bei der Gründung der Progressiven Allianz vor zwei Jahren hat die deutsche Sozialdemokratie eine entscheidende Rolle gespielt, insbesondere der persönliche Einsatz des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Auch vor diesem Hintergrund haben die anderen Parteien, die sich in dem neuen Netzwerk engagieren, die SPD gebeten, die Koordinierung der Progressiven Allianz zu übernehmen. Mittlerweile arbeiten über 120 Parteien in der Progressiven Allianz zusammen und die Zahl der Interessierten wächst.

In der Tradition der Arbeiterbewegung war die Gründungsveranstaltung der Progressiven Allianz vor zwei Jahren mit den drei programmatischen Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität überschrieben. Das sind ebenfalls die Ziele der Arbeit des neuen Zusammenschlusses. Sie sind aber auch handlungsleitend für die Kooperation innerhalb der Progressiven Allianz. In manchen Bereichen geht die Progressive Allianz ganz bewusst neue Wege der Zusammenarbeit und ist nach zwei Jahren ein gutes Stück vorangekommen.

zur Europäisierung der Streitkräfte bildeten in den Jahren 2013 und 2014 die Auswirkungen der Neuausrichtung der Bundeswehr einen Themenschwerpunkt. Diese Reform, die noch unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung durchgeführt worden war und mit der unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht festgeschrieben wurde, stellte die Truppe vor enorme Herausforderungen. Aufgrund des großen Handlungsbedarfs konnte die SPD in den Koalitionsverhandlungen – aufbauend auf dem SPD-Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2013 – wichtige Verbesserungen für die Soldatinnen und Soldaten durchsetzen. Dies umfasste u.a. eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Vergütungs- und Besoldungsfragen.



Das Forum behandelte ebenfalls intensiv die zahlreichen internationalen Krisen und Konflikte. Auf der Agenda standen die Krise in der Ukraine und die Beziehungen der NATO zu Russland, das Ende der ISAF-Mission in Afghanistan und die Folgemission zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte unter Beteiligung der Bundeswehr sowie die dramatische Lage im Nordirak, wo Hunderttausende vor der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) flüchten mussten.

Das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat außerdem einen Prozess begonnen, um die inhaltliche Arbeit über die Einrichtung von Arbeitsgruppen weiter zu stärken und über dezentrale Veranstaltungen die regionale Verankerung über die Landesverbände und Bezirke kontinuierlich auszubauen.

ORGANISATIONS- POLITISCHE KOMMISSION

Das Organisationspolitische Grundsatzprogramm der SPD, das auf dem Bundesparteitag 2011 beschlossen wurde, war Ausgangspunkt für die Reform der Partei und die Arbeit der Organisationspolitischen Kommission in den Jahren 2013 und 2014.

Im Juni 2014 hatte der SPD-Parteivorstand auf Grundlage des Leittrags „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ (Bundesparteitag 2013) die Organisationspolitische Kommission beauftragt, einen Evaluationsbericht zur Parteireform zu erarbeiten. Dieser wird dem ordentlichen Bundesparteitag 2015 vorgelegt werden.

Die Organisationspolitische Kommission hat deshalb 2014 eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der Parteireform vorgenommen und Leitfragen erarbeitet. Diese sind und waren Grundlage für Workshops, in denen unterschiedliche Gruppen in der SPD (Arbeitsgemeinschaften, Ehrenamtliche und Hauptamtliche) ihre Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge formuliert haben.

Hauptleitfragen sind:

1. Hat die Parteireform dazu geführt, dass die SPD wieder stärker in der Gesellschaft verankert ist?
2. Macht die SPD online wie offline ausreichend Angebote zur Beteiligung?
3. Wurden die SPD, ihre Organisation und ihre Mitglieder gestärkt?

Neben den Ergebnissen der Workshops werden in den Evaluationsbericht auch die überwiesenen organisationspolitischen Anträge der ordentlichen und außerordentlichen Parteitage und der Parteikonvente seit 2013 berücksichtigt.

Daneben hat die Organisationspolitische Kommission 2013 und 2014 für den Parteivorstand Vorschläge zur Förderung aus dem Innovationsfonds erarbeitet. Der Innovationsfonds fördert Projekte von Unterbezirken bzw. Kreisverbänden zur Veränderung der Parteiarbeit im Sinne der Parteireform mit bis zu 5.000 Euro pro Projekt. 2013 wurden 63 Projekte aus Unterbezirken und Kreisverbänden mit insgesamt 175.245 Euro gefördert. 2014 waren es 31 Projekte mit 94.682 Euro.

Die Organisationspolitische Kommission begleitet zudem die Einführung digitaler Beteiligungsinstrumente in die Parteiarbeit. Dazu

hat sie einen Digitalen Beirat gegründet. Im Rahmen dieses Prozesses werden u.a. auf dem Bundesparteitag 2015 Verfahrensvorschläge für einen Online-Mitgliederentscheid sowie ein Online-Mitgliederbegehren vorgelegt.

MITGLIEDER DER ORGANISATIONS- POLITISCHEN KOMMISSION

Stimmberechtigte Mitglieder

Yasmin Fahimi (Parteivorstand)
Dietmar Nietan (Parteivorstand)
Dagmar Schmidt (Parteivorstand)
Mathias Stein (LV Schleswig-Holstein)
Thomas Würdich (LV Mecklenburg-Vorpommern)
Inka Damerau (LO Hamburg)
Dieter Reinken (LO Bremen)
Heino Baumgarten (Bezirk Nord-Niedersachsen)
Susanne Mittag (Bezirk Weser-Ems)
Ulrich Watermann (Bezirk Hannover)
Hans-Henning Schridde (Bezirk Braunschweig)
Rüdiger Erben (LV Sachsen-Anhalt)
Klara Geywitz (LV Brandenburg)
Ulrike Sommer (LV Berlin)
André Stinka (LV Nordrhein-Westfalen)
Dr. Edgar Franke (Bezirk Hessen-Nord)
Gernot Grumbach (Bezirk Hessen-Süd)
Rene Lindenberg (LV Thüringen)
Dirk Panter (LV Sachsen)
Petra Berg (LV Saarland)
Dr. Jörg Bruch (LV Rheinland Pfalz)
Prof. Dr. Lars Castellucci (LV Baden-Württemberg)
Jonas Merzbacher (LV Bayern)

Beratende Mitglieder

Walter Meinhold (Kontrollkommission)
Dr. Manfred Sternberg (SGK)
Dr. Manuela Erhart (FES)
Elf Heusinger von Waldege (AK Betriebsräte)
Angelika Graf (große Arbeitsgemeinschaften)
Harald Baumann-Hasske (kleine Arbeitsgemeinschaften)
Inge Blask (Themenforen)

BUNDESSCHIEDS- KOMMISSION

Die Bundesschiedskommission bearbeitete in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt sieben Verfahren: zwei Parteiordnungsverfahren, vier Statutenstreitverfahren und ein Wahlanfechtungsverfahren.

PARTEIORDNUNGSVERFAHREN

Die zwei Parteiordnungsverfahren richteten sich jeweils gegen ein Parteimitglied. Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

Im ersten Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission zurückgewiesen. Auf die Berufung des Antragstellers wurde die Entscheidung der Landesschiedskommission abgeändert und der Antragsgegner aus der Partei ausgeschlossen.

Im zweiten Verfahren wurde auf die Berufung des Antragstellers die Entscheidung der Landesschiedskommission aufgehoben und das Verfahren an die Vorinstanz zurücküberwiesen.

Gründe für die Parteiordnungsmaßnahmen waren u.a. Verstöße gegen die Grundsätze der Partei

- aufgrund diskriminierender Äußerungen gegen Sinti und Roma sowie frauenfeindlicher Äußerungen im Internet, die Gegenstand öffentlicher Berichterstattung wurden;
- aufgrund Belästigung einer SPD-Bürgermeisterin sowie eines Ratsmitgliedes durch unberechtigte Vorwürfe und Strafanzeigen. Das Verfahren wurde an die Vorinstanz zurücküberwiesen, da die mündliche Verhandlung in Abwesenheit des Antragsgegners durchgeführt wurde. Dies stellt einen Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs dar.

STATUTENSTREITVERFAHREN

In den vier Statutenstreitverfahren ging es

- um die Aufhebung eines Kreisvorstandsbeschlusses auf Ablehnung der von 13 Mitgliedern aufgrund von Konflikten beantragten Neuordnung zu einem anderen Ortsverein;
- um einen Antrag auf Erklärung der Unwirksamkeit eines rückwirkenden Beschlusses des Kreisparteitages betreffend die Abgabenregelung eines Kreisverbandes;
- um die Anfechtung des Ergebnisses des Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU;
- um die Säumnisbeschwerde einer Arbeitsgemeinschaft wegen einer ausstehenden Entscheidung der Landesschiedskommission.

WAHLANFECHTUNGSVERFAHREN

In dem Wahlanfechtungsverfahren wurde das Rechtsmittel bzw. der Antrag zurückgewiesen. Grund hierfür war, dass die Abstimmung nicht satzungswidrig war. Der Stadtratsversammlung ist nicht die

„förmliche Bestätigung“ der aufzustellenden Listen zu den Kommunalwahlen, sondern die „Bestätigung“ der „förmlich aufzustellenden Listen“ zugewiesen. Es ist mit dem verfassungsrechtlich verbürgten und innerparteilich geltenden Grundsatz der Freiheit der Wahl (Art. 38 GG) unvereinbar, eine für eine Wahl zuständige Versammlung an Vorschläge welcher Art auch immer zu binden.

MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION (GEWÄHLT AUF DEM SPD-PARTEITAG AM 16.11.2013, LEIPZIG)

Vorsitzende
Hannelore Kohl

Stellvertretende Vorsitzende
Werner Ballhausen
Prof. Dr. Roland Rixecker

Beisitzerinnen und Beisitzer
Ilse Brusis
Kristin Keßler
Thomas Notzke
Dr. Johannes Risse

STATISTIK FÜR DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

(ENTHÄLT ALLE SEIT DEM 01.01.2013 – 31.12.2014 ENTSCHIEDENEN BZW. ANHÄNGIGEN VERFAHREN)

Verf. Nr. (POV)	Anzahl AG	Entscheidung													
		Berufung Unzulässig verworfen	Berufung/ Antrag zurückgewiesen	Ausschluss	Ruhen aller Rechte für 3 Jahre	Ruhen aller Rechte für 2 Jahre	Ruhen aller Rechte auf Tag befristet	Funktionsverbot mit Datum befristet	Funktionsverbot 1 Jahr	Aussetzung des Verfahrens	Einstellung des Verfahrens	Zurückverweisung an Vorinstanz zur Sachaufklärung	Zurücknahme der Berufung	noch nicht abgeschlossen Ende Berichtszeitraum (31.12.2014)	
1/2013/St	1											X *			
2/2013/P	1		X**	X											
3/2013/P	1											X			
4/2013/St	1												X		
5/2013/St	0	X***													
1/2014/Wa	1		X												
2/2014/St	1	X****													
7	6	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0	2	1	0	

* Das Verfahren wurde an die Vorinstanz zu erneuten Verhandlung und Entscheidung unter Beachtung der Rechtsauffassung der BSK zurückverwiesen.

** Berufung des Antragsgegners. Ausschluss aus der Partei aufgrund der Berufung gegen die Entscheidung durch den Antragsteller.

*** Der Antrag wurde als unzulässig zurückgewiesen, da die Voraussetzung für ein Tätigwerden der BSK offensichtlich nicht erfüllt sind.

**** Die Säumnisbeschwerde der Antragstellerin wird als unzulässig verworfen.



WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

SPORTINFORMATIONSBRIEF

Tausende von Ehrenamtlichen, die sich mit der SPD verbunden fühlen, werden regelmäßig vom Forum Sport mit Informationen versorgt. Der Sportinformationsbrief behandelt die aktuellsten sportpolitischen Themen und erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Vereinen und Verbänden. Regelmäßig erhält das Forum Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen, die sich für die Sportpolitik der SPD interessieren und in den Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Der Sportinformationsbrief erscheint weiterhin ausschließlich elektronisch.

KOORDINIERUNGSRUNDE UND SPORTBEIRAT DES FORUMS SPORT

Auch im Berichtszeitraum trafen sich die Koordinierungsrunde Sportpolitik, bestehend aus SPD-Sportpolitikern und sozialdemokratischen Sportfunktionären, sowie der 2010 neu konstituierte Sportbeirat der SPD, der sich aus ca. 20 Persönlichkeiten des Sports zusammensetzt, um den SPD-Parteivorstand in sportpolitischen Fragen zu beraten. Politisch prägten Forum und Beirat die sportpolitische Meinungsbildung der SPD. Mit klarem Kurs gegen Doping, konsequent für eine bessere finanzielle Unterstützung der Sportlerinnen und Sportler und der Sportorganisationen sowie für bessere infrastru-

ktuelle Maßnahmen. Mit viel Einsatz für eine stärkere Anerkennung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements – im Sport und darüber hinaus.

Mittelpunkt – Herausforderungen und Zukunft des Ehrenamtes im Sport“ statt. Um das Engagement auch in Zukunft für den Sport und die Gesellschaft aufrechtzuerhalten, diskutierte die SPD mit ca. 200 Gästen grundlegende Reformen der strukturellen Rahmenbedingungen bei Ehrenämtern.

Nach einem Impulsreferat von Prof. Dr. Sebastian Braun und einer Rede von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern des Sports statt. Die Runde wurde moderiert von Ute Kumpf MdB, Sprecherin der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ der SPD-Bundestagsfraktion. Die Referentin und Referenten waren: Verena Bentele, mehrfache WM- und Paralympics-Siegerin im Biathlon, Helmut Sandrock, Generalsekretär des Deutschen Fußball-Bundes, Rainer Brechtken, Präsident des Deutschen Turner-Bundes und Prof. Dr. Sebastian Braun, Humboldt-Universität zu Berlin.

JAHRESTREFFEN AM 28. NOVEMBER 2014 IN BERLIN

Während des Bundestagswahlkampfes 2014 fand das traditionelle Jahrestreffen des Forums Sport in Berlin zu einem aktuellen Anlass statt, der Olympiabewerbung für das Jahr 2024 unter dem Titel „Sport im Mittelpunkt – Fokus Olympia“.

Mit Berlin und Hamburg bewarben sich zwei deutsche Städte um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2024. Doch insbesondere in Zeiten von umstrittenen Vergabepraktiken für Sportgroßveranstaltungen sowie mangelnder Akzeptanz gigantischer Spiele in der Bevölkerung wurden die Forderungen an die Sportverbände nach Reformen immer drängender. Deshalb war der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes Alfons Hörmann zu Gast im Willy-Brandt-Haus, um das Thema mit weiteren Expertinnen und Experten aus dem Sport zu diskutieren. Neben Alfons Hörmann nahmen Michaela Engelmeier, sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Böger, Präsident des Landessportbundes Berlin und Dr. Jürgen Mantell, Präsident des Hamburger Sportbundes, an der Diskussion teil. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hielt die Begrüßungsrede.



Forum Sport Jahrestreffen 2013: Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (Foto: SPD)



turelle Maßnahmen. Mit viel Einsatz für eine stärkere Anerkennung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements – im Sport und darüber hinaus.

JAHRESTREFFEN AM 11. JUNI 2013 IN BERLIN

Während des Bundestagswahlkampfes 2013 fand das traditionelle Jahrestreffen des Forums Sport in Berlin unter dem Titel „Sport im

DAS SPD-SPORTPROGRAMM 2013 – 2017

Unter dem Titel „Sport für Alle, Sport mit Allen.“ erschien 2013 das aktuelle Sportprogramm der SPD als Broschüre.

Informationen zum Forum Sport in der SPD im Internet: www.spd.de/spd_organisationen/forumsport

DER SPORTBEIRAT IN DER SPD

Vorsitzender des Forums Sport und des Sportbeirates in der SPD
Manfred Schaub

Mitglieder

Verena Bentele (Beauftragte des Bundes für die Belange behinderter Menschen)

Friedhelm-Julius Beucher (Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes)

Klaus Böger (Präsident des Landessportbundes Berlin)

Yvonne Bönisch (Olympiasiegerin im Judo)

Rainer Brechtken (Präsident des Deutschen Turner-Bundes)

Helmut Dedy (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Michaela Engelmeier MdB (sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion)

Dr. Karin Fehres (Direktorin des Deutschen Olympischen Sportbundes)

Dagmar Freitag MdB (Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag)

Martin Gerster MdB (Mitglied des Haushaltsausschusses in der SPD-Bundestagsfraktion)

Thomas Härtel, Staatssekretär a.D. (Vizepräsident des Deutschen Behindertensportverbandes)

Michael Hartmann MdB (Präsident des Deutschen Baseball und Softball Verbandes)

Petra Heß (Vizepräsidentin der Deutschen Olympischen Gesellschaft)

Rainer Hipp (Hauptgeschäftsführer des Landessportverbandes Baden-Württemberg)

Jens Jäger (Rollstuhl-Curling-Nationalmannschaft)

Dr. Rainer Koch (DFB-Vizepräsident und Präsident des Bayerischen Fußballverbands)

Markus H. Kringel (Journalist)

Prof. Dr. Harald Lange (Sportwissenschaftler an der Universität Würzburg)

Willi Lemke (UN-Sonderberater für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung)

Caren Marks MdB (stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag)

Martina Müller (Fußball-Nationalspielerin)

Detlev Pilger MdB (Mitglied der Arbeitsgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion)

Jeannine Pflugradt MdB (Mitglied der Arbeitsgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion)

Dr. Clemens Prokop (Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes)

Ilse Ridder-Melchers (Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbundes)

Thomas Röttgermann (Geschäftsführer VfL Wolfsburg)

Axel Schäfer MdB (stellvertretendes Mitglied des Sportausschusses im Deutschen Bundestag)

Rudolf Scharping (Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer)

Matthias Schmidt MdB (Mitglied der Arbeitsgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion)

Karin Seidel-Kalmutzki MdB (Vorsitzende des Sportausschusses im Abgeordnetenhaus Berlin)

Prof. Dr. Silke Sinning (Sportwissenschaftlerin an der Universität Koblenz-Landau)

Carsten Träger MdB (Mitglied der Arbeitsgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion)

Claus Umbach (Präsident der Deutschen Fitnesslehrer Vereinigung)

Ute Vogt MdB (Vizepräsidentin der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft)

Brigitte Zypries MdB (Kuratorium des Deutschen Behindertensportverbandes)

(BIS ENDE 2013 GESPRÄCHSKREIS INNENPOLITIK)

THEMEN 2013

Der Gesprächskreis Innenpolitik tagte 2013 fünfmal. Unter der Leitung von Ralf Stegner war die Arbeit durch den Bundestagswahlkampf und aktuelle innenpolitische Themen geprägt. Mit Thomas Oppermann, dem Zuständigen für Inneres und Justiz im Team des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, diskutierte der Gesprächskreis darüber, welche Konsequenzen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss für das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz zu ziehen seien. Weitere Themen waren die zunehmende Rockerkriminalität und Handlungsbedarf beim Prostitutionsgesetz aus innenpolitischer Sicht. Darüber hinaus beschäftigte sich der Gesprächskreis mehrfach mit der Situation von Flüchtlingen. Dabei lieferten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wichtige Impulse für den von Ralf Stegner verantworteten Parteivorstandsbeschluss „Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik“ vom 14. Oktober 2013.

THEMEN 2014

2014 wurde der Gesprächskreis in „Forum Innenpolitik“ umbenannt. Auch in diesem Jahr war die Situation von Flüchtlingen Thema in fast jeder der fünf Sitzungen. Das Forum war sich einig, dass der Bund die Kommunen schnell, substantiell und strukturell entlasten müsse, um einer Überforderung der Städte und Gemeinden bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vorzubeugen. Das Forum arbeitete erneut Ralf Stegner für den Beschluss „Aktionsprogramm zur Flüchtlingspolitik – Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen und der Flüchtlinge“ vom 24. November 2014 zu.

Gleich mehrfach diskutierte das Forum auch über die Vorratsdatenspeicherung. Die große Mehrheit der Mitglieder des Forums befürwortete das Instrument im Sinne des Parteibeschlusses aus 2011. Weitere Themen 2014 waren die Kriminalität im und aus dem Internet, die Prävention, Intervention und Deradikalisierung von islamistischen Extremisten sowie die internationale Drogenpolitik. Über die Bekämpfung organisierter Drogenkriminalität informierten Experten aus Bolivien und Uruguay.

MITGLIEDER

Mitglieder des Forums (Gesprächskreises) Innenpolitik sind die innenpolitischen Sprecherinnen und -sprecher aus Bund und Ländern, die Innenminister und -senatoren, Fachpolitikerinnen und -politiker aus der Bundestagsfraktion sowie Mitglieder der Jusos, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen und der Gewerkschaft der Polizei. Geleitet wird das Forum seit 2008 von Ralf Stegner.

FORUM
INNENPOLITIK

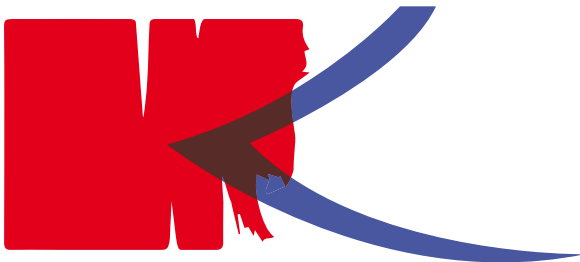
**GESPRÄCHSKREIS
FINANZMARKT
UND
FINANZPOLITIK**

Der Gesprächskreis „Finanzmarkt und Finanzpolitik“ hat sich im September 2014 unter Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel neu konstituiert. Der Kreis versteht sich vorwiegend als interner Debattenraum, an dem Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Bereich sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, Gewerkschaften und der Finanzbranche teilnehmen. Die Runde tagt abwechselnd in Berlin und Frankfurt/Main.

In 2014 wurden drei Gesprächsrunden durchgeführt. Im September wurde Dr. Stephan Schulmeister vom Austrian Institute of Economic Research als Referent gewonnen. Er berichtete über eine wirkungsvolle Regulierung des Hochfrequenzhandels. Dabei betonte er die destabilisierende Wirkung dieser auf Hochleistungsrechnern beruhenden Handelsform, der keine realen Informationen mehr zugrunde lägen. Der Gesprächskreis debattierte darüber, ob Reformen wie Mindesthaltezeiten oder Methoden, die den technischen Hochfrequenzhandel quasi unmöglich machten, sinnvoller seien, um den Hochfrequenzhandel zu regulieren. Auch eine Finanztransaktionssteuer (FTS) mit möglichst vielen Teilnehmerländern wurde als weiterhin richtiger Weg eingestuft, um Auswüchsen Einhalt zu gebieten.

Die zweite Gesprächsrunde hatte die Kapitalertragssteuer und Finanztransaktionssteuer als Elemente für mehr Steuergerechtigkeit zum Thema. Referent war Professor Achim Truger vom Fachbereich für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Er stellte u.a. neue Zahlen zur verteilungspolitischen Schieflage bei Einkommen und Vermögen vor. In Bezug auf die Abgeltungssteuer betonte er, dass diese mit dem Start des automatischen Informationsaustausches zwischen Banken ihre Begründung verliere. Ihre Abschaffung sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer könnten große verteilungspolitische Handlungsspielräume schaffen.

Die dritte Gesprächsrunde diskutierte kontrovers die Regulierung von Schattenbanken. Professor Martin Hellwig, Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, präsentierte seine Thesen zum Umgang mit Schattenbanken. Dabei betonte er die Heterogenität von Schattenbanken, so dass eine Regulierung je nach Institutionstyp und Bedeutung für die Systemstabilität erfolgen müsse. Als oberste Priorität forderte er die Transparenz aller Geschäftstätigkeiten. Generell hob Professor Hellwig hervor, dass vor allem stark erhöhte Eigenkapitalquoten von Banken das Finanzsystem nachhaltig stabiler gestalten könnten.



**KULTURFORUM DER
SOZIALDEMOKRATIE**

**2013 – 2014 KULTUR
INMITTEN DER POLITISCHEN AUSEINANDERSSETZUNG**

„Vielfalt, Teilhabe, öffentliche Verantwortung – darum geht es kulturpolitisch.“ (Wolfgang Thierse)

Willy Brandt und Peter Glotz gründeten das Kulturforum der Sozialdemokratie 1983 zur Versöhnung von Geist und Macht, zur Verstärkung der Arbeit der sozialdemokratischen Wählerinitiative. Von Beginn an sollte es sich besonders für „künstlerische und intellektuelle Belange“ einsetzen und so „zur Erweiterung des Sachverständnisses der SPD in kulturpolitischen Fragen beitragen“ und sich als „respektabler Ansprechpartner für engagierte Personen oder Gruppen aus dem Kulturleben“ anbieten.

Nach wie vor, auch mit seinem dritten Vorsitzenden Wolfgang Thierse, fungiert das Kulturforum in diesem Sinne:

- als eine intellektuelle Andockstelle beim Parteivorstand, die Sichtweisen und Kritik aus dem kulturellen Bereich aufnimmt, daher auch die Fortsetzung der Reihe „philosophy meets politics“ und zahlreiche Buchvorstellungen,
- als Organisator eines Netzwerkes aus fast 35 regionalen Kulturforen von Starnberg bis Usedom, von Köln bis Sachsen, vor allem durch den regelmäßigen elektronischen „Newsletter“, im Berichtszeitraum aber auch durch die Jahrestreffen in Köln



philosophy meets politics XIII am 13. Juni 2013 mit Julian Nida-Rümelin, Peer Steinbrück, Ulrich Beck, Wolfgang Thierse (v.l.n.r.) (Foto: SPD-Parteivorstand)

(2013) zum kulturpolitischen Umgang mit Buch, kulturellem Erbe, Theater und bildender Kunst und in Hamburg (2014) zur „Musikstadt Hamburg“,

- als Promotor einer „neuen Kulturpolitik“, die seit den achtziger Jahren die Urheber und Künstler in den Mittelpunkt stellt, einen erweiterten Kulturbegriff vertritt, das demokratische Teilhabepostulat der „Kultur für alle“ formuliert,
- als kulturpolitisches und kulturelles Debattenforum mit regelmäßigen Veranstaltungen mit Kulturschaffenden, oft auch gemeinsam mit vielen Partnern, die in die kulturnahen Milieus besonders hineinwirken,
- als die zentrale Stelle, an der (im Gespräch mit den Ländern, in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion und ab 2014 auch mit den zuständigen SPD-Bundesministerien) kulturpolitische Programmatik auf Bundesebene gebündelt, formuliert und vorgestellt wird,
- als Lobby für die Belange von Kunst und Kultur im öffentlichen Diskurs, eine kulturelle Interessenvertretung, die verschiedentlich auch innerparteilich notwendig ist,

- als Kontaktstelle und Ansprechpartner für Unterstützerinnen, Unterstützer und Sympathisanten aus dem Kulturbereich, für die immer wieder inhaltliche und atmosphärische, auch nichtöffentliche Angebote gemacht werden müssen.
- In Wahlkampfzeiten wie 2013 (Bundestagswahl) und 2014 (Europawahl) verlagern sich Schwerpunkte. Nicht von ungefähr war das Kulturforum die meiste Zeit auch Bestandteil der jeweiligen Wahlkampfzentrale. Im kulturellen Unterstützerwahlkampf gelang es, die Ernte jahrelanger Aufbauarbeit im Kulturbereich einzubringen, dies in dreifacher Hinsicht:
 - Erreicht wurde die überzeugende programmatische Zuspitzung auf der Basis einer breiten Debatte mit Künstlerinnen und Künstlern und anderen Vertretern des Kulturellen, vom „Kreativpakt“ (Federführung SPD-Bundestagsfraktion) bis hin zu Verbandsgesprächen des Kulturforums. Ergebnis war der herausragende Stellenwert des Kulturellen im Regierungsprogramm 2013-17 und dessen Vermittlung durch eine auch ästhetisch eigenständige Kulturwahlkampfroschüre. Es gelang 2013/14 im Grunde die weitere Anerkennung der Bundeskulturpolitik als eigenes Politikfeld: In den Koalitionsverhandlungen mit der Union gab es erstmals eine eigenständige Arbeitsgruppe Kultur und im Koalitionsvertrag setzte die SPD die meisten ihrer kulturpolitischen Anliegen durch.
- Es gelang im Bundestagswahlkampf die Mobilisierung erstaunlich vieler prominenter Unterstützerinnen und Unterstützer aus dem Kulturbereich, auf zahlreichen Veranstaltungen und Kundgebungen, durch die Unterzeichnung gezielter Aufrufe, besonders durch Testimonials und filmische Statements über das Internet, aber auch in Zeitungsanzeigen. Im bescheideneren Europawahlkampf konnten diese kulturellen Unterstützerstrukturen umfassend reaktiviert werden, so wurden prominente Stimmen aus der Kultur neben der Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Martin Schulz zu einem zentralen Wahlkampfelement.
- Der intensive kulturelle Zielgruppenwahlkampf von Oliver Scheytt, Mitglied des Kompetenzteams des Kanzlerkandidaten für Kultur, wurde möglich auf der Basis der Netzwerke des Kulturforums und der regionalen Kulturforen. Wochenlang fanden, in der Regionalpresse durchaus vielbeachtet, in ganz Deutschland – ob im Ruhrgebiet, in Bayern, im Saarland oder in Norddeutschland – kulturpolitische Veranstaltungen mit Scheytts „Roter Stuhl: Worte für den Wechsel“ statt, auf dem Kulturschaffende und Bürger in die YouTube-Kamera ihre Meinung sagen konnten.

Einige inhaltliche Merksätze des im Berichtszeitraum weitgehend mit Künstlerinnen, Künstlern und Kulturvertretern gemeinsam zuge-spitzten Kulturverständnisses seien zusammengefasst:

Für sozialdemokratische Kulturpolitik sind Kunst und Kultur vor allem ein Wert an sich. Künstlerische Freiheit, von der auch das Grundgesetz spricht, und kulturellen Eigenwert gilt es gerade jenseits unmittelbaren wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Nutzens zu bewahren.

Wir verstehen das Kulturelle als öffentliches Gut, was dreierlei meint: (1) eine bleibende staatliche Kulturverantwortung, Kulturetats dürfen keine Verfügungsmasse sein, um Haushaltslöcher zu stopfen; (2) die besondere Förderung von kulturellen Räumen, in denen Marktlogik nicht alles beherrscht; (3) das intelligente Zusammenspiel von Staat und Kulturinstitutionen mit den aktiven Kulturbürgern und mit privatwirtschaftlicher Initiative.

Wir treten ein für wirkliche kulturelle Vielfalt. Da gilt es gerade das Sperrige, Kritische und gerade nicht Mainstreamige und Marktgängige, ob künstlerische Avantgarde oder Soziokultur, zu ermöglichen. Es gilt bei aller Finanznot, unsere – vor allem kommunale – vielfältige kulturelle Infrastruktur zu bewahren und fortzuentwickeln. Und es geht gerade in unserer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft um eine Kultur der Anerkennung, die Integration, Toleranz und

gegenseitige Bereicherung mit gemeinsamen Werten und Regeln verbindet.

Kulturpolitik ist zudem eine wichtige Querschnittsaufgabe, denn indirekte Kulturförderung und Kulturverträglichkeit muss vielerorts stattfinden: von der Steuerpolitik über die soziale Absicherung oder die Stadtentwicklung bis hin zur auswärtigen Kulturpolitik.

Uns geht es besonders um die kulturelle Verteilungsgerechtigkeit, das Bürgerrecht Kultur, die kulturelle Teilhabe. Wir brauchen die „Kultur für alle“, um Ungleichheit, gesellschaftlicher Ausgrenzung und sozialer Spaltung entgegenzuwirken.

Seit jeher vertritt die Sozialdemokratie als Partei der Arbeit besonders die Interessen der zumeist „armen“ Künstlerinnen und Künstler: von der soziale Sicherung für Kulturschaffende bis hin zum Wert ihrer künstlerisch-kulturellen Arbeit.

Kunst und kreative Produkte sind auch Waren und Dienstleistungen. Es geht auch um Arbeitsplätze und Einkommen. Die Kreativwirtschaft ist mittlerweile ein relevanter Wirtschaftszweig. Doch hängen öffentliche Kulturförderung und das Wohl der Kreativwirtschaft eng zusammen. Kunsthochschulen, Musikakademien, Kulturpreise, Förderstipendien, Atelierprogramme usw. sind Voraussetzungen dafür, dass sich Kreativwirtschaft entfalten kann.

Die kulturpolitische Debatte war im Berichtszeitraum besonders mit zwei Problemlagen konfrontiert: Zum einen den Entstaatlichungs- und Effizienzideologien zu widersprechen. In Zeiten der Krise mancher Kommunalfinanzen, der „schwarzen Null“ und der Schuldenbremse setzte sich das Kulturforum dafür ein, dass kulturelle Vielfalt und Substanz erhalten bleiben, dass es nicht zum weiteren Abbau von Kulturinstitutionen und zum Ausverkauf kultureller Werte kommt. Zum anderen verändert die Digitalisierung fast alles und fordert unsere kulturpolitischen Grundsätze und die Grundwerte der SPD heraus. Die Aufgabe des Umganges mit der neuen technischen Revolution ist sicher größer als Kulturpolitik im engeren Sinne, stellt weitergehende Fragen der Beherrschung und Regulierung. Aber sie braucht nach Meinung des Kulturforums auch den kulturkritischen Blick und kulturpolitische Antworten: ein Urheberrecht, das in der digitalen Welt funktioniert, den erneuerten Schutz kultureller Vielfalt, die Unterstützung gerade des künstlerisch Authentischen, den Erhalt von Buchpreisbindung und reduziertem Mehrwertsteuersatz und intelligente Kombinationen aus neuer Technik und alten Kulturinhalten.

AUS DEN AKTIVITÄTEN DES BUNDESKULTURFORUMS 2013

bis 22. September (Bundestagswahl): Betreuung des Unterstützerbereiches Kultur in der Kampa 2013

25.-27. Januar: Beteiligung am 8. Lübecker Autorentreffen mit Günter Grass

5. Februar im WBH: Ausstellungseröffnung mit Wolfgang Thierse „Erzwungenes Finale – Ende der Vorstellung“

14. Februar im WBH: Beteiligung am 10. Filmabend zur Berlinale: Zaytoun von Evan Riklis

19. Februar im WBH mit Freundeskreis: „Das freie Wort 1933. Vom Ende der Pressefreiheit zum Terrorssystem.“

21. Februar im WBH, Buchhandlung: Buchvorstellung und Gespräch „Alternde Volksparteien“ mit Bettina Munimus, Franz Müntefering und Wolfgang Thierse

22. Februar im WBH: August-Bebel-Preisverleihung an Günter Wallraff mit Günter Grass, Sigmar Gabriel, Willi Winkler, Wolfgang Thierse

4. März, Kulturforum in Hannover: „Sozialdemokratische Kulturpolitik - Was ist das? Mit Beispielen aus 150 Jahren SPD“ mit Wolfgang Thierse, Wolfgang Schneider, Anja Kruke

15. März, Buchmesse Leipzig: Autorentreffen mit Peer Steinbrück

6. Mai im WBH, Buchhandlung: Buchvorstellung „Wolfgang Abend-roth und der ‚reale Sozialismus‘“ mit Wolfgang Thierse, Uli Schöler, Helga Grebing

- 6. Juni:** Mitwirkung am Unterstützer-Kulturfest für rot-grünen Politikwechsel in Berlin
- 7. Juni, Köln:** Öffentliche Veranstaltung „Zukunft des Buches? Kultur im digitalen Zeitalter“ mit Ranga Yogeshwar, Wolfgang Thierse, Oliver Scheytt u. a.
- 7.-9. Juni:** Jahrestreffen der regionalen Kulturforen in Köln „Kultur, Kunst und Politik am Beispiel Kölns – Zum kulturpolitischen Umgang mit Buch, kulturellem Erbe, Theater und bildender Kunst“
- 13. Juni im WBH:** „philosophy meets politics XIII“ mit Ulrich Beck, Peer Steinbrück, Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse: „Neue europäische Architektur und kosmopolitische Nation“
- 17. Juni:** Kulturforumtreffen München mit Julian Nida-Rümelin, Peer Steinbrück, Christian Ude und div. Kulturunterstützern
- 26. Juni im WBH:** „Willy Brandt und Günter Grass: Der Briefwechsel“, Buchvorstellung und Gespräch mit Günter Grass und Peer Steinbrück, Moderation: Wolfgang Thierse
- Mitte August:** Präsentation und Verteilung der satirischen Postkarte von Klaus Staeck „Glückwunsch Uli! Wir Steuern das schon.“ mit Merkel und Hoeneß
- 17./18. August, Berlin am Brandenburger Tor:** Deutschlandfest / 150 Jahre Sozialdemokratie: Aktionsbeginn roter Stuhl mit Oliver Scheytt: „Worte für den Wechsel“ – Bürgerinnen und Bürger schildern in YouTube-Videos ihre kulturpolitischen Erwartungen
- 26. August im Maxim-Gorki-Theater, Berlin:** „Zukunft gewinnen“ mit Harald Welzer, Gesche Joost, Oliver Scheytt u.a., ein notwendiges Gespräch über Kultur und Politik in der globalisierten, digitalisierten und individualisierten Welt
- 29. August im WBH, Buchhandlung:** Lesung und Gespräch „Staufenberg's Gefährten“ mit den Autoren Antje Vollmer, Lars-Broder Keil und mit Wolfgang Thierse
- 30. August:** Abschlussveranstaltung Kulturwahlkampf „Thierse trifft... Sie und viele andere“ in der Kulturbrauerei Berlin mit Wolfgang Thierse, Oliver Scheytt, Julian Nida-Rümelin, Klaus Staeck, Olaf Zimmermann, Gesche Joost, Michael Kumpfmüller, Franziska Sperr, Jens Sparschuh, Friedrich Dieckmann, Eva Menasse, Johano Strasser, Tilman Spengler u.a.
- 2. September in StÄV, Berlin:** Buchvorstellung „Was würde Bebel dazu sagen“ mit Hannelore Kraft, Günter Grass, Manfred Bissinger, Wolfgang Thierse
- 16. September im Podewil, Berlin:** öffentliche Veranstaltung gemeinsam mit dem Kulturforum der Stadt Berlin, kulturpolitische Grundsatzrede von Oliver Scheytt

2014

- bis 25. Mai (Europawahl):** Betreuung des Unterstützerbereiches Kultur in der Europakampa 2014
- 22. Januar, Saarbrücken:** Veranstaltung 20 Jahre Kulturforum Saarland „Wie geht es weiter mit der Kultur in der Großen Koalition?“ mit Anke Rehlinger, Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann
- 10. Februar im WBH:** Beteiligung am 11. Filmabend zur Berlinale: „Lauf, Junge, lauf“ von Pepe Danquart



Klaus Staeck, aktiver Kulturwahlkämpfer mit seiner Postkarte: „Glückwunsch Uli! Wir Steuern das schon.“ (Foto: Kornelia Danetzki)

- 21.-23. Februar:** Beteiligung am 9. Lübecker Autorentreffen mit Günter Grass
- 3. Mai: Martin Schulz und Tilman Spengler:** Kulturwahlkampf in Lübeck
- 5. Mai im WBH:** Diskussionsveranstaltung „Europäische Einheit in kultureller Vielfalt“ mit Nele Hertling, Olaf Schwencke, Wolfgang Thierse u.a.
- 9. Mai im Kampnagel, Hamburg:** öffentliche Veranstaltung „Wofür braucht der Mensch Musik?“ mit Wolfgang Thierse, Robert Leicht, Markus Fein, Björn Woll, Heiner Gembris u.a.
- 9.-11. Mai, Hamburg:** Jahrestreffen der regionalen Kulturforen in der „Musikstadt“ Hamburg mit Olaf Scholz, Barbara Kisseler, Wolfgang Thierse u.a.
- 3. Juli im WBH, Buchhandlung:** Buchvorstellung und Gespräch: „Nach der Europawahl: Perspektiven ds 1/14“ mit Helga Grebing, Gregor Fitz u.a.
- 4. September im WBH, Buchhandlung:** Buchvorstellung und Gespräch mit Monika Griefahn und Edda Rydzy „Natürlich wachsen | Erkundungen über Mensch, Natur und Wachstum aus kulturpolitischem Anlass“
- 8.-12. Oktober, Frankfurter Buchmesse:** Beteiligung am vorwärts-Stand, Autorengespräche, Moderationen, Rundgänge 11. Oktober, Halle/Saale: „Reisekulturen in Europa“, 11. Veranstaltung in der Reihe „Kultur in Europa“ des Kulturforums Sachsen-Anhalt
- 13. November im WBH, Buchhandlung:** Buchvorstellung und Gespräch mit Helga Grebing und B. K. Tragelehn: „Fritz Sternberg: Der Dichter und die Ratio“
- 15. Dezember im WBH:** „philosophy meets politics XIV“, „Eine humane Gesellschaft durch digitale Technologien?“ mit Evgeny Morozov, Thorsten Schäfer-Gümbel, Volker Gerhardt, Gesche Joost, Thymian Bussemer, Wolfgang Thierse



Verleihung des August-Bebel-Preises 2013 mit Ute Grass, Günter Grass, Günter Wallraff, Sigmar Gabriel (v.l.n.r.) (Foto: Dirk Bleicker)

AUS DEN PUBLIKATIONEN

- Klaus-Jürgen Scherer: Das Arbeiterlied als politisches Lied, in: NG/FH 5/2013.
- Klaus-Jürgen Scherer: Sozialdemokratie und Kulturpolitik. Eine historisch-programmatische Skizze, in: Perspektiven ds 1/13.
- Kulturbroschüre zur Bundestagswahl „Für eine neue Kulturpolitik! Kultur, Kunst und kreatives Schaffen stärken“, Juni 2013.
- Wahlaufrufe: Für einen Politikwechsel mit einer starken SPD! Kultur braucht den Politikwechsel! Sommer 2013.
- Ulrich Beck: Neue europäische Architektur und kosmopolitische Nation, Hg.: Julian Nida-Rümelin und Wolfgang Thierse mit Peer Steinbrück, philosophy meets politics XIII, Kultur in der Diskussion Band 18, Klartext Verlag, Essen August 2013.
- Manfred Bissinger/Wolfgang Thierse (Hg.): Was würde Bebel dazu sagen? Zur aktuellen Lage der Sozialdemokratie, Steidl Verlag Göttingen, September 2013.

- Rüdiger Fikentscher (Hg.): Integrationskulturen in Europa. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V., mdv Halle (Saale) 2013.
- Oliver Scheytt (Gespräch): Die SPD ist an den sozialen Problemen der KünstlerInnen näher dran, in: NG/FH 1-2/2014.
- Olaf Zimmermann/Gabriele Schulz: Kultur im Koalitionsvertrag, in: NG/FH 1-2/2014.
- Wahlaufruf: Europa steht vor einer Richtungsentscheidung!
- Rüdiger Fikentscher (Hg.): Lernkulturen in Europa. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V., mdv Halle (Saale) 2014.

- Wolfgang Thierse: Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik. Weitere Kulturimpulse des Vorstandes, Bundeskulturpolitik, in: Kulturnotizen #16, Berlin 2015.

INTERNET

- 14-tägiger Newsletter des Bundeskulturforums: www.kulturforen.de
- Kultur und Politik: www.kulturundpolitik.de

VORSTAND DES KULTURFORUMS DER SOZIALDEMOKRATIE

(BIS MAI 2014)

Vorsitzender

Dr. h.c. Wolfgang Thierse MdB (Bundestagsvizepräsident)

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin (Staatsminister a.D., Philosophisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München)

Siegmond Ehrmann MdB (Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion)

Mitglieder des Vorstands

Prof. Hans-Georg Bögner (Vorstand der Stiftung Kultur der Stadtsparkasse Köln)

Egmont Elschner (Regisseur, Kulturforum der Sozialdemokratie in Sachsen e.V.)

Carmen Emigholz (Staatsrätin für Kultur des Landes Bremen, Vorsitzende Kulturforum der Sozialdemokratie Bremen e.V.)

Manfred Geis MdL (kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz)

Monika Griefahn (Vorsitzende des Bundestagsausschusses Kultur und Medien a.D.)

Dr. Barbara Hendricks MdB (Schatzmeisterin der SPD)

Dr. Burkhard Jellonnek (Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie Saarland e.V., Leiter der Landeszentrale politische Bildung)

Brigitte Lange MdB (kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft)

Dr. Jan Turowski (Politikwissenschaftler und Kulturtheoretiker, Berlin/Nanjing China)

Kristina Volke (Kultur- und Kunstwissenschaftlerin, Kuratorin in der Kunstsammlung im Deutschen Bundestag)

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat Berlin)

(SEIT MAI 2014)

Vorsitzender

Dr. h.c. Wolfgang Thierse MdB (Bundestagsvizepräsident)

Stellvertretende Vorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel MdL (Stellvertretender Vorsitzender der SPD)

Siegmond Ehrmann MdB (Vorsitzender des Ausschusses Kultur und Medien des Deutschen Bundestages)

Mitglieder des Vorstands

Prof. Hans-Georg Bögner (Vorstand der Stiftung Kultur der Stadtsparkasse Köln)

Egmont Elschner (Regisseur, Kulturforum der Sozialdemokratie in Sachsen e.V.)

Carmen Emigholz (Staatsrätin für Kultur des Landes Bremen, Vorsitzende Kulturforum der Sozialdemokratie Bremen e.V.)

Manfred Geis MdL (kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz)

Dr. Burkhard Jellonnek (Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie Saarland e.V., Leiter der Landeszentrale politische Bildung)

Prof. Barbara Kisseler (Kultursenatorin Hamburg)

Brigitte Lange MdB (kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Hiltdrud Lotze MdB (Kulturwissenschaftlerin, Mitglied im Ausschuss Kultur und Medien)

Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft)

Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim)

Kristina Volke (Kultur- und Kunstwissenschaftlerin, Kuratorin in der Kunstsammlung im Deutschen Bundestag)

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat Berlin)

Geschäftsführer

Dr. Klaus-Jürgen Scherer

ZIELE SOZIALDEMOKRATISCHER VERKEHRSPOLITIK

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Sie ist verknüpft mit individueller Freiheit und sie ist ein wichtiger Bestandteil für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist zugleich eine wesentliche Triebfeder für die wirtschaftliche Entwicklung. Verkehr und die dazugehörige Infrastruktur bilden das Rückgrat des modernen Dienstleistungs- und Industriestandortes Deutschland. Die SPD hat klare verkehrspolitische Ziele: Politik muss die Voraussetzungen für eine nachhaltige – d.h. ökonomisch effiziente, umweltfreundliche und bezahlbare – Mobilität schaffen. Dies bedarf einer bedarfsgerechten Infrastruktur und einer besseren Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Der Gesprächskreis ist diesen Zielen inhaltlich verpflichtet

und legte für das Regierungsprogramm 2013 ein Papier „Mobilität von morgen“ vor.

KERNAUFGABEN SOZIALDEMOKRATISCHER VERKEHRSPOLITIK

Der Gesprächskreis identifizierte Kernaufgaben einer sozialdemokratischen Verkehrspolitik im Dialog mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden. Daraus entwickelte er einen Forderungskatalog, behandelt wurden dabei u.a. folgende Themen: Verkehr als ge-

**GESPRÄCHSKREIS
VERKEHR UND
MOBILITÄT**

sellschaftspolitisches Thema und als Element der Daseinsvorsorge, Klima- und Umweltschutz, demografischer Wandel, barrierefreie Mobilität, Veränderung des Mobilitätsverhaltens, Lärmschutz, Verkehrssicherheit, zunehmender Güterverkehr, Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

In den Sitzungen erarbeitete der Gesprächskreis ein Konsenspapier. Das Papier machte deutlich, dass eine konsensuelle Verkehrspolitik möglich ist, auch wenn nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinter jeder Formulierung standen. Mit der Veröffentlichung des Papiers, das eine der verkehrspolitischen Grundlage für das Regierungsprogramm 2013 bildete, beendete der Gesprächskreis seine Arbeit.

INHALTE SOZIALDEMOKRATISCHER VERKEHRSPOLITIK

Eine nachhaltige Mobilität der Zukunft beinhaltet eine ganzheitliche Verkehrspolitik aller Verkehrsträger, die zugleich Lösungen für ländliche und urbane Regionen aufzeigt. Technische und soziale Innovationen sollen eine umweltfreundliche, verkehrssichere, leise und bezahlbare Mobilität ermöglichen.

Der Erhalt der Infrastruktur ist ein grundlegendes Ziel und hat Vorrang vor Aus- und Neubau. Dazu bedarf umfassender Transparenz, die durch einen alle zwei Jahre von der Bundesregierung vorzulegenden Verkehrsinfrastrukturbericht über Zustand, Bedarf und Investitionswirkung hergestellt werden kann.

Verkehrspolitik muss Wettbewerbsfähigkeit fördern und den Industriestandort Deutschland attraktiv halten. Um einen nachhaltigen Güterverkehr zu erreichen, muss der von der SPD entwickelte Masterplan „Güterverkehr und Logistik“ fortgeschrieben werden. Der öffentliche Verkehr muss zu einem einheitlichen und benutzerfreundlichen System mit Deutschland-Takt ausgebaut werden.

Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm müssen verstärkt umgesetzt werden. Dies erfordert unter anderem den Bau von lärmarmen Fahrbahnoberflächen, alternative Antriebstechnologien, die Umrüstung von Eisenbahngüterwagen, den Ausbau der Lärmwirkungsforschung in Deutschland sowie einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr.

Die Bundesverkehrswegeplanung muss zu einer Bundesverkehrsnetzplanung umgebaut werden mit Schwerpunkt auf überregional bedeutsame Projekte mit hohem Nutzen für den Verkehr. Die Haushaltsmittel müssen erhöht werden mit überjähriger Mittelbereitstellung sowie einer Zweckbindung der Investitionsmittel. Im Fokus steht eine Finanzierung durch ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen. Für die Erschließung der Fläche müssen weiterhin 20 Prozent der Investitionsmittel des Verkehrsetats für den Neu- und Ausbau zur Verfügung stehen.

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREISES VERKEHR UND MOBILITÄT

Vorsitzender

Florian Pronold MdB (Parlamentarischer Staatssekretär SPD-Bundestagsfraktion)

Mitglieder

Dirk Bartel

Sören Bartol MdB

Prof. Dr. Herbert Baum (Universität Köln)

Uwe Beckmeyer MdB

D. Monica Berg (Leiterin des ADAC Berlin)

Kurt Bodewig (Präsident des Deutschen Verkehrswacht e.V.)

René Bormann (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Ismail Ertug MdEP

Dr. Peter Fischer (Präsident des Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.)

Knut Wilhelm Fleckenstein MdEP

Dirk Flege (Geschäftsführer des Allianz pro Schiene e.V.)

Christian Gaebler (Staatssekretär der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin)

Stefan Gerwens (Geschäftsführer des Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.)

Dr. Sabine Groner-Weber (Arbeitsdirektorin der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH)

Michael Groß MdB

Jürgen Häfner

Thomas Hailer (Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums e.V.)

Prof. Dr. Helmut Holzapfel (Universität Kassel)

Frank Horch (Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation in Hamburg)

Marion Jungbluth (DGB Bundesvorstand)

Folkert Kiepe (Deutscher Städtetag, Köln)

Alexander Kirchner (Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft)

Matthias Knobloch (Abteilungsleiter des Auto Club Europa e.V., Berlin)

Herbert König (Münchner Verkehrsgesellschaft mbH)

Hans Leister (Geschäftsführer der Keolis Deutschland GmbH & Co. KG)

Dr. Kay Lindemann (Geschäftsführer des Verband der Automobilindustrie e.V.)

Kirsten Lüthmann MdB

Rolf Lutzke (Geschäftsführer der Transmit, Gesellschaft für Mitbestimmung, Bildung und Beratung mbH)

Ekhart Maatz (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen)

Ralf Mattes (AUDI AG)

Richard Mergner (Landesbeauftragter des Bund Naturschutz in Bayern e.V.)

Peter Meyer (Präsident des ADAC München)

Peter Mosch (Gesamtbetriebsratsvorsitzender der AUDI AG)

Michael Müller (Regierender Bürgermeister von Berlin)

Wolfgang Rose (Präsident des Auto Club Europa e.V.)

Prof. Dr. Werner Rothengatter (Institut für Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik)

Volker Schlotmann

Wiebke Schönhoff (Oberregierungsrätin der Landesvertretung NRW)

Daniel Schüle (Geschäftsführer des Deutschen Verkehrswachts e.V.)

Janine Seemann

Dr. Manfred Sternberg (Geschäftsführer des Bundes-SGK e.V.)

Ulrich Syberg (Bundesvorsitzender des Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V.)

Jörg Vogelsänger (Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft in Brandenburg)

Michael von der Mühlen (Staatssekretär Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung in NRW)

Matthias von Randow (Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft)

Prof. Dr. Hubert Weiger (Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.)

Matthias Wissmann (Präsident des Verbandes der Automobilindustrie e.V.)

Michael Ziesak (Bundesvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland e.V.)

Brigitte Deja (SPD-Bundestagsfraktion)

Hermann Zimmermann (Referent für Verkehrspolitik und Mobilität im SPD-Parteivorstand)

Ralf Bammerlin (SPD-Bundestagsfraktion)

Die Nutzerfinanzierung muss ökonomisch und sozialverträglich fortentwickelt werden. Dabei müssen Anreize zum Umweltschutz sowie zu einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Bahn und Schiff gesetzt werden. Alle Verursacher von Kosten müssen stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Mitglieder des Forums Ländliche Räume setzten sich zum Ziel, in allen Politikbereichen innovative Ansätze und Konzepte zu entwickeln, um den demografischen Wandel insbesondere in ländlichen Räumen zukunftsfähig zu gestalten und damit zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland beizutragen.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die Wahrnehmung, dass sich die Entwicklung hauptsächlich auf Metropolregionen und Kernstädte konzentriert, ländliche Räume dagegen zunehmend von der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung abgekoppelt würden. Damit verschärfe sich nicht nur der ohnehin durch Überalterung und Abwanderung gekennzeichnete demografische Wandel. Auch die Aufrechterhaltung einer umfassenden öffentlichen Daseinsvorsorge vor allem in ländlichen Räumen gestalte sich immer schwieriger.

Die thematischen Schwerpunkte des Forums konzentrierten sich auf die Erhaltung und Entwicklung der (Land-)Wirtschaft, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Entwicklung der Infrastruktur, die Erhaltung von Mobilität, die Anpassung von Landesentwicklungszielen und -planungen sowie die Stärkung der eigenständigen regionalen Entwicklung.

Das Forum versteht sich als Netzwerk, das neben der Erarbeitung von programmatischen Grundlagen den Wissenstransfer organisiert. Diesem Ziel dient auch die Mitarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus den SPD-Landesverbänden.

Bildung ist zentrales Element des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens. Menschen sollen die gleichen Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg und damit auf Teilhabe am wachsenden Wohlstand bekommen. Sozial wie ökonomisch ist Bildung damit eine der entscheidenden Fragen unserer Zeit. In diesem Sinne wurde die bewährte Arbeit des Gesprächskreises Bildung fortgesetzt, der sich seit 2014 als Forum Bildung neu konstituiert hat. Ziel war es, die programmatische Debatte der SPD im Bildungsbereich voranzubringen und den Austausch aller wichtigen bildungspolitischen Akteure innerhalb der SPD sowie mit weiteren Kooperationspartnerinnen und -partnern zu organisieren.

Die Leitung sowohl des Gesprächskreises als auch des Forums Bildung lag bei Doris Ahnen, Mitglied im SPD-Parteivorstand und Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur in Rheinland Pfalz. Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Verbänden, der Studierenden, Schüler und Eltern waren eingeladen, ihren bildungspolitischen Sachverstand einzubringen. Mit der Erweiterung zum Forum Bildung wurden regelmäßig auch alle Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister für Bildung in den Ländern sowie deren Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD in den Landtagen eingeladen.

Wichtig ist, dass Verkehrsprojekte von den Menschen akzeptiert werden. Bürgerinnen und Bürger müssen stärker als bisher bei Infrastrukturvorhaben beteiligt werden. Darüber hinaus brauchen Städte und Gemeinden Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung des Bundes.

MITGLIEDER DES FORUMS LÄNDLICHE RÄUME

Leitung

Katrin Budde MdL

Petra Crone MdB

Ute Vogt MdB

Mitglieder

Willi Brase MdB

René Bormann

Bernhard Daldrup MdB

Jochen Dettmer

Philipp Fink

André Gärber

Alexander Götz

Wilhelm Priesmeier MdB

Fritz Schumann

Lutz Scherling

Stefan Zwill

sowie Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Landesverbände

FORUM
LÄNDLICHE
RÄUME

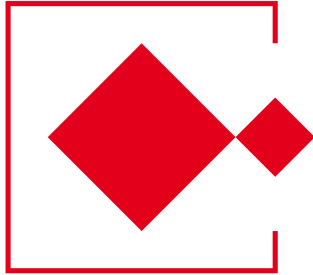
GESPRÄCHSKREIS
BILDUNG /
FORUM BILDUNG

Im Bundestagswahlkampf 2013 erarbeitete der Gesprächskreis Bildung ein Thesenpapier mit dem Titel „Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit – Was Bildungspolitik jetzt leisten muss!“. Das Papier diente der gemeinsamen Kommunikation und Argumentation der bildungspolitischen Ziele auf allen Ebenen. Es wurde durch eine umfangreiche Datensammlung für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer ergänzt. Auf Initiative des Gesprächskreises Bildung lud der SPD-Parteivorstand am 26.

August 2013 zu einer gut besuchten Konferenz „Gleiche Chancen für alle – eine gerechte Bildungspolitik für unser Land“ nach Offenburg ein.

Im Mittelpunkt der Sitzungen des Forums Bildung im Jahr 2014 standen das Verhältnis von akademischer und beruflicher Bildung sowie die zukünftigen Entwicklungen im Bereich der digitalen Bildung. Nach Einführungen durch renommierte externe Expertinnen und Experten nutzten die Mitglieder des Forums die Gelegenheit für einen intensiven Austausch. Diese Diskussionen fanden zunächst ergebnisoffen statt. Sie sollten die Möglichkeit bieten, einzelne Aspekte herauszufiltern, die für eine weitere programmatische Debatte der SPD relevant waren. Dieses Format soll auch in 2015 fortgesetzt werden, um die Ergebnisse anschließend in die Diskussion um ein Regierungsprogramm 2017 einfließen lassen zu können.

**WISSENSCHAFTS-
FORUM
DER SOZIAL-
DEMOKRATIE**



Das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie ist die Plattform der SPD für den strategischen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Forschung und Hochschulen. Seit 1990 beschäftigt sich das Forum mit wissenschafts-, technologie- und hochschulpolitischen Fragen und nationalen wie auch internationalen Handlungsperspektiven.

Die verstärkte Kommunikation sozialdemokratischer Positionen und die Intensivierung des wissenschaftspolitischen Austausches standen im Mittelpunkt der Arbeit des Forums mit Blick auf die Bundestagswahl 2013. Dies gilt aber auch seitdem für die Zeit der Großen Koalition. Die SPD sollte als eigenständiger und gestaltender Akteur erkennbar und wahrnehmbar sein. Dazu wurde verstärkt in eine Fachöffentlichkeit gewirkt und der Versuch unternommen, wesentliche Vertreterinnen und Vertreter aus Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen, Gewerkschaften sowie der Bundes- und Landespolitik zusammenzubringen.

„Neue Aufbrüche in der Wissenschaft ermöglichen“ war die Überschrift des Aufrufes,

den das Wissenschaftsforum zur Bundestagswahl veröffentlichte. Mehr als 150 prominente Unterstützerinnen und Unterstützer aus Wissenschaft und Politik unterzeichneten ihn. Der Aufruf machte deutlich, dass eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft und engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Motor für Aufbrüche, Ideengeber für Innovationen und ein kritischer Spiegel für unsere Gesellschaft sind.

Das Wissenschaftsforum ist weiterhin auf zwei Ebenen organisiert. Das bundesweite Forum beim SPD-Parteivorstand dient im Wesentlichen als Plattform insbesondere für den wissenschaftspolitischen Austausch und die Vernetzung der innerparteilichen Akteure. In den regionalen Foren werden mit öffentlichen Veranstaltungen und anderen Formaten verschiedene Themen aufgegriffen und es wird die Vernetzung mit regionalen Akteuren des Wissenschaftssystems organisiert. Dabei werden sowohl Mitglieder der SPD wie auch Menschen darüber hinaus angesprochen. 2014 fand erstmals seit einigen Jahren wieder ein Jahrestreffen der regionalen Foren statt, diesmal in Jena. Dabei wurde vereinbart, diesen Austausch auch in den folgenden Jahren fortzusetzen und insgesamt zu intensivieren.

Im Jahr 2015 feiert das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie sein 25-jähriges Bestehen. Dieses soll im Rahmen einer Konferenz begangen werden, mit der auf die Erfolge der vergangenen 25 Jahre sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik zurückgeblickt wird und auch die Herausforderungen für die Zukunft aufgegriffen werden sollen.

**FORUM
METROPOL-
POLITIK**

Ausgehend von der Überzeugung, dass die Beschäftigung mit der Zukunft der großen Städte und Metropolregionen in Deutschland eine der zentralen Aufgaben der SPD als führender Großstadtpartei ist, setzte sich das Forum Metro-

polenpolitik unter der Leitung des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß zum Ziel, eine sozialdemokratische Strategie für eine nachhaltige Politik für Großstädte und Metropolregionen in der Bundesrepublik zu erarbeiten. Sie knüpfte dabei ausdrücklich an die Arbeit der Metropolkommission unter der Leitung von Klaus Wowereit an, die 2009 ein Grundlagenpapier zur Zukunft der großen Städte vorgelegt hatte.

Das Forum vertritt die Auffassung, dass Großstädte und Metropolregionen als Seismografen für die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland fungieren und zugleich Motoren für technologische und soziale Innovationen sind. Die Beratungen des Forums konzentrierten sich auf das Wachstum der meisten Großstädte und die ungebrochene Attraktivität großstädtischer Räume. Die Großstädte stehen dabei vor der Aufgabe, ihr Wachstum mit einer hohen Lebensqua-

MITGLIEDER DES FORUMS METROPOLPOLITIK

Leitung
Jan Stöß

Mitglieder

- Gunther Adler** (Staatsekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)
- Prof. Dr. Jürgen Aring** (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung)
- Frank Baranowski** (Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen)
- Frank Bielka** (Baugenossenschaft Ideal e.G.)
- Jutta Blankau** (Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt a.D. in Hamburg)
- Jens Böhrnsen** (Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen a.D.)
- René Bormann** (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Anke Brummer-Kohler** (Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnen im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)
- Norbert Bude** (Vorsitzender der Bundes-SGK)
- Bernhard Daldrup MdB** (kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
- Helmut Dedy** (stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags)
- Peter Feldmann** (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt)
- Thomas Geisel** (Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf)
- Ephraim Gothe** (Berlin)
- Michael Groß MdB** (wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
- Volker Härtig** (SPD Berlin)
- Metin Hakverdi MdB**
- Bettina Harms-Goldt** (Analyse und Konzepte)
- Dr. Jürgen Heyer** (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung)
- Burkhard Jung** (Oberbürgermeister der Stadt Leipzig)
- Kevin Kühnert** (Jusos Berlin)
- Peter Kurz** (Oberbürgermeister der Stadt Mannheim)
- Ulrich Maly** (Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetags)
- Reinhard Paß** (Oberbürgermeister der Stadt Essen)
- Jürgen Roters** (Oberbürgermeister der Stadt Köln)
- Stefan Schostok** (Oberbürgermeister der Stadt Hannover)
- Lukas Siebenkotten** (Direktor des Deutschen Mieterbundes)
- Ullrich Sierau** (Oberbürgermeister der Stadt Dortmund)
- Manfred Sternberg** (Geschäftsführer der Bundes-SGK)
- Nicole Zeuner** (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Martin zur Nedden** (Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik)

lität für die Bewohnerinnen und Bewohner zu verbinden und sich zugleich als wettbewerbsfähige und innovative Metropolen zu profilieren.

Angesichts der großen Herausforderungen wie Digitalisierung, internationale Standortkonkurrenz, Neubau dringend benötigter be-

zahlbarer Wohnungen, neue Mobilitätsanforderungen, gewachsene Ansprüche an Klimaschutz und Energiewende, Integration und Inklusion steht das Forum Metropolenpolitik für eine Politik, die inhaltlich-programmatische Impulse und dabei gleichzeitig die Sicherung der sozialdemokratischen Mehrheitsfähigkeit in den Großstädten in den Blick nimmt.

Das Forum Eine Welt, das seit 1996 auf Bundes- und Landesebene besteht, hat auch im Zeitraum 2013 und 2014 regelmäßig zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit getagt. Unter der Vorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie den Stellvertretern und Stellvertreterinnen Dr. Reinhard Hermle, der entwicklungspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Bärbel Kofler, dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen und Bärbel Dieckmann hat das Forum auf seiner Klausur im Juni 2014 beschlossen, Arbeitsgruppen zur inhaltlichen Vertiefung seiner Arbeit einzurichten. Seither finden neben den Sitzungen des Forums auf Bundes- und Landesebene regelmäßige Treffen der AG „Klimawandel und Entwicklung“, der AG „Gute Arbeit weltweit!“ sowie der AG „Zivile Krisenprävention“ statt. Die Arbeitsgruppen bereichern die Arbeit des Forums u.a. durch die Entwicklung von Positionspapieren.

Ein wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt des Forums Eine Welt lag in den Jahren 2013 und 2014 auf der globalen Nachhaltigkeitsagenda. Mit Blick auf das sich abzeichnende Auslaufen der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2015 und unter dem Umstand, dass diese Ziele nur teilweise erreicht werden konnten, gewann die Debatte über eine nötige Post-2015-Agenda an Wichtigkeit. Für die Erarbeitung nachhaltiger Entwicklungsziele hatten die Vereinten Nationen eine Wegstrecke definiert, an deren Ende im Jahr 2015 eine globale Einigung stehen sollte. Das Forum Eine Welt befasste sich daher intensiv mit den Entwicklungszielen. Außerdem richtete es den Blick auf weitere Themen, die im „entwicklungspolitischen Jahr 2015“ ebenfalls einen prominenten Platz auf der globalen Agenda bekommen sollten. Ein Beispiel dafür waren die Frage nach den Auswirkungen des Klimawandels auf Entwicklungsländer sowie die Her-

ausforderungen, die ein neues globales Klimaabkommen aufgreifen müsste.

Nach dem Einsturz der Textilfabrik „Rana Plaza“ in Bangladesch, bei dem am 23. April 2013 mehr als 1.100 Menschen starben, richtete sich die weltweite Aufmerksamkeit auf den Aspekt nachhaltiger Liefer- und Produktionsketten. Das Forum Eine Welt hatte sich bereits in früheren Jahren intensiv mit diesen Themen befasst und griff die aktuelle Debatte erneut auf. Dabei setzte es sich auch verstärkt mit der Frage auseinander, wie man die soziale Dimension der Globalisierung im Sinne der „Decent Work Agenda“ gezielt stärken könne.

Auch die erwarteten Auswirkungen eines transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf die Länder des politischen Südens sowie die positiven Effekte einer Finanztransaktionssteuer waren Thema. Die Debatten wurden regelmäßig in Forumsbeschlüsse und aktuelle Pressemitteilungen umgesetzt.



FORUM
EINE WELT

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES EHEMALIGER POLITISCHER HÄFTLINGE IN DER SBZ/DDR

Horst Becker
Brigitta Behrens
Thea Berger
Erni Christa Bernhardt
Rolf Böhlend
Hermann Börner
Jutta Busch
Siegfried Bütow
Heinz Daniel Danisch
Heini Fritsche
Johann Froemel
Gerhard Geiß
Hans-Dieter Glassl
Wolfgang Göbel
Reinhard Golde
Anita Goßler
Hans Hargesheimer
Christoph Haring
Werner Härtel
Kurt Hennig
Horst Hennig
Oswald Herrmann
Peter Heubach
Lutz Hesse

Manfred Hildebrandt
Klaus Hirschfeld
Irmgard Jeglinski
Gunther Junkert
Carlfriedrich Karg
Gerhard Kausch
Lydia Keil
Joachim Kinski
Ulrich Kirmse
Harald Knaußt
Sonja Koch
Klaus Kolditz
Horst Kunze
Dr. Rolf Kranz
Stefan Lehmann
Gertraud Lehmann
Horst Lison
Renate Loest
Heinz Malz
Ingeborg Malz
Karl Möller
Erhard Neubert
Margot Neumann
Joachim Orłowski

Michael Otter
Lothar Otter
Karin Pahling
Helmut Pfeiffer
Theo Pohl
Heinz Richter
Luise Rieke-Prinz
Cornelia Rosenek-Müller
Otto Rungwerth
Horst Schackert
Helmut Scheidt
Gisela Schlierf
Heinz-Joachim Schmidtchen
Bernhard Schneyer
Helmut Stelling
Günter Teichmüller
Inga Vorsatz
Bernhardine Wagner
Klaus Wensicke
Hans-Joachim Wolf
Fritz Zabel
Werner Zschachlitz

ARBEITSKREIS
EHEMALIGER
POLITISCHER
HÄFTLINGE
IN DER SBZ/DDR

Aufgabe des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SBZ/DDR ist es, an die Geschichte der Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Ostdeutschland zu erinnern und diese aufzuarbeiten. Die Weitergabe dieses Wissens an die nachfolgende Generation erfolgte im Berichtszeitraum in erster Linie über Zeitzeugengespräche, besonders verstärkt im Zusammenhang mit den Aktivitäten zum 150-jährigen Jubiläum der SPD, wozu die Mitglieder des Arbeitskreises gerne zur Verfügung standen. Die Koordination der Arbeit des Arbeitskreises erfolgte im Berichtszeitraum durch Lothar Otter.

GESPRÄCHSKREIS
JUGEND

Der einstige „Gesprächskreis Jugend und Familie“ nahm, nach Unterbrechung im Bundestagswahljahr 2013, im Juni 2014 als „Gesprächskreis Jugend“ seine Arbeit in teilweise neuer Besetzung und unter Leitung von Sascha Vogt wieder auf.

Der Gesprächskreis sieht seine Rolle vor dem Hintergrund der SPD-Regierungsbeteiligung als Ort der Vernetzung mit Ländern und Verbänden, der Begleitung des Regierungshandelns und der Entwicklung von Ideen und

Projekten über die laufende Legislaturperiode hinaus. Grundlage dafür bleibt der umfassende jugendpolitische Beschluss des SPD-Parteikonventes vom Juni 2012 „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“.

Für die konzeptionelle Arbeit im Zeitraum 2014 bis 2015 wählte der Gesprächskreis das Schwerpunktthema „Zeitautonomie für Jugendliche“. Hiermit knüpfte er an den gesellschaftlichen Trend, immer

mehr Zeit im Tagesablauf junger Menschen zu verplanen, an und damit auch an bestehende Diskurse in den Jugendverbänden. Hierzu vereinbarte der Gesprächskreis einen Arbeitsprozess mit dem Ziel, zum ordentlichen Bundesparteitag 2015 einen entsprechenden Antrag vorzulegen. Dieser Prozess begann 2014 mit zwei Arbeitssitzungen des Gesprächskreises im Willy-Brandt-Haus.

Im Dezember 2014 trafen sich die fachlich interessierten Mitglieder auf Einladung der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme zu einem Workshop im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, um aktuelle jugendarbeitsmarktpolitische Themen zu erörtern – unter anderem die Unter-18-Regelung beim Mindestlohn, die Allianz für Aus- und Weiterbildung, die Reform des Berufsbildungsgesetzes und weitere.

Die konzeptionelle Arbeit zum Thema Zeitautonomie wurde 2015 unter anderem mit zwei Expertenanhörungen zu den wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkten (Schule, Hochschule, Jugendfreiwilligendienste, Ausbildung und Beruf, Digitales, kommunale Infrastruktur) fortgesetzt und in einem Positionspapier ausgeführt.

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREISES JUGEND

Leitung

Sascha Vogt (Mitglied des SPD-Parteivorstandes)

Mitglieder

Immanuel Benz (Bundesvorsitzender der SJD – Die Falken)

Sandra Böhme (Bundesvorsitzende der Deutschen Schreberjugend)

Julia Böhnke (Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB)

Norbert Born (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt)

Philipp Breder (Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen)

Ali Candemir (DIDF-Jugend)

Patrick Dahlemann (Sprecher Jugendkultur der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern)

Mazlum Dogan (Bundesvorsitzender des Bundes der Alevitischen Jugend in Deutschland)

Björn Eggert (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Referent bei der Naturfreundejugend)

Janina Fiehn (Bundesgeschäftsführerin des Bundes der Alevitischen Jugend in Deutschland)

Linus Förster (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern)

Immacolata Glosemeyer (jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen)

Lisa Gnadt (jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Hessen)

Stephan Groschwitz (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.)

Thomas Günther (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg)

Florian Hagenmiller (Abteilungsleiter Jugend und Jugendpolitik beim DGB, Bundesjugendsekretär)

Henning Homann (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Sachsen)

Wolfgang Jörg (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen)

Rebekka Kemmler-Mueller (Referentin Jugendpolitik/Hauptstadtbüro Deutsche Sportjugend)

Peter Klausch (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe)

Tobias Köck (stellv. Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings / Solidaritätsjugend)

Diana Lehmann (jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Thüringen)

Melanie Leonhard (jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg)

Julia Maas (Bundesgeschäftsführerin der Jusos)

Lisi Maier (Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Bund der deutschen katholischen Jugend)

Caren Marks MdB (Parl. Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Boris Mikloss (Bundesjugendleiter der Johanniter Jugend)

Klaus Möhle (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen)

Ralf Mucha (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern)

Benedikt Oster (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz)

Marcel Päßler (Bundesvorsitzender der Soli Jugend – Solidaritätsjugend Deutschlands)

Carola Reimann MdB (Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion)

Sönke Rix MdB (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

Stefan Schwartze MdB (Berichterstatte Jugendpolitik der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Jan Sörnsen (Geschäftsführer des AWO-Bundesjugendwerk)

Svenja Stadler MdB (Sprecherin bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion)

Sebastian Thul (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Saarland)

Josephin Tischner (Bundesvorsitzende der SJD – Die Falken)

Johanna Uekermann (Bundesvorsitzende der Jusos)

Tobias von Pein (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein)

Klaus Wagner (Referent für Jugendsozialarbeit des AWO Bundesverbandes)

Florian Wahl (jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg)

Miriam Wolters (stellv. Vorsitzende der Deutschen Schreberjugend)

Der Gesprächskreis Menschenrechte beim SPD-Parteivorstand tagt seit dem Jahr 2006 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin. Seit 2013 wird die Arbeit des Gesprächskreises außerdem durch den stellvertretenden Vorsitzenden Christoph Strässer MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, unterstützt. Im Gesprächskreis versammeln sich regelmäßig die relevanten Akteure der Menschenrechtspolitik aus Bundestag, Landesparlamenten, Ministerien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften, Kirchen und der Wissenschaft, um Menschenrechtsthemen zu diskutieren, Handlungsbedarfe zu identifizieren und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Der Gesprächskreis bearbeitete auch im Zeitraum 2013 bis 2014 eine große Bandbreite an Fragen der Menschenrechtspolitik. Dabei standen Themen auf der Tagesordnung wie das Individualbeschwerdeverfahren bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten oder das Vorhaben, auch die Rechte von älteren Menschen als besonders schutzbedürftig über eine eigene UN-Konvention zu sichern.

Darüber hinaus beriet der Gesprächskreis erforderliche Schritte zur Verhinderung von Folter oder die Frage, wie der Aufbau nationaler und regionaler Frühwarnsysteme für Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der „Responsibility to Protect“ (Internationale Schutzverantwortung) gelingen kann. Die regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in Deutschland durch den UN-Menschenrechtsrat und die rechtliche Situation des Deutschen Instituts für Menschenrechte wurden ebenfalls im Gesprächskreis vertieft dis-

Nach der Beschäftigung mit den Themenkomplexen „Zukunft der Stadtentwicklungspolitik“ und „Bezahlbarkeit des Wohnens“ stellten die Mitglieder des Gesprächskreises Wohnungsbau und Stadtentwicklung unter der Leitung von Florian Pronold im Berichtszeitraum das Thema „Demografischer Wandel und Kommunen“ in den Mittelpunkt ihrer Beratungen. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Auswirkungen des demografischen Wandels in den Kommunen und die politisch notwendigen Schwerpunktsetzungen auf der jeweiligen föderalen Ebene. Die Mitglieder des Gesprächskreises plädierten dafür, den demografischen Wandel als Querschnittsthema in die Beratungen zum Regierungsprogramm aufzunehmen, denn der kluge Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels sei Voraussetzung für eine zukunftsweisende Politik, die Innovationen mit sozialem Zusammenhalt verbinde.

Alle drei Themen wurden in die Beratungen zur Verabschiedung des Regierungsprogramms eingebracht. Die Zukunft der Städtebauförderung des Bundes und der Länder wurde vor allem in der Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“ als einem strategischen Leitprogramm im Rahmen einer integrierten und sozialen Stadtentwicklungspolitik identifiziert. Die zukünftige Ausrichtung der Wohnungspolitik müsse der Differenziertheit der regionalen Wohnungsmärkte wirkungsvoll begegnen. Dabei komme es vor allem auf die Sicherung der Wohnraumversorgung auch für Menschen mit

geringen Einkommen in Ballungsräumen und auf angespannten Wohnungsmärkten an. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen, etwa der Mietpreisbremse, müsse auch der Neubau von Wohnungen angekurbelt werden.

Die Arbeit des Gesprächskreises fand ihren Abschluss in der Diskussion über die wahlprogrammatischen Aussagen der SPD im Rahmen eines Verbändegesprächs im Frühsommer 2013.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit des Gesprächskreises bildete das Thema Flüchtlingspolitik. Zum einen ist die Situation von Flüchtlingen seit jeher eines der zentralen Themen des Gremiums. Zum anderen verschärfte sich im Berichtszeitraum – vor allem nach einem Flüchtlingsdrama vor Lampedusa im Oktober 2013 mit fast 400 Toten – die politische Debatte in der Bundesrepublik. Intensive Diskussionen gab es mit Aydan Özoğuz, der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, sowie mit Ralf Stegner, ebenfalls stellvertretender SPD-Parteivorsitzender und Vorsitzender der AG Flüchtlingspolitik beim SPD-Parteivorstand. Verschiedene Aspekte der Flüchtlingspolitik – z.B. die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge oder die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Deutschland – wurden intensiv beraten. In diesem Zusammenhang setzte sich der Gesprächskreis auch detailliert mit dem im November 2014 verabschiedeten Aktionsprogramm des SPD-Parteivorstands zur Flüchtlingspolitik auseinander.

GESPRÄCHSKREIS MENSCHENRECHTE

GESPRÄCHSKREIS WOHNUNGSBAU UND STADT- ENTWICKLUNG

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREISES WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG

Vorsitzender
Florian Pronold MdB

Mitglieder
Sören Bartol MdB
Sabine Bätzing-Lichtenthäler MdB
Klaus J. Beckmann
Lutz Freitag
Michael Groß MdB
Michael Halstenberg
Bettina Harms-Goldt
Gesine Kort-Weier
Dr. Holger Krawinkel
Ulrike Mascher

Ingrid Matthäus-Maier
Ulrich Pfeiffer
Peter Rohland
Bernd Scheelen MdB
Lukas Siebenkotten
Dr. Manfred Sternberg
Anna Stratmann
Susanne Tatje (Gast)
Reinhard Thies
Jörg Vogelsänger
Joachim Wege
Klaus Wiesehergel
Martin zur Nedden

GEWERKSCHAFTS- RAT

Der Gewerkschaftsrat wurde 1968 gegründet. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, den Spitzen der Einzelgewerkschaften mit SPD-Parteibuch, der SPD-Parteispitze und dem AfA-Vorsitzenden zusammen. Der Gewerkschaftsrat ist ein politisches Beratungsgremium.

Im Berichtszeitraum fanden drei Sitzungen statt. Diese dienten der Vorbereitung der Bundestagswahl und der Diskussion um die Inhalte des Regierungsprogramms sowie der Information über die Koalitionsverhandlungen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen neben organisationspolitischen Fragen die Themen: gute Arbeit, sichere Renten und das soziale Europa.

SENIORENRAT DER SPD

Im Jahr 1973 schlug Willy Brandt dem Hannoveraner Bundesparteitag die Gründung eines Seniorenrats vor, der sich im Jahr 1974 unter dem Vorsitz von Carlo Schmid konstituierte.

So standen die Jahre 2013 und 2014 auch im Zeichen des 40-jährigen Bestehens, dessen im Rahmen einer Jubiläumssitzung im September 2014 gedacht wurde. Der Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand Prof. Dr. Bernd Faulenbach

zeichnete aus diesem Anlass die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in den vergangenen vier Jahrzehnten nach. Karl Ravens, der aktiv am Parteitag 1973 teilnahm, berichtete über seine Erinnerungen an die Gründung des Seniorenrats.

Inhaltlich wurde die Arbeit des Seniorenrats vor allem durch das Thema „Altersgrenzen jenseits des regulären Berufslebens“ bestimmt. Starre Altersgrenzen behindern häufig das gesellschaftlich-soziale Engagement von Menschen, die aufgrund ihres Alters aus dem regulären Berufsleben ausgeschieden sind. Der Seniorenrat hat das Thema bereits in mehreren Sitzungen behandelt. Dies wird im Jahr 2015 fortgesetzt.

Daneben bleibt es Aufgabe des Seniorenrats, in Gesprächen mit dem Vorstand der Partei über die Lage der SPD zu diskutieren und dort, wo es geboten scheint, Ratschläge anzubieten. Diesem Auftrag kam der Seniorenrat auch in einem Gespräch mit Generalsekretärin Yasmin Fahimi und Schatzmeister Dietmar Nietan im April 2014 nach.

MITGLIEDER DES SENIORENRATS

Vorsitzende
Ilse Brusis

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Wilma Simon
Herbert Ehrenberg
Karl Ravens

Mitglieder
Christine Bergmann
Anke Brunn
Hans Eichel
Irene Ellenberger
Anke Fuchs
Rose Götte
Otto Graeber
Klaus Hänsch
Antje Huber
Karin Junker
Sigrid Keler
Bruno Köbele
Walter Kolbow

Gerd Kompe
Gerlinde Kuppe
Gerda Linde
Ernst Gottfried Mahrenholz
Ulrike Mascher
Anke Martiny
Ingrid Matthäus-Maier
Heidi Merk
Christa Randzio Plath
Herbert Schmalstieg
Jürgen Schmude
Herbert Schnoor
Peter Seifert
Ludwig Stiegler
Manfred Stolpe
Wolfgang Thierse
Beate Weber-Schuerholz
Cornelius Weiss
Rolf Wernstedt
Inge Wettig-Danielmeier
Norbert Wieczorek
Dieter Wiefelspütz

Davon neu berufen (ab Oktober 2014)

Rose Götte
Karin Junker
Walter Kolbow
Gerlinde Kuppe
Peter Seifert
Ludwig Stiegler
Wolfgang Thierse
Norbert Wieczorek
Dieter Wiefelspütz

Verstorbene Mitglieder

Brunhilde Peter
– verstorben am 21. Januar 2014
(Vorsitzende des Seniorenrats
1996–2006)
Walter Romberg
– verstorben am 23. Mai 2014
Helga Timm
– verstorben am 6. Dezember 2014



Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi bei der Verleihung des Internationalen Willy-Brandt-Preises 2014 in Berlin (Foto: Dominik Butzmann)

Der Internationale Willy-Brandt-Preis 2013 wurde an den Ministerpräsidenten von Norwegen und Vorsitzenden der norwegischen Arbeiterpartei Jens Stoltenberg verliehen. Der SPD-Kanzlerkandidat und Bundesminister a.D. Peer Steinbrück ehrte ihn am 23. Januar 2013 für seine weitsichtige, integrative und demokratische Antwort

auf die schrecklichen Terrorakte in Oslo und Utoya am 22. Juli 2011. Stoltenberg sagte damals: „Norwegen wird diesen Angriff beantworten mit mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Solidarität, aber niemals Naivität.“

Der Preis für besonderen politischen Mut ging an den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und inhaftierten weißrussischen Oppositionspolitiker Mikalaj Statkewitsch. Seine Ehefrau Marina Adamovich und die Tochter Katja Statkewitsch nahmen den Preis vom Vorsitzenden der Jury Egon Bahr im Willy-Brandt-Haus entgegen.

Der Internationale Willy-Brandt-Preis 2014 wurde an die Vorsitzende der myanmarischen National League for Democracy und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi verliehen. Mit dem Preis würdigte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel am 11. April 2014 das herausragende und beispielgebende Eintreten Aung San Suu Kyis für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Diesen Idealen verpflichtet, gab sie den Menschen in Myanmar Hoffnung und Mut in Zeiten der Unterdrückung und Unfreiheit. Weltweit gelten ihr gewaltloser Widerstand und ziviler Ungehorsam für Freiheit und Demokratie als Vorbild und Inspiration.

INTERNATIONALER WILLY-BRANDT-Preis



Preisverleihung des Wilhelm-Dröschner-Preises 2013 (Foto: Cynthia Rühmekorf)

Den Wilhelm-Dröschner-Preis vergibt ein Kuratorium des SPD-Parteivorstandes unter Vorsitz von Heidemarie Wiczorek-Zeul für herausragende und vorbildliche Aktionen und Projekte von Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen sozialdemokratischen Initiativen. Der Preis wird zu den ordentlichen Parteitag vergeben, auf denen sich die Bewerber-Projekte vorstellen können.

Der Wilhelm-Dröschner-Preis wurde erstmals auf dem Bundesparteitag 1982 verliehen. Er erinnert an den 1977 – während eines Bundesparteitags in Hamburg – verstorbenen Wilhelm Dröschner, mit dessen Namen sich bürgernahe Arbeit der SPD in besonderer Weise verbindet. Wilhelm Dröschner war bekannt als der „gute Mensch von Kirn“, der stets für seine Mitmenschen zu sprechen war. Er war von 1971 bis 1975 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und von 1970 bis 1977 Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz. Wilhelm Dröschner vertrat die Bürgerinnen und Bürger im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament und war Bundesschatzmeister der SPD.

Auf dem Bundesparteitag im November 2013 in Leipzig präsentierten sich 43 beispielhafte Projekte in den Kategorien:

- 150 Jahre SPD,
- Zukunft: Teilhabe. Zusammenhalt. Gemeinsam.
- Stark gegen Rechts,
- Die SPD weiblicher machen.

Zum Abschluss des Parteitags verliehen die Vorsitzende des Kuratoriums Heidemarie Wiczorek-Zeul und die Söhne von Wilhelm Dröschner, Peter Dröschner und Prof. Dr. Michael Dröschner, die Preise. Der 1. Preis ging an das Projekt des SPD-Unterbezirks Bremerhaven „Roter Stadtrundgang“, das die Geschichte der SPD auf besondere Weise darstellte.

WILHELM-DRÖSCHNER-Preis 2013

STIMMBERECHTIGTE KURATORIUMSMITGLIEDER DES WILHELM-DRÖSCHNER-PREISES

Vorsitzende

Heidemarie Wiczorek-Zeul, Bundesministerin a.D.

Stimmberechtigte Mitglieder

Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD

Erika Drecoll (Rostock)

Peter Dröschner (Kirn)

Prof. Dr. Michael Dröschner (Dorsten)

Dr. Gerlinde Kuppe (Halle)

Elfriede Marx (Kiel)

Loke Mernizka (Siegen)

Dr. Karsten Rudolph (Bochum)

Rainer Strang (Oldenburg)

Helga Ziemann (Siegburg)

GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREIS

In Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) rief der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1977 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ins Leben. Möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes, wird der Preis jährlich an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht haben. Mit der Verleihung des Preises sollen

Menschen ermutigt werden, die von Gustav Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in der Gesellschaft zu wagen.

BISHERIGE PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

- 1977** Freiburger Hilfgemeinschaft für psychisch Kranke, Behinderte und Gefährdete e.V., Altbischof D. Kurt Scharf, Deutsche Sektion von Amnesty International
- 1978** Redaktion von Kennzeichen „D“
- 1979** Arbeitskreis für das ausländische Kind e.V., Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstädter Bürger e.V.
- 1980** Heinrich Albertz
- 1981** Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung
- 1982** Egon Bahr
- 1983** Josef Felder, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- 1984** Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Major Helmuth Prieß
- 1985** Deutsche Sektion von Greenpeace e.V.
- 1986** Bundesministerin a.D. Käthe Stobel, Gerda Linde, Karin Schüler
- 1987** Die Brüder von Braunbühl
- 1988** Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen
- 1989** Flüchtlingsrat Berlin, Dr. Herbert Schnoor
- 1990** Superintendent Friedrich Magirius
- 1991** Marie Schlei Förderverein e.V.
- 1993** Dr. Regine Hildebrandt
- 1994** Schwester Monika Hesse, Dr. Monika Hauser
- 1995** Schüler helfen Leben e.V, Dt.-poln. Schulpartnerschaft Carl-von-Ossietzky-Oberschule Berlin-Kreuzberg/Liceum Ogólnokształcące Now Sol/Lessing-Gymnasium Hoyerswerda
- 1996** Franziska Hundseder, Klaus Staeck
- 1997** Forum Ziviler Friedensdienst
- 1998** Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Pfarrer Eduard Wörmann
- 1999** Dr. Hans-Joachim Fliedner (Offenburg)
- 2000** Frau Ruth Misselwitz (Berlin), Ulrike Poppe (Berlin), Andrea Richter (Weimar)
- 2001** Michael Hugo (Rostock)
- 2002** Erhard Eppler
- 2003** Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz e.V. zur Förderung von ambulanten, teilstationären und stationären Hospizen und Palliativmedizin
- 2004** Lucienne Schmitt und Hans Leyendecker
- 2006** Nicole Lüdeking und Jana Böttner (Brandenburg/Havel)
- 2007** Peter Eigen, Gründer von transparency international
- 2009** Bianca Richter und Richard Schröder
- 2010** Heinz Buschkowsky
- 2011** Discover Football und Sonderpreis für die Aktion Zivilcourage
- 2012** Pater Klaus Mertes
- 2013** Netzwerk „3te Generation Ost“
- 2014** Patrick Dahlemann

ABSTIMMUNG IM INTERNET

Seit der Preisverleihung 2011 wird der Preis in einem Abstimmungsverfahren im Internet vergeben. Davor fiel die Entscheidung immer im Kuratorium. Das Abstimmungsverfahren im Netz läuft in drei Schritten ab. Zunächst sucht eine Gruppe des Kuratoriums vorab

bis zu zehn Vorschläge aus, die dann vom gesamten Kuratorium auf mindestens drei Vorschläge reduziert werden. Diese werden im Netz zur Abstimmung gestellt. Derjenige Vorschlag mit den meisten Stimmen bekommt dann den Preis.

PREISTRÄGER 2013 »3TE GENERATION OST«

Auszüge aus der Begründung: „Das Netzwerk ‚3te Generation Ost‘ verleiht jungen Ostdeutschen im vereinten Deutschland eine Stimme. Sie eint die Erfahrung, in einem Land aufgewachsen zu sein, das es nicht mehr gibt. In ihrem Selbstverständnis gehören alle zwischen 1975 und 1985 in der DDR Geborenen dazu. Die ‚3te Generation Ost‘ ist entstanden aus dem Gefühl, sich einmischen zu wollen. In seiner noch jungen Geschichte hat das Netzwerk schon viele Initiativen ergriffen. Die ‚3te Generation Ost‘ fordert Menschen zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte und mit drängenden Fragen der Gegenwart auf. Es fördert damit bürgerschaftliches Engagement und trägt als Mittler und Vermittler dazu bei, die deutsche Einheit zu vollenden.“

PREISTRÄGER 2014 PATRICK DAHLEMANN

Auszüge aus der Begründung: „Patrick Dahlemann verfolgt beharrlich und voller Ideen das Ziel, rechtsextreme Einstellungen und Erscheinungen sichtbar zu machen, sie zu verhindern und mit persönlichem Einsatz dagegen etwas zu unternehmen. Für ihn ist unsere Demokratie ein schützenswertes Gut, das es unbedingt zu verteidigen gilt. Berühmt geworden ist der 25-jährige Student und Landtagsabgeordnete von Mecklenburg-Vorpommern durch seinen Auftritt am Rednerpult bei einer NPD-Veranstaltung. Bei jeder Gelegenheit bietet er überdies den Rechten und ihren Parteiablegern der NPD Paroli. Er entlarvt die rechte und antidemokratische Propaganda der NPD und bringt überzeugende Gegenargumente.“



Gustav-Heinemann-Bürgerpreisverleihung 2014. Von links zu sehen sind auf dem Bild: Manuela Schwesig, Christina Rau, Sigmar Gabriel, der Preisträger Patrick Dahlemann und Henning Scherf zu sehen. (Foto: Dirk Bleicker)

KURATORIUM DES GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREISES

- Nils Annen MdB** (ehemaliger Bundesvorsitzender der Jusos)
- Franziska Drohsel** (ehemalige Bundesvorsitzende Jusos)
- Prof. Dr. Helga Grebing**
- Christel Hanewinkel** (Staatssekretärin a.D.)
- Dr. Peter Heinemann** (Sohn von Gustav Heinemann)
- Barbara Hendricks MdB** (ehem. Schatzmeisterin der SPD)
- Reinhard Höppner** (Ministerpräsident a.D.)
– verstorben am 9. Juni 2014
- Prof. Dr. Eberhard Jäckel**
- Christina Rau** (Enkelin von Gustav Heinemann)
- Prof. Dr. Karsten Rudolph**
- Andre Schmitz** (Staatssekretär a.D., Berlin)
- Dr. Henning Scherf** (Vorsitzender des Kuratoriums)
- Inge Wettig-Danielmeier** (ehem. Schatzmeisterin der SPD)
- Prof. Dr. Manfred Wichelhaus** (Schwiegersohn von Gustav Heinemann)
- Brigitte Zypries MdB** (Parl. Staatssekretärin)
- Hermann Zimmermann** (Geschäftsführer des Kuratoriums)



**REGINE-
HILDEBRANDT-
PREIS**

Frauenbrücke Ost-West e.V., Preisträger des Regine-Hildebrandt-Preis der SPD 2014 (Foto: Marc-Steffen Unger)

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS 2013

Die Jury des „Regine-Hildebrandt-Preises“ entschied sich im Jahr 2013 für drei Preisträger: den Verein „Alternatives Kultur- und Bildungszentrum“ aus Pirna, das Patenprojekt „DU&ICH“ aus Brandenburg und den Verein „Gemeinsam Wohnen in der Region Koblenz“.

Die Preisverleihung fand am 26. November 2013, dem 12. Todestag Regine Hildebrandts, im Willy-Brandt-Haus statt. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro dotiert und wurde 2013 Jahr zum 12. Mal vergeben.

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Vereins „Alternatives Kultur- und Bildungszentrum“ aus Pirna organisieren zahlreiche demokratiefördernde Projekte. Der Verein leistet Bildungsarbeit und klärt über die rechte Szene – Aktivitäten, Auftreten und Musik – auf.

Der Verein MIKO aus Brandenburg betreibt das Patenprojekt „DU&ICH“, in dem sich engagierte Männer und Frauen als Patinnen und Paten für Kinder aus sozial schwachen Familien einsetzen. Dabei geht es vor allem um individuelle Förderung, Freizeitgestaltung und Beziehungsarbeit, die staatliche Hilfen oft nicht leisten können. Auch die Mütter und Väter können vom Dialog mit den Patinnen und Paten profitieren.

Der Verein „Gemeinsam Wohnen in der Region Koblenz“ setzt sich für neue gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen ein und hat erstmalig ein Wohnprojekt mit Menschen verwirklicht, die sich trotz unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Einkommen für ein Generationen übergreifendes Wohnen und nachbarschaftliche Gemeinschaft mit Alleinlebenden, Paaren, Alleinerziehenden und Familien engagieren.

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS 2014

Der Regine-Hildebrandt-Preis 2014 ging an die Bürgerinitiativen „Frauenbrücke Ost-West“ aus Emsdetten und „Die Platte lebt“ aus Schwerin. Die beiden Vereine zeichnet das alltägliche Engagement für die innere Einheit Deutschlands und für soziale Gerechtigkeit aus. SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi würdigte bei der Preisverleihung am 26. November 2014 das politische Vermächtnis von Regine Hildebrandt, der „Mutter Courage des Ostens“. Auch die Schirmherrin des Preises Manuela Schwesig erinnerte an die Volksnähe Regine Hildebrandts, welche sie zu einer prägenden Figur der ostdeutschen Sozialdemokratie und zeitweilig sogar zur beliebtesten Politikerin des Landes machte.

Die „Frauenbrücke Ost-West“ setzt sich seit 1991 dafür ein, Frauen aus den alten und neuen Bundesländern miteinander ins Gespräch zu bringen. Dem Verein gelingt es in vorbildlicher Weise, dazu beizutragen, Vorurteile abzubauen, Toleranz gegenüber anderen Sichtweisen zu fördern und damit Brücken zwischen Ost und West zu bauen. Die Jury würdigte mit dem Preis das herausragende ehrenamtliche Engagement für innerdeutsche Verständigung – 25 Jahre nach dem Fall der Mauer.

Der Verein „Die Platte lebt“ engagiert sich seit 2004 im größten Plattenbaugebiet Schwerins, der Hauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns. Mit seinem Engagement hat der Verein großen Anteil am friedlichen Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen Neu Zippendorf, Großer Dreesch und Mueßer Holz. „Die Platte lebt“ ist Anlaufstelle für alle Bewohnerinnen und Bewohner, schafft durch gemeinsame Aktivitäten wie Stadtteilfesten, Ausstellungen und Trödelmärkten Berührungspunkte und sorgt bei Bedarf für Hilfe in verschiedenen Lebenssituationen. Die Jury würdigte mit dem Preis auch das Engagement des Vereins gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

BERICHTE DER
LANDESVERBÄNDE
UND BEZIRKE





LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN STARK IM NORDEN.

Die SPD Schleswig-Holstein arbeitet kontinuierlich für die Zukunft: Eine konsequente Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit und die Erfolge der SPD-Landesregierung und der Landtagsfraktion in der ersten Hälfte der Legislaturperiode waren die Gründe dafür, dass die SPD Schleswig-Holstein bei der Kommunalwahl und der Bundestagswahl im Jahr 2013 und bei der Europawahl in 2014 Wahlergebnisse erzielte, die über den Bundesergebnissen der SPD lagen.

VERSprochen. GEHALTEN.

Grundlage für die Wahlerfolge in Schleswig-Holstein war zweifellos der entschlossene und glaubwürdige Politikwechsel, den die SPD-geführte Landesregierung und die Landtagsfraktion seit 2012 in Schleswig-Holstein durchgesetzt haben. Wir haben Meilensteine auf dem Weg zu einem gerechten Bildungssystem und mehr Chancengleichheit durchgesetzt. Diese Landesregierung löst die Probleme des Landes.

Wir bringen die Wirtschaft und die Infrastruktur voran: mehr Investitionen in Arbeitsplätze, Verkehrsprojekte, Wohnungsbau, Bildung und Energiewende. Wir haben unter Beweis gestellt, dass Investitionen in die Zukunft auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse möglich sind.

Wir stehen für ein liberales und weltoffenes Schleswig-Holstein und gehen die Herausforderungen gemeinsam mit den Kommunen an.

Unsere Landesregierung und unsere Landtagsfraktion stehen für den Dialog mit den Menschen im Lande. Die Landtagsfraktion tourt regelmäßig zu offenen Diskussionsrunden durch Städte und Gemeinden. Zusammen mit jeweils einem Regierungsmitglied kommen unsere Landtagsabgeordneten beim World Café mit den Bürgerinnen und Bürgern ins direkte Gespräch.

PROJEKT: DEMOKRATIE STÄRKEN – DIE SPD ALS VOLKSPARTEI

Allerdings hat uns die desaströse Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2013 alarmiert. Der Landesvorstand hat sich intensiv mit den Gründen sinkender Wahlbeteiligung auseinandergesetzt, denn die Ergebnisse sind eine Herausforderung an die SPD. Hier geht es um einen Teil der SPD-Kernwählerschaft, der nicht mehr zur Wahl geht.

Die Demokratie ist nur so stark, wie sich Menschen an Wahlen beteiligen und sich politisch engagieren. Der Lübecker Landesparteitag im September 2014 hat auf Vorschlag des Landesvorstandes eine Reihe guter Anträge beschlossen, die sich eignen, die Wahlbeteiligung künftig wieder zu steigern (im Internet unter: spd.sh/p1).

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion haben sich die Spitzen der Parteien, die im Landtag vertreten sind, und der Fraktionen Ende Au-

gust und im Oktober 2014 getroffen, um über das Thema Wahlbeteiligung zu beraten. Der interfraktionelle Antrag „Demokratie lebt von Beteiligung“ listet ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Prüfung auf, um eventuelle formale Hürden weiter abzubauen.

AUF DEM WEG INS WAHLJAHR 2017 – DIE SCHLESWIG-HOLSTEIN-KONFERENZ

Die SPD Schleswig-Holstein nahm sich 2014 die Zeit, um nach der Hälfte der Legislatur im Land und nach einem Jahr Großer Koalition im Bund Bilanz zu ziehen. Die folgenden zwei Jahre bis 2017 sind wahlkampffrei und bieten Gelegenheit, sich inhaltlich und organisatorisch zu strukturieren. Im Rahmen einer SPD-Schleswig-Holstein-Konferenz, an der alle SPD-Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europäischem Parlament sowie der Landesvorstand teilnahmen, wurden Leitthemen und inhaltliche Schwerpunkte für die Jahre 2015/16 entwickelt und diskutiert.

150 JAHRE SPD

Das Jahr 2013 stand nicht nur im Zeichen der Kommunal- und Bundestagswahlen, es wurde auch geprägt durch die Feiern und Veranstaltungen anlässlich der Gründung der SPD vor 150 Jahren. In Schleswig-Holstein hatten wir auf unserer zentralen Veranstaltung im März 2013 den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zu Gast, der in einer beeindruckenden Rede die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nachzeichnete (im Internet unter: spd.sh/sg150spdshl).

Das Jubiläumsjahr haben wir mit einer emotionalen Veranstaltung in der vollbesetzten Lübecker Petri-Kirche beendet. Hier haben Egon Bahr und Björn Engholm ihrer Partei ins Gewissen geredet: Soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik müssen die tragenden Säulen der Sozialdemokratie bleiben.

FRIEDENSPOLITIK HEUTE

Die SPD Schleswig-Holstein hat eine lebendige friedenspolitische Tradition. Im Juni 2014 haben wir auf einem friedenspolitischen Kongress in Kiel eine vom Landesvorstand erarbeitete Positionsbeschreibung der SPD Schleswig-Holstein mit dem Titel „Friedenspolitik heute“ (im Internet unter: spd.sh/friedenspolitik-heute) vorgestellt und diskutiert. Das Interesse und der Diskussionsbedarf waren groß. Der Landesparteitag hat das Positionspapier nach ausführlichen Diskussionen in den Kreisverbänden und Ortsvereinen am 27. September 2014 in Lübeck beschlossen und an den Bundesparteitag überwiesen.

FIT MACHEN FÜR NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Der Landesparteitag am 27. September 2014 hat einen weitreichenden Beschluss zur Weiterentwicklung der Parteiarbeit in den nächsten Jahren gefasst (im Internet unter: spd.sh/p2). Dieser Beschluss wird Grundlage für die Arbeit des neuen Landesvorstandes sein.

Denn die wahlkampffreien Jahre 2015 und 2016 müssen wir dazu nutzen, die hier beschriebenen Vorhaben voranzubringen. Dazu zählen vor allem:

- unsere neuen Mitglieder besser in die Parteiarbeit zu integrieren;
- unsere Ortsvereine zu stärken;
- unsere jungen Mitglieder zu fördern.

Dabei ist eines klar: Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Gliederungen der Partei. Landesvorstand, Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine sind hier gemeinsam gefordert. Nur gemeinsam kommen wir hier voran. Nur gemeinsam werden wir stärker.

DIGITALE PARTEI

Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Möglichkeiten der Digitalisierung für uns nutzbar zu machen und sie in die Parteiarbeit zu integrieren. Gerade für uns als Flächenbundesland liegen hier Chancen. Wir haben dafür dauerhaft eine Referentenstelle im Landesverband eingerichtet. In Zusammenarbeit mit unserem Arbeitskreis Digitale Gesellschaft experimentieren wir mit Tools, die Parteiarbeit unabhängig von Ort und Zeit ermöglichen. Anträge können bei uns online diskutiert werden (im Internet unter: mitreden.spd-schleswig-holstein.de). Der Landesvorstand hat dafür teilweise ein Online-Antragsrecht beschlossen. Landesparteitage und größere Veranstaltungen übertragen wir per Livestream ins Internet. Unsere Beschlüsse bis zurück in die 1970er-Jahre stellen wir in unserer Beschlussdatenbank zur Verfügung (im Internet unter: beschluesse.spd-schleswig-holstein.de).

NACHWUCHSFÖRDERUNG

Wir haben das Nachwuchsqualifizierungsprogramm auf den Weg gebracht, in dem wir fast 50 Nachwuchstalente im Landesverband in verschiedenen Bereichen, vom Mentoring-Programm über das Projektmanagement bis zum Kampagnenmanagement, für verschiedene Aufgaben in der Partei qualifizieren.

PARTEITAGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESWAHLKONFERENZ 27./28. APRIL 2013 IN BÜDELSDORF

Gäste: Sigmar Gabriel, SPD-Mitglieder aus dem Ostseeraum

Themen:

Vorstandswahl: Vorsitzender (78,2 Prozent) und Stellvertreterin und Stellvertreter wiedergewählt.

Neuer Schatzmeister: Stefan Bolln

Bundestagswahlliste

Resolution zur Rettung des Nord-Ostsee-Kanals

Resolution zur Mordserie des NSU

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESWAHLKONFERENZ 1. NOVEMBER 2013 IN KIEL

Gäste: Hannes Swoboda, SPD-Mitglieder aus dem Ostseeraum

Themen:

Europawahlliste

Humane Flüchtlingspolitik

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 27. SEPTEMBER 2014 IN LÜBECK

Gast: Yasmin Fahimi

Themen:

Friedenspolitik

Rücktritte von Ministerin Waltraut Wende und

Minister Andreas Breitner

TERMINE 2013

13. Februar: 17. politischer Aschermittwoch

7. März: Auftakt zu 150 Jahre SPD mit Sigmar Gabriel in Kiel
27./28. April: Ordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz

4. Mai: Tag der Ortsvereine

26. Mai: Kommunalwahl

27. August: „Klartext mit Peer Steinbrück“ in Kiel

22. September: Bundestagswahl

1. November: Außerordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz

Dezember: Regionalkonferenzen zum Koalitionsvertrag

TERMINE 2014

5. März: 18. politischer Aschermittwoch

2. April: „Stegner trifft ... Urban Priol“

25. Mai: Europawahl

28. Juni: Konferenz „Friedenspolitik heute“ mit Frank-Walter Steinmeier, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Egon Bahr

30. Juni: Ex-MP Heide Simonis wird Ehrenbürgerin des Landes Schleswig-Holstein

13. Juli: 6. Familiensommer

27. September: Außerordentlicher Landesparteitag



Mitglieder des Landesvorstandes (Foto: SPD Schleswig Holstein)

LANDESVORSTAND 2013–2015

Landesvorsitzender

Ralf Stegner

Stellvertretende Vorsitzende

Bettina Hagedorn

Andreas Breitner – bis September 2014

Schatzmeister

Stefan Bolln

Beisitzerinnen und Beisitzer

Kristin Alheit

Wolfgang Baasch

Serpil Midyatli

Birte Pauls

Mathias Stein

Bettina Koch

Alexander Wagner



LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

Der Berichtszeitraum war für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vor allem von den Wahlkämpfen zur Bundestagswahl sowie zu den zeitgleich stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen geprägt. Bei diesen Wahlen schnitt die SPD im Land in der Vergangenheit deutlich schwächer ab als bei den Landtagswahlen. Dieser Abstand musste auch bei den Wahlen im Berichtszeitraum verzeichnet werden.

WAHLEN BUNDESTAGSWAHL 2013

Bei der Bundestagswahl verzeichnete die SPD auch in Mecklenburg-Vorpommern nur leichte Zuwächse. Zwar wurde ein Mandat hinzugewonnen, das Gesamtergebnis konnte vor dem Hintergrund der bei Landtagswahlen erreichten Ergebnisse nicht befriedigen.



Frank-Walter Steinmeier besucht im Bundestagswahlkampf Rostock (Foto: SPD Mecklenburg-Vorpommern)

Mitglieder der SPD-Fraktion im 18. Deutschen Bundestag aus Mecklenburg-Vorpommern:

Sonja Steffen	Landesliste, Platz 1 Wahlkreis Stralsund – Nordvorpommern – Rügen
Frank Junge	Landesliste, Platz 2 Wahlkreis Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock
Jeannine Pflugradt	Landesliste, Platz 3 Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III

EUROPAWAHLEN/KOMMUNALWAHLEN 2014

Bei der Europawahl erzielte die SPD erstmalig deutliche Zugewinne und überholte ebenfalls erstmalig die Partei Die Linke. Bei der zeitgleich stattfindenden Kommunalwahl gelang dies nicht.

LANDRATSWAHLEN

In zwei Landkreisen kam es zu vorzeitigen Neuwahlen der Landräte bzw. Landrätinnen: Im Landkreis Rostock setzte sich der SPD-Bewerber Sebastian Constien am 6. Oktober 2013 in der Stichwahl durch. Im Landkreis Nordwestmecklenburg gewann die SPD-Bewerberin Kerstin Weiss am 15. Juni 2014 ebenfalls die Stichwahl. In beiden Fällen waren hier auch die Vorgänger SPD-Mitglieder. Die SPD hat damit weiterhin in drei von sechs Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns die Führung inne.

WICHTIGE TERMINE XIII. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 16./17. MÄRZ 2013 IN SALEM

Auf dem XIII. Ordentlichen Landesparteitag der SPD-MV am 16./17. März 2013 in Göhren-Lebbin wurde Erwin Sellering als Landesvorsitzender mit 82,0 Prozent wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt

ENDERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL 2013 IN MECKLENBURG-VORPOMMERN:

In Prozent	
CDU	42,5
Die Linke	21,5
SPD	17,8
FDP	2,2
Grüne	4,3
AfD	5,6
Sonstige	6,1

ENDERGEBNIS DER EUROPAWAHL 2014 UND DER KOMMUNALWAHL 2014 IN MECKL.-VORPOMMERN:

In Prozent	Europawahl	Kommunalwahl*
CDU	34,6 (+2,3)	33,0
Die Linke	19,6 (-3,9)	19,7
SPD	21,2 (+4,5)	18,9
FDP	1,9 (-5,7)	3,3
Grüne	5,1 (-0,4)	5,8
AfD	7,0 (+7,0)	4,2
Sonstige	10,6 (-3,7)	11,8

* erste Kommunalwahl in den neuen Kreisen



Der Landesvorstand nach dem Landesparteitag 2013 in Salem (Foto: SPD Mecklenburg-Vorpommern)

wurden als stellvertretende Landesvorsitzende Ulrike Lehmann-Wandschneider und Bodo Wiegand-Hoffmeister. Manuela Schwesig wurde neu zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Komplettiert wurde der geschäftsführende Landesvorstand mit der Wahl von Iris Hoffmann zur Schatzmeisterin.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Beratungen stand die Debatte und Beschlussfassung des Leitantes zur Bundestagswahl.

LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 17. MÄRZ 2013 IN SALEM

Im Anschluss an den Landesparteitag fand am 17. März die Landesvertreterversammlung zur Bestimmung der Landesliste zur Bundestagswahl statt. Dabei wurden die Listenplätze wie folgt besetzt:

1. **Sonja Steffen** (WK 015)
2. **Frank Junge** (WK 013)
3. **Jeannine Pflugradt** (WK 017)
4. **Hans-Joachim Hacker** (WK 012)
5. **Christian Kleiminger** (WK 014)
6. **Holm-Henning Freier** (WK 016)

LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG ZUR EUROPAWAHL AM 12. OKTOBER 2013 IN ROSTOCK

Auf der Landesvertreterversammlung zur Europawahl wurde Iris Hoffmann zur Europakandidatin und Robert Northoff als Ersatzkandidat gewählt.

LANDESVORSTAND (WAHLPERIODE 16. MÄRZ 2013 – 25. APRIL 2015)

Vorsitzender

Erwin SELLERING

Stellvertretende Vorsitzende

Manuela Schwesig
Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Schatzmeisterin

Iris Hoffmann

Beisitzerinnen und Beisitzer

Patrick Dahlemann
Stefanie Drese
Katharina Feike
Tilo Gundlack
Stefan Kerth
Constanze Lindheimer
Daniel Meslien
Jürgen Peters
Sonja Steffen
Michael Stieber
Bernd Woldtman

STÄNDIGE ARBEITSGRUPPEN DES LANDESVORSTANDES ARBEITSKREIS DER CHRISTEN

Leitung

Christopher Denda

ARBEITSKREIS BUNDESPOLITIK

Leitung

Sonja Steffen

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN (ENDE 2014)

- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): **Luisa Heide**
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): **Dr. Cathleen Kiefert-Demuth**
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Rosemarie Thiele**
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): **Maik Walm**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): **Götz-Peter Lohmann**
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): **Verina Speckin**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS): Mario Reinke
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): **Uwe Michaelis**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): **Marcus Kreft**

HAMBURG

SPD

LANDESORGANISATION HAMBURG HAMBURG WEITER VORN.

150 JAHRE SPD

Der 150. Geburtstag der SPD war ein außergewöhnliches Ereignis, das bundesweit gefeiert wurde. Für die Hamburger Sozialdemokratie hatten wir uns etwas ganz Besonderes ausgedacht, indem wir das SPD-Jubiläum mit der Produktion eines Hörbuchs würdigten. Fünf ehemalige Hamburger Bürgermeister von Peter Schulz bis Ortwin Runde berichten über die Schwerpunkte und Schwierigkeiten ihrer Regierungszeit. Die Hamburger Sozialdemokratie und ihre Repräsentanten haben diese Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute so geprägt wie keine andere Partei. Das schöne und stolze Hamburg von heute ist das Ergebnis jahrzehntelanger sozialdemokratischer Arbeit. Aber im Hörbuch kommen nicht nur ehemalige Bürgermeister und hohe Funktionäre wie Helmut Schmidt zu Wort, sondern auch Parteimitglieder, die sich ihr Leben lang für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eingesetzt haben. Die Hamburger SPD ist auch nach 150 Jahren eine starke, lebendige und bunte Partei. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Hörbücher bei uns erworben werden können.

3 CDs • 190 Minuten • 32 seitiges Booklet • DDD • Stereo • GEMA
ISBN 978-3-00-042632-2

© und © SPD Landesorganisation Hamburg 2013

Produziert von •stück•werke• Die Kulturfirma.

Preis: 15,00 Euro

Vertrieb: SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher-Haus, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Höhepunkt des Jubiläumjahres war das zweitägige Deutschlandfest in Berlin, zu dem auch Hamburger Genossinnen und Genossen gemeinsam mit einem von der Landesorganisation gebuchten Sonderzug anreisten, um für einen Tag das bunte Programm zu genießen.

Auch in Hamburg hatten wir besondere Veranstaltungen organisiert. Die Hamburger SPD präsentierte sich in den Stadtteilen mit den



Hamburger Delegation auf dem Weg zum Deutschlandfest der SPD in Berlin (Foto: SPD Hamburg)

„Hamburger Würfeln“. Diese boten die Gelegenheit, unsere Partei und ihre 150-jährige Geschichte an den unterschiedlichsten Orten in Hamburg zu präsentieren. Die 2,5 x 2,5 m großen Würfel konnten vielseitig eingesetzt werden und bildeten den Schauplatz für gemeinsame Aktivitäten, Spiele, Diskussionen und Lesungen.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Zur Bundestagswahl 2013 schickte die SPD Hamburg fünf Kandidaten und eine Kandidatin ins Rennen. Wir freuten uns sehr, dass der Auftakt zum Bundestagswahlkampf am Fuße eines der Wahrzeichen unserer Stadt stattfand – am Hamburger Michel. Peer Steinbrück begegnete den rund 2.500 Bürgerinnen und Bürgern mit einem neuen Veranstaltungsformat in Form einer 360-Grad-Bühne, die von einem 375 Quadratmeter großen Schirm überdacht war. Außerdem gab es kein Rednerpult. Dies ermöglichte eine ganz besondere Nähe zum Publikum. Unser Kanzlerkandidat begeisterte mit hanseatischem Charme und viel Kampfgeist und stimmte alle Beteiligten auf den Wahlkampf ein. Auch die Wahlkreiskandidaten und die -kandidatin präsentierten sich erfolgreich an jenem Abend. Während des Wahlkampfes fanden in Hamburg in jedem Wahlkreis Veranstaltungen mit Olaf Scholz und den Kandidaten und der Kandidatin im beliebten Format der Bürgergespräche statt.

Wir haben in Hamburg alles dafür getan, ein gutes Ergebnis für die SPD zu erzielen, und konnten die guten Voraussetzungen für uns nutzen: Das prozentual beste Ergebnis erhielt der Bundestags-Newcomer Metin Hakverdi in Bergedorf-Harburg mit 40,4 Prozent. Er trat damit in die Fußstapfen von Hans-Ulrich Klose, Herbert Wehner und Altkanzler Helmut Schmidt. Auf einen ebenso prominenten Vorgänger im Wahlkreis konnte Matthias Bartke in Altona blicken. Hier kandidierte Olaf Scholz für den Bundestag bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister. Sein Nachfolger Matthias Bartke holte mit einem frühzeitig gestarteten und unermüdlichen Tür-zu-Tür-Wahlkampf souveräne 34,9 Prozent der Wählerstimmen. Mit großer Spannung wurde auf den Wahlkreis Wandsbek geschaut. Die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Parteivorsitzende Aydan Özoğuz konnte sich mit 39,9 Prozent nicht nur über ein fabelhaftes Ergebnis, sondern auch über die Rückgewinnung des Wahlkreises freuen. Ebenfalls zurückgewonnen wurde der Wahlkreis Eimsbüttel (37,5 Prozent), der wieder von Niels Annen im Bundestag vertreten wird. Zum fünften Mal infolge konnte Johannes Kahrs den Wahlkreis Hamburg-Mitte (39,2 Prozent) direkt holen und dieses Mal sogar dazugewinnen.

Wichtigste Botschaft des Wahlabends war, dass die Hamburger SPD wieder stark in Berlin vertreten sein wird. Erneut wurde deutlich gezeigt: Die SPD ist die Hamburg-Partei! Gegenüber 2009 konnten wir in fast allen Stadtteilen zum Teil deutliche Stimmenanteile hinzugewinnen. In Hochburgen wie Steilshoop, Billstedt, Lurup sowie Wilhelmsburg und Wilsdorf erhielten wir jeweils über 40 Prozent der Stimmen. Wir können stolz darauf sein, nach Bremen und Niedersachsen das drittbeste Ergebnis im Bund für die SPD erzielt zu haben.



Peer Steinbrück in Hamburg mit den Kandidierenden der Hansestadt und Mitgliedern des Kompetenzteams (Foto: SPD Hamburg)

KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Auf Grund des bundesweiten Ergebnisses nahm die SPD Koalitionsverhandlungen mit der CDU und der CSU auf. Die SPD wollte aber nichts über die Köpfe ihrer Parteimitglieder entscheiden und hat zu einer bisher einmaligen Mitgliederbefragung aufgerufen, in deren Vorfeld bundesweit zu Regionalkonferenzen eingeladen wurde. Am 3. Dezember 2013 fand die Hamburger Regionalkonferenz im Curio-Haus statt. Olaf Scholz, Aydan Özoğuz und Sigmar Gabriel standen den fast tausend Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Rede und Antwort. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten konstruktiv über Kritik und Vorteile, Fragen wurden umfassend und ausführlich beantwortet.

VOLKSENTSCHEID ZUM RÜCKKAUF DER NETZE

In Hamburg fand am Tag der Bundestagswahl auch der Volksentscheid zum Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze statt. „Nein zum Netzkauf!“, das war der Titel eines eher ungewöhnlichen Bündnisses aus SPD, CDU, FDP, Handelskammer, Handwerkskammer, IG BCE, Bund der Steuerzahler und diversen anderen Verbänden. Gemeinsames Ziel: ein „Nein“ beim Volksentscheid zum Rückkauf der Hamburger Energienetze. Die Argumente für das Nein waren vielfältig. Zwar gab es in der SPD durchaus Sympathien mit der Idee, die Netze vollständig in staatlicher Hand zu haben. Uns war der Preis dafür aber einfach zu hoch, gerade in Zeiten der Schuldenbremse: Zwei Milliarden Euro für den Kauf von Kabeln und Rohren waren viel Geld. So viel kostet beispielsweise das gesamte Schulerneuerungsprogramm des Senats bis zum Jahr 2020. Hinzu kam, dass mit dem Kauf der Netze allein noch nichts für die Energiewende getan war. Die spielt sich nämlich vor allem an den Enden der Netze ab: bei der klimafreundlichen Erzeugung und dem klimabewussten Verbrauch – nicht jedoch im Netz. Schließlich muss jeder Stromnetzbetreiber, privat oder staatlich, wegen der staatlichen Regulierungsvorschriften Atomstrom und Ökostrom gleichberechtigt durchleiten.

Trotz der guten Argumente fehlten uns zum Schluss leider wenige entscheidende Stimmen. Aber wir konnten von den Prognosen im Februar (20 Prozent) bis zum Tag der Abstimmung im September (49 Prozent) sehr viele Bürgerinnen und Bürger von unserer Position überzeugen. Eine knappe Mehrheit sagte dann aber doch „Ja“ zum Rückkauf der Energienetze.

Bereits zur ersten Bürgerschaftssitzung nach dem Volksentscheid reichte die SPD-Fraktion einen Antrag zur Umsetzung des Bürgerwillens ein. Senat und Bürgerschaft respektieren den Bürgerwillen und arbeiten seitdem konsequent daran, den Volksentscheid umzusetzen. Die Verhandlungen über den Rückkauf des Strom- und Fernwärmenetzes sind abgeschlossen, die zum Gasnetz laufen noch. Ergebnis: Hamburg ist bereits jetzt wieder alleiniger Stromnetzbetreiber; das Fernwärmenetz übernimmt Hamburg bis 2019, bis dahin bleibt

es bei den bereits vorher vereinbarten 25,1 Prozent – ein guter Weg zur Umsetzung des Volksentscheids.

Die Kampagne hat mindestens eines gezeigt: Gemeinsame sachbezogene Bündnisse mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Kammern, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen sind möglich und potentiell auch erfolgreich (29 Prozentpunkte Stimmenzugewinn). Die breite Bündniskonstellation war bundesweit einmalig und ist im Hinblick auf zukünftige Volksentscheide ein nicht zu unterschätzender Erfahrungsgewinn.

EUROPAWAHL 2014

Erstmals fanden 2014 die Europawahl und die Wahl zu den sieben Bezirksversammlungen zusammen statt. Wir zogen mit Martin Schulz und unserem Hamburger Kandidaten und Europaabgeordneten Knut Fleckenstein in den Wahlkampf. Erneut fand der bundesweite Wahlkampfauftakt in Hamburg statt.

Martin Schulz, Aydan Özoğuz, Olaf Scholz und Knut Fleckenstein kamen in der Kulturfabrik Kampnagel zusammen, um die Sozialdemokratie auf den Wahlkampf einzustimmen.

ERGEBNISSE DER EUROPAWAHL 2014 IN HAMBURG

	IN PROZENT
SPD	33,8
CDU	24,5
GRÜNE	17,2
FDP	3,7
DIE LINKE	8,6
AfD	6,0
Sonstige	6,2

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 betrug in Hamburg 43,4 Prozent. Dies entspricht einer Steigerung um 8,7 Prozentpunkte gegenüber 2009.

Unser Hamburger Europaabgeordneter Knut Fleckenstein wurde erneut auf fünf Jahre gewählt, um auch weiter Hamburger und deutsche Interessen im Europäischen Parlament zu vertreten.

BEZIRKSVERSAMMLUNGSWAHLEN 2014

Die Bezirksversammlungswahlen waren bisher an den Termin der Bürgerschaftswahlen gekoppelt. Erstmals wurden nun die Wähler und Wählerinnen an dem Termin der Europawahl an die Wahlurne gebeten. Zudem konnten zum ersten Mal auch Wähler und Wählerinnen ab dem 16. Lebensjahr wählen.

Es galt, jeweils fünf Stimmen für die Listen einer der sieben Bezirke und weitere fünf Stimmen für die Kandidaten der 73 Wahlkreise abzugeben. Viele Zahlen, die zur Verwirrung führen könnten. Eine große Herausforderung des Wahlkampfes war also auch die Erläuterung des Wahlrechtes selbst.

Unser Ziel war es, Vielfalt zu zeigen. Dafür hat die SPD Hamburg für die über 600 Kandidierenden ein maßgeschneidertes Hamburger Druckportal entwickelt, um ein einheitliches professionelles Auftreten zu gewährleisten.

Mit der Druckerei Dräger & Wullenwever aus Lübeck fanden wir einen Partner, der Qualität, Zuverlässigkeit und Serviceorientiertheit garantierte, dabei seine Mitarbeiter nach Tarif entlohnte und zudem zu 70 Prozent der SPD-eigenen Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) gehört.

Der SPD-Landesvorstand Hamburg legte im Vorfeld ein einheitliches Design fest. Das Druckportal glich einem Online-Shop, in dem wir drei Wahlkampfprodukte mit den Fotos der Kandidierenden anboten: Flyer, Visitenkarten und ein DIN-A0-Plakat. Die Landesorganisation bot stets einen persönlichen Support an, außerdem stand ein Kundenberater der Druckerei als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

Mittels unserer Kampagne, die wir mit der Agentur BUTTER entwickelt haben, wurde unser Claim „Nah dran“ stadtwweit bekannt und unsere Botschaft weithin sichtbar: Wir sind viele, wir sind nah dran, wir sind die Hamburg-Partei!

te Bürgerinnen und Bürger begrüßen. Dieses erfolgreiche Format war auch die Grundlage für den Bürgerschaftswahlkampf 2015.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass wir nicht zwischen den Wahlen in der Versenkung verschwinden, sondern als Hamburg-Partei immer als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, auch mit unserem Spitzenpersonal.

DIGITALER DISTRIKT

Schon seit Langem wird auch in der SPD viel über die digitale Gesellschaft gesprochen. Ein wichtiger Teil der Debatte ist hier die Frage, wie eine Digitalisierung der Parteiarbeit und des politischen Handelns funktionieren kann. Der schlichten Tatsache, dass sich das Alltagsleben mehr und mehr digital abspielt, muss auch die Partei über kurz über lang Rechnung tragen – auch, um für jüngere Leute und Neumitglieder attraktiv zu bleiben. Gleichzeitig darf aber auch kein Bereich geschaffen werden, der ältere Generationen ausschließt.

Und: Bedenken über den Datenschutz oder die Anonymität im Netz müssen berücksichtigt werden.

Die Landesorganisation Hamburg hat schon vor einiger Zeit das Projekt des „Digitalen Distrikts“ in Angriff genommen, um ein Angebot zu schaffen, das in sicherem Rahmen digitale Parteiarbeit ermöglicht. Dieses Angebot soll einerseits den Arbeitsgemeinschaften und

Arbeitskreisen zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Arbeit auch abseits von Versammlungen koordinieren können. Andererseits sollten die sieben Hamburger Kreise die Möglichkeit erhalten, je einen digitalen Distrikt zu gründen.

Die Entscheidung für einen reinen Online-Distrikt (oder Ortsverein, wie es in anderen Landesverbänden heißt) fiel dabei ganz bewusst. So sollte verhindert werden, dass in einem bestehenden Distrikt eine Spaltung entsteht zwischen internetaffinen Genossinnen und Genossen und solchen, die digitalen Medien ferner stehen.

ERGEBNISSE DER BEZIRKSVERSAMMLUNGSWAHLEN 2014

Bezirk	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Übrige
Mitte	31,2	36,9	18,5	18,1	14,1	2,3	5,1	4,9
Altona	47,2	30,0	23,3	22,1	14,0	4,4	3,3	2,9
Eimsbüttel	46,0	33,3	22,7	23,1	9,8	4,5	3,9	2,7
Nord	44,4	33,9	23,7	21,1	9,5	4,3	3,7	3,9
Wandsbek	41,6	37,9	29,3	13,2	7,2	3,9	5,5	2,9
Bergedorf	37,7	39,3	28,5	12,3	9,2	2,2	4,5	4,0
Harburg	36,4	38,6	26,6	13,5	8,9	4,4	6,0	2,1

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

Im Bürgerschaftswahlkampf 2010/2011 setzten wir die Bürgergespräche, die Olaf Scholz schon als Bundestagsabgeordneter in seinem Wahlkreis geführt hatte, in ganz Hamburg fort. Während des Wahlkampfes besuchte Olaf Scholz unter dem Titel „Olaf Scholz im Gespräch“ alle 17 Hamburger Wahlkreise und stellte sich den Fragen und Anregungen der Hamburger Bürgerinnen und Bürger.

Das Konzept dieser Veranstaltungen: Einführend spricht Olaf Scholz stets etwa 20 Minuten über die aktuelle Hamburger Politik. Danach gibt es ca. 60 Minuten Zeit, Fragen zu stellen. Auch nach der Veranstaltung bleibt Olaf Scholz so lange, bis alle Fragen beantwortet sind. Viele nutzen die Gelegenheit, um in einem Vieraugengespräch persönliche Anliegen vorzubringen oder Fragen zu stellen, die sie nicht in einer öffentlichen Runde erörtern wollen.

Dieses bewährte Veranstaltungsformat haben wir fortgeführt: Zwischen 2011 und 2014 besuchte Olaf Scholz – nun als Bürgermeister – alle Wahlkreise jeweils zweimal. Das heißt, bei 34 Veranstaltungen „Olaf Scholz im Gespräch“ hatten die Hamburger Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich mit ihrem Ersten Bürgermeister auszutauschen.

Alle Haushalte des Wahlkreises erhielten dazu Einladungen per Post. Zugleich plakatierte die Landesorganisation die Veranstaltung im jeweiligen Kreis bzw. Unterbezirk. Daher konnten wir uns jedes Mal über eine große Resonanz freuen und stets bis zu 300 interessier-



Bewährtes Format für den Bürgerdialog: Olaf Scholz im Gespräch (Foto: SPD Hamburg)

Eine solche Neugründung musste dabei streng nach Satzung wie ein regulärer Distrikt mit allen Rechten und Pflichten behandelt werden, sollte für seine Arbeit aber eine Plattform zur Verfügung gestellt bekommen, auf der er den Großteil seiner Arbeit online koordinieren kann. Eine solche Plattform hat die Landesorganisation mit Hilfe des Hamburger Startup-Unternehmens Protonet entwickelt. Sie befindet sich auf einem eigenen Server, der auf Hamburger Boden im Kurt-Schumacher-Haus steht und auf den allein die Landesorganisation Zugriff hat. Alle Nutzer- und sonstigen Daten liegen ausschließlich hier, jegliche Kommunikation findet hier statt. Damit ist ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet.

Die Software ermöglicht es nun, Diskussionen, Absprachen und Terminfindung vom heimischen Rechner oder vom Smartphone aus zu organisieren. Zusätzlich wurde ein Tool zur gemeinsamen Erstellung und Abstimmung von Beschlüssen und Anträgen entwickelt. Damit besteht erstmals die Möglichkeit, einen Teil der Parteiarbeit auch im Internet zu organisieren.

Bei alledem wurde darauf geachtet, dass diese digitale Parteiarbeit die reale Arbeit in den Distrikten möglichst genau abbildet. Nach einer Testphase wurde die Plattform 2014 den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen vorgestellt. Vor allem die Jusos und die ASF zeigten sich sehr interessiert und arbeiten mittlerweile mit dem Tool. Der Kreis Wandsbek übernahm in Hamburg die Vorreiterrolle und fasste Ende des Jahres den Beschluss zur Neugründung eines digitalen Distrikts. Anfang 2015 konstituierte sich der Distrikt Eichtalpark und nahm seine Arbeit auf.

VORBEREITUNG AUF DIE BÜRGERSCHAFTSWAHL 2015

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf. Wir in Hamburg machten nach der Bundestagswahl 2013 sowie den Wahlen zu den Bezirksversammlungen und der Europawahl 2014 gleich weiter und planten den Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl im Februar 2015.

Das Ziel war, erneut ein starkes Mandat für die SPD zu erringen – und die Ausgangslage für uns war dabei sehr gut. Nach vier erfolgreichen Jahren in der Regierung mit Olaf Scholz als Erstem Bürgermeister und einem sozialdemokratischen Senat stand fest: Wir halten, was wir versprechen. Beispielsweise wurden die Studiengebühren abgeschafft, die fünfständige Betreuung in Kitas und Kindertagespflege wurde beitragsfrei. Und wir hatten mit einem „Vertrag für Hamburg“ den Wohnungsbau wieder in den Mittelpunkt gestellt und pro Jahr 6.000 neue Wohnungen gebaut – 2.000 von ihnen als Sozialwohnungen.

Ende des Jahres 2014 stand unsere Kampagne unter dem Claim „Hamburg weiter vorn.“ Sie wurde erneut mit Unterstützung der Agentur BUTTER erstellt. Die Landesvertreterversammlung hatte die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt – alles stand bereit für einen engagierten Wahlkampf nach den Weihnachtsferien. Die Wahl am 15. Februar 2015 hat Olaf Scholz im Amt des Ersten Bürgermeisters bestätigt.

VERANSTALTUNGEN DER LANDESORGANISATION

2013

16. Februar: Landesvertreterversammlung und außerordentlicher Landesparteitag

8. August: Wahlkampfauftakt mit Peer Steinbrück

1. November: Landesvertreterversammlung und außerordentlicher Landesparteitag

3. Dezember: Regionalkonferenz

2014

29. März: Wahlkampfauftakt zur Europawahl

12. April: außerordentlicher Landesparteitag

21. Juni: ordentlicher Landesparteitag

5. Juli: Landesvorstandsklausur

1. November: Landesvertreterversammlung mit Beschluss der Landesliste für die Bürgerschaftswahl 2015

8. November: Fachkonferenz Haushalt

13. Dezember: außerordentlicher Landesparteitag

MITGLIEDER DES LANDES- VORSTANDS 2012–2014 (GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEI- TAG AM 9. JUNI 2012)

Landesvorsitzender

Olaf Scholz

Stellvertretende Landesvorsitzende

Inka Damerau

Frank Richter

Dr. Nils Weiland

Schatzmeister

Prof. Dr. Christian Bernzen

Beisitzerinnen und Beisitzer

Ksenija Bekeris

Lars Holster

Dr. Elke Jakobowski

Elisabeth Kiausch

Sönke Klages

Dr. Michael Kleiber

Peter Maßmann

Ina Morgenroth

Anja Quast

Thomas Ritzenhoff

Wolfgang Rose

Markus Schreiber

Dr. Joachim Seeler

Sören Tomasek

Carola Veit

Aus den Kreisen

Johannes Kahrs

Milan Pein

Melanie Schlotzhauer

Ronja Schmager

Karl Schwinke

Dr. Peter Tschentscher

Ties Rabe

Aus den Arbeitsgemeinschaften

Gabi Dobusch (ASF)

Hauke Wagner (Jusos)

Rudolf Herbers (AG 60 plus)

Renate Kleinfeld (AfA)

MITGLIEDER DES LANDES- VORSTANDS 2014–2016 (GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEI- TAG AM 21. JUNI 2014)

Landesvorsitzender

Olaf Scholz

Stellvertretende Landesvorsitzende

Inka Damerau

Dr. Melanie Leonhard

Dr. Nils Weiland

Schatzmeister

Prof. Dr. Christian Bernzen

Beisitzerinnen und Beisitzer

Mark Classen

Lars Holster

Regina Jäck

Dr. Elke Jakobowski

Annkathrin Kammeyer

Elisabeth Kiausch

Sönke Klages

Peter Maßmann

Ina Morgenroth

Aydan Özoğuz

Anja Quast

Ronja Schmager

Markus Schreiber

Dr. Joachim Seeler

Sören Tomasek

Sylvia Wowretzko

Aus den Kreisen

Johannes Kahrs

Dr. Mathias Petersen

Milan Pein

Dr. Peter Tschentscher

Karl Schwinke

Ties Rabe

Frank Richter

Aus den Arbeitsgemeinschaften

Renate Kleinfeld (AfA)

Hauke Wagner (Jusos)

Petra Ackmann (ASF)

Rudolf Herbers (AG 60 plus)



LANDESORGANISATION BREMEN

START INS JAHR 2013

Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl am 20. Januar 2013 im Nachbarbundesland Niedersachsen startete die Bremer SPD optimistisch in das Bundestagswahljahr. Gastredner auf der traditionellen Jahresauftaktveranstaltung in der Schwankhalle war am 18. Januar 2013 der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Schleswig-Holstein-SPD Ralf Stegner.

BUNDESTAGSWAHL AM 22. SEPTEMBER 2013

2013 lag der Schwerpunkt der politischen Arbeit klar auf der Bundespolitik. Zunächst beteiligte sich die Landesorganisation aktiv an der Erarbeitung des Regierungsprogramms „Das WIR entscheidet“ und dann folgte ein intensiver Wahlkampf.

Das Ziel der Bremer SPD für die Bundestagswahl am 22. September 2013 hatte der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte auf dem Landesparteitag am 27. April 2013 deutlich formuliert: „Wir haben den Ehrgeiz, das beste Ergebnis aller SPD-Landesverbände einzufahren – das wollen wir schaffen, das ist eine gute Form von Wettbewerb! Im Weserstadion steht man auf, wenn man Bremer ist – am 22. September wählt man SPD, wenn man ein Bremer ist!“

Am 30. Mai 2013 machte Peer Steinbrück auf seiner Länderreise im Congress Centrum Bremen Station halt und stellte sich im „Klartext“-Format den Fragen von fast 500 Bremerinnen und Bremern. Nur wenige Tage später, Anfang Juni, freute sich die Bremer SPD über die Berufung von Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Konrektorin der Universität Bremen, in das Kompetenzteam von Peer Steinbrück für die Politikbereiche Bildung und Wissenschaft.

Das Ergebnis am Wahlabend brachte dann aber ein zwiespältiges Gefühl: Zum einen war es der Bremer SPD zwar mit 35,6 Prozent der Zweitstimmen tatsächlich wieder gelungen, das beste Ergebnis aller SPD-Landesverbände zu erreichen – gleichwohl blieb die SPD auf Bundesebene mit nur 25,7 Prozent deutlich hinter den eigenen Erwartungen zurück. Erfreulich waren die guten Erststimmenergebnisse von Carsten Sieling (37,9 Prozent) und von Uwe Beckmeyer mit einem der bundesweit besten Ergebnisse (43,9 Prozent). Beide werden die Interessen Bremens und Bremerhavens eine weitere Legislaturperiode in Berlin vertreten. Uwe Beckmeyer wurde nach der Regierungsbildung vom Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zum parlamentarischen Staatssekretär berufen.

Die Forderung nach einer Mitgliederbefragung zum Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD ging ganz wesentlich von Bremen aus. Bereits einen Tag nach der Bundestagswahl brachte der Landesvorstand einen entsprechenden Antrag an den Parteikonvent auf den Weg.

Am 29. November fand die Regionalkonferenz zum Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Bremen mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel statt; daneben organisierte der Landesvorstand einen breiten Dialogprozess mit mehreren Parteikonferenzen auf Landesebene. Die Mitgliederbefragung setzte ein hervorragendes Zeichen für die Modernität der Partei und für die Beteiligung der Mitglieder.

POLITISCHE THEMEN AUF LANDESEBENE

Wichtige Themen auf der Landesebene waren im Jahr 2013

- die Halbzweijahresbilanz der rot-grünen Landesregierung,
- die Zukunft des kommunalen Klinikverbundes (GeNo),
- der Wissenschaftsplan 2020,
- die Frage der möglichen Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung in der Stadtgemeinde Bremen.

Die drei letztgenannten Themen bildeten neben der Jugendberufsagentur und Ausbildungsgarantie sowie den Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Länderfinanzausgleich auch im Jahr 2014 die stadt- und landespolitischen Schwerpunktthemen.

Dazu gab es immer wieder Diskussionen über die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Mitte des Jahres 2014 stieß die Bürgerschaftsfraktion die bundesweit beachtete Debatte über die Beteiligung der Veranstalter (insbesondere der Deutschen Fußballliga) an den Kosten für Polizeieinsätze bei gewinnorientierten Großveranstaltungen mit hohem Risiko von gewalttätigen Auseinandersetzungen an.

RÜCKTRITT VON ANDREAS BOVENSCHULTE – WAHL VON DIETER REINKEN ZUM LANDESVORSITZENDEN

Wie ein Donnerschlag traf es die Bremer SPD, als der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte am 25. Oktober, mitten in der Phase der Koalitionsverhandlungen auf der Bundesebene und der Vorbereitung für die bundesweite Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag, seinen Rückzug vom SPD-Landesvorsitz zum Jahresende 2013 erklärte. Bovenschulte hatte sich entschieden, für das Amt des Bürgermeisters in Bremens niedersächsischer Nachbargemeinde Weyhe zu kandidieren, und wollte sich voll auf den beginnenden Bürgermeisterwahlkampf konzentrieren. Ein gutes Jahr vor der Bürgerschaftswahl war eine schnelle Personalfindung nötig. Schon am 6. Januar 2014 schlug der Landesvorstand einstimmig den Bürgerschaftsabgeordneten und früheren 1. Bevollmächtigten der IG Metall Dieter Reinken als Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden vor. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 25. Januar 2014 im Congress Centrum Bremen wurde Dieter Reinken dann von den Delegierten mit 93,3 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Zur Jahresauftaktveranstaltung am 17. Januar 2014, bei der Andreas Bovenschulte offiziell als Landesvorsitzender der Bremer SPD verabschiedet wurde, war der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil nach Bremen gekommen.



Am 5. April 2014 feierte die Bremer SPD ihr 150. Parteijubiläum im festlichen Rahmen: Fast 800 Gäste hörten die Reden vom Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, von Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen sowie vom Landesvorsitzenden Dieter Reinken und lauschten der musikalischen Begleitung der Bremer Kinder- und Jugendkantorei, des Bremer Kaffeehaus-Orchesters sowie des Spielleute-Orchesters Turn- und Rasensportverein Bremen. Foto: (SPD Bremen)

150 JAHRE SPD

Das 150. Parteijubiläum der SPD war ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Bremer SPD im Jahr 2013, die selbst erst im April 2014 ihren 150. Geburtstag feiern konnte. Die Partei nahm am Festakt am 23. Mai in Leipzig und am Deutschlandfest am 17. und 18. August in Berlin teil. Als Beitrag der Landesorganisation trat der Bremer Flo Mega mit seiner Band „The Ruffcats“ im Kulturprogramm auf. Dazu kamen die Seminarreihe „Der historische Abend“, zu deren Abschluss am 8. Mai Jens Böhrnsen und die drei ehemaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, Klaus Wedemeier und Henning Scherf zusammenkamen. Zum Abschluss des Veranstaltungsreigns wurde am 26. November das Buch „150 Jahre SPD Bremen und Bremerhaven – Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein.“ öffentlich präsentiert.

Im folgenden Jahr fand am 5. April 2014 der Festakt zum 150. Geburtstag der Bremer SPD im Congress Centrum Bremen statt. 150 Jahre zuvor, am 6. April 1864, hatte der Tischler Gustav Deckwitz in Bremen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) gegründet. Fast 800 Gäste kamen zum Festakt. Auch der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gratulierte. „Bremen ist zwar das kleinste Bundesland, dafür aber ein sozialdemokratischer Riese“, so Sigmar Gabriel in seiner Rede. Bürgermeister Jens Böhrnsen beschrieb in seiner Rede das Verhältnis von Stadt und Partei in den vergangenen 150 Jahren und für die Zukunft: „Bremen und die SPD, das passt gut zusammen – ich denke, das gehört zusammen.“

EUROPAWAHL AM 25. MAI 2014

Nach fünf Jahren ohne sozialdemokratischen Europaabgeordneten aus Bremen wurde Joachim Schuster am 25. Mai 2014 in das Europäische Parlament gewählt. Er war von Listenplatz 21 aus ins Rennen gegangen und hatte im Wahlkampf immer wieder für ein entschlossenes Eintreten gegen die in Europa grassierende Jugendarbeitslosigkeit geworben. „In den kommenden fünf Jahren werde ich meinen Beitrag leisten, um Europa

sozial und demokratisch weiterzuentwickeln und den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven stets ein verlässlicher Ansprechpartner in Brüssel sein“, so Joachim Schuster am Wahlabend.

Die Bremer SPD verbesserte ihr Ergebnis gegenüber 2009 von 29,34 Prozent auf 34,37 Prozent. Dafür hatten sie und Joachim Schuster einen intensiven Wahlkampf geführt, dessen Höhepunkt, auch wenn es spät und kalt wurde, die Veranstaltung mit dem europäischen Spitzenkandidaten Martin Schulz auf dem Bremer Marktplatz war.

LANDESPARTEITAG 2014 MIT NEUWAHL DES VORSTANDS

Noch einmal 3,2 Prozent mehr! Nach erst knapp 5 Monaten im Amt wurde Dieter Reinken am 21. Juni 2014 mit 96,5 Prozent im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Auch die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis wurden wiedergewählt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettierten die ebenfalls bestätigte Petra Krümpfer als Schatzmeisterin und die als Schriftführerin neugewählte Gisela Schwellach.

GRÜNDUNG SOZIALBEIRAT

Auf seiner konstituierenden Sitzung beschloss der neue SPD-Landesvorstand, nach dem Beispiel des Gewerkschaftsrates, die Einrichtung eines Sozialbeirates, um eine bessere Anbindung der Sozialverbände an die Partei zu organisieren und eine Plattform für einen kontinuierlichen Dialog zu schaffen.

VORBEREITUNG AUF DIE BÜRGERSCHAFTSWAHL 2015: REGIERUNGSPROGRAMM, AUFSTELLUNG DER KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Unmittelbar nach der Europawahl begann in den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und zu den Beiräten in Bremen. Am 25. September 2014 wurde Bürgermeister Jens Böhrnsen auf einem Landesparteitag zum Spitzenkandidaten der Bremer SPD für



Am 25. Januar 2014 wurde Dieter Reinken mit 93,3 Prozent zum neuen Vorsitzenden der SPD-Landesorganisation Bremen gewählt, nachdem Andreas Bovenschulte im Oktober 2013 seinen Rücktritt zum Jahresende angekündigt hatte. (Foto: Markus Hibbeler)



Zukunftskongress „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ zum Regierungsprogramm 2015 – 2019: Vier parallele Dialogforen in einer Halle – wie kann das funktionieren? Die Kommunikation erfolgte über Mikrofone, Empfänger und Kopfhörer – ein sehr innovatives Format. (Foto: SPD Bremen)

die Bürgerschaftswahl gewählt, er erhielt 97,3 Prozent der Stimmen. Die Listenvorschläge für die Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahl Bremerhaven wurden zwischen dem 11. und dem 25. Oktober 2014 in den drei Unterbezirken nominiert und auf den Wahlbereichskonferenzen am 18. bzw. 20. November 2014 endgültig beschlossen. Zwischen dem 10. November und 7. Dezember 2014 wurden erstmalig ausschließlich in Mitgliederversammlungen in den jeweiligen Beiratsgebieten die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl der Bremer Beiräte aufgestellt, was eine deutliche Stärkung der Rechte des einzelnen Mitglieds bedeutete.

Die Satzung der Landesorganisation Bremen sieht jetzt vor, dass für alle Wahlen im Land Bremen geschlechter-paritätische Listen aufgestellt werden müssen – solange Kandidaturen beider Geschlechter vorliegen. Im Wahlbereich Bremen gelang es, zur Bürgerschaftswahl eine abwechselnde Liste von Frauen und Männern vom ersten bis zum letzten Listenplatz aufzustellen.

Auf der konstituierenden Klausurtagung vom 11. bis 13. Juli in Verden und Etelsen beschloss der neue Landesvorstand die Grundausrichtung für den Bürgerschaftswahlkampf. Außerdem startete er mit der Diskussion von ersten Thesen den dialogorientierten Prozess für die Erarbeitung des Regierungsprogramms 2015 – 2019 für das Land Bremen. Das breite Beteiligungsangebot richtete sich sowohl an die Partei als auch an die interessierte Öffentlichkeit, u.a. mit einem Internetforum und dem Zukunftskongress „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ am Nikolaustag (6. Dezember 2014) in der Messe Bremen.

VORSTAND DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN
(GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 21. JUNI 2014 IN BREMEN-STADT)

Vorsitzender

Dieter Reinken MdBB – seit 25. Januar 2014
Andreas Bovenschulte – bis 31. Dezember 2013

Stellvertretende Vorsitzende

Sarah Ryglewski MdBB
Elias Tsartilidis MdBB

Schatzmeisterin

Petra Krümpfer MdBB

Schriftführerin

Gisella Schwellach

Beisitzerinnen und Beisitzer

Sascha Karolin Aulepp
Maike Baasen
Karl Bronke
Arno Gottschalk MdBB
Wolfgang Grotheer
Rainer Hamann MdBB
Kerstin Imrie
Brigitte Lückert
Dennis van der Kamp
Nicoletta Witt
Wencke Wolak

Geschäftsführer

Roland Pahl



LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

LANDESPARTEITAG 2014

Ein ordentlicher Landesparteitag mit Neuwahl des Landesvorstandes der SPD Niedersachsen fand am 26. April 2014 in Oldenburg statt. Der Parteitag gedachte zu Beginn dem genau ein Jahr zuvor im Dienst erschossenen Genossen und Landrat Rüdiger Butte aus Hameln. Eine Spendensammlung für eine Kinder- und Jugendeinrichtung, die dem Verstorbenen besonders am Herzen gelegen hatte, erbrachte auf dem Parteitag 2.222,22 Euro.

In seinem Bericht ging Landesvorsitzender und Ministerpräsident Stephan Weil vor allem auf das erste Regierungsjahr der neuen rot-grünen Landesregierung ein. Die Energiewende sei gerade für Niedersachsen von großer Bedeutung. Neben der Wirtschaftspolitik werde sich die Landesregierung in besonderem Maße um den Ausbau der Bildung kümmern. Hierzu gehörten vor allem die Abschaffung der Studiengebühren und der verstärkte Ausbau von Ganztagschulen. In seinem Leitantrag beschloss der Parteitag eine umfassende Bestandsaufnahme und Zielbeschreibung für die niedersächsische Landespolitik in den Jahren 2013 bis 2018.

Bei der Wahl des Landesvorstandes gab es nur wenige Veränderungen. An der Spitze wurden Stephan Weil als Vorsitzender und als Stellvertreterinnen und Stellvertreter Daniela Behrens (Bez. Nord-Niedersachsen), Petra Emmerich-Kopatsch (Bez. Braunschweig), Olaf Lies (Bez. Weser-Ems), Gabriele Lösekrug-Möller (Bez. Hannover) und Johanne Modder (Bez. Weser-Ems) in ihren Ämtern bestätigt.

Der Parteitag beschloss, zukünftig einen Preis für beste Beiträge gelebter Willkommenskultur auszusprechen. Dieser richtet sich an alle Gliederungen der Partei, die sich in besonderer Weise darum bemühen, Menschen mit Migrationshintergrund in die politische Arbeit einzubeziehen und sie als Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Gesucht werden besondere Ideen, Projekte und Aktionen, die auch als Anregung für andere dienen können. Dieser mit je 500 Euro dotierte Preis wurde erstmalig auf dem Landesparteirat am 30. Mai 2015 an drei Preisträger verliehen.

Darüber hinaus hob der Landesparteitag in einer Resolution die besondere Bedeutung der Europawahl am 25. Mai 2014 hervor und rief alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an dieser Wahl auf.

Beschlossen wurde außerdem eine Satzungsänderung, die eine Neuausrichtung des Landesparteirates Niedersachsen – dem „Kleinen Landesparteitag“ – vorsah. Gemäß dieser Satzungsänderung ist der Landesparteirat nun auch beschlussfassend

des Gremiums, wobei er sich vordringlich um spezifisch niedersächsische Themen kümmern soll. Der Landesparteirat verfügt gemäß dieser Satzungsänderung – anders als bisher – über keinen eigenen Vorstand. Er kommt mindestens einmal jährlich zusammen in den Jahren, in denen ein Landesparteitag stattfindet. In den anderen Jahren sind mindestens zwei Zusammenkünfte vorgesehen. Der Landesparteirat setzt sich aus 100 Delegierten zusammen, also aus halb so vielen wie der Landesparteitag. Als stimmberechtigte Mitglieder kommen in beiden Gremien die ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes hinzu.

DETLEF TANKE ERSTER GENERALSEKRETÄR DER SPD NIEDERSACHSEN

Im April 2013 wurde Detlef Tanke MdL als erster Generalsekretär der SPD Niedersachsen im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Landesvorsitzender Stephan Weil erklärte, seine vielfältigen Verpflichtungen als neuer niedersächsischer Ministerpräsident hätten ihn bewogen, die Einrichtung der Funktion eines Generalsekretärs anzuregen. Zunächst übernahm Detlef Tanke die Aufgabe kommissarisch auf Beschluss des SPD-Landesvorstandes.

Zum ersten Mal ordentlich als Generalsekretär gewählt, wurde Detlef Tanke auf dem Landesparteitag am 26. April 2014. Detlef Tanke betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, Ideen und Wünsche aus der Partei zu sammeln und ihnen Gehör auf Landesebene der Partei zu verschaffen. Ein besonderes Augenmerk will er zudem auf die Mitgliederwerbung richten. Als wichtige Zielgruppen nennt der Generalsekretär hierbei u.a. Frauen sowie Migrantinnen und Migranten.



Generalsekretär Detlef Tanke (Foto: SPD Niedersachsen)

Detlef Tanke stammt aus dem Bezirk Braunschweig und trat 1977 in die SPD ein. Beruflich führte ihn sein Weg über verschiedene Stationen im Wolfsburger Volkswagenwerk auf die Stelle als Fachreferent im Personalwesen des Werkes Salzgitter. 1994 wurde er von seinen Kolleginnen und Kollegen des Motorenwerkes in den Betriebsrat gewählt, dessen zweiter Vorsitzender er von 1998 bis März 2008 war.

Seit dem 26. Februar 2008 gehört Detlef Tanke dem Niedersächsischen Landtag an. Von 2008 bis 2013 war er zudem stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und umweltpolitischer Sprecher. Neben seiner Landtagsarbeit liegt ihm vor allem die Kommunalpolitik am Herzen. Bereits seit 1981 gehört er dem Rat seiner Heimatgemeinde Hillerse an, seit 1996 als dessen ehrenamtlicher Bürgermeister. Ebenfalls seit 1981 ist er Kreistagsabgeordneter des Landkreises Gifhorn.

VIERTER KOMMUNALKONGRESS NIEDERSACHSEN

Auch der vierte Kommunalkongress war wieder ein voller Erfolg. Am 29. März 2014 nahmen etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Veranstaltung teil und stellten damit erneut unter Beweis, dass dieses Angebot auf landesweites Interesse stößt. Nach einer Rede des SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil über das erste Jahr der rot-grünen Regierungszeit stellte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi die besondere Bedeutung der Kommunalpolitik für den politischen Gesamtzusammenhang heraus.

Anschließend teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf drei Foren auf. Zum Thema „Stärkung der Regionen“ informierten und diskutierten unter der Leitung von Bernd Lange MdEP die Regionalbeauftragten Karin Beckmann (Leine-Weser), Franz-Josef Sickelmann (Weser-Ems) und Matthias Wunderling-Weilbier (Braunschweig). „Endlich gute Ganztagschule“ lautete der Titel des zweiten Forums. Auf dem Podium standen die AFB-Landesvorsitzende Elke Tonne-Jork (Forumsleitung), Kultusministerin Frauke Heiligenstadt, die Landeselternratsvorsitzende Sabine Hohagen und Laatzens 1. Stadtrat Arne Schneider. Das Thema des dritten Forums lautete „Energiewende und Netzausbau“. Fachkundige Referentinnen und Referenten waren Matthias Groote MdEP (Forumsleitung), Hannovers Regionspräsident Hauke Jagau, der ehemalige Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie Dietmar Schütz und die Geschäftsführerin der Stadtwerke Hameln Susanne Treptow. Den Schluss der Konferenz bildete ein Kurzbericht aus den drei Foren für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

LANDESPARTEIRAT 2014 NIEDERSACHSENS SPD SETZT SICH FÜR MEHR BÜRGERBETEILIGUNG EIN

Bereits wenige Wochen nach ihrem ordentlichen Landesparteitag kamen die Delegierten der SPD Niedersachsen am 19. Juli 2014 zu einer ersten Sitzung des mit neuen Rechten ausgestatteten Landesparteiates zusammen. Hintergrund war, dass auf dem Landesparteitag aus Zeitgründen bei weitem nicht alle Anträge beraten werden können. Diese nicht behandelten Anträge waren deshalb an den Landesparteirat überwiesen worden.

So standen vor allem die Themen Gesundheit/Soziales und Kommunales/Innenpolitik im Mittelpunkt der Aussprache. Beschlossen wurde u.a. die Forderung, dass sich Bürgerinnen und Bürger künftig stärker politisch beteiligen können müssten. Landesvorsitzender und Ministerpräsident Stephan Weil erklärte hierzu: „Bürgerbeteiligung trägt zu mehr Demokratie in der Politik bei, deshalb werden wir die Beteiligungsquoten senken.“

Die Delegierten des Landesparteiates diskutierten auch über eine Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten bei ihren Einsätzen. In einem Antrag wurde der Kurs der SPD-geführten Landesregierung gestützt, die Gespräche mit den Polizeigewerkschaften zu dieser Thematik fortzusetzen.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

In Niedersachsen organisieren sich die Arbeitsgemeinschaften weiterhin entweder auf Bezirks- oder auf Landesebene. Im Berichtszeitraum sind die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) seit dem 1. Juni 2013 und AG Selbst Aktiv seit dem 10. Februar 2014 hinzugekommen.

Die Arbeitsgemeinschaften, die sich auf Bezirksebene organisieren und dort ihre Vorstände wählen (AGS, AfA, ASF, ASG, AG Selbst Aktiv, AG 60 plus), treffen sich auf Landesebene in Landesausschüssen. In diese entsenden sie zum Zwecke des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausches Vertreterinnen und Vertreter aus den vier Bezirken.

Einen Landesverband bilden die Arbeitsgemeinschaft der Jusos, der AFB und der ASJ.

Alle im Landesverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften entsenden ein beratendes Mitglied in den SPD-Landesvorstand.

Liste der im Landesverband Niedersachsen in den Jahren 2013/14 bestehenden Arbeitsgemeinschaften mit ihren jeweiligen Sprecherinnen und Sprechern bzw. Vorsitzenden

- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Sprecher: Markus Binkmann MdL, Hans-Jürgen Licht
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Sprecherin: Annegret Ihbe
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), Sprecher: Andreas Hammer-schmidt
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), Vorsitzende: Elke Tonne-Jork
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ), Vorsitzender: Robert Nicholls
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS), Sprecher: Prof. Dr. Michael Hamann
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos), Vorsitzende: Benjamin Köster, Knud Hendricks
- Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Sprecher: Karl Finke
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Sprecherin und Sprecher: Renate Mögling, Rainer Knop, Wolfgang Welge

WAHLKRIMI – VOM WAHLABEND BIS ZUR BILDUNG DER LANDESREGIERUNG

Zu einem beispiellosen Krimi entwickelte sich der Wahlabend am 20. Januar 2013. In einem bislang noch nicht erlebten Hin und Her lag mal das rot-grüne, mal das schwarz-gelbe Lager in der Wahlberichterstattung vorn. Schließlich siegte die rot-grüne Allianz mit einem Mandat Vorsprung im Niedersächsischen Landtag.

Ein besonders erfreuliches Ergebnis dieser Wahl war die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung um 2,3 Prozent gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl anstieg. Dennoch kann eine Wahlbeteiligung von knapp 60 Prozent nicht zufriedenstellen.

Dem neuen Parlament gehören vier Parteien an: SPD und Grüne, CDU und FDP. Die SPD konnte 2,3 Prozent und die Grünen sogar 5,7 Prozent hinzugewinnen. Die SPD erzielte 32,6 Prozent, die Grünen 13,7 Prozent. Die CDU musste herbe Verluste in Höhe von 6,5 Prozent hinnehmen, die zum Teil bei der FDP landeten, welche mit 9,9 Prozent ein unerwartet gutes Ergebnis verbuchte. Die Linke verpasste mit 3,1 Prozent klar den erneuten Einzug in das niedersächsische Landesparlament und die Piraten verfehlten ihr Wahlziel mit lediglich 2,1 Prozent deutlich.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen verliefen konstruktiv, harmonisch und vertraulich. Nur so ist es zu erklären, dass die eigentlichen Koalitionsgespräche in nur acht Tagen eine Einigung auf einen mit 96 Seiten recht überschaubaren Koalitionsvertrag erbrachten. Die SPD musste keine substanziellen Abstriche

gegenüber ihrem Regierungsprogramm vornehmen. Die große Einigkeit und Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen kam auch in der abschließenden Entscheidung beider Parteien über das erreichte Vertragswerk zum Ausdruck. Auf parallelen Parteitagen vier Wochen nach der Wahl beschlossen SPD und Grüne jeweils einstimmig die erarbeitete Vereinbarung – Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit für die anstehenden fünf Jahre.

Dass die Koalition auch tatsächlich im Landtag fest zusammenstehen würde, konnte sie wenige Tage später bei der ersten geheimen Abstimmung im Landtag beweisen: Stephan Weil wurde mit allen 69 Stimmen der Regierungsparteien gegen das geschlossene Nein der 68 Oppositionsvertreter zum Ministerpräsidenten gewählt. Einmütig konnte auch die Ressortverteilung geregelt werden. Alle sozialdemokratischen Ministerien werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geführt: Finanzen – Peter-Jürgen Schneider; Kultus – Frauke Heiligenstadt; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Olaf Lies; Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Cornelia Rundt; Inneres und Sport – Boris Pistorius.

An die Grünen gingen die Ministerien für „Justiz“, „Wissenschaft und Kultur“, „Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ sowie „Umwelt, Energie und Klimaschutz“.



Landtagswahl am 20. Januar 2013 – Alle feiern den strahlenden Sieger Stephan Weil. (Foto: SPD Niedersachsen)

Die neue Landesregierung Niedersachsens blickt inzwischen auf eine erfolgreiche Amtszeit zurück. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit lag von Beginn an auf dem Ausbau im Bereich Bildung. Schon im ersten Jahr wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 420 Millionen Euro beschlossen, die u.a. in den weiteren Ausbau von Krippen und Ganztagschulen sowie in Qualitätsverbesserungen im Bereich schulischer Bildung investiert werden. Ein weiteres zentrales Vorhaben wurde ebenfalls umgehend angepackt: Die Abschaffung der Studiengebühren, damit auch in Niedersachsen nicht mehr der Geldbeutel über die Aufnahme eines Studiums entscheidet.

Auf dem Feld der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wurde sehr schnell von der neuen Landesregierung ein Landesvergabegesetz auf den Weg gebracht, das die Tariftreue für öffentliche Aufträge – im Vorgriff auf die bundesweite Gesetzgebung – einen Mindestlohn von 8,50 Euro regelt. Große Anstrengungen unternimmt das Land außerdem seit Regierungsbeginn, um das Problem des Werkvertrags-Missbrauchs zu bekämpfen.

Einen Paradigmenwechsel leitete die neue Landesregierung im Bereich der Flüchtlingspolitik ein. Dazu gehörten die Beendigung der herzlosen Abschiebeverfahren, die Abschaffung der menschenunwürdigen Gutscheinpraxis und eine Reform der Flüchtlings-Härtefallkommission. Weitere wichtige Impulse setzte die neue Landesregierung zudem bei der Stärkung der Regionen des Flächenlandes Niedersachsens durch Einsetzung sogenannter Landesbeauftragter, durch zusätzliche Anstrengungen, um die medizinische Versorgung auch auf dem Lande zu sichern und das Wohnen im Alter zu verbessern.

GEDENKEN

Auch in den Jahren 2013 und 2014 haben wir wieder verdiente und langjährige Genossinnen und Genossen durch Tod verloren. Wir gedenken der Verstorbenen aus dem SPD-Landesverband Niedersachsen und möchten drei von ihnen nennen:

Helmut Kasimier, Hannover, von 1963 bis 1986 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages, von 1967 bis 1974 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag und von 1974 bis 1976 niedersächsischer Finanzminister, geb. 17.10.1926, gest. 16.04.2013

Rüdiger Butte, seit 1986 Ratsherr in Negenborn im Landkreis Holzminden, 2004 zum ersten hauptamtlichen Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont gewählt, wiedergewählt im Jahre 2011, geb. 17.05.1949, im Dienst im Kreishaus in Hameln erschossen am 26.04.2013

Hans-Werner Pickel, Marienhefe, von 1978 bis 1998 SPD-Geschäftsführer, anschließend bis 2008 Mitglied des Niedersächsischen Landtages, geb. 23.02.1948, gest. 19.01.2014

Die drei Genossen stehen beispielhaft für zahlreiche ehemalige Weggefährterinnen und -gefährten, die wir durch Tod verloren haben. Partei und Gesellschaft haben ihnen viel zu verdanken.

LANDESLISTE ZUR BUNDESTAGSWAHL VERABSCHIEDET

Genau 99 Tage vor der Bundestagswahl beschloss eine Delegiertenkonferenz der SPD Niedersachsen am 15. Juni 2013 in Walsrode mit sehr großer Mehrheit ihre Landesliste für die Bundestagswahl 2013. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel MdB (Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel) führte die Landesliste an, ihm folgten Gabriele Lösekrug-Möller MdB (Wahlkreis Hameln-Pyrmont / Holzminden), der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann MdB (Wahlkreis 51, Göttingen), Susanne Mittag MdB (Wahlkreis 28, Delmenhorst-Wesermarsch / OL-Land) und Hubertus Heil MdB (Wahlkreis 45, Gifhorn-Peine).

REGELMÄßIGER AUSTAUSCH ZWISCHEN LANDES- UND KOMMUNALPOLITIK

Seit Übernahme der Landesregierung durch die SPD setzt die Landespartei gemeinsam mit Landtagsfraktion und Regierungsmitgliedern auf einen kontinuierlichen Dialog mit den sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Bei einem Treffen am 25. Oktober 2014 in Hannover diskutierten Verantwortliche beider Ebenen unter anderem über das neue niedersächsische Schulgesetz, das Landes-Raumordnungsprogramm, die Unterbringung von Flüchtlingen sowie über ein neues Personalvertretungsgesetz. Als Gesprächspartner und Referenten standen Ministerpräsident Stephan Weil, Innenminister Boris Pistorius, die SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Johanne Modder, der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Watermann und der SGK-Landesvorsitzende Franz Einhaus Rede und Antwort.

EUROPAWAHLKAMPF: MARTIN SCHULZ WIRBT FÜR EIN BESSERES EUROPA

Rund 1.500 Menschen kamen am 20. Mai 2014, wenige Tage vor dem Europa-Wahltag, zur Open-Air-Veranstaltung mit dem SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz. In seiner Begrüßung erklärte Landesvorsitzender Stephan Weil, Niedersachsen profitiere in hohem Maße von Europa – und das nicht nur wirtschaftlich, aufgrund der hohen Exporte, sondern auch durch die Förderung zahlreicher Projekte und Programme. Vor allem aber sichere Europa seit Jahrzehnten den Frieden.

Martin Schulz versprach in seiner Rede, sich vordringlich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anzunehmen: „Ich werde den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum der Arbeit der EU-Kommission stellen.“ Martin Schulz warb zudem mit Nachdruck da-

für, Europa demokratischer, transparenter und gerechter zu machen. „Deshalb will ich Steuerschlupflöcher für Millionäre und internationale Konzerne schließen. Dazu will ich ein einfaches Prinzip einführen: das Land des Profits ist das Land der Steuern. Warum soll für Konzerne nicht gelten, was für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstverständlich ist?“

Zeitgleich mit der Europawahl am 25. Mai 2014 fanden in 215 niedersächsischen Landkreisen, Städten und Gemeinden die Wahlen von hauptamtlichen Landräten, Oberbürgermeisterinnen und -meistern sowie Bürgermeisterinnen und -meistern statt. 14 Tage später gab es überall dort eine Stichwahl, wo die Wahl im ersten Wahlgang nicht mit der absoluten Mehrheit entschieden wurde. In der Region Hannover, in den Städten Braunschweig, Delmenhorst und Göttingen konnten die SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten das Rennen spätestens im zweiten Wahlgang für sich entscheiden. Niedersachsens jüngster Bürgermeister wurde mit gerade einmal 28 Jahren der SPD-Mann Nils Anhuth – und das sogar in Barßel, einer Gemeinde im tiefschwarzen Landkreis Cloppenburg.



Vor der Rede von Martin Schulz heizt die Frauenband „Venusbrass“ schon mal ordentlich ein. (Foto: SPD Niedersachsen)

AUF DER HÖHE DER ZEIT – INTERNETAKTIVITÄTEN DER SPD NIEDERSACHSEN

Mit dem Content-Management-System (CMS) steht der SPD in Niedersachsen seit 2001 ein auf hohem technischen Niveau arbeitendes Redaktionssystem zur Verfügung, das es Gliederungen und Einzelpersonen ermöglicht, eigene Internetauftritte zu erstellen. Derzeit werden 1.321 Domains (Zuwachs im Berichtszeitraum um ca. 150 Domains seit Juli 2012) verwaltet, hinter denen sich nahezu 850 eigenständige Internetauftritte verbergen. Die letzte große Weiterentwicklung gab es im Frühsommer 2013. Der Landesverband führte das „responsive Webdesign“ ein, mit dessen Hilfe es möglich wird, Websites auf allen mobilen Endgeräten (Tablet, Smartphone etc.) optimal darzustellen.

Zu zentralen Großveranstaltungen wie Landesparteitagen oder Kundgebungen schalten wir einen „Kampagnenkanal“. Hier können wichtige Inhalte (Beschlüsse, Reden, Bilder etc.) der jeweiligen Veranstaltung zeitlich befristet hinterlegt werden. Außerdem werden Veranstaltungen auf einem qualitativ sehr hohen Niveau live online übertragen. Dies sorgt für eine deutlich bessere Verbreitung.

Das Politikportal www.entdecke-niedersachsen.de wurde zum Wahlportal erweitert. So konnten sich auf dieser zentralen Internetseite alle Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl ausführlich präsentieren. Die Inhalte wurden dabei aus unterschiedlichen Quellen hinzugefügt, so dass es ein breites Informationsangebot gab.

In das Bildungsprogramm der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen (PBN) wurden verstärkt onlinespezifische Angebote aufgenommen. Dies gilt auch für die Qualifizierungsangebote für Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten. Im Rahmen von Wahlkämpfen erhalten Kandidierende (aber auch frisch gewählte

Abgeordnete) konzeptionelle Unterstützung für ihre Online-Aktivitäten.

Im Frühjahr 2014 fanden in allen vier Bezirken Webmasterkonferenzen statt, in deren Mittelpunkt die digitale Rückschau auf die vergangenen Wahlen stand sowie die immer komplexer werdenden daten- und urheberrechtlichen Bedingungen im Internet, die vor allem ehrenamtlich Aktive vor immer neue Herausforderungen in der täglichen Onlinearbeit stellen.

PORTALE UND SOZIALE NETZWERKE DER SPD NIEDERSACHSEN

- www.spd-niedersachsen.de
- www.entdecke-niedersachsen.de
- www.facebook.com/spdnds
- www.twitter.com/spdnds

LANDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 26. APRIL 2014)

Vorsitzender
Stephan Weil

Stellvertretende Landesvorsitzende
Daniela Behrens
Petra Emmerich-Kopatsch
Olaf Lies
Gabriele Lösekrug-Möller
Johanne Modder

Generalsekretär
Detlef Tanke

Schatzmeister
Dieter Möhrmann

Beisitzerinnen und Beisitzer
Kristina Hake
Frauke Heiligenstadt
Knud Hendricks
Hauke Jagau
Lars Klingbeil
Benjamin Köster
Laura Letter
Dirk-Ulrich Mende
Matthias Miersch
Hanna Naber
Carola Reimann
Nilgün Sanli
Astrid Schlegel
Katja Schoner
Andrea Schröder-Ehlers
Jenna Schulte
Ulrich Watermann
Gerd-Ludwig Will

Landesgeschäftsführer und Landesgeschäftsführerinnen
Michael Rüter – bis 19. Februar 2013
Heike Werner – bis 14. August 2014
Remmer Hein – kommissarisch bis 31. Oktober 2014
Katy Hübner – ab 1. November 2014

Revisorinnen und Revisoren
Rolf Hojnatzky
Christina Jantz
Ute Johanns
Diethard Karau



BEZIRK BRAUNSCHWEIG

DIE POLITISCH-ORGANISATORISCHE TÄTIGKEIT DES BEZIRKSVORSTANDES UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem Bezirksparteitag am 27. April 2013 in der Stadthalle Gifhorn liegen wieder zwei Jahre mit herausragenden Ereignissen hinter uns. Im Mai 2013 begann die Vorbereitung des Jubiläumsjahres 150 Jahre SPD. Die Vorbereitung zum Bundestagswahlkampf und zur Bundestagswahl am 22. September 2013 begann mit der Bezirksdelegiertenkonferenz zur Beschlussfassung über die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag. Highlight des Wahlkampfes war dann die „Klartext“-Open-Air-Veranstaltung unter dem Schirm auf dem Schlossplatz Braunschweig mit Sigmar Gabriel und Roland Kaiser.

Wie bei fast allen Wahlen in den vergangenen Jahrzehnten hat unser Bezirk im Vergleich zu den anderen Bezirken in Niedersachsen erneut am Besten abgeschnitten. Unsere Kandidaten Dr. Carola Reimann (Braunschweig), Sigmar Gabriel (Salzgitter-Wolfenbüttel-Vorharz), Hubertus Heil (Gifhorn-Peine) und Dr. Wilhelm Priesmeier (Goslar, Harz, OHA und Northeim) konnten ihre Wahlkreise alle in direkter Wahl gewinnen, während Achim Barchmann (Helmstedt-Wolfsburg) über die Landesliste der SPD wieder in den Deutschen Bundestag einzog.

ERGEBNISSE DER BUNDESTAGSWAHL

Die Ergebnisse der anschließenden Koalitionsverhandlungen wurden im Bezirk Braunschweig in einer „Basiskonferenz“ mit unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel diskutiert. Das folgende Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag endete am 6. Dezember mit einer deutlichen Zustimmung zur Koalitionsvereinbarung mit der CDU/CSU – die Große Koalition konnte die Arbeit aufnehmen. Der Bezirk Braunschweig ist sowohl in der Bundesregierung als auch in der SPD-Bundestagsfraktion stark vertreten: Sigmar Gabriel als Parteivorsit-



Auftaktveranstaltung von Sigmar Gabriel zum Bundestagswahlkampf 2013 in Wolfenbüttel (v.l.n.r.: Leonard Lansink, Ingo Appelt, Sigmar Gabriel, Falk Hensel, Marcus Bosse, Christiana Steinbrügge und Michael Letter) (Foto: SPD Braunschweig)



Auszählung des Mitgliedervotums in Berlin, aus dem Bezirk Braunschweig dabei u.a.: Hans-Henning Schridde, Laura Letter und Dirk Rolle (Foto: SPD Braunschweig)

zender, Wirtschaftsminister sowie Vize-Kanzler und auch Hubertus Heil und Dr. Carola Reimann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Wirtschaftspolitik sowie Arbeit und Soziales sind ein „starkes Pfund“ auf der Bundesebene. Achim Barchmann setzt sich vor allem für den interkulturellen Dialog ein und wird für sein Engagement in der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung geschätzt.

EUROPAWAHL 2014

Danach folgte die Vorbereitung zur Europawahl am 25. Mai 2014 und verschiedener Direktwahlen in Städten und Gemeinden. Leider ist es bei der Europawahl erneut nicht gelungen, unsere SPD-Kandidatin aus dem Bezirk Braunschweig als Abgeordnete für das Europaparlament durchzusetzen. Da die Bundesliste nicht soweit zog, konnten wir auch kein Abgeordnetenmandat über die Liste erringen. Unsere Direktkandidatin Annegret Ihbe, ihr sog. „Huckepackkandidat“ Henning Franke aus Bad Harzburg und unser zwei-

ter Kandidat auf der Bundesliste Matthias Wehrmeyer sowie seine Ersatzkandidatin Miriam Riedel-Kielhorn, beide aus Peine, haben einen engagierten und kreativen Wahlkampf geführt. Der Wahlkampf ist auch auf der Homepage von Annegret Ihbe dokumentiert: <http://annegret-ihbe.de>

Bei mehr als 120 Veranstaltungen und Aktionen der SPD, auf zahlreichen Podiumsdiskussionen und in vielen Veröffentlichungen in den Medien konnte man sie treffen und sich davon überzeugen, dass sie mit großem Elan und Engagement bei der Sache waren. Die Europaveranstaltung mit Martin Schulz in Salzgitter war dabei der Höhepunkt. Für ihren großen Einsatz danken wir Annegret und allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern.

DIREKTWAHLEN IN GROßSTÄDTEN, LANDKREISEN UND GEMEINDEN

Auch in den Jahren 2013 und 2014 wurden in direkten Wahlen neue Hauptverwaltungsbeamte (hauptamtliche Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister) gewählt. Solche Neuwahlen finden entweder turnusgemäß statt oder sie kommen u.a. zustande, wenn amtierende Beamte aus Altersgründen, aus Gesundheitsgründen oder wegen eines Amtswechsels, z.B. in die Landesregierung, aus dem Amt ausscheiden.

Für uns im SPD-Bezirk Braunschweig waren die Wahlen alle sehr wichtig und wir haben sie nach besten Kräften unterstützt. Einige wollen wir besonders hervorheben:

- Die Stadt Braunschweig hat mit Ulrich Markurth endlich wieder einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Bereits im ersten Wahlgang erhielt er 46 Prozent der Stimmen, obwohl er gegen 5 weitere Kandidaten antrat. Die Stichwahl brachte dann eine klare Entscheidung: Ulrich Markurth erhielt 66 Prozent der Stimmen – ein überwältigendes Ergebnis.
- In der Stadt Salzgitter und in der Stadt Wolfenbüttel konnten sich unsere SPD-Kandidatinnen leider nicht gegen die erneut zur Wahl stehenden Amtsinhaber durchsetzen. Es gab keine Stichwahlen.
- Sehr erfreulich waren die Landratswahlen in den Landkreisen Wolfenbüttel und Goslar, wo sich unsere SPD-Kandidatin Christiana Steinbrügge in Wolfenbüttel und unser SPD-Kandidat Thomas Brych in Goslar durchsetzten.
- Nach zwei Amtsperioden schied unsere Genossin Marion Lau als Landrätin des Landkreises Gifhorn aus dem Amt. Bei den folgenden Neuwahlen konnte sich der CDU-Kandidat knapp durchsetzen.

In folgenden Gemeinden und Samtgemeinden wurden hauptamtliche Bürgermeister gewählt:

- Samtgemeinde Elm-Asse, Landkreis Wolfenbüttel: Regina Bollmeier, SPD
- Gemeinde Cremlingen, Landkreis Wolfenbüttel: Detlef Katz, SPD
- Samtgemeinde Oderwald, Landkreis Wolfenbüttel: Lars Lohmann, parteilos
- Gemeinde Vechelde, Landkreis Peine: Ralf Werner, SPD
- Gemeinde Hohenhameln, Landkreis Peine: Lutz Erwig, SPD
- Gemeinde Sassenburg, Landkreis Gifhorn: Volker Arms, SPD

Wir wünschen allen neugewählten Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern bei der Ausführung ihres Amtes viel Erfolg und eine glückliche Hand.

Nach dem Bezirksparteitag 2013 hat der neue Bezirksvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Unterbezirke folgende weitere Aktivitäten beraten, beschlossen und durchgeführt:

Vom 14. bis 15. Februar 2014 fand die jährliche Klausurtagung in Königslutter mit Doris Schröder-Köpf statt, im Herbst 2014 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu den Verhandlungen über

das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) unter dem Titel „Chancen und Risiken für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ im Dr. Heinrich Jasper Saal in Braunschweig. Am 13. Februar 2015 lud der Bezirk zu einer großen regionalen Struktur- und Wirtschaftskonferenz nach Salzgitter ein.



Regionale Struktur- und Wirtschaftskonferenz in Salzgitter, v.l.n.r.: Dr. Jens Sprotte, Fritz Rössig, Eckhard Sudmeyer, Detlef Ahting, Julius von Ingelheim, Hubertus Heil, Matthias Wunderling-Weilbier, Petra Emmerich-Kopatsch, Prof. Dr. Andreas Rausch, Prof. Dr.-Ing. Gert Biker, Hartwig Erb (verdeckt), Dr. Wolf-Michael Schmid und Detlef Tanke (Foto: SPD Braunschweig)

Die Klausurtagung 2015 fand am 13./14. Februar 2015 in Salzgitter mit Yasmin Fahimi statt. 2015 wird auch wieder im Zeichen eines historischen Jubiläums stehen: „150 Jahre SPD im Braunschweiger Land“ wird mit einem ganztägigen Kolloquium zur regionalen Parteigeschichte am 18. April und der am 6. September geplanten Jubiläumsveranstaltung in den Räumen der ehemaligen Braunschweiger Pantherwerke gefeiert werden.

Die Fortsetzung der Bildungsarbeit in der Kommunalakademie und die Weiterentwicklung der Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen wird die Vorbereitung der Kommunalwahl 2016 als Schwerpunkt haben.

Zwei weitere Ereignisse im Berichtszeitraum, die im Jahr 2014 stattfanden: Die Sanierung der Büroetage und des Dr. Heinrich Jasper Saals inklusive einer neuen Technikausstattung in der Schloßstraße 8 sowie der Wechsel der leitenden Geschäftsführung von Hans-Henning Schridde zu Dirk Roller im Juli 2014 sollen hier ebenfalls erwähnt werden.



Yasmin Fahimi unterstützt Ulrich Markurth im Oberbürgermeisterwahlkampf (Foto: SPD Braunschweig)

150 JAHRE SPD – ERINNERN UND FEIERN

Vor mehr als 150 Jahren wurden die ersten Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ADAV gegründet. Sie waren die ersten Vorläufer von SPD-Ortsvereinen. Das Jahr 1863 ist also das Gründungsjahr der SPD. Somit konnten wir im Jahr 2013 das 150-jährige Bestehen der SPD in Deutschland feiern. Der Parteivorstand hat zur Planung und Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten ein eigenes Referat eingerichtet. Dieses Referat hat eine Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen initiiert und auch uns im Bezirk Braunschweig intensiv unterstützt.

Der Bezirksvorstand hat unseren Ehrenvorsitzenden Gerhard Glogowski beauftragt, für den Bezirk als Jubiläumsbeauftragter die Veranstaltungen und Aktionen zu koordinieren. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe aus Jubiläumsbeauftragten gebildet. Die Beauftragten vertraten die 9 Unterbezirke und berichteten in den dortigen Gremien über die geplanten Aktionen und Veranstaltungen.

AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Im SPD-Bezirk Braunschweig wurden zum Jubiläum folgende Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt:

- Gedenkveranstaltung zum 110. Geburtstag von Otto Bennemann,
- Sitzungen der Gruppen der Jubiläumsbeauftragten mit einer historischen Einführung von Prof. Dr. Gerd Biegel,
- eine Ortsvereinsvorständekonferenz am 27. Februar 2013 mit einem Bericht über die Veranstaltungen zum Jubiläum,
- Teilnahme von 15 Personen an der Reise zu den Gründungsstätten der SPD im Mai 2013, u.a. nach Gotha, Erfurt und Leipzig,
- Wanderausstellung mit 22 Stelltafeln zur Geschichte der SPD, die an 12 verschiedenen Orten im Bezirk jeweils über eine Woche gezeigt wurde,
- Durchführung von zahlreichen Veranstaltungen in den Unterbezirken und Ortsvereinen,
- zentrale Jubiläumsfeier im Bezirk Braunschweig am Sonntag, den 6. Juni 2013 im Foyer der Volkswagenhalle mit 420 Gästen. Die viel beachtete Festrede hielt unser ehemaliger Landtagspräsident und Kultusminister Prof. Rolf Wernstedt. Als Ehrengast sprach unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel ein längeres Grußwort.

Die Theatergruppe der Braunschweiger „Wilhelm-Bracke-Gesamtschule“ führte in einem kurzen Theaterstück in beeindruckender Weise die Jugendzeit von Wilhelm Bracke vor Augen. Im Rahmen der Festveranstaltung wurden auch Filme aus der Parteigeschichte und die oben erwähnte Ausstellung gezeigt. Ein fröhlicher Empfang mit vielen guten Gesprächen schloss sich dem Festakt an.

DEUTSCHLANDFEST

Ein weiterer Höhepunkt und sehr gelungener Abschluss des Jubiläumsjahres war das Deutschlandfest der SPD vom 16. bis 18. August 2013 in Berlin. Aus unserem Bezirk haben sich mehr als 500 Genossen und Genossinnen daran beteiligt. Mit insgesamt 8 Reisebussen und vielen Pkw reiste man nach Berlin und erlebte ein tolles Deutschlandfest am Brandenburger Tor und auf der Festmeile.

100 JAHRE VOLKSFREUNDHAUS

Im September 2014 feierten wir darüber hinaus „100 Jahre Volksfreundhaus“ mit einem Tag der offenen Tür im Hof und auf der Etage sowie einem Vortrag von Dr. Hans-Ulrich Ludewig.

INNERPARTEILICHE BILDUNG – KOMMUNALAKADEMIE

Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen rasant verändert und weiterentwickelt. Dieser Veränderungsprozess wird sich fortsetzen. Die SPD als Volkspartei muss ihn kritisch und konstruktiv begleiten und positiv beeinflussen. So brauchen wir auch in Zukunft gut ausgebildete und qualifizierte Mitglieder und Funktions- und Mandatsträger. Deshalb hatte die innerparteiliche Bildung in der Geschichte der SPD schon immer einen hohen Stellenwert. Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine

Daueraufgabe. Um unseren Funktions- und Mandatsträgern und allen interessierten Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD-Bezirk Braunschweig vom Jahr 2003 bis heute ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet.

Unter dem Dach der „Kommunalakademie“ wurden im Einzelnen folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei / Grundsatzprogramm / Parteigeschichte
- Parteilarbeit vor Ort / Motivation für OV-Vorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Schlüsselqualifikationen, wie z.B. Teambildung
- Veranstaltungsmanagement
- Konfliktlösungsstrategien, Moderationstraining
- Kommunalpolitik kompakt und spezial
- Handlungsfelder der Kommunalpolitik
- Wahlkampf erfolgreich gestalten
- aktuelle Themen aus der Landes- und Bundespolitik

Seit der Einführung der Kommunalakademie im Jahre 2004 haben sich insgesamt über 500 SPD-Mitglieder für ihre kommunalpolitische Arbeit und für ihre Arbeit in der SPD weitergebildet und zusätzlich qualifiziert.

DIE POLITISCHE BILDUNGSGEMEINSCHAFT NIEDERSACHSEN PBN IST TRÄGER DER INNERPARTEILICHEN BILDUNG

Seit 2009 besteht die „Politische Bildungsgemeinschaft Niedersachsen“. Unter dem Dach dieser Bildungsgemeinschaft werden seitdem alle Bildungsangebote für Niedersachsen zusammengefasst und in einem Prospekt gemeinsam angeboten. So werden auch unsere Mitglieder aus dem SPD-Bezirk Braunschweig und die der anderen drei Bezirke über die Angebote im ganzen Land informiert und können auch an Veranstaltungen in Springe oder Aurich teilnehmen. Im Berichtszeitraum von 2013 bis 2014 haben aus dem Bezirk Braunschweig 69 Personen die Angebote der PBN genutzt. Von den zahlreichen Seminaren haben 5 im Bezirk Braunschweig im „Freizeit- und Bildungszentrum Freundschaft“ bei Groß Denkte stattgefunden.

Die Seminare wurden zu folgenden Themen abgehalten:

- Kommunalpolitik kompakt und spezial
- Bundes- und landespolitische Themen
- Geschichte der SPD
- Schlüsselqualifikationen
 - Rhetorik
 - Öffentlichkeitsarbeit / Umgang mit Medien
 - Konfliktlösung und Teambildung
 - Vorstands- und Ortsvereinsarbeit
 - Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung

Von der Parteischule in Berlin wurde in der Kommunalakademie Niedersachsen Nord (KAN-Nord) in 2013 und 2014 jeweils eine Seminarreihe von 3 Wochenenden für Kommunalpolitiker in Spitzenpositionen angeboten. Aus unserem Bezirk haben insgesamt 2 Personen diese Angebote wahrgenommen.

Trotz der erfolgreichen Arbeit im Bildungsbereich müssen wir hier jedoch feststellen, dass die Teilnehmerzahlen und damit das Interesse an den Angeboten zurückgegangen sind. Die Gründe hierfür müssen im Einzelnen noch ergründet werden. Schon heute ist aber klar, dass wir die Werbung und die Informationen für und über das Bildungsangebot wesentlich verbessern müssen. Da wir im Herbst 2016 erneut Kommunalwahlen haben werden, ist aber auch zu erwarten, dass sich die Teilnehmerzahlen wieder steigern werden.

Zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2016 soll ab Mitte 2015 ein besonderes Seminarangebot zu kommunalpolitischen Themen angeboten werden. Bei den regelmäßigen Treffen der Bildungsbeauftragten der Bezirke und Landesverbände in Berlin war unser Bezirk stets vertreten. Des Weiteren hat der Bezirk an die Unterbezirke,

Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

FAZIT

Die innerparteiliche Bildung ist ein sehr wichtiges und wirksames Angebot, um unsere Funktions- und Mandatsträger bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Nach den 12 Jahren aktiver Bildungsarbeit in unserem Bezirk seit 2003 können wir mit Freude feststellen, dass sehr viele Teilnehmer/innen der Seminare schon seit einigen Jahren in der SPD und in der Kommunalpolitik wichtige und bedeutende Ämter bekleiden und damit erfolgreich für die SPD und die Bevölkerung arbeiten.

CHRONIK 2013

- 12. Januar** 40 Jahre ASF im Bezirk Braunschweig (Wolfenbüttel, Bundesakademie; ca. 100 Teilnehmende)
- 12. Januar** Neujahrsempfang des Bezirks mit Frank-Walter Steinmeier (Schwülper, Okerhalle; ca. 300 Teilnehmende)
- 14. Januar** Sitzung des „engeren Parteivorstands“ unter Leitung von Sigmar Gabriel mit dem Landesvorstand Niedersachsen (Braunschweig, Stadthalle)
- 18. Januar** Abschlussveranstaltung Landtagswahlkampf mit Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück, Stephan Weil, Manuela Schwesig (Braunschweig, Stadthalle)
- 23. Mai** Festakt zum 150-jährigen Bestehen der SPD, u.a. mit François Hollande, Joachim Gauck, Norbert Lammert, Angela Merkel und Andreas Voßkuhle (Leipzig, Gewandhaus; 1.600 geladene Gästen aus 80 Ländern)
- 15. Juni** Landesdelegiertenkonferenz mit der Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl (Walsrode, Stadthalle)
- 23. Juni** Festakt des Bezirks aus Anlass des 150-jährigen Parteijubiläums mit Sigmar Gabriel, Rolf Wernstedt und Gerhard Glogowski (Braunschweig, Volkswagen Halle; ca. 300 geladene Gäste)
- 17.-18. August** Deutschlandfest mit 500.000 Teilnehmenden, davon ca. 500 aus dem Bezirk Braunschweig (Berlin, Brandenburger Tor)
- 11. September** „Klartext“-Open-Air-Tour mit Sigmar Gabriel und als Gast Roland Kaiser (Braunschweig, Schlossplatz)
- 22. September** Bundestagswahl
- 27. September** Feierstunde 110 Jahre Otto Bennemann (Braunschweig)
- 25. Oktober** Basiskonferenz des Bezirks mit Sigmar Gabriel und Hubertus Heil (Braunschweig, Stadthalle)
- 2. November** AfA-Regionalkonferenz Nord in Wolfsburg – Resolution zur Verkehrsinfrastruktur beschlossen (Wolfsburg, Gewerkschaftshaus)
- 14.-16. November** Bundesparteitag mit 15 Delegierten aus dem Bezirk Braunschweig (Leipzig, Neue Messe)
- 22. November** Bezirksdelegiertenkonferenz „Europa“ – Team für die Europawahl am 25. Mai 2014 nominiert (Braunschweig, Stadthalle)
- 6.-12. Dezember** Mitgliedervotum zur Großen Koalition
- 13. Dezember** Auszählung von rund 360.000 Stimmzetteln zum Mitgliedervotum
- 18. Dezember** 100. Geburtstag Willy Brandts

CHRONIK 2014

- 25. Januar** Traditioneller Neujahrsempfang der ASF (Wolfenbüttel, Schönemannsche Mühle)
- 26. Januar** Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl und außerordentlicher Bundesparteitag zur Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl (Spitzenkandidat: Martin Schulz). Nachwahlen zum Parteivorstand, u.a. Wahl von Yasmin Fahimi zur Generalsekretärin (Berlin, Arena)
- 14.-15. Februar** Klausursitzung des Bezirksvorstands u.a. mit Doris Schröder-Köpf (Königsutter, Avalon Hotelpark Königshof)
- 29. März** Kommunalkongress der SPD Niedersachsen (Hannover, Hotel Wienecke)
- 26. April** Landesparteitag (Oldenburg, Weser-Ems-Halle)
- 10. Mai** „Tag der offenen Tür“, Volksfreundhaus aus Anlass des 100. Jahrestags der Einweihung des Hauses (Braunschweig, Schlossstr. 8)
- 20. Mai** Europaveranstaltung mit Martin Schulz (Salzgitter, Kulturscheune)

- 25. Mai** Europawahl und kommunale Direktwahlen
- 14. Oktober** Nordkonferenz der AfB (Landesvorstände aus Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen) (Braunschweig, Schlossstr. 8)
- 24. Oktober** Veranstaltung zum Freihandelsabkommen, u.a. mit Bernd Lange MdEP (Braunschweig, Schlossstr. 8)

CHRONIK 2015

- 16. Januar** Neujahrsempfang des Unterbezirks Braunschweig – Gäste: Ministerpräsident Stephan Weil, Ulrich Markurth (Oberbürgermeister Braunschweig) und Klaus Mohrs (Oberbürgermeister Wolfsburg) (Braunschweig, Stadthalle; ca. 450 Teilnehmende)
- 24. Januar** ASF-Neujahrsempfang (Wolfenbüttel)
- 13. Februar** Regionale Struktur- und Wirtschaftskonferenz, u. a. mit Ministerpräsident Stephan Weil (Salzgitter, Hotel am See; ca. 150 Teilnehmende)
- 13.-14. Februar** Klausurtagung des SPD-Bezirksvorstands, u.a. mit Yasmin Fahimi (Salzgitter, Hotel am See)
- 1. März** Gedenkstunde aus Anlass des 70. Todestages von Kuno Rieke (früherer Braunschweigischer Landtagspräsident) (Braunschweig, Friedenskapelle des katholischen Friedhofs)
- 18. April** Kolloquium aus Anlass „150 Jahre SPD-Bezirk Braunschweig“ (Braunschweig, Institut Braunschweigische Regionalgeschichte)

BEZIRKSVORSTAND

Vorsitzender

Hubertus Heil

Stellvertretende Vorsitzende

Stephan Manke

Carola Reimann

Eva Schlaugat

Detlef Tanke

Schatzmeister

Matthias Wehrmeyer

Beisitzerinnen und Beisitzer

Achim Barchmann

Christoph Bratmann

Marcus Bosse

Petra Emmerich-Kopatsch

Immacolata Glosemeyer

Falk Hensel

Annegret Ihbe

Laura Letter

Florian Panknin

Miriam Riedel-Kielhorn

Bodo Seidenthal

Nicole Tietz

Karen Wachendorf

Ehrenvorsitzender

Gerhard Glogowski

Leitender Geschäftsführer

Hans-Henning Schridde – bis Juni 2014

Dirk Roller – seit Juli 2014



BEZIRK HANNOVER

ORGANISATIONSPOLITISCHER RAHMEN

Der Organisationsbereich des Bezirks Hannover erstreckt sich von Göttingen im Süden bis nach Harburg im Norden und von Diepholz im Westen bis zur Elbe im Osten. In 7 der 13 Landkreise stellt die SPD den Landrat, in der Landeshauptstadt Hauptstadt den Oberbürgermeister sowie in der Region Hannover den Regionspräsidenten. Im Europaparlament ist der SPD-Bezirk nach der letzten Europawahl erneut mit 1 SPD-Abgeordneten vertreten. 12 Abgeordnete aus dem SPD-Bezirk Hannover gestalten in Berlin Bundespolitik. Seit der Landtagswahl 2013 vertreten 20 von insgesamt 49 Abgeordneten den SPD-Bezirk Hannover im Niedersächsischen Landtag.

Der SPD-Bezirk stellt mit seinen knapp 27.000 Mitgliedern fast die Hälfte der SPD-Mitgliedschaft in Niedersachsen und nimmt mit seinen Gremien und parlamentarischen Repräsentantinnen und Repräsentanten gestaltenden Einfluss auf Landes- und Bundespolitik. Die SPD ist – immer noch – eine mitgliederstarke Partei. Es muss ihr aber wieder gelingen, neue und vor allem mehr jungen Menschen zu gewinnen.

Die kontinuierliche, kritische Begleitung von Europa-, Bundes- und Landespolitik durch unsere parlamentarischen Repräsentantinnen und Repräsentanten in Bezirksvorstand und beirat, die Einwirkung auf die Beschlussfassung der Gesamtpartei, die kontinuierliche Zusammenarbeit der Kommissionen, Veranstaltungen mit Zielgruppen, die vor allem mit den Arbeitsgemeinschaften durchgeführt werden, sind Nachweis für die vielfältige und erfolgreiche Arbeit im Bezirk. Mit sehr viel ehrenamtlichem und hauptamtlichem Engagement haben wir die notwendige Organisationsarbeit erledigt, politische Verantwortung wahrgenommen und neue Denkanstöße entwickelt.

Finanziell hat sich der Bezirk konsolidiert: Nach jahrelangen negativen Ergebnissen gelang es im Jahr 2013 das Ergebnis auf rund 25.000 Euro minus und im Jahr 2014 auf rund 160.000 Euro plus zu verbessern. Darüber hinaus wurde die Liquidität verbessert und sichergestellt. Diese positiven Ergebnisse gilt es zu stabilisieren und fortzuführen.

STÄRKUNG DER ORGANISATIONSKRAFT

Der SPD-Bezirk Hannover ist gleichermaßen stark durch urbane und ländliche Räume geprägt, was sich auch in der Struktur der Parteigliederungen zeigt. Viele, vor allem kleine Ortsvereine leiden unter abnehmender Mitgliedschaft, was sich vor allem in Wahlkampfzeiten zeigt. Es fehlt an Kampagnenfähigkeit. Aus diesem Grunde fanden in den letzten Jahren viele Gliederungsfusionen statt, die zur Verbesserung der Organisationskraft und auch der finanziellen Ausstattung beitragen. Während es im Jahr 2013 noch 411 Gliederungen gab, so waren es in 2014 noch 396. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen.

Der Bezirksparteitag 2013 hatte dem Bezirksvorstand den Auftrag erteilt, einen Frauenaktionsplan zu erstellen und umzusetzen, um

so einen Beitrag zur weiteren Stärkung der Organisationskraft zu leisten. Der erarbeitete Frauenaktionsplan zielt einerseits darauf ab, für die Kommunalwahl 2016 mehr Frauen aus den Reihen der SPD in die Kommunalvertretungen zu entsenden. Andererseits soll er einen Beitrag zur Zukunftssicherung der SPD leisten. Er besteht aus unterschiedlichen Bausteinen.

BAUSTEIN WELTFRAUENTAG

Gliederungen konnten die Postkarte „Einladung zum Mitmachen in der SPD“ beim SPD-Bezirk Hannover kostenfrei bestellen und bei Aktionen zum Weltfrauentag vor Ort verteilen.

BAUSTEIN AKTIVIERUNG

Die Ortsvereine sollen darin unterstützt werden, bislang inaktive weibliche Mitglieder anzusprechen, die prinzipiell bereit wären, Verantwortung zu übernehmen.

BAUSTEIN BILDUNGSARBEIT

Explizite Angebote zur Fortbildung von Frauen werden umgesetzt, zum einen in Hinblick auf die Kommunalwahlen 2016 und zum anderen in Hinblick auf die Weiterentwicklung der persönlichen Profils. Die Fortführung in den kommenden Jahren ist auf der Ebene des Landesverbands geplant.

ÄNDERUNG DES STATUTS

Das Bezirksstatut soll auf dem Bezirksparteitag 2015 um einen Baustein zur Erhöhung der Flexibilität bei der Anwendung der Geschlechterquote erweitert werden.

Darüber hinaus beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe des Vorstandes mit der „Auswertung der Direktwahlen und Qualifizierung im Vorfeld der Kommunalwahlen im Jahr 2016“. Bei den Direktwahlen 2014 wurde festgestellt, dass das Finden potenziell aussichtsreicher und gut qualifizierter Kandidatinnen und Kandidaten eine Herausforderung darstellte, da u.a. die Altersverteilung innerhalb der Partei schwierig für die Nachwuchsgewinnung war. Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe fließen vor allem in den Frauenaktionsplan und in die Bildungsarbeit des Bezirks ein.

LÄNDLICHER RAUM

Gemeinsam mit dem SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen nahm sich der Bezirksvorstand des Themas „Ländlicher Raum“ an. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe wurden unterschiedliche Aspekte (Mobilität, Bildung und Betreuung, Daseinsvorsorge, Stärkung des Zusammenhalts, der das Leben auf dem Lande ausmacht) diskutiert, die dann wiederum in einem Impulspapier zusammengefasst wurden. Dieses Impulspapier wurde auf einer Fachtagung am 22. November 2014 mit zahlreichen Expertinnen und Experten diskutiert. Aus den Diskussionsergebnissen wird im Laufe des Jahres 2015 ein Aktionspapier für Niedersachsen entstehen.

**»GESTERN – HEUTE – MORGEN.
150 JAHRE SPD« –
FESTVERANSTALTUNG DES
SPD-BEZIRKS HANNOVER**

75 Tage nachdem die SPD im Alten Rathaus in Hannover einen ebenso spannenden wie letztendlich erfolgreichen Wahlsieg bei der niedersächsischen Landtagswahl feiern konnte, feierte sie am 5. April 2013 am gleichen Ort erneut.

An diesem Tag standen das 150-Jahre-SPD-Jubiläum und der 120. Geburtstag des SPD-Bezirks Hannovers an. Und auch bei dieser Veranstaltung ging es nicht um erreichte Erfolge, sondern darum, wie die SPD ihre erfolgreiche Politik in die Zukunft übersetzen kann. Die Partei verharrt nicht bei ihrer Geschichte, sondern fragt vor allem nach dem „schlagenden Herz“ der Sozialdemokratie.

In der Veranstaltung wurden Erinnerungsorte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung im Bezirk entlang der Themen gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Demokratie vorgestellt. Im Folgenden diskutierten jeweils eine Genossin und ein Genosse über Handlungsaufträge für die Zukunft. So entstand das Bild einer ebenso traditionsreichen wie lebendigen Partei, die aus ihrer Geschichte heraus viele Handlungsaufträge für die Zukunft hat.

Stefan Schostok und Gabriele Lösekrug-Möller, Frauke Heiligenstadt und Ulrich Watermann, Sigrid Häfner und Maximilian Schmidt, Rolf



Der SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil auf der Festveranstaltung des SPD-Bezirks Hannover (Foto: Hans Werner Blume)

Wernstedt und Anke Pörksen skizzierten die Fragen, die sich für die Sozialdemokratie in Zukunft stellen werden, wenn sie ihre Grundwerte leben und realisieren will. Auch die nächsten Ziele und Schritte wurden benannt und gefordert: Mindestlöhne, die Ausweitung der frühkindlichen Förderung, durchlässige und kostenfreie Bildungsangebote, eine mutige Fortsetzung der Gleichberechtigungspolitik, mehr Förderung und Qualität, aber auch bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jobcenter, die gerechte Verteilung von Ressourcen und eine weitere Demokratisierung. Die Veranstaltung lieferte damit einmal mehr den Nachweis, dass es – neben allen richtigen und wichtigen Auseinandersetzungen in der Partei – eine große Einigkeit in der politischen Programmatik gibt.

Deutlich wurde nicht zuletzt auch, dass die Partei vor allem dann erfolgreich sein kann, wenn sie solidarisch und demokratisch zusammenarbeitet: Das Konzept für die Veranstaltung war von den Jubiläumsbeauftragten der Unterbezirke und des Bezirks gemeinsam bei einer Geschichtswerkstatt erarbeitet und entwickelt worden. Die Filmbeiträge zu den Erinnerungsorten wurden vor Ort erstellt.

Mit vielfältiger ehrenamtlicher Beteiligung, unterschiedlichen Ideen und Präsentationen und vor allem mit viel Herz und Engagement gelang es, die Geschichte und Traditionen der SPD im Bezirk Hannover anschaulich darzustellen. Die Veranstaltung war zugleich besinnlich und unterhaltsam und lieferte viel Gesprächsstoff in der Pause und nach Veranstaltungsschluss. Die SPD im Bezirk Hannover schätzt ihre Traditionen und ist lebendig in der Gegenwart – das haben wir gemeinsam gefeiert!

**WAHLEN IM BERICHTSZEITRAUM
LANDTAGSWAHL 2013**

Das Jahr 2013 begann für Niedersachsen mit einem Paukenschlag: Am 20. Januar 2013 gelang es der SPD in Niedersachsen nach zehn Jahren Schwarz-Gelb eine rot-grüne Regierungsmehrheit unter dem Minister-

Die Erinnerungsorte und Präsentationen...

... und wofür sie stehen

Das Volksheim/Volksblatt Göttingen (Film)	steht für die Stärke durch eine enge Kooperation der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und SPD). Das gemeinsame Haus war – vor der Enteignung – ein Treff- und Organisationpunkt.
Das Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe (Film)	steht für den Anspruch einer emanzipativen politischen Bildung in einem gemeinsam von Sozialdemokratie und Gewerkschaften getragenen Bildungshaus.
Das Freizeitheim Linden (Film)	steht dafür, dass die Sozialdemokratie die Lebensbedingungen direkt vor Ort sozial und verantwortlich gestalten will.
Die Erinnerung an Louise Ebert (Ausstellungsstück/Rollup)	steht dafür, dass wichtige Politikerinnen viel bewirk(t)en und dennoch nur selten entsprechend in der Geschichtsschreibung gewürdigt werden.
Das Theaterstück „Rosa“ aus dem Unterbezirk Hameln-Pyrmont (Theaterstück)	steht für die SPD als Partei der Gleichberechtigung, die mit und durch mutige Frauen Erfolg hatte und hat.
Das Interview mit Heinrich Hesse zum Wirken Georg Diederichs (Film),	der als Ministerpräsident Verantwortung für das Land Niedersachsen übernommen hat, steht für die vielen erfolgreichen SPD-Politiker aus dem Bezirk.
Die Rote Linie Sarstedt entlang der Route, auf der der sozialdemokratische Bürgermeister Otto Budschigk gejagt wurde (Film und Präsentation),	steht für die Notwendigkeit, dass die Sozialdemokratie die Demokratie und Menschenrechte, die sie mit erkämpft hat, engagiert verteidigt und verteidigen muss.

präsidenten Stephan Weil zu erkämpfen. Zurückblickend sagte der erfolgreiche Spitzenkandidat: „Dieser Erfolg war möglich, weil die niedersächsische SPD mit Haltung und Charakter einen einigenden, geschlossenen und hochmotivierten Landtagswahlkampf geführt hat.“ Bereits 21 Tage nach der gewonnenen Wahl wurden die Koalitionsgespräche zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgeschlossen. Neben Ministerpräsident Stephan Weil gehört Kultusministerin Frauke Heiligenstadt aus dem SPD-Bezirk Hannover dem am 19. Februar 2013 gebildeten Kabinett an. Dr. Gabriele Andretta wurde zur Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages gewählt.

Mit dem Erfolg bei der Landtagswahl schied der neue niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil aus seinem bisherigen Amt als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover aus. Als sein Nachfolger kandidierte am 22. September 2013 Stefan Schostok, der vor der Wahl nicht mehr als Abgeordneter angetreten war. Zuletzt war er Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag. Fast hätte es zu einem Erfolg im ersten Wahlgang gereicht, denn Stefan Schostok erhielt 48,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Am 6. Oktober war es dann mit der oberbürgermeisterlosen Zeit in Hannover vorbei: Mit der deutlichen Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen konnte sich Schostok gegen den CDU-Kandidaten durchsetzen und führt seitdem die jahrzehntelange Tradition der SPD-Oberbürgermeister in Hannover fort.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Vier Wochen vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 kamen zu einer Open-Air-Veranstaltung am Hannoverschen Kröpcke mehr als 6.000 Menschen, um den SPD-Spitzenkandidaten Peer Steinbrück im Wahlkampf kennenzulernen und zu unterstützen. Gemeinsam warben Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ministerpräsident Stephan Weil und die SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten rund um Hannover für einen Regierungswechsel in Berlin. In einem neuen Veranstaltungsformat beantwortete Kanzlerkandidat Peer Steinbrück viele Fragen des Publikums und konnte für die SPD deutlich punkten. Leih- und Zeitarbeit? „Das Normalarbeitsverhältnis soll wieder der Normalfall werden.“ Doppelte Staatsbürgerschaft? „Wir wollen sie einführen.“ Pflegenotstand? „Wir brauchen 120.000 neue Pflegekräfte in den nächsten vier bis fünf Jahren und die kriegen wir nur, wenn wir die besser bezahlen.“

Aus dem SPD-Bezirk Hannover sind im 18. Deutschen Bundestag insgesamt 12 Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten: Edelgard Bulmahn, Gabriele Lösekrug-Möller, Hiltrud Lotze, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Dr. Wilhelm Priesmeier, Svenja Stadler, Kerstin Tack und Bernd Westphal. Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy schied durch Verzicht im Februar 2014 aus dem Deutschen Bundestag aus.

Thomas Oppermann aus Göttingen wurde zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt. Zwei Genossinnen sind als Staatssekretärinnen in der Bundesregierung aktiv: Gabriele Lösekrug-Möller bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales sowie Caren Marks bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

EUROPAWAHL 2014

Zur Europawahl am 25. Mai 2014 traten aus Niedersachsen insgesamt 10 Kandidatinnen und Kandidaten an. Aus dem Bezirk waren dies Nils Hindersmann, Bernd Lange, Dr. Cornelia Ott sowie Johannes Schrap. Insgesamt gelang es, bei der Europawahl eine stärkere Wahlbeteiligung zu erreichen. Dies zeigte, dass Europa für die Menschen immer wichtiger wird.

Dem langjährigen SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange gelang es erneut, ins Europaparlament einzuziehen. Als handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzt sich Bernd Lange besonders für fairen Handel und die Verankerung von Sozial- und Umweltstandards ein. Er tritt außerdem für eine zukunftsorientierte Gestaltung der europäischen Industriepolitik ein.

DIREKTWAHLEN IM BEZIRK HANNOVER

Bei den ebenfalls am 25. Mai 2014 stattfindenden Direktwahlen in mehr als 200 niedersächsischen Gemeinden haben auch viele Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Bezirk Hannover die Rathäuser für die SPD erobert. Hauke Jagau bleibt Präsident der Region Hannover, Ulrich Mädge bleibt weiterhin Oberbürgermeister von Lüneburg. In Göttingen wurde Rolf-Georg Köhler zum ersten Mal Oberbürgermeister, Ramona Schumann wurde Bürgermeisterin von Pattensen.



Schirmveranstaltung auf dem Kröpcke in Hannover mit Gerhard Schröder (Alt-Bundeskanzler), Stefan Schostok (Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover), Detlef Tanke (Generalsekretär der SPD in Niedersachsen) und Peer Steinbrück (Foto: Hans Werner Blume)

ORDENTLICHER PARTEITAG

Am 8. Juni 2013 wurde Stefan Schostok bereits zum dritten Mal als Bezirksvorsitzender gewählt. Über 90 Prozent der anwesenden Delegierten sprachen ihm mit ihrer Ja-Stimme das Vertrauen für die weitere Führung des Vorstandes aus. Auch seine bisherigen Stellvertreter Elke Tonne-Jork (UB Nienburg) und Ulrich Watermann (UB Hameln) sowie der Schatzmeister Dr. Stephan Klecha wurden klar bestätigt.

VERANSTALTUNGEN

5. April 2013: „Gestern – heute – morgen. 150 Jahre SPD“ Festveranstaltung des SPD-Bezirks Hannover

8. Juni 2013: Bezirksparteitag

14. September 2013: Festakt „150 Jahre SPD“ im Klostersaal Wengeln mit 50-jährigem Parteijubiläum Gerhard Schröders

22. November 2014: Fachtagung „LandLebensWert! Bausteine einer neuen Politik für ländliche Räume“ (gemeinsam mit dem SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen)

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS

Vorsitzender

Stefan Schostok

Stellvertretende Vorsitzende

Elke Tonne-Jork

Ulrich Watermann

Schatzmeister

Dr. Stephan Klecha

Beisitzerinnen und Beisitzer

Markus Brinkmann

Christina Domm

Ulf-Birger Franz

Tobias Handtke

Frauke Heiligenstadt

Dr. Udo Husmann

Hauke Jagau

Sascha John

Leonard Kuntscher

Dr. Silke Lesemann

Caren Marks

Sylvia Meier

Luzia Moldenhauer

Dr. Cornelia Ott

Michael Rüter

Astrid Schlegel

Maximilian Schmidt

Andrea Schröder-Ehlers

Inga Stephan

Sabine Tippelt

Leitende Geschäftsführerin

Erika Huxhold – ausgeschieden am 31. Dezember 2014

PROJEKTGRUPPEN/ KOMMISSIONEN UND DEREN VORSITZENDE

- AK Kirche: **Gabriele Lösekrug-Möller** und **Benno Haunhorst**
- AK Tierschutz: **Stephanie Wirth**
- Schulpolitische Kommission: **Elke Tonne-Jork**
- Bildungskommission: **Dr. Udo Husmann**
- Gesprächskreis Gymnasien: **Reinhold Lüthen**
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Bezirk Hannover e.V.: **Prof. Dr. Rolf Hüper**



Der Vorstand des SPD-Bezirk Hannover direkt nach seiner Wahl am 8. Juni 2013 (Foto: Christoph Matteredne)

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND DEREN VORSITZENDEN

- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Luzia Moldenhauer
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): Philipp Le Butt
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: Klaus Kaiser
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): Hans-Jürgen Licht
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): Wilhelm Drabke
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS): Dr. Stephan Schlote
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): Robert Nicholls
- Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: Thomas Harms
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): Elke Tonne-Jork
- Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AvS): Wolfgang Freter
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): Olaf Gurzan



BEZIRK NORD-NIEDERSACHSEN

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit im Bezirk Nord-Niedersachsen standen die Vorbereitungen für die Landtagswahlen am 20. Januar 2013 und für die Bundestagswahl am 22. September 2013. Gleichzeitig wurde in 2013 das 150-jährige Bestehen der SPD gefeiert.

Es galt, die schwarz-gelbe Landes- und Bundesregierung abzulösen. Der Wechsel wurde geschafft. Im Bund mit einer Großen Koalition und im Land Niedersachsen mit einer Stimme Mehrheit von Rot-Grün. Der Bezirk ist mit zwei Bundestags- und zwei Landtagsabgeordneten vertreten. Bei der Größe des Bezirks ist allerdings die wünschenswerte Betreuung nur sehr schwer zu verwirklichen. Mit Cornelia Rundt (Walsrode) als Sozialministerin, Daniela Behrens (Bokel) als Staatssekretärin im Wirtschafts- und Verkehrsministerium und Jörg Mielke (Osterholz-Scharmbeck) als Leiter der Staatskanzlei ist Nord-Niedersachsen in der niedersächsischen Regierungsmannschaft gut vertreten.

Mit 20 Vorstandssitzungen im Bezirk, dem jährlichen IHK-Parteiengespräch, den Vorbereitungen und der Teilnahme an den zentralen Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen der SPD und vielen Veranstaltungen wurde die SPD ins Gespräch gebracht. Das Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung und die damit einhergehenden Veranstaltungen vor Ort führten im Bezirk zu anregenden Diskussionen und zeigten, dass Sozialdemokratie in den Ortsvereinen und Unterbezirken lebt.

Im Jahr 2014 bestand der Bezirk Nord-Niedersachsen 50 Jahre. Bis 1964 gab es den Bezirk Hamburg/Nordwest mit den Städten Hamburg, Bremen und dem damaligen Regierungsbezirk Lüneburg. Am 24. Mai 1964 fand in Cuxhaven der 1. Bezirksparteitag statt. Erst 1979 kam der Unterbezirk Soltau-Fallingbostal (jetzt Heidekreis) aus dem Bezirk Hannover zu unserem Bezirk.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Im Bezirk sind sechs Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die ASF, die Jusos und die AG 60 plus können sich auf einen Organisationsaufbau in Ortsvereinen und Unterbezirken stützen. Daneben arbeiten die AfB, die ASG und die AG Selbst Aktiv auf Bezirks- und Landesebene.

LANDTAGSWAHLEN 2013

Das Ergebnis der Landtagswahl im Januar 2013 brachte für die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen nach Verlusten bei den zwei vorangegangenen Wahlen ein Plus von 1,5 Prozent. Nur noch zwei Abgeordnete, Petra Tiemann und Uwe Santjer, vertreten den Bezirk im Landtag. Ein dritter Sitz im Landtag ging dem Bezirk verloren, weil Daniela Behrens als Staatssekretärin in die Landesregierung berufen wurde. In den Wahlkreisen konnten im Bezirk insgesamt nur 35,5 Prozent der Erststimmen gewonnen werden (+2,8 Prozent).

BUNDESTAGSWAHL 2013

Christina Jantz, Gunnar Wegener, Oliver Kellmer und Lars Klingbeil führten mit hohem persönlichen Einsatz hervorragende Wahlkämpfe. Gunnar Wegener und Oliver Kellmer verpassten das Direktmandat. Im Bezirk Nord-Niedersachsen erreichte die SPD 37,0 Prozent der Erststimmen, bei den Zweitstimmen 32,2 Prozent. Der Bezirk stellt nun mit Christina Jantz und Lars Klingbeil zwei Abgeordnete im Bundestag.

67. ORDENTLICHER BEZIRKSPARTEITAG

Petra Tiemann, Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis Stade steht weiterhin an der Spitze des neu gewählten Bezirksvorstandes des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen. Sie erhielt auf dem 67. ordentlichen Bezirksparteitag am 18. Oktober 2014 in Hammah 87,4 Prozent



Bezirksvorsitzende Petra Tiemann MdL eröffnet den 67. Bezirksparteitag in 2014 (Foto: Heino Baumgarten)



67. Bezirksparteitag 2014: Die neu gewählten Bezirksvorstandsmitglieder (Foto: Heino Baumgarten)

der Stimmen. Petra Tiemann führt seit 2010 den nördlichsten der vier Parteibezirke Niedersachsens.

Die Delegierten wählten als stellvertretende Bezirksvorsitzende die Osterholzer Bundestagsabgeordnete Christina Jantz (90,6 Prozent), den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil (Heidekreis, 76,4 Prozent), Bernd Wölbern (Rotenburg, 72,7 Prozent) und Claus Johannßen (Cuxhaven, 69,8 Prozent). Finanzverantwortlicher wurde der Verdener SPD-Kreisvorsitzende Bernd Michallik. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Daniela Behrens (Cuxhaven), Richard Eckermann (Verden), Jan Flacke (Rotenburg), Dr. Dörte Liebetruß (Verden), Claudia Lange (Stade), Uwe Santjer (Cuxhaven), Jendrik Schröder (Osterholz), Annette Schütz (Heidekreis), Franka Strehse (Heidekreis) und Gunnar Wegener (Cuxhaven).

Der niedersächsische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil stellte auf dem Parteitag die Themen Arbeit und Bildung in den Mittelpunkt. Der ländliche Raum im vielfältigen Niedersachsen stehe besonders im Fokus seiner Regierung. So forcieren seine Landesregierung auch die digitale Versorgung im ländlichen Raum.

Der Bezirksparteitag sprach sich unter anderem für die Absenkung des Wahlalters bei allen Wahlen auf 16 Jahre aus, setzte sich für ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr ein und befasste sich mit einer Resolution zu dem Verfahren der Stromtrasse „SuedLink“, die quer durch das nördliche Niedersachsen verlaufen soll. Die Stromtrasse wird für die Energiewende gebraucht. Die Sozialdemokraten mahnten aber eine detaillierte Begründung der Trassenauswahl an.

Für den Bezirksvorstand stellte die Bezirksvorsitzende Petra Tiemann ein Thesenpapier zur Stärkung des ländlichen Raums vor. Das Papier behandelt vor allem die wirtschaftliche und demografische Entwicklung ländlicher Räume, Fragen der Mobilität und den Erhalt der ländlichen Strukturen.

KONFERENZEN UND VERANSTALTUNGEN 2013/14

- 9. März 2013:** 66. außerordentlicher Bezirksparteitag in Bad Fallingbostal
- 9. März 2013:** Bezirksvertreterversammlung BTW 2013 in Bad Fallingbostal
- 23. November 2013:** Bezirksvertreterversammlung Europawahl
- 4. Februar 2012:** Juso-Bezirkskonferenz in Buxtehude
- 3. März 2012:** ASF-Bezirkskonferenz in Himmelpforten
- 18. April 2012:** AG 60 plus Bezirkskonferenz in Bremervörde
- 5. Mai 2013:** Juso-Bezirkskonferenz in Walsrode
- 22. Februar 2014:** Juso-Bezirkskonferenz in Worpsswede
- 4. Juni 2014:** AG 60 plus Bezirkskonferenz in Bremervörde
- 10. Juli 2014:** ASG Gründungsversammlung in Rotenburg
- 13. Juli 2014:** Bezirkskonferenz AG Selbst Aktiv in Cuxhaven
- 27. September 2014:** ASF-Bezirkskonferenz in Bramstedt
- 18. Oktober 2014:** 67. ordentlicher Bezirksparteitag in Stade-Hammah

MITGLIEDERENTWICKLUNG

- Mitgliederzahlen, Stand 31. Dezember 2013: **6.021**
- Mitgliederzahlen, Stand 31. Dezember 2014: **5.882**

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS (GEWÄHLT AUF DEM 65. BEZIRKSPARTEITAG AM 11. SEPTEMBER 2012 IN GEVERSDORF)

Ehrenvorsitzender
Karl Ravens

Vorsitzende
Petra Tiemann MdL (UB Stade)

Stellvertretende Vorsitzende
Gwendolin Jungblut (UB Verden)
Claus Johannßen (UB Cuxhaven)
Lars Klingbeil MdB (UB Heidekreis)
Bernd Wölbern (UB Rotenburg)

Finanzverantwortliche
Christina Jantz (UB Osterholz)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Daniela Behrens (UB Cuxhaven)
Heinz Carsson (UB Rotenburg)
Angelika Dorsch (UB Rotenburg)
Richard Eckermann (UB Verden)
Dörte Liebetruß (UB Verden)
Michael Muckle (UB Cuxhaven)
Stefan Schimkatis (UB Stade)
Jendrik Schröder (UB Osterholz)
Annette Schütz (UB Heidekreis)
Franka Strehse (UB Heidekreis)
Gunnar Wegener (UB Cuxhaven)

Geschäftsführer
Heino Baumgarten

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS (GEWÄHLT AUF DEM 67. BEZIRKSPARTEITAG AM 18. OKTOBER 2014 IN GEVERSDORF)

Ehrenvorsitzender
Karl Ravens

Vorsitzende
Petra Tiemann MdL (UB Stade)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Christina Jantz (UB Osterholz)
Claus Johannßen (UB Cuxhaven)
Lars Klingbeil MdB (UB Heidekreis)
Bernd Wölbern (UB Rotenburg)

Finanzverantwortlicher
Bernd Michallik (UB Verden)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Daniela Behrens (UB Cuxhaven)
Richard Eckermann (UB Verden)
Jan Flacke (UB Rotenburg)
Oliver Kellmer (UB Stade)
Dörte Liebetruß (UB Verden)
Claudia Lange (UB Stade)
Uwe Santjer (UB Cuxhaven)
Jendrik Schröder (UB Osterholz)
Annette Schütz (UB Heidekreis)
Franka Strehse (UB Heidekreis)
Gunnar Wegener (UB Cuxhaven)

Geschäftsführer
Heino Baumgarten



BEZIRK WESER-EMS

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die SPD in Weser-Ems hat den Anspruch, für die Bürgerinnen und Bürger in Weser-Ems zu arbeiten und die Region besser auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten. Klare Worte, klare Entscheidungen und ein klarer Weg. So wird die SPD in Weser-Ems auch weiterhin eine bessere Politik für die Menschen machen!

Eine Richtschnur ist dabei der Koalitionsvertrag der letzten Landtagswahl unter dem Titel „Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen“, von dem bereits viel angeschoben oder umgesetzt wurde.

Niedersachsen ist ein Land mit einer starken Wirtschaft. Die SPD schafft die Rahmenbedingungen dafür, dass dies so bleibt und unsere Unternehmen den Menschen in unserer Region gute Arbeitsplätze bieten können.

Die Bildungspolitik ist einer der Schwerpunkte der SPD. In den Bildungsbereich flossen Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro. Mit diesem enormen Kraftakt bauen wir Bildungshürden ab und erhöhen gleichzeitig die Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land.

Mit einer neuen Regionalpolitik stärken wir die Region Weser-Ems. Die Förderinstrumente des Landes sind so ausgelegt, dass sie individuell vor Ort wirken und überall für lebenswerte Verhältnisse sorgen.

Unser Land braucht eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb führen wir die Neuverschuldung konsequent zurück. Auch dies ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Region und ihrer Kommunen.

Auf dem Bezirksparteitag am 26. Oktober 2013 in Cloppenburg wurden die Weichen für die kontinuierliche Arbeit gestellt. Hanne Modder wurde erneut an die Spitze des SPD-Bezirks Weser-Ems gewählt, das erweiterte Führungsgremium wurde bestätigt.



Hanne Modder, Bezirksvorsitzende SPD Weser-Ems
(Foto: Hanne Modder)



Der Bezirksvorstand beim Besuch der niedersächsischen Sozialministerin Cornelia Rundt (Foto: SPD Weser-Ems)

Wiard Siebels, Gerd Will und Susanne Mittag sind weiterhin ihre Stellvertreter. Auch Hanna Naber ist weiterhin als Schatzmeisterin für die Verwaltung der knappen Ressourcen verantwortlich.

PERSONAL, GESCHÄFTSSTELLEN UND MITGLIEDER/ FINANZEN IM BEZIRK

Nachdem die Hauptamtlichen über mehrere Jahre wegen einer zu geringen Personaldecke vor große Herausforderungen gestellt waren, konnte der Bezirk 2014 erstmals seit sieben Jahren wieder freigewordene Stellen neu besetzen.

Seit dem 1. Juli 2014 unterstützen André Borowsky in der Lokalgeschäftsstelle (LGS) Wilhelmshaven und Carsten Primke in der LGS Meppen die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Parteimitglieder. Damit



Die Geschäftsführer/-stellenleiter der SPD Weser-Ems, v.l.n.r.: Sascha Pickel (RGS Norden) Olaf Abdinghoff-Feldkemper (BGf), Andre Borowsky (LGS Wilhelmshaven), Carsten Primke (LGS Meppen), Moritz Bischoff (RGS Oldenburg), Dirk Koentopp (RGS Osnabrück)
(Foto: SPD Weser-Ems)

wurde der Auftrag des kleinen Parteitags im Frühjahr 2014 umgesetzt, dass jede der drei Regionen des Bezirks mit mindestens zwei Geschäftsführern bzw. Geschäftsstellenleitern besetzt ist.

Für die Kommunalwahl 2016 sind sowohl Bezirk als auch die Untergliederungen gut aufgestellt und können mit einem umfassend geplanten Wahlkampf auch gute Ergebnisse erzielen.

Für die Identifikation der Mitglieder mit der Partei in unserer Region erfüllen die regionalen und lokalen Geschäftsstellen sowie die Büros der Abgeordneten eine wichtige Funktion. Ihre Arbeit noch effizienter zu gestalten, ist ständige Aufgabe aller Beteiligten. Daher läutete der Umzug der Regionalgeschäftsstelle Osnabrück zum 1. September 2015 in neue, helle und behindertengerechte Räumlichkeiten eine neue Ära ein.

Die Regionalgeschäftsstelle Norden steht ebenfalls vor einem Umbruch. Dort wird bis Mitte 2016 die vollständige Renovierung der Geschäftsstellen- und Abgeordnetenbüros erfolgen. Das „SPD-Haus“ vor Ort geht in den Besitz der Partei über. Die Räume werden rechtzeitig vor dem Kommunalwahlkampf 2016 auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Sie bilden weiterhin, gemeinsam mit den Standorten in Osnabrück und Oldenburg, die Leuchttürme der SPD in der Region Weser-Ems.

Aber auch die Lokalgeschäftsstellen geben durch eine ständige Anpassung und Optimierung des Arbeits- und Betriebsklimas positive Impulse in die Untergliederungen. So wurde zum Beispiel nach einer notwendigen Neustrukturierung in der LGS Wilhelmshaven ein heller, gut genutzter Sitzungsraum eingerichtet, der auch von Vereinen und Institutionen außerhalb der SPD angenommen wird. Damit unterstützt die SPD das, was zum unverzichtbaren politischen Kapital einer Partei gehört: den guten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern. Dies hilft dabei, politische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und diese vor Ort zu gestalten.

Auch in der letzten Vorstandsperiode sind die Mitgliederzahlen gesunken:

- Mitgliederbestand am 1. Januar 2013: **16.769**
- Mitgliederbestand am 31. Dezember 2014: **15.908**

Obwohl sich reale Eintritte und Austritte fast die Waage halten, bleiben die Sterbefälle vieler langjähriger Genossinnen und Genossen der Hauptgrund für sinkende Mitgliederzahlen.

Die Entscheidung im Dezember 2013, ein Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag durchzuführen, führte zu einem spürbaren Anstieg der Eintritte. Offensichtlich ist die überzeugende Kraft einer direkten Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen nicht nur endlich an der Parteispitze angekommen, sondern trägt auch Früchte bei Zustimmung und Mitgliedschaft in der SPD.

Um das Beitragsaufkommen des Bezirks und der Untergliederungen stabil zu halten und damit die Handlungsfähigkeit der Partei sicherzustellen, sind zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden. Die Geschäftsstellen unterstützen aktiv die Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer, wenn es um die Beseitigung von Beitragsaußenständen geht. Mit einer konzentrierten Aktion schafften es die Geschäftsstellen im Jahr 2014, die Höhe der Beitragsaußenstände um zwei Drittel zu reduzieren. Leider führte das auch zu einer erhöhten Anzahl an Austritten von Mitgliedern mit Beitragsrückstand. Von den über 800 angeschriebenen Mitgliedern nahmen knapp zwei Drittel ihre Beitragszahlungen wieder auf und erhöhten somit die Finanzkraft der SPD vor Ort.

In den Jahren 2015/16 wird der Bezirk nochmals verstärkt auf Mitglieder zugehen, die Beiträge zwischen 2,51 und 4,99 Euro zahlen, und sie in enger Abstimmung mit den Untergliederungen bitten, den Mindestbeitrag zu leisten.

WAHLEN BUNDESTAGWAHLEN 2013

Nach der Landtagswahl Anfang 2013 liefen die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im Herbst 2013 an. In vielen Gliederungen wurden die Konferenzen zur Kandidatenaufstellung für den Bundestag dazu genutzt, um gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten zu regionalen Themen Stellung zu beziehen. Bei Streitthemen wie CO₂-Speicherung (CCS) und Fracking sowie soziale Gerechtigkeit, Bildung und Finanzkrise wurde gemeinsam an Lösungsstrategien gearbeitet und diskutiert. Für Weser-Ems wurde die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten auf dem kleinen Bezirksparteitag am 17. Mai 2013 in Lingen aufgestellt.

Während die Regierungsparteien CDU und FDP ihre Wahlprogramme im Hinterzimmer „auskungelten“, beschritt die SPD neue Wege: In einem Bürgerdialog forderte die Partei die Menschen auf, ihre Ideen mit in unser Wahlprogramm einfließen zu lassen. Ein Bürgerkonvent im Februar 2013 fasste diese zusammen und übertrug sie in das dann endgültig zu beschließende Wahlprogramm. Auch aus Weser-Ems erreichten trotz Wahlkampf auf Landesebene viele Anregungen aus den Untergliederungen und den Dialogveranstaltungen den Parteivorstand in Berlin.

Höhepunkte in den lokalen Wahlkämpfen waren die Schirmveranstaltungen mit Sigmar Gabriel in Osnabrück und Peer Steinbrück in Emden / Oldenburg. Mit diesem neuen Format beschritt die SPD einen bisher einmaligen Weg des Bürgerdialogs in der heißen Wahlkampfphase. Die gut besuchten Veranstaltungen bewiesen das große Interesse von Bürgerinnen und Bürgern an einem direkten Austausch. Wir werden erleben, dass die politischen Mitbewerber auch diese gute SPD-Idee kopieren werden.

Mit einer klaren Forderung nach einer bundesweiten Umsetzung des Mindestlohns und nach detailreichen Diskussionen begeisterte Sigmar Gabriel rund 800 Zuhörer in Osnabrück. Themen wie die Förderung der Steinkohle sowie die Einleitung von Eisensulfaten in Braunkohlerevieren zeigten seine umweltpolitische Kompetenz.

Auf der Veranstaltung in Osnabrück wurde auch der langjährige Geschäftsführer Gerd Groskurt nach 37 Jahren und 222 Tagen Einsatz für die SPD Weser-Ems in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.



Verabschiedung von Gerd Groskurt (3.v.l.) mit Detlef Tanke (Foto: SPD Weser-Ems)

Peer Steinbrück hatte in Emden ein Heimspiel. Vor 3.000 Zuhörerinnen und Zuhörern redete er „Klartext“ und warb für den Regierungswechsel. Der Dialog mit den Zuhörern war klar und kompetent, deutlich und unmissverständlich.

Die Forderungen der SPD:

- ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro,
- gleicher Lohn für Frauen und Männer durch ein Entgeltgleichheitsgesetz,
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Leiharbeiter und Stammbeschäftigten,
- die volle Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren,
- kein Betreuungsgeld, dafür Investitionen in Kitas – für 200.000 zusätzliche Plätze bis 2017,
- eine doppelte Staatsbürgerschaft ohne Beschränkungen,
- die Einführung einer Mietpreisbremse,
- die volle Haftung von Banken für eigene Verluste und Einführung einer Spekulantensteuer,
- eine gerechte Steuerbelastung mit einem Spitzensteuersatz von 49 Prozent,
- eine Abgeltungssteuer von 32 Prozent,
- die Abschaffung von Steuerprivilegien für Hoteliers („Mövenpick-Steuer“),
- eine um 25 Prozent reduzierte Stromsteuer, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten,
- der verstärkte Kampf gegen Steuerbetrug.

Die zweite Schirmveranstaltung mit rund 4.000 Zuschauern fand auf dem Schlossplatz in Oldenburg statt. Das Publikum begrüßte die Forderungen des Kanzlerkandidaten und zeigte bei den Nachfragen großes Unverständnis für die CDU/FDP-Regierung. Auf allen Schirmveranstaltungen kamen auch die regionalen Kandidatinnen und Kandidaten zu Wort, um ihre politischen Schwerpunkte im Wahlkampf vorzustellen.



Nach einem Regenschauer rücken die Zuschauer unter dem Schirm zusammen, um Peer zuzuhören! (Foto: SPD Weser-Ems)

Das ernüchternde Bundestagswahlergebnis für die SPD von 25,7 Prozent (+2,7 Prozent) wurde im Bezirk ergebnisoffen analysiert. Dabei wurde nicht außer Acht gelassen, dass unsere Forderungen trotz allem einen breiten Widerhall in der Bevölkerung gefunden hatten.

Für die SPD Weser-Ems vertreten sieben Abgeordnete unsere Region zukünftig in Berlin. Johann Saathoff (Wahlkreis Aurich-Emden) und Karin Evers-Meyer (Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund) und Dennis Rohde (Wahlkreis Oldenburg-Ammerland) gewannen ihre Wahlkreise direkt. Über die Landesliste zogen Daniela De Ridder, Susanne Mittag, Markus Paschke und Rainer Spiering in den neuen Bundestag ein. Im Februar 2014 rückte Gabriele Groneberg in den Bundestag nach.

Der Parteikonvent am 27. September 2013 in Berlin beauftragte den Parteivorstand, die Mitglieder in die Entscheidungsfindung über mögliche Koalitionen einzubinden. Über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen entschied der Parteikonvent und die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wurden durch ein bundesweit einmaliges, verbindliches Mitgliedervotum aller Mitglieder mit deutlicher Mehrheit bestätigt.



Großes Lob für die perfekte Vorbereitung der Auszählung des Mitgliedervotums aus Weser-Ems (Foto: SPD-Parteivorstand)

Um eine große Akzeptanz des Mitgliederentscheids zu erreichen, gab es viele Initiativen, die Mitglieder anzusprechen und aktiv in die Meinungsbildung einzubinden. Der Parteivorstand gewährleistete dabei ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie.

Der schwierige Umgang mit dem Wahlergebnis, dem Wählervotum und dem Willen zur Umsetzung des sozialdemokratischen Wahlprogramms wurde offen und ehrlich thematisiert. Die Ergebnisse und Erfolge der SPD in der Großen Koalition sind in vielen Bereichen gut bis sehr gut, werden allerdings von den Bürgerinnen und Bürgern zu wenig als richtungsweisende SPD-Handschrift wahrgenommen.

EUROPAWAHL 2014

Ein Auftakt nach Maß: Mit 100 Prozent nominierte die SPD Weser-Ems den Europa-Abgeordneten Matthias Grootte für die Europawahl am 25. Mai 2014.

Mit diesem kräftigen Schub der SPD-Basis ging der Europaabgeordnete Matthias Grootte (40, Ostrhauderfehn) in den Europawahlkampf. An der Bezirks-Europakonferenz in Papenburg, die Grootte aufstellte, nahm auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz teil. In seiner Rede sagte Schulz, dass die Europäische Union für viele Menschen weit weg und abgehoben sei. Viele Menschen zweifelten an Europa. Schulz betonte, sein Anliegen sei es, die EU-Kommission künftig vor allem darüber nachdenken zu lassen, was sie nicht regeln müsste, weil es in den Ländern, Kreisen und Kommunen besser geregelt werden könnte. Themen wie die Energiewende, Steuerflucht oder organisierte Kriminalität wären dagegen nur auf der Ebene der EU lösbar.



Martin Schulz gratuliert Matthias Grootte zu seinem Nominierungsergebnis (Foto: SPD Weser-Ems)

Neben Matthias Groote nominierte der Bezirk Dr. Jens Albers (Oldenburg) und Georg Berenzen (Emsland) als weitere Kandidaten. Zu Ersatzkandidaten (Huckepack-Kandidaten) wurden Tiemo Wölken (Osnabrück), Dr. Alexander Wandscher (Oldenburg) und Sophia Ulferts-Dirksen (Aurich) gewählt.

Zum Start der heißen Phase des Wahlkampfes machten der SPD-Euroabgeordnete Matthias Groote und die SPD-Bezirksvorsitzende Johanne Modder auf den Stellenwert der Europapolitik für die Region Weser-Ems aufmerksam.

Für viele der für die Region wichtigen wirtschaftlichen Bereiche wie Ernährungswirtschaft, maritime Wirtschaft oder Energiepolitik sei zu großen Teilen die Europäische Union zuständig, indem sie Gesetze erlässt oder Standards festlegt. Über zwei Drittel aller Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, die die Region Weser-Ems betreffen, würden im Europaparlament auf den Weg gebracht, betonte Matthias Groote, der im Parlament dem Ausschuss für Umwelt, Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit vorsitzt.

KOMMUNALWAHLEN 2014

Mit der Änderung der Amtsdauer von Hauptverwaltungsbeamten standen 2014 auch in Weser-Ems einige Neuwahlen an. Neben einigen überraschenden Erfolgen in Friesoythe, Barssel und Bad Essen wurde die kommunale Kompetenz der SPD in weiteren Orten mit guten Ergebnissen belohnt. In Oldenburg setzte sich Jürgen Krogmann als Oberbürgermeister durch. Auch in Quakenbrück gewann der Landtagsabgeordnete Claus-Peter Poppe in einer tiefschwarzen Gegend die Bürgermeisterwahl.

Diese Kommunalwahlen, die außer der Reihe stattfanden, spiegelten die positive Stimmung gegenüber der Arbeit der SPD auf Kommunal- und Landesebene wieder. Aufgrund der guten Ergebnisse schieden mit Jürgen Krogmann und Claus-Peter Poppe zwei Abgeordnete aus dem Landtag aus. Jedoch rückte mit Karin Logemann aus der Wesermarsch wieder eine Abgeordnete aus Weser-Ems in den Landtag nach. Somit vertritt Hans-Dieter Haase als Vorsitzender der Weser-Ems-Gruppe zurzeit 14 Abgeordnete in der SPD-Landtagsfraktion.

BILDUNG

Unser Bildungsangebot fußt auf dem guten Zusammenspiel der Bezirke, des Landesverbands und der SPD-nahen Bildungsvereinigungen. Für die Jahre 2015/16 plant der Bezirk Weser-Ems niedrigschwellige Schulungsangebote zur Stärkung der Organisationskraft der Partei angesichts des sich anbahnenden Generationenwandels. Das Angebot zielt darauf, neue Funktionsträgerinnen und -träger in kompakten Kursen, die sich gut in das ehrenamtliche Engagement sowie die beruflichen und privaten Anforderungen einbinden lassen, auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten. Hier wird der Bezirk mit Unterstützung der Parteischule im Willy-Brandt-Haus (Programm „Train the Trainer“) einen eigenen Pool von Referentinnen und Referenten ausbilden, die in zwei- bis dreistündigen Abendseminaren neue Aktive schulen sollen.

BEZIRKSVORSTAND WESER-EMS (GEWÄHLT AM 26. OKTOBER 2013 IN CLOPPENBURG)

Vorsitzende
Hanne Modder

Stimmberechtigte Mitglieder

Wiard Siebels
Susanne Mittag
Gerd Will
Hanna Naber
Matthias Groote
Nurhayat Bakir
Andrea Kötter
Axel Brammer
Hans Forster
Holger Heymann
Jens Hoffmann
Karin Logemann
Dr. Jens Martin
Kathrin Wahlmann
Kristina Hake
Dennis Rohde
Hannelore Schneider

Beratende Mitglieder

Renate Geuter (UB Cloppenburg)
Kristian Kater (UB Vechta)
Jenna-Juliane Schulte (UB Osnabrück-Stadt)
Harald Helling (AfA)
Jürgen Köpke (AfB)
Mirco Dörfler (AG Selbst aktiv)
Daniel Schweer (Jusos)
Gerd Groskurt (AG 60 plus)
Frauke Maschmeyer-Pühl (ASF)
Karin Evers-Meyer (MdB-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen)
Olaf Lies (stellv. Landesvorsitzender)
Olaf Abdinghoff-Feldkemper (Bezirksgeschäftsführer)

ABGEORDNETE IN DEN PARLAMENTEN

Mitglieder des Bundestages (Wahlkreis)

Johann Saathoff, Aurich (Wahlkreis 24 – Aurich/Emden)
Marcus Paschke, Leer (Wahlkreis 25 – Unterems)
Karin Evers-Meyer, Wilhelmshaven (Wahlkreis 26 – Wilhelmshaven/Friesland)
Dennis Rohde, Ammerland (Wahlkreis 27 – Oldenburg/Ammerland)
Susanne Mittag, Delmenhorst (Wahlkreis 28 – Delmenhorst/Wesermarsch/Oldenburg-Land)
Dr. Daniela De Ridder, Grafschaft Bentheim (Wahlkreis 31 – Mittelems)
Gabriele Groneberg, Cloppenburg (Wahlkreis 32 – Cloppenburg/Vechta)
Rainer Spiering, Osnabrück-Land (Wahlkreis 38 – Oldenburg-Land)

Mitglieder des Landtages (Wahlkreis)

Ulf Prange, Oldenburg (Wahlkreis 62 – Oldenburg-Mitte/Süd)
Jürgen Krogmann, Oldenburg (Wahlkreis 63 – Oldenburg-Nord/West) – bis September 2014
Axel Brammer, Oldenburg-Land (Wahlkreis 64 – Oldenburg-Land)
Renate Geuter, Cloppenburg (Wahlkreis 66 – Cloppenburg-Nord)
Holger Ansmann, Wilhelmshaven (Wahlkreis 69 – Wilhelmshaven)
Olaf Lies, Friesland (Wahlkreis 70 – Friesland)
Karin Logemann, Wesermarsch (Wahlkreis 71 – Wesermarsch) – seit Oktober 2014
Sigrid Rakow, Ammerland (Wahlkreis 72 – Ammerland)
Claus-Peter Poppe, Osnabrück-Land (Wahlkreis 73 – Bersenbrück) – bis September 2014
Kathrin Wahlmann, Osnabrück-Land (Wahlkreis 76 – Georgsmarienhütte)
Frank Henning, Osnabrück (Wahlkreis 77 – Osnabrück-Ost)
Gerd Will, Grafschaft Bentheim (Wahlkreis 79 – Grafschaft Bentheim)
Johanne Modder, Leer (Wahlkreis 84 – Leer/Borkum)
Hans-Dieter Haase, Emden (Wahlkreis 85 – Emden/Norden)
Wiard Siebels, Aurich (Wahlkreis 86 – Aurich)
Holger Heymann, Wittmund (Wahlkreis 87 – Wittmund/Inseln)

Mitglied des Europäischen Parlaments
Matthias Groote, Ostrhauderfehn

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

WAHLJAHRE

Der Berichtszeitraum war durch die Bundestagswahl 2013 und die Kommunal- und Europawahl 2014 geprägt. Darüber hinaus fand am 22. und 23. November 2013 der ordentliche Landesparteitag in Quedlinburg statt.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 konnte das Zweitstimmenergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 knapp gesteigert und somit die Anzahl der Abgeordneten von drei auf vier erhöht werden. Allerdings lagen die 18,2 Prozent abermals deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und die SPD wurde nur drittstärkste Partei in Sachsen-Anhalt. Bei den Erststimmen erzielten wir 19,6 Prozent.

Konzeptionell lagen die Schwerpunkte im Wahlkampf auf direkten Bürgerkontakten durch Tür-zu-Tür-Besuche. Darüber hinaus unterstützten Busteams den Wahlkampf in organisationsschwachen Regionen im ländlichen Raum. Auswertungen haben ergeben, dass dort, wo der Haustürwahlkampf besonders stark betrieben wurde, ein deutlich besseres Wahlergebnis die Folge war, im Gegensatz zu den Gebieten, wo dieser nur mäßig oder gar nicht stattgefunden hatte. Für die zukünftigen Wahlkampagnen empfiehlt es sich, dieses Konzept stärker zu berücksichtigen.

ORGANISATIONS- UND MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Zahl der Ortsvereine liegt derzeit bei 144 und ist damit im Berichtszeitraum um weitere 16 gesunken. Die Ortsvereine haben nach wie vor eine sehr unterschiedliche Organisationskraft. Im Berichtszeitraum hat sich der Stadt-Land-Gegensatz weiter verstärkt. In den städtischen, insbesondere in den großstädtischen Bereichen können wir beruhigt noch von der SPD als Volkspartei sprechen, in einigen ländlichen Räumen ist die Entwicklung bedenklich.

Mit Stichtag 31. Dezember 2014 hatte der Landesverband 3750 Mitglieder. Dies sind insgesamt 284 Mitglieder weniger als zum Ende des letzten Berichtszeitraums. Hauptgrund für den prozentual überdurchschnittlichen Rückgang war die Bereinigung von beitrags säumigen Mitgliedern, die teilweise 24 Monate und länger keine Parteibeiträge gezahlt hatten.

Der Frauenanteil in der SPD Sachsen-Anhalt liegt seit längerem stabil bei 27 Prozent. Beim politischen Nachwuchs zeigt sich eine erfreuliche Tendenz: 68 Prozent der neu eingetretenen Mitglieder sind im Juso-Alter.

Mit Jahresbeginn 2014 führte der Landesverband eine allgemeine Beitragsanpassung durch. Diese sah vor, dass alle monatlichen Beiträge unter 5 Euro auf 5 Euro angehoben würden. Darüber hinaus wurden alle Beiträge zwischen 5,01 Euro und 49,99 Euro um einen Euro, ab 50 Euro um zwei Euro angehoben, sofern das betreffende Mitglied nicht widersprach. Diese Maßnahme führte für den gesamten Landesverband zu Mehreinnahmen im mittleren fünfstelligen Bereich jährlich. Darüber hinaus wurden und werden die Gliede-

rungen angehalten, vor allem beim Thema Mandatsträgerabgaben verstärkt auf eine ehrliche Beitragszahlung hinzuwirken. Von beiden Maßnahmen erhoffen wir uns eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Gliederungen.

Bedenklich stimmt, dass immer mehr Ortsvereine ihre Kampagnenfähigkeit verlieren. Die Überalterung der Gliederungen schreitet weiter fort und hat zum Teil schon ganz praktische Auswirkungen bei Wahlen: Die Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten wird immer schwieriger. Genauso wie die Frage, wer die Flyer verteilt und die Plakate hängt. Politik vor Ort sichtbar zu machen, wird bei der anstehenden Landtagswahl die zentrale Aufgabe.

Im Berichtszeitraum wurde durch gezielte und stetige Nachfrage nach E-Mail-Adressen der Mitglieder der Bestand auf 60 Prozent erhöht. Neben finanziellen Einsparungen gibt dies vor allem die Möglichkeit, die Mitgliedschaft schnell und direkt zu erreichen. Nach bisherigen Auswertungen halten wir eine Steigerung des E-Mail-Adressbestands auf 75 Prozent für möglich.



SPD-Landesvorstand 2013 – 2015

EUROPAWAHL 2014

Aufgrund persönlicher Gründe stand die ursprüngliche Kandidatin zur Europawahl nicht mehr zur Verfügung, sodass im Januar 2014 der Ersatzkandidat Arne Lietz antrat. In relativ kurzer Zeit organisierte der Landesverband eine persönliche Wahlkampagne und Wahlkampftour durch Sachsen-Anhalt. Der Kandidat bereiste mit einem Kleinbus das Land und wurde durch ein zusätzliches Busteam unterstützt, sodass er bis zum Wahltag relativ flächendeckend präsent sein konnte. Darüber hinaus gelang es sehr gut, den Kommunalwahlkampf vor Ort mit Terminen des Europakandidaten zu verbinden. Im Vergleich zur Europawahl 2009 konnte das Ergebnis um 3,6 Prozent verbessert werden und Arne Lietz zog in das Europaparlament ein, sodass wir nach fünf Jahren wieder einen Europaabgeordneten stellen.

KOMMUNALWAHLEN

Die Kommunalwahlen 2014 brachten zwiespältige Ergebnisse für den Landesverband. Insgesamt erhielt die SPD 18,3 Prozent – etwas weniger als bei der Kommunalwahl 2009. In Magdeburg blieb die SPD stärkste Fraktion, auch in Halle erzielte sie ein sehr gutes Ergebnis. Leider gab es auf der anderen Seite einige hohe Verluste im ländlichen Raum. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass man keine Schablone über das Land legen kann. In Aken (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) erreichte die SPD 50,4 Prozent der Stimmen. In der Nachbargemeinde Osternienburger Land lediglich 11,2 Prozent. Vor allem bei Kommunalwahlen hängt das Ergebnis ganz maßgeblich von der Verankerung der Partei vor Ort ab. Dort, wo es mehr oder weniger weiße Flecken gab und die Kandidatinnen und Kandidaten auf sich allein gestellt waren, wurden in der Regel keine guten Ergebnisse erzielt. Im Hinblick auf das Durchschnittsalter der Partei und die sinkenden Mitgliederzahlen wird es von Kommunalwahl zu Kommunalwahl schwieriger, flächendeckend anzutreten und respektabel abzuschneiden.

Es gab aber auch Lichtblicke. So gelang es bei der Landratswahl im Jerichower Land, das Amt zu erobern und mit Steffen Burchhardt den jüngsten Landrat in Sachsen-Anhalt zu stellen. Im Salzlandkreis trat unser langjähriger Landrat Ulrich Gerstner nicht mehr an. Hier gelang eine erfolgreiche Staffelstabübergabe an Markus Bauer.

LANDESVERBAND

Neben den Wahlkämpfen zur Bundestags-, Europa- und Kommunalwahl stand im Berichtszeitraum bereits die Vorbereitung auf die Landtagswahl am 13. März 2016 im Mittelpunkt. Der Landesvorstand nahm insbesondere die Verbesserung der Einnahmesituation bei Mitgliedsbeiträgen und Mandatsträgerabgaben in den Fokus, um eine solide Finanzierung der kommenden Wahlkämpfe zu erreichen.

Die innerparteiliche Kommunikation wurde verbessert. Es gibt jetzt regelmäßige Treffen der Ortsvereinsvorsitzenden. Auch die Einbindung der Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden in die Landespartei wurde verbessert.

Zur Entwicklung der eigenen Programmatik über die nächste Wahlperiode hinaus setzte der Landesverband eine Programmkommission ein. Der Landesvorstand befasste sich im Berichtszeitraum neben landespolitischen Fragen auch verstärkt mit bundespolitischen Themen. Die traditionellen Veranstaltungen des Landesverbandes, der „Politische Aschermittwoch“ in Köthen und der Neujahrsempfang, waren wiederum sehr gut besucht und sind Aushängeschilder der Partei.

PROJEKTGRUPPEN

Die Projektgruppe „Gegen Rechtsextremismus“ mit verschiedenen Akteuren innerhalb und außerhalb der SPD setzte ihre Arbeit fort. Es finden regelmäßige Sitzungen sowie Fachtagungen statt. Dabei wird ein besonders enger Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden gepflegt.

FACHARBEIT

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AfA, AG 60 plus, ASJ, AfB, ASG und AGS und – neuerdings – Selbst Aktiv, Migration und Vielfalt und Schwuos sind auf Landesebene organisiert. Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu spezifischen Politikfeldern: Medien, Demografie, Bauen/Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, Inneres/Kommunales, Wissenschaft. Daneben gibt es die besonders aktive Historische Kommission sowie als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und das Kulturforum.

GESCHICHTSARBEIT – PARTEIJUBILÄUM

Auf allen Ebenen der Partei und natürlich in der Historischen Kommission war das 150-jährige Parteijubiläum im Jahr 2013 Schwerpunkt der Arbeit. Von der großen Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Magdeburg und Halle bis zum kleinen Erzähl-Café in den

Ortsvereinen wurden eine Vielzahl von Veranstaltungen geplant und im Jubiläumsjahr durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurden mit Udo Krause und Ralf Mattern zwei Mitglieder mit dem Adam-Wolfram-Preis für besondere Leistungen bei der historischen Aufarbeitung der Parteigeschichte auf Vorschlag der Historischen Kommission geehrt.

Die Historische Kommission unter Leitung von Dr. Rüdiger Fikentscher verkündete zudem die Fertigstellung des 6. Bandes der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“.

Ein besonderes Augenmerk legen Landesverband und Gliederungen bereits auf das nächste Jubiläum, das 25-jährige Bestehen des Landesverbandes. Auch hier planen wir Festveranstaltungen – vor allem zur Ehrung der „89er“, die seit der Neugründung dabei sind und zu einer Zeit mutig waren und demonstrierten, als dies noch gefährlich war.

PERSONALENTWICKLUNG

Nach der Funktional- und Strukturreform im Jahr 2012 verringerte sich die Anzahl der Beschäftigten um 4 Stellen auf 13. Durch beständige Fortschreibung der Aufgabenkataloge und Evaluation der Neuzuschüsse konnte das Dienstleistungsangebot des Landesverbandes gesichert und sogar ausgebaut werden. Ein besonderer Schwerpunkt lag im Berichtszeitraum auf dem Ausbau der Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Ausbau der technischen Infrastruktur der Geschäftsstellen.

Weiterhin führte der Landesverband zur Verbesserung der Wahlkampforganisation regelmäßig Workshops mit ehren- und hauptamtlichen Akteuren durch. Der hohe Veränderungsdruck, neue Kommunikationssysteme und sich ändernde Ansprüche an Parteitätigkeit stellen uns auch künftig vor die Aufgabe, die Beschäftigten weiter zu qualifizieren und mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten. Daher werden wir den hohen Bildungsstandard aufrechterhalten und an die Erfordernisse modernen Politikmanagements anpassen.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES 2013 – 2015 (GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 22./23. NOVEMBER 2013 IN QUEDLINBURG)

Vorsitzende
Katrin Budde

Stellvertretende Vorsitzende
Holger Hövelmann
Corinna Reinecke
Andrej Stephan

Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

Beisitzerinnen und Beisitzer
Jürgen Barth
Markus Bauer
Ute Brachmann
Rüdiger Erben
Petra Grimm-Benne
Kornelia Keune
Burkhard Lischka
Katja Pähle
Silke Schindler
Lars Schirmer
Kurt-Jürgen Zander

Leitender Landesgeschäftsführer
Oliver Draber

LANDESVERBAND BRANDENBURG



Die drei SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, Matthias Platzeck und Dietmar Woidke zusammen mit der SPD-Landtagsabgeordneten Jutta Lieske (Foto: SPD Brandenburg)

WECHSEL AN DER SPITZE

Matthias Platzeck hatte 2002 das Amt des Ministerpräsidenten in Brandenburg von Manfred Stolpe übernommen. Er wurde 2004 und 2009 im Amt bestätigt. Seit 2000 war Matthias Platzeck SPD-Landesvorsitzender. Im Juli 2013 erklärte er aus gesundheitlichen Gründen den Rücktritt von beiden Ämtern. Zu seinem Nachfolger als SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident wurde Dietmar Woidke gewählt. Diese einschneidenden personellen Veränderungen prägten die Arbeit des Landesverbandes in den Wahljahren 2013 und 2014.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

Für die Brandenburger SPD stand das Jahr 2013 ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Der Landesverband unterstützte die Kandidatinnen und Kandidaten in den zehn Wahlkreisen und organisierte die landesweiten Werbemaßnahmen. In Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Haus wurden mehrere Wahlkampfveranstaltungen mit dem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, dem Parteivor-

sitzenden Sigmar Gabriel sowie dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier durchgeführt. Die bundes- und landesweiten Ergebnisse waren nicht zufriedenstellend. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen im Jahr 2009 verlor die SPD in Brandenburg 2,0 Prozent und erreichte insgesamt nur 23,1 Prozent. Auch die Wahlbeteiligung lag mit 68,4 Prozent nur unwesentlich höher als im Jahr 2009 (67,0 Prozent) und dürfte mit ein Grund für das schlechte Abschneiden der Brandenburger SPD gewesen sein.

EUROPAWAHL UND KOMMUNALWAHLEN 2014

Unmittelbar nach der Bundestagswahl begann die Brandenburger SPD mit den Vorbereitungen für die Wahlkämpfe im Frühjahr 2014. Der Landesverband unterstützte die Brandenburger Europakandidatin Susanne Melior. Hervorzuheben ist insbesondere der Wahlkampfauftritt des Spitzenkandidaten Martin Schulz bei einer Betriebsrätekonferenz in der Lausitz. Nach den ernüchternden Ergebnissen bei der Bundestagswahl war das Ergebnis der Europawahl zufriedenstellend.

Mit Susanne Melior ist Brandenburg auch künftig im Europäischen Parlament kompetent vertreten. In Brandenburg erzielte die SPD 26,9 Prozent (+4,1 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2009) und wurde damit stärkste Partei im Land. Aufgrund der Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl in Brandenburg lag die Wahlbeteiligung bei 46,7 Prozent. 2009 betrug sie lediglich 29,9 Prozent.

Zeitgleich mit der Europawahl fanden in Brandenburg Kommunalwahlen statt. Der Landesverband bot 2014, wie zur Kommunalwahl 2008, seinen Gliederungen zur Kommunalwahl eine landesweite Kampagne an. In Zusammenarbeit mit der Wahlkampfzentrale im Regine-Hildebrandt-Haus beteiligten sich viele Unterbezirke und Ortsvereine daran. Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes führte der Landesverband die Veranstaltungsreihe „Das Küchenkabinett mit Dietmar Woidke“ in allen Landkreisen und kreisfreien Städten durch. Beim „Küchenkabinett“ handelte es sich um ein völlig neues Konzept. Auf unterhaltsame Art wurde den Gästen der Mensch Dietmar Woidke nähergebracht. Als Kulisse diente eine eigens dafür produzierte „Küche“, in der jeweils auch heimische Produkte zur Geltung kamen. Die Veranstaltungen waren hervorragend besucht. Auch die Presseberichterstattung war ausgesprochen positiv.

Trotz des guten Wahlkampfes in allen Gliederungen der Brandenburger SPD war das Ergebnis nicht zufriedenstellend. Die SPD erzielte bei der Kommunalwahl landesweit mit 24,5 Prozent ihr zweit-schlechtestes Ergebnis seit 1990. Nur 2003 lag sie mit 23,5 Prozent unter diesem Wert. Stärkste Kraft wurde die SPD in acht Kreisen und kreisfreien Städten.

LANDTAGSWAHLKAMPF 2014

Die Vorbereitung und Organisation der Landtagswahl im September 2014 war neben der Unterstützung bei der Kommunal- und Europawahl Kernaufgabe des Landesverbandes. Dazu richtete der Landesverband ab Januar 2014 eine eigene Wahlkampfzentrale, die „OSTKURVE“ ein. Alle zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen wurden eingesetzt, um den Status als stärkste Partei in Brandenburg zu verteidigen. Alle Direktkandidatinnen und -kandidaten erhielten eine Basis-Ausstattung an Materialien. Dazu



Volle Säle beim „Küchenkabinett mit Dietmar Woidke“. Der unterhaltende Charakter des neuen Formates kam bei den Gästen sehr gut an. (Foto: SPD Brandenburg)

zählten insbesondere A1-Plakate, Kandidatenflyer, Briefwahlpostkarten, Jungwählermagazin, Wahlprogramme etc. Zudem setzte der Landesverband Wahlkampfzeitungen ein, die flächendeckend in nahezu allen Haushalten verteilt wurden.

In der heißen Wahlkampfphase setzte die Brandenburger SPD auf zwei neue Veranstaltungsformate. In den Ferienwochen führte die Partei vor allem im ländlichen Raum „Strohballenfeste mit Dietmar Woidke“ durch. Neben kulinarischer und musikalischer Unterhaltung mit Live-Band gab es jeweils eine kurze Begrüßungsrede von Dietmar Woidke. Darin würdigte er auch Ehrenamtliche und überreichte ihnen einen Preis der Brandenburger SPD. Nach der Begrüßung mischte sich der Spitzenkandidat unter das Volk. Die Strohballenfeste wurden gut angenommen. Auch die Presseberichterstattung war sehr positiv.

In der Endphase des Wahlkampfes setzte die SPD Brandenburg auf die Veranstaltungsreihe „Dietmar Woidke direkt.“ Im Mittelpunkt stand ein moderiertes politisches Gespräch über die sozialdemokratischen Ziele für Brandenburg. Als Kulisse diente eine große Videowand. Darauf wurden Zeichentrickfilme zu den jeweiligen Politikfeldern eingespielt, was den unterhaltenden Charakter der Veranstaltung erhöhte.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2014 war erfreulich. Zum sechsten Mal in Folge wurde die SPD mit 31,9 Prozent stärkste Kraft im Land. Noch nie seit 1990 war der Abstand zur zweitplatzierten Partei im Land so groß. Die CDU kam auf 23,0 Prozent, die Linke auf 18,6 Prozent. Mit 12,2 Prozent zog die AfD in den Brandenburger Landtag ein. Besonders positiv für die SPD war die Anzahl der gewonnenen Direktmandate. In 29 von 44 Wahlkreisen erzielten die SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten das jeweils beste Erststimmenergebnis. Das waren zehn Direktmandate mehr als bei der Landtagswahl 2009. 2014 wurde daher nur ein Mandat der neuen Landtagsfraktion über den Zugriff auf die Landesliste besetzt. Auch bei der regionalen Betrachtung der Landtagswahl gab es positive Ergebnisse für die Brandenburger SPD. In 17 Kreisen und kreisfreien Städten kam die SPD bei den Zweitstimmen auf den ersten Platz. Nur in Frankfurt (Oder) wurde die SPD zweitstärkste Kraft. Überaus bedauerlich war die geringe Wahlbeteiligung bei



Die Wahlkampfzentrale mit SPD-Chef Dietmar Woidke, Generalsekretärin Klara Geywitz und der Europaabgeordneten Susanne Melior (Foto: SPD Brandenburg)



Tolle Stimmung herrschte bei den „Strohballenfesten“. Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger kamen zu Gesprächen bei Bratwurst und Bier. (Foto: SPD Brandenburg)



Über 3.000 Gäste kamen zum traditionellen Sommerfest der Brandenburger SPD nach Potsdam. Es ist das größte Parteifest in Ostdeutschland. (Foto: SPD Brandenburg)

der Landtagswahl. Sie lag mit 47,9 Prozent ganze 19,1 Prozent unter der Wahlbeteiligung von 2009 – damals fand allerdings auch zeitgleich die Bundestagswahl statt.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, ARBEITSKREISE UND FOREN

Das Netzwerk der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren bot den Mitgliedern der SPD Brandenburg neben der klassischen Parteiarbeit in den Ortsvereinen zusätzliche Möglichkeiten sich auszutauschen und thematische Initiativen auf den Weg zu bringen. In den Wahlkämpfen beteiligten sie sich mit Zielgruppenaktionen und Veranstaltungen und trugen so zum Erfolg der Brandenburger SPD bei.

Im Landesverband waren 2013 und 2014 folgende Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise aktiv:

- Arbeitsgemeinschaft 60 plus
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung
- Arbeitsgemeinschaft für Selbständige in der SPD
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
- Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
- Arbeitskreis Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Polizei
- Arbeitskreis der Christinnen und Christen
- Arbeitskreis Verkehr
- Arbeitskreis Landwirtschaft
- Arbeitskreis Europa
- Kulturforum der Sozialdemokratie
- Wissenschaftsforum

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Mitgliederentwicklung im Jahr 2012: Zum Stichtag 31.12.2012 hatte der SPD-Landesverband Brandenburg 6.197 Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang der Mitgliederzahl um 64 bzw. 1,02 Prozent.

Mitgliederentwicklung im Jahr 2013: Zum Stichtag 31.12.2013 hatte der SPD-Landesverband Brandenburg 6.257 Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zugewinn von 60 Mitgliedern bzw. 0,97 Prozent.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

Vorsitzender

Matthias Platzek – bis 26.8.2013

Dietmar Woidke – ab 26.8.2013

Stellvertretende Vorsitzende

Klara Geywitz – bis 23.11.2013

Martina Münch

Katrin Lange – ab 23.11.2013

Generalsekretär/in

Klaus Ness – bis 23.11.2013

Klara Geywitz – ab 23.11.2013

Beisitzerinnen und Beisitzer

Dietmar Woidke – bis 26.8.2013

Katrin Lange – bis 23.11.2013

Erik Stohn – ab 23.11.2013

Frank Bretsch

Christine Färber

Ravindra Gujjula

Ines Hübner

Simona Koß

Stephan Loge

Mike Schubert

Jörg Vogelsänger

Andrea Wicklein



LANDESVERBAND BERLIN

LANDESPARTEITAG AM 25. MAI 2013

„Ein starkes Team der Berliner SPD für den Bundestag“ – unter diesem Motto stand der Parteitag vor der Bundestagswahl. Die Liste mit 12 Kandidatinnen und Kandidaten wurde erstmals bei der Berliner SPD von einer Frau angeführt, Eva Högl. Peer Steinbrück, SPD-Kanzlerkandidat, hielt eine kämpferische Rede. Besonderer Dank ging an diesem Tag an Petra Merkel, Bundestagsabgeordnete aus Charlottenburg-Wilmersdorf, und an Dagmar Roth-Behrendt, über 24 Jahre Abgeordnete im Europäischen Parlament. Beide kandidierten nicht erneut. Der Landesvorsitzende Jan Stöß dankte beiden im Namen der Berliner SPD für die lange und erfolgreiche Arbeit. Auf dem Landesparteitag wurde Sylvia-Yvonne Kaufmann als Kandidatin für das Europäische Parlament nominiert.



„Ein starkes Team“ – Unsere Bundestagskandidatinnen und -kandidaten (Foto: Ulrich Horb)

LANDESPARTEITAG AM 2. NOVEMBER 2013

Dieser Parteitag stand ganz im Zeichen der zurückliegenden Bundestagswahl, aus der die Berliner SPD mit acht Bundestagsabgeordneten gestärkt hervorging. Der Landesvorsitzende Jan Stöß ging in seiner Rede kritisch auf das Wahlergebnis ein, hielt aber auch fest, dass die SPD Berlin sehr engagiert und hart gekämpft habe in diesem Wahlkampf. Der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel warb auf dem Parteitag eindringlich für ein Ja beim Mitgliedervotum für eine Große Koalition. Seiner Rede folgte eine ausgiebige und intensive Debatte über das Für und Wider einer Koalition mit der CDU. Die Kandidatin für das Europäische Parlament Sylvia-Yvonne Kaufmann leitete mit ihrer Rede den Europa-Wahlkampf 2014 ein.



Felipe González auf dem Landesparteitag (Foto: Dirk Bleicker)

LANDESPARTEITAG AM 17. MAI 2014

235 Delegierte und rund 250 Gäste kamen ins Estrel in Berlin-Neukölln zum Landesparteitag der Berliner SPD. Eine Woche vor den wichtigen Wahlen am 25. Mai ging von diesem Parteitag ein Signal für die Europawahlen und den Volksentscheid über das Tempelhofer Feld aus. Der frühere spanische Ministerpräsident Felipe González Márquez brachte noch einmal Schwung in den Endspurt des Berliner Europa-Wahlkampfes. Sein Plädoyer: „Wir brauchen noch mehr große Europäerinnen und Europäer. Bei uns in Berlin ist Europa zu Hause!“ Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, stellte den später mit großer Mehrheit angenommenen Antrag zum Tempelhofer Feld vor, in dem für ein Ja für eine behutsame Bebauung plädiert wurde. Bei diesem Landesparteitag wurde der Landesvorstand neu gewählt. Jan Stöß wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt, ebenso Fritz Felgentreu, Barbara Loth und Iris Spranger sowie Ulrike Sommer als Kassiererin. Mark Rackles kam für Philipp Steinberg als stellvertretender Landesvorsitzender in den geschäftsführenden Landesvorstand.

LANDESPARTEITAG AM 8. NOVEMBER 2014

Im August 2014 erklärte Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, seinen Rücktritt. Drei Kandidaten traten in einem Mitgliedervotum für seine Nachfolge an: Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß. Michael Müller ging siegreich hervor. Der Landesparteitag stand daher ganz im Zeichen des Dankes an Klaus Wowereit und der Zukunftsthemen des designierten Amtsnachfolgers. Mit stehendem und langem Applaus verabschiedeten die Delegierten Klaus Wowereit. Jan Stöß, Landesvorsitzender, und Michael Müller dankten ihm in

ihren Reden. Jan Stöß sicherte Michael Müller seine volle Unterstützung zu und bilanzierte das Mitgliedervotum mit den Worten: „Im Ergebnis haben wir es hinbekommen, über die richtigen Themen der Stadt zu sprechen und einen fairen Wettbewerb zu führen.“ Inhaltlich standen die Olympia-Bewerbung und die angespannte Wohnungspolitik auf der Agenda des Parteitags. Zugleich wurde – einen Tag vor dem Jubiläum des Mauerfalls – an dieses historische Ereignis und die sozialdemokratischen Akteure dieser Zeit erinnert. Es sprachen und erinnerten Christine Bergmann und Walter Momper.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

Vor dem Personal kommt der Inhalt und so legte die Berliner SPD ein eigenes Eckpunktepapier für den Wahlkampf 2013 vor. Wesentliche Punkte waren aus Berliner Sicht bezahlbare Mieten, eine Armut verhindernde Rente, die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Themen Integration, Daseinsvorsorge und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Bundesländer.

„Die Bundestagswahl wird zur Richtungsentscheidung“, heißt es in der Resolution, die der Landesvorstand am 18. Februar 2013 einstimmig beschlossen hat. Erstmals in der Berliner SPD kandidierten in einem Bundestagswahlkampf sechs Frauen und sechs Männer für den Bundestag. Das „starke Team für Berlin“ war so vielfältig wie noch nie. Jeder Kandidat und jede Kandidatin absolvierte einen sehr engagierten Wahlkampf in ihrem Wahlkreis. Neben zahlreichen Einzelterminen traten sie in der „Wir-im-Kiez-Tour“ des Landesverbandes auf, die in 12 Kiezen die jeweils 12 Kandidatinnen und Kandidaten vorstellte, nutzten die 12 „roten Busse“ für ihre Aktionen und warben zum Beispiel mit dem BeTeam des Landesverbandes in Parks, Freibädern und bei Kneipen-Touren. Überall, wo Wahlkampf gemacht werden kann, wurde für die Anliegen der SPD geworben. Im Mittelpunkt der Kampagne standen die Themen: Wohnen und Leben, Bildung und Arbeit – hier insbesondere das Werben für den Mindestlohn. Nichts Neues für viele Berliner Genossinnen und Genossen war der Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Besonders eisern erklimmen die Wahlkämpfer um Matthias Schmidt, Kandidat für Treptow-Köpenick, die Treppen des größten Berliner Bezirks – mit Erfolg! Der Bundestagswahlkampf der SPD Berlin war 2013 auch deshalb erfolgreich, weil die Kandidatinnen und Kandidaten in jedem Bezirk mit ihren Schwerpunkten überzeugen und sie auf ein sehr engagiertes und weites Netz an ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern aus der Partei zurückgreifen konnten. Mit 24,6 Prozent und insgesamt acht gewonnenen Mandaten schaffte die SPD Berlin am Ende ein gutes Ergebnis.



U: Die „roten Busse“ starten in den Wahlkampf (Foto: Ulrich Horb)

EUROPAWAHLKAMPF 2014

Dieser Wahlkampf für ein sozialdemokratisches Europa stand in Berlin zunächst im Zeichen eines Wechsels. Dagmar Roth-Behrendt erklärte nach fast einem Vierteljahrhundert ihren Rückzug aus dem Europäischen Parlament. In der Kandidatenkür setzte sich Sylvia-Yvonne Kaufmann aus Lichtenberg durch. Die bereits erfahrene Europa-

Parlamentarierin führte die SPD Berlin als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf. In einem unglaublich engagierten Wahlkampf besuchte sie jeden Bezirk vielfach – unter anderem im Rahmen der „Nah dran – Europa-im-Kiez-Tour“, die von den Kreisverbänden und dem Landesverband getragen wurde – und nahm an fast tausend Veranstaltungen teil. Mit ihr und Martin Schulz, erstmals Kandidat für die gesamte europäische Sozialdemokratie, wurde in ganz Berlin geworben. Insbesondere die Themen Jugendarbeitslosigkeit in Europa, Entbürokratisierung, die europäische Flüchtlingspolitik und der Kampf gegen einen Rechtsruck in Europa standen auf der thematischen Agenda dieses Wahlkampfes. Fulminanter Abschluss des Wahlkampfes war die 72-Stunden-Tour durch die Berliner Kieze und die sehr gut besuchte Abschlussveranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz, an der neben Jan Stöß und Klaus Wowereit auch Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier teilnahmen. Am 25. Mai 2014 gewann die SPD in Berlin mit einem Plus von 5,2 Prozent deutlich hinzu und erreichte 24 Prozent. Sie wurde damit stärkste Kraft in Berlin und Sylvia-Yvonne Kaufmann zog ein in das Europaparlament.

MITGLIEDERBETEILIGUNG

Die Instrumente Mitgliederbefragung und -votum werden von der SPD Berlin intensiv genutzt. So entschieden zahlreiche Kreise im Vorfeld der Bundestagswahlen über ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten mittels eines Mitgliederentscheids. Auch nach der Wahl zum Bundestag kam auf die gesamte SPD ein Votum über die Frage zu, ob die SPD mit der CDU koalieren soll. Auch die Berliner SPD diskutierte diese Frage intensiv. Am Ende stimmte bundesweit eine deutliche Mehrheit aller Genossinnen und Genossen für die Koalition. Viele Berlinerinnen und Berliner unterstützten den Prozess des Votums durch ihre Teilnahme an der Auszählung.

Als Klaus Wowereit sein Amt niederlegte, wurde sofort der Beschluss gefasst, die Mitglieder über seinen Nachfolger abstimmen zu lassen. Der Landesverband organisierte verschiedene Vorstellungsrunden und verschickte die Wahlunterlagen per Post. Am Ende ging die Entscheidung zugunsten Michael Müllers aus. Die Nutzung dieses Beteiligungsinstruments stieß bei der Mehrheit der Berliner Mitglieder auf große Zustimmung. Im Zuge des Votums über den zukünftigen Regierenden Bürgermeister verzeichnete die Berliner SPD zudem den deutlichen Zuwachs von 300 neuen Mitgliedern. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten den Anlass, um der Partei beizutreten, und erfreulicher Weise blieb die überwiegende Zahl von ihnen der SPD auch nach dem Votum treu.

FACHTAGUNGEN DER SPD BERLIN FACHTAGUNG ZUR FAMILIENPOLITIK: EINE QUERSCHNITTSAUFGABE

Initiiert vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Fritz Felgentreu debattierte der Landesverband im März 2013 über eine gerechte Familienpolitik im Land Berlin. Dabei wurde klar: Gute Familienpolitik ist auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Debattiert wurde über verschiedene Mittel der Unterstützung, althergebrachte Rollenbilder, aber auch das als typisch bezeichnete Sicherheitsdenken vieler in Deutschland beim Thema Familienplanung. Politische Forderungen bezogen sich auf die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik sowie die Schaffung eines Bund-Länder-Fonds, aus dem Bildungsförderung finanziert werden könnte. Die Ergebnisse der Fachtagung wurden vom Landesvorstand und dem Fachausschuss Jugend und Familie gemeinsam bewertet und final in einem Leittrag zum Parteitag zusammengetragen und dort verabschiedet.

FACHTAGUNG »GERECHTE SOZIALPOLITIK«

Im April 2014 lud die Berliner SPD Vertreterinnen und Vertreter aus der Arbeitswelt, der Politik, den Gewerkschaften und Sozialverbänden ein zur Fachtagung „Gerechte Sozialpolitik“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten, wie Sozialpolitik in Berlin gestaltet werden muss, um wirksam und gerecht zu sein. Dabei wurde deutlich: Sozialpolitik bedeutet nicht, zu reparieren, was vorher schiefgelaufen ist, sie ist vielmehr der Kitt für die Gesellschaft. Die Expertinnen und

Experten konstatierten, dass der Reichtum in Deutschland zunehmend ungleicher verteilt und Altersarmut ein relevantes Thema für viele Menschen sei. Durch den Input auf der Konferenz wurde der Leitartikel „Gerechte Sozialpolitik“ noch einmal erweitert. Auf dem Landesparteitag wurde er verabschiedet.

KAMPF GEGEN RECHTS

Seit 2012 führt der Landesverband eine Statistik darüber, wann und wo politische Anschläge auf Einrichtungen der SPD und naher Organisationen verübt wurden. Bis in das Jahr 2014 hinein gab es mehr als zwei Dutzend Anschläge auf Abgeordnetenbüros, das Kurt-Schumacher-Haus oder auf die AnsprechBar in Treptow-Köpenick und das Anton-Schmaus-Haus in Neukölln. Die im Jahr 2012 ins Leben gerufene AG „Strategien gegen rechts“ nahm ihre Arbeit auf, organisierte Veranstaltungen, Unterstützertreffen und sorgte gemeinsam mit dem Landesverband für eine starke Präsenz auf Demonstrationen gegen rechts oder rechtspopulistische Bewegungen wie die Pegida. Trauriger Höhepunkt der Angriffe auf demokratische Parteien und ihre Engagierten war im Europa-Wahlkampf 2014 der Angriff in Karow und Buch auf Genossinnen und Genossen. Diese wurden am Plakatieren gehindert und tätlich am Infostand angegriffen.

WIEDERKEHRENDE AKTIONEN

Der „Girls' Day“ gehört fest in den politischen Kalender der SPD Berlin. Unter dem Motto „Mädchen machen Politik“ besuchten im März 2013 und 2014 jeweils rund 80 Mädchen das Kurt-Schumacher-Haus im Wedding und das Abgeordnetenhaus von Berlin. In Workshops und Führungen zeigte die Partei, was Frau in der Politik erreichen kann und warum es wichtig ist, dass sich Frauen für gesellschaftspolitische Belange engagieren.

Im November 2013 wurde die Tradition der Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz-Birkenau erneuert. Aus Anlass des 75. Jahrestags der Novemberpogrome veranstaltete die SPD Berlin eine Bildungsreise nach Krakau und Auschwitz, die innerhalb kürzester Zeit bis auf den letzten Platz ausgebucht war. Im Fokus lag der Besuch der Gedenkstätte, aber auch des ehemaligen Ghettos in Krakau. Vor Ort fanden auch Begegnungen mit polnischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten statt.

Es ist gute Tradition in der Berliner SPD, neue hinzugewonnene Mitglieder zu einem Neumitgliedertreffen einzuladen, damit sie Fragen stellen und die Strukturen des Landesverbandes kennenlernen können. Wurden die Treffen anfangs im Willy-Brandt-Haus organisiert, finden sie seit 2014 im Kurt-Schumacher-Haus der SPD Berlin statt. Den Mitgliedern wird hier nahegebracht, wer für was zuständig ist und wer schnell bei einem Problem helfen kann. An den Treffen nehmen auch der Landesvorsitzende und die Geschäftsführung der Berliner SPD teil.

KAMPAGNEN DER SPD BERLIN

TEMPELHOFER FELD: KAMPAGNE GEGEN STILLSTAND

Gemeinsam mit der Europa-Wahl wurde am 25. Mai 2014 über das Volksbegehren „THF100%“ abgestimmt, das sich gegen eine behutsame Bebauung des Tempelhofer Feldes richtete. Die SPD Berlin nahm hier von Beginn eine klare Haltung ein: Wohnungsbau in einer wachsenden Stadt ist wichtig. Dabei gehe es um eine Grundsatzentscheidung für ganz Berlin, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Mit einer Kampagne, die 15.000 Plakate, eine eigene Website und zahlreiche Einzelaktionen umfasste, sollte klar herausgestellt werden, dass es Wohnraum UND Freifläche geben müsse und Berlin Gestaltung STATT Stillstand brauche. Zudem sah der Gesetzesentwurf der Initiative keine Gestaltung des inneren Feldes vor. Der SPD war es aber wichtig, dass der Park eine Aufenthaltsqualität für alle bietet und deshalb zum Beispiel auch Parkbänke und Freizeitangebote ermöglicht werden müssen. Außerdem sollten dringend benötigte Sportanlagen auf dem Feld realisiert werden. Die SPD Berlin organisierte das „Aktionsbündnis Tempelhofer Feld für alle“, das sich aus Sport- und Sozialverbänden, Kammern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften

zusammensetzte. Mit einer eigenen Kampagne warb das Bündnis in der Stadt für den Entwurf des Berliner Senats. Am 25. Mai lehnten die Berlinerinnen und Berliner den Gesetzesentwurf des Berliner Senats ab. Für den Gesetzesentwurf der Tempelhof-Initiative stimmten 64,3 Prozent, dagegen 30 Prozent. Mit 738.124 Stimmen erreichte der Entwurf der Tempelhof-Initiative damit das notwendige Quorum.

»MEHR FRAUEN IN DIE SPD«

Das Ziel ist klar definiert: Mehr Frauen sollen die Politik der SPD bereichern. Obwohl der Landesverband zahlenmäßig stetig wächst, bleibt der Anteil der Frauen konstant. 33 Prozent Frauenanteil in der SPD Berlin – da muss mehr drin sein, sagte sich der Landesvorstand und beschloss die Kampagne „Mehr Frauen in die SPD“. Die teils kontrovers diskutierten Postkarten- und Buttonmotive „Zicke“, „Diva“ und „Biest“ fanden in Cafés, Kneipen und Studentenwohnheimen reißenden Absatz. Gemeinsam mit der nach außen gerichteten Kampagne wurden parteiinternen Schulungen für die weiblichen Neu-Mitglieder angeboten. Der Landesverband richtete ein eigenes Frauen-Forum, das sich mit der Geschichte der Sozialdemokratinnen befasste, ein. Außerdem bot er Coachings für Genossinnen und Coachings für Abteilungen an, die ihre Arbeit insbesondere für Frauen interessanter gestalten wollen. Die Kampagne gab der SPD Berlin in zweierlei Hinsicht Recht. Mehr Frauen traten in die Partei ein, die Genossinnen in der Berliner SPD profitierten von der stärkeren Förderung. Auf dem Bundesparteitag wurde die Kampagne mit dem Publikumspreis des Wilhelm-Dröschner-Preises ausgezeichnet.



Zicke, Diva, Biest fanden reißenden Absatz (Foto: Ulrich Horb)

NACHBARSCHAFTSKAMPAGNE

Die Kampagne „Hallo Nachbar, hallo Nachbarin“ – vom Parteivorstand initiiert – wird von den Kreisen und Abteilungen der SPD Berlin umgesetzt. In drei möglichen Phasen machen sich die Genossinnen und Genossen in Berlin gezielt mit ihrem Lebensumfeld im Kiez vertraut, gehen beispielsweise auf Gewerbetreibende oder ortsansässige Initiativen zu und werten anschließend die Begegnungen und Ergebnisse gemeinsam aus. Die Kampagne dauert über den Berichtszeitraum an.

DIE SPD BERLIN IM BUNDESVORSTAND

Auf dem Bundesparteitag im November 2013 wurde der Vorsitzende der SPD Berlin Jan Stöß in den Parteivorstand gewählt. Damit sitzt nach langer Zeit wieder ein Berliner Landesvorsitzender in diesem Gremium. Anfang 2014 wurde Jan Stöß Metropolenbeauftragter der Bundes-SPD. Hauptthemen des Forums Metropolenpolitik sind die Herausforderungen an eine wachsende Stadt, z.B. in den Bereichen Mieten, Integration, Mobilität, Energieeinsparung und Infrastruktur. Die SPD Berlin ist mit einer steigenden Delegiertenzahl bei den Bundesparteitagen, aber auch den Konventen vertreten und brachte erfolgreich inhaltliche Anträge zum Beispiel zum Thema Rente oder Vorratsdatenspeicherung ein.

DREI JUBILÄEN: 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE UND 25 JAHRE MAUERFALL UND DER »FRAUENSENAT VON BERLIN« 150 JAHRE SPD

2013 stand für die SPD in Deutschland ganz im Zeichen der 150-Jahr-Feier. Auch in Berlin organisierten die Abteilungen und Kreise zahlreiche kleinere und größere Veranstaltungen, um an die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten z.B. aus den Anfangsstunden zu erinnern. Dabei zeichneten die Berlinerinnen und Berliner sich durch besondere Kreativität aus. Die „Sozis schlafen bei Sozis“-Aktion wurde im Vorfeld der großen Jubiläumsfeier auf der Straße des 17. Juni ins Leben gerufen. Mit dieser Börse ermöglichten Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Bundesgebiet kostenlose Unterbringungen. Kennenlernen, Austausch und gemeinsam Feiern standen im Vordergrund. Mit dem „Roten Geburtstag“ erhielten alle 17.000 Mitglieder der SPD Berlin die Möglichkeit, auf die SPD anzustoßen. Es gab einen eigenen Song-Contest – die Gewinner-Band durfte auf dem Jubiläumsfest am 17. und 18. August aufspielen –, eine riesige Geburtstagstorte und viele gute Gespräche. Auf dem Deutschlandfest selbst präsentierte sich die SPD Berlin mit dem VW-Käfer Ernst Reuters, Talk-Runden und Spielen.

25 JAHRE MAUERFALL

Die ganze Welt richtete am 9. November 2014 die Augen auf Berlin. Mit einer Lichterkette wurde an die Teilung der Stadt und der beiden deutschen Länder erinnert. Auch die SPD Berlin beteiligte sich mit unterschiedlichen Veranstaltungen an dem Gedenken. So fand u.a. eine Podiumsdiskussion zum Thema „25 Jahre friedliche Revolution“ statt, an der sich Wolfgang Thierse, ehem. Vorsitzender der SDP in der DDR, Anne-Kathrin Pauk, ehem. Vorsitzende der SDP in Berlin, und Thomas Krüger, Geschäftsführer der Berliner SDP zur damaligen Zeit, beteiligten. Auf dem Landesparteitag kamen Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., und Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., als Zeitzeugen ausführlich zu Wort.

DER ROT-GRÜNE »FRAUENSENAT« 1989 – 1990

25 Jahre und einen Tag nach dem Amtsantritt des rot-grünen Senats von Walter Momper traf sich der frühere Regierende Bürgermeister bei einer Festveranstaltung, die der Landesverband ausrichtete, im Rathaus Schöneberg mit den damaligen Senatsmitgliedern. Erstmals hatte es 1989 in einer Landesregierung mehr Frauen als Männer gegeben. Der Landesvorsitzende der SPD Berlin erinnerte nicht nur an diese Besonderheit, sondern auch an die Wohnungsbauprogramme, Verkehrsprojekte, die Einführung der Busspuren oder das Tempolimit auf der AVUS. Es diskutierten miteinander und mit dem Publikum die ehemaligen Senatsmitglieder Erich Pätzold, Barbara Riethmüller-Seel, Anke Martiny, Walter Momper, Jutta Limbach, Ingrid Stahmer, Heide Pfarr und Nobert Meisner sowie Wolfgang Nagel.

LANDESVORSTAND DER BERLINER SPD (GEWÄHLT AM 17. MAI 2014)

Landesvorsitzender

Dr. Jan Stöß

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Fritz Felgentreu

Barbara Loth

Mark Rackles

Iris Spranger

Landeskassiererin

Ulrike Sommer

Beisitzerinnen und Beisitzer

Lucyna Jachymiak-Krolikowska

Frank Jahnke

Melanie Kühnemann

Dr. Maja Lasic

Klaus Mindrup

Barbara Scheffer

Ulf Wilhelm

Julian Zado

Kreisvorsitzende

(01) Mitte **Boris Velter**

(02) Friedrichshain-Kreuzberg **Dr. Julia Schimeta**

(03) Pankow **Alexander Götz** (bis März 2013), **Knut Lambertin** (seit Juni 2015)

(04) Charlottenburg-Wilmersdorf **Christian Gaebler**

(05) Spandau **Raed Saleh**

Vertreterin des Kreises im LV **Susanne Pape**

(06) Steglitz-Zehlendorf **Ruppert Stüwe**

(07) Tempelhof-Schöneberg **Dilek Kolat**

(08) Neukölln **Dr. Franziska Giffey**

(09) Treptow-Köpenick **Oliver Igel**

(10) Marzahn-Hellersdorf **Stefan Komoß**

(11) Lichtenberg **Ole Kreins**

(12) Reinickendorf (kooptiert) **Jörg Stroedter**

Arbeitsgemeinschaften und ihre Vorsitzenden

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA):

Rolf Wiegand

Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS):

Angelika Syring

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF):

Dr. Eva Högl

Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Werner Kleist**

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV):

Aziz Bozkurt

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und

Jungsozialisten (Jusos): **Kevin Kühnert**

Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD

(Schwusos): **Markus Pauzenberger**

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: **Karin Sarantis-Aridas**

Regierender Bürgermeister von Berlin

Klaus Wowereit – bis Dezember 2014

Michael Müller – seit Dezember 2014

Landesgeschäftsführerin/Landesgeschäftsführer

Kirstin Fussan – bis August 2014

Dennis Buchner – seit September 2014



LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

EINLEITUNG

Seit dem letzten ordentlichen Parteitag ist viel passiert. Vieles, auf das wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in NRW zu Recht stolz sein können. Und eine Menge, worauf wir noch aufbauen können. Vor allem aber: Wir haben uns in den Wahlkämpfen als geschlossene und engagierte Partei gezeigt, die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für Nordrhein-Westfalen, für Deutschland und für Europa. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Zukunft unseres Landes fest im Blick und packen die vor uns liegende Arbeit beherzt an.

LANDESPARTEITAGE, KONFERENZEN, KONVENTE UND VERANSTALTUNGEN

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE 2013 8./9. MÄRZ 2013 – WISSENSCHAFTSPARK, GELSENKIRCHEN

Das Treffen der Mandats- und Funktionsträger der Sozialdemokratie in NRW zu den „Gelsenkirchener Gesprächen“ gehört zu den festen Terminen im Jahreskalender. Bereits zum 9. Mal kamen die Abgeordneten aus Europa, Bund und Land mit Mitgliedern des Landesvorstandes der Partei und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen zu ihrem jährlichen Treffen in Gelsenkirchen zusammen. Am ersten Tag diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, Hannes Swoboda, Vorsitzender der S&D Fraktion im Europäischen Parlament, und Hannelore Kraft über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Der Samstag stand ganz im Zeichen der Wirtschaftspolitik und der daraus resultierenden Fragen für die Sozialdemokratie. Vor welchen Herausforderungen steht eine sozialdemokratisch geprägte Politik in diesem Jahr? Wie sehen unsere Antworten aus? Dazu diskutierte das Plenum mit Vertretern und Vertreterinnen aller politisch föderalen Ebenen.

KONGRESS »ENERGIELAND« NRW 16. MÄRZ 2013 – STADTHALLE, BIELEFELD

Am Morgen vor der Landesdelegiertenkonferenz fand an gleicher Stelle der Energiekongress der NRWSPD unter dem Titel „Energie-land NRW“ statt. Hintergrund: Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nummer 1 in Deutschland. In keinem anderen Bundesland wird mehr Energie genutzt und umgewandelt. Die Geschichte unseres Bundeslands ist eng mit Energie verbunden. Aus der Tradition von Kohle und Stahl ist eine breite energietechnologische Kompetenz entstanden. Viele Forschungseinrichtungen und Unternehmen bieten innovative Energieprodukte und Dienstleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz an. Daher ist NRW für viele zukunftsorientierte Unternehmen der ideale Standort – von der Energierohstoffgewinnung bis zur Umwandlung. Uns ist es wichtig, ein verlässlicher Partner für die Industrie und die mittelständische Wirtschaft zu sein. Etliche energieintensive Unternehmen, die auf eine sichere Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen sind, haben ihre Produktionsstätten und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Als Energieland Nummer 1 haben wir eine große Verantwortung für unser Klima. Dessen sind wir uns sehr bewusst. Mit unserem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzplan leisten wir einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die globale Erwärmung und ihre Folgen. Mehr Klimaschutz ist darüber hinaus ein Fortschrittmotor, um den Industriestandort NRW zu stärken und Beschäftigung bei uns zu sichern. Eine verlässliche Energieversorgung ist eine Grundvoraussetzung zivilen Lebens. Energiearmut steht immer in Verbindung mit Einkommensarmut. Wer dagegen die Energiewende als Ursache für die Energiearmut nennt, verkennt die Tatsachen und nimmt die Verantwortung für die Menschen nicht wahr. Bezahlbarer Strom und Wärmeversorgung sind Grundlagen unseres Verständnisses von Daseinsvorsorge. Unter der Teilnahme von Hannelore Kraft und Wirtschaftsminister Garrelt Duin diskutierten über 300 Gäste in drei Foren mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in den Foren „Energie und Kommune“, „Energie und Verbraucher“ sowie „Energie und Wirtschaft“.

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013 16. MÄRZ 2013 – STADTHALLE, BIELEFELD

Die NRWSPD beschloss die Landesreserveliste für die Bundestagswahl mit Peer Steinbrück als Spitzenkandidat (97,72 Prozent).

WOCHE DER INFRASTRUKTUR DER NRWSPD 2. BIS 7. MAI 2013

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Kein Bundesland ist so vom Funktionieren der verkehrlichen Infrastruktur abhängig wie Nordrhein-Westfalen. Wer Infrastruktur sichert, erhält und ausbaut, sorgt für den Wohlstand kommender Generationen. Die Woche der Infrastruktur der NRWSPD 2013 bildete den Abschluss der zweieinhalbjährigen Diskussionen der Arbeitsgruppe „Allianz für Infrastruktur“, die der Landesvorstand Ende November 2010 eingesetzt hatte: Bei mehr als 55 Terminen in Nordrhein-Westfalen informierten sich über 75 Abgeordnete aller Ebenen in Ihren Wahlkreisen über Brückenprojekte, Häfen, Bahnverbindungen, Verkehrsbetriebe, Recyclinganlagen, Betriebshöfe, Flughäfen, Stadtteilprojekte, Quartiersentwicklungen oder Kläranlagen und diskutierten vor Ort mit Expertinnen und Experten.

NRW-FEST – 150 JAHRE SPD 9. JUNI 2013 – ZECHÉ ZOLLVEREIN, ESSEN

Am 9. Juni haben wir in Nordrhein-Westfalen das 150-jährige Parteijubiläum der SPD gefeiert. Die zentrale Festveranstaltung fand auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen statt. Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern und prominenten Gästen stießen wir auf die Vergangenheit und die Zukunft der SPD an. Die gemeinsame Veranstaltung des Unterbezirks Essen und der NRWSPD wurde von einem bunten Bühnen- und Musikprogramm eingerahmt. Besonderer Höhepunkt war die Rede von Hannelore Kraft, die auch live in viele SPD-Unterbezirke in NRW übertragen wurde. Im Rahmen des NRW-Festes präsentierten sich die Ortsvereine und Gliederungen der SPD Essen mit Ausschnitten aus ihrer reichen Historie. Auch Freunde und Partner wie die

AWO, die Falken sowie die Schausteller Essen, der ASB und die Gewerkschaften waren mit Ständen und Projekten vor Ort. Die Schausteller waren zu Ehren der SPD mit einem historischen Jahrmarkt vertreten. Das älteste Fahrgeschäft stammte übrigens aus dem Jahr 1863!

ZUKUNFTSKONVENT 2013 – SOZIALE GERECHTIGKEIT 6. JULI 2013 – RUHRCONGRESS, BOCHUM

Der Zukunftskonvent NRWSPD im Jahr 2013 stand unter der Überschrift „Soziale Gerechtigkeit“. Gemeinsam mit unseren traditionellen Bündnispartnern haben wir die Zukunft der politischen Kernthemen Arbeit, Bildung, Gesundheit und Pflege erörtert. Die rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten in drei Foren zu den Themen „Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft“, „Chancengerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung“ und „Soziale Sicherheit: Gesundheit, Pflege und Teilhabe“. Neben der Landesvorsitzenden der NRWSPD Hannelore Kraft nahmen auch Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sowie mit Klaus Wieseberg und Prof. Dr. Karl Lauterbach auch zwei Mitglieder aus dem Kompetenzteam des Kanzlerkandidaten teil.

DIE NRWSPD BEIM »DEUTSCHLANDFEST« DER SPD 17./18. AUGUST 2013, BERLIN

Den Abschluss der Feierlichkeiten rund um das 150-jährige Partei-jubiläum bildete das große SPD-Deutschlandfest in Berlin. Auch für die Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen war die gemeinsame Fahrt nach Berlin ein einmaliges Ereignis. Rund 4.000 nordrhein-westfälische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kamen in 75 Bussen, per Auto oder Zug in die Bundeshauptstadt. Das Deutschlandfest selbst enthielt ebenfalls ein starkes Stück NRW: So begeisterte der akrobatische Tanzauftritt der Bochumer Street-Art-Gruppe „Urbanatix“ die Besucherinnen und Besucher auf der Straße des 17. Juli. Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft trug im Lesezelt aus dem Kinderbuch „Neues vom Franz“ von Christine Nöstlinger vor und erfreute damit nicht nur die Kinder, sondern auch zahlreiche Eltern und Erwachsene.



Hannelore Kraft liest beim SPD-Deutschlandfest in Berlin für Kinder (Foto: NRWSPD)

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ ZUR EUROPAWAHL 23. NOVEMBER 2013 – RUHRTURM, ESSEN

Im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz wurden die Kandidatinnen und Kandidaten der NRWSPD für die Bundesliste zur Europawahl bestimmt.

KOMMUNAL- UND EUROPAKONVENT 30. NOVEMBER 2013 – OBERHAUSEN

Nach Partei-jubiläum, Bundestagswahl und Mitgliedervotum läutete die NRWSPD mit dem Kommunal- und Europakonvent Ende 2013 den Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 ein. „Harte Wochen liegen hinter und vor uns“, so leitete die NRWSPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft ihre Rede ein. Gute Ergebnisse im Mai kämen schließlich nicht von ungefähr. „Viele Menschen haben den Eindruck, in Europa sei etwas aus den Fugen geraten“, so Kraft. Im Rahmen der Europa- und Kommunalwahlen könne man im Gespräch



Die Kölner Band Brings sorgt für Stimmung bei der 150-Jahre-SPD-Feier in Essen auf der Zeche Zollverein (Foto: NRWSPD)

mit den Bürgerinnen und Bürgern beweisen, wie gute Vorgaben vor Ort pragmatisch umgesetzt werden. Für die SPD als Kümmerer-Partei sei es notwendig, die entsprechenden Sorgen der Menschen ernst zu nehmen: „Den Nationalisten überlassen wir hier nicht das Feld“.

Unter lautstarkem Applaus warb der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz anschließend für seine Ziele als europäischer Spitzenkandidat: „Das Europa der wettbewerbsorientierten Märkte geht auch mir auf die Nerven. Unsere Botschaft im Europawahlkampf wird sein, die EU sozialdemokratisch reformieren zu wollen“. Für die Teilnehmenden des Kommunal- und Europakonvents ging es nach den Reden in vier prominent besetzten Arbeitsforen um wichtige Themen wie Zuwanderung, Kommunalfinzen, Quartiersentwicklung und politische Teilhabe. Auch programmatisch ging die NRWSPD also gut gerüstet in die anstehende Wahlkampfzeit. Die Ideen und Vorstellungen wurden im Europamanifest und den kommunal-politischen Leitlinien festgehalten.

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE 2014 8. FEBRUAR 2014 – HANS-SACHS-HAUS, GELSENKIRCHEN

Die „Gelsenkirchener Gespräche 2014“ standen unter dem Motto „Zwischen Berlin und Brüssel – NRW verbindet Zukunft“. Vor dem Hintergrund bundes- und europapolitischer Impulse und aus den Blickwinkeln der unterschiedlichen föderalen Ebenen erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, was diese für das Leben, unseren Alltag in den Städten und Gemeinden NRW, bedeuten. Darüber hinaus standen die anstehenden Kommunal- und Europawahlen sowie die neuen politischen Möglichkeiten aufgrund der Regierungsbeteiligung von SPD in Bund und Land im Mittelpunkt der Diskussionen. Zu Gast waren unter anderem der Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Karl-Heinz Lambertz und die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2014 27. SEPTEMBER 2014 - STAATENHAUS AM RHEINPARK, KÖLN

Im Rahmen des Parteitags wurde Hannelore Kraft mit hervorragenden 95,2 Prozent erneut zur Landesvorsitzenden der NRWSPD gewählt. Auch Generalsekretär André Stinka und Schatzmeister Norbert Römer wurden mit guten Ergebnissen bestätigt. Sie erhielten 89,4 Prozent bzw. 88,8 Prozent der Stimmen. Bei den stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden wiedergewählt: Britta Altenkamp (77,95 Prozent), Marc Herter (86,8 Prozent) und Jochen Ott (73,5 Prozent). Neu im Vorstand als Stellvertreterin ist nun Elvan Korkmaz. Die Ost-westfälän erhielt 90,1 Prozent der Stimmen.

Inhaltlich stand das Impulspapier des Landesvorstands mit dem Titel „NRWSPD – Wir stärken unser Fundament!“ im Mittelpunkt. Dieses sieht unter anderem vor, sich verstärkt mit der Frage zu beschäftigen, wie auch in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden, im demokratischen Miteinander Politik zu gestalten. Das Impul-



Generalsekretär André Stinka und Hannelore Kraft beim Landesparteitag 2014 in Köln (Foto: NRWSPD)



Selbie beim Landesparteitag 2014 in Köln (Foto: NRWSPD)

spapier wurde nach einer spannenden und offenen Debatte durch die Delegierten des Parteitag ohne Gegenstimmen angenommen.

DAS PROJEKT »FUNDAMENT STÄRKEN!«

„Immer weniger Menschen beteiligen sich bei Wahlen, Parteien verlieren an Mitgliedern, das Vertrauen in die mediale Berichterstattung nimmt ab – die Herausforderungen für die repräsentative Demokratie sind groß. Das ist mittlerweile vielen Bürgerinnen und Bürgern und allen Beteiligten bekannt. Wir in der NRWSPD bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, ohne die ein friedliches und gerechtes Miteinander nicht möglich ist, und wollen uns deshalb mit dieser negativen Entwicklung nicht abfinden. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass sich die Ansprüche an Politik, Parteien und Parlamente verändern. Die NRWSPD hat sich deshalb beim ordentlichen Landesparteitag 2014 mit einem Leitantrag auf den Weg gemacht, um diese Herausforderungen anzugehen. Unter dem Titel „Fundament stärken!“ hat der SPD-Landesvorstand eine eigene Projektgruppe eingerichtet. Die 56 Mitglieder der Gruppe werden konkrete Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Parteiarbeit erarbeiten. Bis 2016 soll dies mit Hilfe der Partei vor Ort und vielen Freiwilligen in insgesamt 20 Teilprojekten angegangen werden.“

ZUKUNFTSKONVENT 2014 – NEUE ALLIANZEN FÜR STADT UND LAND. 15. NOVEMBER 2014 – LVR-INDUSTRIEMUSEUM, OBERHAUSEN

Unter dem Motto „NRW. Gemeinsam gestalten. Neue Allianzen für Stadt und Land.“ kamen beim Zukunftskonvent 2014 rund 400 Genossinnen und Genossen in Oberhausen zusammen, um in verschiedenen Foren mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu diskutieren. Hauptredner in diesem Jahr war Franz Müntefering. In seinem Impuls verwies er unter anderem auf die langen Linien, die die Politik im Blick haben müsse. Er warnte davor, Themen wie den demografischen Wandel weiter auf die lange Bank zu schieben. Es seien „die anderen, die wollten, dass alles so bleibe, wie es ist“. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien stets angetreten, um die Welt zu verändern! Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft skizzierte in ihrer Rede eine Reihe der neuen Herausforderungen, vor denen das Land und die Städte und Gemeinden in NRW stehen. Nur gemeinsam und partnerschaftlich auf Augenhöhe mit den Kommunen könne NRW zukunftsfit gemacht werden. Kraft verwies auf die großen Anstrengungen, die das Land beispielsweise mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen unternahme, um notleidenden Kommunen Stück für Stück dabei zu helfen, ihre Handlungsfa-

higkeit zurückzuerlangen. Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen über die Neuordnung der Bund/Länder-Finanzen machte sie noch einmal ihre Position klar: „Wir sind keine Bittsteller. Wir wollen mehr von dem behalten, was hier erwirtschaftet wird“, sagte sie unter dem Beifall der Zuhörerinnen und Zuhörer. Nordrhein-Westfalen habe die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer, sei wirtschaftlich stark und verfüge über hohe Einnahmen. Dennoch könne das Land nicht ohne Schulden im Etat auskommen. Das sei so nicht länger hinnehmbar. NRW sei immer solidarisch gewesen und werde es auch bleiben, aber aus dem ursprünglichen Ausgleich sei eine Überkompensation für einzelne Länder geworden – zulasten von NRW.

ARBEIT IN DER LANDESREGIERUNG

In der SPD-geführten Landesregierung arbeiten wir konsequent daran, unser Land jeden Tag ein Stück weit stärker, sozialer und gerechter zu machen. Die Zusammenarbeit zwischen Rot-Grün ist sehr erfolgreich und von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Unsere bisherige Bilanz kann sich sehen lassen.

THEMA BILDUNG

Unser Leitgedanke ist der Ansatz einer vorbeugenden Politik. Wir in NRW wollen kein Kind zurücklassen. Deshalb investieren wir seit unserem Amtsantritt kontinuierlich in die Zukunft – mit dem Ziel, die steigenden Ausgaben für soziale Reparaturkosten zu bremsen und mittelfristig umzudrehen. Seit 2010 haben wir allein für den Ausbau von Betreuungsangeboten für die unter Dreijährigen (U3) fast 1 Milliarde Euro ausgegeben. Die Investitionen haben sich gelohnt: In NRW gab es für das Kindergartenjahr 2014/15 rund 155.500 U3-Plätze. Das entspricht einer Versorgungsquote von 52,9 Prozent, bezogen auf die ein- und zweijährigen Kinder. Und auch in der Qualität sind wir weit vorne: NRW gehört zu den Bundesländern mit den besten Betreuungsverhältnissen in den Kindergärten. Hier belegen wir den dritten Platz.

KOMMUNEN

Investitionen in die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen sind Investitionen in die Zukunft. 2014 erhielten die Kommunen die Rekordsumme von fast 20 Milliarden Euro, um ihre Aufgaben vor Ort zu erfüllen. Damit kommt fast jeder dritte Euro des Landeshaushalts den Städten und Gemeinden zugute.

Seit August 2014 gilt zudem das „Erste Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention“. Kindern mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung soll künftig grundsätzlich mindestens eine allgemeine Schule angeboten werden. Im Schuljahr 2014/15 wurde mit den Klassenstufen 1 und 5 begonnen. Damit setzt die Landesregierung die von der Bundesregierung unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention um. Mit den Kommunen hat sich das Land auf ein Finanzierungsmodell geeinigt. Damit haben die Kommunen ein verlässliches Regelwerk. Die Landesregierung wird sich für fünf Jahre mit insgesamt 175 Millionen Euro an den Inklusionskosten beteiligen. Der Jahresanteil soll jährlich überprüft werden. Bis 2017 investiert das

Land damit über 1 Milliarde Euro in die Umsetzung der schulischen Inklusion – neben 3.215 zusätzlichen Lehrerstellen allein 100 Millionen für die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

WIRTSCHAFT

NRW ist ein wirtschaftlich starkes Land. Hier werden nicht nur knapp 22 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, sondern im Vergleich zu anderen Bundesländern auch die meisten ausländischen Direktinvestitionen getätigt. Jeder vierte aus dem Ausland direkt investierte Euro fließt nach Nordrhein-Westfalen.

Wie wichtig NRW als Wirtschaftsstandort ist, zeigt allein das Interesse chinesischer Investoren. Von den 68 Direktinvestitionen, die Unternehmen aus China 2013 in Deutschland durchgeführt haben, zog Nordrhein-Westfalen 40 Projekte an – mehr als alle anderen Bundesländer zusammen. Die britische Wirtschaftszeitschrift „Foreign Direct Investment Magazine“ kürte NRW zur Nummer 1 der Top-25-Regionen Europas.

Der Erfolg des Wirtschaftsstandorts hängt aber auch maßgeblich davon ab, dass die hier ansässigen Unternehmen erfolgreich auf globalen Zukunftsmärkten konkurrieren können. Mit der Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik auf zentrale Leitmärkte setzt die Landesregierung gezielt Anreize für Innovationen, zum Beispiel in den Bereichen Mobilität und Logistik, Energie- und Umweltwirtschaft, im Anlagen- und Maschinenbau, im Bereich Medien und Kreativwirtschaft oder auch in der Gesundheitswirtschaft.

Teil der Leitmarktstrategie ist zudem, die digitale Wettbewerbsfähigkeit der klassischen Industrie und des Mittelstandes stärker in den Fokus zu rücken und die digitale Innovationskraft Nordrhein-Westfalens zu fördern. Auch die Berufung eines Beauftragten der Landesregierung für die digitale Wirtschaft dient diesem Zweck. Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz wurde außerdem der Mittelstandsbeirat geschaffen. Er stellt die frühzeitige Beteiligung des Mittelstandes bei neuen Gesetzesvorhaben sicher, sodass neue bürokratische Hürden frühzeitig vermieden werden.

FINANZEN

Um NRW fit für die Zukunft zu machen, muss das Land auch finanziell zukunftsfähig sein. Deshalb wird die Landesregierung die Neuverschuldung bis 2020 mit einer verantwortungsvollen Politik auf Null zurückführen. In der aktuellen Legislaturperiode werden wir strukturell ansteigend 1 Milliarde Euro einsparen. Die Schuldenbremse einzuhalten, bedeutet aber auch, Einsparungen vorzunehmen, die wehtun. Denn Einsparungen, die keiner merkt, gibt es nicht. Hiervon kann auch das Landespersonal, das mit 42 Prozent einen großen Teil des Landeshaushalts ausmacht, nicht ausgenommen werden. Bei allen Einsparungen gilt, dass sie mit Augenmaß und sozial verträglich vorgenommen werden.

Die Landesregierung wird zudem auch weiterhin Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen und setzt sich dafür ein, Steuerschlupflöcher im In- und Ausland zu schließen. Durch Selbstanzeigen und den Kauf von Steuer-CDs hat NRW bisher mehr als eine Milliarde Euro eingenommen.

ENERGIEPOLITIK

NRW ist Energieland Nummer 1. Darum ist es von großer Bedeutung für die Zukunft, dass bei uns eine Energiepolitik gemacht wird, die sich durch Verantwortung und Verlässlichkeit auszeichnet. Die Landesregierung hat deshalb im März 2014 eine energiepolitische Einschätzung zum dritten und vierten Umsiedlungsabschnitt in Garzweiler II abgegeben, die Klarheit für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Investitions- und Planungssicherheit für die Unternehmen geschaffen hat. Und sie hat Sicherheit für die rund 35.000 Arbeitsplätze im Energiesektor im Rheinischen Revier gebracht.

Die Landesregierung begleitet die Energiewende auf Bundesebene konstruktiv und setzt sich für den kontinuierlichen Ausbau von erneuerbaren Energien ein. Unser Ziel ist und bleibt eine saubere, sichere und bezahlbare Energiewende. Dabei haben wir stets den Erhalt und

die Sicherung der Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie im Blick. Wir sind Industrieland und wollen es auch bleiben.

QUARTIERSENTWICKLUNG

„Wie wollen wir leben?“ – das ist eine zentrale Frage, die die Landesregierung mit den Bürgerinnen und Bürgern in NRW diskutiert. Mit „Heimat im Quartier“ wurde dazu eine Dialogplattform gestartet. Dort können alle Menschen, die in NRW leben, ihre Ideen zur Quartiersentwicklung einbringen. Es geht dabei nicht nur um bezahlbares Wohnen, sondern auch um die Frage, was das eigene Wohnumfeld lebens- und liebenswert macht.

Im Juni 2014 trat in NRW außerdem die Mietpreisbremse für bestehende Mietverträge in Kraft. In 59 Kommunen, die auf Grundlage eines Gutachtens ermittelt wurden, dürfen die Mieten bei der Anpassung an die ortsüblichen Vergleichsmieten nur noch um 15 Prozent innerhalb der nächsten drei Jahre erhöht werden.

Nach etwas mehr als vier Jahren in der Landesregierung können wir also zu Recht und stolz sagen: Das Land kommt voran. Es ist gut, dass die SPD regiert. Denn die SPD bewegt etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

WAHLEN BUNDESTAGSWAHL 2013

Die Bundestagswahl 2013 brachte mit 25,7 Prozent für die SPD im Bund und 31,9 Prozent für die SPD in NRW für uns alle sicher nicht das Ergebnis, das wir uns erhofft hatten. Aber wir haben einen leidenschaftlichen und überzeugten Wahlkampf geführt. Nach der Bundestagswahl haben wir lange und harte Koalitionsverhandlungen



Hannelore Kraft im Bundestagswahlkampf 2013 (Foto: NRWSPD)



Hannelore Kraft bei Büfudeztage im Wahlkampf 2013 (Foto: NRWSPD)

mit der CDU/CSU geführt. Die CDU/CSU war kein Wunschpartner für uns. Aber in den Sondierungs- und Koalitionsgesprächen wurde deutlich, dass wir in wichtigen Themenfeldern viele Verbesserungen für die Menschen in NRW erreichen konnten. Und darauf kommt es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an. Das hat auch der Beteiligungsprozess gezeigt, mit dem zum ersten Mal in der Geschichte der SPD der Koalitionsvertrag allen Genossinnen und Genossen zur Abstimmung vorgelegt wurde. Das war ein großer Erfolg der innerparteilichen Demokratie. Seitdem haben wir auf Bundesebene viele wichtige Gesetze auf den Weg gebracht, die das Leben der Menschen in Deutschland und bei uns in NRW spürbar verbessern. Unsere Handschrift in der Großen Koalition ist deutlich erkennbar.

EUROPA- UND KOMMUNALWAHLKAMPF 2014

Die Verschnaufpause nach dem Bundestagswahlkampf 2013 und den Koalitionsverhandlungen war nur kurz. Bereits im November 2013 läuteten wir bei unserem Europakonvent in Oberhausen den Europa- und Kommunalwahlkampf ein. Beide Wahlen fanden in NRW am gleichen Tag, dem 25. Mai 2014, statt.

Für den Europawahlkampf nominierten die europäischen Parteienfamilien zum ersten Mal einen Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzten auf einen echten Europäer und Nordrhein-Westfalen: Martin Schulz.

Für die Kommunalwahlen erarbeitete die NRWSPD „Kommunalpolitische Leitlinien“, die der Landesparteirat am 15. Februar 2014 verabschiedete. Sie gaben einen Überblick über sozialdemokratische Kommunalpolitik, für die viele Ehrenamtliche engagiert und mit vollem Einsatz in den Städten, Gemeinden und Landkreisen kämpften.

Bei der Europawahl legten wir in NRW 8,1 Prozent zu und erzielten 33,7 Prozent. Damit lagen wir deutlich über dem Bundesergebnis von 27,3 Prozent (+ 6,5). Trotz eines leidenschaftlichen und geschlossenen Wahlkampfes der Genossinnen und Genossen vor Ort gemeinsam mit Martin Schulz schafften wir es aber nicht, stärkste europäische Kraft zu werden.

Bei den Kommunalwahlen konnten wir unseren Stimmenanteil um 1,6 Prozent auf 31 Prozent landesweit steigern. Zu den großen positiven Überraschungen dieses Wahlabends gehörten sicherlich Düsseldorf, wo Thomas Geisel nun als SPD-Oberbürgermeister regiert, und der Landkreis Siegen-Wittgenstein, in dem Andreas Müller jetzt SPD-Landrat ist. Wir stellen damit sechs Landräte in NRW und in acht der

zehn größten Städte in NRW regiert eine SPD-Bürgermeisterin oder ein SPD-Bürgermeister.

Die Europa- und Kommunalwahlen zeigten aber auch, dass rechte Parteien an Mobilisierungskraft gewannen. In NRW zogen diese neu in Kommunalparlamente ein, in vielen europäischen Ländern wurden sie in das Europäische Parlament gewählt. Die Wahlergebnisse sind deshalb auch ein Aufruf an uns, das Gespräch und die Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, um dem rechten Gedankengut keinen Raum zu geben.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2014

Landesvorsitzende

Hannelore Kraft

Stellvertretende Vorsitzende

Britta Altenkamp

Marc Herter

Elvan Korkmaz

Jochen Ott

Schatzmeister

Norbert Römer

Generalsekretär

André Stinka

Beisitzerinnen und Beisitzer

Frank Baranowski

Inge Blask

Claudia Bogedan

Bernhard Daldrup

Christoph Dolle

Franz-Josef Drabig

Tine Hör dum

Sonja Jürgens

Oliver Kaczmarek

Petra Kammerevert

Katja Kirmizikan

Thorsten Klute

Hans-Willi Körf ges

Dr. Dietmar Köster

Elisabeth Koschorreck

Veith Lemmen

Angela Lück

Nadja Lüders

Elisabeth Müller-Witt

Ernst-Wilhelm Rahe

Andreas Rimkus

Axel Schäfer

Karl Schultheis

Sabine Seibel

Birgit Sippel

Dierk Timm

Apostolos Tsalastras

Gisela Walsken

Beate Wilding

Ibrahim Yetim

Landesgeschäftsführer

Jürgen Angenendt

Regionalvorsitzende

Westliches Westfalen: **Norbert Römer**

Niederrhein: **Britta Altenkamp**

Mittelrhein: **Sebastian Hartmann**

Ostwestfalen-Lippe: **Stefan Schwartz**

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): **Armin Jahl**
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): **Marlies Stotz**
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): **Frederick Cordes**
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): **Ulla Meurer**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): **Dr. Matthias Albrecht**
- Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV): **Ali Dogan**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS): **André Brümmer**
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): **Folke große Deters**
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Wilfried Kramps**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): **Fabian Spies**

LANDESVERBAND HESSEN

Die Arbeit des SPD-Landesverbandes Hessen war in den Jahren 2013 und 2014 geprägt durch die gleichzeitig stattfindende Bundes- und Landtagswahl am 22. September 2013, die daran anschließende Neuordnung der bundes- und landespolitischen Situation, die Europawahlen und die Vorbereitungen des Kommunalwahlkampfes 2016.

POLITISCHE SCHWERPUNKTE

ABSCHLUSS DES PROGRAMMPROZESSES 2012 – 2013 MIT DEM LANDESPARTEITAG AM 9. MÄRZ 2013

Unter dem Motto „HESSEN ERNEUERN.“ führte die SPD 2012 und 2013 einen für Hessen neuartigen Programmprozess, der die Grundlage eines bürgernahen Regierungsprogramms für die Landtagswahl bildete. Gemeinsam mit Mitgliedern, Verbänden und Vertretern aus Wirtschaft, Politik und gesellschaftlichem Leben sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern tauschte sich die SPD über die inhaltlichen Grundlagen sozialdemokratischen Regierungshandelns aus. Die vier Säulen des Programmprozesses waren die Diskussion auf der eigens dafür gestalteten Internetpräsenz www.hessen-erneuern.de, eine schriftliche Experten- und Verbändeanhörung, vier öffentliche Diskussionsveranstaltungen in Form von „Mitmachtagen“ in ganz Hessen und die Diskussion in den elf themenbezogenen Arbeitsgruppen der Programmkommission.



Hanau – Programmparteitag im Arena-Format (Foto: SPD Hessen)

Als Ergebnis entstand nach Auswertung der weit mehr als 1.000 Beiträge und Anregungen ein bürgernahes, transparentes und vielseitiges Regierungsprogramm, dessen Entwurf im Rahmen der zweitägigen Klausur der Programmkommission im Januar 2013 umfassend erörtert wurde. Am 9. März 2013 beschlossen die Delegierten des außerordentlichen Landesparteitags in Hanau nach Beratung von mehr als 80 Änderungs- und Ergänzungsanträgen das Programm.

Im Sommer 2013 wählte eine Gruppe von SPD-Fachpolitikern und unabhängigen Experten aus den zahlreichen Projekten des Wahlprogramms 17 Punkte für das 100-Tage-Programm aus. Diese wurden konkretisiert und zugespitzt und kurz vor dem Wahltermin der Öffentlichkeit vorgestellt.

HESSENGIPFEL 2013

Im Mittelpunkt der Jahresauftaktklausur der hessischen SPD-Spitzen aller politischen Ebenen stand neben den Vorbereitungen der Bundes- und Landtagswahl der Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren. Unter dem Titel „Gerechtigkeit als Maßstab – sozialer Zusammenhalt in der Bewährung“ diskutierte Generalsekretär Michael Roth mit Professor Dr. Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, und Dipl.-Ing. Dagmar Bollin-Flade, Unternehmerin und Vorsitzende des Mittelstandsausschusses beim DIHK.

Die Frage „Bildung und Familie – ist die SPD auf der Höhe der Zeit?“ erörterte die SPD mit Dr. Susanne Gaschke, Autorin und damals Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel, und der Vorsitzenden des Landeselternbeirates Kerstin Geis. Der Landesvorstand legte zur Diskussion ein Impulspapier vor: „Familien stärken – durch Bildung, Betreuung und gute Arbeitsbedingungen.“

VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE AN KURT BECK

In Erinnerung an den langjährigen hessischen Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden stiftete die SPD Hessen im Jahr 2011 die Holger-Börner-Medaille, die für herausragende Verdienste um die hessische Sozialdemokratie verliehen wird. Im Rahmen des Landesparteitages im März 2013 wurde der langjährige rheinland-pfälzische Ministerpräsident und ehemalige SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck mit der Medaille ausgezeichnet.



Verleihung der Holger-Börner-Medaille an Kurt Beck (Foto: SPD Hessen)

LANDTAGSWAHLKAMPF 2013

Ausgehend von einem historisch schlechten Wahlergebnis von 23,7 Prozent im Januar 2009 konsolidierte sich die hessische SPD bereits in den Folgejahren nach Übernahme des Landesvorsitzes durch Thorsten Schäfer-Gümbel und gewann Vertrauen zurück. In Hessen war in Umfragen ab 2010 der Wunsch nach einem politischen Wechsel auf Landesebene vorherrschend. In vielen Umfragen zur Stimmungslage in Hessen erreichten SPD und Grüne Anfang 2013 eine Mehrheit. Dem amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier gelang es umgekehrt über seine gesamte Amtszeit bis zum Wahltag nicht, einen deutlichen Amtsbonus zu erarbeiten.

Für Rückenwind sorgten auch Erfolge auf der kommunalen Ebene wie der Wahlsieg von Sven Gerich 2013 bei der Oberbürgermeisterwahl in Wiesbaden. Wie bereits Peter Feldmann im Vorjahr in Frankfurt am Main konnte der „Newcomer“ Gerich sich – von vielen unerwartet – gegen einen CDU-Kandidaten mit hohem Bekanntheitsgrad durchsetzen. Leiter der Wahlkampfkommission war Generalsekretär Michael Roth.

Angesichts konstant schwacher Umfragewerte für Volker Bouffier, aber guter Umfragewerte für Bundeskanzlerin Merkel setzte die schwarz-gelbe Landesregierung im Januar 2013 den Landtagswahltermin auf den 22. September, den Tag der Bundestagswahl, fest.



Wahlkampfauftakt zur Landtagswahl (Foto: SPD Hessen)

Der Wahlkampf wurde vom SPD-Landesverband im Frühjahr 2013 mit einer Serie von 20 Wahlkampfworkshops in allen Teilen Hessens mit Vertretern aus allen hessischen SPD-Ortsvereinen vorbereitet.

Um die von der Hessen-CDU betriebene Überlagerung der Landesthemen durch den Bundestagswahlkampf zu konterkarieren, startete die hessische SPD bereits im Frühsommer, d.h. vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes, eine Imagekampagne für den Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel. In deren Rahmen wurden mehrere hunderttausend Exemplare des Magazins „Zukunft



Plakatpräsentation (Foto: SPD Hessen)

Hessen“ in SPD-affinen Wahlbezirken verteilt und begleitend thematische Anzeigen in Zeitungen und überregionalen Nachrichtenmagazinen geschaltet.

Um die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, stellte die Partei den Dialog mit den Menschen sowohl in der Vorbereitung als auch im Wahlkampf selbst in den Mittelpunkt. Neben dem auf Beteiligung ausgerichteten Programmprozess fanden weitere Veranstaltungen statt, die das Gespräch von Politikern und Mitgliedern mit Bürgerinnen und Bürgern in den Mittelpunkt stellten. So wurden im heißen Wahlkampf Formate gewählt, bei denen die Kandidatinnen und Kandidaten im direkten Austausch mit Wählerinnen und Wählern standen. Thorsten Schäfer-Gümbel selbst stellte sich in einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Tischgespräche“ vor. Bei diesen „Tischgesprächen“ sprach er über sich und seine persönliche politische Sozialisation und beantwortete Fragen aus dem Publikum direkt und ohne künstliche Grenzen.

Intensiver als jemals zuvor führte die Partei den Wahlkampf über die sozialen Netzwerke. Ein Freiwilligen-Team, das als „Wahlkampf-WG“ über mehrere Monate rund um die Uhr aus der Wiesbadener Rheinstraße und von allen Wahlkampfevents live twitterte, bloggte und postete, unterstützte sie tatkräftig dabei.

Kernthemen des Landtagswahlkampfes der Hessen-SPD waren Arbeit – insbesondere der Einsatz für Mindestlöhne und ein hessisches Vergabegesetz –, Bildung – insbesondere die Abschaffung von G8 und der Ausbau der Ganztagschulen –, Familie – insbesondere ein umfassendes Kita-Betreuungsangebot und die Rücknahme der Verschlechterungen durch das hessische Kinderförderungsgesetz (KiföG). Hinzu kam der Kampf für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug und -umgehung im Rahmen der gemeinsam mit Peer Steinbrück gestarteten Schlussmobilisierungskampagne „800 Millionen Euro für Hessen“.

Die SPD in Hessen hielt über das Jahr 2013, entgegen dem Bundestrend, ihre Umfragewerte stabil – auch aufgrund des bemerkenswerten Einsatzes der vielen tausend ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer der SPD in ganz Hessen. Darüber hinaus baute sie die persönlichen Kompetenzzuschreibungen für den Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel kontinuierlich auf. Allerdings führte insbesondere der Rückgang der Umfragewerte der hessischen Grünen zu einem Abschmelzen des ursprünglichen rot-grünen Vorsprungs und zu einer Angleichung der Umfragewerte von Rot-Grün und Schwarz-Gelb in den Sonntagsfragen zur Landtagswahl im Sommer 2013.

Der Wahlausgang war denkbar knapp. Im Windschatten der populären Bundeskanzlerin gelang es der hessischen CDU, mit einer weitgehend vom Fehlen eigener Vorschläge und einer durch Diffamierungen des SPD-Programms gekennzeichneten Wahlkampagne ihren Stimmenanteil auf dem Niveau von 2009 zu halten. Da die FDP massiv Stimmen verlor, scheiterte sie dennoch und konnte die angestrebte schwarz-gelbe Landtagsmehrheit nicht mehr erreichen.

Die SPD erreichte bei der hessischen Landtagswahl am 22. September 30,7 Prozent der Stimmen (+7,0), bei der am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahl erhielt die SPD in Hessen ein Landesergebnis von 28,8 Prozent (+3,2 Prozent). Die hessische SPD entsendet damit 16 Abgeordnete in den 18. Deutschen Bundestag (2009: 12) und 37 Abgeordnete in den Hessischen Landtag (2009: 29). Schwarz-Gelb wurde in Wiesbaden wie in Berlin abgewählt. Jedoch verfehlte die SPD aufgrund des Wiedereinzugs von FDP und „Die Linke“ – beide mit Ergebnissen äußerst knapp über der Fünf-Prozent-Hürde – ihr Wahlziel einer eigenständigen rot-grünen Mehrheit im Hessischen Landtag letztlich um wenige tausend Stimmen.

ALL-PARTEIEN-SONDIERUNGEN UND SCHWARZ-GRÜNE REGIERUNGSBILDUNG

Die Zusammensetzung des 19. Hessischen Landtags als Fünf-Parteien-Parlament ermöglichte rein rechnerisch eine rot-grün-rote Koalition, eine große Koalition mit der CDU, eine Ampelkoalition oder ein

schwarz-grünes Bündnis. Der Landesvorstand beschloss nach Beratung im Landesparteirat am 28. September 2013 die Aufnahme von Gesprächen mit allen anderen im Landtag vertretenen Parteien auf Grundlage von drei untrennbar verbundenen Entscheidungskriterien für eine Regierungszusammenarbeit: gemeinsame politische Inhalte, Vertrauen und Stabilität.

Auch angesichts der Vorgeschichte von 2008 setzte die hessische SPD auf ein möglichst transparentes Verfahren. Über die Zwischenschritte und deren Bewertungen durch die Sondierungsgruppe berichtete der Landesvorstand dem Landesparteirat zweimal. Die Kriterien der SPD für eine Regierungsbeteiligung und die Bewertung der Gespräche durch Sondierungsgruppe und Landesparteirat wurden der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Sondierungen standen auch immer unter dem Eindruck der parallel stattfindenden Verhandlungen über eine große Koalition in Berlin.

Bei den Sondierungen zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien zeigte sich, dass die meisten rechnerisch möglichen Konstellationen den politischen Realitätstest nicht bestehen würden. Eine Ampelkoalition scheiterte bereits an der FDP, die vor der Wahl eine Koalition mit SPD und Grünen aus wahltaktischen Gründen kategorisch ausgeschlossen hatte und nun um ihre verbliebene Glaubwürdigkeit fürchtete. Eine rot-grüne Minderheitsregierung wurde von Bündnis90/Die Grünen ausgeschlossen. In Bezug auf eine mögliche rot-grün-rote Koalition fanden insgesamt vier Sondierungsrunden statt. Dabei traten kaum überbrückbare Differenzen zwischen SPD, Bündnis90/Die Grünen und „Die Linke“ insbesondere bei der Infrastruktur-, Finanz- und Haushaltspolitik, Sicherheitspolitik oder dem KiföG auf. Es bestanden grundlegend unterschiedliche Einschätzungen zum Umgang mit der Schuldenbremse vor dem Hintergrund der schlechten Finanzlage des Landes, die eine stabile Regierungszusammenarbeit als kaum möglich erscheinen ließen.

Sondierungsgespräche der SPD mit der hessischen CDU zeigten in ebenfalls vier Runden erhebliche Differenzen, insbesondere in der Bildungs-, Innen-, Sozial- und Energiepolitik. Allerdings gab es auch Kompromisswege, die möglicherweise für die Dauer einer Legislaturperiode tragfähig gewesen wären. Verhandlungen über eine große Koalition kamen gleichwohl nicht zustande, da sich die hessische CDU für die Bildung einer schwarz-grünen Koalition entschied, von der sie sich personell wie inhaltlich eine bessere Durchsetzung ihrer Positionen erhoffte.

NEUSTART GEGEN SCHWARZ-GRÜN UND EUROPAWAHLKAMPF

Mit dem Landesparteitag im November 2013 und dem Hessengipfel 2014 stellte sich die SPD auf die neue bundes- und landespolitische Situation und den Europawahlkampf ein. Ein wichtiger Diskussionspartner des Hessengipfels 2014 war der designierte DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann.



Europawahl-Abschluss auf dem Römerberg (Foto: SPD Hessen)

Als zentrale Schwachpunkte der schwarz-grünen Regierungsvereinbarung kritisierte die SPD u.a. den auch weiterhin mangelhaften Ausbau der Ganztagschulen und eine Haushaltssanierungspolitik auf dem Rücken der Kommunen und der Landesbediensteten. Insbesondere die katastrophale Finanzlage der hessischen Kommunen, die zu einer Welle von Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen für Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Vereine führte, wurde von der SPD im Verbund mit den Betroffenen zum zentralen Thema in der Vorbereitung der Kampagne für die Kommunalwahlen 2016 gemacht.

Der im November 2013 neu gewählte Landesvorstand gab sich ein umfassendes Arbeitsprogramm. Für das Jahr 2014 nahm sich der Landesverband daran die Gründung von sechs fachpolitischen Beiräten vor. Die Beiräte für die Bereiche Wirtschaft und Finanzmarkt, Wissenschaft und Innovation, Kirchenpolitik, Sport, Medien sowie Sozialpolitik wurden mit parteiinternen, aber auch externen Multiplikatoren und Expertinnen und Experten besetzt, um in diesen wichtigen Bereichen der Landespolitik neue Ansätze und Perspektiven zu entwickeln.

Mit „Zukunft Hessen“ entwickelte der Landesvorstand gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion eine neue Publikation im Magazinformat, die sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger und an Entscheider in Politik, Wirtschaft und Kultur richtet. „Zukunft Hessen“ erscheint vierteljährlich. Die erste Ausgabe hielten die Besucherinnen und Besucher des Hestentages im Juni 2014 in Händen.



Magazin „Zukunft Hessen“ (Quelle: SPD Hessen)

Zum Thema Digitalisierung rief der Landesvorstand 2014 eine Denkwerkstatt mit 25 überwiegend parteiexternen Experten aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft ins Leben. Die Gruppe bereitet für das Jahr 2015 gemeinsam eine Konferenz vor und erarbeitet ein Konzept für den Landes- und den Bundesparteitag. Daneben beteiligte sich die SPD Hessen 2014 erstmals gemeinsam am bundesweiten Vorlesetag der Stiftung Lesen. Ein weiterer Schwerpunkt für das Jahr 2014 war die Überarbeitung der Satzung des SPD-Landesverbandes.

**KOMMUNALPOLITISCHE LEITLINIEN FÜR 2016:
STARKE STÄDTE UND GEMEINDEN FÜR EIN LEBENS-
WERTES HESSEN**

Die hessische SPD versteht sich als die Kommunalpartei Hessens und stellt die Mehrheit der Bürgermeister, der Landräte und der Oberbürgermeister im Land. Als Beitrag zur inhaltlichen Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2016 setzte der Landesvorstand elf Arbeitsgruppen ein, die bis Januar 2015 in Form von kommunalpolitischen Leitlinien Anregungen und Textbausteine für die Kommunalwahlprogramme der hessischen SPD-Gliederungen erarbeiteten.

**VERLEIHUNG DES GEORG-AUGUST-ZINN-PREISES 2014
AN STEFAN AUST**

Der Georg-August-Zinn-Preis wird von der SPD Hessen an eine Persönlichkeit verliehen, die sich im Sinne des Namensgebers in vorbildlicher Weise um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft verdient gemacht und sich für das Gemeinwohl engagiert hat. Mit dem Preis wurde im November 2014 im Hessischen Landtag Stefan Aust geehrt für seine Verdienste um die deutsche Presselandschaft, den kritischen Journalismus in der Bundesrepublik Deutschland und für seinen Beitrag zur Aufklärung der Ereignisse und des Versagens der Behörden rund um die NSU-Morde, von denen einer auch in Hessen (Kassel) verübt wurde.



Verleihung Georg-August-Zinn-Preis 2014 an Stefan Aust
(Foto: SPD Hessen)

PARTEITAGE

Im Berichtszeitraum fanden vier Landesparteitage statt.

**AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
AM 9. MÄRZ 2013 IN HANAU**

Der außerordentliche Landesparteitag am 9. März 2013 in Hanau diskutierte und verabschiedete das Landtagswahlprogramm der SPD Hessen und wählte – nach einer Rede des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück – die Landesliste für die Bundestagswahl. Der Parteitag fand im „Arena-Format“ statt und stand unter dem Motto „Auf den Wechsel. Fertig. Los.“

**AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
AM 8. JUNI 2013 IN BAD HERSFELD**

Der außerordentliche Landesparteitag am 8. Juni 2013 in Bad Hersfeld stand unter dem hessischen Wahlkampf-Slogan „Gerechtigkeit macht stark“. Auf dem Parteitag wurde die Landesliste für die Landtagswahl aufgestellt. Gastrednerin war die Ministerpräsidentin aus dem benachbarte Rheinland-Pfalz Malu Dreyer.

**ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
AM 30. NOVEMBER 2013 IN DARMSTADT**

Der ordentliche Landesparteitag am 30. November 2013 wählte einen neuen Landesvorstand, erneut mit Thorsten Schäfer-Gümbel an der Spitze. Der Parteitag stellte die ersten Weichen für den Neustart in der Opposition gegen Schwarz-Grün, bereitete die Europawahlen 2014 und die Kommunalwahlen 2016 vor und diskutierte die Bildung der Großen Koalition in Berlin.

**AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
AM 8. NOVEMBER 2014**

Beim außerordentlichen Landesparteitag am 8. November 2014 wurde Nancy Faeser zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie folgte in dieser Funktion Michael Roth, der im Dezember 2013 zum Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt ernannt worden war. Nach einem mehrmonatigen Diskussionsprozess beschloss der außerordentliche Landesparteitag außerdem eine neue Satzung, die u.a. die Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband und den beiden Bezirken verbessert.

**LANDESVORSTAND
(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAG AM 30. NOVEMBER 2013
IN DARMSTADT)**

Landesvorsitzender
Thorsten Schäfer-Gümbel

Stellvertretende Landesvorsitzende
Genot Grumbach
Gisela Stang
Manfred Schaub

Schatzmeisterin
Bärbel Feltrini

Generalsekretär
Michael Roth – bis 8. November 2014
Generalsekretärin
Nancy Faeser – ab 8. November 2014

Beisitzerinnen und Beisitzer
Dr. Udo Bullmann
Corrado Di Benedetto
Nancy Faeser
Petra Fuhrmann
Lisa Gnadl
Timon Gremmels
Melanie Haubrich
Hidir Karademir
Christine Lambrecht
Bettina Müller
Susanne Selber
Dr. Thomas Spies
Muhamed Talic
Torsten Warnecke

Revisorinnen und Revisoren
Hildegard Klär
Heinrich Haupt
Rudi Sölch

BEZIRK HESSEN-NORD

Aus den zahlreichen Themen ragten im Berichtszeitraum die Aktivitäten im Rahmen des 150. Gründungsjubiläums der SPD heraus. Einen breiten Raum nahm auch die Energiepolitik ein, insbesondere unter regionalpolitischen Aspekten mit dem Rückkauf von Anteilen am Stromversorger E.ON und der (Wieder-)Gründung der EAM als regionalem Energieversorger in kommunaler Hand sowie den Themen Windenergie, Fracking und „SuedLink“. Politik für den ländlichen Raum und die Finanzsituation der Kommunen sowie die Bildungspolitik waren weitere Schwerpunkte, wobei das Gewicht auf den Bereichen Lehrerbildung und Inklusion lag.

Ferner prägten die Bundes- und Landtagswahlen im September 2013 sowie die Europawahl im Mai 2014 die Arbeit des SPD-Bezirks. Die starke kommunale Verankerung der nordhessischen SPD und die dezentrale hauptamtliche Struktur ermöglichten es uns, Politik gut zu organisieren und wichtige Projekte weiter voranzutreiben.

150 JAHRE SPD

Ein durchweg gelungener Auftakt ins Jubiläumsjahr 2013 gelang den Kasseler und den nordhessischen Sozialdemokraten mit dem Jahresempfang in Kassel. 150 Jahre Sozialdemokratie wurden gefeiert: Auch in Erinnerung an das Brandt-Stoph-Treffen 1970 in Kassel-Wilhelmshöhe berichtete Egon Bahr, der selbst diesen Teil der Geschichte der SPD entscheidend mitgestaltet hatte, über die von der SPD eingeleitete „Neue Ostpolitik“ und zog die Zuschauer in seinen Bann.

Eine Vielzahl von Jubiläumsveranstaltungen folgte in allen Unterbezirken. Die Partei organisierte Ausstellungen zur Geschichte der SPD – von den Anfängen über die Weimarer Republik, den Widerstand von 1933 und während der Nazizeit bis nach 1945. Darüber hinaus gab es Veranstaltungen zu den Themen „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“, „Die Frauenbewegung und die SPD“, „Die SPD gestaltet den Wiederaufbau“ und „Grundwerte auf dem Prüfstand“. Zahlreiche Sommerfeste, Filmabende, Sternwanderungen, historische Wanderungen und eine breite Beteiligung seitens des Bezirks am zentralen Deutschlandtreffen der SPD in Berlin rundeten das Bild ab. Herausgehoben werden muss der Festakt des SPD-Unterkreises Ziegenhain, mit dem dieser an die Ziegenhainer Konferenz der SPD im August 1947 erinnerte.

BUNDESTAGSWAHL UND LANDTAGSWAHL 2013

Die Arbeit des Jahres 2013 wurde maßgeblich von der Vorbereitung der am gleichen Tag stattfindenden Bundestags- und Landtagswahlen und die zahlreichen Wahlkampfaktivitäten geprägt. Am Jahresanfang wurde die Arbeit am Wahlprogramm zur Landtagswahl abgeschlossen. Selbstverständlich wurden in diesem Zusammenhang alle für die Landespolitik relevanten Themen bearbeitet. Dennoch sollen einige Bereiche hier besonders erwähnt werden.

Neben der bereits genannten Energiepolitik legte das Wahlprogramm einen besonderen Schwerpunkt auf die finanzielle Situation der Kommunen. Schon in den hessischen Sommerferien liefen Veran-



Viel mehr als eine Geschichtsstunde: Egon Bahr begeisterte die nordhessischen Sozialdemokraten. (Foto: Andreas Weber)

staltungen und Termine vor Ort auf Hochtouren. Die nordhessische Partei führte eine Vielzahl von dezentralen Wahlkampfveranstaltungen mit Landes- und Bundesprominenz der SPD in allen nordhessischen Unterbezirken und viele dezentrale Aktionen durch. Ein besonderer Höhepunkt war die Kundgebung mit Peer Steinbrück und dem Spitzenkandidaten der Hessen-SPD zur Landtagswahl Thorsten Schäfer-Gümbel am Kulturbahnhof in Kassel.

Die vielen Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und auf Bezirksebene stemmten den Doppelwahlkampf mit großartigem Engagement. Die Partei demonstrierte Organisationsstärke und stellte einen intensiven Wahlkampf auf die Beine. Dieser Einsatz wurde sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der Landtagswahl mit recht guten und deutlich über dem Bundesdurchschnitt und dem Landesdurchschnitt liegenden Wahlergebnissen belohnt.

Die nordhessische SPD konnte ihre Position als Nordhessenpartei verteidigen und bei der Bundestagswahl 4 von 6 Wahlkreisen direkt gewinnen. Bei der Landtagswahl eroberte sie 11 von 15 Mandaten direkt.



Straßenwahlkampf: Die Dialogbox fand viel Zuspruch auf dem Hessentag in Kassel. (Foto: Dietmar Bürger)

SPD-ERGEBNISSE BUNDESTAGSWAHL 2013 UND 2009

In Prozent	Erstst. 2013	Zweitst. 2013	Erstst. 2009	Zweitst. 2009
Ullrich Meißner Waldeck	41,3	36,0	37,8	33,0
Ulrike Gottschalck Kassel	40,0	34,0	38,0	31,3
Michael Roth Werra-Meißner-Hersfeld-Rotenburg	43,1	36,9	40,4	34,4
Dr. Edgar Franke Schwalm-Eder	42,3	36,5	40,3	33,9
Sören Bartol Marburg	43,7	33,4	28,7	38,9
Birgit Kömpel Fulda	25,0	22,1	23,9	20,1
Hessen-Nord		33,0		29,3
Hessen-Süd		27,4		23,5
Hessen	34,4	28,8	32,3	25,6
Bund	29,4	25,7	27,9	23,0

SPD-ERGEBNISSE LANDTAGSWAHL 2013 UND 2009

In Prozent	LTW 2013	LTW 2009
Brigitte Hofmeyer Kassel-Land I	41,0	34,3
Timon Gremmels Kassel-Land II	42,8	36,5
Uwe Frankenberger Kassel-Stadt I	31,4	25,7
Wolfgang Decker Kassel-Stadt II	36,3	32,2
Dr. Christoph Weltecke Waldeck-Frankenberg I	34,0	26,9
Daniela Neuschäfer Waldeck-Frankenberg II	34,2	28,1
Günter Rudolph Schwalm-Eder I	41,6	37,2
Regine Müller Schwalm-Eder II	39,0	34,2
Lothar Quanz Eschwege-Witzenhausen	38,3	33,0
Dieter Franz Rotenburg	39,8	35,2
Torsten Warnecke Hersfeld	38,3	34,3
Angelika Löber Marburg-Biedenkopf I	39,5	30,3
Dr. Thomas Spies Marburg-Biedenkopf II	34,1	28,5
Pascal Barthel Fulda I	21,4	16,1
Sabine Waschke Fulda II	21,6	16,1



Unterstützung im Europawahlkampf: Bundesumweltministerin Barbara Hendricks besuchte mit der SPD-Europakandidatin Martina Werner den Bergwildpark Meißner. (Foto: Büro Martina Werner)

EUROPAWAHL 2014

Motiviert durch den guten Listenplatz unserer Europakandidatin Martina Werner auf der Bundesliste nahmen die Bezirkswahlkampfkommission und die Wahlteams frühzeitig ihre Arbeit auf. Als in Berlin noch nicht die Werbelinie stand, waren die Wahlvorbereitungen im Bezirk bereits in wesentlichen Teilen abgeschlossen, die Werbematerialien vor Ort und die meisten Termine organisiert. Zahlreiche Neujahrsempfänge wurden bereits für den Vorwahlkampf genutzt. Die Kandidatin absolvierte einen Terminmarathon, war überall in den Kreisen, Städten und Gemeinden präsent und knüpfte eine Vielzahl von Kontakten zu Unternehmen und Institutionen. Die Partei komplettierte dieses Engagement mit vielen Veranstaltungen und Aktionen.

Der Einsatz lohnte sich: Auch bei der Europawahl lag die SPD in Nordhessen mit ihrem Ergebnis von 34,3 Prozent erneut mit sieben Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Besonders erfreulich war, dass die nordhessischen Sozialdemokraten das Ergebnis von 2009 drehen konnten und in der Region wieder mit einem deutlichen Abstand von 4,4 Prozent vor der CDU lagen. Dies kann sich auch im Vergleich mit dem Abschneiden der SPD in anderen Ländern mehr als sehen lassen; lediglich in den Stadtstaaten ist ein ähnlicher Vorsprung vor der CDU zu verzeichnen. Mit Martina Werner wird der SPD-Bezirk Hessen-Nord auch in Zukunft im Europäischen Parlament mit einer Abgeordneten vertreten sein.

LANDTAGSWAHL IM LANDESVERGLEICH

	Jahr	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	LINKE	FWG	Andere
Hessen-Nord	2013	35,5	37,2	9,4	3,9	5,4	1,1	7,6
	2009	29,7	35,4	11,6	14,4	5,5	1,4	1,9
Hessen-Süd	2013	29,1	38,7	11,7	5,4	5,1	1,3	7,2
	2009	21,6	37,8	14,5	16,9	5,3	1,7	2,2
Hessen	2013	30,7	38,3	11,1	5,0	5,2	1,2	8,3
	2009	23,7	37,2	13,7	16,2	5,4	1,6	2,2

ERGEBNIS EUROPAWAHL

Landkreis/UB	Bet.	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	
Kassel-Stadt	2009	35,6	26,1	28,7	22,6	9,5	6,6	–
	2014	40,0	29,7	21,7	19,2	3,1	11,0	8,1
Kassel-Land	2009	35,6	37,7	30,2	12,0	10,0	3,8	–
	2014	41,3	41,2	25,2	10,6	2,6	5,1	9,4
Werra-Meißner	2009	41,3	36,1	33,1	9,6	10,2	4,1	–
	2014	42,3	39,9	27,9	9,7	2,8	5,4	8,7
Schwalm-Eder	2009	38,8	37,4	29,9	10,7	11,4	3,6	–
	2014	43,2	40,7	25,9	10,3	3,2	4,3	8,9
Waldeck-Frankenberg	2009	34,8	28,2	37,1	10,9	14,3	2,9	–
	2014	37,2	34,0	33,0	10,0	4,3	4,5	7,9
Marburg-Biedenkopf	2009	36,0	26,7	33,9	17,3	10,0	5,0	–
	2014	39,3	32,9	28,0	14,3	2,6	7,4	7,4
Fulda	2009	34,5	15,0	53,7	10,2	10,8	2,7	–
	2014	39,1	19,6	47,7	9,4	3,3	4,0	9,0
Hersfeld-Rotenburg	2009	34,1	35,9	34,4	8,0	11,3	3,5	–
	2014	38,9	40,0	28,4	7,6	2,7	4,3	9,9
Bezirk Hessen-Nord	2009	36,2	30,0	35,2	13,0	10,8	4,1	–
	2014	40,1	34,3	29,9	11,7	3,0	5,8	8,6
Land Hessen	2009	37,9	24,4	36,4	15,0	12,6	3,9	–
	2014	42,2	30,3	30,6	12,9	4,1	5,6	9,1
Bund	2009	42,5	20,8	37,9	12,1	11,0	7,5	–
	2014	48,1	27,3	35,3	10,7	3,4	7,4	7,0

WEITERE POLITISCHE SCHWERPUNKTE
EUROPA

Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen beherrschten die europapolitischen Debatten im Berichtszeitraum. Bereits im Europawahlkampf zeichnete sich im Bezirk ein starker Widerstand in der SPD-Organisation und auch in der Bevölkerung gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ab. Der SPD-Bezirk und die neugewählte Europaabgeordnete griffen die Diskussion um TTIP, CETA und TISA aktiv auf und nahmen mit Hilfe von zahlreichen Informationsveranstaltungen und Anträgen eine Positionsbestimmung vor, die klare Kriterien für bilaterale Handelsabkommen definierte. Aus Sicht der nordhessischen SPD sind die Abkommen nur zustimmungsfähig, wenn sie u.a. nachhaltiges Wachstum fördern, die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze unterstützen, Mitbestimmungsrechte, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz

ebenso verbessern wie Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

BUND

Die nordhessische SPD führte die bundespolitischen Diskussionen, die sie bereits seit Jahren kontinuierlich betrieb, konsequent fort. Hierzu zählten die Forderung nach der Bürgerversicherung für alle, nach einem existenzsichernden Mindestlohn und nach einer auskömmlichen Rente am Ende eines langen Erwerbslebens. Die Themen wurden konkretisiert und weiterentwickelt. Gleiches galt für den Grundsatz, die Verursacher der Krise endlich an den Kosten zu ihrer Bewältigung zu beteiligen, und für die Position, dass auch Vermögende und Spitzenverdiener einen angemessenen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten haben. Die nordhessische SPD begleitete

die sozialdemokratische Regierungsarbeit kritisch und unterstützte sie in der Außendarstellung.

LAND

Landespolitisch war und ist das Thema Kommunal Finanzen kontinuierlicher Arbeitsschwerpunkt der nordhessischen SPD. Kommunen und Kreise benötigen eigene finanzielle Spielräume, um ihr politisches Handeln vor Ort umsetzen zu können. Deshalb wendet sich die nordhessische SPD seit Jahren mit aller Kraft gegen Landesprogramme, die sich über den kommunalen Finanzausgleich finanzieren sollen. Ein wesentliches Ziel bleibt es, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die den Kreisen, Städten und Gemeinden die nötige Handlungsfähigkeit garantiert, um Innovationen vor Ort aufzugreifen und vorantreiben zu können.

REGION

Bei der Regionalpolitik, die die nordhessische SPD seit Jahren engagiert betreibt, lag ein besonderer Schwerpunkt auf der „Politik für den ländlichen Raum“. Die Partei hat in der Region dynamische Lebens- und Wirtschaftsräume gestaltet und in vielen Politikbereichen zukunftsfähige Fundamente geschaffen, die angesichts der demografischen Entwicklung weiter ausgebaut werden müssen. Die SPD ist in Nordhessen Garant für gute Arbeit, Mobilität, wohnortnahe Bildung und die Erhaltung der Daseinsfürsorge. Bestehende Konzepte wurden weiterentwickelt, damit Nordhessen auch in Zukunft Chancen eröffnet und den Menschen als lebenswerte Region erhalten bleibt. Diese Konzepte betreffen unter anderem den Ausbau eines wissensbasierten Arbeitsmarktes, die konsequente Verfolgung einer nachhaltigen Energiepolitik, die interkommunale Zusammenarbeit, eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, einen weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt der Sparkassen in regionaler Verantwortung und den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als Garanten gleicher Standards in der Behindertenpolitik.

ENERGIEPOLITIK

Früher als viele andere stellte die nordhessische SPD die Weichen für eine neue Energiepolitik. Die Solarregion Nordhessen hat eine sehr hohe Technologiedichte. Einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Energiepolitik legte der Bezirk im Berichtszeitraum weiterhin auf den Einsatz erneuerbarer Energien. Im Zuge der Diskussion um die Regionalentwicklung wurde auch der Windkraft immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das seit vielen Jahren beharrlich verfolgte Projekt macht deutlich, dass Arbeit und Umwelt im Gleichklang vorgehen können. Diese Arbeit wurde kontinuierlich fortgeführt und ausgebaut.

Auch weil sie die politische Präferenz auf dezentrale, erneuerbare Energien legte, befasste sich die nordhessische SPD frühzeitig mit der Frage der auslaufenden Stromnetzverträge. Angesichts des großen Interesses der Stromversorger war klar, dass die Netzverantwortung nicht ohne Wert ist. Auf sozialdemokratische Initiative hin, legten sich die Kommunen auf ein gemeinsames Vorgehen fest und bündelten ihren regionalen Einfluss auf die Durchleitung durch die Netze. Vergleichbar gingen die Kommunen beim Rückkauf von Anteilen am Energiekonzern E.ON-Mitte vor. Die nordhessische SPD sieht gerade in der erfolgreichen Rekommunalisierung des großen ehemaligen Energieversorgers E.ON-Mitte in die EAM eine große Chance für die Neuausrichtung der Energieversorgung in der Region. Daneben gewann das Thema Fracking in der energiepolitischen Diskussion an Brisanz. Die nordhessische SPD engagierte sich gegen Bestrebungen mit dieser Fördertechnik in Nordhessen unkonventionelles Erdgas zu fördern.

BILDUNGSPOLITIK

Bildungspolitik ist für die nordhessische SPD ein Dauerthema. Breiten Raum nahmen im Berichtszeitraum Fragen der Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Außerdem entwickelte die nordhessische AfB ein Konzept für eine neue einphasige Lehrerbildung, die Fachwissenschaft und Fachdidaktik mit einer deutlich stärkeren Praxisorientierung verbindet. Die Arbeitsgemein-

schaft brachte dieses Thema u.a. auch in die Arbeit der Bundes-AfB ein.

ARBEITNEHMERPOLITIK MIT VERTRAUENSVOLLER ZUSAMMENARBEIT IM GEWERKSCHAFTSRAT

Das traditionell gute Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in Nordhessen verbesserte sich seit der Gründung des Gewerkschaftsrates und dank einer aktiven AfA stetig weiter. Insbesondere zu den Themen Mindestlohn und Rente gab es vielfältige Kooperationen und gegenseitige Unterstützung. Die frühzeitige gegenseitige Information und Beratung über anstehende – vor allem die Arbeitnehmerschaft betreffende – Probleme hat sich bewährt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit gefestigt. Nicht nur bei der zentralen nordhessischen Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern auch bei zahlreichen Aufrufen der Gewerkschaften zu Warnstreiks und Demonstrationen waren die nordhessischen Sozialdemokraten und natürlich auch die AfA deutlich sichtbar vertreten.

EHRENAMTSPREIS VERANKERT MITTEN IN DER GESELLSCHAFT

Der seit einigen Jahren ausgelobte Ehrenamtspreis ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit geworden. Mit dem Preis würdigt der Bezirk besonders herausragendes freiwilliges Engagement. Hinter dem Preis steht der Grundgedanke, dass soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, beides entspricht auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Eine Jury wählt unter einer Vielzahl von Vorschlägen die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet sowohl bei ehrenamtlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden sowie in Presse und Öffentlichkeit eine außerordentlich positive Resonanz.

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT

Das seit 2004 aufgelegte und stetig ausgebauten Bildungsprogramm hat sich in den Gliederungen als fester Bestandteil der politischen Arbeit etabliert. Positive Rückmeldungen bestätigen, dass das Bildungsangebot des Bezirkes die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort sehr gut unterstützt. Der Themenkatalog umfasst die Schwerpunkte Wahlkampfmanagement, Neumitglieder, Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsmanagement, Fit in der Satzung, Geschichte der SPD und Kommunalpolitik.

TERMINE

- 17. Februar 2013** Jahresempfang „Wandel durch Annäherung – Konsequenzen der Ostpolitik bis heute“, auch in Erinnerung an das Brandt-Stoph-Treffen in Kassel-Wilhelmshöhe, mit Egon Bahr in Kassel
- 20. Februar 2013** Seminar „Hessische Gemeindeordnung“ in Kassel
- 23. März 2013** Seminar „Mitgliederwerbung“ in Borken
- 24. März 2013** „Wann wir schreiten Seit an Seit“ – Sternwanderungen der Unterbezirke Kassel-Stadt und Kassel-Land sowie der Naturfreunde mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Jugend Schwedens Gabriel Wikström
- 10. April 2013** Workshop „Nutzung und Umgang mit Facebook“ in Kassel
- 13. April 2013** AG 60 plus Bezirkskonferenz
- 17. April 2013** AGS-Bezirkskonferenz
- 19. April 2013** Veranstaltung Selbst Aktiv
- 4. Mai 2013** Workshop „Tür-zu-Tür-Wahlkampf“ in Kassel
- 22. Mai 2013** Seminar „Frauen in der Kommunalpolitik“
- 15. Juni 2013** „Rhetorik-Seminar“
- 29. Juni 2013** Seminar „Tradition-Gegenwart-Zukunft – Geschichte der SPD“ in Rotenburg
- 6. Juli 2013** Jubiläumsveranstaltung mit Filmvorführung „150 Jahre SPD“ in Kassel
- 22. August 2013** Festakt des SPD-Unterkreises Ziegenhain zum Gedenken an die Ziegenhainer Konferenz der SPD im August 1947 in Ziegenhain

24. August 2013 Frank-Walter Steinmeier in Korbach, Kassel und Marburg
7. September 2013 Diskussion „Arbeit – Ausbildung – Zukunft“ mit Olaf Scholz in Marburg
10. September 2013 Besuch Kurt Becks in Bad Hersfeld, Borken und Sontra
11. September 2013 Brigitte Zypries in Frankenberg
11. September 2013 Torsten Albig in Witzenhausen
20. September 2013 Zentrale Wahlkundgebung mit Peer Steinbrück und Thorsten Schäfer-Gümbel in Kassel
12. Oktober 2013 Seminar „Kriterien und Strategien für erfolgreiche Bürgermeisterkandidaturen“
2. November 2013 Seminar „Mitgliederbetreuung“
23. November 2013 Kassierer-Seminar
30. November 2013 Neumitgliederfrühstück in Kassel
13. Dezember 2013 Verleihung des Ehrenamtspreises der SPD Hessen-Nord in Baunatal
14. Dezember 2013 Seminar „Handlungsansätze für eine erfolgreiche kommunale Integration“
22. März 2014 ASF-Bezirkskonferenz
22. März 2014 „Partizipation und Nachhaltigkeit“, Tagung des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie Kassel zur Erinnerung an Horst Peter
29. März 2014 AG 60 plus Bezirkskonferenz
2. April 2014 Seminar „Kommunale Sozialpolitik“ in Kassel
5. April 2014 Juso-Bezirkskonferenz in Bad Hersfeld
14. April 2014 „Die Europäische Union und die mittelständische Wirtschaft“, Veranstaltung der AGS mit Dr. Matthias Kollatz-Ahnen in Homberg
17. Mai 2014 ASG-Bezirkskonferenz in Kassel
4. Juni 2014 Seminar „Mitgliederbetreuung“
7. Juni 2014 Seminar „Kriterien und Strategien für erfolgreiche Bürgermeisterkandidaturen“
5. Juli 2014 Seminar „Integrationspolitik“
10. Juli 2014 Veranstaltung der ASJ zum Kommunalwahlrecht in Baunatal
10. Juli 2014 Bezirkskonferenz AG Schwule und Lesben in der SPD
8. September 2014 ASJ-Bezirkskonferenz
13. September 2014 Seminar „Ortsvereinsmanagement“
20. September 2014 Bezirkskonferenz AG Migration und Vielfalt
27. September 2014 Seminar „Auf dem Weg zum Mandat“
29. September 2014 Bezirkskonferenz der AG Selbst Aktiv
8. Oktober 2014 Workshop „Bürgermitwirkung“
8. November 2014 Seminar „Mitgliederwerbung“
12. Dezember 2014 Verleihung des Ehrenamtspreises der SPD Hessen-Nord in Baunatal

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Mitgliederzahlen, Stand 31. Dezember 2013: **20.673**

Mitgliederzahlen, Stand 31. Dezember 2014: **20.136**

BEZIRKSVORSTAND

Vorsitzender

Manfred Schau

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Thomas Spies

Martina Werner

Schatzmeister

Dr. Edgar Franke

Geschäftsführer

Wilfried Böttner

Beisitzerinnen und Beisitzer

Dr. Ruth Beusing

Marcel Brückmann

Bertram Hilgen

Esther Kalveram

Dr. Reinhard Kubat

Elke Kühnholz

Nicole Leidenfrost

Stefan Reuß

Michael. Roth

Iris Ruhwedel

Enrico Schäfer

Renata Schirmer

Monika Vaupel

Sabine Waschke

Helmut Wettlaufer

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): **Olaf Schüssler**
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): **Monika Vaupel**
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Siegfried Richter**
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): **Pascal Barthel**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): **Heiko Weiershäuser**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS): **Rolf Pahl**
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): **Dr. Christoph Weltecke**
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): **Lothar van Eikels**
- Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV): **Cono Morena**
- Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: **Klaus Rampold**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): **Jörg Klinge**



BEZIRK HESSEN-SÜD

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirks Hessen-Süd in den Jahren 2013 und 2014 standen im Jahr 2013 die Landtagswahl mit den darauf folgenden Sondierungsverhandlungen und die Bundestagswahl mit den Koalitionsverhandlungen, dem Mitgliedervotum zur Großen Koalition und der anschließenden Regierungsbildung. Im ersten Halbjahr 2014 prägte der Europawahlkampf die Arbeit im Bezirk.

BESCHLÜSSE UND BEZIRKSPARTEITAGE **BEZIRKSPARTEITAG 2013 – MEHR SOZIALE** **GERECHTIGKEIT UND MINDESTLOHN**

Beim Bezirksparteitag Ende Mai in Gießen schwor der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel die rund 250 Delegierten auf einen langen und harten Wahlkampf ein. Die geplante Einführung des Mindestlohns und Bildungschancen – unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder – erklärte er auf dem Parteitag zu den wichtigsten Themen.

Klaus Wiesehügel, Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für Arbeit und Soziales, kritisierte als Gastredner die Arbeitsmarktpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Gernot Grumbach griff als Bezirksvorsitzender die schwarz-gelbe Landesregierung Hessens scharf an und listete deren Fehler und die Fälle von Vetterwirtschaft auf: die gescheiterte Reform von G8, die Einführung von Studiengebühren, die Privatisierung des Uniklinikums Marburg-Gießen sowie die Steuerfahnder- und Polizeichefaffäre. Aus Anlass des 150. Geburtstags der Sozialdemokratie erinnerte er an deren Erfolge in der Bildungs-, Sozial- und Rentenpolitik, bei der Gleichberechtigung der Geschlechter und in der Integrationspolitik.

Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Delegation im Europa-Parlament, rief die Delegierten dazu auf, für ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich starkes Europa zu kämpfen. Verursacher der Krise seien nicht die Menschen in Athen, Dublin oder Madrid, sondern die Akteure an den Finanzmärkten, analysierte Udo Bullmann und forderte eine wirkungsvolle Kontrolle der Finanzmärkte. Kanzlerin Merkels Politik verschärfe die Krise. Notwendig seien eine Stärkung des Europa-Parlaments, ein sozialer Stabilitätspakt sowie ein Wachstums- und Investitionsprogramm.

Wolfgang Schuster, Landrat und Vorsitzender des Unterbezirks Lahn-Dill, wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Uta Zapf wurde feierlich aus dem Bezirksvorstand verabschiedet.

Gernot Grumbach MdL wurde als Bezirksvorsitzender mit 76 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Christine Lambrecht (Bergstraße) und Michael Siebel (Darmstadt) wurden als Stellvertreterin und Stellvertreter in ihren Ämtern bestätigt, ebenso wie Schatzmeister Patrick Koch (Darmstadt-Dieburg).

Udo Bullmann, Sylvia Kunze und Santi Umberti wurden vom Parteitag für die Europaliste der SPD nominiert.

BEZIRKSPARTEITAG 2014: GEMEINSAME AUFGABE: **SOZIALE GERECHTIGKEIT**

Die Europawahl, eine Rede von Dr. Wolfgang Gern, dem Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Hessen und Nassau e. V., zum Sozialwort der evangelischen und katholischen Kirche sowie Flüchtlings- und Internetpolitik standen im Mittelpunkt des Parteitags der SPD Hessen-Süd am 14. Juni in Frankfurt. Ein Grußwort sprach der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

Mit dem Ergebnis der Europawahl sei man in der SPD Hessen-Süd zufrieden, erklärte der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach. Nun sei es an Bundeskanzlerin Merkel und den anderen EU-Staatschefs, sich dem Votum der Menschen in Europa anzuschließen und den konservativen Kandidaten Jean-Claude Juncker zum Präsidenten zu wählen. Der südhessische Europa-Abgeordnete und wiedergewählte Vorsitzende der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament Udo Bullmann erklärte, die Politik der Hinterzimmer müsse beendet werden. Außerdem kritisierte Bullmann die Zusammenarbeit der Konservativen in Europa mit rechtspopulistischen Parteien.

Gernot Grumbach lobte die erfolgreiche Arbeit der Großen Koalition im Bund und beleuchtete die schwarz-grüne Regierungsbildung in Hessen kritisch. Der Umgang der Landesregierung mit den Städten und Gemeinden sei unerträglich und scheinheilig. Ein Prozent aller Ausgaben des Landeshaushalts werde mit Geld getätigt, das vor fünf Jahren noch die Städte und Gemeinden zur Verfügung hatten. Diese Kommunalfeindlichkeit werde man bei den Kommunalwahlen 2016 zum Thema machen.

Soziale Gerechtigkeit als gemeinsame Aufgabe war das Motto der Rede von Dr. Wolfgang Gern. Er erläuterte die Initiative des Rates der Evangelischen Kirche Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung. Soziale Gerechtigkeit sei ein Urthema der Kirche, eine Kirche ohne Engagement für soziale Gerechtigkeit sei nicht mehr die Kirche Jesu Christi. Das lege die Auseinandersetzung mit den Parteien nahe.

Weitere Themen waren das Freihandelsabkommen TTIP sowie eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Die SPD forderte die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus Syrien und die Abschaffung der Dublin-Verordnung, die besagt, dass für Asylverfahren immer der EU-Staat zuständig ist, den ein Flüchtling als erstes betritt. Digitale Teilhabe für alle, Netzneutralität sowie das Recht auf informelle Selbstbestimmung und auf Unverletzlichkeit der persönlichen Daten fordert der Bezirk in einem weiteren Antrag angesichts der NSA-Affäre.

Der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel kündigte eine Weiterentwicklung der politischen Strukturen der hessischen SPD an. Mit 60.000 Mitgliedern und einem Durchschnittsalter von 60 Jahren müsse man jünger und weiblicher werden, Angebote für neue Mitglieder machen und die politische Bildung verstärken. Eine Satzungsreform müsse diskutiert werden.

WAHLEN**LANDTAGSWAHL – HESSEN ERNEuern**

Bereits 2012 begann unter dem Motto „Hessen erneuern“ der Programmprozess zur Landtagswahl 2013. Der Bezirk beteiligte sich personell, mit Beiträgen und mit Veranstaltungen („Mitmachtage“) an dem Prozess. Gernot Grumbach leitete die Programmkommission, die mit verschiedenen Gruppen, unter Beteiligung von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern die Inhalte erarbeitete. Mehr als 1.200 Hessinnen und Hessen trugen der Partei ihre Vorschläge, ihre Kritik und ihre Ideen zu dem Entwurf zu, der dann am 9. März 2013 auf dem Landesparteitag beschlossen wurde.

BEWERTUNG DER ERGEBNISSE

Mit dem Ergebnis der Landtagswahl war der Bezirk zufrieden. Die SPD erzielte in Hessen 30,7 Prozent und hat damit 7 Prozentpunkte dazugewonnen, das entspricht 350.000 Wählerstimmen mehr als 2009. Die Fortsetzung der schwarz-gelben Regierung wurde verhindert, doch das Ziel, eine rot-grüne Landesregierung zu bilden, konnte nicht erreicht werden. Nach langen, ausführlichen Sondierungen formierte sich eine schwarz-grüne Landesregierung.

Auf dem Landesparteitag Ende November 2013 erläuterte Thorsten Schäfer-Gümbel, dass man in der Opposition die Grünen nun als Gegner habe. Hauptkonkurrent um die Meinungsführerschaft in Hessen sei die CDU. Der Anspruch der SPD im Lande bleibe das Motto „Gerechtigkeit macht stark“.

Neun neue südhessische Abgeordnete gehören dem Landtag seit der Wahl im März an: Ulrike Alex, Elke Barth, Corrado Di Benedetto, Kerstin Geis, Stephan Grüger, Karin Hartmann, Rüdiger Holschuh, Gerald Kummer und Turgut Yüksel.

Im Rhein-Main-Gebiet erzielte die SPD gute Ergebnisse und gewann die in den Vorjahren an die Grünen verlorenen Stimmen wieder zurück. Selbst in Wahlkreisen mit starkem Grünen-Milieu war die SPD hinter der CDU zweite Kraft; in den meisten lag sie in der 30-Prozent-Zone. Gerhard Merz aus Gießen sowie Heike Hofmann und Michael Siebel aus Darmstadt gewannen ihre Wahlkreise direkt, Gernot Grumbach in Frankfurt und Jens Grode in Rüsselsheim verloren nur sehr knapp. Mobilisiert werden konnten vor allem Nichtwähler, nur bei den 18- bis 24-Jährigen konnte die SPD nicht zulegen. Wichtigste Themen für die Wahlentscheidung waren Bildungspolitik, Absicherung im Alter, Löhne und Arbeitsbedingungen.

BUNDESTAGSWAHL

Bei der Bundestagswahl fiel das Ergebnis weniger erfreulich aus, auch wenn im Bezirk Hessen-Süd die Wahlergebnisse deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen. Grund für das schwache Abschneiden, so die Analyse, sei das Misstrauen der Wählerinnen und Wähler gegenüber der Bundespartei gewesen. Der Bezirk forderte einheitlich ein Mitglieder-Votum über die Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen. Die Kernthemen der SPD müssten im Mittelpunkt jeder Verhandlung stehen.

Aufgrund des Zuwachses an Stimmen entsendet die südhessische SPD mehr Abgeordnete in die Landesgruppe. Der neuen SPD-Fraktion gehören sieben neue Abgeordnete mit Wahlkreis(teilen) im Bezirk an: Martin Rabanus, Ulli Nissen, Birgit Kömpel (Fulda), Bettina Müller, Hans-Joachim Schabedoth, Dagmar Schmidt und Jens Zimmermann.

Ende November 2013 kamen 900 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Regionalkonferenz in die Stadthalle Hofheim, um über den Koalitionsvertrag zu diskutieren. Kritik äußerten vor allem

die Jusos. Sigmar Gabriel hatte die Koalition zuvor als „Koalition der nüchternen Vernunft“ bezeichnet, die „keine Liebesheirat“ sei.

Die Vorstandsmitglieder des Bezirks Hessen-Süd stimmten dem Koalitionsvertrag beim Mitglieder-Votum zu. Bezirksvorsitzender Gernot Grumbach betonte, der Bezirk hätte sich schon in der Vergangenheit immer wieder für mehr Beteiligung der Mitglieder eingesetzt. Beim Auszählen des Mitgliedervotums, das deutlich für den Koalitionsvertrag mit der CDU ausfiel, beteiligten sich 20 Ehrenamtliche des Bezirks aus Frankfurt, Gießen, Limburg und dem Main-Kinzig-Kreis.

SÜDHESSEN IN PARTEIVORSTAND UND BUNDESTAGSREGIERUNG

Thorsten Schäfer-Gümbel wurde im November 2013 zum Partei-Vize der Bundes-SPD gewählt, Brigitte Zypries wurde Parlamentarische Staatssekretärin für Wirtschaft und Energie, Christine Lambrecht parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion.



Auftakt des Europawahlkampfes 2014 mit Udo Bullmann (Mitte rote Jacke) (Foto: SPD Hessen-Süd)

EUROPAWAHL

Europapolitik ist seit Jahren Schwerpunkt des Bezirks. Im Europawahlkampf veranstaltete der Bezirk von Januar bis März 2014 drei Seminare („Mit Europa auf Augenhöhe“) und Mitte März eine Startkonferenz. 140 Mitglieder diskutierten dabei mit unserer Kandidatin und den Kandidaten Sylvia Kunze, Udo Bullmann und Santi Umberti und bereiteten sich auf den Wahlkampf vor. Kandidatinnen und Kandidaten absolvierten in den Unterbezirken die Veranstaltungsreihe „Europa on Tour“. Der Bezirk organisierte einen Empfang für Migrantinnen und Migranten mit Generalsekretärin Yasmin Fahimi sowie eine Abschlusskundgebung am 24. Mai 2014 auf dem Frankfurter Römerberg mit Martin Schulz, Udo Bullmann, Peter Feldmann und Thorsten Schäfer-Gümbel. Das Wahlergebnis war mit 30,3 Prozent erfreulich, Udo Bullmann zog erneut ins Europäische Parlament ein, die SPD gewann in Hessen Stimmen dazu.

SCHWERPUNKTE UND ALLGEMEINE ARBEIT EHRENAMTSPREIS

Der Bezirk Hessen-Süd vergab im August 2013 zum zweiten Mal den Ehrenamtspreis für herausragendes freiwilliges Engagement. Preisträger in der Kategorie „Gruppen“ war die Kreisjugendfeuerwehr Darmstadt-Dieburg. Als Einzelperson wurde Kornelia Steller-Nass aus Buseck für ihren Einsatz für die Integration von Menschen mit Behinderungen ausgezeichnet. Der Preis ist mit insgesamt 1.500 Euro dotiert und Ausdruck dafür, welche gesellschaftliche Bedeutung und



Der Ehrenamtspreis des Bezirks Hessen Süd ging an die Kreisjugendfeuerwehr Darmstadt-Dieburg und an Kornelia Steller-Nass (rechts)
(Foto: SPD Hessen-Süd)



Gernot Grumbach, Christine Lambrecht und Michael Siebel (von links) sind 2013 als Vorstand des Bezirks Hessen-Süd gewählt worden.
(Foto: SPD Hessen-Süd)



Sigmar Gabriel war Gast bei unserer Veranstaltung zum 100. Todestag von August Bebel in Wetzlar 2013. (Foto: SPD-Bezirk Hessen-Süd)

politische Wertschätzung die SPD dem Ehrenamt beimisst. Den Preis überreichten Laudator Dr. Wolfgang Gern, Vorsitzender des Diakonischen Werks Hessen, Bezirksvorsitzender Gernot Grumbach und Gerold Reichenbach, Vorsitzender des Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement. Die dritte Preisverleihung steht im Sommer 2015 an.

100. TODESTAG AUGUST BEBEL UND GESCHICHTSWETTBEWERB

Zur Vorbereitung des Jubiläums „150 Jahre SPD“ im Jahr 2013 hatte der Bezirk alle Ortsvereine und Unterbezirke aufgerufen, „ihre Geschichte“ in Projekten, Ausstellungen, Vorträgen oder Veranstaltungen im Rahmen eines Wettbewerbs „Du bist Geschichte – Geschichtswerkstatt“ zu präsentieren. Ziel des Wettbewerbs war es, zu zeigen, wie vielfältig sozialdemokratische Grundwerte umgesetzt wurden.

Den ersten Preis erhielt Olav Müller vom Offenbacher Ortsverein Tempelsee-Lauterborn, der zweite Preis ging an Helmut Block und Gerd Lode vom Ortsverein Reichelsheim im Odenwald, mit dem dritten Preis wurde Wolfgang Reuter von der Historischen Kommission der SPD Offenbach ausgezeichnet.

Die Preisträger konnten die Anerkennung ihrer Spurensuche in der regionalen Parteigeschichte während einer Gedenkfeier zum 100. Todestages des „Arbeiterkaisers“ und Begründers der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung August Bebel entgegennehmen. In der August-Bebel-Stadt Wetzlar begrüßten Bezirksvorsitzender Gernot Grumbach und Landrat Wolfgang Schuster 450 Gäste und die Stadtarchivarin Irene Jung erzählte eindrucksvoll vom Leben des großen Sozialdemokraten. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel forderte am Beispiel der persönlichen Geschichte Bebels, dass Bildung für alle möglich und kostenfrei sein müsse.

BEZIRKSVORSTAND

Vorsitzender

Gernot Grumbach MdL

Stellvertretende Vorsitzende

Christine Lambrecht MdB

Michael Siebel MdL

Schatzmeister

Patrick Koch

Beisitzerinnen und Beisitzer

Ulrike Alex MdL

Ansgar Dittmar

Nancy Faeser MdL

Petra Fuhrmann MdL

Kerstin Geis

Raoul Giebenhain

Lisa Gnadt MdL

Heike Habermann MdL

Heike Hofmann MdL

Andrè Kavai

Matthias Körner

Dr. Sascha Raabe MdB

Gerold Reichenbach MdB

Dagmar Schmidt

Umut Sönmez

Turgut Yüksel

LANDESVERBAND THÜRINGEN

NIEDERLAGE UND NEUANFANG

Die Wahljahre 2013 und 2014 stellten für die SPD Thüringen eine Zäsur dar. Die heftige Wahlniederlage im September 2014 und die daran anschließende erstmalige Bildung einer rot-rot-grünen Landesregierung schlugen ein neues Kapitel in der Thüringer SPD auf.

Begonnen hatte das Jahr 2013 jedoch mit der Festveranstaltung der Thüringer SPD zum 150. Jubiläum der Sozialdemokratie. Am Wiedergründungstag des ersten SPD-Landesverbandes auf dem Gebiet der DDR, dem 27. Januar, startete die Thüringer SPD mit szenischen Lesungen des Gothaer Programms, Texten von Clara Zetkin und Willy Brandt ins Jubiläumsjahr. Das neue Veranstaltungsformat kam an, das Gothaer Tivoli, das „Stonehenge“ der deutschen Sozialdemokratie, war mit über 150 Gästen übertoll besetzt.

Im Frühjahr bezog die SPD Thüringen mit ihrer Landesgeschäftsstelle neue Räumlichkeiten. Zwar blieb sie am Erfurter Juri-Gagarin-Ring, wählte jedoch ein größeres und helleres Ambiente und verfügt mit dem #JURI158 auch erstmals über ein Ladenlokal.

Auch die Arbeitsgemeinschaften wagten Neues. Die ASF legte ihr Mentoring-Programm neu auf: Die Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke, Sozialministerin Heike Taubert und die Landtagsabgeordnete Regine Kanis fungieren als Mentoring-Patinnen. Die Arbeitsgemeinschaft Asyl, Migration und Menschenrechte wurde neu gegründet.

Die Jusos „eroberten“ anlässlich ihrer Landeskongress gemeinsam mit der Naturfreundejugend Thüringen und dem Stadtspiel „Capture your City“ die Gothaer Innenstadt für junge Leute. Im Rahmen der größten im Freistaat Thüringen durchgeführten Jugendumfrage kamen die Jusos mit über 700 jungen Menschen ins Gespräch. Die Befragung sollte herausfinden, wie junge Menschen an Politik teilhaben wollen und für welche konkreten Themen sie sich interessieren. Die Jusos fanden heraus, dass sich junge Menschen sehr wohl für Politik interessieren und sich einbringen wollen. Die „Mär“, die Jugend sei unpolitisch, wurde nicht bestätigt. Als wichtigste Politikfelder bezeichneten die jungen Menschen die Themen Bildung, Arbeit und Soziales.

Erstmals fand am ersten Samstag in den Ferien das gemeinsame Sommerfest von SPD-Landesverband und SPD-Landtagsfraktion in Meiningen statt. Mit dem Stargast Klaus Wowereit, der gesamten Landesprominenz und dem Thüringer Bundesvision-Song-Contest-Teilnehmer Hannes Kinder wurde bis spät in den Abend gefeiert.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Die Bundestagswahl prägte das gesamte Jahr 2013. Mit Bürgerdialogveranstaltungen zur Gesundheitspolitik, Rente, Wirtschafts- und Steuerpolitik, bei denen neben unseren Bundestagsabgeordneten immer auch externe Fachleute aus Gewerkschaften oder von Verbraucherschutzverbänden zu Wort kamen, testeten unsere Kandidatinnen und Kandidaten neue Veranstaltungsformate. Als Spitzenkandidat wurde der Bundestagsabgeordnete aus Erfurt und Weimar Carsten Schneider nominiert. Im anschließenden Bundestagswahlkampf nutzte die Partei in seinem Wahlkreis das Instrument des Tür-zu-Tür-Wahlkampfes am intensivsten. Für alle Wahlkreise organisierte der Landesverband eine zentrale Bustour, die Wahlkampf auch in Regionen ermöglichte, in denen es keine oder nur noch wenige SPD-Mitglieder gibt. Der Wahltag war allerdings ernüchternd: Die Thüringer SPD lag im ostdeutschen Trend und musste im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 noch einmal Einbußen hinnehmen. Sie stellt weiterhin nur drei Bundestagsabgeordnete: Carsten Schneider, Iris Gleicke und Steffen-Claudio Lemme. Nach der Koalitionsentscheidung auf Bundesebene übernahmen Iris Gleicke als Parlamentarische Staatssekretärin, Ostbeauftragte sowie Beauftragte der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus und Carsten Schneider als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Haushalt, Finanzen und Euro, wichtige Aufgaben für die SPD. Beide stellen die Leistungsfähigkeit der Thüringer Sozialdemokratie unter Beweis.



Spaß beim Sommerfest 2013: Heike Taubert und Klaus Wowereit (Foto: SPD Thüringen)

EUROPAWAHL UND LANDTAGSWAHL 2013

Nach der Wahl ist vor der Wahl und so wurde im Oktober 2013 Jakob von Weizsäcker zum Kandidaten für die Europawahl nominiert. In einer knappen Abstimmung setzte er sich gegen Babette Winter durch.

Am Rande des Bundesparteitages eröffnete der Landesvorsitzende Christoph Matschie erstmals für die Thüringer SPD die Option, nach der Landtagswahl auch einen Kandidaten der Linkspartei zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die Vorzeichen für das Wahljahr 2014 waren gesetzt. Das Jahr startete mit der lang erwarteten Entscheidung der SPD für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl. Nach einer Einigung in der engeren Führungsspitze der Partei wurde Sozialministerin Heike Taubert auf einem Landesparteitag mit 98 Prozent zur Spitzenkandidatin nominiert. Die SPD Thüringen war geschlossen wie nie und startete optimistisch in den Wahlkampf zur Landtagswahl.

Das Thüringer Ergebnis zur Europawahl brachte nicht den erhofften Rückenwind, auch wenn die Thüringer Sozialdemokraten mit Jakob von Weizsäcker erstmals seit 10 Jahren wieder einen Europaabgeordneten stellen. Auch bei den Kommunalwahlen führte ein Generationswechsel zu Einbußen in den Stadträten und Kreistagen im Freistaat. Die SPD blieb aber in der Landeshauptstadt Erfurt mit Oberbürgermeister Andreas Bausewein an der Spitze stärkste Kraft und konnte vor allem im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Schmalkalden-Meiningen deutlich zulegen und stellt dort die neuen Landräte.

Anlässlich ihrer Landeskonferenz in Schmölnn testeten die Jusos das öffentliche Marktplatzgespräch als Kommunikationsform zur Jugendpolitik. Vertreterinnen und Vertreter aus der kommunalen Jugendarbeit diskutierten mit den Jusos über Chancen und Herausforderungen für junge Menschen in Thüringen. Themen waren u.a. Abwanderung und Chancen auf Ausbildung und Arbeit, erhoben wurden Forderungen nach gerechten Löhnen und Perspektiven auf langfristige Jobs für junge Menschen. Im Sommerwahlkampf nutzte die Partei diese Form der Ansprache von jungen Wählerinnen und Wählern intensiv.

Trotz zahlreicher Wahlkampfaktivitäten, Tür-zu-Tür-Wahlkampf und zentraler Wahlkampftouren zur Unterstützung der Regionen gelang es der SPD nicht, entscheidende Themen im Wahlkampf so zuzuspitzen, dass CDU und Linkspartei in die Auseinandersetzung gezwungen werden konnten. Die zentralen Themen der SPD – beitragsfreies Kita-Jahr, Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern, bessere Sportförderung, sichere Arbeitsplätze, Bekämpfung des Ärztemangels – setzten sich nicht ausreichend von der politischen Konkurrenz ab. Mit zunehmender Nähe zum Wahltermin trat die Ministerpräsidentenfrage ins Zentrum der politischen Debatte. Da der SPD angesichts der Umfragen – die SPD lag klar hinter CDU und Linkspartei – eine Perspektive auf dieses Amt fehlte, rutschte die Partei weiter ab und erzielte am Wahltag mit 12,4 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis bei einer Thüringer Landtagswahl.

Mit lediglich 12 Landtagsabgeordneten zog die SPD in den Thüringer Landtag ein. Der Landesvorsitzende Christoph Matschie kündigte in Folge des Wahlergebnisses an, nach 15 Jahren im Amt nicht wieder für den Landesvorsitz zu kandidieren. Der geschäftsführende Landesvorstand schlug der Partei den Erfurter Oberbürgermeister und bisherigen Parteivize Andreas Bausewein als neuen Vorsitzenden vor und terminierte den Landesparteitag auf den 25. Oktober 2014. Andreas Bausewein wurde mit knapp 90 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Parteitag dankte Christoph Matschie für 15 Jahre an der Spitze der SPD Thüringen. Mit Matthias Hey wurde der einzige Gewinner eines Direktmandats (Wahlkreis Gotha) zum Vorsitzenden der Landtagsfraktion gewählt.

Nach intensiven Sondierungsverhandlungen mit der CDU auf der einen und Linkspartei und Grünen auf der anderen Seite und der ersten offiziellen Basiskonferenz der Thüringer SPD am 21. Oktober 2014 in Weimar entschied erstmals in der Geschichte der SPD ein Mitglieder-votum über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. An der Abstimmung, die bis zum 3. November 2014 lief, beteiligten sich herausragende 77,53 Prozent der Thüringer SPD-Mitglieder. 69,93 Prozent



Wechsel des Vorsitzes: Andreas Bausewein folgt Christoph Matschie (Foto: SPD Thüringen)



Riesiges Medieninteresse: Pressekonferenz zum Mitgliedervotum (Foto: SPD Thüringen)

stimmten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen, 30,07 Prozent votierten mit Nein.

Anfang Dezember besiegelten SPD, Linkspartei und Grüne mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages das Regierungsbündnis. Am 5. Dezember nahm die erste rot-rot-grüne Landesregierung im Thüringer Landtag mit der Wahl des Ministerpräsidenten erfolgreich ihre Arbeit auf.

Auf der Auftaktklausur des neuen Landesvorstands im Januar 2015 wurden auch innerparteilich neue Weichen gestellt. Die Partei will über Zukunftsforen die Programmatik langfristig neu entwickeln, Beiräte sollen externen Sachverständigen an die Partei binden und die erfolgreiche Mitgliederbeteiligung während der Regierungsbildung soll auch im Parteialltag beibehalten werden.

LANDESVORSTAND DER SPD THÜRINGEN
(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDES-
PARTEITAG AM 25. OKTOBER 2014 IN ERFURT)

Landesvorsitzender
Andreas Bausewein

Stellvertretende Vorsitzende
Antje Hochwind
Carsten Schneider MdB
Dr. Albrecht Schröter
Heike Taubert MdL

Schatzmeister
Petra Heß

Beisitzerinnen und Beisitzer
Dagmar Becker MdL
Robert Geheeb
Markus Giebe
Iris Gleicke MdB
Peter Heimrich
Dr. Cornelia Klisch
Michael Klostermann
Cornelia Kraffzick
Diana Lehmann MdL
Bettina Löbl
Eleonore Mühlbauer MdL
Dr. Holger Poppenhäger
Frank Roßner
Rosemarie Schmack-Siebenlist-Hinkel
Dr. Hartmut Schubert
Sven Steinbrück
Dr. Babette Winter
Claudia Zanker

Landesgeschäftsführer
René Lindenberg

Vorsitzender Landesparteirat
Wilhelm Schreier

MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
(GEWÄHLT AM 22. SEPTEMBER 2013)

Iris Gleicke
Steffen-Claudio Lemme
Carsten Schneider

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
(GEWÄHLT AM 25. MAI 2014)

Jakob von Weizsäcker

MITGLIEDER DES THÜRINGER LANDTAGES
(GEWÄHLT AM 14. SEPTEMBER 2014)

Dagmar Becker
Matthias Hey
Uwe Höhn
Diana Lehmann
Dorothea Marx
Christoph Matschie
Eleonore Mühlbauer
Birgit Pelke
Dr. Werner Pidde
Marion Rosin
Heike Taubert
Frank Warnecke

MITGLIEDER DER THÜRINGER LANDESREGIERUNG
(ERNANNT AM 5. DEZEMBER 2014)

Heike Taubert,
Finanzministerin und stellv. Ministerpräsidentin
Dr. Holger Poppenhäger,
Minister für Inneres und Kommunales
Wolfgang Tiefensee,
Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Dr. Babette Winter,
Staatssekretärin im Kabinettsrang für Europa und Kultur

**LANDESVORSITZENDE DER
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN**

- Arbeitsgemeinschaft Asyl, Migration und Menschenrechte:
Sprecherrat
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und
Jungsozialisten (Jusos): **Markus Giebe**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
(Schwusos): **Frank Domkowski**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS):
Jens Kutscher; ab Juli 2014: **Bernd Brösdorf** (kommissarisch)
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA):
Frank Weber

- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB):
Frank Roßner (kommissarisch)
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF):
Cornelia Klisch; seit November 2014: **Heidrun Sachse**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialde-
mokraten im Gesundheitswesen (ASG): **David Eckardt**
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und
Juristen (ASJ): **Thomas Notzke**
- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Wolf-Dietrich Waack**
- Arbeitskreis Christeninnen und Christen in der SPD
(AK Christen): **Andreas Koch**; seit November 2014:
Ingo Hofmann



LANDESVERBAND SACHSEN

UNSER SACHSEN FÜR MORGEN

Im Jahr 2014 übernahm die SPD Sachsen nach mehrjähriger Opposition wieder Regierungsverantwortung. Als einzige der im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien konnte die SPD Sachsen ihr Ergebnis bei den Landtagswahlen am 31. August 2014 verbessern – auf 12,4 Prozent. Mit einem Plus von vier Mandaten ist die SPD hinter CDU und DIE LINKE die drittstärkste Kraft im Sächsischen Landtag.

THEMENSCHWERPUNKTE 2013

- Mitgliederentscheid zur Verfassungsänderung (Neuerschuldungsverbot): mit 77,2 Prozent angenommen.
- Bundestagswahl 2013: Die SPD Sachsen gewann sechs Mandate und konnte ihren Stimmenanteil von 14,6 Prozent verteidigen.
- Demokratie '13 – Für ein Land, in dem jede Stimme zählt: Leittrag auf dem Landesparteitag 2013.

THEMENSCHWERPUNKTE 2014

- Europawahl am 25. Mai 2014 – Europa neu denken: Wahlbeteiligung in Sachsen: 49,2 Prozent, Ergebnis der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten: 25,4 Prozent.
- Themen der Landtagswahl: faire Löhne, Sicherheit, Investitionen in Bildung (bessere Kitas, mehr Lehrkräfte), solide Finanzen.

KOALITIONSVERTRAG 2014

Der Koalitionsvertrag wurde durch das Verhandlungsteam der SPD Sachsen rund um Martin Dulig mit Unterstützung der Facharbeitsgruppen und der SPD-Arbeitsgemeinschaften verhandelt. Das Ergebnis war ein 110 Seiten langer und 50 Kapitel starker Koalitionsvertrag, der am 23. Oktober 2014 öffentlich präsentiert und am 9. November 2014 durch ein Mitgliedervotum der sächsischen SPD-Mitglieder als Grundlage einer schwarz-roten Koalition bestätigt wurde. Die SPD setzte dabei soziale, wirtschaftliche, ökologische, demokratische und gerechte Akzente. Martin Dulig: „Wir werden jetzt gemeinsam

das mit Leben erfüllen, was wir in den vergangenen Wochen in engagierten Verhandlungen vereinbart haben.“

PARTEILEBEN

150 JAHRE SPD – FESTAKT IN LEIPZIG

In Leipzig feierte die deutsche Sozialdemokratie am 23. Mai 2013 mit einem großen Festakt ihr 150-jähriges Bestehen. Dazu waren rund 1.600 geladene Gäste aus 80 Ländern ins Gewandhaus gekommen. Zeitgleich feierte die SPD Sachsen auf dem Marktplatz mit den Leipziger Bürgerinnen und Bürgern. Mit dabei waren SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel. Für die musikalische Unterhaltung sorgten die Bands Orinoko, Brass Combo Triple Trouble, Naturally 7 und Die Prinzen.

MITGLIEDERENTSCHIED

Die SPD ist eine Mitmachpartei. Die Mitglieder der SPD Sachsen entscheiden in zentralen Fragen mit:

- Mitgliederentscheid 2013 zur Schuldenbremse: Von 2412 Teilnehmenden stimmten 77,2 Prozent einer Verfassungsänderung (Neuerschuldungsverbot) zu.
- Mitgliederentscheid 2014 zum Koalitionsvertrag: 82,2 Prozent der Teilnehmenden stimmten für eine Koalition mit der CDU Sachsen auf Basis des ausgehandelten Vertrages. Von den 4.353 stimmberechtigten Mitgliedern nahmen 2.806 an dem Mitgliedervotum teil. Das entspricht einer Beteiligung von 64,5 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 2.277 auf Ja und 494 auf Nein.



Kundgebung für ein weltoffenes Dresden u.a. mit Roland Kaiser und Martin Dulig (Foto: Caroline Max)



Die SPD Sachsen auf dem Deutschlandfest in Berlin (Foto: Marcel Fries)

LANDESPARTEITAGE

19. JANUAR 2013 –

NEUE ENERGIE FÜR SACHSEN

Die SPD Sachsen beschloss auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Leipzig die Leitplanken einer gerechten und zukunftsfähigen Energiepolitik.

12. OKTOBER 2013 – DEMOKRATIE-OFFENSIVE SACHSEN

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag in der Festhalle in Annaberg-Buchholz stellte die SPD Sachsen die inhaltlichen und personellen Weichen für das Wahljahr 2014.

14. JUNI 2014 – UNSER SACHSEN FÜR MORGEN

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Leipzig wurde das Regierungsprogramm beschlossen.

17./18. OKTOBER 2014 – ORDENTLICHER PARTEITAG

Knapp zwei Monate nach der sächsischen Landtagswahl fand der ordentliche Landesparteitag statt. In Dresden wurden Anträge u.a. zu den Themen weltoffenes Sachsen und Inklusion beschlossen und ein neuer Vorstand gewählt.



Ordentlicher Landesparteitag in Dresden, Oktober 2014
(Foto: Julian Hoffmann)

AFD, PEGIDA UND CO

Die SPD Sachsen schloss eine Koalition mit der konservativen und nationalistischen AfD von vornherein aus. In der Debatte um die Pegida-Bewegung stellte sich die SPD Sachsen klar an die Seite der Flüchtlinge und Pegida-Gegner. Sie unterstützte die friedlichen und bunten Proteste des Bündnisses „Dresden für alle“ und zeigte eine klare Haltung für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen.

CHRONIK 2013

- 19. Januar 2013: Landesparteitag „Neue Energie für Sachsen“ in Leipzig
- 27. Januar 2013: Oberbürgermeisterwahl Leipzig
- 2. März 2013: ASG Landeskonferenz
- 6. März 2013: Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz in Dresden
- 16. März 2013: AGS Landeskonferenz
- 23. März 2013: Landeswahlkonferenz zur Bundestagswahl in Frankenberg
- 20. März 2013: ASJ Landeskonferenz
- 25. März 2013: Gründungsveranstaltung der AG Migration und Vielfalt in der SPD



Wahlplakat im Landtagswahlkampf 2014 (Foto: Götz Schleser)

- 27. März 2013: AG 60 plus Landeskonferenz
- 5. Juni 2013: Demokratiekonferenzen
- 13. Juli 2013: Workshop Demokratie
- 3./4. August 2013: Jusos Landesdelegiertenkonferenz
- 6.-8. September 2013: Tag der Sachsen in Schwarzenberg
- 22. September 2013: Bundestagswahl
- 2. Oktober 2013: Gründung der AG Selbst Aktiv
- 21. November 2013: ASF-Landeskonferenz
- 29. November 2013: Mitgliederforum zum Koalitionsvertrag mit Andrea Nahles

2014

- 25. Januar 2014: Zukunftskongress der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag
- 7. Februar 2014: AfA Landeskonferenz
- 16. Mai 2014: Frank-Walter Steinmeier in Dresden
- 25. Mai 2014: Europa- und Kommunalwahl
- 27. Mai 2014: AG Migration und Vielfalt Landeskonferenz
- Sommer 2014: Landtagswahlkampf u.a. mit Gerhard Schröder, Ingo Appelt, Hannelore Kraft, Roland Kaiser u.v.m.
- 12. August 2014: Schwusos Vollversammlung
- 3./4. August 2014: Jusos Landesdelegiertenkonferenz
- 31. August 2014: Landtagswahl in Sachsen
- 5.-7. September 2014: Tag der Sachsen in Großenhain
- 11. September 2014: AG Selbst Aktiv Landeskonferenz
- 19. September 2014: Start der Koalitionsverhandlungen mit der CDU
- 17./18. Oktober 2014: Landesparteitag „Unser Sachsen für morgen“ in Dresden
- 9. November 2014: Annahme des Koalitionsvertrages durch das Mitgliedervotum der SPD
- 22. November 2014: ASF Landeskonferenz

ERGEBNIS LANDTAGSWAHL 2014

Die SPD konnte als einzige im Landtag vertretene Partei einen Zuwachs verzeichnen. Sie steigerte ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl auf 12,4 Prozent (18 Sitze). Nach einem Mitgliederentscheid übernahm die SPD Regierungsverantwortung.

LANDESVORSTAND (AB OKTOBER 2014)

Landesvorsitzender
Martin Dulig

Stellvertretende Vorsitzende
Petra Köpping
Dr. Eva-Maria Stange

Generalsekretär
Dirk Panter

Schatzmeister
Sven Schulze

Beisitzerinnen und Beisitzer
Daniela Kolbe
Stefan Brangs
Katharina Kleinschmidt
Benjamin Zabel
Karin Luttmann
Henning Homann
Gerhild Kreuziger
Tommy Jehmlich
Holger Mann
Susann Rührich
Hagen Scheffler
Sabine Sieble
Hartmut Tanneberger
Ralf Wätzig
Ute Ziegelmeier
Markus Schlimbach
Wolfgang Tiefensee

Landesgeschäftsführer
Sebastian Vogel

LANDESVORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Bernd Bonness**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): **Georg Teichert**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG):
Dr. Marlies Volkmer
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA):
Sebastian Will
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): Siegfried Kost
- Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV):
Swetlana Lange
- Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: **Johannes Gyarmati**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS):
Jörg Vieweg
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF):
Eva Brackelmann
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): **Christian Avenarius**
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): **Tommy Jehmlich**
- Arbeitskreis Christen: **Andreas Weigel**
- Arbeitskreis Innere Sicherheit: **Sabine Friedel**

SPD-ABGEORDNETE IM SÄCHSISCHEN LANDTAG (AB 2014)

Dirk Panter
Dagmar Neukirch
Henning Homann
Hanka Kliese
Volkmar Winkler
Martin Dulig
Dr. Eva-Maria Stange
Petra Köpping
Mario Pecher
Simone Lang
Albrecht Pallas
Sabine Friedel
Holger Mann
Juliane Pfeil
Stefan Brangs
Harald Baumann-Haßke
Iris Räther-Lordieck
Jörg Vieweg

SPD-MINISTERINNEN UND -MINISTER IN DER LANDESREGIERUNG SACHSEN

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellv. Ministerpräsident
Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration



Sachsens SPD-Ministerinnen und -Minister: Dr. Eva Maria Stange, Martin Dulig und Petra Köpping (v.l.n.r.)
(Foto: Julian Hoffmann)

SPD-ABGEORDNETE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG (SEIT 2013)

Wolfgang Gunkel
Susann Rührich
Thomas Jurk
Dr. Simone Raatz
Wolfgang Tiefensee
Daniela Kolbe

SPD-ABGEORDNETE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT (SEIT 2014)

Constanze Krehl

LANDESVERBAND SAARLAND



Heiko Maas, Landesvorsitzender beim Landesparteitag 2013
(Foto: SPD Saarland)

2013

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG: »GEMEINSAM GELINGT GERECHTIGKEIT«

Am 28. und 29. Juni 2013 fand der ordentliche Landesparteitag der SPD Saar unter dem Motto: „Gemeinsam gelingt Gerechtigkeit“ statt – der erste Parteitag nach dem Eintritt der SPD Saar in die Regierung nach über 12 Jahren. Die knapp 400 Delegierten berieten eine Vielzahl von inhaltlichen Anträgen und führten sehr gute Debatten zu Europa. Darüber hinaus wählten sie turnusgemäß den Landesvorstand neu. Heiko Maas wurde mit 83,46 Prozent deutlich in seinem Amt bestätigt. Charlotte Britz wurde mit 86 Prozent, Cornelia Hoffmann-Bethscheider mit 84 Prozent, Anke Rehlinger mit 90 Prozent und Eugen Roth mit 87 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt. Als Generalsekretär wurde Reinhold Jost mit 86 Prozent ebenfalls im Amt bestätigt.

VERLEIHUNG DER MAX-BRAUN-MEDAILLE – SOZIAL-DEMOKRATISCHES HANDELN EIN LEBEN LANG

Die SPD Saar ehrt seit vielen Jahren auf ihrem Parteitag Mitglieder mit der Max-Braun-Medaille, die sich in der Partei bzw. der Sozialdemokratie besonders verdient gemacht haben.

Max Braun war eine der treibenden Kräfte, die gegen den Anschluss des Saarlandes an Nazi-Deutschland kämpften. Es gelang ihm unter anderem, prominente Künstler und Schriftsteller wie Bertolt Brecht für den Abstimmungskampf gegen die Nazis zu gewinnen. Aber gegen die finanziellen und medialen Mittel der Deutschen Front aus Konservativen und Nazis war das Bündnis aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten am Ende unterlegen.

Nach der verlorenen Saarabstimmung ging Max Braun 1935 ins Exil, zuerst nach Paris, dann nach London. Auch dort versuchte er gegen

Hitler zu wirken. Max Braun verstarb bei seiner Rückkehr ins Saarland am Kriegsende 1945.

Mit der Verleihung der Max-Braun-Medaille würdigen wir den Einsatz für die Sozialdemokratie und unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Zur Ehrung im Jahr 2013 begrüßten wir den damaligen Kanzlerkandidaten der SPD Peer Steinbrück in der Saarlandhalle. Er nahm die Ehrung der sieben Preisträger zusammen mit Heiko Maas und Reinhold Jost vor.

Die Preisträger 2013 waren:

- Kreisverband Saarbrücken-Stadt: **Inge Latz** (OV Malstatt)
- Kreisverband Saarbrücken-Land: **Paul Quirin** (OV Heusweiler)
- Kreisverband Saarlouis: **Erika Ternes** (OV Dillingen-Überm Berg)
- Kreisverband Neunkirchen: **Friedel Läßle** (OV Illingen-Hirzweiler)
- Kreisverband Merzig: **Josef Koch** (OV Wadern-Wadrill-Gehweiler-Reidelbach)
- Kreisverband Saarpfalz: **Werner Höfler** (OV Gersheim)
- Kreisverband St. Wendel: **Gerd Backes** (OV Oberkirchen)
- Kreisverband Saarlouis: **Georg Schu** (OV Elm)



Ehrenpreisträger der Max-Braun-Medaille mit Heiko Maas und Peer Steinbrück (Foto: SPD Saarland)

110 JAHRE SPD SAAR – FEIERSTUNDE MIT FREUNDEN

Die Bundespartei beging 2013 ihr 150-jähriges, die SPD im Saarland ihr 110-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass fanden viele Veranstaltungen der einzelnen Gliederungen im ganzen Land statt. Zudem wurde im Rahmen eines großen Festaktes mit Heiko Maas, Andrea Nahles, Reinhard Klimmt und vielen anderen auf die bewegte Geschichte der Sozialdemokratie geschaut. Über 600 Gäste fanden sich an diesem Tag in der Kongresshalle in Saarbrücken ein und lauschten nicht nur den Festrednern, sondern auch der traditionellen Bergkapelle des Saarlandes und dem Moderator und Kabarettisten Detlev Schönauer. Der besondere Dank des Landesvorstandes galt vor allem der Historischen Kommission, die sich im Vorfeld des Festjahres mit Festschriften, Datenleisten und allerhand Informationen viel Mühe und Arbeit gemacht hatte.



110 Jahre SPD Saar: Elke Ferner, Stefan Pauluhn, Reinhold Jost, Andrea Nahles, Heiko Maas, Ulrich Commerçon und Anke Rehlinger (Foto: SPD Saarland)

BUNDESTAGSWAHL 2013 – SPD SAAR MIT ÜBERDURCHSCHNITTLICHEM LANDESERGEBNIS

Das Jahr 2013 stand auch bei der SPD Saar im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl. Das Saarland, bestehend aus vier Bundestagswahlkreisen, hatte in den einzelnen Wahlkreisen Elke Ferner (WK 296), Reinhold Jost (WK 297), David Lindemann (WK 299) und Christian Petry (WK 298) ins Rennen geschickt. Auf der Landesliste kandidierten an der Spitze: Elke Ferner, Reinhold Jost, Heidtrud Henn und Christian Petry.

Die SPD Saar landete knapp, aber in Schlagweite, mit einem Zuwachs von 4,2 Prozent hinter der Union. Ein großer Erfolg für die Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten bei dieser Wahl. Insgesamt stimmten mit ihrer Zweitstimme 31 Prozent für die SPD. Mit einem Zuwachs von 6,3 Prozent lag die SPD Saar bundesweit an der Spitze in dieser Kategorie. Das Ergebnis führte dazu, dass Elke Ferner, Reinhold Jost und Heidtrud Henn in den Deutschen Bundestag einzogen.



„Klartext“-Open-Air mit Christian Petry, Elke Ferner, Peer Steinbrück, David Lindemann und Reinhold Jost (Foto: SPD Saarland)

MITGLIEDERVOTUM BESTÄTIGT GROBE KOALITION HEIKO MAAS UND ELKE FERNER WERDEN MITGLIEDER DER BUNDESREGIERUNG

Nachdem der Koalitionsvertrag mit der Union ausgehandelt worden war, führte die SPD im ganzen Saarland eine Vielzahl von Veranstaltungen zur Information der SPD-Mitglieder durch.

Der positive Mitgliederentscheid hatte direkte Folgen für die Aufstellung der Saar-SPD in der Landesregierung: Heiko Maas, Landesvorsitzender und damaliger Wirtschaftsminister sowie stellvertretender Ministerpräsidentin der Großen Koalition im Saarland, wechselte als Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz nach Berlin.

Direkte Folge war eine Umbildung der saarländischen Landesregierung auf Seite der SPD. Nachfolgerin von Heiko Maas wurde in beiden Funktionen die vorherige Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Anke Rehlinger. Die Ressorts Justiz, Umwelt und Verbraucherschutz wurden mit dem vorherigen SPD-Generalsekretär Reinhold Jost besetzt.

Im Zuge der Regierungsbildung in Berlin wurde die Saarbrücker Bundestagsabgeordnete Elke Ferner zur parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium unter Manuela Schwesig berufen.

2014 SAARLANDKLAUSUR – PETRA BERG IST NEUE GENERALSEKRETÄRIN

Im März 2014 fand die traditionelle Saarlandklausur des SPD-Landesvorstandes und der SPD-Landtagsfraktion statt. Neben der Kampagnenvorstellung für die Kommunalwahl „SPD Saar: Herz unseres Landes.“ wurde eine wichtige personelle Entscheidung getroffen: Petra Berg wurde von dem Gremium als neue Generalsekretärin eingesetzt. Sie folgte auf Reinhold Jost, der aufgrund der Ministeramtsübernahme im Dezember 2013 das Amt des Generalsekretärs aufgegeben hatte. Petra Berg, ebenfalls Mitglied des saarländischen Landtages, führte die SPD Saar somit in die wichtige Kommunalwahl.



Generalsekretärinnen beim Osterstand der SPD Saar: Petra Berg und Yasmin Fahimi (Foto: SPD Saarland)

KOMMUNALPARTEI SPD – LANDESEINHEITLICHE KAMPAGNE »HERZ UNSERES LANDES«

Kommunalwahlen sind immer eine besondere organisatorische Herausforderung. In allen 52 Städten und Gemeinden des Saarlands wurden die Räte neu gewählt. Für den Landesvorstand war wichtig, dass sich die SPD über Orts- oder Gemeindegrenzen hinweg einheitlich präsentierte. Es galt also den Spagat zwischen fixem Cooperate Design und Individualität zu erreichen. So entstand das eigenständige Druckportal der SPD Saar, welches den Gliederungen verschiedene Möglichkeiten zur Gestaltung von Flyern und Werbemitteln bot. Feuerzeuge, Kugelschreiber, Plakate, Großflächen und Luftballons – alles regional hergestellt – konnten mit vorgegebenem Design individuell produziert werden. Von zu Hause aus konnten die zuständigen Genossinnen und Genossen ihre Materialien zusammenstellen und bestellen. So gelang es dem Landesvorstand, in über 300 Ortsvereinen ein einheitliches Kampagnen-Design zu verankern.

Bei der Kommunalwahl konnte die SPD im Landesergebnis mit 34,7 Prozent rund 2,5 Prozentpunkte zulegen und lag somit knapp 10 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Die Schlagdistanz gegenüber der Mitbewerberin CDU wurde hier wie auch bei der Bundestagswahl weiter verringert.

JO LEINEN ERNEUT INS EU-PARLAMENT GEWÄHLT – MARTIN SCHULZ ZU GAST IN DER HEIMAT SEINER VORFAHREN

Neben der Kommunalwahl standen die Gliederungen vor der Herausforderung, gleichzeitig noch den Europawahlkampf zu organisieren und zu schultern. Für die saarländische SPD ging erneut der erfahrene und über europäische Grenzen hinweg anerkannte Europaabgeordnete Jo Leinen ins Rennen. Im Rahmen des Wahlkampfes gelang es auch, den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten zur Europawahl Martin Schulz für eine Veranstaltung im Saarland zu gewinnen, an der über 400 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Für Martin Schulz bedeutete der Auftritt auch eine Rückkehr zu seinen familiären Wurzeln, da sein Vater aus Spiesen-Elversberg stammte. Am Wahltag hatte die saarländische SPD allen Grund zu jubeln: 7,8 Prozentpunkte legte die SPD im Vergleich zur letzten Europawahl zu und erreichte 34,4 Prozent. Alle anderen Parteien im Saarland verlor im Vergleich zu 2009 teilweise deutlich an Zustimmung.

»KEINE HALBEN SACHEN« – HALBZEITBILANZ DER LANDESREGIERUNG

Mit der Kampagne „Keine halben Sachen“ informierte die SPD Saar alle Saarländerinnen und Saarländer in sieben landesweiten Dialogveranstaltungen über die Themen, die die SPD in der Landesregierung angestoßen und umgesetzt hatte.

Ministerin Anke Rehlinger und die Minister Reinhold Jost und Ulrich Commerçon sprachen mit den Bürgerinnen und Bürger vor Ort darüber, warum es wichtig ist, dass die SPD in dieser Regierung mitwirkt, und welche Projekte ohne die sozialdemokratische Beteiligung nicht realisierbar gewesen wären.

Heiko Maas führte als Wirtschaftsminister das saarländische Tarifreuegesetz ein und setzte damit faktisch einen Mindestlohn bei öffentlicher Auftragsvergabe im Saarland durch. Auch im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit blieben die SPD-geführten Ministerien nicht tatenlos. Das Arbeitsmarktprogramm „ASaar“ hat bereits über 2500 Menschen neue Perspektiven geboten; über 1100 neue Jobs wurden geschaffen. Damit wurde es zu einer wichtigen sozialdemokratischen Maßnahme, die trotz Haushaltsnotlage – das Programm kostet 15 Millionen Euro – in unserem Land umgesetzt wurde.

Im Bildungsbereich hat die SPD in der Landesregierung ebenfalls deutliche Akzente gesetzt und die Gemeinschaftsschule weiter aufgebaut und gestärkt. Ein längeres gemeinsames Lernen und die Möglichkeit, das Abitur weiterhin in neun Jahren zu machen, zeichnet diese Schulform aus. Die SPD wird weiter für mehr echte Ganztagschulen eintreten. Deshalb ist es auch wichtig, Standards bei der Verpflegung der Schülerinnen und Schüler zu setzen. Das Verbraucherschutzministerium rief in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium die Aktion „Gesundes Schulessen!“ ins Leben und setzt in diesem Programm besonders auf frische regionale und saisonale Produkte. Im Umweltbereich gelang es, mit der Ausweisung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald Tourismus und Umweltschutz in



SPD-Minister Reinhold Jost, Anke Rehlinger und Ulrich Commerçon (Foto: Becker/Bredel)

Einklang zu bringen und das Saarland in die „Champions League“ der Naturerholung zu befördern.

Durch die Kampagne „Keine halben Sachen“ erhielt die SPD Saar viele neue Impulse. Über 500 Anregungen und Ideen gingen per Post, E-Mail oder durch Gespräche in den Dialogveranstaltungen bei der Landesgeschäftsstelle ein.

»FLAGGE ZEIGEN, SAARLAND!« – KAMPAGNE ZUR ERHALTUNG DER EIGENSTÄNDIGKEIT DES SAARLANDES

Die SPD Saar war in die Große Koalition eingetreten, um auch die Eigenständigkeit des Saarlandes zu sichern. Diesen Auftrag trägt auch der Koalitionsvertrag im Titel: „Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern.“ Im Laufe der politischen Debatte rückte das Thema Eigenständigkeit immer mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Die SPD Saar begleitet diese Debatte mit der Kampagne „Flagge zeigen, Saarland!“

TRADITIONSVERANSTALTUNGEN DER SPD SAAR – WIR SIND NAH BEI DEN MENSCHEN

Zur SPD Saar gehört seit fast 30 Jahren das traditionelle Aschermittwochstreffen in der Niedtalhalle in Siersburg. Jedes Jahr nach dem Karneval gibt es deftige Reden, Saures für den Gegner und am Schluss leckere Heringe mit Pellkartoffeln. Jedes Jahr besuchen weit über 500 Saarländerinnen und Saarländer diese Veranstaltung. In besonderen Jahren sogar weit über 800.

Ebenso selbstverständlich ist für die SPD Saar, den Landesvorstand und die AfA die Teilnahme an der DGB-Kundgebung am 1. Mai. Wir kämpfen jährlich weiter für gute Arbeit und die Beschäftigten in unserem Land – Seit’ an Seit’ mit den Gewerkschaften.

**LANDESVORSTAND
(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDES-
PARTEITAG AM 28./29. JUNI 2013)**

Landesvorsitzender
Heiko Maas

Stellvertretende Vorsitzende
Charlotte Britz
Cornelia Hoffmann-Bethscheider
Anke Rehlinger
Eugen Roth

Generalsekretär
Reinhold Jost – bis Dezember 2013
Generalsekretärin
Petra Berg – seit Januar 2014

Schatzmeister
Georg Rase

Beisitzerinnen und Beisitzer
Bettina Altesleben
Rudi Altmeyer
Petra Berg
Nicole Cayrol
Michael Clivot
Dunja Sauer
Denise Klein
Gisela Kolb
Dr. Volker Ostheimer
Christian Petry
Philipp Weis
Thomas Steinmetz
Rudolf Strumm
Stefan Krutten
Margriet Zieder-Ripplinger
Ladislau Geiser

RHEINLAND-
PFALZ

SPD

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

EIN GELUNGENER REGIERUNGSWECHSEL

Am 16. Januar 2013 wurde Sozialministerin Malu Dreyer mit allen Stimmen der rot-grünen Koalition im Mainzer Landtag zur neuen Ministerpräsidentin gewählt. Damit gestaltete die SPD in Rheinland-Pfalz eine Amtsübergabe, die sowohl bei den Medien als auch innerhalb der Partei durchweg positiv aufgenommen wurde. Kurt Beck ist es damit gelungen, seine Nachfolge in bestem Einvernehmen zu lösen. Im Zuge der Neustrukturierung an der Spitze des Landesverbandes übernahm SPD-Generalsekretär Alexander Schweitzer das Amt des Sozialministers und folgte damit Malu Dreyer. Neuer Generalsekretär und Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen SPD ist seit Januar 2013 der Landtagsabgeordnete Jens Guth.

BUNDESTAGSWAHL UND MITGLIEDERENTSCHEID

Nachdem die Bundestagswahl 2013 anders ausgefallen war, als erhofft, machte sich die SPD Rheinland-Pfalz die Entscheidung über die Große Koalition nicht einfach. Schließlich überzeugten die Inhalte, die im Koalitionsvertrag von der SPD durchgesetzt wurden: Der gesetzliche Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, mehr Geld für Kommunen, die Mietpreisbremse und die Regulierung der Finanzmärkte, um nur einige Punkte aus dem Wahlprogramm zu nennen, die die SPD in der Bundesregierung forcieren und durchsetzen konnte.

Der rheinland-pfälzische Landesverband hat seine Mitglieder in einem breiten Beteiligungsprozess in die Entscheidung über eine Große Koalition eingebunden. Telefonkonferenzen, Regional- und Mitgliederversammlungen sorgten für einen dichten Informationsaustausch und für Transparenz – mit dem positiven Mitgliederentscheid als Schlusspunkt.

EUROPA- UND KOMMUNALWAHL

Kaum hatte die neue Bundesregierung in Berlin ihre Arbeit aufgenommen, stand mit den nahenden Europa- und Kommunalwahlen die nächste Herausforderung an. Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die bundesweite Europaliste ist es dem Landesverband gelungen, wieder zwei gute Listenplätze für Jutta Steinruck und Norbert Neuser zu erringen. Beide können ihre hervorragende Arbeit im Europäischen Parlament für weitere fünf Jahre fortsetzen.

Die Kommunalwahl begleitete der Landesverband mit einem Wahlkampf-Leitfaden. Zudem stellte er den Ortsvereinen zusammen mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) maßgeschneiderte Pakete zur Gestaltung von Plakaten, Flyern und Veranstaltungen zur Verfügung. Viele Ortsvereine nutzten dieses Angebot, bei dem die SGK wieder eine unverzichtbare Partnerin war. Ein Kommunalkongress von SPD und SGK rundete die gute Vorbereitung zur Kommunalwahl ab. Mit dem Ergebnis war der Landesverband



Malu Dreyer wird im rheinland-pfälzischen Landtag vereidigt
(Foto: Reiner Voß)



Im Vordergrund Jens Guth, Roger Lewentz und Malu Dreyer (v.l.n.r.)
(Foto: Reiner Voß)

zufrieden. Es gab viele positive Überraschungen – insbesondere bei den Direktwahlen –, aber natürlich auch Enttäuschungen, die in den nächsten Jahren vor Ort aufgearbeitet und analysiert werden müssen.

150 JAHRE SPD

Der Landesverband nahm mit einer großen Delegation am Deutschlandfest der Bundespartei am 17. und 18. August 2013 in Berlin teil und beging das 150-jährige Parteijubiläum vor Ort in der Landeshauptstadt Mainz mit einer Veranstaltung im Frankfurter Hof. Daneben ist Rheinland-Pfalz aber auch insbesondere stolz auf die vielen kleinen Veranstaltungen der Ortsvereine, Gemeinde-, Kreis- und Stadtverbände, die überall in unserem Land stattfanden. Von Ausstellungen über eine eigene Theatergruppe bis zu Filmabenden wurde landauf und landab deutlich gemacht: Die SPD hat Deutschland gestaltet und wir können stolz sein auf das Erreichte.

KABINETTSUMBILDUNG

Trotz der neuen Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte die rheinland-pfälzische Landesregierung weiter mit den Fehlern der Vergangenheit am Nürburgring zu kämpfen. Diese Fehler wurden aufgearbeitet. Aber sie führten dazu, dass zu viel der guten Arbeit nicht wahrgenommen wurde. Deshalb entschloss sich Malu Dreyer mit einer Kabinettsumbildung zu einem umfassenden Neustart. Am 12. November 2014 verließen Finanzminister Carsten Kühl und Justizminister Jochen Hartloff die Landesregierung. Sozialminister Alexander Schweitzer folgte auf Hendrik Hering als Fraktionsvorsitzender. Sabine Bätzing-Lichtenthäler wurde neue Sozialministerin. Doris Ahnen wechselte vom Bildungs- in das Finanzressort, als Bildungsministerin folgte ihr Vera Reiß. Neuer Justizminister wurde Gerhard Robbers.

Dieser Schritt wurde in den Medien weitestgehend positiv aufgenommen und wie beabsichtigt als Neuanfang bewertet. Inwiefern dies auch von den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern so gesehen wird, bleibt noch abzuwarten.



Malu Dreyer im Pressegespräch nach der Vorstellung des neuen Kabinetts (Foto: Reiner Voß)

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Mit den neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften Selbst aktiv und Migration und Vielfalt hat der Landesverband zwei wichtige Arbeits- und Aufgabenfelder der Zukunft kompetent besetzt. In der AG Selbst aktiv engagieren sich Menschen mit Behinderung und solche, die haupt- und/oder ehrenamtlich für Menschen mit Behinderungen und deren Verbände, Organisationen und Initiativen tätig sind. Die AG Migration und Vielfalt hat sich zum Ziel gesetzt, drängende Fragen zur Migration in Deutschland zu bearbeiten und in sozialdemokratische Politik umzusetzen.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

Landesvorsitzender
Roger Lewentz MdL

Stellvertretende Landesvorsitzende
Doris Ahnen MdL
Hendrik Hering MdL
Alexander Schweitzer MdL

Landesschatzmeister
Dieter Feid

Generalsekretär
Jens Guth MdL

Beisitzerinnen und Beisitzer
Kathrin Anklam-Trapp MdL
Prof. Dr. Salvatore Barbaro
Doris Barnett MdB
Jürgen Conrad
Hayat Erten
Alexander Fuhr MdL
Christoph Glogger
Anna Gros
Michael Kissel
David Langner
Benedikt Oster MdL
Jaqueline Rauschkolb MdL
Beate Reich
Astrid Schmitt MdL
Sven Teuber
Dr. Klaus Weichel
Fredi Winter MdL

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

In Rheinland-Pfalz waren am 15. November 2014 auf Landesebene folgende Arbeitsgemeinschaften mit dem bzw. der jeweiligen Vorsitzenden aktiv:

- Arbeitsgemeinschaft 60 plus: **Peter-Wilhelm Dröscher**
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): **Alfred Klingel**
- Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – Sozialdemokraten in der Polizei (AfA SiP): **Wolfgang Schwarz MdL**
- Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): **Christian Goldschmitt**
- Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS): **Bernhard Kimmle**
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): **Anke Schneider-Hüsch**
- Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): **Dr. Eckart Lensch**
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): **Dr. Peter Itzel**
- Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV): **Prof. Dr. Ziya Yusuf Akcetin**
- Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv: **Anne Kleinschnieder**
- Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos): **Joachim Schulte**
- Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos): **Jaqueline Rauschkolb MdL**



LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

BUNDESTAGSWAHLJAHR 2013: DAS WIR ENTSCHIEDET – AUCH IM SÜDWESTEN

Auch im Landesverband Baden-Württemberg war das Jahr 2013 von den zwei herausragenden politischen Ereignissen, dem 150-Jahr-Jubiläum der SPD und vor allem von der Bundestagswahl im September, geprägt.

VORFAHRT FÜR BILDUNG UND BETREUUNG UND BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg starteten gemeinsam mit Olaf Scholz ins Jahr 2013. Beim traditionellen Spitzentreffen am 13. Januar in Stuttgart wurden wichtige Weichen für das Bundestagswahljahr gestellt. Mit den gemeinsam festgelegten Schwerpunkten „Ganztagesgarantie in Bildung und Betreuung“ sowie „bezahlbarer Wohnraum für alle“ stellten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar unter Beweis, wofür die SPD steht: für mehr Gerechtigkeit und ein soziales Miteinander.

Bildung, Betreuung und gute Arbeit standen auch im Zentrum des traditionellen politischen Aschermittwochs am 13. Februar in Ludwigsburg. „Es ist eine gigantische Leistung der grün-roten Landesregierung und vor allem eures Finanzministers Nils Schmid, viele Millionen Euro freizumachen, damit der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz Wirklichkeit werde. Nur so vereint man Familie und Beruf“, betonte die Vize-Parteichefin Manuela Schwesig, die die Gastrede hielt.

MIT DEM SPITZENTANDEM DURCHSTARTEN

Auf dem Landesparteitag am 2. März in Heilbronn stimmte sich die SPD Baden-Württemberg auf den Bundestagswahlkampf ein und stellte ihre Landesliste mit 40 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Das Spitzentandem mit dem außenpolitischen Experten Gernot Erler und der Generalsekretärin und Arbeitsmarktexpertin Katja Mast

führte die Landesliste an. Ebenso beschlossen die Landesdelegierten in einer Resolution, dass bis spätestens 2020 eine Ganztagesgarantie für die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg eingeführt werden soll. Um dieses ehrgeizige Ziel umzusetzen, forderte die SPD Baden-Württemberg eine neue Steuerpolitik zur Refinanzierung der bildungspolitischen Herausforderungen.

HAND IN HAND FÜR TOLERANZ IM LAND

Am 6. Juli setzte Baden-Württemberg ein Zeichen für mehr Offenheit, Toleranz und ein gewaltfreies Zusammenleben aller Menschen. Mit der „Menschenkette gegen Rechts“, die stark von der SPD mitinitiiert wurde, hatte ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rassismus mobil gemacht. Über 5000 Menschen machten bei der 30 Kilometer langen Kette von Heilbronn nach Bietigheim-Bissingen mit. In Heilbronn war im Jahr 2007 eine Polizistin von Mitgliedern der rechten Terrororganisation NSU ermordet worden. Bietigheim-Bissingen war während der Nazi-Zeit ein Umschlagbahnhof für die Deportation jüdischer Bürger. „Die Morde des NSU haben gezeigt: Die Bedrohung von rechts ist real. Deshalb müssen wir uns dem Kampf gegen rechts auf allen Feldern der Gesellschaft stellen“, erklärte Generalsekretärin Katja Mast.

150 JAHRE SPD

150 Jahre Kampf für Fortschritt und Gerechtigkeit – das feierten die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Sommer 2013. Natürlich machte das große Partei-Jubiläum auch einen zentralen Bestandteil der Jahresarbeit im Landesverband Baden-Württemberg aus. Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und ganz besondere Jubiläumsveranstaltungen standen auf dem Programm und bedurften viel Vorbereitung. Unter dem Titel „Avantgarde und Volkspartei – Die Sozialdemokratie im deutschen Südwesten von ihren Anfängen bis heute“ veröffentlichte die SPD Baden-Württemberg unter Leitung ihrer Historischen Kommission eine umfangreiche und sehr lesenswerte Broschüre.

BUNDESTAGSWAHL 2013

„Wir haben PS – und die anderen nur heiße Luft“, so lautete der Titel der Wahlkampfkampagne, die im Sommer 2013 für die baden-württembergische SPD den Endspurt zur Bundestagswahl einläutete. Diesem Endspurt gingen zahlreiche Standaktionen, Hausbesuche und Großveranstaltungen mit Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel und allen Kandidierenden voraus. Mit einem Wahlergebnis von 20,6 Prozent auf Landesebene verbesserte die SPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 ihr Ergebnis leicht – für den erhofften rot-grünen Regierungswechsel reichte es allerdings nicht.

LANDESPARTEITAG IN REUTLINGEN

Nils Schmid wurde auf dem Parteitag am 18./19. Oktober in Reutlingen für weitere zwei Jahre als Landesvorsitzender bestätigt. Ebenso sprachen die Delegierten dem Landesvorstand ihr Vertrauen aus. Schwerpunktthema in Reutlingen war die Bildungspolitik. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten in diesem Zusammenhang ei-



Nils Schmid mit dem „Spitzentandem“ zur Bundestagswahl, Katja Mast und Gernot Erler (Foto: SPD Baden-Württemberg)



Claus Schmiedel, Katja Mast, Nils Schmid und weitere Genossinnen und Genossen sowie Mitglieder des grünen Koalitionspartners in der Landesregierung bei der Menschenkette gegen rechts (Foto: SPD Baden-Württemberg)

nen Leitantrag zur Stärkung der beruflichen Bildung. Ebenso wurden auf dem Landesparteitag die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU im Bund und die Europapolitik thematisiert. Mit den ersten starken Bezügen auf kommunalpolitische Themen rückten so die Kommunal- und Europawahlen 2014 schon in den Fokus der Landespartei.

KEINE ENTSCHEIDUNG OHNE DIE BASIS – UNSERE HANDSCHRIFT IM KOALITIONSVERTRAG

Auf Regionalkonferenzen in Leinfelden-Echterdingen, Bruchsal, Emmendingen und Ehingen a.d. Donau stand die Parteispitze aus Bund und Land den Genossinnen und Genossen Rede und Antwort zum Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU im Bund. Die Parteibasis diskutierte mit Andrea Nahles, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier sowie mit Mitgliedern des Landesvorstands über die Koalitionsverhandlungen. Trotz einiger Bedenken gegenüber der Großen Koalition wurde um die Zustimmung zum Koalitionsvertrag geworben. „100 Prozent SPD sind nicht drin, wir müssen Kompromisse eingehen. Aber mit dem Mindestlohn, der Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit, mehr Pflegekräften, der Mindestrente von 850 Euro, der abschlagsfreien Rente nach 45 Erwerbsjahren, einer Deckelung der Kopfpauschale und der doppelten Staatsbürgerschaft trägt der Koalitionsvertrag eine klare sozialdemokratische Handschrift“, sagte Sigmar Gabriel in Bruchsal.

Alle Veranstaltungen, gleich ob in den Kreisverbänden, Ortsvereinen oder bei den zentralen Regionalkonferenzen fanden unter sehr großer Beteiligung und regem medialen Interesse und mit einer tollen Diskussionskultur statt. Das letzte Wort hatten dann die Genossinnen und Genossen. „Wir sind die Beteiligungspartei in Deutschland.“, fasste Nils Schmid den erfolgreichen Abstimmungsprozess zusammen. Generalsekretärin Katja Mast wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die SPD Baden-Württemberg Vorbildcharakter habe, was die direkte Einbeziehung der Parteibasis in Entscheidungen betrifft; zuletzt 2011 mit der Abstimmung über den grün-roten Koalitionsvertrag im Land.

Am 13. Dezember 2013 wurde dann das Ergebnis verkündet. 369.680 SPD-Mitglieder hatten sich am Mitgliedervotum beteiligt – eine Quote von 78 Prozent. 75,96 Prozent der gültigen Stimmen ebneten den Weg zur Großen Koalition. Mit Christian Lange und Rita Schwarzelühr-Sutter besetzt die SPD Baden-Württemberg zwei Staatssekretärposten in der neuen Bundesregierung.

2014 – WAHLKAMPF AUF ALLEN EBENEN UND AUFBRUCH MIT DER OFFENSIVE 2016 SPITZENTREFFEN UND POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Mit dem Spitzentreffen am 11. Januar fiel der Startschuss zum Kommunal- und Europawahlkampf 2014. Einstimmig wurde das Eckpunkteprogramm für Chancengleichheit, Nachhaltigkeit, Demokratie und Gemeinsinn beschlossen. Darin enthalten sind die kommunalpolitischen Kernaussagen:

- Wohnen muss bezahlbar bleiben.
- Die Schul- und Betreuungsstrukturen vor Ort müssen gesichert bleiben.
- Die Kommunalfinanzen müssen nachhaltig stabil bleiben.
- Die Kommunen dürfen bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht alleine gelassen werden. „Wir brauchen starke Kommunen“, erklärte der Landesvorsitzende Nils Schmid.

Beim politischen Aschermittwoch am 5. März 2014 mit Andrea Nahles hob die SPD Baden-Württemberg nochmals ihre drei Schwerpunkte hervor: Gute Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und Politik für Familien.

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG: LEIDENSCHAFTLICH FÜR LAND UND LEUTE – RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN

Einstimmig wurde die Resolution des Landesvorstands zur Kommunalpolitik „Mit Leidenschaft für Land und Leute“ auf dem Landesparteitag am 29. März in Wiesloch angenommen. Darin fordert die SPD mehr Bildungsgerechtigkeit und die Unterstützung von Familien durch den Ausbau von Ganztagschulen, Betreuungsangeboten und

flexiblen Arbeitsangeboten vor Ort. In weiteren Anträgen beschloss der Landesparteitag, das kommunale Wahlrecht auch auf Bürger aus Nicht-EU-Ländern zu erweitern. Zudem solle mehr Transparenz in den Kommunalparlamenten durch öffentliche Vorberatungen in Ausschüssen der Gemeinderäte und Kreistage geschaffen und die Stelle eines Behindertenbeauftragten in allen Städten und Landkreisen eingerichtet werden.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus stand im weiteren Fokus des Landesparteitags. Der beschlossene Leitantrag „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ benennt als zentrale Forderung die Einführung eines speziellen Landesprogramms, das Prävention an Schulen und Ganztagschulen fördert, Pädagoginnen und Pädagogen sensibilisieren und breite Aufklärungsarbeit leisten sollte. Die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle sollte außerdem zu einer besseren Vernetzung der einzelnen Maßnahmen und Projekte führen. Darüber hinaus müssten rechtsextreme Straftaten durch Polizei und Justiz besser untersucht und aufgearbeitet werden. Mitgliedern der „rechten Szene“ müsse mit Hilfe spezieller Programme der Ausstieg erleichtert werden. Die SPD Baden-Württemberg stellte mit diesem Beschluss einmal mehr unter Beweis, dass sie den Kampf gegen Rechtsextremismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen ernst nimmt und weiter vorantreibt.

KOMMUNALWAHL 2014

Die guten Nachrichten vorne weg: Die SPD baute ihren Frauenanteil in den Gemeinderäten auch dank eines landesweiten Mentoring-Programms und der Einführung des sogenannten Reißverschlussverfahrens bei der Listenaufstellung auf 33,3 Prozent aus. Zudem schafften viele junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten direkt den Sprung in die Gemeinderäte. In Städten, in denen zuvor erfolgreiche OB-Wahlkämpfe bestritten worden waren, wie beispielsweise Karlsruhe oder Heilbronn, legte die SPD teils deutlich zu. Außerdem gelang es, die Zahl der aufgestellten Listen zu den Kommunalwahlen zu halten und damit eine Trendumkehr gegenüber früheren Wahlen herbeizuführen, bei denen sich die Zahl der SPD-Listen stetig verringert hatte. Aber trotz engagiertem Wahlkampf, kreativen Aktionen und überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten stagnierte das Gesamtergebnis der SPD in Baden-Württemberg bei 18 Prozent.



Kommunaler Sommerempfang der SPD Baden-Württemberg mit Nils Schmid, Katja Mast und erfolgreichen Kommunalpolitikern aus Gaggenau (Foto: SPD Baden-Württemberg)

EUROPAWAHL

„Ich will ein anderes, ein besseres Europa“, rief EU-Parlamentspräsident Martin Schulz den über 200 Gästen einer Veranstaltung in Offenburg am 16. April zu. Mit dabei waren auch die baden-württembergischen Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl Evelyne Gebhardt, Peter Simon, Fabienne Vesper und Gotthold Balensiefen. Auf einer weiteren Veranstaltung mit Sigmar Gabriel am 20. Mai auf dem Stuttgarter Schlossplatz präsentierten die Spitzenkandidaten bei einer Talkrunde die Themen, auf die es ankommt: Europa als



Europaminister Peter Friedrich, Peter Simon, Spitzenkandidat Martin Schulz, Evelyne Gebhardt, Fabienne Vesper und Gotthold Balensiefen (v.l.n.r.) (Foto: SPD Baden-Württemberg)

Friedensprojekt, mehr Solidarität und ein klares Nein zu verantwortungslosen Finanzmarktakteuren.

Der unermüdliche Einsatz der Kandidierenden und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sollte sich gelohnt haben: Bei der Europawahl am 25. Mai kam die SPD auf 23 Prozent. Ein Zugewinn von knapp 5 Prozent bedeutet: Evelyne Gebhardt und Peter Simon vertreten uns weiterhin kompetent im Europaparlament.

ZUKUNFTSKONGRESS BILDUNG

Ein großer Erfolg war der „Zukunftskongress Bildung“ der SPD Baden-Württemberg im Ludwigsburger Forum. Über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am 22. November, um in sechs Foren mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern zu diskutieren und sich zu informieren. Themen waren unter anderem die Kleinkindbetreuung, Inklusion, Ganztagschule, regionale Schulentwicklung und Schulformen. „Die SPD hat vieles in Angriff genommen, wo bei der CDU Stillstand war“, betonte Kultusminister Andreas Stoch. In sechs Foren konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkten Einfluss auf die weiteren Planungen in der Bildungspolitik nehmen. Der Zukunftskongress Bildung stellte damit auch den Auftakt der „Offensive 2016“ dar, welche die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes einläutete.

Bildungsgerechtigkeit, gute Arbeit und gute Familienpolitik: Mit diesem Dreiklang will die baden-württembergische SPD in diesen Landtagswahlkampf ziehen. Dabei geht es um die Verteidigung des erfolgreichen Politikwechsels im Land und eine weitere starke sozialdemokratische Handschrift in der Landesregierung – nicht nur, aber auch in der Bildungspolitik. Es gilt, die Rückkehr der CDU an die Macht zu verhindern. Die im Herbst 2014 gestartete „Offensive 2016“ ist der erste Schritt dazu.



Doro Moritz (GEW), Wolfgang Grenke (IHK), Frank Mentrup (OB Karlsruhe) und Kultusminister Andreas Stoch (v.l.n.r.) diskutieren beim Zukunftskongress Bildung der SPD Baden-Württemberg (Foto: SPD Baden-Württemberg)

LANDESVORSTAND 2013 – 2014

Landesvorsitzender
Dr. Nils Schmid

Stellvertretende Vorsitzende
Leni Breymaier
Dr. Lars Castellucci
Elvira Drobinski-Weiß
Hilde Mattheis

Stellvertretende Vorsitzende – seit 18./19. Oktober 2013
Leni Breymaier
Dr. Lars Castellucci
Peter Friedrich
Hilde Mattheis

Generalsekretärin
Katja Mast

Beisitzerinnen und Beisitzer
Dr. Hendrik Bednarz
Lothar Binding
Petar Drakul
Roman Götzmann
Gert Hager
Dr. Daniela Harsch
Johannes Jung
Josip Juratovic
Macit Karaahmetoglu
Stella Kirgiane-Efremidis
Udo Lutz
Dr. Rudolf Luz
Dejan Perc
Gabi Rolland
Annette Sawade
Dr. Claudia Schöning-Kalender
Rita Schwarzelühr-Sutter
Andreas Stoch
Gabriele Warminski-Leitheußer
Sabine Wölfle

Beisitzerinnen und Beisitzer seit 18./19. Oktober 2013
Lothar Binding
Frederick Brütting
Saskia Esken
Roman Götzmann
Dr. Daniela Harsch
Markus Herrera Torrez
Rebecca Hummel
Stella Kirgiane-Efremidis
Jens Ulrich Löw
Udo Lutz
Dr. Rudolf Luz
Parsa Marvi
Malin Melbeck
Dejan Perc
Gabi Rolland
Annette Sawade
Dr. Claudia Schöning-Kalender
Rita Schwarzelühr-Sutter
Andreas Stoch
Sabine Wölfle

Schatzmeister
Karl-Ulrich Tempel

Landesgeschäftsführer
Marten Jennerjahn

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG 2013–2014**2013**

13.1.2013 Spitzentreffen
13.2.2013 Politischer Aschermittwoch, Ludwigsburg
2.3.2013 Landesparteitag zur Listenaufstellung, Heilbronn
 Klartext mit Peer Steinbrück, Karlsruhe
9.4.2013 Ausstellung der FES-Wanderausstellung „150 Jahre Sozialdemokratie“, Stuttgart
27.4.2013 Ortsvereins- und Kreisvorsitzendenkonferenz
23.5.2013 150 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschland, Leipzig
17.7.2013 Empfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart
29./30.6.2013 Jusos-Landesdelegiertenkonferenz, Ludwigsburg
6.7.2013 Menschenkette gegen Rechts
27.7.2013 AG 60 Plus- Landesdelegiertenkonferenz, Tübingen
17.-18.8.2013 Deutschlandtreffen, Berlin
26.8.2013 Schirmveranstaltung mit Peer Steinbrück, Esslingen
6.9.2013 Schirmveranstaltung mit Sigmar Gabriel, Freiburg
6.9.2013 „Europatag“ der S&D Fraktion im Europäischen Parlament mit Peer Steinbrück, Mannheim
10.9.2013 Schirmveranstaltung mit Peer Steinbrück, Ulm
10.-12.9.2013 Landtagsfraktion Klausur, Freiburg
13.9. Schirmveranstaltung mit Klaus Wowereit, Heidelberg
22.9.2013 Bundestagswahl
18./19.10.2013 Landesparteitag, in Reutlingen
26.10.2013 ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg
30.10.2013 „40 Jahre AfA“, Mannheim
22.11.2013 Regionalkonferenz mit Andrea Nahles, Leinfelden-Echterdingen
23.11.2013 Regionalkonferenz mit Sigmar Gabriel, Bruchsal
23.11.2013 Klausur des Landesvorstands, Bruchsal
23.11.2013 AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Pforzheim
6.12.2013 Regionalkonferenz, Emmendingen
7.12.2013 Regionalkonferenz, Ehingen a.d.D.
15.12.2013 Jusos-Landesausschuss, Mannheim

2014

11.1.2014 Spitzentreffen
2.2.2014 ASF-Neujahrsempfang, Stuttgart
9.2.2014 Juso-Landesausschuss, Reutlingen
5.3.2014 Politischer Aschermittwoch
15./16.3.2014 Workshops zur Europawahl, Aalen, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim und Tübingen
15./16.3.2014 Jusos-Wir-Kongress, Karlsruhe
22.3.2014 Sondersitzung Landesvorstand mit Schwerpunkt, Europawahl, Stuttgart
27.3.2014 AG 60 Plus Landesvorstand und Frühjahrsempfang, Stuttgart
29.3.2014 Sonderparteitag zu den Themen Kommunalpolitik und Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Wiesloch
30.3.2014 Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz, Berlin
3./4.5.2014 ASJ-Klausurtagung, Insel Reichenau
14.5.2014 Verleihung des Carlo-Schmid-Preises, Paris
20.5.2014 Kundgebung mit Sigmar Gabriel, Stuttgart
25.5.2014 Europa- und Kommunalwahlen
20.-22.6.2014 ASF-Bundeskonferenz, Karlsruhe
27.6.2014 Empfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart
28./29.6.2014 Jusos-Landesdelegiertenkonferenz, Balingen
11.10.2014 Fachbeiratstag und Landesvorstand, Stuttgart
18.10.2014 AGS-Landeskonferenz, Rust
22.11.2014 Zukunftskongress Bildung, Ludwigsburg
27./28.11.2014 DEMO-Kommunalkongress 2014, Berlin
2.12.2014 Jahreshauptversammlung von Selbst-Aktiv, Stuttgart
14.12.2014 Jusos-Landesausschuss, Schwäbisch Gmünd



LANDESVERBAND BAYERN

SOZIAL. MODERN. BAYERNSPD.

„Nach der Wahl ist vor der Wahl!“, unter diesem Motto stand die politische Arbeit des Landesverbandes in den vergangenen beiden Jahren. Auf allen Ebenen wurde mit Beginn des Jahres 2013 bis Frühjahr 2014 Wahlkampf geführt: im Land, im Bund, in den Kommunen und in Europa.



Florian Pronold auf dem 65. Parteitag der BayernSPD in der Kongresshalle Augsburg im Mai 2013 (Foto: BayernSPD)

LANDTAGSWAHLKAMPF 2013

Höchste Aufmerksamkeit galt dem Landtagswahlkampf. Mit Christian Ude an der Spitze führte die BayernSPD einen intensiven und professionellen Wahlkampf, der einen Modernisierungsschub in der Organisation auslöste, von dem die Partei bis heute profitiert.



Ulrich Maly und Christian Ude begutachten die „Spitzenkandidat-Broschüre“ für den Landtagswahlkampf 2013 (Foto: BayernSPD)

Es gab viele Wahlkampf-Höhepunkte. Dazu zählten die Ude-Sommertour, die zahlreichen Kundgebungen in allen Stimmkreisen, das TV-Duell, die Großflächen-Plakatierung, die unzähligen Hausbesuche, Bergauf-Touren, Frühverteilungen, Podiumsdiskussionen bis hin zu den Online-Angeboten und dem 72-Stunden-Schluss-Marathon. Der Rückhalt in der Partei und das Engagement der Gliederungen auf allen Ebenen waren groß. Bis in die letzten Winkel des Landes wurde unter der Wahlkampfleitung von Generalsekretärin Natascha Kohnen um jede Stimme gekämpft – die verbesserte Organisation infolge der Erneuerung der BayernSPD war erlebbar.

Natürlich hätte das Ergebnis mit 20,6 Prozent bei der Landtagswahl im September 2013 nach einem derart hohen Einsatz besser ausfallen können oder sogar müssen. Doch niemand sollte das Erreichte gering schätzen und kleinreden, denn: Nach vielen Jahren der politischen Talfahrt schaffte die BayernSPD – trotz eines finanziell und personell um das Zehnfache besser ausgestatteten konservativen Konkurrenten – die Trendumkehr. Sie gewann über 250.000 Wählerinnen und Wähler hinzu!

WEITERE WAHLEN

Dieser positive Trend verfestigte sich bei den weiteren Wahlen, die BayernSPD behauptete sich stabil bei über 20 Prozent. Der Gewinn zahlreicher Kommunalwahlen in den Großstädten – vor allem die Siege bei den Oberbürgermeisterwahlen in München, Nürnberg, Regensburg, Fürth, Erlangen, Coburg und Bamberg – unterstrich einmal mehr die kommunale Stärke. Bei der Europawahl im Frühjahr 2014 legte die BayernSPD sogar um satte 7,3 Prozent zu. Bei der Bundestagswahl steigerte die BayernSPD die Anzahl der Bundestagsmandate um knapp 40 Prozent. Das anschließende Mitgliedervotum führte mit deutlicher Zustimmung von 76 Prozent zur Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition.

BLICK NACH VORNE

Nach den Wahlen richteten das Präsidium und der Landesvorstand unter der Führung von Florian Pronold den Blick sofort in die Zukunft und legten die inhaltlichen Schwerpunkte der BayernSPD fest. Zwei Beispiele: Der Landesparteirat (kleiner Parteitag) im Herbst 2014 in Ansbach befasste sich mit der Digitalisierung der Arbeitswelt, der kleine Parteitag im April 2015 in Unterschleißheim mit dem Start der Kampagne „Bayern barrierefrei“.

Die Regierungspolitik seit Bestehen der Großen Koalition in Berlin lieferte weitere hervorragende Anknüpfungspunkte für die inhaltliche Ausrichtung: Mindestlohn, Rente mit 63, doppelte Staatsbürgerschaft, Mietpreisbremse, ElterngeldPlus, Frauenquote, Städtebauförderung, Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, Verbesserungen in der Pflege sind nur einige Beispiele, die es ohne die Initiative, Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft der SPD nicht gäbe. Dafür arbeitet die BayernSPD-Landesgruppe hart, insbesondere ihr Vorsitzender Martin Burkert sowie die beiden Staatssekretäre in der Bundesregierung Anette Kramme und Florian Pronold.



Das bekannteste Foto des Wahlkampfes 2013: Christian Ude macht beim politischen Aschermittwoch 2013 von der Bühne aus das Foto vom vollbesetzten Festzelt. 5.000 Besucherinnen und Besucher kamen nach Vilshofen – mehr als zu einer vergleichbaren Veranstaltung im benachbarten Passau! (Foto: Christian Ude)

Die SPD-Landtagsfraktion mit dem Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher bietet der konzeptionslosen Politik der Staatsregierung die Stirn – ob bei der Energiewende, in der Sozialpolitik, im Bereich der Umwelt-, aber auch in der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Die immerwährenden Skandale der CSU-geführten Staatsregierung zeugen von einem fragwürdigen Politikstil. Nicht zuletzt trägt dieses Verhalten zu einer Abkehr der Bürgerinnen und Bürger von der Politik und den Parteien bei.

Die laufende Kampagne des Landesverbandes zur Barrierefreiheit ergänzt die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Landesgruppe und der Landtagsfraktion. Die BayernSPD gibt dabei Antworten auf große Zukunftsfragen: Wie beseitigen wir Barrieren im öffentlichen Raum? Wie sichern wir die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben in einer älter werdenden Gesellschaft? Barrierefreiheit ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen

Teilhabe. Ziel ist es, die Kampagne mindestens bis zur Landtagswahl fortzuführen. Alle Gliederungen sollen sich daran beteiligen: Unter www.bayernbarrierefrei.de gibt es jede Menge Anregungen. Einen maßgeblichen Anteil an der Kampagne haben die Vorsitzende der AG Selbst aktiv Sibylle Brandt und das Vorstandsmitglied der BayernSPD, die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Verena Bentele.

Mit der Verabschiedung des Leitanspruchs zur digitalen Arbeitswelt hat die BayernSPD als einzige Partei in Bayern dieses wichtige Zukunftsthema aufgegriffen. Dabei stehen wir erst am Anfang. Aber gerade von der Sozialdemokratie muss der Impuls ausgehen, Arbeit auch unter den Bedingungen der Digitalisierung zu gestalten. Denn bei diesem tiefgreifenden Wandel brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen verlässlichen Partner. Unter Federführung des Landesvorstandsmitglieds Werner Widuckel, ehemaliger Personalvorstand der AUDI AG, unterstützt von der stellvertretenden Landesvorsitzenden Annette Karl ist der BayernSPD ein erster Aufschlag gelungen.

DIE ORGANISATORISCHE ERNEUERUNG ZEIGT WIRKUNG.

Die BayernSPD steht nach der Finanzreform von 2010 und 2011 auf finanziell soliden Füßen. Der vor vielen Jahren befürchtete Abbau des Personalbestands wurde verhindert, es gab auch keinen hauptamtlichen Rückzug aus der Fläche. Ganz im Gegenteil: Mit 41 Geschäftsstellen ist die BayernSPD flächendeckend von Aschaffenburg bis Traunstein, von Hof bis Kempten präsent. Dazu wurde die Landesgeschäftsstelle in München modernisiert. Inzwischen wird sie allen Anforderungen an eine moderne und zeitgemäße Service-Zentrale für die gesamte Partei gerecht. Vor allem im Landtagswahlkampf bewies sie dies eindrucksvoll.



Breite Diskussion über die Arbeit unter den Bedingungen der Digitalisierung mit (v.l.n.r.): Ewald Schurer, Martin Burkert, Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Prof. Dr. Anne-Katrin Neyer (Universität Halle), Florian Pronold, Constanze Kurz (Arbeits- und Techniksoziologin beim IG Metall-Vorstand) und Prof. Dr. Werner Widuckel (Foto: BayernSPD)

Auch die Professionalisierung im Personalwesen trägt Früchte. Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden kontinuierlich fortgebildet. Bezirksgeschäftsführerinnen und Bezirksgeschäftsführer wurden ebenfalls weiter qualifiziert und in ihren Personalführungsfunktionen gestärkt. Zudem wurde eine regelmäßige Leistungsbeurteilung als Instrument der Qualitätssicherung eingeführt. Durch diese Maßnahmen wurde die Organisation insgesamt schlagkräftiger, kampagnenfähiger und serviceorientierter. Auch

wenn die Personalausstattung bezogen auf die Aufgaben immer noch zu gering ist, werden zumindest die begrenzten finanziellen Mittel im Personalbereich effizient eingesetzt.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde weiter ausgebaut. Das gilt insbesondere für den klassischen Pressebereich, der in der bayerischen Medienlandschaft hervorragend vernetzt ist und sich zu einem wirksamen Sprachrohr der Partei entwickelte. Die Präsenz in den sozialen Netzwerken wurde erheblich gesteigert. Hier hat die Partei immer mehr Reichweite erzielt. Das eigens entwickelte Internetsystem „SPD-Web-O-Mat“ vereint inzwischen rund 650 Gliederungen und Abgeordnete über einen eigenen Internetauftritt. Damit bietet die BayernSPD auch online flächendeckend Informationen. Nicht mehr wegzudenken sind die – inzwischen sogar barrierefreien – Übertragungen der Parteitage der BayernSPD und von Veranstaltungen im Internet-Livestream. Im Herbst 2014 wurde im Rahmen dieses Formats sogar eine Debatte des Landesvorstandes zum umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP übertragen. Auf diese Weise konnte die Positionsbestimmung der BayernSPD sehr transparent nachvollzogen werden.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCHE IN VILSHOFEN

Die Entscheidung, den traditionsreichen politischen Aschermittwoch in Vilshofen in einem großen Festzelt zu veranstalten, war richtig. Sowohl 2014 als auch 2015 kamen jeweils über 2.500 Gäste. Mit Europa-Spitzenkandidat Martin Schulz und dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel konnten zwei hochkarätige Hauptredner gewonnen werden. Die Medienresonanz war enorm. Und für alle Besucherinnen und Besucher waren die Veranstaltungen unvergessliche Erlebnisse.



Viel Applaus für die Rede: Martin Schulz umringt von Kerstin Westphal, Markus Rinderspacher, Ulrich Maly, Florian Pronold, Natascha Kohnen und Martin Burkert auf dem politischen Aschermittwoch 2014 (Foto: Klaus Schunk/BayernSPD)

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN 2013/2014

- 13. Februar 2013** Politischer Aschermittwoch mit Florian Pronold, Christian Ude und Peer Steinbrück
- 11./12. Mai 2013** 65. ordentlicher Landesparteitag in Augsburg
- 20. Juli 2013** Landesparteirat (kleiner Parteitag) zum Auftakt der „heißen Wahlkampfphase“ mit Christian Ude und Peer Steinbrück in München
- 15. September 2013** Landtagswahl und Bezirkswahlen in Bayern
- 22. September 2013** Bundestagswahl
- 23. November 2013** Landesparteirat (kleiner Parteitag) zum Thema „Europa“ in München
- 1. Dezember 2013** Große bayerische Regionalkonferenz zum Koalitionsvertrag mit Sigmar Gabriel und Florian Pronold in Nürnberg
- 5. März 2014** Politischer Aschermittwoch mit Florian Pronold, Ulrich Maly und Martin Schulz
- 16. März 2014** Kommunalwahlen in Bayern (30. März 2014 Stichwahlen)
- 25. Mai 2014** Europawahl
- 15. November 2014** Landesparteirat (kleiner Parteitag) zum Thema „Neue digitale Arbeitswelt“ in Ansbach

LANDESVORSTAND 2013 – 2015 *(GEWÄHLT AUF DEM 65. LANDESPARTEITAG AM 11./12. MAI 2013 IN AUGSBURG)*

Landesvorsitzender
Florian Pronold

Generalsekretärin
Natascha Kohnen

Stellvertretende Vorsitzende
Martin Burkert
Annette Karl
Ewald Schurer

Schatzmeister
Thomas Goger

Beisitzerinnen und Beisitzer

Klaus Barthel
Franziska Bartl
Verena Bentele
Philipp Dees
Sabine Dittmar
Marietta Eder
Ismail Ertug
Christian Flisek
Linus Förster
Angelika Graf
Thomas Herker
Bärbel Kofler
Anette Kramme
Ulrich Maly
Jonas Merzbacher
Christa Naaß
Florian Ritter
Marianne Schieder
Franz Schindler
Arif Tasdelen
Claudia Tausend
Kerstin Westphal
Werner Widuckel
Joachim Wolbergs

Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaften

Isabella Fiorentina (Jusos)
Ursula Weser (AfA)
Jella Teuchner (AG 60 plus)
Ursula Kirmeier (ASF)
Dirk Goldenstein (AGS)

BERICHT DES
ARBEITSKREISES
DER BETRIEBSRÄTE
IN DER SPD

**ARBEITSKREIS
DER BETRIEBSRÄTE
IN DER SPD**

„Was wir brauchen, ist die Synthese von praktischem Denken und idealistischem Streben.“ (Willy Brandt)

Da kein Gesamtbetriebsrat besteht, arbeitet der „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD“ auf der Grundlage der zwischen den Arbeitgebern (Partei Vorstand, Landesverbände und Bezirke) und den Betriebsräten abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen. Mitglieder des Vorstands des Arbeitskreises nehmen auf Bundesebene an den Sitzungen der leitenden Bezirks- und Landesgeschäftsführer, der EDV-Begleitgruppe, Organisationskommission und dem Beirat der Parteischule teil.

Die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises der Betriebsräte in der SPD (auf Bundesebene) tauschen sich nach wie vor regelmäßig zu Fragen und Problemen betreffend der zu regelnden personellen Angelegenheiten im Sinne des BetrVG aus. Mindestens einmal jährlich findet eine Betriebsrätekonferenz statt, um den persönlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Am 5. Juni 2014 wurde für die nächste Amtszeit von vier Jahren ein neuer Vorstand gewählt. Ihm gehören an:

Elfi Heusinger von Waldegge, Vorsitzende (BEZ Hessen-Nord)
Erich Holzwarth, Stellv. Vorsitzender (LV Baden Württemberg)
Yvonne Hartig (LV NRW)
Jens Rieger (LV Rheinland-Pfalz)
Enrico Bloch (Partei Vorstand)

Darüber hinaus finden jährlich vier Vorstandssitzungen des Arbeitskreises statt. Themen waren u.a.:

- Mitgliederadressverwaltung (MAVIS)
- EDV-Rahmenbetriebsvereinbarung
- VPN-Policy
- Organisationsreform
- Weiterbildung der Hauptamtlichen
- Altersversorgung
- Datenschutz

Die jährlich stattfindenden Betriebsräteseminare – die in Zusammenarbeit mit Verdi stattfinden – werden ausgesprochen gut angenommen. Es ist erkennbar, dass arbeitsrechtliche Probleme mit steigenden Anforderungen bei immer weniger Personal von Jahr zu Jahr größer werden. Die Seminare bieten den Betriebsräten eine gute inhaltliche Basis für ihre tägliche Arbeit. Schwerpunktthemen in den Seminaren waren u.a.:

- Mobbing
- Gesundheitsmanagement
- Überstunden/Arbeitszeitkonten
- Innerbetriebliche Weiterbildung
- Allgemeine Fragen zum BetrVG

Die Arbeit und der Austausch zwischen den Betriebsräten sind sehr konstruktiv und zielführend. Dagegen beschränkt sich die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern entsprechend der o.g. Vereinbarung auf die Teilnahme an den genannten Sitzungen. Zum Beispiel wurde auf die neue EDV-Rahmenbetriebsvereinbarung – die den Arbeitgebern im Entwurf bereits seit über drei Jahren zur Verhandlung vorliegt – nicht reagiert. Briefe werden nicht beantwortet.

Aktiv mitgearbeitet hat der Vorstand in einer Arbeitsgruppe unter Leitung eines Fachmannes, die die Problematik „Altersversorgung der Hauptamtlichen“ intensiv behandelt hatte. Hierbei ging es um die Weiterentwicklung vor allem für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen und die Sicherung rechtsverbindlicher Beratung für die Versicherten.

Nach wie vor steht der Datenschutz im Blick der Arbeit der Betriebsräte und des Arbeitskreises. Dazu gehören sowohl der Schutz der Mitglieder- als auch der Beschäftigtendaten.

Bei der innerbetrieblichen Weiterbildung für Hauptamtliche macht sich der Arbeitskreis weiter für mehr regionale Angebote stark, um mehr Beschäftigten die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben.

Erschreckend ist die Mitgliederentwicklung. Durch die abnehmenden Zahlen, die durch Neueintritte nicht kompensiert werden und das schlechte Beitragsaufkommen (50 Prozent zahlen weniger als 5,00 €), werden der Druck und die Belastungen bei den Beschäftigten stetig größer.

Durch die fehlenden finanziellen Mittel werden immer mehr Unterbezirksgeschäftsführer und -geschäftsführerinnen in Teilzeit mit z.B. 27 oder 30 Stunden eingestellt. Durch diese Situation sind die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gezwungen einen Zweitjob anzunehmen, um ihre Familie zu ernähren. Dazu kommen die negative Entwicklung des Gehaltsgefüges und Kürzungen der Sozialleistungen. Diese Situation stellt die Betriebsräte in der Fläche vor große Herausforderungen.

Mit Interesse haben wir die Diskussion über das beschlossene Tarifeinheitsgesetz verfolgt. Wir fordern deshalb die Parteispitze der SPD auf, sich für eine einheitliche Tarifvereinbarung aller Beschäftigten in der SPD einzusetzen. Schon vor Jahrzehnten hat der „Gesamtbetriebsrat“ der SPD gefordert, für alle Hauptamtlichen einen gleichen Tarif abzuschließen. Der Arbeitskreis der Betriebsräte bietet seine konstruktive Mitarbeit an.

Abschließend bedanken wir uns für die solidarische, konstruktive und engagierte Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und dem Vorstand des „Arbeitskreises der Betriebsräte in der SPD“ sowie bei allen SPD-Betriebsräten. Für die gute Unterstützung durch das Personalbüro im Willy-Brandt-Haus bedanken wir uns bei Steffi Laurich und für den Service bei Markus Pohle.

BERICHT DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VORWORT

DAS LEBEN DER MENSCHEN VERBESSERN: GESAGT. GETAN. GERECHT.

In zwei Jahren Großer Koalition haben wir viel erreicht. **Dabei ist die SPD die treibende Kraft dieser Koalition.** Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger.

Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Abschlagsfreie Rente nach 45 Beschäftigungsjahren. Höhere Renten für Mütter und Erwerbsgeminderte. Bessere Leistungen in der Pflege. 9 Milliarden Euro zusätzlich für die Bildung. Mehr BAföG. Ein Investitionspaket für finanzschwache Kommunen. Die Frauenquote. Mietpreislöscher für bezahlbares Wohnen. ElterngeldPlus für mehr Flexibilität für Eltern. Der Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden.

Ohne die SPD wären diese Fortschritte undenkbar gewesen. Wir haben schon in Oppositionszeiten Konzepte für die Zukunft unseres Landes entwickelt. Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, was wir davon umsetzen können. Die Parteimitglieder durften darüber abstimmen – und haben sich dafür entschieden, dass die SPD in diesem Sinne das Land mitgestaltet: das Leben der Menschen konkret verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs halten und Deutschland voranbringen. Daran arbeiten wir weiter. Gesagt, getan, gerecht!

Denn wir haben noch viel vor: eine Solidarrente für langjährige Beitragszahlerinnen und -zahler. Leiharbeit und Werkverträge regulieren. Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen. Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze.

Und wir denken auch über den Koalitionsvertrag hinaus: Mit unserem **Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit** bereiten wir uns auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode vor. Wir suchen Antworten auf Herausforderungen der Zukunft. Dazu gehören die Globalisierung, die Digitalisierung, der demografische Wandel, aber auch Veränderungen der inneren und äußeren Sicherheit. Wir wollen den Wandel gestalten – und darauf achten, dass es dabei gerecht zugeht.

Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die für die Zukunft gewappnet ist.



Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Thomas Oppermann erläutert im Juni 2014 vor der Presse die Einigung der Koalition zum Mindestlohn.
(Foto: Patryk Witt)

**GESAGT. GETAN.
GERECHT:
DIE SPD IN
DER GROßEN
KOALITION**

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT STÄRKEN

256.000 SPD-Mitglieder haben sich für den Eintritt der SPD in die Große Koalition und damit für die Regierungsverantwortung entschieden. Sie wollen, dass dieser Koalitionsvertrag umgesetzt wird und dass dadurch das Leben der Menschen in Deutschland besser und gerechter wird. Sie wollen, dass diese Regierung Erfolg hat. Das ist der Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode.

Die SPD ist mit klaren Projekten in diese Koalition gestartet: die Einführung des Mindestlohns, die Neuordnung der Energiewende, die Reform der Pflegeversicherung, um nur drei zu nennen. Sie ist aber auch mit einem klaren Wertekompass in diese Regierung eingetreten: die soziale Marktwirtschaft zu sichern und zu stärken.

Deshalb lässt es die SPD in dieser Regierung nicht zu, dass die Interessen der Beschäftigten gegen die der Wirtschaft ausgespielt werden. Denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen doch ganz genau, dass Wohlstand für alle ohne eine starke Wirtschaft nicht möglich ist. In der sozialen Marktwirtschaft muss der Staat Rahmenbedingungen setzen, die es Unternehmen ermöglichen, Gewinne zu machen. Unternehmerinnen und Unternehmer, die keine Gewinne machen, gefährden am Ende Arbeitsplätze. Deshalb brauchen wir Produktivitätsfortschritt, deshalb brauchen wir Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite.

Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch faire Regeln auf dem Arbeitsmarkt, faire Löhne, Arbeitnehmerrechte, Kündigungsschutz und Mitbestimmung. Das sind keine Problemfaktoren, sondern positive Standortfaktoren in einer erfolgreichen Wirtschaft.

Das eine darf nicht auf Kosten des anderen durchgesetzt werden. Wir brauchen beides: Wettbewerb und faire Regeln. Das ist die Geschäftsgrundlage, auf der wir die soziale Marktwirtschaft in Deutschland in eine stabile Balance bringen können. Das wollen wir umsetzen. Das ist das Programm der Großen Koalition.

WAS WIR BEREITS ERREICHT HABEN MINDESTLOHN – ARBEIT WERTSCHÄTZEN

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde ist ein Durchbruch, von dem Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern profitieren. Mit weiteren Neuregelungen sorgen wir außerdem dafür, dass tarifvertragliche Mindestlöhne und die Tarifautonomie gestärkt werden.

ZUKUNFTSINVESTITIONEN – MEHR GELD FÜR BILDUNG

Gute Bildung und Chancengleichheit setzen eine verlässliche Finanzierung voraus. Deshalb investieren wir 9 Milliarden Euro zusätzlich in Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Außerdem erhöhen wir das BAföG.

MEHR GELD FÜR FAMILIEN

Alle Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass die finanzielle Unterstützung von Familien auch dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird: bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Nun kommt ein Geldleistungspaket für Familien. Auf Druck der SPD-Fraktion werden zudem die etwa eine Million berufstätigen Alleinerziehenden künftig eine größere steuerliche Entlastung erfahren.

KOMMUNEN ENTLASTEN

Bessere Schulen, intakte Straßen, eine gute Kinderbetreuung und schnelle Internetverbindungen – die Menschen erwarten eine hohe Lebensqualität in ihrem direkten Lebensumfeld. Wir entlasten die Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe, damit sie diese Aufgaben auch weiterhin erfüllen können.

RENTENPAKET – LEBENSLEISTUNG ANERKENNEN

Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Künftig können langjährig Versicherte deshalb zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem erhöhen wir die Erwerbsminderungsrente und das Reha-Budget.

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Mit verbindlichen Quotenregelungen per Gesetz sorgen wir dafür, dass die Führungsetagen in Deutschlands Unternehmen weiblicher werden. Das ist ein großer Schritt für mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt.

MIETPREISBREMSE FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Alle Mieterinnen und Mieter sollen sich Wohnraum auch in großen Städten leisten können. Deshalb begrenzen wir unangemessene Mieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten. Bei der Maklergebühr gilt künftig: Wer bestellt, bezahlt.

BUNDESHAUSHALT KONSOLIDIERT

Die Große Koalition hat den Bundeshaushalt konsolidiert und betreibt eine nachhaltige Haushaltspolitik, auch um nicht auf Kosten künftiger Generationen zu leben. Finanzielle Spielräume nutzen wir für Investitionen in die Zukunft.

DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, können künftig sowohl die deutsche Staatsbürgerschaft als auch die ihrer Eltern behalten. Für sie entfällt die „Optionspflicht“ ab ihrer Volljährigkeit – und damit ein zentrales Integrationshemmnis.

BESSERE FÖRDERUNG DER HOCH-SCHULFORSCHUNG

Um neben außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft) auch Hochschulen nicht nur befristet, sondern dauerhaft aus Bundesmitteln fördern zu können, haben wir das Grundgesetz (Artikel 91b) geändert und damit das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich aufgehoben.

BAFÖG-REFORM – MEHR GELD, MEHR GEFÖRDERTE, MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Das BAföG wird gerechter, moderner und familienfreundlicher! Zum Wintersemester 2016/2017 werden die Bedarfssätze, Freibeträge und der Kinderbetreuungszuschlag deutlich erhöht, Förderlücken zwischen Bachelor- und Masterstudium geschlossen und eine elektronische Antragsstellung ermöglicht.

FAMILIE, PFLEGE UND BERUF BESSER VEREINBAREN

Ein großer Teil der Pflegebedürftigen wird in Deutschland von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Das bedeutet eine große Herausforderung und auch viele Belastungen. Wir haben für diejenigen, die nahe Angehörige pflegen, Zeit für Pflege geschaffen und die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf verbessert.

ELTERNGELDPLUS – MEHR ZEIT FÜR FAMILIEN!

Wir schaffen zusätzliche Freiräume für Familien und stärken die partnerschaftliche Aufgabenteilung. Das ElterngeldPlus bringt mehr Flexibilität in die Elternzeit. Wir tragen damit dem gesellschaftlichen Trend Rechnung, dass Mütter früher wieder in ihren Beruf einsteigen möchten – und Väter sich gerne mehr um ihre Kinder kümmern wollen.

FÜR EINE GUTE UND MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE

Die Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb haben wir die Pflege verbessert. Dabei haben wir die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die in der Pflege Beschäftigten im Blick. Eine echte Pflegereform benötigt vor allem einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.

EEG-REFORM – SICHERER UND BEZAHLBARER STROM

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) treiben wir die Energiewende voran. Die Novelle ist ein wichtiger Schritt, um die Energieversorgung zu sichern, die erneuerbaren Energien konsequent auszubauen und die Energiepreise bezahlbar zu halten.

MEHR FÖRDERUNG FÜR STÄDTE

Die Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung ermöglicht, dass dieses sozialdemokratisch geprägte Erfolgsmodell in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortgeführt und im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickelt werden kann.

LEBENSPARTNERSCHAFTEN – STEUERLICHE GLEICHSTELLUNG UND SUKZESSIVADOPTION

Wir stellen gleichgeschlechtliche Paare steuerlich Ehepaaren gleich und schaffen mehr Gerechtigkeit. Außerdem ermöglichen wir Lesben und Schwulen die Adoption von Kindern, die von ihren eingetragenen Lebenspartnerinnen oder -partnern adoptiert wurden. Das Ziel der völligen Öffnung der Ehe verfolgen wir weiter.

KRANKENKASSEN – MEHR BEITRAGSGERECHTIGKEIT

Die sogenannte kleine Kopfpauschale, die bisher von den Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherungen unabhängig von ihrem Einkommen erhoben werden konnte, schaffen wir ab. Künftig können die Krankenkassen einkommensabhängige Zusatzbeiträge erheben, weil das sozial gerechter ist.

MEHR TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEXPORTEN

Mit neuen Informationspflichten der Regierung zu Entscheidungen über Rüstungsexporte sorgen wir nicht nur für mehr Transparenz, sondern auch für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik.

DIE SPD-FRAKTION DENKT VORAUSS. IN SECHS NEUEN PROJEKTGRUPPEN ENTWICKELN WIR ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN VON MORGEN.

Mit einer neuen Reforminitiative bereiten wir uns auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode vor. Wir suchen Antworten auf wichtige Herausforderungen der Zukunft. Dazu gehören die Globalisierung, die Digitalisierung, der demografische Wandel, aber auch Veränderungen der inneren und äußeren Sicherheit. Diese Entwicklungen bieten Chancen, bergen aber auch Risiken. Deshalb wollen wir den Wandel gestalten – und darauf achten, dass es dabei gerecht zugeht. Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die für die Zukunft gewappnet ist.

PROJEKT #NEUESMITEINANDER – EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND

Deutschland wäre ohne Einwanderinnen und Einwanderer ein wirtschaftlich und kulturell ärmeres Land. Die Projektgruppe stellt die Frage nach einem modernen Einwanderungsrecht. Dabei geht es unter anderem um die Fragen, wie neu ankommende Einwanderinnen und Einwanderer besser und schneller integriert werden können und wie wir den schon hier lebenden bessere Chancen bieten können.

#NeuesMiteinander heißt, darauf hinzuarbeiten, dass wirklich alle an dieser Gesellschaft teilhaben können und auch Migrantinnen und Migranten und ihre Kinder bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen haben.

Projektleiter: Karamba Diaby; Stellvertreter: Matthias Bartke

PROJEKT #NEUERZUSAMMENHALT – GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

Ein Leitprinzip des Grundgesetzes ist, dass die Menschen überall im Land die gleichen Chancen haben, egal ob Nord oder Süd, Ost oder West. Die Herausforderung besteht dabei darin, auch in benachteiligten Regionen eine angemessene Grundausstattung öffentlicher Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Mit dem Projekt #NeuerZusammenhalt arbeitet die SPD-Fraktion daran, dass es in Deutschland auch räumlich gerecht zugeht.

Projektleiter: Jens Zimmermann; Stellvertreterin: Svenja Stadler

PROJEKT #NEULEBENSQUALITÄT – MORGEN GUT LEBEN

Wie genau ein gutes Leben aussieht, muss jeder für sich entscheiden, ohne staatliche Bevormundung. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen. Eine gesunde, qualitätsvolle Ernährung; eine artgerechte Tierhaltung; eine umweltgerechte Landwirtschaft und die Reduzierung von Lärm, Luftverschmutzung und Umweltgiften – das sind die Punkte, mit denen sich das Projekt auseinandersetzt. #NeueLebensqualität bedeutet, dass wir eine intakte Umwelt, Gesundheit, qualitätsvolle Ernährung und verantwortungsvollen Konsum nicht als Luxusthemen begreifen, sondern als das, was es ist: als Voraussetzungen dafür, dass wir auch morgen „gut“ leben können.

Projektleiterin: Marina Kermer; Stellvertreter: Carsten Träger

PROJEKT #NEUEZEITEN – ARBEITS- UND LEBENSMODELLE IM WANDEL

Wie kann eine neue Balance zwischen beruflicher Flexibilität und Zeit fürs Privatleben aussehen? Wie können wir Arbeitszeit über verschiedene Lebensphasen hinweg sinnvoll verteilen, so dass Beschäftigte und Unternehmen gemeinsam davon profitieren? Das sind nur zwei der Leitfragen, mit denen sich die Projektgruppe in den nächsten Monaten beschäftigen wird. #NeueZeiten – das bedeutet, dafür Sorge zu tragen, dass Beschäftigte, egal ob Angestellte oder Selbständige, die Autonomie über ihr Leben bewahren und sie am Arbeitsmarkt vor Ausbeutung geschützt sind.

Projektleiter: Martin Rosemann; Stellvertreterin: Ulrike Bahr

PROJEKT #NEUECHANCEN – WERTSCHÄTZUNG FÜR BILDUNG UND ARBEIT

Ein gerechtes Bildungssystem und eine hohe Qualität der Bildung schließen sich nicht aus, sie bedingen einander. Mehr Wertschätzung und Unterstützung für die duale Berufsausbildung, Aufstieg durch Bildung und jungen Erwachsenen ohne Abschluss eine zweite Chance zu ermöglichen – das sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik. Mit dem Projekt #NeueChancen will die SPD-Bundestagsfraktion Wege zu einem fairen und erfolgreichen Bildungssystem entwickeln. Bildung und Arbeit sollen sich lohnen – nicht nur für Akademikerinnen und Akademiker.

Projektleiter: Oliver Kaczmarek; Stellvertreterin: Daniela De Ridder

PROJEKT #NEUEERFOLGE – VORSPRUNG DURCH INNOVATION

Die Projektgruppe stellt die Fragen nach Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft: Wie schaffen wir es, dass Innovation und neue Technologien das Leben der Menschen verbessern? Wie wecken wir Gründergeist, Risikobereitschaft und eine Kultur der zweiten Chance? Und wie können wir das Thema Datenschutz zu einem Standortfaktor machen? #NeueErfolge – das heißt, die Potenziale einer freien Forschung sowie unternehmerische Kreativität freizusetzen und eine Innovationspraxis zu etablieren, die allen zu Gute kommt.

Projektleiterin: Sabine Poschmann; Stellvertreter: Dirk Wiese

**#NEUE
GERECHTIGKEIT –
PROJEKT FÜR EINE
GUTE ZUKUNFT**

**DAS PROJEKT D20
– GRUNDLAGEN
FÜR GUTE
REGIERUNGS-
ARBEIT**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat noch als Oppositionsfraktion das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gestartet. Anderthalb Jahre lang haben wir in acht Projektgruppen konsequent an handfesten, realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen für die kommenden Jahre gearbeitet.

Mit Blick auf die Arbeit von morgen, auf die notwendige Infrastruktur, auf gute Bildung, auf Gleichstellung, Integration und das Miteinander der Generationen haben wir gefragt: Wo stehen wir heute? Was kommt auf uns zu? Was können wir tun, damit Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist?

Unser Augenmerk richtete sich dabei von Beginn an auf die **breite Vernetzung in die Zivilgesellschaft** und den intensiven, offenen Dialog – mit Bürgerinnen und Bürgern, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Wissenschaft und Kultur.

Entstanden ist ein **sozialdemokratisches Leitbild**, das unsere Vision für Deutschland im Jahr 2020 skizziert. Und die vorliegenden Politikkonzepte sind zentrale Bausteine für ein Zukunftsprogramm, das den politischen Weg dorthin beschreibt.

Damit haben wir schon als Oppositionsfraktion die **Grundlagen für unser erfolgreiches Regierungshandeln** gelegt. Viele der Bausteine aus den Anträgen sind in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Sie bilden einen wichtigen Baustein für unsere Regierungsarbeit in der 18. Wahlperiode. Zu den in der letzten Wahlperiode entwickelten Ideen und Konzepten, die wir jetzt in der Regierungsverantwortung umsetzen, gehören u.a.:

- ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn,
- Maßnahmen gegen den Missbrauch von Leiharbeit,
- die Stärkung der Mitbestimmung und die Wiederherstellung der Tarifeinheit,
- die Ermöglichung einer doppelten Staatsangehörigkeit,
- ein Konzept für eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieinfrastruktur,
- eine klare Prioritätensetzung bei der Planung der Bundesverkehrswege,
- die flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen,
- ein öffentliches W-LAN in öffentlichen Räumen,
- die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität,
- eine bessere Städtebauförderung,
- eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände,
- die Weiterentwicklung des Elterngeldes,
- solide Haushaltsführung und Einhaltung der Schuldenbremse,
- Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie der Steuervermeidung internationaler Konzerne,
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer im europäischen Rahmen,
- und finanzielle Entlastung der Kommunen.

**ARBEIT UND
SOZIALES**

**LEISTUNG ANERKENNEN,
CHANCEN ERÖFFNEN
FLÄCHENDECKENDER MINDEST-
LOHN UMGESETZT UND
TARIFAUTONOMIE GESTÄRKT**

Damit alle von guter Arbeit gut und sicher leben können, hat die SPD-Bundestagsfraktion die auch von den Gewerkschaften erhobene Forderung nach einem **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn** umgesetzt und die Tarifbindung gestärkt.

Die Einführung einer solchen Lohnuntergrenze ist ein Durchbruch. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren für ihre Arbeit und ihre Leistung künftig eine **größere Wertschätzung**. Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzender Sozialhilfe und beendet Lohndumping auf Kosten von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Er erhöht die Einnahmen der Sozialversicherungen und der öffentlichen Haushalte. Er stärkt die Binnennachfrage und sorgt für einen fairen Wettbewerb der Unternehmen über Qualität und Produktivität, statt über den Kampf um die niedrigsten Löhne. Dumpinglöhne verzerren den Wettbewerb und schaden der sozialen Marktwirtschaft.

Die Höhe des Mindestlohns von anfänglich 8,50 Euro wird erstmalig von einer **Kommission der Tarifpartner** 2016 überprüft und gegebenenfalls zum 1. Januar 2017 verbindlich angepasst. Für alle Branchen, für die eine Übergangsregelung getroffen wurde, tritt die Anpassung des Mindestlohns zum 1. Januar 2018 in Kraft. Danach erfolgen Prüfung und ggf. die Anpassung alle zwei Jahre.

Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika. Für Praktika gelten Rahmenbedingungen, die mit dem Tarifpaket festgelegt worden sind.

Mit den weiteren Neuregelungen stärken wir außerdem die Tarifpartnerschaft. Sie hat über viele Jahrzehnte die Grundlage für den

wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland gelegt. Diese Errungenschaft ist in den letzten Jahren immer weiter erodiert. In manchen Branchen greift sie überhaupt nicht mehr. Auch diese Entwicklung hat zur Ausbreitung von Niedriglöhnen beigetragen. Mit den **Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung** stellen wir uns dieser Entwicklung entgegen und sorgen dafür, dass alle am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben können.

**BESSERE ANERKENNUNG DER LEBENSLEISTUNG
IN DER RENTE**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die zentrale Säule der Alterssicherung in Deutschland. Sie ist Lohn für Lebensleistung. Das Rentenpaket ist ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit im Rentensystem, in dem die **Lebensleistungen von Menschen besser anerkannt** werden, die mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben.

Wer sich ein Leben lang im Beruf angestrengt hat, hat einen früheren, abschlagsfreien Renteneintritt verdient. Wer Kinder in einer Zeit großgezogen hat, als Betreuungsplätze noch Mangelware und Beruf und Familie nur schwer vereinbar waren, bekommt mit der **Mütterrente** mehr Anerkennung der erbrachten Erziehungsleistung. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr die Leistung erbringen kann, die er möchte, ist auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen – damit Krankheit nicht zu Armut führt.

Das Rentenpaket ist solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Ab 2019 wird es einen zusätzlichen Bundeszuschuss aus Steuermitteln an die gesetzliche Rentenversicherung geben.

STÄRKUNG DER KÜNSTLERSOZIALVERSICHERUNG

Die **Künstlersozialversicherung** sorgt dafür, dass derzeit rund 180.000 selbständige Kulturschaffende Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung haben. Sie gibt diesen Menschen, die in der Regel nur ein geringes Einkommen haben, ein Mindestmaß an sozialer Absicherung. Damit ermöglicht sie vielen überhaupt erst, künstlerisch tätig zu sein. Um dies auch

in Zukunft gewährleisten zu können, werden die Einnahmen der Künstlersozialversicherung dadurch stabilisiert, dass durch eine verstärkte Kontrolle bei den Verwertern sichergestellt wird, dass alle Unternehmen, die Leistungen von selbständigen Kulturschaffenden in Anspruch nehmen, auch die vorgeschriebene Abgabe zur Künstlersozialversicherung bezahlen.

MEHR GERECHTIGKEIT BEI GHETTO-RENTEN

Das Gesetz regelt, dass Betroffene ihre Rente rückwirkend vom 1. Juli 1997 an beziehen können. Nachdem das Bundessozialgericht seine Rechtsauffassung im Jahr 2009 geändert hat, wurden viele der bislang abgelehnten Anträge positiv beschieden. Allerdings konnten diese Renten wegen der vierjährigen gesetzlichen Rückwirkungsfrist erst zu einem späteren Rentenbeginn ausgezahlt werden. Zwar wurden zum Ausgleich für den späteren Rentenbeginn Rentenzuschläge geleistet, jedoch empfanden viele Betroffene diese Regelung als ungerecht. Die gesetzliche Rückwirkungsfrist von vier Jahren wird nun für das ZRBG nicht mehr angewendet. Die rund 40.000 Betroffenen können nun entscheiden, ob sie weiterhin die Rente in der bisherigen Höhe inklusive des Zuschlags oder eine Nachzahlung erhalten wollen.

LEISTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER VERBESSERT

Künftig werden **Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber** sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer wie bei der Grundsicherung (SGB II) und Sozialhilfe (SGB XII) auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Dies führt zu deutlich höheren Leistungssätzen. Die Gesetzesänderung regelt zudem, dass die Wartezeit, bis Leistungen in gleicher Höhe wie die Sozialhilfe erbracht werden, auf 15 Monate verkürzt wird. Kinder und Jugendliche erhalten von Anfang an Anspruch auf **Leistungen für Bildung und Teilhabe**. Bestimmte Personengruppen mit humanitären Aufenthaltstiteln, wie Opfer von Menschenhandel, werden nunmehr bei Bedürftigkeit Grundsicherung oder Sozialhilfe beziehen können. Darüber hinaus regelt ein sog. Nothelferanspruch, dass Krankenhäusern und Ärzten Behandlungskosten erstattet werden, wenn sie Asylbewerber in medizinischen Eilfällen behandeln.

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales am 4. November 2015 ein Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dem die **Chancen von langzeitarbeitslosen Menschen am Arbeitsmarkt** verbessert werden. Hierzu werden Netzwerke für Aktivierung, Beratung und Chancen aufgebaut, die eine ganzheitliche Betreuung Langzeitarbeitsloser mit gebündelten Leistungen ermöglichen. Ein ESF-Programm wird zur Heranführung von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitsmarkt aufgelegt, ein Bundesprogramm für soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt für diejenigen aufgesetzt, die keine Perspektive am Arbeitsmarkt haben, Schnittstellen zur Gesundheit verbessert und der Einsatz von Instrumenten, die sich für die Integration behinderter Menschen bewährt haben, auch für Langzeitarbeitslose mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verstärkt.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Mindestlohn Fleischindustrie	Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes
Allgemeiner Mindestlohn	Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz)
Reform der Allgemeinverbindlich- keitserklärung	Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz)
Branchenerweiterung des Arbeitnehmer- Entsendegesetzes	Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz)
Beitrag zur Rentenversicherung	Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung (Beitragssatzgesetz 2014)
Rentenpaket	Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)
Sonderprogramm Mobi-Pro-EU	
Stabilisierung Künstlersozialkasse	Gesetz zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabegesetzes
Ghetto-Rente	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG)
Asylbewerberleistungen	Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes
Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit	

BILDUNG UND FORSCHUNG

**IN DEUTSCHLANDS (BILDUNGS-) ZUKUNFT INVESTIEREN
KLARE AKZENTSETZUNG FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Im Koalitionsvertrag 2013 von CDU/CSU und SPD wurden **6 Milliarden Euro zusätzlich für den Bildungsbereich** (als Entlastung der Länder) und 3 Milliarden Euro für die Forschungsförderung (u.a. Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und Pakt für Forschung und Innovation) vorgesehen. Am 26. Mai 2014

haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien auf die konkrete Verteilung dieser Mittel verständigt. In den Jahren 2015 bis 2017 stehen nunmehr erhebliche zusätzliche Mittel bereit, um Bildung, Wissenschaft und Forschung verstärkt zu fördern.

BAFÖG-FINANZREFORM UND LEISTUNGS-VERBESSERUNGEN AUF DEN WEG GEBRACHT

Nach Jahren des Stillstands haben wir mit der **25. Bafög-Novelle** dafür gesorgt, dass der Bund ab 1. Januar 2015 die alleinige Bafög-Finanzierung übernimmt. Die entsprechende Entlastung der Länder um jährlich rund 1,17 Milliarden Euro soll insbesondere den Hochschulen, aber auch anderen Bildungsbereichen in Länderzuständigkeit zugutekommen. Darüber hinaus wird das Bafög moderner und an die Lebenswirklichkeit der Studierenden angepasst. Zum Wintersemester 2016/17 steigen insbesondere die **Bedarfssätze** sowie der Wohnzuschlag und es gelten höhere Einkommensfreibeträge.

KOOPERATIONSVERBOT IM HOCHSCHULBEREICH AUFGEHOBEN

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 haben wir die grundgesetzlichen Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre erheblich ausgeweitet. Nunmehr ist es dem Bund möglich, nicht nur im Rahmen zeitlich befristeter Projekte, sondern auch **dauerhaft Hochschulen zu fördern**. Wir streben an, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen, um die **Grundfinanzierung** der Hochschulen zu verbessern. An unserem langfristigen Ziel – der vollständigen Aufhebung des Kooperationsverbots in allen Bildungsbereichen – halten wir ungeachtet dessen fest.

HOCHSCHULPAKT VERLÄNGERT UND FÖRDERUNG AUSGEBAUT

Über den Hochschulpakt trägt der Bund in erheblichem Umfang dazu bei, das **Studienplatzangebot** in unserem Land zu sichern und qualitativ zu verbessern. Mit dem Beschluss vom 11. Dezember 2014 von Bundeskanzlerin und von Regierungschefinnen und -chefs der Länder startet die nunmehr dritte Phase dieses Förderprogramms. Zur Sicherung guter Studienmöglichkeiten stellen Bund und Länder jeweils rund 9,9 Milliarden Euro bis 2023 zur Verfügung. Wir konnten insbesondere durchsetzen, dass im neuen Hochschulpakt Maßnahmen zur Senkung der Studienabbruchszahlen sowie zum verbesserten **Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte** beschlossen wurden.

ALLIANZ FÜR AUS- UND WEITERBILDUNG BESCHLOSSEN

Gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Wirtschaft und den Ländern haben wir am 12. Dezember 2014 die Vereinbarung für eine neue Allianz für Aus- und Weiterbildung beschlossen. Mit diesem Beschluss wurden konkrete Zielmarken vereinbart und die Attraktivität der beruflichen Bildung weiter aufgewertet. So sollen **jährlich 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze** und ebenfalls 20.000 Plätze für eine Einstiegsqualifizierung bereitgestellt werden. Für die Berufsorientierung sollen jährlich 500.000 Praktikumsplätze angeboten werden.

PAKT FÜR FORSCHUNG UND INNOVATION FORTGEFÜHRT

Im Dezember 2014 haben Bund und Länder die nächste Phase des Paktes für Forschung und Innovation beschlossen. Der Bund übernimmt ab 2015 allein die Aufstockung der **Förderung der außeruniversitären Forschung** in Deutschland und entlastet die Länder

entsprechend. Die Mittelaufwüchse stellen sicher, dass unsere Forscherinnen und Forscher weiterhin international hochgradig wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen in Deutschland vorfinden. Wir sichern so langfristig die Innovationsdynamik und ebnen den Weg zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

HIGHTECH-STRATEGIE WEITERENTWICKELT

Die bisher stark techniklastige Hightech-Strategie der Bundesregierung wurde von uns überarbeitet und im September 2014 vom Bundeskabinett beschlossen. Die neue Strategie bindet stärker als je zuvor geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise mit ein und lenkt den Blick auf den gesamten **Innovationsprozess**. Das Lob der Expertenkommission Forschung und Innovation zeigt, dass wir hier die richtigen Schritte unternommen haben.

ARBEITS- UND DIENSTLEISTUNGSFORSCHUNG GESTÄRKT

Ein besonderes Anliegen in der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist für uns der Ausbau der Arbeits- und Dienstleistungsforschung. Im September 2014 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung unser wichtiges Anliegen mit der Vorstellung des neuen Programms **„Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“** umgesetzt. Bis 2020 stehen für das Programm Mittel in Höhe von rund 1 Milliarde Euro bereit. Die Gewerkschaften sind wesentliche Partner zur Ausgestaltung des Programms, in dessen Rahmen so wichtigen Fragen wie etwa der nach der zukünftigen Gestaltung der Industriearbeit in Deutschland nachgegangen werden soll.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
9 Milliarden Euro mehr für Bildung, Hochschule und Forschung	im Bundeshaushalt umgesetzt
Bafög-Novelle: Erhöhung der Leistungen und Übertragung der Finanzierung auf den Bund	25. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
Grundgesetzänderung Hochschulen (91b), damit der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen kann	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)
Fortsetzung des Hochschulpaktes (HSP) nach 2015	
Weiterentwicklung des Aus- bildungspaktes zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ für mehr Ausbildungsplätze	Allianz wurde im Dezember 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt und unterzeichnet.
Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation nach 2015	Vorlage einer Einigung zur GWK 30.10.2014, Beschluss auf MPK 11. Dez. 2014
Weiterentwicklung der Hightech- Strategie (HTS) zur Innovations- strategie	Beschluss zur Innovations- strategie, Sept. 2014
Förderung der Arbeits-, Produktions- und Dienst- leistungsforschung	Rahmenprogramm „Innova- tionen für die Produk- tion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ im Oktober 2014 vom BMBF vorgestellt

DIGITALISIERUNG DER GESELLSCHAFT VORANTREIBEN NETZPOLITIK IN DER MITTE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

Die Mitglieder aller Fraktionen in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ haben sich in der 17. Legislaturperiode für die **Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Netzpolitik** ausgesprochen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich nach der Bundestagswahl 2013 nachdrücklich für die Einrichtung des Ausschusses „Digitale Agenda“ eingesetzt. Dem ist die Mehrheit des Deutschen Bundestages gefolgt. Fraktionsübergreifend trägt das Parlament damit der wachsenden Bedeutung netzpolitischer Themen Rechnung und hat die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Digitalisierung dauerhaft in der Mitte des Deutschen Bundestags verankert.

UMSETZUNG DER DIGITALEN AGENDA

Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2014 die Erarbeitung der Digitalen Agenda 2014-2017 durch die Bundesregierung intensiv begleitet. Unser Ziel war, dass es zum ersten Mal ein **umfassendes politisches Programm für die digitale Gesellschaft** gibt. Das ist mit dem Beschluss der Bundesregierung im August 2014 erreicht worden. Die Umsetzung muss u.a. mit einer Weiterentwicklung des IT-Gipfels einhergehen. Wir haben uns dabei intensiv für eine Öffnung für alle relevanten Akteure und die Zivilgesellschaft eingesetzt.

FLÄCHENDECKENDER BREITBANDAUSBAU

Wir bekennen uns klar zum flächendeckenden Breitband-Ausbau. Das Ziel, bis **2018 alle Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s** zu versorgen, wird nur mit einem Neustart der Breitband-Strategie gelingen. Daher haben wir vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ein Gesamtkonzept zum weiteren Netzausbau eingefordert. Mit dem Kursbuch der Netzallianz sind vom Bund und der Wirtschaft die ersten notwendigen Schritte vereinbart worden. Gerade die ländlichen Kommunen benötigen dringend finanzielle Unterstützung, um Wirtschaftlichkeitslücken beim Ausbau zu schließen. Das Vorhaben, die Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber zu verbessern, ist ein weiterer wichtiger Baustein der digitalen Infrastruktur.

DIGITALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Die Förderung der digitalen Wirtschaft muss deutlich gestärkt werden. Wir haben das Thema **Industrie 4.0** als zentrales wirtschafts-

politisches Handlungsfeld in das Zentrum der politischen Debatte gerückt. Unser Ziel ist es, die Zahl der IT-Gründungen deutlich zu erhöhen und diese in allen Wachstumsphasen zu unterstützen. Im Zuge der Umsetzung der Digitalen Agenda wollen wir den Umbau der Hightech-Strategie zu einer umfassenden Innovationsstrategie erreichen.

DATENSCHUTZ

Vertrauen und Schutz unserer Kommunikation und der Schutz und die Sicherheit bei der Erhebung, Speicherung und Verarbeitung persönlicher und sensibler Daten sowie von Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen können wir nur durch einen verlässlichen und starken Datenschutz und durch eine deutliche Stärkung der IT-Sicherheit erreichen. Daher setzen wir uns für eine zügige Verabschiedung der **Europäischen Datenschutz-Grundverordnung** ein. Sie muss europaweit ein höchstmögliches Niveau des Datenschutzes und der Privatsphäre garantieren und durch das Marktprinzip sicherstellen, dass diese Vorgaben für alle Anbieter auf dem europäischen Markt gleichermaßen gelten. Wir brauchen klare europäische Regelungen, die Schutznormen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sind und die klare Grenzen ziehen, aber auch Sanktionen bei Verstößen ermöglichen. Und schließlich müssen wir erhebliche Maßnahmen ergreifen, um die digitale Souveränität und technologische Kompetenz zu erhalten bzw. zurückzugewinnen, um die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sicherzustellen.

DIGITALE VERWALTUNG

Der Bund muss bei seiner Verwaltung mehr digitale Transparenz und Bürgerfreundlichkeit sicherstellen. Dazu gehören auch entschlossene Schritte zu mehr **Open Data**, um die Innovationspotenziale in diesem Bereich zu heben. Der Bund muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir setzen uns für eine Modernisierung der Verwaltung ein, um die Potenziale von **E-Government** für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu heben. Wir wollen das Informationsfreiheitsrecht weiterentwickeln und einen Rechtsanspruch für Open Data schaffen.

DIGITALE AGENDA

DIE EUROPÄISCHE UNION NACH DEN EUROPA- WAHLEN: NEUE KOMMISSION, NEUE PRIORITÄTEN

Das europäische Jahr 2014 in der SPD-Bundestagsfraktion stand institutionell ganz im Zeichen der **Europawahl** am 25. Mai 2014 und der **Einsetzung der neuen Europäischen Kommission** zum 1. November 2014. Darüber hinaus beschäftigten uns vielfältige politische Herausforderungen in Europa. Die weiterhin schwierige ökonomische Lage in vielen Mitgliedsländern, insbesondere in Griechenland, Zypern, Portugal, aber auch in Spanien und Italien, war regelmäßig Beratungsgegenstand in Fraktions- und Bundestagsgremien. Die dramatische Flüchtlingssituation an den südlichen Außengrenzen der EU, die politische Entwicklung in der Ukraine, die Annexion der Krim und die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten des Landes, kontroverse Diskussionen über die europäischen Handelsabkommen TTIP und CETA sowie das Unabhängigkeitsreferendum in Schottland am 18. September 2014 stellten weitere wichtige Themen dar.

ENGER INFORMATIONSAUSTAUSCH

Die SPD-Fraktion räumt europapolitischen Fragestellungen hohe Priorität ein und pflegt deshalb einen sehr engen **Informationsaustausch mit den SPD-Europaabgeordneten**. Der geschäftsführende Fraktionsvorstand reist in regelmäßigen Abständen nach Brüssel. Auch haben im Berichtszeitraum viele Ausschussarbeitsgruppen und EU-Berichterstattender der Fraktion den Weg zu den europäischen Institutionen gefunden. Persönliche Gespräche mit Kommissaren, Vertretern des Rates, Mitgliedern aus der S&D-Fraktion und der SPD-

Gruppe sind sehr wichtig zum gegenseitigen Meinungsaustausch und dem abgestimmten Einsatz für sozialdemokratische Positionen in beiden Parlamenten. Verstärkt wird dieser Informationsaustausch durch das Verbindungsbüro der Fraktion in Brüssel.

Am 1. November 2014 nahm die **neue Kommission unter Jean-Claude Juncker** ihre Arbeit auf. Die SPD-Bundestagsfraktion begleitete die Anhörungen der designierten Kommissare im Europäischen Parlament und die Neustrukturierung des Kollegiums intensiv. Kommissar aus Deutschland wurde erneut Günther Oettinger. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion stellte er sich im Rahmen einer Sondersitzung den Fragen der Mitglieder des EU-Ausschusses vor seiner endgültigen Wahl in Brüssel. Beispielgebend für die Zukunft könnte der österreichische Nationalrat sein, der sogar eine offizielle Nominierung des Kandidaten für das Amt des Kommissars im EU-Ausschuss herbeiführt.

KURSWECHSEL DER EU-KOMMISSION HIN ZU WACHSTUMSFÖRDERNDEN INVESTITIONEN

Mit der Vorstellung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission im Dezember begann die inhaltliche Arbeit an zukünftigen EU-Vorhaben, die ihre Fortsetzung in 2015 finden wird. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt den grundsätzlichen Kurswechsel der neuen Kom-

EUROPAPOLITIK

mission von der einseitigen Sparpolitik hin zu wachstumsfördernden Investitionen in Beschäftigung, Infrastruktur und Forschung. Die Schaffung von Wachstum ist erste Priorität in Europa. Die SPD-Bundestagsfraktion befürwortet daher, dass Jean-Claude Juncker noch im November 2014 seine **Investitionsoffensive** vorgelegt hat. Die parlamentarische Begleitung und Umsetzung des neuen „Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ wird im 1. Halbjahr 2015 eine zentrale Rolle spielen.

Die Bekämpfung der dramatisch hohen **Jugendarbeitslosigkeit** in vielen Mitgliedsländern muss weiter ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Eine verlorene Generation, die sich enttäuscht von Europa abwendet, dürfen wir nicht zulassen. Die Auseinandersetzung mit europafeindlichen Kräften, die in nahezu allen Mitgliedsländern bei Wahlen an Zustimmung gewonnen haben, lässt sich am besten führen, wenn Europa wieder ein Fortschritts- und Wohlstandsmotor wird, an dem alle Bevölkerungsgruppen teilhaben können.

ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

ENTWICKLUNGSPOLITIK IST GLOBALE STRUKTURPOLITIK

Entwicklungspolitik ist für die SPD-Bundestagsfraktion elementarer **Teil einer Strategie für Frieden, Demokratie und eine gerechte Gestaltung der Globalisierung**. Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik wollen wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in erneuerbare Energien investieren. Wir wollen die Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme

sowie gerechter Steuersysteme unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die Menschenrechte weltweit durchzusetzen, Rechte von Frauen und Kindern zu stärken und Krankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria zu bekämpfen.

Zu Beginn der 18. Wahlperiode haben wir die **Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit** sichergestellt: 2 Milliarden Euro mehr sollte es in der Legislaturperiode geben. Das haben wir in den Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2016 bis 2019 noch einmal deutlich erhöht: 8,3 Milliarden Euro zusätzlich stellt die Koalition für diesen Zeitraum nun für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und internationalen Klimaschutz zur Verfügung. Damit halten wir am 0,7-Prozent-Ziel der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung fest.

POST-2015-AGENDA

2015 ist das Stichjahr für **globale nachhaltige Entwicklung**. 2014 liefen die Vorbereitungen zum Nachfolgeprozess der auslaufenden Millennium-Development-Goals (MDG) an. Die Post-2015-Agenda wurde auf UN-Ebene inhaltlich präzisiert und ihre Finanzierungsmöglichkeit konkretisiert. Mit ihren **17 Sustainable-Development-Goals (SDG)** stellt sie einen bedeutenden Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit dar. Die Nachhaltigkeitsziele betreffen nun nicht mehr allein die Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern gelten für alle Länder der Erde gleichermaßen. Zudem spiegeln die SDG im Gegensatz zu den bisherigen MDG Soziales, Ökologie und Ökonomie umfassend wieder.

GUTE ARBEIT WELTWEIT

Die Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben deutscher und anderer westlicher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern sind oft menschenunwürdig, existenzbedrohend und gesundheitsgefährdend. Pausen- und Urlaubsregelungen, soziale Absicherung, Arbeitsverträge und selbst Brandschutzregelungen sind oft unzureichend oder fehlen ganz. Nicht zuletzt die tragische und durch verantwortungsloses Handeln herbeigeführte Katastrophe von Rana Plaza hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir setzen uns, auch in **Handelsabkommen**, für die verbindliche **Einhaltung international vereinbarter Arbeitsnormen**, für Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards und mehr Transparenz in den einzelnen Lieferketten ein.

EBOLA

Der Herbst 2014 wurde von der Ebola-Epidemie in Westafrika überschattet. Die Epidemie hat auf tragische Weise die Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlicht: Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, ein flächendeckendes und für alle zugängliches **Gesundheitssystem** aufzubauen und zu unterhalten. Zudem kommt nach der humanitären Nothilfe der langfristige Aufbau der zusammengebrochenen Wirtschaft und Gesellschaft. Hier ist die Entwicklungszusammenarbeit notwendig und gefordert. Kurze Schnellschüsse haben hier keinen Bestand und tragen nicht zu tragfähigen, langfristigen Lösungen bei.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit durch internationale menschenrechtliche Standards in der Lieferkette	Antrag 18/2739: Gute Arbeit weltweit
Humanitäre Hilfe bei der Ebola-Epidemie	Entschließungsantrag 18/2607
Bevölkerungspolitik	Antrag 18/1958: 20 Jahre nach Kairo
Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte in der Zusammenarbeit mit Afrika verankern	Antrag 18/844: EU-Afrika-Gipfel

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE

Familie und Beruf leichter vereinbaren können: Wer sich um Arbeit und Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmert, leistet Enormes. Damit die Vereinbarkeit etwas leichter fällt, haben wir zwei wichtige Gesetze beschlossen: Das ElterngeldPlus und das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

ELTERNGELDPLUS: MEHR ZEITSOUVERÄNITÄT FÜR FAMILIEN

Junge Frauen und Männern wollen heute beides: Kinder bekommen und Erfolg im Beruf haben. Tatsächlich wünschen sich 60 Prozent eine **partnerschaftliche Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit**. Aber nur die wenigstens können dieses Modell tatsächlich leben. Mit dem ElterngeldPlus haben wir eine Reform des Elterngeldes vorgenommen, die das partnerschaftliche Lebensmodell für mehr Eltern praktikabel macht. Vom ElterngeldPlus profitieren vor allem Eltern, die während ihres Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten wollen. Mütter und Väter können ihre Elternzeit zudem flexibler einteilen. Die Neuregelung greift für alle Kinder, die ab dem 1. Juli 2015 geboren werden.

Länger Elterngeld bei Teilzeit: Das bisherige Elterngeld kann weiterhin maximal 14 Monate bezogen werden. Mit der zusätzlichen Einführung des ElterngeldPlus können Eltern zukünftig die Auszahlung über einen doppelt so langen Zeitraum strecken, wenn sie in Teilzeit arbeiten.

Mit dem **Partnerschaftsbonus** werden Eltern unterstützt, die sich Kindererziehung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich teilen und ihre Arbeitszeit vier Monate lang gemeinsam auf 25 bis 30 Stunden wöchentlich reduzieren. Sie bekommen vier zusätzliche Elterngeldmonate. Alleinerziehende können das neue ElterngeldPlus im gleichen Maße nutzen wie Elternpaare.

Flexiblere Elternzeit: Auch die Elternzeit können Eltern durch das neue Gesetz flexibler gestalten. Bis zu 24 Monate können jetzt noch zwischen dem 3. und 8. Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden. Das kann helfen bei Einschulung oder in anderen turbulenten Familienphasen.

VERBESSERUNGEN FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf werden pflegende Angehörige unterstützt. Beschäftigte, die kurzfristig die Pflege eines nahen Angehörigen organisieren müssen, erhalten seit 1. Januar 2015 für die zehntägige Auszeit vom Job ein **Pflegeunterstützungsgeld**, um den Großteil des Verdienstausfalles aufzufangen.

Schon länger besteht die Möglichkeit, 6 Monate entweder ganz aus dem Beruf auszusteigen oder in Teilzeit zu wechseln, um einen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung zu pflegen. Aber oft reichen sechs Monate nicht aus, deshalb haben Beschäftigte künftig einen **Rechtsanspruch**, sich für die Dauer von maximal 24 Monaten bei einer verbleibenden Mindestarbeitszeit von 15 Stunden pro Woche freistellen zu lassen, um die Pflege eines nahen Angehörigen zu übernehmen. Diese Möglichkeiten der Freistellung können auch berufstätige Eltern in Anspruch nehmen, die ein pflegebedürftiges Kind in einer außerhäuslichen Einrichtung betreuen.

Wer sich ab 1. Januar 2015 bis zu 24 Monate teilweise oder bis zu 6 Monate vollständig von seinem Arbeitgeber für die Pflege eines Angehörigen freistellen lässt, hat Anspruch auf **Unterstützung durch ein zinsloses Darlehen**. Darüber hinaus können Beschäftigte sich künftig 3 Monate freistellen lassen, um schwerkranke nahe Angehörige in ihrer letzten Lebensphase zu begleiten. Ein pflegender Angehöriger kann längstens für 24 Monate eine Auszeit vom Job für die Pflege eines nahen Angehörigen nehmen. Dauert die Pflegezeit länger, können weitere Angehörige die Freistellung beanspruchen.

MEHR GELD FÜR KITAS

Gute Kitas sind der Schlüssel für bessere Bildung, Integration, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Vermeidung von Familienarmut. Deshalb hilft der Bund Kommunen und Ländern auch in dieser Legislaturperiode mit zusätzlichen Mitteln für den Kitausbau. Der Bund stockt das **Sondervermögen „Kinderbetreuungsusbau“** um 550 Millionen Euro auf. Zusätzlich erhalten die Länder 2017 und 2018 jährlich jeweils 100 Millionen Euro zusätzlich. Diese Mittel können z.B. für eine bessere Sprachförderung verwendet werden.

EXTREMISMUSKLAUSEL ABGESCHAFFT

Die ehemalige CDU-Familienministerin Kristina Schröder hatte 2011 die heftig kritisierte „Extremismusklausel“ eingeführt. Sie besagte, dass sich Bürgerinnen und Bürger, die sich couragiert gegen Nazis engagieren, noch einmal explizit zur Demokratie bekennen müssen. Über Jahre wurden zivilgesellschaftliche Initiativen gegen rechts so unter einen undemokratischen Generalverdacht gestellt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Institutionen jahrelang für die Beseitigung dieses politischen Unsinn eingesetzt. Manuela Schwesig hat richtigerweise gleich zu Beginn ihrer Amtszeit, im Januar 2014, die Extremismusklausel abgeschafft.

FAMILIE,
SENIOREN, FRAUEN
UND JUGEND

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Zeit für Familie: Elterngeld-Plus mit Partnerschaftsbonus, Übertragbarkeit auf 24 Monate	Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus
Zeit für Pflege durch Weiterentwicklung von Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz	Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
Weitere finanzielle Unterstützung des Kitaausbaus	Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung
Abschaffung der Extremismusklausel	

GESUNDHEIT

**QUALITÄT VERBESSERT,
FINANZIERUNG GESICHERT
ABSCHAFFUNG DER EINKOMMENS-
UNABHÄNGIGEN ZUSATZBEITRÄGE**

Wir haben mit dieser Reform unsere jahrelange Forderung durchgesetzt, die ungerechte **kleine Kopfpauschale abzuschaffen**. Die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung zahlen einen ausschließlich einkommensabhängigen Beitrag. Der bisher durch die Versicherten zu tragende Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent fällt ebenso

weg wie die Möglichkeit der Krankenkassen, einen pauschalen Zusatzbeitrag unabhängig vom Einkommen zu erheben. Stattdessen können die Krankenkassen nun einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben, der von den Mitgliedern finanziert wird.

LEISTUNGS AUSWEITUNG FÜR PFLEGE BEDÜRFTIGE

Zum 1. Januar 2015 **erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen**, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Die Leistungsbeiträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Außerdem stärken wir die Qualität der stationären Pflege.

INSTITUT ZUR QUALITÄT DER VERSORGUNG

Wir legen mit dieser Gesundheitsreform den Grundstein für ein Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen. Hier werden **Kriterien zur Qualitätsmessung und Qualitätssicherung** erarbeitet und ausgewertet, die letztlich auch die Versorgungsqualität verbessern werden. Für die Patientinnen und Patienten werden diese Ergebnisse in verständlicher Form aufbereitet und dienen so als wichtige Orientierungs- und Entscheidungshilfe in der Versorgungslandschaft.

ARZNEIMITTELPREISE

Wir haben dafür gesorgt, dass für die Patientinnen und Patienten eine hohe Qualität in der Arzneimittelversorgung gewährleistet bleibt und auf der anderen Seite die rapiden Kostensteigerungen für Arzneimittel beschränkt, die Arbeitsplätze bei den mittelständischen Unternehmen der Generikahersteller aber nicht gefährdet werden. Das **Preismoratorium** für patentgeschützte Arzneimittel wird bis zum 31. Dezember 2017 verlängert und der Herstellerabschlag wird von 6 auf 7 Prozent erhöht. Ausgenommen von diesen Regeln bleiben die Generika.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Gründung des Instituts zur Qualität der Versorgung, Zugang zu Gesundheitsdaten	Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung
Arzneimittelpreise senken durch Verlängerung des Preismoratoriums	15. Änderung SGB V
Abschaffung der einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge	Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung
Kurzfristige Reform der Pflegeversicherung für Finanzierung von Verbesserungen bei Betreuung	5. Gesetz zur Änderung des 11. SGB-Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds

HAUSHALT UND FINANZEN

**MEHR INVESTITIONEN OHNE
NEUE SCHULDEN
BUNDESHAUSHALT 2014**

Mit dem Bundeshaushalt 2014, dessen Beratung erst im Juni 2014 abgeschlossen wurde, setzte die Große Koalition bereits zentrale Vereinbarungen des Koalitionsvertrages um. Dies galt vor allem für die sog. prioritären Maßnahmen: zusätzliche Mittel für Verkehrsinfrastruktur, Städtebauförderung, Bildung, Betreuung und Forschung, Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und für

Entwicklungshilfe. Als Nettokreditaufnahme waren 6,5 Milliarden Euro vorgesehen, was bereits einen strukturellen Überschuss bedeutete. Da der Vollzug dann besser lief, als erwartet, konnte bereits das Jahr 2014 ohne neue Schulden abgeschlossen werden.

BUNDESHAUSHALT 2015

Mit dem Bundeshaushalt 2015 schrieb die Große Koalition haushaltspolitische Geschichte: Zum ersten Mal seit 1960, wahrscheinlich sogar in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik, wurde ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschiedet. Dies war als zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik auf dem Bundesparteitag 2011 und im Regierungsprogramm 2013 beschlossen worden. Gleichzeitig wurde mit dem Haushalt 2015 der Grundstein gelegt für ein Investitionspaket mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018.

**STEUERBETRUG VERFOLGEN, FINANZMÄRKTE
REGULIEREN
BANKENUNION SCHÜTZT STEUERZAHLER**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 6. November 2014 das Gesetzespaket mit EU-weit geltenden Regeln zur **Sanierung und Abwicklung von Banken** mit verabschiedet. Durch die Einführung einer Haftungskaskade mit der vorrangigen Heranziehung der Eigentümer und Gläubiger einer in Schieflage geratenen Bank haben wir das Risiko einer künftigen Belastung der Steuerzahler massiv verringert. Zwei Tage nach dem Start der **europäischen Bankenaufsicht** am 4. November 2014, bei der die 130 größten Banken des Euroraums von der Europäischen Zentralbank beaufsichtigt werden, hat die SPD-Bundestagsfraktion mit dem Gesetzespaket zum europäischen Sanierungs- und Abwicklungsmechanismus die zweite wesentliche Säule der Bankenunion national umgesetzt. Mit dieser Neuregelung soll vermieden werden, was in der Finanzmarktkrise einige EU-Mitgliedsstaaten in große Schwierigkeiten gebracht hat: dass die Steuerzahler für die in Schieflage geratenen Kreditinstitute haften müssen. Stattdessen sollen künftig nach dem sogenannten **„Bail-in-Prinzip“** neben den Eigentümern auch Fremdkapitalgeber und Großsparer mit Einlagen von mehr als 100.000 Euro an den Verlusten beteiligt werden. Sind diese Maßnahmen erschöpft, übernimmt ein Abwicklungsfonds, der bis zum Jahr 2024 mit 55 Milliarden Euro aus Abgaben der Banken gefüllt wird, weitere finanzielle Lasten.

Maßgeblich für die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion war auch die Ausgestaltung der **europäischen Bankenabgabe**, wobei die risikoärmeren Geschäftsmodelle der Sparkassen und Genossenschaftsbanken entsprechend positiv berücksichtigt wurden. Die Bankenabgabe darf – wie gegenwärtig schon im deutschen Recht vorgesehen – nicht von der Steuer abgesetzt werden, denn sonst würden die Bankenhaftungsfonds quasi durch die Hintertür doch wieder mit

öffentlichen Geldern gefüllt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass die bisherige steuerliche Nicht-Abzugsfähigkeit der Bankenabgabe in Deutschland in ihrer Abschirmwirkung für die öffentlichen Haushalte und Steuerzahler beibehalten wird und möglichst europaweit übernommen werden soll. Die Bankenunion mit ihren drei Bausteinen „einheitliche europäische Bankenaufsicht“, „einheitlicher europäischer Abwicklungsmechanismus“ und „Einlagensicherung“ führt im Ergebnis zu einer besseren Kontrolle der Banken, einer Bändigung der Finanzmärkte und schützt die Steuerzahler und kleinen Sparer. Dies ist ein wichtiger Erfolg der SPD-Fraktion.

Das neue **ESM-Finanzhilfemittel zur direkten Bankenrekapitalisierung** ist ein Element der Errichtung einer europäischen Bankenunion, die den europäischen Banken- und Finanzsektor stabiler und sicherer machen soll. Mit dem Instrument soll es im extremen Ausnahmefall möglich werden, Banken zu helfen, ohne die Staatshaushalte der betroffenen Staaten vollständig damit zu belasten. Ein wichtiger Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren war, dass die Koalitionsfraktionen eine Sonderregel aus dem Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums strichen: Jetzt gelten für das neue Instrument dieselben Parlamentsrechte wie für alle anderen ESM-Instrumente auch.

SICHERUNG DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER LEBENSVERSICHERUNGSUNTERNEHMEN

Auf die Sicherheit und die versprochene Rendite ihrer Lebensversicherung müssen die Bürgerinnen und Bürger selbst in Zeiten niedriger Kapitalmarktzinsen vertrauen können. Schließlich zählt die Lebensversicherung mit rund 88 Millionen Verträgen zu den wichtigsten Spar- und Altersvorsorgeformen in Deutschland. Deshalb haben wir, wie von der Deutschen Bundesbank und dem Internationalen Währungsfonds empfohlen, die Leistungsfähigkeit der Versicherer verbessert. Ein ausgewogenes Maßnahmenpaket stellt sicher, dass die **Versicherten auch in Zukunft die ihnen garantierten Leistungen erhalten** werden. Im Interesse der Solidargemeinschaft kann hierzu eine Einschränkung der Überschussbeteiligung ausscheidender Versicherungsnehmer nötig sein. In diesem Fall sind auch die Dividendenausschüttungen an Aktionäre zu kürzen, denn die Unternehmen, ihre Anteilhaber und der Versicherungsvertrieb müssen ebenfalls angemessene Beiträge zur Stabilisierung der Lebensversicherung leisten. Flankierend haben wir die Versicherungsaufsicht gestärkt.

EINSCHRÄNKUNG DER STRAFBEFREIENDEN SELBSTANZEIGE BEI STEUERHINTERZIEHUNG

Für die solidarische Finanzierung unseres Gemeinwesens ist eine wirksame **Bekämpfung der Steuerhinterziehung** unerlässlich. Mit den Fortschritten beim **automatischen Informationsaustausch** im Steuerbereich wird das Entdeckungsrisiko der Steuerhinterzieher künftig spürbar steigen. Auf Grundlage einer Evaluierung der Länder haben wir außerdem die Voraussetzungen und finanziellen Folgen einer **strafbefreienden Selbstanzeige verschärft**. Wer sich vor Entdeckung selbst anzeigt, bleibt nur noch bei Hinterziehungen von bis zu 25.000 Euro pro Tat straffrei. Um bei größeren Beträgen der Strafverfolgung zu entgehen, ist ein Zuschlag von 10 bis 20 Prozent der Steuerschuld zu zahlen. Die Zahlung der Hinterziehungszinsen ist jetzt zwingende Voraussetzung für eine wirksame Selbstanzeige. Der Berichtigungszeitraum wurde generell auf zehn Jahre ausgedehnt, wodurch auch bei einfacher Steuerhinterziehung aufwändige Ermittlungen der Finanzverwaltung entfallen. Damit bleibt die Selbstanzeige der Weg zurück in die Steuerehrlichkeit, bietet aber keinen ungewollten Fehlanreiz mehr zur Steuerhinterziehung.

STEUERLICHE GLEICHBEHANDLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Gleichgeschlechtliche Paare wurden mit Ehepaaren steuerlich gleichgestellt. Damit hat die SPD-Bundestagsfraktion eine langjährige Forderung umgesetzt und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur **steuerlichen Gleichbehandlung von Lebenspartnerschaften** war zunächst nur für das Einkommenssteuerrecht umgesetzt worden. Im Jahr 2014 wurde dann die Gleichstellung auch in den anderen Steuergesetzen wie der Abgabenordnung und dem Bundeskindergeldgesetz vollzogen. Damit haben wir die steuerliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare endgültig beendet.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Bundeshaushalt 2014: Abbildung der prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags	RegE auf BT-Drs. 18/700
Bundeshaushalt 2015: mehr Investitionen, keine neuen Schulen	RegE auf BT-Drs. 18/2000
Zügige Einführung der Europäische Bankenaufsicht	Übernahme der Bankenaufsicht durch EZB zum 4.11.2014, vorher Bilanzprüfung und Stresstest-ergebnisse erwartet
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Banken national umsetzen	BRRD-Umsetzungsgesetz Zustimmungsgesetz zum Abschluss der Intergouvernementalen Vereinbarung über einen einheitlichen Abwicklungsfonds
Direkte Bankenrekapitalisierung aus dem ESM nur nach Aufbau eines Abwicklungsmechanismus zulassen	Gesetz zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes Gesetz zur Änderung der Liste der Finanzhilfemittel des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des ESM
Rating-Agenturen regulieren	Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings
Stabilisierung der Lebensversicherungen	Lebensversicherungsreformgesetz
Einführung der Finanzmarktwächter	Beauftragung bestehender Verbraucherschutzorganisationen
Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
Steuerliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften	Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

INTERNATIONALE POLITIK

SOZIALDEMOKRATISCHE AUßENPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK

Sie hat unser Land geprägt und Deutschlands Ansehen in der Welt vermehrt – von Willy Brandts Entspannungspolitik bis hin zu Gerhard Schröders Nein zum Irakkrieg. Mit **Frank-Walter Steinmeier** hat Deutschland wieder einen **Außenminister**, der gestaltet und nicht nur verwaltet. Die Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt ihn dabei und fühlt sich weiterhin einer Politik der friedlichen Bewältigung

von Konflikten und der Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet.

2013 und 2014 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion mit allen zentralen außenpolitischen Themen auseinandergesetzt. Wir befinden uns in außenpolitisch turbulenten Zeiten: Fast überall auf der Welt sind wir umgeben von Krisen, Unordnung und Gewalt – ob in der Ostukraine, im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika.

Im letzten Jahr gedachten wir des **Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren**. In diesem Jahr gedenken wir des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus. Nahezu gleichzeitig feierten wir 50 Jahre Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel.

Die Lage in der **Ostukraine** ist trotz des Abkommens von Minsk vom 12. Februar 2015 immer noch nicht gebannt. Es darf nicht sein, dass 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder Grenzen in Europa gewaltsam verschoben werden. Europa hat auf diese Herausforderung durch Russland bislang geschlossen geantwortet. Wir werden alles daran setzen, dass das auch in Zukunft so bleibt, denn eine Spaltung der EU wäre angesichts der Vielzahl der Herausforderungen ein Rückschlag um mehrere Jahrzehnte. Gleichzeitig müssen wir weiter an einer **tragfähigen europäischen Sicherheitsarchitektur** unter Einschluss Russlands arbeiten. Frieden in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen Russland denkbar.

In Syrien, wo seit nunmehr vier Jahren ein blutiger Bürgerkrieg ausgetragen wird, der bislang über 220.000 Tote und über sieben Millionen Binnenvertriebene und **Flüchtlinge** verursacht hat, ist die Lage nach wie vor dramatisch, ohne dass Hoffnung auf eine Besserung der Situation in absehbarer Zeit besteht.

Im Irak ist es dank des internationalen Engagements zumindest gelungen, den **Vormarsch der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat (IS) teilweise zu stoppen** und zurückzudrängen. Auch Deutschland ist hier engagiert. Im September 2014 befürwortete der Deutsche Bundestag die Lieferung auch von militärischem Gerät an die Kurden im Nordirak, um besser gegen die Angriffe des Islamischen Staats ausgerüstet zu sein. Ende Januar 2015 beschloss der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit, dass bis zu 100 Bundeswehrsoldaten die kurdischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen den IS ausbilden werden. Die Entscheidungen auch zur **Unterstützung der kurdischen Regionalregierung** mit militärischer Ausrüstung waren nicht immer einfach. Doch sie haben mit dazu beigetragen, dem grausamen Wüten der Terrororganisation Islamischer Staat Einhalt zu gebieten und damit weitere Opfer in der Zivilbevölkerung zu verhindern.

Die **Europäische Union** bleibt unser zentrales außen- und sicherheitspolitisches Instrument. Wir werden uns künftig noch mehr als bisher um unsere unmittelbare **Nachbarschaft** kümmern müssen. Ob in den südlichen Anrainerstaaten am Mittelmeer oder im Osten Europas: Die Anziehungskraft der EU ist nach wie vor ungebrochen. Der Wunsch nach demokratischer Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und einem Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit verbindet die meisten Menschen in unserer Nachbarschaft. Aus eigenem Interesse, aber auch aus Verantwortung den Menschen gegenüber sind wir

verpflichtet, alles dafür zu tun, dort vorhandene Konflikte friedlich zu lösen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Jahren immer die **Nuklearverhandlungen mit dem Iran** unterstützt. Daher begrüßen wir die im Frühjahr 2015 erzielte Grundsatzvereinbarung der E3+3-Staaten mit dem Iran. In Afghanistan haben wir Ende 2014 den 13 Jahre lang andauernden ISAF-Einsatz beendet, so wie wir es bereits seit 2010 angestrebt hatten. Mit der Mission „Resolute Support“ unterstützen wir Afghanistan beim Aufbau eigener Sicherheitskräfte. Darüber hinaus leisten wir vielfältige Hilfe auf wirtschaftlichem und entwicklungspolitischem Gebiet.

Eine **vorsorgende Außenpolitik** mit ihren zivilen Instrumenten ist dann am erfolgreichsten, wenn Krisen und Konflikte gar nicht erst entstehen und eskalieren. Doch sind diese Erfolge nur schwer messbar, da sie nicht die Fernsehbilder bestimmen, im Gegensatz zu den Bildern von Krieg und Gewalt.

Sozialdemokratische Außenpolitik beinhaltet die gesamte Bandbreite des außenpolitischen Instrumentenkastens – von diplomatischer Vermittlung über zivile Krisenprävention, unser Engagement für Abrüstung und Rüstungskontrolle bis hin zu humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Zivile Krisenprävention bedeutet, vorsorgend in Frieden und Stabilität zu investieren, etwa durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften oder die Stärkung der Zivilgesellschaft. 2014 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass dafür im Bundeshaushalt 2015 insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Trotz der vielen Krisenherde weltweit können wir auch auf Erfolge unserer vielfältigen Aktivitäten bei der zivilen Krisenprävention verweisen: So verfügen wir mit dem **Zentrum für Internationale Friedenseinsätze** (ZIF), das Anfang dieses Jahrtausends unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung gegründet wurde, über eine eigene Durchführungsorganisation für die Gewinnung und den Einsatz von zivilen Experten für Friedensmissionen und Wahlbeobachtungen. Auch die deutschen **OSZE-Beobachter** in der Ostukraine werden über das ZIF rekrutiert.

Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir einen sozialdemokratischen Außenminister, der sich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, Konflikte einzudämmen und die Welt wieder zu einem sichereren Ort zu machen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt ihn dabei. Sie ist ständig im Gespräch mit Mitgliedern der Bundesregierung, Vertreterinnen und Vertretern aus Hochschule und Wissenschaft, den Botschaften anderer Länder, ausländischen Parlamenten sowie deutschen und internationalen Nichtregierungsorganisationen.

VERTEIDIGUNGSPOLITIK UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS EURO HAWK JUNI – SEPTEMBER 2013

Der Untersuchungsausschuss war der kürzeste Untersuchungsausschuss unserer Parlamentsgeschichte. Am 26. Juni 2013 wandelte sich der Verteidigungsausschuss zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach Art. 45a GG. Anfang September, nach einem Untersuchungszeitraum von weniger als 10 Wochen, wurde der Abschlussbericht im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert. Die Anstrengung hat sich gelohnt.

Das Projekt der Aufklärungsdrohne Euro Hawk, die in großer Höhe fliegen und sicherheitssensible Daten sammeln sollte, war bis 2009 vielversprechend. Als sich 2011 Probleme bei der Zulassung abzeichneten, wollte niemand verantwortlich sein oder **Verantwortung übernehmen**. Es gab Missmanagement und Führungsversagen auf allen Ebenen und einen Minister, der den Eindruck erweckte, er werde durch seinen Apparat beherrscht. Das hat viel Zeit und viel Geld gekostet. Die Bundeswehr wird noch lange ohne luftgestützte Aufklärung leben müssen, eine Fähigkeit, die sie dringend benötigt.

ANHÖRUNG ZU DROHNEN

Bereits im Koalitionsvertrag wurde festgehalten, dass wir eine europäische Entwicklung für eine eigene **luftgestützte Aufklärungsfähigkeit** vorantreiben wollen, um nicht bei dieser wichtigen Technologie von anderen Nationen (USA, Israel) abhängig zu sein. Vor dem Hintergrund der NSA-Affäre ist eine solche Entwicklung auch politisch geboten, zumal über den Auftrag bis zur tatsächlichen Beschaffung in der Regel 10 Jahre vergehen. Am 30. Juni 2014 hat der Verteidigungsausschuss eine große öffentliche Anhörung zu den völkerrechtlichen, ethischen und sicherheitspolitischen Implikationen von Drohnen durchgeführt. Danach steht fest, dass wir autonome Systeme, die durch Algorithmen einen Waffeneinsatz auslösen und damit selbständig Ziele bekämpfen können, kategorisch ablehnen. Deutschland setzt sich vielmehr nach einer Initiative unseres Außenministers Steinmeier für die Einbeziehung sowohl bewaffneter als auch unbewaffneter Drohnen in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime ein und fordert eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme.

EIN ATTRAKTIVITÄTSGESETZ FÜR DIE BUNDESWEHR

Die sozialdemokratischen Verteidigungspolitiker haben bereits 2011 ein Maßnahmenpaket für die Streitkräfte gefordert, um die Verwerfungen durch die neue Reform abzufedern. Selten aber war ein Attraktivitätsprogramm so notwendig wie jetzt: Seit Jahren leiden Soldatinnen und Soldaten und ihre zivilen Kolleginnen und Kollegen unter den Anpassungsprozessen der neuen und zum Teil verfehlten Struktur. Hinzu kommt die erschwerte **Nachwuchsgewinnung** durch die veränderte Demografie.

Mit dem Ende Februar 2015 im Bundestag beschlossenen Gesetz sind fast alle unsere damaligen Vorschläge umgesetzt worden. In einem umfangreichen Gesetzespaket haben wir erstmalig eine **Dienstzeitregelung** eingeführt, Maßnahmen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** beschlossen, die **Hinzuverdienstregelung** verlängert und die Zulagen für besonders fordernde oder gefährliche Tätigkeiten erhöht. Uns Sozialdemokraten war besonders die Erhöhung der Rentennachversicherung für die Zeitsoldaten von 100 auf 120 Prozent wichtig, um die Vergleichbarkeit eines Angestellten im öffentlichen Dienst mit einem Zeitsoldaten zu erreichen. Für die Streitkräfte bedeutet dieses größte Attraktivitätsprogramm in der Geschichte der Bundeswehr nicht das Ende einer langen Durststrecke, aber einen Riesenerfolg für die Anziehungskraft ihres Berufs und die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Dazu haben wir Sozialdemokraten einen wesentlichen Beitrag geleistet.

NACHJUSTIERUNG DER BUNDESWEHRREFORM

Verteidigungsminister de Maiziere hatte 2011 festgelegt, die Bundeswehr von 220.000 Soldaten auf 185.000 zu reduzieren: Das sind derzeit noch 170.000 Berufssoldaten plus maximal 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende. Die Bundeswehr sollte trotz der Verkleinerung um ein Drittel nicht nur weniger kosten, sondern auch noch mehr können. Nach dem Grundsatz „Breite vor Tiefe“ wollte de Maiziere alle Fähigkeiten der Streitkräfte erhalten. Zudem wurde die Zahl der Zivilbeschäftigten auf eine nicht zu vertretende Anzahl abgebaut und Mitarbeiter der Bundeswehr in den Verantwortungsbereich anderer Ministerien outgesourct. Diese Quadratur des Kreises haben wir massiv kritisiert, die Reform wurde unter Ministerin von der Leyen auch entsprechend nachgesteuert. Durch das Reformbegleitgesetz, das Attraktivitätsgesetz und entsprechende Haushaltsanträge konnten wir soziale Härten abfedern und die neue Struktur nachbessern.

POSITIONSPAPIER ZUR EUROPÄISIERUNG DER STREITKRÄFTE

Mit dem neuen Positionspapier der Arbeitsgruppe zur Europäisierung der Streitkräfte aus dem November 2014, das über Parteigrenzen hinweg auch international Beachtung gefunden hat, haben die SPD-Verteidigungspolitiker ihren Forderungskatalog für mehr Kooperation unter den EU-Staaten fortgesetzt. In dem aktuellen Papier fordern sie u.a. mehr **europäische Koordinierung und Steuerung** der zur Verfügung stehenden Fähigkeiten. Gerade die kleineren EU-Staaten können nicht das gesamte Fähigkeitsspektrum vorhal-

ten. Außerdem sprechen sie sich für ein gemeinsames europäisches Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Nachsteuerung der Bundeswehrreform	Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion
Attraktivität der Bundeswehr: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr
Transparenz bei Rüstungsprojekten	Vorlage eines Berichts externer Berater im BMVg
Aufklärungsdrohnen	Expertenanhörung im Verteidigungsausschuss
Attraktivität des Reservistendienstes	Gesetz zur Unterhaltssicherung sowie zur Änderung soldaten- und einkommenssteuerrechtlicher Regelungen soll ab 1.4.2015 greifen.
Europäisierung der Verteidigungspolitik	Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

MENSCHENRECHTE: FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE MENSCHENRECHTE ALS LEITLINIE IM KOALITIONSVERTRAG

Im Koalitionsvertrag wird bereits in der Präambel auf die Bedeutung der Menschenrechte hingewiesen. Der Grundtenor des Textes in den internationalen Politikbereichen ist von der **Achtung der Menschenrechte** und des Völkerrechts geprägt bzw. von ziviler Krisenprävention und Konfliktbewältigung in multilateralem Rahmen.

Das Thema Menschenrechte wird zusammenhängend im Kapitel „Verantwortung in der Welt“ behandelt. Darüber hinaus finden sich zahlreiche menschenrechtspolitische Aussagen in anderen Teilen des Koalitionsvertrages. Dies ist nur konsequent, da sich Menschenrechte als Leitlinie der Politik durch alle Politikfelder ziehen sollen.

MENSCHENRECHTLICHE VERANTWORTUNG VON UNTERNEHMEN

Menschenrechtliche Aussagen im wirtschaftspolitischen Teil des Koalitionsvertrages tragen voll die Handschrift der SPD. Auf unsere Initiative hin werden bis 2016 die **UN-Leitprinzipien „Wirtschaft und Menschenrechte“** mit Hilfe eines nationalen Aktionsplans umgesetzt. Der Startschuss für die Erarbeitung gemeinsam mit allen Stakeholdern wurde im Herbst 2014 gegeben. Auf parlamentarischer Ebene haben wir uns in zahlreichen Gesprächen ebenfalls intensiv mit der **menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen** auseinandergesetzt und u.a. eine Konferenz dazu für Anfang 2015 vorbereitet. Während die Union verbindliche Regelungen für Unternehmen ablehnt, forderten und fordern wir diese sowohl für die Unternehmen selbst als auch für die Zulieferbetriebe.

Darüber hinaus setzten wir uns für verbesserte Verfahren in der Außenwirtschaftsförderung ein, für erhöhte Umwelt- und Sozialstandards im Rohstoffhandel und für die umfassende Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen.

GESETZLICHE GRUNDLAGE DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE

Mit der gesetzlichen Grundlage des **Deutschen Instituts für Menschenrechte** konnte Anfang 2015 ein weiteres Projekt aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich abgeschlossen werden: Das Institut bleibt ein eingetragener Verein, behält seine politische und institutionelle Unabhängigkeit und erfüllt sein Mandat als nationale Menschenrechtsinstitution. Die schwierigen Verhandlungen mit der Union 2014 ließen ein solches Ergebnis kaum erwarten.

HUMANITÄRE HILFE

Die Eskalation der Gewalt im Nord-Irak und in Syrien, die Kriegszerstörungen in Gaza, die drohende Hungersnot im Südsudan und das Elend in den von Ebola betroffenen **westafrikanischen Staaten** haben 2014 den Bedarf an humanitärer Hilfe weiter steigen lassen. Deshalb haben wir uns sehr für eine Aufstockung der Mittel insbesondere für die Versorgung der Flüchtlinge eingesetzt. Die 2014 erreichte Erhöhung auf 400 Millionen Euro war ein Schritt in die richtige Richtung.

WEITERE THEMEN

Zahlreiche weitere Themen wurden behandelt wie z.B. Menschenrechtsbildung, die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern, Kinderrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge sowie die menschenrechtliche und humanitäre Lage in einzelnen Ländern. Intensiv beschäftigt hat uns vor allem die EU-Flüchtlingspolitik.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen	vorgezogener Rüstungsexportbericht im Juni im Kabinett, danach im Dezember Zwischenbericht.
Abschaffung der Todesstrafe	Antrag zum 10. Oktober 2014 (Internationaler Tag gegen Todesstrafe); Debatte im Plenum
Verbot von Folter	Stellungnahme zum Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter; Debatte im Plenum; erfolgreiche Erhöhung des Budgets für die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
Ächtung von Vertreibung	27.08.2014 Beschluss der BRG zur Einführung eines Gedenktages an Flucht und Vertreibung ab 20.6. 2015

KULTUR, MEDIEN, SPORT

KULTUR UND MEDIEN: ESSENTIELL FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT

„Gesagt, getan, gerecht“ – wie die Zwischenbilanz der SPD-Bundestagsfraktion so fällt auch das Fazit für den Bereich Kultur und Medien nach sechs Monaten Arbeit als Regierungsfraktion positiv aus. Noch immer bleiben wichtige Aufträge des Koalitionsvertrages, die es anzupacken gilt. Dabei werden wir weiterhin die treibende Kraft bei der Umsetzung der vielen guten Verabredungen im Koalitionsvertrag sein. Bereits jetzt wurden

wichtige Vorhaben realisiert.

GEDENKEN UND ERINNERN

In den Jahren 2014 und 2015 jähren sich wichtige Ereignisse (u.a. 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und deutsche Einheit, 70 Jahre KZ-Befreiung und Ende des Zweiten Weltkrieges, 80 Jahre „Nürnberger Gesetze“), die angemessen zu würdigen sind. Deshalb war es uns wichtig, dass die Bundesregierung ihre Planungen gemeinsam mit europäischen Nachbarländern konkretisiert, um diese gebührend zu begehen.

KONSEQUENZEN AUS DEM SOG. SCHWABINGER KUNSTFUND

Der Schwabinger Kunstfund hat über den Einzelfall Gurlitt hinaus den Umgang mit in der Nazizeit abhanden gekommenen Kunstwerken problematisiert. Handlungsoptionen des Bundes – 1) Verbesserung der Bund-Länder-Strukturen („Deutsches Zentrum Kulturgutverluste – German Lost Art Foundation“), 2) mehr Mittel für **Provenienzforschung** sowie 3) Überprüfung der Rechtsnormen, die die Restitution geraubter bzw. enteigneter Kunst ggf. begründen oder behindern – wurden entsprechend aufgegriffen.

KEINE LIBERALISIERUNG DER KULTUR DURCH FREIHANDEL

Wir haben die Verhandlungen über ein **Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)** kritisch begleitet. Es gibt Befürchtungen, dass wesentliche kultur- und medienpolitische Aspekte betroffen, d.h. einer Liberalisierung unterworfen sein könnten: Regelungen zum Urheberrecht, die Stellung der Verwertungsgesellschaften und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Buchpreisbindung

sowie vergleichbare kultur- und medienpolitische Schutzmaßnahmen und Subventionen (bspw. Filmförderung und ermäßigter Mehrwertsteuersatz). Auch wenn das Verhandlungsmandat Ausnahmen für die Kultur und audiovisuelle Dienste enthält, verfolgen wir die Verhandlungen kritisch, um darauf zu achten, dass Kultur und Medien entsprechend geschützt werden.

In der weiteren Arbeit in der 18. WP werden u.a. folgende Themen wichtig sein:

- die im Kreativpakt und im Koalitionsvertrag verankerten Vorhaben für bessere Rahmenbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft – dazu gehört u.a. die Reform des **Urheberrechts** und eine bessere soziale Absicherung für Künstler und Kreative,
- die Reform der **Medienordnung**: Infolge von Digitalisierung und Konvergenz der Medien müssen die Strukturen der Medienaufsicht – insbesondere bezogen auf die Schnittstellen Medienaufsicht (Zuständigkeit der Länder), Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht (Zuständigkeit des Bundes) – verbessert werden, um eine angepasste Medienordnung, bspw. durch eine mit den Ländern einzurichtende Bund-Länder-Kommission, zu finden,
- die Erarbeitung eines Konzepts für einen **Musikfonds für zeitgenössische Musik** im Rahmen eines Ansatzes für konzeptorientierte Kulturförderung des Bundes im Bereich der Musik,
- die Umsetzung wichtiger Projekte in der **Hauptstadt Berlin**: das Projekt Humboldt-Forum und seine inhaltliche Ausgestaltung, die Vorhaben der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) im Rahmen des Masterplans Museumsinsel sowie die Zukunft der Berliner Museumslandschaft, das Freiheits- und Einheitsdenkmal,
- **Bauhaus-Jubiläum** im Jahr 2019, d.h. die Frage der Beteiligung von Bund und Ländern an den Vorbereitungen zu 100 Jahre Bauhaus bzgl. Projekten und Programmen.

MEHR FAIRNESS UND CHANCENGLEICHHEIT IM SPORT STÄRKT DIE GESELLSCHAFT

Sport ist für unsere Gesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung, denn es geht um Gesundheit, Bildung, Erziehung, Integration, nationale Repräsentanz und internationale Verständigung. Im Sport werden Werte wie Fairness, Einsatzbereitschaft und Respekt gelebt.

Um mehr **Transparenz und Chancengleichheit in der Sportförderung** zu erreichen, haben wir uns in den parlamentarischen Beratungen

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Stabilisierung der Künstlersozialkasse	Gesetz zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabegesetzes (Künstlersozialabgabestabilisierungsgesetz – KSASTabG), Drs. 18/1530
Programm „Invest Ost“ für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland fortsetzen	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
Fortsetzung des Denkmal-schutz-Sonderprogramms	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
UNESCO-Welterbestätten ausreichend pflegen	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
Mittel für Provenienzforschung aufstocken und Deutsches Zentrum Kulturgutverluste einrichten	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-behörde einrichten	Interfraktioneller Antrag (Drs. 18/1957)
Buchhandelspreis für unabhängige Buchhandlungen	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
Ermäßigter MwSt.-satz für Hörbücher	im Rahmen des Gesetzesvorhaben auf Drs. 18/1529
Verlängerung des Förderprogramms zur Digitalisierung des Kinos	Bundeshaushaltsgesetzes 2014
Stärkung der Deutschen Welle	Stellungnahme des Bundestages zur Aufgabenplanung der DW 2014 bis 2017 (auf Drs. 18/3595); Bundeshaltsgesetzes 2014

mit einer kleinen Anfrage und zahlreichen Fragen an die Bundesregierung für die Veröffentlichung der Zielvereinbarungen im Sport eingesetzt. Denn der Bund förderte den Spitzensport in Deutschland 2013 mit rund 132 Millionen Euro allein über den Etat des Bundesministeriums des Innern (BMI). Nach langen Debatten wurde Einsicht in Kriterien und Anforderungen für die olympische Sportförderung gewährt und die Zielvereinbarungen wurden erstmals veröffentlicht. Wir haben uns in den Haushaltsberatungen stets für eine attraktive, ausgewogene und bedarfsorientierte Infrastruktur stark gemacht, das bedeutet auch bessere Rahmenbedingungen für Trainerinnen und Trainer im Spitzensport und gezieltere Förderung für die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren.

FÖRDERUNG DES ENGAGEMENTS

Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Wir haben uns für bessere Rahmenbedingungen für Sportlerinnen und Sportler sowie für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stark gemacht und die **Erhöhung der Ehrenamtszuschale und der Übungsleiterpauschale** sowie den Abbau von bürokratischen Hürden erreicht (Ehrenamtsstärkungsgesetz). Erleichterung für viele schafft ebenfalls die Beschränkung der zivilrechtlichen Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern. 2014 haben wir im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Mindestlohngesetz klargestellt, welche wichtige Rolle ehrenamtliche Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie andere ehrenamtlich Tätige in Sportvereinen spielen. Sie fallen

durch ihren Einsatz für das Gemeinwohl als „Ehrenamtliche“ nicht unter das Mindestlohngesetz.

KONSEQUENT GEGEN DOPING

Ein Anti-Doping-Gesetz ist ein effektives Instrument im Kampf gegen Doping und Manipulation. Wir konnten daher im Koalitionsvertrag verankern, dass weitergehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping und Manipulation im Sport geschaffen werden. Damit begannen die Beratungen zu einem **Anti-Doping-Gesetz**, das den fairen organisierten Sportwettkampf, die Integrität des Sports sowie die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler schützt. Der Referenten-Entwurf des Gesetzes folgte im November 2014.

Ein wichtiger Eckpfeiler im Anti-Doping-Kampf ist die **Nationale Anti Doping Agentur** (NADA). Die SPD-Fraktion hat sich immer wieder für eine solide Ausstattung der NADA stark gemacht und dies neben Änderungsanträgen im Haushalt auch mit einem parlamentarischen Antrag zur besseren NADA-Finanzierung untermauert. Im Koalitionsvertrag konnten wir die solide Finanzierung im Kampf gegen Doping verankern. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass auch der organisierte Sport und die Länder ihren Anteil an der Anti-Doping-Finanzierung verstärken.

INKLUSION UND INTEGRATION IM SPORT

Auch im Anschluss an die öffentliche Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 2012 zur Inklusion im Sport setzten wir uns für mehr Angebote und eine gezieltere **Sportförderung für Menschen mit Behinderung** ein. Wir haben mehr Angebote zur Kombination von Bildung und Sport eingefordert und den Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Integration, Toleranz und kulturelle Vielfalt sind feste Bestandteile im sportlichen Zusammenleben. Auch mithilfe des Antrages im Haushaltsverfahren haben wir die Weiterführung des erfolgreichen Programms für Vielfalt und Integration im Sport über das Jahr 2013 erreicht. Mit dem Antrag zur Sportförderung in der auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik haben wir die herausragende Rolle des Sports betont und mehr Unterstützung der internationalen Projekte und Programme eingefordert – denn Sport verbindet.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Strafbarkeit von Doping und Schutz der Integrität des Sports	Gesetzentwurf Anti-Doping-Gesetz (ADG): 17/13468; Antrag im Haushalt zur Finanzierung der NADA; Umsetzung im Bundeshaushaltsgesetz
Inklusion im Sport Integration im Sport – für Vielfalt und Toleranz	Anträge im Haushalt; Änderungsantrag Integration im Sport; Umsetzung im Bundeshaushaltsgesetz
Transparente Sportförderung Veröffentlichung der Zielvereinbarungen	kleine Anfrage: 17/13201
Ausbau der Infrastruktur für den Sport	Anträge im Haushalt; Umsetzung im Bundeshaushaltsgesetz
Antrag zur Sportförderung in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik	Antrag: 17/9731

RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

BEKÄMPFUNG DER HASSKRIMINALITÄT

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses am 1.9.2015 müssen rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe bei der Strafzumessung berücksichtigt werden.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Mit dem am 23.4.2015 verabschiedeten Gesetzesentwurf zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten haben wir eine Lücke in der Terrorismusbekämpfung geschlossen, in dem wir die **Ausreise in terroristischer Absicht** sowie die Finanzierung terroristischer Taten **unter Strafe** gestellt haben.

MIETPREISBREMSE/BESTELLERPRINZIP

Durch das Mietrechtsnovellierungsgesetz haben wir die im Regierungsprogramm versprochene Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht eingeführt. Künftig darf in den Gebieten, die die Länder für die Dauer von 5 Jahren als angespannt ausweisen, bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich 10 Prozent steigen. Damit die Investitionsbereitschaft nicht gehemmt wird, gibt es Ausnahmen von der Mietpreisbremse für Neubauten und für Erstvermietung nach umfassender Modernisierung. Darüber hinaus gilt bei der Suche nach einer Mietwohnung im Maklerrecht künftig das Bestellerprinzip, d.h. **wer den Makler bestellt, der bezahlt ihn auch**. Und meist ist das der Vermieter.

VERBOT DER ABGEORDNETENBESTECHUNG

Mit dem am 1.9.2014 in Kraft getretenen Gesetz zur Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung haben wir alle korruptiven strafwürdigen **Verhaltensweisen von Mandatsträgern** erfasst. Eine Selbstverständlichkeit findet endlich Eingang ins Bundesgesetzblatt: Ein Abgeordneter, der sich kaufen lässt, wird bestraft.

SUKZESSIVADOPTION

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2013 entschieden, dass es mit dem Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes unvereinbar ist, die Sukzessiv Adoption – also die Adoption eines durch den anderen Ehegatten adoptierten Kindes – nur Ehegatten, aber nicht Lebenspartnern zu gestatten. Der Gesetzgeber war in der Pflicht, die Möglichkeit der Sukzessiv Adoption auch Lebenspartnern einzuräumen. Dies haben wir in der Koalition mit dem Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessiv Adoption durch Lebenspartner getan. Leider ist es uns mit unserem Koalitionspartner derzeit nicht möglich, auch die **gemeinsame Adoption eines Kindes** zu gestatten. Auf dieses Ziel arbeiten wir hin.

MEHR GELD FÜR DDR-HAFTOPFER UND FÜR BERUFLICH VERFOLGTE

Für rechtswidrige DDR-Haft wird nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz eine monatliche Opferrente gezahlt. Knapp 50.000 Personen beziehen diese Opferrente. Weil die Höhe dieser Rente seit 2007 unverändert geblieben war, ist im Koalitionsvertrag eine Erhöhung dieser Leistung vereinbart worden. Im Dezember 2014 hat der Bundestag einstimmig die **Erhöhung der DDR-Opferrente** um 50 Euro auf 300 Euro beschlossen. Auch die monatlichen Zahlungen an politisch Verfolgte, die in der ehemaligen DDR ihren Beruf nicht ausüben konnten, wurden um 30 Euro auf 214 Euro erhöht. Die neuen Regelungen traten am 1.1.2015 in Kraft. Sie würdigen den Einsatz der Menschen, die sich gegen das System aufgelehnt haben und die Zwangsmaßnahmen erduldeten. Im 25. Jahr nach dem Mauerfall war dies ein wichtiges Signal.

MEHR VERBRAUCHERSCHUTZ DURCH MARKTWÄCHTER

2015 haben die Marktwächter in den Bereichen Finanzen und digitale Welt ihre Arbeit aufgenommen. Die Verbraucherzentralen sollen Verbraucherbeschwerden systematisch erfassen, Missstände an die

zuständige Aufsicht melden und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher, wenn nötig auch juristisch, durchsetzen. Damit haben wir eine unserer zentralen Forderungen in der Verbraucherpolitik zügig umgesetzt. Die Marktwächter werden die **Position der Verbraucherinnen und Verbraucher** vor allem auf unübersichtlichen Märkten stärken, auf denen ein strukturelles Ungleichgewicht und eine besonders große Informationsasymmetrie zwischen Anbietern und Verbraucherinnen und Verbrauchern besteht.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen	Achtundvierzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung (BT-Drs. 18/476)
Aufhebung des Verbots der Sukzessiv Adoption durch Lebenspartner	Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessiv Adoption durch Lebenspartner (BT-Drs. 18/841)
Strafrechtliche Verjährung bei sexuellem Missbrauch von Kindern verlängern	Gesetz zur Änderung des StGB – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht (BT-Drs. 18/2601)
Kinderpornographie: Posing-Bilder unter Strafe stellen	Gesetz zur Änderung des StGB – Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht (BT-Drs. 18/2601)
Entfristung § 52a UrhG: Klarheit bei Urheberrecht für Schulen und Hochschulen	Zehntes Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (BT-Drs. 18/2602)
Mietpreisbremse und Bestellerprinzip im Maklerrecht	Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung (Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG), (BT-Drs. 18/3121)
DDR-Opferrente erhöhen	Fünftes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR (BT-Drs. 18/3120)
medizinische Begutachtung für SED-Haft-Opfer verbessern	Entschließungsantrag CDU/CSU und SPD 18(6)76 zum Gesetzesentwurf Opferrente (BT-Drs. 18/3445)
Einrichtung eines Sachverständigenrates für Verbraucherfragen	



SICHERHEIT IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT
ERMÖGLICHUNG DER DOPPELTEN
STAATSBÜRGERSCHAFT

2014 haben wir im Staatsangehörigkeitsrecht die Optionsregelung für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des **Staatsangehörigkeitsgesetzes** abgeschafft. Damit wird eine zentrale integrationspolitische Forderung, die die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat, umgesetzt.

ASYL, MIGRATION UND INTEGRATION

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben den Bericht des Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ aufgegriffen: Mit dem Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU wurden **Wiedereinreiseperrren** eingeführt, die Bekämpfung von Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit ausgebaut, die Zusammenarbeit zwischen Zoll und örtlichen Behörden sowie der behördliche Datenaustausch verbessert. Zudem wurden die Kommunen finanziell entlastet.

Mit dem Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer haben wir Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien asylverfahrensrechtlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, weil über 99 Prozent der Asylanträge aus den drei genannten Staaten unbegründet sind. Zudem haben wir den **Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber** und Geduldete nach drei Monaten eröffnet.

Das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** wurde im Haushalt 2014 um 300 Stellen aufgestockt, im Haushalt 2015 um weitere 350 Stellen. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren durchgesetzt, um der stärkeren Belastung des Bundesamtes angesichts steigender Asylbewerberzahlen zu begegnen und sich dem koalitionsvertraglich vereinbarten Ziel einer dreimonatigen Verfahrensdauer zu nähern.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern haben wir die sog. **Residenzpflicht aufgehoben**. Ab dem dritten Monat des Aufenthaltes besteht keine räumliche Beschränkung für Geduldete und Asylbewerber mehr. Allerdings bleibt eine Wohnsitzauflage bestehen, um eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen den Kommunen sicherzustellen. Zugleich haben wir die Vorrangprüfung nach 15 Monaten abgeschafft und im **Asylbewerberleistungsgesetz** geregelt, dass Geldleistungen gegenüber Sachleistungen künftig vorrangig sind.

BESSERER DATENSCHUTZ

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes – Stärkung der **Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht** im Bund durch Errichtung einer obersten Bundesbehörde haben wir zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofes umgesetzt. Bislang waren die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit organisatorisch an das Bundesministerium des Innern angegliedert. Nun ist sie in eine unabhängige Behörde überführt worden.

INNERE SICHERHEIT UND SCHUTZ VOR TERRORISMUS

Innere Sicherheit muss der Sozialdemokratie ein Kernanliegen sein. Denn Unsicherheit bedeutet immer auch Unfreiheit. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher sind und sich sicher fühlen, sei es sicher vor Terrorismus, sei es vor anderen Formen der Kriminalität. Deswegen hat die Bundestagsfraktion auch in der 18. Wahlperiode eine Politik der inneren Sicherheit betrieben, die die Bürgerrechte wahrt und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dient.

Terroristische Anschläge in unseren europäischen Nachbarländern, aber auch eine steigende Zahl von aus Deutschland in die Krisengebiete Syriens und Iraks reisender Islamisten haben uns veranlasst, die rechtsstaatlich möglichen Maßnahmen zur Terrorabwehr zu optimieren. Rechtsstaatlich geboten und sicherheitspolitisch wünschenswert war die Anpassung der **Antiterrordatei** und der Rechts-

extremismusdatei an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Der SPD-Fraktion ist klar, dass es vor allem **gut ausgestatteter Sicherheitsbehörden** bedarf, um Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen. Deswegen haben wir im Haushalt 2015 die Bundespolizei gestärkt, u.a. durch neue Stellen beim Schutz des zivilen Luftverkehrs und beim Objektschutz für die Deutsche Bundesbank. Zudem konnten wir für die Beamtinnen und Beamten im mittleren Dienst weitere Stellenhebungen erreichen.

Weitere wesentliche Projekte im Bereich der inneren Sicherheit wie der verbesserte Schutz vor Wohnungseinbrüchen, die Reform des Verfassungsschutzgesetzes und das IT-Sicherheitsgesetz werden außerdem in 2015 umgesetzt.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Abschaffung der Optionsregelung	Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (Drs. 18/1312)
Armutswanderung innerhalb der EU – Akzeptanz der Freizügigkeit erhalten	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU (Drs. 18/2581)
Kürzere Asylverfahren (drei Monate)	Stellenaufstockung beim BAMF
Einstufung dreier Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten	Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer (Drs. 18/1528)
Lockerung der sog. Residenzpflicht	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern (Drs. 18/3144)
Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber nach 3 Monaten	Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer (Drs. 18/1528)
Verbesserung der Analysefähigkeit der Antiterrordatei	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze (Drs. 18/1565); Bundesratsbefassung steht bevor.
Stärkung der Bundeszentrale für politische Bildung	Erhöhung der finanziellen Mittel
Datenschutzbeauftragte unabhängig machen	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes – Stärkung der Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht im Bund durch Errichtung einer obersten Bundesbehörde (Drs. 18/2848)

NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

GRUNDRECHTSVERLETZUNGEN AUFKLÄREN. BÜRGERRECHTE SICHERN. NACHRICHTENDIENSTE KONTROLLIEREN.

ANLASS

Im Sommer 2013 haben Enthüllungen über die weltweiten **Überwachungsaktivitäten** der NSA für Aufmerksamkeit gesorgt. Es schien aufgrund der Dokumente Edward Snowdens nicht ausgeschlossen, dass auch die Kommunikation der deutschen Bürgerinnen und Bürger von Diensten befreundeter Staaten überwacht wurde.

Die **Verteidigung der Bürgerrechte** in der digitalen Gesellschaft ist ein Schlüsselthema sozialdemokratischer Politik. Wir haben daher die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert und uns aktiv in den im März 2014 von allen Fraktionen beschlossenen Untersuchungsauftrag (BT Drs. 18/843) eingebracht.

UNSERE POSITION

Die SPD ist der Auffassung, dass wir – bei aller berechtigten Kritik – auf **Nachrichtendienste** zur Gewährleistung unserer inneren und äußeren Sicherheit nicht verzichten können. Die Dienste haben jedoch rechtsstaatliche Grenzen und die Grundrechte strikt zu wahren.

Freiheitsgarantien dürfen nicht auf dem Altar pauschaler Sicherheitsinteressen geopfert werden. Jeder Eingriff in die Bürgerrechte bedarf einer Rechtfertigung in Gestalt einer umsichtigen Güterabwägung. Entsprechende parlamentarische Kontrollgremien sollen dies sicherstellen.

AUFTRAG UND SCHWERPUNKTE

Der **Untersuchungsauftrag** umfasst den Zeitraum von Anfang 2001 bis Anfang 2014. Der Ausschuss soll im Ergebnis folgende Leitfragen beantworten:

- Haben deutsche Dienste rechtswidrig mit den „Five Eyes“-Staaten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) kooperiert, damit Daten deutscher Bürger massenhaft erfasst werden können?
- Welche rechtswidrigen eigenen Aktivitäten durch die „Five Eyes“-Staaten in Deutschland sind hierbei feststellbar?
- Blieb solche Spionage der „Five Eyes“-Staaten für deutsche Stellen unerkannt, obwohl sie hätten erkannt werden können oder müssen und wurden Gegenmaßnahmen unterlassen?
- Hat die Bundesregierung ihre Verpflichtungen zur Aufklärung und Information gegenüber Parlament und Öffentlichkeit erfüllt?
- Welche Empfehlungen sind Parlament und Regierung zu geben?

Der Ausschuss ist nicht eingesetzt worden, um Edward Snowden Asyl in Deutschland zu gewähren. Wir haben aber von Anfang an kontinuierlich darauf hingewirkt, seine Erkenntnisse unabhängig von seinem Aufenthaltsort für unsere Arbeit fruchtbar zu machen.

ÜBER UNSERE AUSSCHUSSARBEIT

Dieser Untersuchungsausschuss verlangt viel Geduld. Das mussten wir vor allem denjenigen sagen, die sich schnellere Ergebnisse und Reaktionen wünschten. Doch wir brauchen **gesicherte Erkenntnisse**. Deshalb beteiligen wir uns akribisch, kritisch und verantwortungsbewusst an der Aufklärung. Darüber hinaus wollen wir eine tragfähige **Strategie zur Gewährleistung von Cyber-Sicherheit** und zur **Kontrolle der Nachrichtendienste im Informationszeitalter**. Zu letzterem haben wir bereits konkrete Vorschläge vorgelegt.

In der Ausschussarbeit drängen wir auf eine lückenlose Vorlage relevanter Akten durch die Bundesregierung. Wir setzen uns bei aller Geheimhaltungsnotwendigkeit kontinuierlich für größtmögliche Transparenz ein. Zeugenvernehmungen führen wir grundsätzlich öffentlich durch. Erstmals haben BND-Mitarbeiter der operativen Ebene öffentlich ausgesagt.

GANG DER UNTERSUCHUNG UND ERSTE ERGEBNISSE

Der Ausschuss wird voraussichtlich bis 2017 tätig sein. Im Jahr 2014 hörten wir Experten zu den rechtlichen und technischen Fragen, wie auch ehemalige NSA-Mitarbeiter und Whistleblower. Bei der Sachverhaltsaufklärung widmeten wir uns der Frage, ob der **Bundesnachrichtendienst** (BND) durch gemeinsame Projekte an einer Massenüberwachung u.a. des US-Geheimdienstes NSA mitgewirkt hat.

Schon jetzt ist klar, dass detaillierte gesetzliche Regelungen für die Auslandsüberwachung des BND notwendig sind. Wir wollen eine umfassende Neuregelung im BND-Gesetz. Zugleich ist eine stärkere strukturelle Kontrolle der Geheimdienste durch das Parlament nötig. Wir haben dazu 2015 konkrete Eckpunkte vorgestellt.

NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

NSU-MORDE AUFKLÄREN, RECHTEN TERROR BEKÄMPFEN

Die Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses („NSU“) in den Jahren 2012 und 2013 hat gezeigt, dass eine Vielzahl gravierender Fehler und Versäumnisse dazu beigetragen hat, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe fast 14 Jahre lang von den Sicherheitsbehörden unbehelligt mitten in Deutschland leben und schwerste Straftaten verüben konnten.

Der schwerwiegende Vorwurf, Behörden hätten die Rechtsterroristen heimlich gedeckt, konnte vollständig widerlegt werden. Der Ausschuss ging solchen Spekulationen mit großer Sorgfalt nach. Er fand keine Hinweise, dass irgendeine deutsche Behörde von den Straftaten des NSU Kenntnis hatte, diese geduldet oder gar daran mitgewirkt hat.

Dennoch gab es Fehler und Versäumnisse auf allen Ebenen, sowohl in den Ländern als auch im Bund, sowohl bei Polizei und Justiz als auch beim Verfassungsschutz, aber auch auf der politischen Ebene in Bund und Ländern. Aus Sicht der SPD-Abgeordneten im Ausschuss bildete die flächendeckende, jahrelange Verknennung und Verharmlosung der Gefahr eines Terrorismus von rechts eine Hauptursache für das Behördenversagen. Aber auch falsch verstandener Föderalismus und Behördenegoismus standen einer effektiven Arbeit der Sicherheitsbehörden im Weg.

Der NSU-Untersuchungsausschuss hat in seinem Abschlussbericht fraktionsübergreifend 47 gemeinsame Empfehlungen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden erarbeitet. Eine gesetzgeberische Bearbeitung dieser Vorschläge fand auf Initiative der SPD Eingang in den Koalitionsvertrag. Die Umsetzung erfolgte im Jahre 2015.

Durch das breite Versagen der Sicherheitsbehörden im Fall des NSU ist viel Vertrauen in ihre Arbeit verlorengegangen. Dieses muss durch umfassende Reformen, insbesondere beim Verfassungsschutz, dringend wieder gefestigt werden. Rassismus und Rechtsextremismus dürfen in Deutschland keinen Platz haben.

NEUE ENERGIE FÜR DEN KLIMASCHUTZ KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Wir haben in der EU neue, ambitionierte **Klimaschutzziele bis 2030** durchgesetzt. Um die Klimaschutzziele bis 2020 in Deutschland umzusetzen, haben wir ein **Aktionsprogramm Klimaschutz** und einen **Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz** beschlossen, mit denen wir die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 erreichen wollen.

ANTRAG »KLIMAKONFERENZ IN LIMA ZUM ERFOLG FÜHREN«

Mit dem Antrag wurde die Bundesregierung unterstützt, sich für ein **rechtsverbindliches internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2020** einzusetzen, das alle großen Emittenten umfasst und das Wege aufzeigt, wie die bestehende Minderungslücke zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels von allen Staaten gemeinsam geschlossen wird. Auf der UN-Klimakonferenz in Lima im Dezember 2014 haben sich die Teilnehmer auf erste Grundzüge für einen Klimavertrag verständigt. Sie war ein wichtiger Zwischenschritt, damit ein Jahr später auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen vereinbart werden kann. Das „Paris-Protokoll“ soll, anders als das Kyoto-Protokoll, ein Abkommen sein, das alle Staaten an feste Reduktionsverpflichtungen bindet. Ziel des **„Paris-Protokolls“** muss sein, dass die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit beschränkt wird.

UMSTELLUNG DER BIOKRAFTSTOFFQUOTE AUF TREIBHAUSGASQUOTE

Aus Klimaschutzgründen fördern wir in Deutschland seit 2007 Biokraftstoffe. Unternehmen, die mit Kraftstoffen handeln, müssen einen Mindestanteil an Biokraftstoffen (Biokraftstoffquote) vertreiben. Der Deutsche Bundestag hat 2009 beschlossen, die Quote ab 2015 auf eine Treibhausgasquote umzustellen. So werden Biokraftstoffe gefördert, die eine gute Klimabilanz haben, weil sie höhere Treibhausgasminderungsquoten erzielen. Dabei wird die gesamte Verarbeitungskette vom Acker bis zum Tank betrachtet. Dadurch besteht ein Anreiz, von der Anbaubiomasse wegzukommen, hin zu mehr abfallbasierten Biokraftstoffen. Die **Umstellung auf die Treibhausgasquote** ist auch eine europäische Vorgabe. Wir sind die ersten in Europa, die dies umsetzen. Die bisher nach Energiegehalt festgelegte Quote wird auf eine Treibhausgasminderungsquote in Höhe von zunächst 3,5 Prozent umgestellt. Das Gesetz sieht vor, die Quoten ab 2017 auf 4 Prozent und ab 2020 auf 6 Prozent festzulegen. Diese Quoten entsprechen den EU-rechtlichen Vorgaben der Kraftstoffqualitätsrichtlinie.

KREISLAUFWIRTSCHAFT WEITERENTWICKELN

Abfall ist heute nicht einfach mehr Abfall. Vor dem Hintergrund der Endlichkeit unserer natürlichen Ressourcen haben Themen wie der Ausbau der Produktverantwortung, nachhaltige Abfallwirtschaftskonzepte und effizientes Recycling enormes Potenzial, um Rohstoffe und Energie in den Wirtschaftskreislauf zurückführen zu können. Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist dies nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen geboten. Oberstes Gebot ist **Abfallvermeidung!** Neben den Novellen der **Verpackungsverordnung** haben wir mit den Vorarbeiten zu einem **Wertstoffgesetz** begonnen, das die rechtlichen Grundlagen für die gemeinsame Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen wie Kunststoffen und Metallen schaffen soll.

ENDLAGERSUCHKOMMISSION EINGERICHTET

Die Endlagersuchkommission wurde im April 2014 gemäß **Standortauswahlgesetz** eingesetzt. Sie besteht aus Vertretern und Vertreterinnen des Bundestages und des Bundesrates sowie gesellschaftlicher Gruppen (Umweltverbände, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Kirchen) und Wissenschaftlern. In der Kommission sowie in drei Arbeitsgruppen werden Entscheidungskriterien für die **Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle** bestimmt und erarbeitet und wie eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung beim Suchprozess gewährleistet werden kann. Die Endlager-Kommission wird spätestens Mitte 2016 ihre Arbeit beenden und ihre Ergebnisse dann vorlegen.

NATIONALES HOCHWASSER-PROGRAMM ANGESCHOBEN

Nach den „Jahrhunderthochwassern“ in den letzten Jahren an Elbe, Oder, Rhein und Donau sowie ihren Nebenflüssen mit Todesopfern und Schäden in Milliardenhöhe wurde Ende 2014 mit der Umsetzung des „Sonderrahmenplans **Präventiver Hochwasserschutz**“ begonnen. Die Schaffung von Retentionsflächen und Poldern wird paritätisch von Bund und Ländern finanziert.

UMWELTINFORMATIONSGESETZ

Das Umweltinformationsgesetz setzt die Umweltinformationsrichtlinie nunmehr ordnungsgemäß um. Danach sind Ministerien, die an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt sind, während der Dauer des Verfahrens nicht zur Herausgabe von entsprechenden Informationen verpflichtet. Bei Verfahren zum Erlass einer Rechtsverordnung besteht allerdings eine grundsätzliche Herausgabepflicht von Informationen.

WILDEREI BEKÄMPFEN!

Der interfraktionelle Antrag „Schutz von Elefanten und Nashörnern vor Wilderei stärken“ (BT-Drs. 18/1951) leistet einen Beitrag zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Bekämpfung der Wilderei. Die Elefanten sind durch den **illegalen Elfenbeinhandel** extrem bedroht. Die in dem Antrag geforderte finanzielle Unterstützung der Bekämpfung der Wilderei wurde umgesetzt. Seit 2014 gibt es dazu im Umwelthaushalt einen neuen Titel mit einer Mittelausstattung von 3 Millionen Euro, der verstetigt und aufgestockt werden soll. Gegen Gentechnik. Für ländliche Entwicklung.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Umsetzung Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) , Sicherung von Grünland	Direktzahlungen-Durchführungsgesetz und weitere Verordnungen
Rahmen für europäische Energie- und Klimapolitik 2030	Beschlussfassung über Zielsetzung beim Europäischen Rat im Oktober 2014
Klimaschutz durch Treibhausgasquote bei Biokraftstoffen	Zwölftes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Endlagersuchkommission einsetzen	Anträge zur Einsetzung der Kommission April 2014 (BT-Drs. 18/1070 und 1071)
Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung	interfraktioneller Antrag „Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung“ (BT-Drs. 18/559)
Nationales Hochwasserschutzprogramm erarbeiten	4. Quartal (UMK im Oktober 2014, MPK Dezember 2014)
Umweltinformationsgesetz	Umweltinformationsgesetz
Umweltstatistikgesetz	Gesetz zur Änderung des Umweltstatistikgesetzes
Abfallpolitik: Stabilisierung der dualen Systeme, Umsetzung der EU-Regeln zu Elektro- und Elektronikgeräten	Sechste und siebte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung

GEGEN GENTECHNIK. FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG. VERBOT DES ANBAUS GENTECHNISCH VERÄNDERTER PFLANZEN IN DEUTSCHLAND

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit der Union in einem Antrag die Bundesregierung verpflichtet, sich auf europäischer Ebene für ein **nationales Verbot grüner Gentechnik** einzusetzen. Die Möglichkeit für ein nationales Opt-out-Recht, also ein nationales Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen, sollte in der europäischen Richtlinie verankert werden. Wir haben uns auf europäischer Ebene durchgesetzt und arbeiten nun an der nationalen Umsetzung. Das ist ein großer Erfolg für die SPD.

UMSETZUNG DER REFORM DER EUROPÄISCHEN GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Die nationale Umsetzung der europäischen Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der europäischen und **nationalen Landwirtschaft**. Es geht zum einen um ca. 5 Milliarden Euro pro Jahr für die Landwirte, das sind die sogenannten Direktzahlungen, es geht aber auch um ca. 1,2 Milliarden Euro für die ländliche Entwicklung. Die europäische Agrarwirtschaft wurde „grüner“ und es wird ein Schritt in Richtung „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ getan. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass die nationalen Spielräume bei der Verteilung der Finanzmittel und die Chance für eine umweltfreundlichere Landwirtschaft genutzt werden.

Wir haben in den Verhandlungen das strikte Umbruchverbot für die ökologisch wertvollen und klimarelevanten Dauergrünlandflächen in Deutschland durchgesetzt.

Insgesamt sieht die SPD-Bundestagsfraktion die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik als ersten Schritt in die richtige Richtung. 2017 steht die europäische Agrarreform auf dem Prüfstand. Wenn wir keine Verbesserung für die Arten- und Pflanzenvielfalt auf Agrarflächen feststellen, wenn wir keine Verbesserung des Beitrages der Landwirtschaft zum Klimaschutz erreichen und sich die Nährstoffbilanz nicht umweltverträglich entwickelt, werden wir nachsteuern.

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Umsetzung Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) im Sinne von Leistung gegen Gegenleistung	Direktzahlungen-Durchführungsgesetz und weitere Verordnungen
Rahmen für europäische Energie- und Klimapolitik 2030	Beschlussfassung über Zielsetzung beim Europäischen Rat im Oktober 2014

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Einführung des europäischen elektronischen Mautsystems (EEMD)	Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich der Einführung des europäischen elektronischen Mautdienstes
Anpassung der Lkw-Maut an neues Wegekostengutachten, neue Lkw-Mautklasse für umweltfreundliche Euro-VI-Fahrzeuge	Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften hinsichtlich des Wegekostengutachtens 2013
Gewinne der Eisenbahninfrastrukturunternehmen fließen in die Infrastruktur	
Abschluss einer neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) mit der DB AG	
Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung	Bundshaushalt 2014
Bezahlbares Wohnen durch Förderung der Barrierefreiheit	Bundshaushalt 2014
Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes: strukturpolitische und städtebauliche Ziele berücksichtigen	Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik für bezahlbares Wohnen und Bauen“
Vereinfachung des Baurechts für den Bau von Flüchtlingsunterkünften	Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen

VERKEHR, BAU, STADTENTWICKLUNG

EINE MODERNE MOBILITÄTS-INFRASTRUKTUR SICHERN MOBILITÄT: UMWELTFREUNDLICH, BEZAHLBAR, BARRIEREARM UND SICHER

Ziel unserer Verkehrspolitik im Deutschen Bundestag ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige und gewünschte Mobilität umweltfreundlich, bezahlbar, barrierearm und sicher zu gestalten. Wir wollen einen möglichst hohen Mobilitätsgrad mit möglichst geringen Belastungen für Mensch und Umwelt. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir die einzelnen Verkehrsträger vernünftig kombinieren und mehr Verkehr von der Straße auf umweltfreundliche Verkehrsträger verlagern, insbesondere auf Schiene und Wasserstraßen. Die Integration der Verkehrsträger ist Kern einer **nachhaltigen Verkehrspolitik**, die Umwelt- und Wirtschaftsinteressen gleichermaßen berücksichtigt. Außerdem brauchen wir technologische Innovationen, um Mobilität auf neue Energieträger umzustellen und auf Dauer „weg vom Öl“ zu kommen.

ZUKUNFTSSICHERE VERKEHRSPOLITIK

Wir haben im Koalitionsvertrag eine Zukunftsstrategie zur **Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur** vereinbart. Im Jahr 2014 sind wir hier die ersten Schritte gegangen. Dazu gehören ebenso gezielte Investitionen in die Beseitigung von Engpässen wie die Sanierung des Bestandsnetzes. Dazu haben wir begonnen, die die Investitionsmittel zu erhöhen. Bis 2017 wollen wir jährlich ein Investitionsvolumen von bis zu 14 Milliarden Euro erreichen. Grundlage sind zusätzliche Steuereinnahmen und eine Ausdehnung der Nutzerfinanzierung. Die Schiene haben wir mit dem Abschluss einer neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für den Erhalt des bestehenden Netzes deutlich gestärkt. Ab dem 1.1.2015 fließen in fünf Jahren 28 Milliarden Euro in die bestehende Schieneninfrastruktur.

LEBENSWERTE STÄDTE UND GEMEINDEN NACHHALTIGE UND GERECHTE STADTENTWICKLUNG – LEBENSWERTE STÄDTE UND GEMEINDEN

Wir treten für eine inklusive und sozial ausgewogene, energieeffiziente und klimagerechte Stadt- und Regionalentwicklung ein. Die Sanierung des Gebäudebestandes und eine Stadt- und Raumentwicklung, die den sparsamen Umgang mit Ressourcen im Blick hat,

birgt ein hohes Potenzial, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Daher wollen wir den **energetischen Stadtumbau** forcieren, indem wir quartiersbezogene Konzepte fördern sowie die energetische Sanierung und Städtebauförderung sinnvoll verknüpfen. Eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklung erfordert außerdem eine kluge **Städtebauförderung** und eine **aktive Wohnungspolitik**. Vor

allem das Programm Soziale Stadt ist notwendiger denn je. Die soziale Funktion des Mietrechts muss gestärkt werden. Die Mittel für die Städtebauförderung sind auf unseren Druck hin bereits in 2014 deutlich auf 700 Millionen Euro aufgestockt worden. Die Mietpreisbremse wurde ins parlamentarische Verfahren eingebracht.

WIRTSCHAFTSPOLITIK MIT SOZIALDEMOKRATISCHER HANDSCHRIFT

Bereits in der Oppositionszeit haben wir uns von der schwarz-gelben Lethargie in der Wirtschaftspolitik abgesetzt und mit einem umfassenden **industriepolitischen Konzept** den industriell geprägten

Standort Deutschland gestärkt. Dies wurde ergänzt durch ein Mittelstandskonzept, in dem wir die spezifischen Chancen, aber auch Herausforderungen von Mittelstand und Handwerk besonders gewürdigt haben. Begleitet wurde dies von intensiven Dialogprozessen mit der betroffenen Wirtschaft.

WIRTSCHAFT UND ENERGIE

ÜBERSICHT

Thema	Gesetzesvorhaben/Antrag
Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen	Rüstungsexportbericht; Änderung des Geschäftsordnung des Bundessicherheitsrates; Antrag der Koalition „Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen sicherstellen“ (Drs. 18/1334)
Digitale Wirtschaft stärken	Antrag „Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen“ (Drs. 18/764)
Handwerk stärken im dualen Ausbildungssystem und mit Meisterbrief	Antrag „Der deutsche Meisterbrief – Erfolgreiche Unternehmerqualifizierung, Basis für handwerkliche Qualität und besondere Bedeutung für die duale Ausbildung“ (Drs. 18/3317)
EEG-Novelle: Kostendynamik durchbrechen, Überförderung abbauen, Kosten gerecht verteilen	Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts; Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien auf europäischer Ebene
Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014	Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2014
Nationales Reformprogramm (NRP) 2014	Nationales Reformprogramm 2014
Partnerschaftsvereinbarung 2014–2020 zum Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) in Deutschland	
ERP-Wirtschaftsplangesetz 2014	ERP-Wirtschaftsplangesetz 2014
Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft	

Auch im Koalitionsvertrag konnten wir eine aktive und gestaltende Wirtschaftspolitik durchsetzen. Dies wird deutlich an einer stärkeren Ausrichtung auf **Investitionen und Innovationen**, auf die Integration von Fachkräften in gute Arbeit und die Stärkung von Industrie und Mittelstand. In der Handelspolitik konnten wir verankern, dass der Freihandel nicht zu einem Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird, was wir in 2013 auch bereits in zwei Parlamentsanträgen beschlossen hatten.

Einem größeren Rahmen der betroffenen Branchen öffnete sich die SPD-Bundestagsfraktion durch den 2012 erstmals veranstalteten **„Wirtschaftsempfang“** der SPD-Bundestagsfraktion, der mit großem Erfolg in 2013 und 2014 wiederholt wurden und an dem jeweils rund 800 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik teilnahmen.

Besonders im Jahr 2014 konnten wir uns mit dem Zukunftsthema „Industrie 4.0“ profilieren, mit aktuellen Fragestellungen zur Zukunft der Arbeitswelt in der vernetzten Fabrik oder zu Herausforderungen für die industrielle Forschungslandschaft. Erkenntnisse aus dem Wirtschaftsempfang und aus weiteren Veranstaltungen sind in ein aktuelles Papier der SPD-Bundestagsfraktion zur Industrie 4.0 eingegangen.

Wirtschaftspolitik ist immer auch Strukturpolitik. Um wenig wachstumsstarke Regionen zu unterstützen, ist das Instrument der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** unerlässlich. Im Koalitionsvertrag konnten wir eine Erhöhung auf das alte Niveau des Jahres 2009 durchsetzen. Im Dezember 2014 haben wir in einem Parlamentsantrag die Forderung erhoben, die Gemeinschaftsaufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung weiter aufzuwerten, um Standortnachteile in besonders strukturschwachen Regionen zu mindern. Deutschland konnte sich insgesamt im europäischen Vergleich äußerst positiv entwickeln, seit 2005 ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 19 Prozent gestiegen. Trotz dieser positiven Entwicklung existieren weiterhin strukturschwache Regionen. Das ERP-Sondervermögen umfasst für 2015 insgesamt 807,9 Millionen Euro – vor allem zur Förderung von mittelständischen Unternehmen. Das entsprechende Gesetz wurde Ende 2014 beschlossen.

Bereits im April 2013 haben wir die Bundesregierung mit einem Antrag aufgefordert, den Mittelstand, aber auch Bürgerinnen und Bürger von unnötiger Bürokratie weiter zu entlasten. Dies ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wichtig. Herausgestellt wird auch die Stärkung des Normenkontrollrats. In der Regierungsverantwortung haben wir dies im Herbst 2014 durch Vorlage eines Maßnahmenkatalogs zum **Bürokratieabbau** durch das Bundeswirtschaftsministerium – u.a. mit der innovativen Regel „One in, one out“ zur Einführung neuer bürokratischer Regelungen – umgesetzt.

EIN NEUSTART FÜR DIE ENERGIEWENDE

Der Industriestandort Deutschland ist auf eine **sichere und bezahlbare Energieversorgung** angewiesen. Auf dieser Grundlage ist die Energiewende umzusetzen, damit die Energieversorgung auf einem hohen Standard umweltfreundlicher wird. Es geht nicht mehr in erster Linie um technische Innovationen, sondern um die Systemintegration in einen Energiemarkt, der derzeit noch durch fossile und atomare Energieträger geprägt ist und der zunehmend europäischer wird. Vor den zentralen Vorhaben Strommarktdesign, Energieeffizienz und Netzausbau war die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes das Kernstück im Jahr 2014.

Auf europäischer Ebene befördert durch die Entwicklung der Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien (Verabschiedung durch die EU-Kommission im Mai 2014) und das **EU-Beihilfeverfahren gegen die Förderung stromintensiver Unternehmen** („Besondere Ausgleichsregelung“ und „Grünstromprivileg“) war es auf nationaler Ebene gerade der Erfolg des EEG, der seine Reform erforderlich machte: Der Anteil der erneuerbaren Energien war auf 24 Prozent am Bruttostromverbrauch gestiegen. Das EEG war aber als Instrument zur Markteinführung der erneuerbaren Energien konzipiert und nicht, um die erneuerbaren Energien in den Strommarkt zu integrieren und ihnen die Marktdurchdringung zu ermöglichen. Die Folgen waren der Anstieg der EEG-Umlage, die alle Verbraucherinnen und Verbraucher sowie weite Teile der deutschen Wirtschaft über den Strompreiszahlen, Fehlallokationen durch teilweise Überförderung von Erneuerbare-Energien-Anlagen sowie die Produktion großer Strommengen außerhalb des Marktmechanismus.

Der schlichten „Weiter so“-Politik der vergangenen Jahre haben wir mit der Novellierung des EEG Einhalt geboten. Mit der Novelle, die im August 2014 in Kraft trat, wird ein Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von 40-45 Prozent bis 2015 und 55-60 Prozent bis 2035 vorgegeben.

Darunter sind technologiespezifische **Ausbaukorridore für Wind, Sonne und Biomasse** definiert. Mit der Mengensteuerung soll zum einen eine Synchronisation mit dem Netzausbau erreicht werden, zum anderen der zunehmende Anteil der erneuerbaren Energien zusammen mit einem abnehmenden Anteil an konventionellen Energieträgern in den Strommarkt gezielt integriert werden. Das heißt, dass die erneuerbaren Energien mehr Systemverantwortung übernehmen, u.a. durch die Einführung der verpflichtenden **Direktvermarktung** für Neuanlagen, die Fernsteuerbarkeit von größeren Anlagen und durch die Ermittlung der Förderhöhe über Ausschreibungen ab 2017. Damit soll Überförderung abgebaut und die **Kostendynamik durchbrochen** werden. Bereits im Juli 2014 lagen die Eckpunkte für die Pilotausschreibung zu den Photovoltaik-Freiflächen als Grundlage für den Verordnungsentwurf vor.

Mit der **Beteiligung der Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage** werden die Kosten gerechter verteilt. Die zunehmenden finanziellen Vorteile der Eigenversorger und die dadurch entstehende Mehrbelastung der anderen Stromverbraucher waren kaum mehr zu rechtfertigen.

Die „Besondere Ausgleichsregelung“ für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen wurde auf Grundlage der überarbeiteten Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien weiterentwickelt. Dabei soll die internationale **Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie** gewährleistet werden, gleichzeitig soll sie aber auch angemessen an den Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien beteiligt werden. Wir haben die Verhandlungen mit Brüssel eng begleitet und im Zuge dessen in einem EEG-Änderungsgesetz eine Nachbesserung hinsichtlich der Ausgleichsregelungen für Schienenbahnen vorgenommen.

ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

**VERANSTALTUNGEN 2013
»FRAKTION VOR ORT«-VERANSTALTUNGEN:
260 VERANSTALTUNGEN ZU BUNDESPOLITISCHEN THEMEN
IN DEN REGIONEN**

- 14. Januar** Dialogforum – Infrastrukturkonsens
- 30. Januar** Fachkonferenz – Alternative Pflegekonzepte
- 18. Februar** Medienpolitischer Dialog
- 18. Februar** Luther-Symposium
- 20. Februar** Veranstaltung – Türkei: Ordnungsmacht zwischen Verantwortung und Selbstüberschätzung?
- 20. Februar** Fachgespräch – Wie sexistisch ist unsere Gesellschaft?
- 27. Februar** Fortschrittsdiskurse – Klimapolitik nach Doha
- 27. Februar** Dialogforum – Konsequenzen aus der Sexismus-Debatte
- 27. Februar** Empfang zum internationalen Frauentag
- 28. Februar** Konferenz zum demografischen Wandel „Altern in der Arbeitswelt“
- 11. März** Europapolitik – Sozialgipfel
- 13. März** Fachkonferenz „Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur“
- 15. März** Konferenz – Welche Rolle spielt Religion in unserer Gesellschaft?
- 18. März** Fraktion kontrovers „Neue Arbeitswelt“
- 18. März** Tagung – Fachhochschulen als Innovationsmotor im Wissenschaftssystem
- 20. März** Otto Wels – Mut und Verpflichtung
- 20. März** Frühjahrsempfang

- 20. März** Verbraucherpolitische Konferenz – Sozialdemokratische Perspektiven für den ländlichen Raum
- 21. März** Aktion zum Equal Pay Day
- 21. März** Diskussionsveranstaltung – Zwei Jahre nach der Bundeswehrreform
- 14. April** SPD-Bundesparteitag
- 15. April** Fachgespräch – Demokratie braucht Transparenz
- 18. April** Fortschrittsdiskurse – Mit einem neuen Wohlstandsbegriff für eine bessere Politik
- 20.-14. April** Planspiel „Zukunftsdialog“
- 22. April** Wirtschaftsempfang
- 25. April** Girls Day
- 7. Mai** Jusos Workers Youth Festival
- 13.-17. Mai** Woche der Gewerkschaftsjunioren/-innen
- 15. Mai** Fachgespräch – Inklusive Bildung
- 16. Mai** Mittelstandsfrühstück
- 16. Mai** Fachgespräch – 4. Armuts- und Reichtumsbericht
- 17. Mai** Tagung – Naher Osten in Zeiten des Wandels
- 21. Mai** Kreativpakt-Treffen
- 4. Juni** Konferenz – Konzeptbasierte Musikförderung für den Bund?
- 5. Juni** Betriebsrätekonferenz
- 6. Juni** Sozialgipfel
- 7. Juni** Medienkongress – Wert des Journalismus
- 10. Juni** Bildungskongress – Bildungsbrücken für eine moderne Gesellschaft bauen
- 12. Juni** Werkstattträtekonzferenz
- 12. Juni** Veranstaltung zur Gleichstellung – Elli verdient mehr!
- 25. Juni** Hoffest
- 28. August** Fachgespräch – Konsequenzen aus dem NSU-Terror

**VERANSTALTUNGSREIHE »ZUKUNFTSFOREN«
GEMEINSAM MIT SPD-FRAKTIONEN IN DEN LÄNDERN**

15. Februar	Zukunftsforum Industriepolitik, Stuttgart
4. März	Zukunftsforum Kreativpakt, München
16. März	Zukunftsforum Demografie, Bremen
12. April	Zukunftsforum Kreativpakt, Hamburg
29. April	Zukunftsforum Bändigung der Finanzmärkte, Frankfurt/Main
7. Mai	Zukunftsforum Verkehrsinfrastruktur, Duisburg
27. Mai	Zukunftsforum Industriepolitik, Potsdam
29. Mai	Zukunftsforum Ganztagschulen, Chemnitz
17. Juni	Zukunftsforum Integration, Kiel
19. Juni	Zukunftsforum Steuern und Finanzen, Erfurt
2. Juli	Zukunftsforum Demografie, Trier
16. August	Zukunftsforum Jugend, Berlin

VERANSTALTUNGEN 2014

**»FRAKTION VOR ORT«-VERANSTALTUNGEN:
188 VERANSTALTUNGEN ZU BUNDESPOLITISCHEN
THEMEN IN DEN REGIONEN**

26. Januar	SPD-Bundesparteitag, Berlin
12. März	Empfang zum Internationalen Frauentag
21. März	Aktion zum Equal Pay Day
11. April	Tagung – Verantwortung für Gerechtigkeit und Solidarität (in Kooperation mit AK Christinnen und Christen)
7. Mai	Frühjahrsempfang
6. Juni	Diskussionsveranstaltung – Digitale Agenda – Cybersecurity
27. Juni	Kommunalpolitische Konferenz
30. Juni	Diskussionsveranstaltung – Verbraucherdaten auf der Überholspur – Digitale Agenda
2. Juli	Hoffest
7. September	Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages
24. September	Betriebsrätekonferenz
6. Oktober	Wirtschaftsempfang
13. Oktober	Werkstattträtekonferenz
17. Oktober	Diskussionsveranstaltung – Digitale Agenda – Bitcoin
5. November	Symposium – Wildtierhandel
10. November	Bildungskongress
30. Nov.–2. Dez.	Plenspiel „Zukunftsdialoq“
3. Dezember	Diskussionsveranstaltung – 25 Jahre friedliche Revolution

**VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2013
BROSCHÜREN**

- Unternehmen Zukunft
- Kein Platz für Nazis
- Patientinnen und Patienten stehen im Mittelpunkt
- Das Recht auf Bildung. Für jeden Menschen.
- Verbraucherpolitik für den Alltag
- Rechtsextremismus in Deutschland
- Otto Wels – Mut und Verpflichtung

ZEITUNG

- ‚Gute Arbeit‘ – ArbeitnehmerInnenzeitung
- 5 Ausgaben 01–05/2013

INFORMATIONSDIENST

- „Fraktion Intern“ – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion
- 5 Ausgaben 1–5/2013

**FALTBLÄTTER-REIHE »UNSER PROJEKT
HEIßT ZUKUNFT«**

- Neue Wege gehen
- Menschenrechte glaubwürdig umsetzen

- Schnelles Internet für alle
- Tourismus für alle ermöglichen
- Perspektiven für das Leben auf dem Land
- Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt
- Lesen und Schreiben heißt dazugehören
- Integration heißt Teilhabe
- Hunger und Armut bekämpfen
- Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen
- Elli verdient mehr!
- Gerechte Steuern und Finanzen
- Sozialen Arbeitsmarkt gestalten
- Sport stärkt unsere Gesellschaft
- Rolle(n) vorwärts
- Kreativität: Rohstoff des 21. Jahrhunderts
- Alleinerziehende stärker unterstützen
- Miteinander der Generationen

REIHE »DOKUMENTE«

- 8/13 Diese Politik hat Zukunft
- 7/13 Neue Wege gehen
- 6/13 Unsere Politik für Kunst, Kultur und Medien
- 5/13 Die Krise der Abrüstung und Abrüstungskontrolle überwinden
- 3/13 Ein Jahr nach Entdeckung des NSU-Terrors
- 2/13 Eine Welt, eine Zukunft
- 1/13 Verbraucherinteressen stärken – Marktwächter einführen

REIHE »POSITIONEN«

- 6/13 Erstversorgung ausbauen, Qualität stärken!
- 5/13 Konzept zur Krankenhausreform und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege
- 4/13 Unternehmen Zukunft – Mittelstandspolitik
- 3/13 Ein modernes Land braucht starke Forschung
- 2/13 Aktionsplan für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern
- 1/13 Für eine umfassende Pflegereform: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

**VERÖFFENTLICHUNGEN DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2014
BROSCHÜREN**

- Gesagt. Getan. Gerecht. (Jahresbilanz)
- Das sind wir
- Wir für Sie im Deutschen Bundestag
- Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion
- Gesagt. Getan. Gerecht. (Zwischenbilanz)

ZEITUNG

- ‚Gute Arbeit‘ – ArbeitnehmerInnenzeitung
- 7 Ausgaben 01–07/2014

INFORMATIONSDIENST

- „Fraktion Intern“ – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion
- 7 Ausgaben 1–7/2014

FALTBLÄTTER-REIHE »GESAGT. GETAN. GERECHT.«

- Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt
- Mehr BAföG, mehr Chancen
- Mehr Zeit für Familie
- Der Mindestlohn kommt (aktualisierte Auflage)
- Der Mindestlohn kommt
- Rückenwind für berufliche Bildung
- Çifte pasaport geliyor (türkische Ausgabe des Faltblatts „Der Doppelpass kommt“)
- Für eine gute und menschenwürdige Pflege (nach 2./3. Lesung)
- Für eine gute und menschenwürdige Pflege (nach 1. Lesung)
- Der Doppelpass kommt
- Strom muss bezahlbar bleiben (aktualisierte Auflage)
- Strom muss bezahlbar bleiben
- Das Rentenpaket aus ostdeutscher Sicht

- Lebensleistungen besser anerkennen – das Rentenpaket (aktualisierte Auflage)
- Lebensleistungen besser anerkennen – das Rentenpaket
- Arbeit wertschätzen

FALTBLÄTTER-REIHE »UNSER PROJEKT HEIßT ZUKUNFT«

- Planspiel Zukunftsdialog 2014

REIHE »POSITIONEN«

- 1/14 Digitale Bildung

SONSTIGES

- Plakat „Wir für Sie im 18. Deutschen Bundestag“
- Postkarte „Doppelte Staatsbürgerschaft/Çifte vatandaşlık“
- Postkarte „Der Mindestlohn kommt“
- Postkarte „Neustart der Energiewende“
- Postkarte „Lebensleistung verdient Anerkennung“ (Rentenpaket)
- Postkarte „Für Mama!“ (Mütterrente/ElterngeldPlus)
- Postkarte „Das Leben der Menschen verbessern“ (Koalitionsvorhaben)

OTTO WELS 2013 – MUT UND VERPFLICHTUNG



„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Der Schauspieler Ulrich Matthes liest aus der Rede des früheren SPD-Vorsitzenden Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz 1933. Die SPD-Fraktion gedenkt am 13. März 2013 mit einer Veranstaltung des Mutes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich 80 Jahre zuvor als einzige der Abschaffung der Demokratie in Deutschland widersetzte. Der Historiker Prof. Dr. Heinrich August Winkler erinnert in einer Rede an die damaligen Ereignisse. (Foto: Bildschön)

FRÜHJAHRSEMPFANG 2013



Bei ihrem traditionellen Frühjahrsempfang verleiht die SPD-Bundestagsfraktion am 13. März 2013 erstmals den Otto-Wels-Preis für Demokratie. Ausgezeichnet werden Jugendliche, die sich im Rahmen eines Kreativwettbewerbs mit dem Thema Otto Wels auseinandergesetzt haben. Die SPD-Fraktion lobt den Preis seither jährlich aus. Anliegen ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Diktatur wachzuhalten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen. (Foto: Bildschön)

WIRTSCHAFTSEMPFANG 2013



Unter dem Motto „Unternehmen Zukunft – Perspektiven für die soziale Marktwirtschaft“ lädt die SPD-Fraktion am 22. April 2013 zu ihrem Wirtschaftsempfang. V.l.n.r.: Garrelt Duin, Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, Martin Kannegiesser, Ehrenpräsident Gesamtmetall, Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender und Hubertus Heil, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender (Foto: Bildschön/Boris Trenkel)

FRAKTION KONTROVERS 2013



„Fraktion kontrovers“ am 18. März 2013 im Berliner Admiralspalast zum Thema: Wie kann eine neue Arbeitswelt aussehen? SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Ursula Schwarzenbart (Daimler AG) und Prof. Dr. Anne-Marie Slaughter (Princeton University) (Foto: Bildschön/Peter Lorenz)

ZUKUNFTSFORUM KREATIVPAKT 2013



Zukunftsforum „Kreativpakt“ am 4. März 2013 in München: Frank-Walter Steinmeier, Julian Nida-Rümelin, Isabell Zacharias, Christian Ude, Hans-Jochen Vogel, Siegmund Ehrmann (v.r.n.l.). (Foto: Manu Theobald)

50 JAHRE ÉLYSÉE-VERTRAG



Zum 50-jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrags kamen im Januar 2013 die Abgeordneten der französischen Assemblée Nationale und des Deutschen Bundestages zu einer Sondersitzung zusammen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier begrüßt Bruno Le Roux, den Vorsitzenden der Fraktion der Parti Socialiste in der Französischen Nationalversammlung. (Foto: Andreas Amann)

PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG 2013



Vom 20. bis 23. April 2013 sind rund 100 Jugendliche auf Einladung der SPD-Fraktion zu Gast im Deutschen Bundestag. Im Rahmen des Planspiels lernen sie die Arbeitsabläufe einer Bundestagsfraktion kennen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger begrüßen die Jugendlichen. (Foto: Patryk Witt)

UNTERZEICHNUNG DES KOALITIONSVERTRAGES



Die Spitzen von SPD und CDU/CSU unterzeichnen am 16. Dezember 2013 den Koalitionsvertrag und besiegeln damit die Große Koalition. V.l.n.r.: Frank-Walter Steinmeier (SPD-Fraktionsvorsitzender), Andrea Nahles (SPD-Generalsekretärin), Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender), Angela Merkel (CDU-Vorsitzende), Horst Seehofer (CSU-Vorsitzender), Hermann Gröhe (CDU-Generalsekretär), Alexander Dobrindt (CSU-Generalsekretär). (Foto: Thomas Imo/photothek.net)

BILDUNGSKONGRESS 2013

Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher, eröffnet den Bildungskongress der SPD-Fraktion am 10. Juni 2013.

WERKSTATTRÄTEKONFERENZ 2013

Silvia Schmidt, Beauftragte der SPD-Fraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen, spricht bei der Werkstattträtekonzferenz am 12. Juni 2013.

ZUKUNFTSFORUM JUGEND 2013

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann diskutiert am 16. August 2013 mit jungen Menschen beim „Zukunftsforum Jugend“ im Berliner Abgeordnetenhaus.

NEUWAHL DER FRAKTIONSSPITZE



Am 16. Dezember 2013 wählt die SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann zu ihrem neuen Vorsitzenden. Christine Lambrecht wird erste parlamentarische Geschäftsführerin. (Foto: Andreas Amann)

DIE NEU GEWÄHLTE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



Die SPD-Fraktion ist weiblicher geworden. 42 Prozent der 2013 neu in den Bundestag gewählten SPD-Abgeordneten sind Frauen. V.l.n.r.: Bettina Hagedorn, Saskia Esken und Katja Mast beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2014 in Berlin. (Foto: spdfraktion.de)

DIE NEU GEWÄHLTE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DER 18. WAHLPERIODE



(Foto: spdfraktion.de)

EMPFANG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2014

Im Koalitionsvertrag haben die Sozialdemokraten eine gesetzliche Frauenquote und Maßnahmen für gleichen Lohn für Frauen und Männer durchgesetzt. Darüber diskutieren unter anderem Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carola Reimann beim Empfang zum Internationalen Frauentag im März 2014 mit mehreren hundert Gästen.

FRÜHJAHRSEMPFANG 2014



Frühjahrsempfang der SPD-Fraktion am 7. Mai 2014 zum Thema „Kultur“. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Gespräch u.a. mit dem Schauspieler Hans-Werner Meyer und Siegmund Ehrmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien, über sozialdemokratische Politik für Kunst, Kultur und Kreativität. (Foto: Trenkel/Bildschön)

WIRTSCHAFTSEMPFANG 2014

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Thomas Oppermann eröffnet den Wirtschaftsempfang am 6. Oktober 2014 zum Thema Industrie 4.0. Gastredner sind Joe Kaeser, Vorsitzender des Vorstandes der Siemens AG, sowie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Bei der Fachkonferenz am Nachmittag tauschten sich die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der Fraktion mit mehreren hundert Gästen aus Wirtschaft und Gewerkschaften über die Zukunft der industriellen Produktion im Zeitalter der Digitalisierung aus.

EQUAL PAY DAY 2014



Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Hier bei der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor am Equal Pay Day im März 2014. (Foto: spdfraktion.de)

FACHVERANSTALTUNG »CYBERPOLITIK UND CYBERSECURITY« 2014



Christina Kampmann (Mitglied der AG Digitale Agenda), Sören Bartol (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Brigitte Zypries (Parlamentarische Staatssekretärin) bei der Fachveranstaltung „Cyberpolitik und Cybersecurity“ am 6. Juni 2014. (Foto: spdfraktion.de)

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ 2014



Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz am 24. September 2014 in Berlin. (Foto: Andreas Amann)

SYMPOSIUM »WILDTIERHANDEL« 2014



Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ute Vogt beim Symposium zum Thema „Wildtierhandel“ am 5. November 2014. (Foto: spdfraktion.de)

25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION 2014

25 Jahre nach dem Mauerfall: Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Wolfgang Thierse (Bundestagspräsident a.D.), Daniela Kolbe (Vorsitzende der Landesgruppe Ost), Erhard Eppler (Bundesminister a.D.) und Iris Gleicke (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der neuen Länder) blicken zurück – und nach vorn.

GREMIEN IN DER 17. WP

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Fraktionsvorsitzender
Frank-Walter Steinmeier

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Gernot Erler
Elke Ferner
Hubertus Heil
Ulrich Kelber
Joachim Poß
Florian Pronold
Christine Lambrecht
Axel Schäfer
Dagmar Ziegler

Parlamentarische GeschäftsführerInnen

Thomas Oppermann (1. PGF)
Petra Ernstberger
Iris Gleicke
Christian Lange

ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
Barnett, Doris
Bartol, Sören
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Bas, Bärbel
Bollmann, Gerd Friedrich
Brandner, Klaus
Dörmann, Martin

Drobinski-Weiß, Elvira
Edathy, Sebastian
Hagedorn, Bettina
Humme, Christel
Kofler, Bärbel
Kramme, Anette
Lischka, Burkhard
Lösekrug-Möller, Gabriele
Marks, Caren
Merkel, Petra
Raabe, Sascha
Reimann, Carola
Rossmann, Ernst Dieter
Scheelen, Bernd
Schulz, Swen
Wolff, Waltraud

AUSSCHUSSVORSITZENDE

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Sportausschuss: **Dagmar Freitag**
Haushaltsausschuss: **Petra Merkel**
Verteidigungsausschuss: **Susanne Kastner**
Ausschuss für Gesundheit: **Carola Reimann**
Ausschuss für Bildung und Forschung:
Ulla Burchardt

STELLV. AUSSCHUSSVORSITZENDE

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Auswärtiger Ausschuss: **Hans-Ulrich Klose**
Innenausschuss: **Frank Hofmann**
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie:
Martin Dörmann
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Christel Humme
Ausschuss für Kultur und Medien:
Angelika Krüger-Leißner

GREMIEN

ARBEITSGRUPPENSPRECHER/-INNEN

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: **Sonja Steffen**
 Petitionen: **Klaus Hagemann**
 Außenpolitik: **Rolf Mützenich**
 Inneres: **Michael Hartmann**
 Sport: **Martin Gerster**
 Recht: **Burkhard Lischka**
 Finanzen: **Lothar Binding**
 Haushalt: **Carsten Schneider**
 Wirtschaft und Technologie: **Wolfgang Tiefensee**

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: **Wilhelm Priesmeier**
 Arbeit und Soziales: **Anette Kramme**
 Sicherheits- und Verteidigungspolitik: **Rainer Arnold**
 Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Caren Marks**
 Gesundheit: **Karl W. Lauterbach**
 Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: **Sören Bartol**

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: **Matthias Miersch**
 Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Christoph Strässer**
 Bildung und Forschung: **Ernst Dieter Rossmann**
 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: **Sascha Raabe**
 Tourismus: **Hans-Joachim Hacker**
 Angelegenheiten der Europäischen Union: **Michael Roth**
 Kultur und Medien: **Siegfried Ehrmann**

SPD-ABGEORDNETE DER 17. LP

Stand: 01.01.2013 – Ende d. 17.WP

Arndt-Brauer, Ingrid
 Arnold, Rainer
 Barchmann, Heinz-Joachim
 Barnett, Doris
 Bartels Dr., Hans-Peter
 Barthel, Klaus
 Bartol, Sören
 Bas, Bärbel
 Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
 Becker, Dirk
 Beckmeyer, Uwe
 Binding, Lothar
 Bollmann, Gerd Friedrich
 Brandner, Klaus
 Brase, Willi
 Brinkmann, Bernhard
 Bulmahn, Edelgard
 Bülow, Marco
 Burchardt, Ulla
 Burkert, Martin
 Crone, Petra
 Danckert Dr., Peter
 Dörmann, Martin
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Edathy, Sebastian
 Egloff, Ingo
 Ehrmann, Siegmund
 Erler Dr. h.c., Gernot
 Ernstberger, Petra
 Evers-Meyer, Karin
 Ferner, Elke
 Fograscher, Gabriele
 Franke Dr., Edgar
 Freitag, Dagmar
 Gabriel, Sigmar
 Gerdes, Michael
 Gerster, Martin
 Gleicke, Iris
 Gloser, Günter
 Gottschalck, Ulrike
 Graf, Angelika
 Griese, Kerstin
 Groneberg, Gabriele
 Groß, Michael
 Gunkel, Wolfgang
 Hacker, Hans-Joachim
 Hagedorn, Bettina
 Hagemann, Klaus
 Hartmann, Michael

Heil, Hubertus
 Hellmich, Wolfgang
 Hempelmann, Rolf
 Hendricks Dr., Barbara
 Herzog, Gustav
 Hiller-Ohm, Gabriele
 Hinz, Petra
 Hofmann, Frank
 Högl Dr., Eva
 Humme, Christel
 Juratovic, Josip
 Kaczmarek, Oliver
 Kahrs, Johannes
 Kastner Dr. h.c., Susanne
 Kelber, Ulrich
 Klingbeil, Lars
 Klose, Hans-Ulrich
 Klug, Astrid – ab 15. April 2013
 Kofler Dr., Bärbel
 Kolbe, Daniela
 Körper, Fritz Rudolf
 Kramme, Anette
 Krüger-Leißner, Angelika
 Kumpf, Ute
 Lambrecht, Christine
 Lange, Christian
 Lauterbach Prof. Dr., Karl
 Lemme, Steffen-Claudio
 Lischka, Burkhard
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Lühmann, Kirsten
 Marks, Caren
 Mast, Katja
 Mattheis, Hilde
 Merkel, Petra
 Meßmer, Ullrich
 Miersch Dr., Matthias
 Müntefering, Franz
 Mützenich Dr., Rolf
 Nahles, Andrea
 Nietan, Dietmar
 Nink, Manfred
 Oppermann, Thomas
 Ortel, Holger
 Özoguz, Aydan
 Paula, Heinz
 Pflug, Johannes
 Poß, Joachim
 Priesmeier Dr. med. vet., Wilhelm

Pronold, Florian
 Raabe Dr., Sascha
 Rawert, Mechthild
 Rebmann, Stefan
 Reichenbach, Gerold
 Reimann Dr., Carola
 Rix, Sönke
 Röspel, René
 Rossmann Dr., Ernst Dieter
 Roth, Michael
 Roth, Karin
 Rupprecht, Marlene
 Sawade, Annette
 Schaaf, Anton
 Schäfer, Axel
 Scheelen, Bernd
 Schieder, Werner
 Schieder, Marianne
 Schmidt, Ulla
 Schmidt, Silvia
 Schneider, Carsten
 Schreiner, Ottmar – bis 6. April 2013
 Schulz, Swen
 Schurer, Ewald
 Schwabe, Frank
 Schwanholz Dr., Martin
 Schwanitz, Rolf
 Schwartz, Stefan
 Schwarzlühr-Sutter, Rita
 Sieling Dr., Carsten
 Steffen, Sonja
 Steinbrück, Peer
 Steinmeier Dr., Frank-Walter
 Strässer, Christoph
 Tack, Kerstin
 Thierse Dr. h. c., Wolfgang
 Thönnies, Franz
 Tiefensee, Wolfgang
 Veit, Rüdiger
 Vogt, Ute
 Volkmer Dr., Marlies
 Wicklein, Andrea
 Wiczorek-Zeul, Heidemarie
 Wiefelspütz Dr., Dieter
 Wolff, Waltraud
 Zapf, Uta
 Ziegler, Dagmar
 Zöllmer, Manfred
 Zypries, Brigitte

GREMIIEN IN DER 18. WP
GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND
DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Fraktionsvorsitzender

Frank-Walter Steinmeier – bis 16. Dezember 2013
Thomas Oppermann – ab 16. Dezember 2013

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Bartol, Sören
Heil, Hubertus
Högl, Eva
Lauterbach, Karl
Mützenich, Rolf
Reimann, Carola
Schäfer, Axel
Schneider, Carsten
Vogt, Ute

Parlamentarische GeschäftsführerInnen

Thomas Oppermann (1. PGF) – bis 16. Dezember 2013
Christine Lambrecht (1. PGF) – ab 16. Dezember 2013
Bas, Bärbel
Petra Ernstberger
Ziegler, Dagmar

MITGLIEDER ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND
Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
Barnett, Doris
Binding, Lothar
Burkert, Martin
Dittmar, Sabine
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß, Elvira
Ehrmann, Siegmund
Groß, Michael
Hagedorn, Bettina
Kaczmarek, Oliver
Kampmann, Christina
Klingbeil, Lars
Kofler, Bärbel
Lischka, Burkhard
Lühmann, Kirsten
Mast, Katja
Rabanus, Martin
Rix, Sönke
Rossmann, Ernst Dieter
Schiefner, Udo
Sieling, Carsten
Tack, Kerstin
Wolff, Waltraud

AUSSCHUSSVORSITZENDE
Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Sportausschuss: **Dagmar Freitag**
 Ausschuss für Arbeit und Soziales: **Kerstin Griese**
 Verteidigungsausschuss: **Hans-Peter Bartels**
 Ausschuss für Gesundheit: **Edgar Franke**
 Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur: **Martin Burkert**
 Ausschuss für Kultur und Medien: **Siegmund Ehrmann**
 Finanzausschuss: **Ingrid Arndt-Brauer**

STELLV. AUSSCHUSSVORSITZENDE
Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Auswärtiger Ausschuss: **Franz Thönnies**
 Ausschuss für Wirtschaft und Energie: **Klaus Barthel**
 Ausschuss für Bildung und Forschung: **Simone Raatz**
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: **Stefan Rebmann**
 Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union: **Achim Barchmann**
 Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Karamba Diaby**
 Ausschuss für Digitale Agenda: **Gerold Reichenbach**

ARBEITSGRUPPENSPRECHERINNEN
Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: **Sonja Steffen**
 Petitionen: **Stefan Schwartze**
 Außenpolitik: **Niels Annen**
 Inneres: **Michael Hartmann** – bis 2. Juli 2014,
Burkhard Lischka – ab 23. September 2014
 Sport: **Michaela Engelmeier-Heite**
 Recht: **Burkhard Lischka** – bis 23. September 2014,
Johannes Fechner – ab 7. Oktober 2014
 Finanzen: **Lothar Binding**
 Haushalt: **Johannes Kahrs**
 Wirtschaft und Technologie: **Wolfgang Tiefensee**
 – bis 11. Dezember 2014, **Dirk Becker** – ab 16. Dezember 2014
 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:
Wilhelm Priesmeier
 Arbeit und Soziales: **Katja Mast**
 Verteidigung/Sicherheitsfragen: **Rainer Arnold**
 Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Sönke Rix**
 Gesundheit: **Hilde Mattheis**
 Verkehr und digitale Infrastruktur: **Kirsten Lühmann**
 Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:
Matthias Miersch
 Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Christoph Strässer**
 – bis 28. Januar 2014, **Frank Schwabe** – ab 28. Januar 2014
 Bildung und Forschung: **Ernst Dieter Rossmann**
 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
Bärbel Kofler
 Tourismus: **Gabriele Hiller-Ohm**
 Angelegenheiten der Europäischen Union: **Norbert Spinrath**
 Kultur und Medien: **Martin Dörmann**
 Digitale Agenda: **Lars Klingbeil**

SPD-ABGEORDNETE DER 18. LP

Stand: 22.10.2013 (Beginn 18. WP) – 31.12.2014

Annen, Niels	Heil, Hubertus	Priesmeier Dr. med. vet., Wilhelm
Arndt-Brauer, Ingrid	Heinrich, Gabriela	Pronold, Florian
Arnold, Rainer	Held, Marcus	Raabe Dr., Sascha
Baehrens, Heike	Hellmich, Wolfgang	Raatz Dr., Simone
Bahr, Ulrike	Hendricks Dr., Barbara	Rabanus, Martin
Barchmann, Heinz-Joachim	Henn, Heidtrud	Rawert, Mechthild
Barley Dr., Katarina	Herzog, Gustav	Rebmann, Stefan
Barnett, Doris	Hiller-Ohm, Gabriele	Reichenbach, Gerold
Bartels Dr., Hans-Peter	Hinz, Petra	Reimann Dr., Carola
Barthel, Klaus	Hitschler, Thomas	Rimkus, Andreas
Bartke Dr., Matthias	Högl Dr., Eva	Rix, Sönke
Bartol, Sören	Ilgen, Matthias	Rohde, Dennis
Bas, Bärbel	Jantz, Christina	Rosemann Dr., Martin
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine – bis 11. November 2014	Jost, Reinhold – bis 1. Januar 2014	Röspel, René
Becker, Dirk	Junge, Frank	Rossmann Dr., Ernst Dieter
Beckmeyer, Uwe	Juratovic, Josip	Roth, Michael
Binding, Lothar	Jurk, Thomas	Rüthrich, Susann
Blienert, Burkhard	Kaczmarek, Oliver	Rützel, Bernd
Brase, Willi	Kahrs, Johannes	Saathoff, Johann
Brunner, Karl-Heinz	Kampmann, Christina	Sawade, Annette
Bulmahn, Edelgard	Kapschack, Ralf	Schabedoth Dr., Hans-Joachim
Bülow, Marco	Katzmarek, Gabriele	Schäfer, Axel
Burkert, Martin	Kelber, Ulrich	Scheer Dr., Nina
Castellucci Dr., Lars	Kermer, Marina	Schieder, Marianne
Crone, Petra	Kiziltepe, Cansel	Schiefner, Udo
Daldrup, Bernhard	Klare, Arno	Schlegel Dr., Dorothee
De Ridder Dr., Daniela	Klingbeil, Lars	Schmidt, Dagmar
Diaby Dr., Karamba	Kofler Dr., Bärbel	Schmidt, Matthias
Dittmar, Sabine	Kolbe, Daniela	Schmidt, Ulla
Dörmann, Martin	Kömpel, Birgit	Schneider, Carsten
Drobinski-Weiß, Elvira	Kramme, Anette	Schulte, Ursula
Edathy, Sebastian – bis 10. Februar 2014	Krüger Dr., Hans-Ulrich	Schulz, Swen
Ehrmann, Siegmund	Kühn-Mengel, Helga	Schurer, Ewald
Engelmeier, Michaela	Lambrecht, Christine	Schwabe, Frank
Erler Dr. h.c., Gernot	Lange, Christian	Schwartzte, Stefan
Ernstberger, Petra	Lauterbach Prof. Dr., Karl	Schwarz, Andreas
Esken, Saskia	Lemme, Steffen-Claudio	Schwarzelühr-Sutter, Rita
Evers-Meyer, Karin	Lischka, Burkhard	Sieling Dr., Carsten
Fechner Dr., Johannes	Lösekrug-Möller, Gabriele	Spiering, Rainer
Felgentreu Dr., Fritz	Lotze, Hiltrud	Spinrath, Norbert
Ferner, Elke	Lühmann, Kirsten	Stadler, Svenja
Finckh-Krämer Dr. rer. nat., Ute	Malecha-Nissen Dr., Birgit	Stamm-Fibich, Martina
Flisek, Christian	Marks, Caren	Steffen, Sonja
Fograscher, Gabriele	Mast, Katja	Steinbrück, Peer
Franke Dr., Edgar	Mattheis, Hilde	Steinmeier Dr., Frank-Walter
Freese, Ulrich	Miersch Dr., Matthias	Strässer, Christoph
Freitag, Dagmar	Mindrup, Klaus	Tack, Kerstin
Gabriel, Sigmar	Mittag, Susanne	Tausend, Claudia
Gerdes, Michael	Müller, Detlef – ab 19. Dezember 2014	Thews, Michael
Gerster, Martin	Müller, Bettina	Thönnnes, Franz
Gleicke, Iris	Müntefering, Michelle	Tiefensee, Wolfgang – bis 11. Dezember 2014
Glöckner, Angelika – ab 12. November 2014	Mützenich Dr., Rolf	Träger, Carsten
Gottschalck, Ulrike	Nahles, Andrea	Veit, Rüdiger
Griese, Kerstin	Nietan, Dietmar	Vogt, Ute
Groneberg, Gabriele – ab 11. Februar 2014	Nissen, Ulli	Vöpel, Dirk
Groß, Michael	Oppermann, Thomas	Weber, Gabi
Grötsch, Uli	Özdemir, Mahmut	Westphal, Bernd
Gunkel, Wolfgang	Özoguz, Aydan	Wicklein, Andrea
Hagedorn, Bettina	Paschke, Markus	Wiese, Dirk
Hagl-Kehl, Rita	Petry, Christian – ab 2. Januar 2014	Wolff, Waltraud
Hakverdi, Metin	Pflugradt, Jeannine	Yüksel, Gülistan
Hampel, Ulrich	Pilger, Detlev	Ziegler, Dagmar
Hartmann, Michael	Poß, Joachim	Zierke, Stefan
Hartmann, Sebastian	Poschmann, Sabine	Zimmermann Dr., Jens
Heidenblut, Dirk	Post, Achim	Zöllmer, Manfred
	Post, Florian	Zypries, Brigitte

DIE SPD-ABGEORDNETEN
IM EUROPÄISCHEN
PARLAMENT



EUROPAWAHL 2014 – DIE LÄNGST ÜBERFÄLLIGE DEMOKRATISIERUNG DER EU

Auch wenn es am Ende nicht für einen Sozialdemokraten auf dem Chefsessel der EU-Kommission gereicht hat: Martin Schulz wurde als erster Parlamentspräsident in der Geschichte der EU für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Zudem konnten die Sozialdemokraten für sich reklamieren, dass damit zu einem guten Ende gebracht wurde, was sie mit dem Prozess der Spitzenkandidaten begonnen hatten. Eine demokratische Errungenschaft, die sich das Europaparlament nicht mehr nehmen lassen wird - und ein Meilenstein für die Demokratisierung der EU.

Als die sozialdemokratischen Parteien Europas Martin Schulz am 1. März 2014 offiziell zu ihrem ersten gemeinsamen Spitzenkandidaten in der Geschichte der Europäischen Union nominierten, hatten sie die anderen Parteienfamilien längst unter Zugzwang gesetzt, sich ebenfalls auf Anwärter für das Amt des Kommissionspräsidenten zu verständigen.

Das Wort ‚Spitzenkandidat‘ fand in der Folge Eingang in viele europäische Sprachen. Und während Europawahlkämpfe zuvor fast ausschließlich auf nationaler Ebene geführt worden waren, rangen 2014 erstmals gemeinsame Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter der europäischen Parteienfamilien in öffentlichen Debatten um die politische Richtung in Europa – und um eine Mehrheit zur Bildung einer EU-Kommission.

Erstmals konnten die rund 400 Millionen Wahlberechtigten in Europa mit ihrer Stimme bei der Europawahl Ende Mai darüber mitentscheiden, wer Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission wird. Zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs den Amtsinhaber hinter verschlossenen Türen untereinander ausgekungelt.

Nach dem Wahlergebnis wurde zwar folgerichtig Jean-Claude Juncker zum neuen Kommissionspräsidenten gewählt. Das Europäische Parlament hat aber allein einen Kandidaten als Kommissionspräsidenten akzeptiert, dessen Mandat auch durch die Bevölkerung legitimiert ist. Nicht nur das: Die sozialdemokratische Fraktion stellt mit 191 Abgeordneten die zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Die SPD-Europaabgeordneten konnten vier Mandate gegenüber der zurückliegenden Legislaturperiode dazugewinnen und sind mit 27 überzeugten Europäerinnen und Europäern eine der stärksten Delegationen im gesamten Parlament. Besonders erfreulich: Die SPD ist die einzige deutsche Partei, die Vertreter und Vertreterinnen aus allen 16 Bundesländern stellt. Als Vorsitzender der deutschen Delegation wurde der südhessische Abgeordnete Udo Bullmann bestätigt, mit ihm bilden Jens Geier (NRW), Constanze Krehl (Sachsen), Dr. Joachim Schuster (Bremen) und Schatzmeisterin Jutta Steinruck (Rheinland-Pfalz) den Vorstand. Aus unseren Reihen kommen insgesamt 11 Fachsprecher/innen der Fraktion sowie mit Bernd Lange aus Niedersachsen der Vorsitzende des Ausschusses für Internationalen Handel. Stellvertretender Vorsitzender der S&D-Fraktion ist der Hamburger Abgeordnete Knut Fleckenstein.

DIE NEUE KONZESSIONSRICHTLINIE

SOZIALSTANDARDS GESICHERT, WASSER BLEIBT EIN ÖFFENTLICHES GUT

Wasser ist ein öffentliches Gut und gehört daher auch in öffentliche Hand. Das dies auch in Zukunft so bleibt, geht in guten Teilen auf die erfolgreiche Arbeit der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zurück. Bereits 2011 hat die Europäische Kommission ein Richtlinienpaket zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Neuregelung der Konzessionsvergabe vorgestellt. Eine einheitliche europäische Regelung war dabei auch im Interesse der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Die Konzessionsrichtlinie ist ein Instrument, das einen Rechtsrahmen für die Vergabe von Konzessionen schafft und darüber hinaus größtmögliche Transparenz gewährleistet. Damit kann nicht zuletzt bestehende Korruption bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekämpft werden. Die Richtlinie wurde aus Sicht der Kommission auch deshalb nötig, weil in einigen Mitgliedsstaaten keine oder nur unzureichende Rechtsrahmen vorhanden waren und die Konzessionsvergabe oft intransparent und unter dem Einfluss von Korruption stattfand.

Dennoch haben die von der Kommission vorgelegten Vorschläge von Beginn an auch eine kontrovers geführte öffentliche Debatte hervorgerufen: Ursprünglich sollte die Richtlinie auch die öffentliche Wasserversorgung betreffen. Nicht nur beinhaltete der Vorschlag der Kommission, Träger öffentlicher Dienstleistungen, wie etwa der Wasserversorgung, den gleichen Regeln zu unterwerfen, wie sie für private Dienstleistungen gelten sollten. Auch die konservativen Mitglieder des Verbraucherschutzausschusses im Europäischen Parlament wollten höchstens eine befristete Übergangslösung akzeptieren, spätestens ab 2020 aber dennoch keine Ausnahmen mehr für die öffentliche Daseinsvorsorge zulassen. Die SPD-Abgeordneten und ihren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament haben sich während des gesamten Gesetzgebungsprozesses dafür eingesetzt, dass öffentliche Träger der Wasserversorgung vollständig aus dem Anwendungsbereich der geplanten Richtlinie herausgenommen werden. Dies betrifft kommunale Zweckverbände oder die vor allen in Deutschland weitverbreiteten Stadtwerke. Es bestand aus Sicht der Sozialdemokraten keine Notwendigkeit, die allseits bewährten Formen guter und bezahlbarer öffentlicher Wasserversorgung denselben Regeln zu unterwerfen, wie sie etwa für private Anbieter gelten sollten.

Die kontrovers geführte Debatte um die Neuregelung der öffentlichen Auftragsvergabe mündete auch in die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative. Seit dem Vertrag von Lissabon haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich mit einer Bürgerinitiative direkt an die Europäische Kommission zu wenden und diese zum Handeln zu bewegen. Die Abgeordneten der SPD im Europäischen Parlament haben sich frühzeitig der Initiative „Right2Water“ angeschlossen und diese unterstützt. Letztlich ist es der Beharrlichkeit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie

der ersten erfolgreichen europäischen Bürgerinitiative zu verdanken, dass der Wasserbereich ausnahmslos aus der geplanten Gesetzgebung zur Konzessionsvergabe herausgenommen werden konnte. Die Verabschiedung des Richtlinien-Pakets im Januar 2014 war damit aus sozialdemokratischer Sicht ein Erfolg auf ganzer Linie. Nicht nur konnte nämlich die öffentliche Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich herausgenommen werden. Auch konnte gesetzlich verankert werden, dass Kommunen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zukünftig die Einhaltung von sozialen Kriterien wie etwa Tariflöhnen und Umweltstandards einfordern können. Damit konnten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine wichtige europäische Gesetzgebung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

VERANSTALTUNGEN

FESTAKT »150 JAHRE SPD« IN LEIPZIG

23. Mai 2013 – Präsenz der SPD-Europaabgeordneten bei der offiziellen Feier in Leipzig

SPD-PARTEITAG IN LEIPZIG

14.-17. November 2013 – Präsenz der SPD-Europaabgeordneten

EUROPADELEGIERTENKONFERENZ UND AUßERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG IN BERLIN

26. Januar 2014 – Wahl des Spitzenkandidaten Martin Schulz und Listenwahl

NEUJAHREMPFANG DER SPD-EUROPA-ABGEORDNETEN FÜR DIE MEDIEN

28. Januar 2014 in Brüssel

PES-KONGRESS IN BUDAPEST

27. Februar 2014 – europaweite Nominierung von Martin Schulz

WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

25. Mai 2014

EUROPAPOLITISCHE SPRECHERKONFERENZ IN BRÜSSEL

29./30. September 2014

EUROPAWEITEN RECHTSANSPRUCH AUF EIN BASISKONTO DURCHGESETZT

Nach Schätzungen der Weltbank gibt es rund 58 Millionen EU-Bürger, die nicht über ein Zahlungskonto verfügen. Neben Wohnsitzlosen wird auch Studierenden, Saisonarbeitern oder freien Dienstleistern in einigen europäischen Mitgliedsstaaten der Zugang zu einem Bankkonto verweigert, weil sie sehr mobil sind und daher über keine ständige Anschrift verfügen. Ohne Bankkonto ist man jedoch maßgeblich vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Ein Konto kann helfen, die Abwärtsspirale „Keine Wohnung – Kein Konto – Keine Arbeit“ zu durchbrechen. Die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament hat sich deshalb in der vergangenen Legislaturperiode verstärkt für ein Europa eingesetzt, in dem man in einem anderen Mitgliedsstaat leben oder arbeiten kann, ohne dabei einen bürokratischen Hürdenlauf absolvieren zu müssen, um ein Bankkonto für die alltäglichen Geschäfte zu eröffnen.

Nach der Intervention des Europäischen Parlaments mit einem legislativen Initiativbericht aus dem Jahr 2012 legte die Kommission im Mai 2013 einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vor (kurz: Zahlungskontenrichtlinie). Auf unsere Initiative hin wurde der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission in vielen Punkten im Sinne der Verbraucher nachgebessert: Für Nutzer eines Basiskontos müssen nun alle gängigen Dienstleistungen wie Überweisungen und Abhebungen an Terminals oder Online-Banking möglich sein. Zudem beschloss das Europäische Parlament mehr Transparenz bei den Gebühren für Bankdienstleistungen sowie eine Vereinfachung von Kontenwechseln. Auf Druck der Sozialdemokraten werden die

Verbraucher überdies zukünftig regelmäßig über anfallende Überziehungszinsen informiert und der empfangende Bankdienstleister übernimmt die vollständige Abwicklung von Kontowechseln innerhalb eines Mitgliedstaats – und dies so zeitnah und kostengünstig wie möglich. Das bedeutet auch, dass in Zukunft mehr Vergleichbarkeit bei den Gebühren und Überziehungszinsen herrschen wird. Dadurch entsteht mehr Wettbewerb um den Kunden, der davon in doppelter Weise profitieren kann: Die Qualität von Bankdienstleistungen steigt und die Kosten sinken.

Am 17. September 2014 ist die Zahlungskontenrichtlinie in Kraft getreten. Die Mitgliedsstaaten müssen sie innerhalb von zwei Jahren umsetzen. In Deutschland ist das Inkrafttreten des künftigen Zahlungskontengesetzes, mit dem jedem Verbraucher der Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen eingeräumt wird, für Anfang 2016 geplant. Die Zeiten, in denen EU-Bürgern der Zugang zu einem Bankkonto verweigert werden konnte, sind dann vorbei. Der jahrelange Kampf der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gegen diese soziale Ungerechtigkeit trägt damit Früchte.



v.l.n.r.: Jens Geier, Udo Bullmann, Constanze Krehl, Jutta Steinruck, Dr. Joachim Schuster (Foto: European Union 2014 – EP)

VORSTAND

Vorsitzender

Udo Bullmann

Stellvertretende Vorsitzende

Jens Geier

Constanze Krehl

Dr. Joachim Schuster

Schatzmeisterin

Jutta Steinruck

*SOZIALDEMOKRATISCHE
GEMEINSCHAFT
FÜR KOMMUNALPOLITIK
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND E.V.
(BUNDES-SGK)*

BUNDES-SGK



Der neu gewählte Vorstand der Bundes-SGK im Februar 2013 in Würzburg (Foto: Bundes-SGK / D. Bleicker)

STIMME DER KOMMUNALPOLITIK IN DER SPD

Die Bundes-SGK gibt den sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern eine eigene Stimme in der SPD. Auch in den Jahren 2013 und 2014 hat sich die gute Zusammenarbeit der Bundes-SGK mit dem SPD-Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion und in den Bund/Länder-Gremien der SPD bewährt. Dazu diente auch der seit 2010 bestehende Kommunalbeirat der SPD, der unter dem Vorsitz von Sigmar Gabriel dreimal im Berichtszeitraum tagte.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER BUNDES-SGK

Am 15./16. Februar 2013 fand die 15. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK in Würzburg statt. Norbert Bude, der Oberbürgermeister von Mönchengladbach und Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, wurde mit 85,5 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden der Bundes-SGK gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Stephan Weil an, der am 19. Februar 2013 zum Niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählt worden war.

Der Vorsitzende der SPD Sigmar Gabriel und der Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück betonten übereinstimmend, dass sie für eine Stärkung der kommunalen Einnahmekraft und für die Entlastung der Kommunen von steigenden Sozialausgaben einträten. Sigmar Gabriel forderte deshalb einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland. Peer Steinbrück verdeutlichte, dass es nach der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund weiterer Schritte bedürfe, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nachhaltig zu beseitigen.

Mit der Situation der Kommunalfinanzen befasste sich auch der Leitantrag auf der Delegiertenversammlung „Kommunen stärken – Zukunft schaffen“. In zehn grundlegenden Forderungen wurden darin für die Legislaturperiode 2013-2017 die aus Sicht der Städte, Gemeinden und Kreise notwendigen Schritte beschrieben, um die gesamtstaatliche und kommunale Haushaltslage zu stabilisieren. Darüber hinaus fasste die Delegiertenversammlung Beschlüsse zu weiteren wichtigen kommunalen Handlungsfeldern, angefangen von Positionen zur Energiewende aus kommunaler Sicht über ein neues Konzept zur öffentlich geförderten Beschäftigung, Forderungen

an die Verkehrspolitik von Bund und Ländern, Grundsätze der lokalen Demokratie bis hin zu einem Aktionsplan Wohnen, der auf differenzierte und regional angemessene Handlungsansätze zielt, um beidem – Wohnungsnot in Ballungszentren und Leerstand in anderen Regionen – wirksam zu begegnen.

DAS JAHR 2013: BUNDESTAGSWAHL UND DIE BILDUNG DER GROßEN KOALITION

Nach der Veröffentlichung des Regierungsprogramms legte die Bundes-SGK Argumente zur Bundestagswahl vor. In einem 10-Punkte-Katalog wurde verdeutlicht, welche Maßnahmen die SPD mit ihrem Regierungsprogramm und ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück durchsetzen würde. Nach dem Wahltag ging es darum, durch die nachfolgenden Koalitionsverhandlungen möglichst viele dieser Punkte in der Koalitionsvereinbarung unterzubringen.

Der Vorstand der Bundes-SGK beschloss in seiner Sitzung am 27. September 2013, eine Woche nach der Bundestagswahl, ein Positionspapier „Kommunen stärken – Zukunft schaffen“, in dem die aus kommunaler Sicht zehn wichtigsten Forderungen an eine neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zusammengetragen waren. Auch der parallel stattfindende Konvent der SPD unterstrich, dass die Stärkung der Kommunen eine der Kernforderungen an die Politik einer neuen Bundesregierung sein müsse. Dies wurde auch durch den SPD-Bundesparteitag in Leipzig bestätigt. Mit dem Beschluss „Starke Kommunen für ein gerechtes Land“ stand die Kommunalpolitik am dritten Tag des SPD-Bundesparteitages in Leipzig, dem 16. November 2013, im Mittelpunkt. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel dankte der SGK für die Formulierung und Einbringung des Antrages „und das, was ihr im Alltag jeden Tag für die Sozialdemokratie tut.“ In seiner Rede betonte er, „dass die Stärke der deutschen Sozialdemokratie nicht nur historisch aus den Städten und den Gemeinden, der Kommunalpolitik, kommt, sondern ich bin fest davon überzeugt: Wir werden auch in Zukunft nur dann mehrheitsfähig sein, wenn Stadt-, Lokalpolitik und Kommunalpolitik die Basis der deutschen Sozialdemokratie ist, liebe Genossinnen und Genossen. Nur dann! [...] Wir wollen, dass die Zukunft der Städte, der Gemeinden, der Kommunen auch wirklich eine lebenswerte Zukunft ist. Wenn das alles im Koalitionsvertrag steht – verdammt noch mal! – dann dürfen wir doch kei-

nen Zweifel daran lassen, dass wir den auch unterschreiben und in der SPD mehrheitsfähig machen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir diese Chance verpassen!“, so Sigmar Gabriel in seiner Rede.

In ihrer Beurteilung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD kamen der Vorsitzende der Bundes-SGK Norbert Bude und ihr Geschäftsführer Dr. Alexander Götz in einem Schreiben an die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu der Einschätzung, dass insgesamt die Vorteile für die Städte, Gemeinden und Kreise überwiegen würden. Dabei sei es wichtig zu betonen, dass die erreichten Positionen von der SPD im Bundestagswahlkampf thematisiert und danach in den Koalitionsverhandlungen gegen teilweise starken Widerstand der Union durchgesetzt wurden. Wesentliche Punkte seien von der SPD zugunsten der Städte, Gemeinden und Kreise verhandelt worden, die auf anderem Wege nicht erreichbar gewesen wären. Und auch dort, wo Konkretisierungsbedarf gesehen werde, sei eine Regierungsbeteiligung der SPD umso wichtiger, um im Interesse der Kommunen an der Politik auf Bundesebene direkt mitwirken zu können. Mit der Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitglieder votums für den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD am 14. Dezember 2013 konnte die neue Bundesregierung unter Beteiligung der SPD gebildet werden. Nun ging es um die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhaben.

Der Vorstand der Bundes-SGK hat sich in seinem Beschluss vom 21. Februar 2014 hierzu deutlich positioniert. Der Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU habe den erhöhten Finanzbedarf der Städte, Gemeinden und Kreise sowie die Mitverantwortung des Bundes dafür anerkannt. Denn trotz guter Steuereinnahmen setze sich der Anstieg von Kassenkrediten unvermindert fort und es nehme vor allem die Spreizung zwischen armen und reichen Kommunen weiter zu. Im Koalitionsvertrag seien deshalb mehrere prioritäre Maßnahmen



Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD, in der Sitzung des Vorstandes der Bundes-SGK am 21. Februar 2014 (Foto: Bundes-SGK/P. Hamon)

für die laufende Legislaturperiode vereinbart worden, die nicht unter Finanzierungsvorbehalt stünden und sobald als möglich umgesetzt werden müssten:

„Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden. Im Jahr 2014 erfolgt ohnehin die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes beginnen wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr.“

„Die Länder und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, werden die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet. Sollten die veranschlagten Mittel für die Kinderbetreu-

ung für den Aufwuchs nicht ausreichen, werden sie entsprechend des erkennbaren Bedarfs aufgestockt.“

„Für die Städtebauförderung stellen wir insgesamt 600 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, um auf 700 Millionen Euro pro Jahr zu kommen.“



Annette Sawade MdB, Vorsitzende des Unterausschusses Kommunalpolitik des Deutschen Bundestages und stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK, und Bernhard Daldrup MdB, Sprecher der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und Geschäftsführer der SGK Nordrhein-Westfalen (Foto: H. Goelz)

Mit diesem Auftrag standen im Jahr 2014 die Reform der Eingliederungshilfe und eine damit verbundene finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich ganz oben auf der politischen Agenda. Die Reform der Eingliederungshilfe und die finanzielle Entlastung der Kommunen im Bereich der von steigenden Kosten gekennzeichneten Sozialaufgaben und hier insbesondere der jährlich um rund 6 Prozent steigenden Kosten der Eingliederungshilfe wurden zum ersten Mal im Zuge der Bund/Länder-Verhandlungen zum europäischen Fiskalpakt 2012 miteinander verknüpft. Im Juni 2012 einigten sich die Länder und die Bundesregierung auf die Bedingungen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts. Vorausgegangen war dem die Ankündigung, dass damit die Regelungen der deutschen Schuldenbremse auf das Jahr 2014 vorgezogen und, anders als nach den nationalen Bestimmungen, die Verbindlichkeiten der kommunalen Haushalte und der Sozialversicherungen dem gesamtstaatlichen Defizit zugerechnet würden. Die damit auf die Länder zukommenden Lasten sollten durch den Bund ausgeglichen werden, und zwar durch Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe. So ließ sich die entsprechende prioritäre Maßnahme im Koalitionsvertrag erklären. Wie dieses geschehen solle, war durch ein Arbeitspapier der A-Länder in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder (ASMK) mit einem Vorschlag zur Einführung eines Bundesteilhabegeldes vorgezeichnet. In dem folgenden Konsultationsprozess des federführenden Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu diesem Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2014 bis zum Frühjahr 2015 kam es aber am Ende dazu, dass sich das Bundesfinanzministerium mit seiner Idee einer Entkoppelung der finanziellen Entlastung der Kommunen von Soziallasten von der Reform der Eingliederungshilfe und dem Gesetzgebungsverfahren für ein Bundesteilhabegesetz durchgesetzt hatte. Nunmehr wird die Debatte weitergeführt werden müssen, wie die angestrebte Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben spätestens ab 2018 erfolgen soll. Die hierzu geäußerten Positionen reichen von einer vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft nach SGB II durch den Bund bis zur Umwidmung weiterer Mehrwertsteuerpunkte direkt zugunsten der Kommunen.



Oberbürgermeister und Landräte aus dem Ruhrgebiet im Willy-Brandt-Haus, v.l.n.r.: Michael Makiolla, Landrat des Kreises Unna, Bernd Tischler, Oberbürgermeister von Bottrop, Dr. Arnim Brux, Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin von Mülheim/Ruhr, Ullrich Sierau, Oberbürgermeister von Dortmund (Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker)



v.l.n.r.: Dr. Alexander Götz, Geschäftsführer der Bundes-SGK, Roland Schäfer, erster Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister von Bergkamen, Stefan Schostok, Oberbürgermeister von Hannover, und Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK, bei der Fachkonferenz der Bundes-SGK im März 2014 in Bonn (Foto: Bundes-SGK/G. P. Müller)

DAS JAHR 2014: KOMMUNALWAHLEN IN ELF BUNDESLÄNDERN

Am 25. Mai 2014 fanden zeitgleich zur Wahl des Europaparlaments in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Bereits am 16. März 2014 hatten die Kommunalwahlen in Bayern stattgefunden. Die Einzelberichte der Bundes-SGK zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 können heruntergeladen werden unter: www.bundes-sgk.de

WEITERE THEMENSCHWERPUNKTE RECHTSANSPRUCH AUF DIE BETREUUNG UNTER DREIJÄHRIGER AB DEM 1. AUGUST 2013

In 2013 stand mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige am 1. August der Ausbau der Kapazitäten für Krippenplätze in den Kommunen ganz oben auf der politischen Agenda. Die dazu nach dem Krippengipfel 2007 mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) getroffenen Regelungen wurden von der SPD durchgesetzt. Der Rechtsanspruch bildet somit ein sozialdemokratisches Projekt. Die Bundes-SGK unterstützte dies und forderte weitere Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, um den Kitausbau langfristig abzusichern. Die seit 2007 von den Kommunen unternommenen Anstrengungen, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, waren enorm. Das gilt umso mehr, als sich der Bedarf vor allem in Ballungsräumen und großen Städten deutlich höher darstellte, als seinerzeit angenommen. Er steigt weiter an, wird schon bald die geschätzten 39 Prozent überschreiten und in urbanen Bereichen dauerhaft weit über 60 Prozent liegen.

Die Bundes-SGK unterstrich mit einem Vorstandsbeschluss vom Mai 2013, dass der Rechtsanspruch eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe bilde, bei der sich Bund und Länder weiterhin und noch stärker engagieren müssen. Dies gelte vor allem für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Beteiligung an steigenden Betriebskosten und eine adäquate Personalausstattung.

ENERGIEWENDE IN DEN KOMMUNEN

Bereits auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK Anfang 2013 wurde ein energiepolitischer Leitantrag beschlossen, der das politische Spannungsfeld der Energiewende verdeutlichte. Am 28./29. März 2014 veranstaltete die Bundes-SGK eine Fachkonferenz zum Thema „Kommunen in der Energiewende“ in Bonn. Die Kommunen in Deutschland sind in sehr unterschiedlicher Weise Gestalter und Betroffene der Energiewende. Sie sind mit ihren Stadtwerken selber in der Energiewirtschaft aktiv. Sie setzen Rahmenbedingungen durch die räumliche Planung. Sie übernehmen eine Vorbildfunktion und sind Moderatoren im Prozess der Energiewende.

Die Bundes-SGK hat mit dieser Fachkonferenz eine Diskussionsplattform für wesentliche aktuelle Fragen der Energiepolitik geboten. Zentrale Themen der Veranstaltung waren die Gestaltung der Energiemärkte, die Entwicklung der Mobilität in der Energiewende, Wertschöpfung in der Energiewende, Finanzierung der Energiewende, Bürgerbeteiligung in der Energiewende und die Zukunft der Verteilnetze, Kommunalisierung des Netzbetriebes bei Konzessionsübergang, das Stadtwerk der Zukunft, die Veränderungen der Geschäftsfelder, die Energiewende als Chance für den ländlichen Raum und Ansätze zur Steigerung der Energieeffizienz im Quartier.

ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Über den Berichtszeitraum in 2013 und 2014 entwickelte sich das Thema „Zuwanderung und Integration“ für die Kommunen zu einer der wichtigsten politischen Aufgaben. Zunächst standen die Binnenwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien und die schwierige Situation der Roma in ihren Heimatländern und bei der Integration in deutschen Städten im Blickfeld. So stellte der Vorstand der Bundes-SGK in einem umfassenden Beschluss am 27. September 2013 dar, welche Probleme bestehen und wie den besonders betroffenen Kommunen geholfen werden kann. Dieses fand auch Eingang in die Koalitionsvereinbarungen und führte im Jahr 2014 zu einem Unterstützungsprogramm des Bundes.

In 2014 wurde diese Diskussion dann durch den verstärkten Zuzug von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und der Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben der Unterbringung und Integration überwölbt. Der Vorstand der Bundes-SGK hat nach ausführlichen Beratungen in den Gremien der Bundes-SGK einen Grundsatzbeschluss zu dieser Thematik im November 2014 getroffen. In dem Positionspapier „Für eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik: Handlungserfordernisse aus kommunaler Sicht“ werden die auf den Weg gebrachten gesetzlichen Regelungen zu sicheren Drittstaaten, zu einer erleichterten Arbeitsaufnahme und zur Anpassung des Asylbewerberleistungsgesetzes als Schritte in die richtige Richtung begrüßt. Aus kommunaler Sicht müssen diese Schritte allerdings in den Kontext einer längerfristigen Verantwortungsgemeinschaft aller staatlichen Ebenen gestellt werden. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenwirken, um Flüchtlingsströme und Zuwanderung sinnvoll zu bewältigen. Dies beinhaltet unmittelbar und kurzfristig die Unterstützung der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung, die Herstellung eines konsistenten Rechtsrahmens, der Integration fördert, sowie eine faire Kosten- und Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Unabhängig davon bedarf es einer europäischen und internationalen Politik, die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft. Diese Diskussion bestimmt auch die politische Agenda des Jahres 2015, in dem geklärt werden muss, wie sich

der Bund dauerhaft und strukturell an den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Deutschland beteiligen wird.

ABSICHERUNG DER KOMMUNALEN VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die bereits in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene nicht hinreichend geklärten Fragen der künftigen Absicherung kommunaler Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und ihrer Finanzierung haben sich durch den gesamten Berichtszeitraum getragen. Die Bundes-SGK hat sich hier nach einer ersten Positionierung bei der letzten Delegiertenversammlung Anfang 2013 noch einmal mit einem Beschluss des Vorstandes am 26. September 2014 zu Wort gemeldet und den Bund dazu aufgefordert, die Anpassung der Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs vorzunehmen und eine Lösung für einen Anschluss der Förderung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den Zeitraum nach 2019 anzubieten.

NEUORDNUNG DER BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN

Ein Thema, das die kommunale Ebene nicht unberührt lassen wird. Bund und Länder haben in 2014 mit einem Diskussionsprozess begonnen, zu dem im Herbst 2014 mit dem inoffiziellen Schäuble/Scholz-Papier Wege für pragmatische Lösungen der zwischen den Ländern untereinander und mit dem Bund bestehenden Konflikte aufgezeigt werden sollten. Die Volte der Bundeskanzlerin zum Jahresende, gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden zu verkünden, dass eine Integration des Soli in die Einkommens- und Körperschaftssteuer politisch mit CDU/CSU nicht zu machen sei, raubte den Ansätzen von Scholz/Schäuble dann die Grundlage, sodass die Diskussion wieder neu geführt werden muss. Die Bundes-SGK hat in einer Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen“ das Thema umfassend diskutiert und ein Diskussionspapier erarbeitet, welches vom Vorstand der Bundes-SGK im Frühjahr 2015 beschlossen wurde. Es bleibt aus Sicht der Kommunen unzufriedenstellend, dass das Versprechen des Koalitionsvertrages, die Kommunen an diesem Diskussionsprozess direkt zu beteiligen, bisher nicht erfolgt ist.

KOMMUNEN UND EUROPA

Die Mehrzahl europäischer Regelungen wirkt sich – direkt oder indirekt – auf kommunales Handeln in Deutschland aus und nimmt in vielen wichtigen Bereichen Einfluss auf unseren Alltag in Städten, Gemeinden und Kreisen. Vor diesem Hintergrund ist die Wahl des Europäischen Parlamentes auch für die kommunale Ebene von herausragender Bedeutung. Daher war die Vorbereitung der Europawahl 2014 ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK und der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK). Die Bundes-SGK hat über kommunalrelevante Aspekte der Europapolitik und sozialdemokratische Positionen in einem Argumentationspapier sowie auf ihrer Website informiert. Zudem hat der Vorstand der Bundes-SGK in einem Positionspapier seine Erwartungen und Forderungen an das neue Europäische Parlament formuliert. Die Euro-SGK hat sich mit einem eigenen Beitrag aktiv an der Erarbeitung des Wahlprogramms der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) beteiligt und ein eigenes Manifest zur Europawahl 2014 erarbeitet. Das Manifest mit dem Titel „Europas Stärke liegt in seinen Städten und Gemeinden – Für ein soziales Europa der Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität“ beinhaltet sowohl die gemeinsamen Positionen in Kernbereichen der Kommunalpolitik als auch sieben politische Prioritäten, für die sich die sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politiker Europas in den nächsten Jahren verstärkt einsetzen wollen. Ihr Manifest stellte die Euro-SGK in einer Veranstaltung im Rahmen des Kongresses der SPE am 28. Februar 2014 in Rom vor, auf dem Martin Schulz zum Spitzenkandidaten der SPE für die Europawahl gewählt wurde.

Unter dem Vorsitz von Claudy Lebreton, Präsident der Versammlung der französischen Departements, hat die Euro-SGK ihre inhaltliche Arbeit sowie den Informations- und den Erfahrungsaustausch unter sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politikern auf der europäischen Ebene in bewährter Weise fortgesetzt. Dabei arbei-

tet sie eng mit der SPE zusammen. Die Bundes-SGK war im Vorstand der Euro-SGK vertreten durch Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und erster Vizepräsident des DStGB, der das Amt des Vizepräsidenten der Euro-SGK bekleidete, sowie Herbert Schmalstieg, der Ehrenpräsident der Euro-SGK ist. Alle Resolutionen und Papiere der Euro-SGK sowie Informationen zu ihren Aktivitäten finden sich auf der Internetseite unter: www.uskre.eu

Neben der Vorbereitung der Europawahl lagen inhaltliche Schwerpunkte der Kommission „Europa und Internationales“ und der Euro-SGK u.a. auf den Themen „Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2013“, „Asyl- und Flüchtlingspolitik“, „Armutszuwanderung aus Südosteuropa“ sowie „Öffentliche Daseinsvorsorge“, insbesondere im Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe und der viel diskutierten Dienstleistungskonzessionsrichtlinie und deren möglichen Implikationen beispielsweise für die Wasserversorgung. Die SPD-Europaabgeordneten haben sich erfolgreich für die Herausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie eingesetzt. Der Schulterschluss von Politik, kommunaler Interessenvertretung und Öffentlichkeit zeigte Wirkung. Mit Blick auf die vielen kommunalrelevanten Aspekte europäischer Gesetzesvorhaben steht die Bundes-SGK in engem Kontakt zur SPD-Gruppe im Europäischen Parlament.

Zum Thema „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP)“ hat der Vorstand der Bundes-SGK im Juni 2014 ein Positionspapier beschlossen, in dem sowohl die Chancen eines Freihandelsabkommens für Wachstum und Beschäftigung hervorgehoben als auch auf mögliche Gefahren für kommunales Handeln hingewiesen wird. So fordert die Bundes-SGK in Übereinstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, dass die hohe Qualität der Daseinsvorsorge durch TTIP nicht gefährdet werden darf und die kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge erhalten bleiben müsse. Eine sogenannte Investitionsschutzklausel mit außergerichtlichen und intransparenten Schiedsverfahren bei Streitigkeiten lehnt die Bundes-SGK ab.

In den Jahren 2013 und 2014 fanden in Prag und Wien Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK statt, die einen Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Tschechien und Österreich zu den Themen „Lokale Demokratie“ bzw. „Kommunen in der Energiewende“ ermöglichten.

QUALIFIZIERUNG UND INFORMATION: ANGEBOTE DER BUNDES-SGK

An Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden vielfältige Anforderungen gestellt. Um die zumeist ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in ihrer Arbeit zu unterstützen, bietet die SGK auf Bundes- und Landesebene ein breitgefächertes Angebot an Information, Beratung und Qualifizierung an und engagiert sich in der Nachwuchsförderung.

In den Jahren 2013 und 2014 hat die Bundes-SGK ihre bewährten **Seminare** zur Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen fortgesetzt. Als Vorbereitung auf die Kommunalwahlen in elf Bundesländern im Mai 2014 hat die Bundes-SGK das erfolgreiche Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ im Januar und Februar 2014 zweimal angeboten und das Angebot um das Kompaktseminar „Wahlsiegplanung“ erweitert, welches im Dezember 2013 in Berlin stattfand. Das Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ als Baustein der Frauenförderung wird in 2015 um ein vom SPD-Parteivorstand und der Bundes-SGK durchgeführtes Mentoring-Programm für Frauen in Führung ergänzt. Die Seminare der Bundes-SGK ergänzen die vielfältigen Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote der Landes-SGKs, die zum Teil auch in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie als gemeinsames Erfolgsprojekt des SPD-Parteivorstands und der Bundes-SGK erfreute

sich auch in den Jahren 2013 und 2014 großer Beliebtheit und wurde in den vier angebotenen Kursen von 237 kommunalpolitischen Nachwuchskräften absolviert. Seit dem Jahr 2001 läuft das Qualifizierungsprogramm, welches in vier Modulen ein hochqualitatives Programm mit einem innovativen Mix aus kommunalem Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung bietet.

Um wichtige kommunalpolitische Zukunftsthemen zu diskutieren, veranstaltet die Bundes-SGK **Fachkonferenzen**, bei denen im Zusammentreffen von Kommunalpolitik mit Fachverbänden, Wissenschaft und Unternehmen ein intensiver Erfahrungsaustausch ermöglicht wird. Im Jahr 2014 hat die Bundes-SGK die zweitägige Fachkonferenz „Kommunen in der Energiewende“ in Bonn veranstaltet.

In ihren **Informationsbriefen** berichtet die Bundes-SGK regelmäßig über politische Entwicklungen und Prozesse sowie über Gesetzesvorhaben des Bundes, die für die Kommunen von besonderer Bedeutung sind. Informationen, Tipps und Hinweise zu kommunalrelevanten Vorgängen auf der Bundesebene, zu Projekten und Veranstaltungen der Bundes-SGK sowie alle Diskussions- und Positionspapiere finden sich auch auf der Website unter: www.bundes-sgk.de. Darüber hinaus berichtet die Bundes-SGK zeitnah über die Ergebnisse von Kommunalwahlen sowie von Direktwahlen zum Amt des Oberbürgermeisters, des Landrats und des Bürgermeisters bei Städten über 50.000 Einwohner.

Im monatlich erscheinenden Fachorgan der Bundes-SGK „Demokratische Gemeinde“ (DEMO) wird regelmäßig über die Aktivitäten und



Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Vorsitzender der SGK Nordrhein-Westfalen, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK (Foto: Bundes-SGK/D. Bleicker)

Projekte der Bundes-SGK und der Landes-SGKs, über aktuelle kommunalrelevante Themen sowie über gute Beispiele sozialdemokratischer Kommunalpolitik berichtet.

TERMINE

15. Februar 2013 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Würzburg

15./16. Februar 2013 15. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK „Kommunen stärken – Zukunft schaffen“ in Würzburg

März 2013 Start des Kurses I-2013 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

8. März 2013 Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin

20. März 2013 Sitzung der AG „Arbeitsmarktpolitik“ der Bundes-SGK in Nürnberg

22. März 2013 Fachgespräch „Zuzugsprobleme aus EU-Beitrittsländern in Südosteuropa“ bei der Bundes-SGK in Berlin

22./23. März 2013 Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe

11./12. April 2013 Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Nürnberg

19./20. April 2013 Seminar der Bundes-SGK „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ in Springe

23. April 2013 „Kommunaler Abend“ der DEMO, der SGK Hessen und der Bundes-SGK im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt am Main mit Thorsten Schäfer-Gümbel

8. Mai 2013 Sitzung des Lenkungskreises des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin

24./25. Mai 2013 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und Klausursitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Mönchengladbach

26. Mai 2013 Kommunal- und Direktwahlen in Schleswig-Holstein (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)

6. Juni 2013 Sitzung der Geschäftsführer/innen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin

10. Juni 2013 Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin

10. Juni 2013 Sitzung des SPD-Kommunalbeirates in Berlin

11. Juni 2013 Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin

14. Juni 2013 Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin

25. Juni 2013 Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Brüssel

September 2013 Start des Kurses II-2013 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

3. September 2013 Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin

13. September 2013 Fachgespräch zu den Folgen und Konsequenzen der Flutkatastrophe bei der Bundes-SGK in Berlin

26. September 2013 Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie / Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin

27. September 2013 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

- 9. Oktober 2013** Sitzung der Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen“ der Bundes-SGK in Berlin
- 25. Oktober 2013** Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin
- 7.-9. November 2013** Deutsch-Tschechische kommunalpolitische Fachkonferenz „Kommunalpolitik erfolgreich gestalten – Lokale Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Prag
- 12. November 2013** Sitzung der Geschäftsführer/innen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin
- 21. November 2013** Sitzung des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin
- 22. November 2013** Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
- 22./23. November 2013** Seminar der Bundes-SGK „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen“ in Springe
- 4. Dezember 2013** Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Brüssel
- 6./7. Dezember 2013** Seminar der Bundes-SGK „Strategische Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik“ in Springe
- 12./13. Dezember 2013** Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Berlin
- 14. Dezember 2013** Kompaktseminar der Bundes-SGK „Wahlsiegplanung“ in Berlin
- 16. Dezember 2013** Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin
- Januar 2014** Start des Kurses I-2014 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
- 15. Januar 2014** Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin
- 22. Januar 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen“ der Bundes-SGK in Berlin
- 23. Januar 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Zuwanderung und Integration“ der Bundes-SGK in Mannheim
- 24./25. Januar 2014** Seminar der Bundes-SGK „Kommunalwahlen gewinnen“ in Springe
- 7./8. Februar 2014** Seminar der Bundes-SGK „Kommunalwahlen gewinnen“ in Springe
- 14. Februar 2014** Sitzung der Kommission „Energie und Umwelt“ der Bundes-SGK in Berlin
- 20. Februar 2014** Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie / Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK in Berlin
- 21. Februar 2014** Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
- 26. Februar 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin
- 28. Februar 2014** Roundtable Diskussion „Warum ist die Europawahl von Bedeutung für die kommunale und regionale Ebene?“ und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Rom
- 14. März 2014** Sitzung des SPD-Kommunalbeirates in Berlin
- 16. März 2014** Kommunal- und Direktwahlen in Bayern (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 28./29. März 2014** Fachkonferenz der Bundes-SGK „Kommunen in der Energiewende“ in Bonn
- 4. April 2014** Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin
- 10./11. April 2014** Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Wiesbaden
- 6. Mai 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin
- 21. Mai 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarktpolitik“ der Bundes-SGK in Nürnberg
- 25. Mai 2014** Kommunal- und Direktwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen sowie Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
- 18. Juni 2014** Sitzung der Geschäftsführer/innen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin
- 27. Juni 2014** Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
- 27./28. Juni 2014** Seminar der Bundes-SGK „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ in Springe
- 30. Juni 2014** Sitzung des Lenkungskreises des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin
- 1. Juli 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin
- 3. Juli 2014** Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin
- 10. Juli 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen“ der Bundes-SGK in Berlin
- 18./19. September 2014** Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Aachen
- 19. September 2014** Sitzung des SPD-Kommunalbeirates in Berlin
- 23. September 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarktpolitik“ der Bundes-SGK in Nürnberg
- 26. September 2014** Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
- 30. September 2014** Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin

Oktober 2014 Start des Kurses II-2014 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie

17. Oktober 2014 Sitzung der Arbeitsgruppe „Rolle der Kommunen in der Pflege“ der Bundes-SGK in Berlin

22. Oktober 2014 Sitzung der Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen“ der Bundes-SGK in Berlin

24. Oktober 2014 Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin

14./15. November 2014 Seminar der Bundes-SGK „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen“ in Springe

14./15. November 2014 Fachkonferenz „Kommunen in der Energiewende“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Wien

19. November 2014 Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE/Euro-SGK) in Brüssel

Sitzung der Geschäftsführer/innen der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin

24. November 2014 Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin

28. November 2014 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin

2. Dezember 2014 Sitzung des Lenkungskreises des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin

2. Dezember 2014 Sitzung des Forums „Ländlicher Raum“ in Berlin

9. Dezember 2014 Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin

17. Dezember 2014 Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin

PERSONALIEN

Ehrenvorsitzender

Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

Ehrenmitglieder

Dr. h.c. Hans Koschnick

Dr. h.c. Klaus Wedemeier

Vorsitzender

Norbert Bude – ab 15. Februar 2013

Stephan Weil – bis 15. Februar 2013

Stellv. Vorsitzende

Frank Baranowski

Michael Ebling – ab 15. Februar 2013

Jürgen Kanehl

Astrid Salle-Eltner – ab 15. Februar 2013

Annette Sawade

Dagmar Szabados – bis 15. Februar 2013

Schatzmeister

Dr. Jürgen Barthel

Schriftführer

Kurt Kindel

Geschäftsführer

Dr. Alexander Götz – bis 15. März 2015

Dr. Manfred Sternberg – ab 1. Juli 2015

Geschäftsstelle der Bundes-SGK

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon: 030/259 93 960

Telefax: 030/259 93 970

E-Mail: info@bundes-sgk.de

Internet: www.bundes-sgk.de

RUDI ADAMS

10.11.1919 – 23.05.2013

Vizepräsident des Europäischen Parlaments 1977 – 1979; Mitglied des Bundestages 1966 – 1980; Mitglied des Europäischen Parlaments 1970-1979

CLAUS ARNDT

16.04.1927 – 10.02.2014

Mitglied des Bundestages 1968 – 1972 / 1974 – 1976; Mitglied und stellv. Vorsitzender der G10-Kommission des Bundestages 1968 – 1999; Mitglied der Bundesschiedskommission 1973 – 1997; Mitbegründer der deutschen Sektion von Amnesty International

HERBERT BERMEITINGER

31.01.1930 – 01.11.2013

Regierungssprecher des Landes Rheinland-Pfalz 1991 – 1994; Sprecher der Landtagsfraktion und des Landesverbandes 1970 – 1991; Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion 1962 – 1970

FRIEDEL BERTRAM

05.03.1937 – 16.05.2014

Mitglied des Niedersächsischen Landtages 1974 – 1986; stellv. Fraktionsvorsitzender 1978 – 1983; stellv. Landrat 1972 und 1974

FRITZ BÖHM

22.02.1920 – 10.01.2013

Mitglied des Bundestages 1965 – 1972; Mitglied des Bayerischen Landtages 1958 – 1965

KLAUS BÖLLING

29.08.1928 – 01.11.2014

Regierungssprecher der sozialliberalen Koalition 1974 – 1981/82; ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR 1981/82

GERT BÖRNSEN

10.02.1943 – 10.05.2014

Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein 1975 – 1996; Fraktionsvorsitzender 1988 – 1996; parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion 1983 – 1988

ERNST BREIT

20.08.1924 – 22.02.2013

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1982 – 1990; Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft 1971 – 1982

ADALBERT BRUNNER

20.09.1921 – 16.01.2013

Mitglied des Bayerischen Landtages 1970 – 1978; Gründungsmitglied und Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 1965 – 1969

RÜDIGER BUTTE

17.05.1949 – 26.04.2013

Landrat des Landkreises Halmen-Pyrmont 2005 – 2013; Direktor des Landeskriminalamtes Niedersachsen

FRANK DAHRENDORF

26.05.1934 – 04.06.2013

Staatsrat in der Hamburgischen Behörde des Inneren; anschließend Staatsrat in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg; Justizsenator und Präses der Hamburgischen Justizbehörde; Innensenator in Berlin 1981

JOSEF (JUPP) DARCHINGER

06.08.1925 – 28.07.2013

selbständiger Fotojournalist, u.a. für Publikationen der SPD; seit Mitte der 1960er-Jahre bis zum Regierungsumzug nach Berlin Fotokorrespondent für das Wochenmagazin „Der Spiegel“ und „Die Zeit“

CLAUS DITTBRENNER

21.09.1952 – 29.12.2013

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1979 – 1999; Fraktionsvorsitzender 1987 – 1995

IRING FETSCHER

04.03.1922 – 19.07.2014

Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M. 1963 – 1987; undogmatischer Marxismusforscher; Mitglied der Grundwertekommission der SPD 1975 – 2009; Berater von Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt

OTTO FICHTNER

25.03.1929 – 08.07.2013

Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt 1989 – 1991; Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) 1955/56

LOTHAR FISCHER

21.06.1942 – 03.02.2013

Mitglied des Bundestages 1980 – 2002

RAINER FORNAHL

10.05.1947 – 03.12.2014

Mitglied des Bundestages 1998 – 2009; Mitbegründer des Neuen Forums und der SDP in Leipzig 1989

INGE FROHNERT

23.03.1924 – 21.01.2013

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin 1981 – 1991; Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin 1990/91

FRANZ FROSCHMAIER

29.07.1930 – 08.01.2013

Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein 1988 – 1992; Leiter des Hanse-Office in Brüssel 1995 – 2004

FRITZ GERSTL

16.05.1923 – 21.08.2014

Mitglied des Bundestages 1972 – 1987; Landrat des Landkreises Passau 1964 – 1970; Bürgermeister von Hals 1955 – 1964

HERBERT GÜNTHER

13.03.1929 – 11.08.2013

Justizminister des Landes Hessen 1974 – 1987; Innenminister des Landes Hessen 1982 – 1984 und 1991 – 1994; Mitglied des Hessischen Landtages 1978 – 1991; Vizepräsident des Hessischen Landtages 1987 – 1991; Präsident des Verbandes Deutscher Naturparke 1994 – 2006

GUSTAV-ADOLF HAAS

20.06.1935 – 24.03.2013

Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg 1992 – 1996 und 2001 – 2009

KURT HARTZ

21.10.1935 – 24.09.2014

Mitglied des Landtages des Saarlandes 1980 – 1999; 1. Bevollmächtigter Völklingen 1969 – 2000; Bürgermeister der Gemeinde Niederwürzbach 1964 – 1974

GÜNTER HERTERICH

15.06.1939 – 21.04.2014

Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen 1975 – 1980; Mitglied des Bundestages 1980 – 1987

REINHARD HÖPPNER

02.12.1948 – 09.06.2014

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt im Magdeburger Modell 1994 – 2002; Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt 1990 – 2006; Mitglied des Parteivorstandes 1990 – 2002; Vizepräsident der ersten frei gewählten Volkskammer 1990; Präses der Synode der Kirchenprovinz Sachsen 1980 – 1994; Präsident des Evangelischen Kirchentages 2005 – 2007

UWE JENS

02.10.1935 – 20.03.2013

Mitglied des Bundestages 1972 – 2002; Sprecher für Wirtschaftspolitik

HELMUT KASIMIER

17.10.1926 – 16.04.2013

Finanzminister des Landes Niedersachsen 1974 – 1976; Mitglied des Niedersächsischen Landtages 1963 – 1986; Fraktionsvorsitzender 1967 – 1974

PETER KAUFFOLD

19.08.1937 – 28.04.2014

Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1998 – 2002; parlamentarischer Staatssekretär des Landwirtschaftsministers der DDR 1990; Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer 1990; Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1990 – 1993

KARL-HANS KERN

03.10.1932 – 21.05.2014

Mitglied des Bundestages 1967 – 1976

PETER KIEP

09.01.1944 – 03.10.2013

Bürgermeister der Stadt Bad Belzig 1990 – 2008

THOMAS KLEINEIDAM

09.02.1958 – 31.08.2013

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin 1999 – 2013

WALDEMAR KLISCHIES

14.02.1929 – 11.09.2013

Bremer Senatsdirektor 1967 – 1971; Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1979 – 1983

UWE KÜSTER

14.07.1945 – 26.10.2014

Mitglied des Bundestages 1990 – 2009; parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion 1991 – 2007

HARTMUT LAUSE

17.01.1927 – 26.06.2013

Bürgermeister der Stadt Osnabrück 1972 – 1991; Mitglied des Stadtrates 1964 – 1996

HANS LEMP

11.12.1928 – 08.07.2014

Mitglied des Bundestages 1967 – 1980; Mitglied des Europäischen Parlaments 1977 – 1979

THOMAS-JÖRG LEUCHERT

23.07.1954 – 05.03.2013

Landrat des Landkreises Bad Doberan 1994 – 2011; anschließend bis 2013 Landrat des Landkreises Rostock

KARL LÜNEBURG

04.05.1927 – 11.06.2014

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1967 – 1975

PETER MACKE

26.11.1939 – 17.09.2014

Richter am Bundesgerichtshof 1981 – 1991; Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf 1977 – 1981; Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg 1993 – 2004

GÜNTHER METZGER

23.01.1933 – 18.08.2013

Mitglied des Bundestages 1969 – 1976; stellv. Fraktionsvorsitzender 1973 – 1976; Oberbürgermeister von Darmstadt 1981 – 1993

PETER NEUBER

13.03.1937 – 01.11.2013

Oberbürgermeister von Neunkirchen 1975 – 1990; Staatssekretär im niedersächsischen Finanzministerium 1990 – 1994

ERICH NITZLING

24.12.1934 – 04.04.2014

Mitglied des Hessischen Landtages 1970 – 1987

DORIS ODENDAHL

30.06.1933 – 14.06.2013

Mitglied des Bundestages 1983 – 1998

BRUNHILDE PETER

04.10.1925 – 21.01.2014

Sozialministerin des Saarlandes 1985 – 1991; Mitglied des Landtages 1970 – 1990; Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen 1973 – 1985; Vorsitzende des Seniorenrates 1996 – 2006

ERWIN REICHERT

08.06.1948 – 12.12.2013

Oberbürgermeister der Stadt Freudenstadt 1992 – 2008

WALTER ROMBERG

27.12.1928 – 23.05.2014

letzter Finanzminister der DDR 1990; Minister ohne Geschäftsbereich in der Übergangsregierung Modrow 1990; Mitglied der Grundsatzkommission der SPD in der DDR 1990; Beobachter im Europaparlament 1991 – 1994

EVA RÜHMKORF

06.03.1935 – 21.01.2013

Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein 1988 – 1990; Ministerin für Bundesangelegenheiten sowie Stellv. des Ministerpräsidenten 1990 – 1992; erste Gleichstellungsbeauftragte der neu gegründeten Leitstelle Gleichstellung der Frau der Freien und Hansestadt Hamburg; Staatsrätin für die Leitstelle Gleichstellung der Frau in der Senatskanzlei 1983 – 1988

DIRK SAGER

13.08.1940 – 02.01.2014

Journalist beim ZDF seit 1968; u.a. Redaktionsleiter des Polit-Magazins „Kennzeichen D“

WERNER SALOMON

01.10.1926 – 12.06.2014

Bürgermeister des Stadtbezirks Spandau von Berlin 1979 – 1992; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin 1971 – 1974

THOMAS SAUER

18.03.1962 – 10.03.2014

Mitglied des Bundestages 1998 – 2005

HARALD B. SCHÄFER

20.07.1938 – 22.01.2013

Umweltminister des Landes Baden-Württemberg 1992 – 1996; Mitglied des Bundestages 1972 – 1992; stellv. Landesvorsitzender 1977 – 1996

ADOLF SCHMIDT

18.04.1925 – 26.11.2013

Vorsitzender der IG Bergbau und Energie 1969 – 1985; Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes 1971 – 1984; Mitglied des Bundestages 1972 – 1986; stellv. Fraktionsvorsitzender 1975 – 1977; hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär 1951 – 1969

FRIEDEL SCHIRMER

20.03.1926 – 28.11.2014

Mitglied des Bundestages 1969 – 1983; Leiter des Sportrates beim Parteivorstand 1964 – 1976; Deutscher Meister im Zehnkampf 1951, 1953, 1954; Fahnenträger der deutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1952 in Helsinki; Bundestrainer im Zehnkampf 1962 – 1968

WOLFGANG SCHOLLMEYER

31.12.1933 – 25.10.2014

Mitglied des Bundestages 1969 – 1972

OTTMAR SCHREINER

21.02.1946 – 06.04.2013

Mitglied des Bundestages 1980 – 2013; stellv. Fraktionsvorsitzender 1997 – 1998; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 2000 – 2012; Mitglied des Parteivorstandes 1994 – 2011; Bundesgeschäftsführer der SPD 1998/99; stellv. Juso-Vorsitzender 1974 – 1977

BERND SCHRÖDER

15.05.1950 – 23.09.2013

Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein 1996 – 2012

PETER SCHULZ

25.04.1930 – 17.05.2013

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg 1971 – 1974; Zweiter Bürgermeister und Schulsenator 1970 – 1971; Justizsenator 1966 – 1970; Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft 1961 – 1986 (mit Unterbrechung); Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft 1978 – 1986 (mit Unterbrechung)

WALTER SICKERT

02.02.1919 – 21.02.2013

Vorsitzender des DGB-Landesbezirkes Berlin 1960 – 1982; Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin 1963 – 1981; Präsident des Abgeordnetenhaus 1967 – 1975; Vizepräsident des Abgeordnetenhaus 1975 – 1981

HELMUT SIMON

01.01.1922 – 26.09.2013

Richter am Bundesverfassungsgericht 1970 – 1987; Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1977 – 1989

FRITZ TEPPERWIEN

20.04.1937 – 03.06.2014

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1971 – 1991; Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes 1992 – 2005; stellv. Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes 1973 – 1992; Landesvorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes 1969 – 1992; Mitbegründer des Samaritan International 1994; Präsident des Samaritan International 2005

HELGA TIMM

11.07.1924 – 06.12.2014

Mitglied des Bundestages 1969 – 1990; parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion 1973 – 1987

REINHARD UHDE

30.07.1929 – 11.11.2014

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1965 – 1971; Pressesprecher der Bremischen Bürgerschaft 1976 – 1992

WERNER VITT

30.12.1926 – 01.07.2014

stellv. Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik 1969 – 1988; Mitglied des Parteivorstandes 1973 – 1986

HARRY WALTER

20.03.1929 – 31.12.2013

erfolgreicher Wahlkampfwerber für die SPD, setzte neue Maßstäbe in der politischen Werbung

HERMANN WEBER

23.10.1928 – 29.12.2014

Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim 1975 – 1993; Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand 1984 – 2005; Gründer der Hermann-Weber-Stiftung zur Erforschung der DDR und der Arbeiterbewegung

KURT WEIDMANN

08.08.1937 – 01.06.2014

Mitglied des Hessischen Landtages 1987 – 1999; parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und stellv. Fraktionsvorsitzender 1994 – 1999

HANS WIESEN

07.05.1936 – 14.11.2013

Landwirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 1988 – 1998; Mitglied des Landtages Schleswig Holstein 1975 – 1998

STEPHAN WILDHIRT

17.12.1954 – 10.11.2013

Direktor des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main 2004 – 2010; Bürgermeister von Offenbach 1997 – 2004

WALTER ZUBER

11.06.1943 – 25.06.2014

Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz 1991 – 2008; Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz 1971 – 1982 und 1991 – 2008; Bürgermeister der Stadt Alzey 1982 – 1990; Landrat des Landkreises Bad Kreuznach 1990/91

*BESCHLÜSSE
UND ERKLÄRUNGEN*
2013 – 2014

**PARTEIVORSTAND
UND PRÄSIDIUM
DER SPD NIEDER-
SACHSEN, 14.1.2013**

BRAUNSCHWEIGER ERKLÄRUNG FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

Die SPD-Spitze und das Präsidium der niedersächsischen SPD haben heute in Braunschweig folgende gemeinsam von **Peer Steinbrück**, **Sigmar Gabriel** und **Stephan Weil** vorgelegte Erklärung verabschiedet:

Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Steuerehrlichkeit stellt sicher, dass dieses Prinzip für alle gilt. Deshalb ist Steuerbetrug kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

Vom Staat geduldeter Steuerbetrug verletzt das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen, weil sie den Eindruck haben, dass der Ehrliche der Dumme ist. Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten seiner Mitbürger. Denn sie sind es, die mit ihren Steuern die öffentlichen Aufgaben finanzieren, von denen alle profitieren. Können wichtige öffentliche Leistungen wie Bildung, Infrastruktur oder die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr solide finanziert werden, müssen alle Bürgerinnen und Bürger die Folgen tragen. Steuerbetrug schwächt das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft.

Nach seriösen Schätzungen entgehen den öffentlichen Haushalten in Deutschland jährlich bis zu 150 Milliarden Euro durch Steuerbetrug. Das sind 16 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. In ganz Europa belaufen sich die Steuerausfälle durch illegale Praktiken auf bis zu 850 Milliarden Euro. Das entspricht sogar annähernd einem Viertel der Steuereinnahmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanznot einiger europäischer Staaten und der damit verbundenen sozialen Spaltung Europas wirken diese Zahlen geradezu grotesk.

BILANZ DER REGIERUNG MERKEL: LOBBY- UND KLIENTELPOLITIK STATT STEUERGERECHTIGKEIT

Die Regierung Merkel hat beim Kampf gegen Steuerbetrug versagt. Die schwarz-gelbe Koalition folgt dem Muster der Klientelpolitik. Ungerechte Steuerprivilegien, teure Begünstigungen und windelweiche Regelungen bei Steuervergehen prägen das Handeln dieser Regierung:

- Die Regierung Merkel hat gleich nach ihrem Amtsantritt die von der SPD im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 durchgesetzten Maßnahmen gegen missbräuchliche Verlustverrechnungsmodelle und Gewinnverlagerungen ins Ausland wieder aufgeweicht.
- Die Regierung Merkel hat ein Steuerabkommen mit der Schweiz ohne Beteiligung der Bundesländer ausgehandelt, das im Ergebnis Steuerhinterzieher begünstigt hätte: Die Täter wären straffrei und anonym geblieben. Gleichzeitig hätte das Abkommen nicht sichergestellt, dass Steuerbetrug über Schweizer Banken zukünftig nicht mehr möglich gewesen wäre. Es ist gut für den Zusammenhalt in unserem Land, dass dieses Abkommen, das zahlreiche Schlupflöcher offen ließ, von den von SPD und Grünen geführten Ländern im Bundesrat gestoppt wurde.
- Die Regierung Merkel stemmt sich dagegen, Steuerhinterzieher zu überführen und dabei die Mittel zur Strafverfolgung zu nutzen. Führende Mitglieder der Bundesregierung diffamieren den Ankauf von Steuer-CDs zur Strafaufklärung und wollen ihn gar gesetzlich verbieten. Damit wird der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt: Beamte der Steuerverwaltung werden kriminalisiert, während die Täter ungeschoren davonkommen. Ein unwürdiger Vorgang, zumal die Steuerfahnder der Länder auch mit Hilfe von

gekauften Daten im Jahr 2011 der öffentlichen Hand zu Mehreinnahmen von 2,2 Milliarden Euro verholfen haben.

- Die Regierung Merkel wollte die Aufbewahrungsfristen für Geschäftsunterlagen verkürzen. Wenn die von SPD und Grünen geführten Länder dies im Bundesrat nicht verhindert hätten, hätte die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen zu Mindereinnahmen im Staatshaushalt von 200 Millionen Euro ab 2013 und 1 Milliarde Euro ab 2015 geführt. Darüber hinaus wären künftige Betriebs- und Steuerfahndungsprüfungen erschwert worden.
- Die Regierung Merkel tut auch auf europäischer Ebene fast nichts, um die Initiativen der Europäischen Kommission zur Eindämmung des grenzüberschreitenden Steuerbetrugs zu unterstützen. Stattdessen blockiert sie mit ihren Verhandlungen über ein Steuerabkommen mit der Schweiz die dringend notwendige Ausdehnung der Zinssteuerrichtlinie zur Anpassung der Zinsbesteuerungsabkommen der Europäischen Union mit europäischen Drittstaaten.

WIR WOLLEN MEHR STEUEREHRlichkeit

Die SPD ist die Partei der Steuerehrlichkeit. Die SPD-geführte Bundesregierung hat seit 1998 das nationale Instrumentarium zur Bekämpfung der Steuerkriminalität deutlich verbessert. Wir haben die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Finanzverwaltung verbessert, damit der Umsatzsteuerbetrug eingedämmt werden konnte. Wir haben die Telekommunikationsüberwachung bei Verdacht der bandenmäßigen Umsatz- und Verbrauchsteuerhinterziehung ermöglicht und die Anpassung der Verjährungsfrist für die Verfolgung besonders schwerer Steuerhinterziehungsfälle an die Verjährungsfrist für die Steuerfestsetzung durchgesetzt.

Ohne den Einsatz der rot-grünen Bundesregierung wäre die europäische Zinsrichtlinie nicht zustande gekommen.

Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerstand der CDU/CSU das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz durchgesetzt. Wir haben die hohen Standards der OECD zur Transparenz und zum Auskunftsaustausch in Deutschland umgesetzt und die Ermittlungsmöglichkeiten der Finanzämter gestärkt.

Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 haben wir zahlreiche Steuerschlupflöcher für Unternehmen geschlossen und die Möglichkeiten der sogenannten „Steuergestaltung“, der Verlagerung von steuerpflichtigen Gewinnen ins Ausland, eingeschränkt. Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist uns zu Beginn des Jahres 2009 auch der Einstieg in ein transparenteres internationales Steuerumfeld gelungen. Auf deutsch-französische Initiative hin haben die G20-Staaten mit der Androhung von Abwehrmaßnahmen gegen nicht kooperierende Rechtssysteme binnen weniger Monate die weltweite Anerkennung des Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für den Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten durchgesetzt.

STEUERBETRUG WIRKSAM BEKÄMPFEN

Seit Amtsantritt der Regierung Merkel herrscht faktisch Stillstand beim Kampf gegen Steuerbetrug. Wir brauchen jetzt neue tatkräftige Schritte, um den Kampf gegen Steuerbetrug wieder aufzunehmen:

1. ENTZUG DER BANKLIZENZ BEI FORTGESETZTER BEIHILFE ZUM STEUERBETRUG

Wir wollen nicht hinnehmen, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Zuletzt hat das öffentliche Schuldeingeständnis der Schweizer Wegelin

Bank offenbart, wie systematisch Steuerhinterziehung zum Geschäftsmodell gemacht wurde. Alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute müssen deshalb verpflichtet werden, keine Bankprodukte und dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Finanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll diese bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich steigernde Strafabwehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

2. AUFBAU EINER BUNDESWEITEN STEUERFAHNDUNG

Wir wollen eine bundesweite Steuerfahndung aufbauen, die für die Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung zuständig ist. Sie soll einen einheitlichen Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sicherstellen. Die Bundessteuerfahndung soll die Finanzbehörden durch die Analyse typischer Betrugsgestaltungen und Hinterziehungsstrategien bei der Aufdeckung und Verhinderung von Steuerstraftaten unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Fragen des Steuerbetrugs stärken.

3. GLEICHMÄßIGER STEUERVOLLZUG IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Wir wollen die im Finanzverwaltungsgesetz geschaffenen Bundeskompetenzen nutzen, um ein bundesweit gleichmäßiges Vorgehen der Finanzbehörden gegen Steuerhinterziehung zu erreichen. Wir streben einen gleichmäßigen Steuervollzug zur Sicherung des Steueraufkommens an. Insbesondere die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung, die Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie die Staatsanwaltschaften müssen in den Ländern personell so gestärkt werden, dass einerseits das Entdeckungsrisiko bei Steuerbetrug und hinterziehung signifikant steigt und andererseits eine zügige Strafverfolgung gewährleistet ist. Zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung wollen wir zusammen mit den Bundesländern bundesweite Standards festlegen.

4. VERSCHÄRFUNG DER VERJÄHRUNGSFRIST FÜR STEUERBETRUG

Wir wollen die Verjährungsfristen für Steuerbetrug verschärfen. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

5. EUROPaweITEN AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH EINFÜHREN UND DEN UMSATZSTEUERBETRUG EUROPaweIT EINDÄMMEN

Wir wollen Steueroasen mindestens europaweit trocken legen. Der zwischenstaatliche Auskunftsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen sicherstellen, dass Steuerhinterzieher jederzeit mit der Gefahr rechnen müssen, aufzufliegen.

Wir wollen uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass verdächtiges Auslandsvermögen eingefroren und registriert wird, um es auf ordnungsgemäße Versteuerung zu überprüfen und gegebenenfalls nachzuversteuern.

Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer auf nationaler wie auf europäischer Ebene einsetzen. Wir wollen, dass das „Reverse-Charge“-Verfahren, das sich als wirksames Instrument gegen den Umsatzsteuerbetrug erwiesen hat, weiter ausgebaut wird.

Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Gerade auch Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

STEUEREHRlichkeit FÜR DEN ZUSAMMENHALT UNSERER GESELLSCHAFT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Steuerbetrug zuallererst deswegen eindämmen, weil er den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir wollen durchsetzen, dass diejenigen, die in der Einkommens- und Vermögensverteilung ganz oben angesiedelt sind, sich genauso an die Steuergesetze halten müssen wie alle anderen. Alles andere führt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft.

In zweiter Linie geht es uns darum, die Einnahmehasis des Staates auf die solide Grundlage zu stellen, die notwendig ist, um die Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso bewältigen zu können wie die Bildungsfinanzierung, die Finanzierung der Energiewende, die Finanzierung des europäischen Zusammenhalts und um für die Einhaltung der Schuldenbremse zu sorgen. Auf alle diese Herausforderungen hat die Merkel-Rösler-Regierung keine Antwort. Ihr ganzes Handeln erschöpft sich darin, die hiermit verbundenen Finanzierungsprobleme auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben. Das werden wir dieser schlechtesten Regierung seit über 60 Jahren nicht durchgehen lassen.

PARTEIVORSTAND,
28.1.2013

ERKLÄRUNG: MITEINANDER FÜR DEUTSCHLAND: POLITIK FÜR EIN STARKES UND GERECHTES LAND.

Auf der Klausurtagung des erweiterten **SPD-Parteivorstands** in Potsdam-Hermannswerder wurde heute folgende Erklärung verabschiedet:

MITEINANDER FÜR DEUTSCHLAND: POLITIK FÜR EIN STARKES UND GERECHTES LAND.

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land. Deutschland ist aber auch ein Land, in dem sich soziale Gegensätze entwickelt und vertieft haben. Die Exzesse der Finanzmärkte, maßlose Managergehälter, fehlende Aufstiegschancen und steigende Abstiegsängste stellen den sozialen Zusammenhalt über alle Lebenslagen hinweg in Frage. Die Mitte unserer Gesellschaft gerät zunehmend unter Druck. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Fortschritt wird durch eine falsche Politik gefährdet. Die soziale Stabilität unseres Landes wird durch die Lobby-Politik der Regierung Merkel schleichend unterminiert. Diese Politik gefährdet zunehmend die Zukunft unseres Landes und zerstört das Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland empfindet unser Land als nicht mehr gerecht, denn:

- Die Einkommensschere geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Lohnverluste erlitten.
- Fast 6 Mio. Menschen arbeiten für weniger als 8 Euro pro Stunde! 1,3 Mio. Arbeitnehmer können sich und ihre Familien nicht von ihrem Lohn ernähren, sondern müssen aufstocken.
- Das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern beträgt bei mittleren Einkommen 22%, vor allem auch weil viele Frauen unfreiwillig Teilzeit arbeiten, da sie keine Betreuung für ihre Kinder finden.
- Die Renten-Mauer steht noch: Nach wie vor sind Ost-Rentner trotz gleicher Lebensleistung schlechter gestellt als West-Rentner. Ein Eckrentner mit 45 Beitragsjahren bekommt in den neuen Ländern derzeit eine monatliche Bruttorente von 1.121 Euro, im Westen sind es 1.263 Euro.
- Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander: Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Sie besitzen heute das 53-fache dessen, was den unteren Haushalten an Privatvermögen zur Verfügung steht. Zudem ist die Zahl der Menschen, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen können, im Vergleich zu 2011 um rund 190.000 auf bundesweit 6,6 Millionen gestiegen. Vor allem Alleinerziehende und zunehmend ältere Menschen sind betroffen.
- Die Lebenshaltungskosten steigen: Die Lohnsteigerungen in Deutschland halten längst nicht mehr Schritt mit den steigenden Mieten in Deutschlands Ballungsräumen. Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen und Studierende finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Eine zusätzliche Belastung sind steigende Strom- und Heizkosten.

Unsere Gesellschaft verliert zudem an sozialer Dynamik: Aufstiege werden schwerer, stattdessen drohen sich soziale Problemlagen zu verfestigen und die Angst vor Abstiegen nimmt zu. Die berechtigte Hoffnung, dass es die nächste Generation einmal besser haben soll, hat unser Land über Jahrzehnte stark gemacht und zusammengehalten. Heute droht diese Hoffnung für weite Teile der Gesellschaft zur Illusion zu werden. Denn immer mehr entscheidet Herkunft über Zukunft, nicht Talent und Tatkraft. Während nur 13% der Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluss eine Universität besuchen, gehen fast

80% der Akademiker-Kinder studieren. Der Glaube an die eigenen Fähigkeiten, die eigene Leistung und gleiche Chancen für alle geht verloren. Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland (56% ¹) sehen die Chancen für sozialen Aufstieg als weniger oder gar nicht gut. Verloren geht damit die Chance für immer mehr Menschen, ihr Leben zu gestalten und es selbstbestimmt in die Hand nehmen zu können. Für viel zu viele Menschen in Deutschland ist die Erkenntnis „Einmal unten, immer unten“ zur deprimierenden Gewissheit geworden.

Die Regierung Merkel ignoriert diese Gefahren. Am 6. März wird der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Kabinett diskutiert. Die konservative Regierung von Angela Merkel hat gezielt versucht, kritische Aussagen zur sozialen Situation, der Vermögensverteilung und der Lohnentwicklung in unserem Land der Öffentlichkeit zu verschweigen, um die Defizite ihrer eigenen Politik aus wahltaktischen Gründen zu verschleiern.

Die Warnungen der Experten vor steigenden Armutsrisiken und einer Schwächung des sozialen Zusammenhaltes hält die Regierung nicht für erwähnenswert. Das ist politischer Zynismus. Wer Ideologie über die Realität stellt, darf in Deutschland nicht regieren.

Stattdessen wäre es Aufgabe der Bundesregierung, einen Aktionsplan vorzulegen, wie sie der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich begegnen will. Statt diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, hat Angela Merkel in Deutschland und Europa einen verengten und einseitigen Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften. Ihrer Regierung fehlt jedes Gespür für die Gefährdungen des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft. In unserem starken Land gibt es zu viele Ungerechtigkeiten. Vieles ist unter der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP aus dem Gleichgewicht geraten. Das ignoriert die Bundesregierung seit Jahren. Frau Merkel hat sich nach fast 8 Jahren im Kanzleramt längst von den realen Lebenslagen in Deutschland entfernt. Statt Politik für ein besseres Miteinander in Deutschland zu machen, bedient ihre Regierung die Lobbyinteressen.

Die SPD stellt sich diesen Herausforderungen und geht die resultierenden Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme an. Die SPD tritt dafür ein, dass alle Menschen die Chance haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Deutschland muss wieder ein Land der Chancen werden, in dem alle Menschen die gleichen Aufstiegs- und Entwicklungschancen haben und nicht das Elternhaus über Lebenschancen entscheidet. Auch das ist Auftrag der SPD und dafür machen wir Politik.

Die SPD wird in der Regierung Politik für eine neue Gerechtigkeit in Deutschland und für mehr Chancengleichheit machen. Politik muss soziale Mobilität befördern und in den Kindergärten, den Schulen und an den Hochschulen und Universitäten die notwendigen Voraussetzungen hierfür schaffen.

Eine konsequente Politik für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für Investitionen und Bildung, für soziale Sicherheit und ein modernes Familienbild braucht eine klare Vorstellung von einer besseren Gesellschaft. Einer Gesellschaft die von sozialer Dynamik und Chancengleichheit geprägt ist. Einer Gesellschaft in der der Aufstieg durch Bildung Realität in den Biografien von Millionen Menschen ist. Einer Gesellschaft mit einer starken Mitte.

Unser Land kann nicht erfolgreich sein, wenn es wenigen immer besser geht, aber die Mehrheit am Wohlstand immer weniger teilhaben kann. Ein starkes Deutschland braucht mehr Gerechtigkeit.

¹ *Infratest Umfrage: Deutschland 2013 – Mittelschichtgesellschaft mit schlechten Aufstiegschancen, Januar 2013*

Wir wollen deshalb mit der Bundestagswahl 2013 eine Richtungsentscheidung verbinden für ein stärkeres und gerechteres Deutschland.

Wir werden die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl nutzen, um eine Richtungsdebatte über den Zusammenhalt unseres Landes zu führen. Wir wollen öffentlich diskutieren über:

- Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung,
- Wirtschaft, Innovation und Wachstum als Voraussetzung für sozialen und kulturellen Wohlstand,
- Sicherheit und Vorsorge als Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft,
- über ein freies und selbstbestimmtes Leben in unserer modernen Gesellschaft.

Der Ausgangspunkt für unsere Politik sind dabei immer die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land. Das verstehen wir unter „Politik von unten“.

Dabei gilt für uns der Leitsatz: Nur das, was fair und gerecht ist, ist auch ökonomisch vernünftig. Deshalb werden wir unser Engagement auf folgende Politikbereiche richten:

1. Finanzmärkte bändigen – Investitionen in die Realwirtschaft stärken:

Nur wenn es gelingt, in Deutschland und Europa demokratiekonforme Spielregeln für Banken und Finanzmärkte durchzusetzen, können wir ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Investitionen in die Realwirtschaft müssen wieder attraktiver, Spekulationen in risikoreiche und unkalkulierbare Finanz-„Produkte“ unattraktiv oder sogar verboten werden. Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft braucht dringend einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung in Europa und die Stärkung der Kaufkraft und der Investitionstätigkeit im eigenen Land. Neben der Besteuerung der Finanzmärkte zur Finanzierung von Wachstums- und Bildungsinvestitionen in Europa wollen wir in Deutschland im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Investitionen in die Realwirtschaft durch bessere Abschreibungsbedingungen und die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen stärken. Von besonderer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist eine aktive Industriepolitik, die in Deutschland das produzierende Gewerbe, Handwerk und Industrie fördert. Im Zentrum dieser aktiven Industriepolitik muss dabei ein Neustart in der Energiewende stehen. Der Streit und die Untätigkeit der Bundesregierung von Angela Merkel hat die Energiewende an den Rand des Scheiterns geführt und die Versorgungssicherheit zu vertretbaren Energiepreisen gefährdet. Die SPD wird deshalb mit einem eigenen Energieprogramm Vorschläge vorlegen, um Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise zu sichern und die Energiewende zum Erfolg zu führen

2. Arbeit und Löhne: Die Bundesregierung ignoriert die Bedeutung und den Wert der Arbeit für unser Land. Arbeit, vor allem in regulärer, sozialversicherungspflichtiger Form, gibt den Menschen Würde, Hoffnung und Perspektiven. Sie stabilisiert die Rentenkasse, die Gesundheitsversorgung, die Pflege und die Arbeitslosenversicherung. Nur durch einen stark bewerteten Faktor Arbeit sind ein gesunder Bundeshaushalt und gesellschaftliche Stabilität möglich. Dennoch kürzt die Bundesregierung die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, für Eingliederungsmaßnahmen von Arbeitslosen, für Aus- und Weiterbildung. Damit entzieht die konservative Bundesregierung unserem Land die Grundlage für Fortschritt und Gerechtigkeit. Sie lässt zudem unsere Unternehmen beim Thema Fachkräftesicherung im Stich. Der Erfolg in Deutschland kann nur gesichert werden, wenn alle, die können, nach ihren Fähigkeiten mitarbeiten und angemessen dafür belohnt werden. Gut bezahlte Arbeit ist Grundlage jeder echten Wertschöpfung.

Folgende Maßnahmen werden wir auf den Weg bringen:

- Einführung eines echten, einheitlichen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 €
- Einführung des neuen Kindergeldes für eine gerechtere Unterstützung von Familien mit Kindern

■ Lohnwende: Nach über 10 Jahren Reallohnverlusten und einer Trendwende in den letzten zwei Jahren brauchen wir eine Lohnwende, die dem Grundsatz „Produktivitätsfortschritt plus Inflationsausgleich“ folgt.

■ Bekämpfung des Missbrauchs durch „Fremdpersonal“ (unter anderem Leih- und Zeitarbeit, Werkverträge)

■ Eine aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik mit Instrumenten zur Nachqualifizierung – dazu wollen wir entsprechende Instrumente bei der Bundesagentur für Arbeit schaffen.

■ Wir wollen, dass jeder Jugendliche in Deutschland einen Ausbildungsplatz erhält, und wollen deshalb eine Berufsausbildungs-garantie gemeinsam mit der Wirtschaft einführen.

■ Bildung einer „Allianz gegen Fachkräftemangel“ aus Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Diese wird ein „Aktionsprogramm Fachkräftesicherung“ erarbeiten, das den Fachkräftebedarf der verschiedenen Branchen und eine Roadmap mit konkreten Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs enthält. Als unterstützende Maßnahme werden wir gemeinsam mit der Bundesagentur regionale Fachkräftedialoge einrichten.

■ Stärkung der dualen Systeme bei Ausbildung und Studium

■ Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des BAföG

■ Unter 35-Jährige, die sich in Arbeit, in nicht ausreichend beruflich qualifizierenden Maßnahmen des so genannten „Übergangssystems“ oder in Arbeitslosigkeit befinden und keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben, bekommen durch die Einführung eines Programms zur abschlussbezogenen Qualifizierung eine zweite Chance.

■ Stärkung der Weiterbildung: Weil Qualifizierung keine Privatangelegenheit ist, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

3. Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung: In kaum einem anderen europäischen Land ist die Herkunft so wichtig für den Bildungserfolg wie in Deutschland. Jedes Jahr verlassen bis zu 20% eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss oder treten keine Ausbildung an. Die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens und unserer Gesellschaft ist untragbar schlecht. Für Eltern ist es wichtig, dass ihre Kinder gute Zukunftschancen haben. Dafür brauchen sie eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur, die allen offensteht. Fehlende Aufstiegschancen sind nicht nur ungerecht, sondern verschärfen den Fachkräftemangel in unserem Land, schaden vor allem dem Mittelstand und damit der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Deshalb drängen wir darauf, allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Chancen zum sozialen Aufstieg zu geben:

■ gute frühkindliche Bildung für alle Kinder: einen Rechtsanspruch auf Ganztagskitas und Ganztagschulen bis 2020,

■ Stärkung der dualen Ausbildung,

■ Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses,

■ Studiengebühren abschaffen,

■ bedarfsgerechte Weiterentwicklung des BAföG,

■ Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik.

4. Rente: Die Finanzkrise hat eindrucksvoll gezeigt, dass wir gut beraten sind, an der Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung als der zentralen Säule der Alterssicherung festzuhalten. Diese zentrale Säule muss so stabil sein, dass sie zuverlässig gegen Altersarmut schützt und die spezifische Lebensleistung als Beitragszahler und Eltern der nächsten Beitragszahlergeneration angemessen berücksichtigt. Sie muss zukunftsfest sein.

Deshalb drängen wir darauf, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters keine verdeckte Rentensenkung für Menschen in besonders anstrengenden Berufen und für langjährig Beschäftigte wird und fordern:

- Die Einführung einer „Solidarrente“ für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) von mindestens 850 €. Die Finanzierung der solidarischen Komponente dieser Rente hat aus Steuermitteln zu erfolgen.

- Die Möglichkeit eines abschlagsfreien Rentenzugangs mit 63 Jahren für Menschen mit mehr als 45 Versicherungsjahren.
- Den Zugang zur Erwerbsminderungsrente ohne den aktuellen Abschlag, um Menschen gegen individuelle Gesundheitsrisiken und Risiken besonders anstrengender Berufe besser abzusichern, sowie die Einführung einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr.
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für mindestens 50 Prozent der über 60-jährigen. Bis dahin wird die Rente mit 67 ausgesetzt.
- Das derzeitige Rentenniveau bis zum Ende dieses Jahrzehnts aufrecht zu erhalten und danach das Rentenniveau erneut zu überprüfen, wenn die Effekte der vorgeschlagenen Rentenmaßnahmen, der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der besseren Beschäftigungschancen für Menschen jenseits der 55 Jahre in ihren Auswirkungen auf die Rentenansprüche feststellbar sind.
- Ein einheitliches Rentensystem für Ost und West.

5. Gesundheit: Die Gesundheitsversorgung ist einer der sensiblen Bereiche des Lebens. Doch statt Vertrauen und Verantwortung herrscht oft Unsicherheit. Das spüren vor allem die gesetzlich Versicherten, die sich oft genug als Patienten zweiter Klasse fühlen und fehlende Grundleistungen mit teuren Zusatzversicherungen erkaufen müssen. Die Ärzte wiederum fragen sich, warum sie häufig nicht als Mediziner, sondern als Händler arbeiten müssen. Statt Krankheiten zu behandeln, führen sie Verkaufsgespräche für medizinische Dienstleistungen und Präparate.

Wir wollen die Versorgungssicherheit in der Fläche sicherstellen. Durch die Einführung unserer Bürgerversicherung werden wir dafür sorgen, dass nicht mehr die Versichertenkarte, sondern die Schwere der Erkrankung über Schnelligkeit und Qualität der Behandlung entscheidet. Alle werden das gleiche Recht haben, unabhängig von Einkommen und sozialer Situation. Gleichzeitig werden wir die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems wiederherstellen.

6. Pflege: Beim Thema Pflege wurde in den letzten Jahren an den eigentlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten vorbeidiskutiert.

Für die Bundesregierung ist die Pflege allein ein Kostenfaktor. Es geht ihr nicht um Versorgung, sondern um Verwahrung der Pflegebedürftigen. Das erscheint ihr billiger und deshalb besser.

Für uns ist die Pflege mehr. Die Reform der Pflege muss deshalb mehr sein als eine Reform der Pflegeversicherung. Es geht um altersgerechtes Wohnen, um ein pflegesensibles Arbeitsumfeld, um mehr Unterstützung und Leistungen für die Angehörigen, die pflegen und um eine verstärkte geriatrische Orientierung der Medizin.

Wir werden deshalb die Pflegebürgerversicherung einführen. Diese Versicherung hat die gleichen Grundprinzipien wie unsere Bürgerkrankenversicherung, d.h. es wird keine Zwei-Klassen-Pflege geben und alle Bedürftigen werden gleich behandelt. Die Pflegeversicherung wird gestärkt und zukunftsfest gemacht und es wird mit uns keine kapitalgedeckten Zusatzversicherungen oder Kopfpauschalen geben, die Gering- und Mittelverdiener stärker belasten.

7. Steuern: Solide Staatsfinanzen sind eine zentrale Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat. Angesichts einer Schuldenquote von über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts brauchen wir eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik. Die Handlungsfähigkeit des Staates in diesen zentralen Bereichen braucht eine solide finanzielle Basis. Deshalb brauchen wir unter anderem:

- Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen und eine leistungsgerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften und sehr großen Privatvermögen.
- Eine Zurückführung unnötiger Steuersubventionen und Schließung von Steuerschlupflöchern für hohe Einkommen.

Unser Ziel ist ein faires und gerechtes Deutschland, das nicht auf Kosten der künftigen Generationen oder der sozial Schwachen wirtschaftet, das die Neuverschuldung reduziert, die Zukunftsinvestitionen stärkt und die Interessen unseres Gemeinwesens sozial ausbalanciert.

Kurzum: Wir wollen und wir werden unser Land zusammenhalten!

**PARTEIVORSTAND,
6.3.2013**

ERKLÄRUNG: FRAUEN HABEN MEHR VERDIENT

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2013 hat der SPD-Partei Vorstand folgende Erklärung verabschiedet:

Die SPD setzt sich seit ihrem Bestehen dafür ein, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Die Emanzipation von Frauen ist dabei eine zentrale Aufgabe. Bis heute wurde viel erreicht, anderes entwickelt sich aber leider negativ. Mit unserer Frauenpolitik wollen wir die Situation von Millionen Frauen verbessern und die Gleichstellung der Geschlechter weiter voranbringen.

Frauen haben mehr verdient,

- als für ihre Arbeit schlechter bezahlt zu werden als Männer,
- als nur mit Niedriglöhnen abgespeist zu werden,
- als millionenfach in Minijobs gedrängt zu werden,
- als deutlich niedrigere Renten zu beziehen als Männer,
- als in Führungspositionen nur in Spurenelementen vertreten zu sein,
- als durch Sozial- und Steuerrecht vom Arbeitsmarkt ferngehalten zu werden.

Eine zwischen 1936 und 1955 geborene Frau hat über ihren gesamten Lebensverlauf ein um 58 Prozent niedrigeres Einkommen als ein gleichaltriger Mann in dieser Altersgruppe (Erster Gleichstellungsbericht).

Die Merkel-Regierung und ihre Ministerinnen nehmen das hin. Sie tun nichts für Frauen. Sie präsentieren Mogelpackungen, legen die Hände in den Schoß, sind zerstritten oder entscheiden gar rückwärtsgewandt.

Frauen haben mehr verdient: eine andere Regierung und eine andere Politik. Wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt, die wir in einer rot-grünen Bundesregierung durchsetzen wollen:

- gleichen Lohn für gleiche Arbeit verwirklichen (Entgeltgleichheitsgesetz),
- den Missbrauch bei Minijobs eindämmen,
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen,
- eine Quote für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten einführen,
- das Ehegattensplitting für künftige Ehen umwandeln,
- das Betreuungsgeld abschaffen.

MAI-AUFRUF DES SPD-PARTEIVORSTANDS 2013

POLITIK FÜR DEN ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT – GUTE ARBEIT, SICHERE RENTEN UND EIN SOZIALES EUROPA.

Der soziale Zusammenhalt ist in ganz Europa gefährdet. Wir brauchen gute Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa!

Die Bundesregierung ignoriert die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland und Europa. Aber nur mit gerechten Löhnen und guter Arbeit können wir Deutschland voranbringen. Und nur mit sozialer Sicherheit können alle am Wohlstand teilhaben. Nur mit Wachstumsimpulsen kann Europa aus der Krise kommen.

Die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, den Wert der Arbeit wiederherzustellen. Erwerbsarbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes, nicht Zockerei auf den Finanzmärkten. Dazu braucht unser Land einen Politikwechsel, der nur mit der Unterstützung starker Gewerkschaften gelingen kann.

Um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen, brauchen wir:

- einen gesetzlichen Mindestlohn, flächendeckend, in allen Branchen, in Ost und West, von mindestens 8,50 Euro,
- die Stärkung der Tarifbindung und die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen,
- die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit,
- das Ende der Entgeltdiskriminierung von Frauen,
- die Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen,
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen in den Betrieben,
- die Abschaffung der Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund abzuschließen.

Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist auch eine zentrale Voraussetzung für die Vermeidung von Armut im Alter. Nur gute Arbeit sichert gute Renten.

Gleichwohl muss auch in der gesetzlichen Rentenversicherung auf neue Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt reagiert werden. Denn es gibt keine sozial gerechtere Form der Absicherung für das Alter als die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren Elementen des sozialen Ausgleichs. Deshalb muss sie gestärkt und ausgebaut werden:

- durch die Einführung einer Solidarrente, die nach 40 Jahren Vollzeitwerbstätigkeit eine Absicherung deutlich oberhalb der Grundsicherung garantiert,
- durch die bessere Bewertung von Zeiten, in denen sehr wenig verdient wurde, und Zeiten der Arbeitslosigkeit,
- durch Verlängerung der Zurechnungszeiten und Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten,
- durch einen abschlagsfreien Rentenzugang bereits mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren.

In diesem Jahr erinnern wir uns an den 80. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis. Viele Gewerkschafter wurden ermordet, inhaftiert oder ins Exil getrieben. Wir gedenken der Opfer. Die Ereignisse am 2. Mai 1933 sind zugleich Mahnung, dass eine freie und gerechte Gesellschaft nur mit freien Gewerkschaften und starken Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und Verwaltungen möglich ist. Sie sind Auftrag, entschieden gegen jede Art rechtsextremistischer Umtriebe vorzugehen.

Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 1. Mai 2013 gemeinsam mit den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für gute Arbeit, sichere Renten und ein soziales Europa zu demonstrieren.

PARTEIVORSTAND,
29.4.2013

BESCHLUSS: SPD FORDERT ADOPTIONSRECHT UND ÖFFNUNG DER EHE

Erneut hat das Bundesverfassungsgericht ein vernichtendes Urteil über die Familien- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP gefällt: Die Ungleichbehandlung von Eheleuten und eingetragenen homosexuellen Lebenspartnern in der Steuerpolitik ist verfassungswidrig.

Die SPD hat die steuerliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und darüber hinaus die Öffnung der Ehe bereits lange gefordert. Die Bundesregierung hat dies jedoch immer verweigert und sich bewusst verfassungswidrig verhalten. Die höchstrichterlichen Urteile der vergangenen zwei Jahre zur Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften hat sie ignoriert und die Bürgerinnen und Bürger gezwungen, ihr Recht einzuklagen. Die Regierungspolitik der CDU/CSU-FDP-Koalition hinkt weit hinter der Lebenswirklichkeit der Menschen hinterher.

Wir erwarten von der Regierungskoalition, dass sie nun keine Zeit mehr verliert und schnellstmöglich die Vorschriften im Einkommensteuergesetz, die Ehegattensplitting bislang nur Eheleute ermöglicht, nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts für die eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften rückwirkend ab dem 1. August 2001 anpassen.

Nachdem nun die Gleichbehandlung im Steuerrecht durchgesetzt wurde, müssen endlich auch die noch fehlenden Schritte zur völligen Gleichstellung erfolgen: Adoptionsrecht für Lebenspartner und die Öffnung der Ehe, wie sie von der SPD schon seit längerem gefordert werden. Dies ist unkompliziert möglich durch eine entsprechende Gesetzesanpassung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB).

In Deutschland muss endlich Schluss damit sein, dass gesellschaftlicher Fortschritt vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten werden muss. Mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Peer Steinbrück werden wir der Lebenswirklichkeit der Paare und ihrer Kinder entsprechen und Politik machen für eine offene, gerechte und tolerante Gesellschaft.

PARTEIVORSTAND,
10.6.2013

PARTEIVORSTAND,
10.6.2013

RESOLUTION DES SPD-PARTEIVORSTANDS: DIE GEWALT BEENDEN – DEN WEG DER DEMOKRATISIERUNG FORTSETZEN.

Viele Menschen in der Türkei nehmen in diesen Tagen ihr demokratisches Recht wahr, um auf den Straßen von Istanbul und in vielen anderen Städten auf gesellschaftliche und politische Missstände hinzuweisen. Die Polizei hat auf die friedlichen Demonstrationen vielerorts mit völlig unverhältnismäßiger Gewalt reagiert – mehr als 1000 Verletzte allein am vergangenen Wochenende in Istanbul, mehrere tausend Verhaftungen, sogar Tote sind zu beklagen. Diese Gewalt muss beendet werden und darf sich nicht wiederholen! Die willkürlich Verhafteten müssen unverzüglich frei gelassen werden!

So wie das Recht einer gewählten Regierung, im Rahmen der Verfassung und der geltenden Gesetze seine Politik durchzusetzen, gehört das Recht auf inner- und außerparlamentarische Opposition dagegen sowie auf Presse- und Meinungsfreiheit und friedliche Demonstrationen zu den Eckpfeilern jeder Demokratie. Das muss auch in vollem Umfang in der Türkei gelten!

Jede Demokratie kann stolz auf Bürgerinnen und Bürger sein, die sich auf friedliche Weise kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzen und ihre Meinung äußern, um etwas zu verändern. Erst dies macht eine demokratische Ordnung zu einer lebendigen Demokratie.

Wir fordern die türkische Regierung auf, in einen friedlichen Dialog mit den Oppositionsgruppen einzutreten, die Gewalt zu beenden und die in den vergangenen Jahren erreichten Fortschritte in der Entwicklung eines demokratischen Staates nicht in Frage zu stellen, sondern die Demokratisierung, Modernisierung und gesellschaftliche Öffnung des Landes ernsthaft weiter voranzutreiben.

Die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung werden dazu aufgerufen, endlich die Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit in den Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei zu öffnen, um damit diesen Demokratisierungsprozess voran zu treiben.

Die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung werden dazu aufgerufen, endlich die Kapitel zur Rechtsstaatlichkeit in den Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei zu öffnen, um damit diesen Demokratisierungsprozess voran zu treiben.

PARTEIVORSTAND,
10.6.2013

BESCHLUSS: SPD LEHNT BESCHAFFUNG VON »KAMPFDROHNEN« AB UND WILL VOLLAUTOMATISIERTE WAFFENSYSTEME VÖLKERRECHTLICH ÄCHTEN

Der Einsatz sogenannter „Kampfdrohnen“ (bewaffneter Drohnen) ist in den letzten Jahren international deutlich ausgeweitet worden. Dabei sind bewaffnete Drohnen deutlich zu unterscheiden von unbewaffneten Aufklärungsdrohnen.

CDU-Verteidigungsminister de Maizière hat erklärt, dass die Bundesregierung unabhängig von der fehlgeschlagenen Beschaffung des Euro Hawk bewaffnete Kampfdrohnen beschaffen wolle. Diese Entscheidung lehnt die SPD ab!

Wir sehen auch keine Notwendigkeit des Erwerbs von bewaffneten Kampfdrohnen. Die Bundeswehr hat weder eine aktuelle Fähigkeitslücke noch verfügt sie über konzeptionelle Grundlagen, in welchen Szenarien Kampfdrohnen notwendig wären. Wie aktuell ersichtlich ist, gibt es auch keinerlei Regularien, wie bewaffnete Kampfdrohnen in den europäischen Luftraum integriert werden könnten.

Die SPD hält eine grundsätzliche Diskussion über die Gefährdungen und Kosten, die durch Kampfdrohnen entstanden sind und entstehen, für dringend notwendig: Warum?

- „Gezieltes Töten“ durch Kampfdrohnen in Ländern, mit denen kein Krieg erklärt worden ist, verstößt gegen die UN-Charta und untergräbt die internationale Rechtsordnung. Extralegale Tötungen mit bewaffneten Drohnen stellen einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar.
- Es besteht die akute Gefahr der Proliferation von Kampfdrohnen, das heißt die Gefahr eines neuen gefährlichen Rüstungswettlaufs. Mehr als 80 Staaten besitzen bereits Aufklärungsdrohnen. China verfügt über 27 Drohnentypen, darunter bewaffnete Systeme aus eigener Produktion.

- Es besteht die Gefahr einer im Verborgenen stattfindenden Kriegsführung, die die generelle Ächtung des Krieges im Völkerrecht unterläuft. Krieg würde damit unter die Wahrnehmbarkeitsschwelle gedrängt. Krieg würde „banalisiert“, wie das Friedensgutachten 2013 der vier Friedensforschungsinstitute gerade festgestellt hat.
- Es besteht ein Trend zu einer Automatisierung und „Versetzung“ derartiger Systeme. „Es ist also absehbar, dass unbemannte Kampfdrohnen der nächsten oder spätestens der übernächsten Generation über wesentlich mehr Autonomie verfügen bis hin zur Entscheidung über den Waffeneinsatz“, so das aktuelle Friedensgutachten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns deshalb für eine völkerrechtliche Ächtung derartiger Waffensysteme einsetzen, statt für deren Beschaffung. Wenn die weltweite Aufrüstung von Kampfdrohnen erst im vollen Gange ist, ist es zu spät. Die internationale Gemeinschaft hat bei Landminen und Streumunition ja auch Verbotskonventionen beschlossen.

Es ist eine breite öffentliche Debatte notwendig, die die SPD mit ihrer „großen Anfrage“ an die Bundesregierung bereits vor Monaten in Gang gesetzt hat. Diese Debatte wollen wir auch während der kommenden Monate führen und verhindern, dass falsche, gefährliche Weichenstellungen getroffen werden.

BESCHLUSS: SOLIDARISCHES DEUTSCHLAND. EIN PROGRAMM FÜR DIE ARBEITENDE MEHRHEIT IN UNSEREM LAND.

PARTEIKONVENT,
16.6.2013

EIN PROGRAMM FÜR DIE ARBEITENDE MEHRHEIT IN UNSEREM LAND.

Für Menschen, die arbeiten gehen und sich um ihre Familien kümmern, macht die SPD Politik – seit 150 Jahren. Aber jede Zeit, jede Generation hat ihre eigenen Herausforderungen. Und jede Generation muss politisch in ihrer Zeit die richtigen Antworten darauf finden. Das gilt auch für die SPD. Oder, wie Willy Brandt es einmal ausdrückte: „Jede Generation muss sich das, wofür die SPD steht, immer wieder neu erkämpfen.“ Die SPD steht für ein Land, das seine Werte wieder entdeckt und das weiß, dass wir nur gemeinsam und solidarisch eine gute Zukunft schaffen können.

Wir Sozialdemokraten haben eine klare Idee von diesem solidarischen Deutschland: Alle – egal woher sie kommen, welches Geschlecht, welche Religion oder Hautfarbe sie haben – sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Um das zu ermöglichen, wollen wir den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Gesellschaft stärken. Was sich aktuell in der Hilfsbereitschaft vieler, insbesondere auch junger Menschen bei der Flutkatastrophe zeigt, macht den eigentlichen Reichtum unseres Landes aus.

Darauf können wir alle stolz sein und deshalb geht es darum, diese Stärken in konkrete Politik für Solidarität und Zusammenhalt auch im Alltag zu übersetzen.

Wir haben die Idee einer Gesellschaft, in der das „Ich“ kein Gegensatz zum „Wir“ bildet und in der es sich für alle lohnt, morgens aufzustehen und den neuen Tag in Angriff zu nehmen. Eine Gesellschaft, von der man profitiert und für die man bereit ist, sich einzubringen, weil die Leistungen aller anerkannt werden. Eine Gesellschaft, die Anstrengung honoriert und unverschuldetes Unglück nicht bestraft. Eine Gesellschaft, die Reichtum nicht verteufelt und Armut nicht hin nimmt oder gar fördert.

Eine Idee, für die Sozialdemokraten schon seit 150 Jahren kämpfen und die in einer globalisierten Welt nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat: die Idee einer solidarischen und gerechteren Gesellschaft!

1. POLITIK FÜR DIE ARBEITENDE MEHRHEIT

Wir Sozialdemokraten treten am 22. September 2013 zur Bundestagswahl für die an, die sich jeden Tag abrackern, sich nicht nur um sich, sondern um ihre Familie, ihre Nachbarn oder die Gemeinschaft kümmern. Viele arbeiten in interessanten Berufen, haben gute Arbeitsbedingungen, angemessene Gehälter und Aufstiegschancen. Aber es gibt inzwischen schon ein Viertel aller Berufstätigen, denen es anders geht: junge Familien oder Alleinerziehende, bei denen das Gehalt nicht mehr für eine gute Wohnung reicht. Selbständige, Neugründer und Kreative, deren Arbeitsbedingungen nicht selten den Charakter der Selbstausbeutung besitzen. Menschen, die hart arbeiten, damit die Wirtschaft wesentlich mittragen und trotzdem für ihren Fleiß und ihre Anstrengung keinen fairen Anteil am Wohlstand unserer Gesellschaft erhalten. Und auch diejenigen, die trotz Anstrengungen keine Arbeit bekommen. Junge, die mit guter Ausbildung oder Studium keinen sicheren Arbeitsplatz finden oder trotz guter Noten aufgrund ihres Namens oder ihrer Herkunft nicht einmal zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden. Oder Ältere, die nach jahrzehntelanger Arbeit ihren Arbeitsplatz verlieren, durch gesundheitliche Einschränkungen an vollem Einsatz gehindert sind oder trotz langem Arbeitsleben keine anständige Rente mehr bekommen.

Sie sind unser Land. Sie bilden die Mehrheit unseres Landes. Und sie sind die unverzichtbaren Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unseres Landes: die Millionen Menschen an Schreibtischen und Computern in den Büros, an Kassen und vor Regalen der Supermärkte, an Werkbänken und in Montagehallen, Labors oder Forschungseinrichtungen, in Kindertagesstätten und Schulen, Pflege- und So-

zialeinrichtungen, bei den Sicherheits- und Rettungsdiensten, im Handwerk und im öffentlichen Dienst und in den vielen anderen ganz normalen Berufen unseres Landes. Sie haben Enormes für Deutschland geleistet und tun es an jedem Tag von Neuem. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht. Und mit ihnen und für sie wollen wir Politik machen.

Das feste Vertrauen darauf, dass persönliche Anstrengung, Fleiß und Arbeit zu einem selbstbestimmten Leben führen, hat Deutschland wirtschaftlich so erfolgreich und sozial so sicher gemacht. Die soziale Marktwirtschaft war dafür der Schlüsselbegriff und ihr Konzept war eine Ökonomie der Gerechtigkeit. Das Erfolgsgeheimnis dieses Konzepts bestand darin, dass gerechte Teilhabe und die Gewissheit, dass sich Anstrengungen für alle lohnen, auch dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und des ganzen Landes weit besser dienen, als eine auf Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufgebaute Gesellschaft es vermag.

Aber das Vertrauen, dass sich Leistung und Anstrengung lohnen, ist für zu viele Menschen inzwischen brüchig geworden. Damit gerät die Grundlage unseres Wohlstandes und unseres wirtschaftlichen Erfolgs ebenso wie auch das Miteinander in unserer Gesellschaft in Gefahr.

Deshalb wollen wir Sozialdemokraten das Vertrauen darauf wieder herstellen, dass sich Arbeit lohnt und dass Kinder und Familien Glück und Lebensfreude bedeuten und nicht Sorge und Unsicherheit!

Dafür braucht Deutschland eine bessere Politik – eine Politik für die arbeitende Mehrheit. Eine Politik, die nicht nur redet, sondern auch handelt und die nicht nur ankündigt, sondern auch umsetzt. Eine Politik, die die zunehmende soziale Spaltung nicht achselzuckend zur Kenntnis nimmt. Eine Politik, in der niemand zurückgelassen wird. Dafür müssen wir unser Land wieder ins Gleichgewicht bringen.

2. ARBEIT UND FAMILIE – DEN ALLTAG BESSER MACHEN

Wir sagen vor der Wahl, was wir tun. Und wir tun nach der Wahl, was wir gesagt haben. Und wir wissen vor allem, wie unsere Politik finanziert werden soll: Wir versprechen keine Steuererleichterungen, sondern Schuldenabbau. Wir werden einen neuen und solidarischen Lastenausgleich durchsetzen zwischen denen, denen es sehr gut geht in unserem Land, und denjenigen, die bereits heute zu hohe Belastungen tragen müssen. Wir wollen Familien entlasten, in Bildung investieren und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Deshalb werden wir die Steuerflucht energisch bekämpfen, Finanzmärkte besteuern, ungerechte Steuersubventionen streichen und auch sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern. Die im Finanzierungskonzept der SPD hinterlegten Mehreinnahmen und Minder Ausgaben belaufen sich damit bereits ohne die derzeit steigenden Steuereinnahmen auf 35 Mrd. € (etwa die Hälfte geht an die Länder). Davon wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren. Damit finanzieren wir unter anderem unser Programm für die arbeitende Mehrheit in Deutschland:

1. Wir entlasten die Familien: durch die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für alle Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Das entlastet Eltern im Durchschnitt um bis zu 160 € pro Monat bzw. ca. 1.900 € pro Jahr und bringt damit weit mehr als die von Union und FDP geplanten Mini-Steuerenkungen.
2. Wir wollen zugleich in den Ausbau, den Betrieb und die Qualität von Kitas und Schulen investieren, insbesondere auch in Ganztageseinrichtungen. Gerechtigkeit heißt für uns: kein Kind zurücklassen. Statt Milliarden für ein sinnloses Betreuungsgeld aufzuwenden, erhöhen wir deutlich die Bildungsinvestitionen in

unserem Land, um endlich den Anschluss an das internationale Niveau zu schaffen.

3. Wir werden die Ungerechtigkeit der staatlichen Förderung von Kindern beenden und vom Kopf auf die Füße stellen: diejenigen Familien, die weniger verdienen, erhalten mehr für ihre Kinder – und nicht wie heute umgekehrt. Mit einem sozial gestaffelten neuen Kindergeld bekommen erwerbstätige Alleinerziehende bis 2.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen und Paarfamilien bis 3.000 Euro ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat erhöhtes Kindergeld. Von dieser Reform wird ein Viertel aller Kinder profitieren – und zwar mit durchschnittlich 100 Euro mehr im Monat.
4. Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeiten und Leben, Beruf und Familie endlich besser vereinbar werden: durch den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder ebenso wie durch die abgesicherte und geförderte Möglichkeit für Eltern, ihre Arbeitszeit zeitlich begrenzt zu verringern und anschließend zur alten Arbeitszeit zurückzukehren. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir Modelle entwickeln, bei denen individuelle Arbeitszeitkonten die Möglichkeit eröffnen, in Zeiten der Kindererziehung die Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen ohne Einkommensverluste zu erleiden. Nur so verbessern wir auch für arbeitende Eltern mit niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen die Möglichkeit, sich partnerschaftlich um ihre Kinder zu kümmern und zugleich ihre beruflichen Pläne verlässlich zu verwirklichen.
5. Wir wollen endlich dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen! Aber es geht auch darum, dass gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bezahlt wird. Das betrifft vor allem die sozialen Berufe in Deutschland, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ca. 1,6 Million Menschen in Erziehungs- und Pflegeberufen endlich die Anerkennung und die Bezahlung bekommen, die sie verdienen. Wir werden die Plünderung des Gesundheitsfonds für die Haushaltssanierung ebenso stoppen wie wir für eine bessere Ausstattung der Pflegekassen durch die Bürgerversicherung sorgen. Beides ist die Voraussetzung für eine bessere Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeheimen und für die bessere Bezahlung der dort Beschäftigten.
6. Wir werden wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen. Junge Menschen brauchen wieder sichere Arbeitsplätze nach erfolgreicher Ausbildung oder Studium und nicht nur unbezahlte Praktika oder Leih- und Zeitarbeit. Die SPD macht ernst damit, auch hier gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen und die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden.
7. Wir setzen nicht nur den gesetzlichen Mindestlohn durch, sondern auch die Bindung an Tarifverträge mit fairen Löhnen. Wir wollen für gute Arbeit und gerechte Löhne für alle sorgen. Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass sich Arbeit und Anstrengung wieder für alle lohnen.
8. Wir werden Mietpreiserhöhungen bremsen, die Kommunen finanziell besser ausstatten und die Stromsteuer senken. Gerade Familien mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen sind besonders stark von Preis- und Gebührenerhöhungen betroffen.

9. Wir beenden die Zweiklassen-Medizin in Gesundheit und Pflege und bauen eine Bürgerversicherung auf. Gesundheit darf kein Luxusgut sein. Statt Kopfpauschalen einzuführen, bei denen Geringverdiener draufzahlen müssen und nur noch eine Grundversorgung bekommen, garantiert die Bürgerversicherung, dass alle zukünftig an einer guten und umfassenden Gesundheitsversorgung teilhaben. Und durch die Bürgerversicherung in der Pflege stellen wir sicher, dass Menschen auch in Würde altern können und pflegende Angehörige besser unterstützt werden.
10. Wir schaffen bessere Renten durch die Solidarrente, die faire Anerkennung aller Kindererziehungszeiten und durch ein stabiles Sicherungsniveau der Rentenversicherung. Und wir sagen: 45 Jahre sind genug! Danach muss für alle ab 63 ein Renteneintritt ohne Abschlüsse möglich sein.

3. FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT – DAS WIR ENTSCHEIDET.

Uns geht es um ein neues Miteinander, um ein solidarisches Deutschland. Wir wollen gemeinsam etwas bewegen – mit allen, die an die gemeinsame Stärke glauben. Wir machen unsere Politik, damit das Leben für die Menschen in unserem Land Chancen bietet und besser wird. Das wird nur mit mehr Miteinander gelingen.

Wir wissen, dass wir Wohlstand in der Breite unserer Gesellschaft nur erreichen, wenn alle gemeinsam mit anpacken und nicht jeder nur versucht, sein eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wir sind besser gefahren als andere, wenn wir nicht den Streit, sondern die Einigung gesucht haben. Nur gemeinsam, das ist unsere Erfahrung, können wir unser Land sozial gerecht und wirtschaftlich stark machen. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass gerechte Löhne gezahlt werden und unsere Arbeitsplätze sicher sind. Nur gemeinsam können wir das Versprechen einlösen, dass die Mühen und Anstrengungen unserer Kinder ihnen auch wirklich Arbeit und Wohlstand bringen.

Für diese Aufgaben brauchen wir einander. Dabei geht es nicht darum, dass „die Gemeinschaft“ dem Einzelnen Fesseln anlegt. Im Gegenteil: Es geht darum, dass wir nur gemeinsam die Bedingungen dafür schaffen können, dass jeder Einzelne in Freiheit sein Leben verwirklichen kann.

Unter der Regierung Merkel ist unser Land ungerechter geworden. Vieles ist unsicher geworden. Nicht alle bekommen ihren gerechten Teil vom gemeinsam erarbeiteten Erfolg. Am Ende schadet eine ungerechte Gesellschaft nicht nur denen, die ungerecht behandelt werden, sondern auch denen, die in einer ungerechten Gesellschaft vermeintlich gut leben können. Auch sie entziehen sich letztlich mit dem Abbau des Zusammenhalts dieser Gesellschaft und auch selbst langfristig die wesentliche Grundlagen. Ungerechtigkeit und ihre Folgen für unser aller Zukunft lassen sich heute schon absehen, heute schon berechnen. Und: Ungerechtigkeit lässt sich verhindern! Mit unserer Idee eines besseren Deutschlands für alle. Und mit unserem Willen, ab dem 23.9.2013 gestaltende Politik für eine Ökonomie der Gerechtigkeit entschlossen in die Tat umzusetzen. Dafür steht die Sozialdemokratie 2013.

Das WIR entscheidet. Denn ein besseres Land kommt nicht von allein!

**PARTEIKONVENT,
16.6.2013**

RESOLUTION ANLÄSSLICH DES 60. GEDENKTAGS AN DEN AUFSTAND AM 17. JUNI 1953 IN DER DDR

Vor 60 Jahren, am 17. Juni 1953, erhoben sich hunderttausende Menschen in der DDR gegen die SED-Diktatur. Sie demonstrierten gegen erhöhte Arbeitsnormen, für höhere Löhne und freie Wahlen. Den Streiks der Industriearbeiterschaft in 700 Städten und Ge-

meinden schlossen sich nach und nach andere Bevölkerungsgruppen mit demokratischen Forderungen an. Daher gehört dieser Tag in die große Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und zum Besten der demokratischen Tradition Deutschlands.

Wir Sozialdemokraten würdigen den Aufstand in der DDR heute als ein stolzes Datum in der Geschichte deutscher Freiheitsbewegungen. Nur der Einsatz sowjetischer Panzer konnte den Erfolg des Aufstands verhindern. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war die erste Massenerhebung im Einflussbereich der Sowjetunion. Er kostete zahlreichen Menschen das Leben. Erst 1989 war es so weit, dass durch friedliche Demonstrationen und Bürgerbewegungen endlich Demokratie und allgemeine Freiheitsrechte durchgesetzt werden konnten. So verbinden sich mit den Ereignissen von 1953 und 1989, dem Arbeiteraufstand und der Friedlichen Revolution, die Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Heute, sechzig Jahre danach und mehr als zwei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution, rufen wir in Erinnerung, dass zu Freiheit auch die Freiheit von Not und Benachteiligung gehört. Für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Ostdeutschland gehört diese Erfahrung zur Realität unserer Zeit. Dass die innere Einheit in Freiheit noch nicht vollendet ist, auch daran wollen wir heute erinnern.

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West. Zur Erinnerung: Im Juni 1953 lösten faktische Lohnkürzungen den Aufstand aus. Heute arbeitet jeder fünfte Ostdeutsche im Niedriglohnssektor. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15 bis 45 Prozent unter Westniveau. Wir sagen: Zur Freiheit von Not gehört ein fairer Lohn. Deshalb bekräftigen wir unsere Forderung nach einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West.

Das ist ein erster Schritt, um allen Menschen in Ost und West ein Leben in Freiheit ohne Not zu ermöglichen. Wir erleben besonders in Ostdeutschland, dass die Arbeitsbedingungen das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit aushöhlen. Wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, ist erpressbar. Wir Sozialdemokraten werden die Gewerkschaften dabei unterstützen, die eine umfassende Tarifbindung in Ostdeutschland und damit bessere Bezahlung erreichen werden.

Zum Freiheitsgefühl gehört auch, sich als ein gleichberechtigter Staatsbürger zu fühlen. Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung wirft das noch immer geteilte Rentenrecht eine endlich zu lösende Gerechtigkeitsfrage auf. Viele Menschen in Ostdeutschland sehen sich als Staatsbürger zweiter Klasse mit einer Rente zweiter Klasse. Zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes gehört für uns deshalb auch die zügige und vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Das wollen wir bis 2020 erreichen.

Sechzig Jahre nach dem Arbeiteraufstand für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in der DDR mahnt uns die Erinnerung daran, dass unsere Demokratie die Hoffnung ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Freiheit und Gerechtigkeit nicht enttäuschen darf. Die Deutschen in Ost und West müssen sich gleichermaßen als freie und gleiche Mitglieder unserer Demokratie und unseres Gemeinwesens fühlen. Sie alle sollen und sie müssen unser Land aktiv mitgestalten. Das sind wir auch denen schuldig, die sich am 17. Juni 1953 mutig für ihre Rechte erhoben!

BESCHLUSS: WENN WIR ENTSCHEIDEN, DANN ENTSCHEIDET DAS WIR

Die SPD bekräftigt ihren Anspruch, die maßgeblich gestaltende politische Kraft auf dem Weg zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderung und zum inklusiven Zusammenleben aller Menschen zu sein.

Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen ist unser Ziel. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist dafür die Grundlage. Das Motto „Nichts über uns ohne uns!“ ist wegweisend für ihre Umsetzung.

Für Menschen mit Behinderung ist die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition eine Zeit des Stillstands und der verlorenen Jahre. Die Vorschläge der Bundesregierung für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind völlig unzureichend und enthalten nur wohlfeile Absichten.

BARRIEREFREIHEIT

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Hürden und Hindernisse vermieden und abgebaut werden. Dazu zählt nicht zuletzt die selbstbestimmte Wahl des Wohnorts und der Wohnform. Die Fortschritte auf dem Weg zur Barrierefreiheit sind unübersehbar, aber sie müssen mit mehr Energie und mehr Verbindlichkeit vorangebracht werden.

INKLUSIVE BILDUNG

Zum inklusiven Zusammenleben in allen Lebensbereichen gehören inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten.

INKLUSIVER ARBEITSMARKT

Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Erwerbstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden.

Dies gilt besonders für die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und der Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

NACHTEILSAUSGLEICH UNABHÄNGIG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Der Anspruch auf Teilhabe wird als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst.

SCHNITTSTELLEN ABBAUEN

Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Inklusion muss Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeinrichtungen sein, unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

WENN WIR ENTSCHEIDEN – AUF GEHT'S

Die inklusive und barrierefreie politische Teilhabe ist für uns selbstverständliche Verpflichtung. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD (AG Selbst Aktiv) rufen wir alle Menschen mit Behinderung in der SPD auf, sich im Bundestagswahlkampf und den weiteren Wahlen aktiv für den Wahlerfolg einzusetzen. Wir ermutigen alle Gliederungen der SPD, die Potentiale und das Engagement von Menschen mit Behinderung in der SPD zu nutzen und ihre umfassende Teilhabe bei Wahlen und Wahlkämpfen zu ermöglichen.

PARTEIKONVENT,
16.6.2013

**PARTEIKONVENT,
16.6.2013**

RESOLUTION: FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND FREIHEITLICHE ENTWICKLUNG DER TÜRKEI

Seit dem 1. Juni demonstrieren tausende Istanbulerinnen und Istanbuler friedlich gegen die Bebauung des Gezi-Parkes am Taksim-Platz im Herzen Istanbuls. Mittlerweile nehmen Hunderttausende in der Türkei ihr demokratisches Recht wahr, um auf den Straßen von Istanbul und in vielen anderen Städten auf gesellschaftliche und politische

Misstände hinzuweisen und Veränderungen einzufordern. Was wir zur Zeit in der Türkei beobachten, ist das Entstehen einer breit getragenen, zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung, die für die künftige gesellschaftliche Entwicklung kostbar und zukunftsweisend ist. Dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Mitsprache, mehr Demokratie und gesellschaftlicher Öffnung muss Gehör geschenkt werden.

Die Polizei hat teils mit unverhältnismäßiger Gewalt auf die Demonstrationen reagiert – Tausende von Verletzten in den vergan-

genen zwei Wochen in Istanbul, Ankara und den anderen Städten, mehrere tausend Verhaftungen, sogar Tote sind zu beklagen.

Die Gewalt muss – von allen Beteiligten – beendet werden! Die Polizei und die örtlichen Verantwortlichen stehen dabei in einer besonderen Pflicht. Willkürlich Verhaftete müssen unverzüglich freigelassen werden! Den Demonstrationen darf keine Verfolgungs- und Verhaftungswelle folgen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht für das Recht auf friedliche Demonstration.

So wie das Recht einer gewählten Regierung, im Rahmen der Verfassung und der geltenden Gesetze ihre Politik durchzusetzen, gehört das Recht auf inner- und außerparlamentarische Opposition sowie auf Presse- und Meinungsfreiheit und friedliche Demonstrationen zu den Eckpfeilern jeder Demokratie. Das muss auch in vollem Umfang in der Türkei gelten!

**PARTEIKONVENT,
16.6.2013**

BESCHLUSS: KOMMUNALE UNTERNEHMEN DÜRFEN BEI GLASFASERAUSBAU BIS IN DIE HÄUSER NICHT BEHINDERT WERDEN!

Um dem Breitbandbedarf der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig gerecht zu werden, wollen wir Investitionen in die Glasfaserinfrastruktur ermöglichen. Je näher die Glasfasernetze zu den Teilnehmern kommen, umso leistungsfähiger, hochwertiger

und zukunftssicherer ist die Netzinfrastruktur zu bewerten.

Gerade vor dem Hintergrund, dass einige Unternehmen die letzte Glasfasermeile zum Teilnehmer wegen hoher Investitionsbedarfe

scheuen, dürfen die Unternehmen, die hier gezielt investieren wollen, nicht durch Regulierungsentscheide behindert werden. Es gibt gerade kommunale Anbieter, die stärker als marktdominierende Unternehmen auf Glasfaserausbau bis in die Gebäude setzen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass Infrastrukturinvestitionen nicht durch Einschränkung von Nutzungsrechten an der Leitungsinfrastruktur behindert werden. In einem Wettbewerb für schnelle Glasfaserausschlüsse darf es keine ausgrenzenden Nutzungsrechte geben, die gerade kommunale Unternehmen in diesem Bereich behindern.

**PARTEIKONVENT,
16.6.2013**

BERLINER ERKLÄRUNG

Der Parteikonvent begrüßt die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv – behinderte Menschen in der SPD“ am 4. Mai 2013.

Mit der Konstituierung von „Selbst Aktiv“ als Arbeitsgemeinschaft macht die SPD deutlich, dass die Mitarbeit von Parteimitgliedern und Unterstützern mit Behinderungen in der SPD willkommen ist und dass Inklusi-

on und Partizipation wichtige Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik sind.

Der Parteikonvent nimmt die „Berliner Erklärung“ zur Kenntnis, weist darauf hin, dass zahlreiche Forderungen der Erklärung im Regierungsprogramm vom 14.4.2013 enthalten sind und fordert den Parteivorstand auf, die „Berliner Erklärung“ bei der Einbeziehung von „Selbst Aktiv“ in inklusionspolitische Beratungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

**PARTEIKONVENT,
16.6.2013**

BESCHLUSS: BUNDESRATSINITIATIVE 49/13 ZUM AKTIVEN UND PASSIVEN WAHLRECHT SOFORT UMSETZEN

Der Parteikonvent fordert den Parteivorstand auf, im Sinne der Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS 49/13

(Beschluss)) das passive Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen in allen Gremien der Partei und bei Wahlen zum Europaparlament, zum Deutschen Bundestag, zu den Landtagen und zu den Kommunalparlamenten zu stärken.

BESCHLUSS DES AUßERORDENTLICHEN PARTEIKONVENTS DER SPD

Die SPD ist mit einem klaren Programm für einen Politikwechsel in Deutschland in den Wahlkampf gegangen und hat einen entschlossenen Wahlkampf gemacht. Sie hat im Wahlkampf den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern gesucht und konnte sich auf den Einsatz ihrer Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort verlassen. Keine andere Partei hat einen solchen Einsatz gezeigt. Das Wahlergebnis zeigt:

1. Die CDU/CSU-FDP-Koalition hat keine Mehrheit mehr. Es wird keine Fortsetzung der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geben.
2. Eine Mehrheit für einen rot-grünen Politikwechsel konnten wir nicht erreichen, obwohl das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie leicht gestiegen ist. Aber das Wahlergebnis zeigt auch: Neues Vertrauen wächst nur langsam. Wir werden den Erneuerungsprozess daher fortsetzen.
3. Die Union ist in der Verantwortung. Der Ball liegt im Feld von Kanzlerin Angela Merkel. Sie ist von den Wählerinnen und Wählern beauftragt, eine handlungsfähige Regierung zu bilden.
4. Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag und Verantwortung zugleich. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir bei unseren Inhalten verlässlich bleiben. Die SPD steht nicht für eine Fortsetzung der bisherigen Politik der Regierung zur Verfügung, sondern nur für einen Politikwechsel.

Wir verweigern uns Gesprächen nicht. Grundlage ist für uns das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. Die hier festgeschriebenen Anforderungen, insbesondere für eine Politik für gute Arbeit und die gerechte Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, gute Bildung und starke Forschung, eine gerechte und auskömmliche Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik, eine Stärkung der Kommunen, eine verantwortliche Gestaltung der Energiewende und Entwicklung und Sicherung der Infrastruktur in Deutschland, verantwortungsvolle Europapolitik sowie moderne Familien, Gleichstellungs-, Integrations- und Gesellschaftspolitik sind die Messlatte.

5. Die Gremien und Landesverbände der SPD werden vom Parteivorstand umfassend über mögliche Gespräche informiert und an möglichen Entscheidungsprozessen fortlaufend beteiligt. Dabei wird fortlaufend eine breite Meinungsbildung herbeigeführt, um eine breite Akzeptanz zu erreichen. Über die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen entscheidet der Parteikonvent. Über die Ergebnisse möglicher Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Der Parteivorstand wird ein Höchstmaß an Transparenz und innerparteilicher Demokratie gewährleisten.

**AUßERORDENTLICHER
PARTEIKONVENT,
27.9.2013**

BESCHLUSS: VERANTWORTUNG FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die SPD will regieren für ein sozial gerechteres und ein modernes, weltoffenes und freiheitliches Deutschland, das sich seiner internationalen Verantwortung stellt.

Nachdem die Verhandlungsgruppe der SPD nach drei Sondierungsgesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern von CDU und CSU einvernehmlich die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU empfiehlt, stimmt der SPD-Parteikonvent der Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung zu.

Das Ziel dieser Koalitionsverhandlungen muss eine deutliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sein, denn dafür macht die SPD Politik. Wir wollen Fortschritte in den Punkten erreichen, für die wir bei der Bundestagswahl angetreten sind. Grundlage für unsere Verhandlungen ist daher das Regierungsprogramm der SPD, wie es auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg beschlossen wurde. Für alle dort aufgeführten Themen werden wir in den Verhandlungen streiten. Wir werden in der Sache hart verhandeln, damit am Ende eine handlungsfähige Regierung steht. Dafür sind auch Kompromisse nötig. Allerdings hält der SPD-Parteikonvent im Lichte der Sondierungen folgende Punkte für unverzichtbar:

1. Wir wollen, dass sich in Deutschland Arbeit wieder für alle lohnt. Wir wollen deshalb gerechte Löhne für gute Arbeit. Dazu zählt u.a. die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde (in Ost und West), die wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“ sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.
2. Wir wollen Altersarmut dauerhaft verhindern. Nach einem langen Arbeitsleben (45 Jahre) muss eine gute Rente ohne Abzüge stehen. Wir wollen die Absicherung erwerbsgeminderter Men-

schen verbessern. Wir wollen eine Angleichung der Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland.

3. Wir wollen umfassende Verbesserungen bei der Pflege erreichen. Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Wir wollen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Beitrag zur Pflegeversicherung anheben.
4. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen wollen wir verbessern. Dazu wollen wir u.a. den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“ auch zwischen Frauen und Männern durchsetzen. Außerdem wollen wir durch verbindliche Regelungen für mehr Frauen in Führungspositionen sorgen. Moderne Gesellschaftspolitik muss die alten Rollenmuster überwinden und die Vereinbarkeit von familiärer Sorge und Beruf verbessern. Das unterscheidet unseren Weg von dem falschen Pfad, den die Bundesregierung mit dem Betreuungsgeld eingeschlagen hat. Wir wollen auch die Situation von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften verbessern.
5. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört auch die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer in unserer Gesellschaft. Deutschlands Kinder sollen auch deutsche Staatsbürger bleiben, deshalb wollen wir den Optionszwang abschaffen und Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung ermöglichen. Und wir wollen Verbesserungen für Flüchtlinge erreichen.
6. Wir wollen die Kommunen finanziell stärken und von Kosten sozialer Leistungen nachhaltig entlasten, u.a. durch ein Bundesteilhabegesetz bei der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Zudem wollen wir Verbesserungen beim Mieterschutz und für bezahlbare Mieten erreichen.

**AUßERORDENTLICHER
PARTEIKONVENT,
20.10.2013**

7. Zu einer starken Wirtschaft gehört eine starke Infrastruktur. Wir werden zusätzliche Anstrengungen unternehmen, sie zu erhalten und auszubauen. Privatisierungen halten wir dabei für den falschen Weg. Wir wollen die Energiewende zu einem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolg führen.
8. Bildung, Ausbildung und Wissenschaft sind für Deutschland im 21. Jahrhundert die wichtigsten Voraussetzungen, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Sie sind auch entscheidend, um den Fachkräftebedarf der Zukunft sicherzustellen. Wir wollen daher unser Bildungssystem stärken und mehr Chancengleichheit erreichen. Im schulischen und vorschulischen Bereich soll das Bildungssystem so gestaltet werden, dass individuelle Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Verstärkte Investitionen in Schulen, Hochschulen und Wissenschaft sollen die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung gleichermaßen sichern. Dazu bedarf es neuer Formen der Kooperation für Schulen und Hochschulen im Grundgesetz.
9. Finanzmärkte wollen wir wirksam regulieren. Um die Finanzmärkte an der Bewältigung öffentlicher Aufgaben und der Krisenkosten zu beteiligen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Steuerbetrug wollen wir stärker bekämpfen, denn dieses Geld fehlt unserer Gesellschaft für wichtige Aufgaben. Dazu gehört auch die Beachtung unserer internationalen Verpflichtungen im Bereich Entwicklung und Klimaschutz.
10. Wir wollen Wachstum und Beschäftigung in Europa sichern und stärken. Dies wird nur gelingen, wenn alle Staaten der EU und besonders innerhalb der Eurozone eine nachhaltige Wachstumsstrategie mit einer nachhaltigen Finanzpolitik verbinden. Den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene

werden wir verstärken. Wir wollen die EU handlungsfähiger machen und ihre Strukturen durch Demokratisierung stärken. Wir brauchen in Deutschland und in der EU verbindliche und restriktive Regeln für den Rüstungsexport und neue Initiativen bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik.

Ausgehend von unseren Finanzierungsvorschlägen werden wir in den Koalitionsverhandlungen auf einer verlässlichen, soliden und gerechten Finanzierung aller Projekte von Kommunen, Ländern, Bund und Sozialkassen in einer künftigen Koalitionsvereinbarung bestehen, um die damit angestrebten Verbesserungen auch tatsächlich zu erreichen. Wir werden keine sozialen Kürzungen akzeptieren.

Eine starke Demokratie braucht auch eine Opposition. Die SPD will daher der Opposition im Bundestag die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ermöglichen.

Der SPD-Parteikonvent beauftragt die noch zu bildende Verhandlungskommission auf der Basis dieser Kernforderungen die Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Für dieses Votum ist eine hohe Beteiligung wichtig. Um dieses Votum ausreichend zu legitimieren, wird in einem bundeseinheitlichen Verfahren abgestimmt. Es wird jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben per Briefwahl abzustimmen. Im Vorfeld der Abstimmung wird den Mitgliedern ausreichend Gelegenheit gegeben, den vorgelegten Koalitionsvertrag zu diskutieren, z.B. in vom Parteivorstand organisierten Regionalkonferenzen.

**PARTEIVORSTAND,
15.11.2013**

RESOLUTION: HILFE UND SOLIDARITÄT FÜR DIE MENSCHEN AUF DEN PHILIPPINEN!

Vor wenigen Tagen wurden die Menschen auf den Philippinen von einer schrecklichen Naturkatastrophe heimgesucht. Der Taifun Haiyan traf am 8. November 2013 mit furchtbarer Wucht auf den Inselstaat, zerstörte ganze Landstriche und brachte unermessliches Leid über die Bevölkerung.

Es wird befürchtet, dass mehrere Tausend Menschen getötet wurden. Unser Mitgefühl und unsere Trauer gelten den Hinterbliebenen. Hinzu kommt: Hunderttausende Menschen stehen vor dem Nichts; sie haben alles verloren. Die Infrastruktur in den betroffenen Gegenden ist fast vollständig zerstört. Viele Straßen sind unpassierbar. Nationale und internationale Hilfsorganisationen haben große Mühe zu den Bedürftigen vorzudringen.

Die Menschen auf den Philippinen sind in höchster Not. Wir müssen ihnen schnelle, umfassende und solidarische Hilfe zukommen lassen. Zelte, Nahrungsmittel, sauberes Wasser und Medikamente werden dort nun dringend gebraucht, um die humanitäre Katastrophe zu lindern.

- Wir appellieren an die Bundesregierung und die Europäische Union, die humanitäre und technische Hilfe deutlich zu erhöhen, um den Bedürftigen und Notleidenden schnell und in ausreichender Form zu helfen.
- Erste Hilfsorganisationen sind bereits vor Ort. Sie versuchen die humanitäre Not zu lindern und Strukturen für weitere Hilfe aufzubauen. Ihre Arbeit verdient Unterstützung. Spendenkonten haben unter anderem die Aktion Deutschland Hilft! und das Bündnis Entwicklung Hilft! eingerichtet. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, diese wichtige Arbeit mit einer Spende zu unterstützen. Jede Hilfe und jede Spende zählt!
- Unsere sozialdemokratischen Freunde von der philippinischen Akbayan-Partei sind seit der ersten Stunde im Einsatz, um Hilfe vor Ort zu koordinieren. Die Parteien der europäischen Sozialdemokratie und der Progressiven Allianz sind von ihnen um Hilfe gebeten worden. Die SPD steht im engen Austausch mit Akbayan und hat ihre volle Unterstützung zugesagt.

Vom SPD-Bundesparteitag in Leipzig soll ein Signal der Solidarität und Unterstützung ausgehen: Wir wollen für die notleidenden Menschen auf den Philippinen sammeln und rufen unsere Mitglieder zum Spenden auf.

AUFRUF ZU DEN BEVORSTEHENDEN BETRIEBSRATSWAHLEN

PARTEIVORSTAND,
18.2.2014

Unser Land braucht starke Betriebsräte!

Viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den nächsten Wochen aufgerufen, einen neuen Betriebsrat in ihren Betrieben zu wählen. Wir brauchen starke und durchsetzungsfähige Betriebsräte. Nicht nur in der vergangenen Krise wurde deutlich, wie wichtig starke Arbeitnehmervertretungen für unser Land und unsere Wirtschaft sind.

Für die SPD ist die betriebliche Mitbestimmung ein zentraler Grundpfeiler unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Sie ist Voraussetzung für unsere Zielsetzung der weiteren Demokratisierung der Wirtschaft. Die stets hohen Wahlbeteiligungen bei Betriebsratswahlen zeigen, dass diese Einschätzung von den Belegschaften geteilt wird.

Demografische Entwicklung, technologischer Wandel und viele weitere Veränderungen in der Arbeitswelt stellen Belegschaften und Betriebsräte vor große und neue Herausforderungen. Globale Wirtschaftsstrukturen verstärken den Druck auf Unternehmen und Belegschaften. Nur mit guter Arbeit, fairer Entlohnung, mit hoher Produktivität, innovativen Produkten und Produktionsverfahren können gute Jobs und gute Entgelte, kann die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten werden, nicht in einem Wettlauf um immer schlechtere Arbeitsbedingungen und immer niedrigere Löhne.

Für Innovationsfähigkeit, Produktivität, gute Arbeit, soziale Sicherheit ist eine starke Mitbestimmung, eine kompetente Interessenvertretung der Belegschaften unverzichtbar. Unternehmen können die neuen Herausforderungen nur erfolgreich bestehen, wenn die Beschäftigten in Veränderungsprozesse eingebunden sind und die Weichen für wesentliche Zukunftsentscheidungen gemeinsam getroffen werden.

Arbeit hat in den letzten Jahren den ihr gebührenden Wert aber zunehmend verloren. Der Anteil unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse an allen Arbeitsverhältnissen sinkt. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von atypischer und prekärer Arbeit betroffen. Wir wollen diesen Trend umkehren und den Wert der Arbeit wieder verbessern. Wichtige Eckpfeiler gegen die Entwertung der Arbeit waren daher für uns unverzichtbar in den jüngsten Koalitionsverhandlungen: der gesetzliche Mindestlohn, erleichterte Bedingungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.

Die deutliche Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist für die SPD ein bleibender Schwerpunkt in ihrem Programm. Sie muss ausgeweitet werden insbesondere mit Blick auf die drängenden Gesundheitsfragen, die aus den neuen Belastungsbedingungen wie Verdichtung und Entgrenzung resultieren. Aber auch die Mitbestimmung über Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb bedarf einer Ausweitung, damit Belegschaften nicht länger gespalten werden. Wir wollen daher insbesondere die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Fremdbeschäftigung ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte aber auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten. Denn es sind die Betriebsräte, die die konkreten Bedürfnisse der Beschäftigten und den Handlungsbedarf für gute Arbeitsbedingungen am besten kennen. Dies alles war leider mit der Union nicht verhandelbar. Es bleibt für uns auf der politischen Tagesordnung.

Für uns ist klar: Die betriebliche Mitbestimmung ist eine wesentliche Voraussetzung für gute Arbeit und sichere Beschäftigung. In mitbestimmten Unternehmen geht es besser. Das beweist die Realität guter Arbeitsbedingungen in zahllosen Betrieben, in denen die gewählten Betriebsräte zunehmend den Strukturwandel mitgestalten und Vertrauenspersonen für die Belegschaften sind. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Beschäftigten an den bevorstehenden Betriebsratswahlen beteiligen und so die betriebliche Mitbestimmung gestärkt wird.

Wir sagen auch:

Die Behinderung von Betriebsratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern: Kein betriebsratsfähiger Betrieb ohne Betriebsrat.

Die SPD bittet alle wahlberechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in den nächsten Wochen die Betriebsratswahlen aktiv zu unterstützen, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Vorschläge der DGB-Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen zu unterstützen. Die Landesverbände der SPD werden gebeten, in Abstimmung mit den jeweiligen Gliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit geeigneten Mitteln öffentlichkeitswirksam zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen aufzurufen.

ERKLÄRUNG ZUM KONFLIKT ZWISCHEN DER UKRAINE UND RUSSLAND

PARTEIVORSTAND,
10.3.2014

I.
Die jüngsten dramatischen Entwicklungen auf der ukrainischen Halbinsel Krim haben zur schwersten Krise in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes geführt. 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Block-Konfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real.

Europa steht gefährlich nahe an der Schwelle zu einer militärischen Auseinandersetzung. Wer diesen Konflikt weiter schürt, gefährdet den Frieden in Europa und riskiert eine Krise, deren Folgen weit über Europa hinausreichen würden.

Hundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges muss gelten: Militärische Gewalt darf nie wieder Mittel der Politik werden. Wir appellieren deshalb an alle Konfliktparteien, alles für eine Beruhigung der Lage zu tun und jede weitere Eskalation zu vermeiden.

Als dem Frieden verpflichtete Partei hat die SPD stets in ihrer Außenpolitik auf die Prinzipien der Entspannung, des Dialoges und der Zusammenarbeit gesetzt, um Konfrontationen zu entschärfen und Wege für eine friedliche Konfliktlösung zu öffnen. Unsere Überzeugung ist: Diese Prinzipien einer Friedens- und Entspannungspolitik müssen jetzt auch Wegweiser für die notwendigen Schritte hin zu einer Lösung des aktuellen Konfliktes in der Ukraine sein

II.
Das russische Vorgehen in Bezug auf die Krim ist inakzeptabel und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Jede direkte oder indirekte Unterstützung extremistischer und separatistischer Kräfte in der Region gefährdet die Sicherheit und Stabilität auf der Krim und in

anderen Landesteilen der Ukraine und muss unterbleiben. Die militärischen Drohgebärden müssen ein Ende haben. Das staatliche Gewaltmonopol der Ukraine muss wieder hergestellt werden. Russland ist aufgefordert, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und alles zu unterlassen, was Abspaltungstendenzen auf der Krim befördert. Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine kann auch nicht per Referendum ausgehebelt werden. Wir rufen die russische Führung auf, das internationale Völkerrecht und die bestehenden internationalen Abkommen und bilateralen Verträge zwischen Russland und der Ukraine zu achten. Die zusätzlich in die Region entsandten russischen Truppen müssen zurückgezogen werden.

Wir appellieren an die russische Führung, in direkte Gespräche mit der legitimen, aus der Mitte des ukrainischen Parlaments hervorgegangenen Regierung der Ukraine einzuwilligen.

III.

Am 21.2.2014 haben die Außenminister des Weimarer Dreiecks in einem schwierigen Verhandlungsprozess eine Vereinbarung zwischen der damaligen ukrainischen Führung und der Opposition vermittelt, mit der es gelungen ist, die Eskalation der Gewalt zu stoppen und weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Die in dieser Vereinbarung verankerten Prinzipien bleiben auch nach der Flucht von Janukowitsch die entscheidende Richtschnur zur Lösung der schweren innenpolitischen Krise der Ukraine. Die neue ukrainische Führung muss sich an diesen Prinzipien orientieren:

Es gilt eine inklusive Regierung zu bilden. Die Rechte nationaler Minderheiten müssen geachtet und aktiv geschützt werden. Militanter Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in der neuen ukrainischen Ordnung keinen Platz haben. Eine neue Verfassung, die die Rechte der jeweiligen Opposition wahr, muss erarbeitet und freie und faire Präsidentschaftswahlen müssen vorbereitet werden. Radikale Kräfte müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln eingedämmt werden zum Schutz von Menschen- und Bürgerrechten sowie der Demokratie in der Ukraine. Die Ereignisse auf dem Maidan im Februar 2014, die zu mehr als 80 Toten und vielen hundert Verletzten geführt haben, müssen aufgearbeitet, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

IV.

Angesichts der unübersichtlichen Situation auf der Krim muss es jetzt zunächst darum gehen, durch Beobachter, die von allen Seiten

als legitim anerkannt werden, eine objektive Einschätzung der Lage in der Region zu gewinnen, auch um zu verhindern, dass die Situation durch gezielte Desinformation weiter destabilisiert wird. Wir unterstützen deshalb mit Nachdruck die „fact finding mission“ zur Aufklärung der Lage auf der Krim durch die OSZE.

Die intensiven diplomatischen Bemühungen zur Einsetzung einer hochrangigen internationalen Kontaktgruppe müssen entschlossen fortgeführt werden, um direkte Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu erleichtern: Eine friedliche Lösung der Krim-Krise kann nur auf dem Wege von Verhandlungen erreicht werden. Sollte dies nicht gelingen, haben die europäischen Staats- und Regierungschefs gestufte Maßnahmen der Europäischen Union angekündigt. Umso dringlicher stellt sich die Notwendigkeit, auf dem Verhandlungswege jetzt Erfolge zu erzielen.

Die ukrainische Regierung braucht unsere aktive Unterstützung bei der Vorbereitung freier und demokratischer Wahlen sowie bei der Bewältigung der enormen Strukturreformen, vor denen das Land steht. Dazu gehört z.B. auch die Unterstützung beim Verwaltungsaufbau des Landes, bei der Stabilisierung der rechtsstaatlichen Strukturen, der Umsetzung des notwendigen demokratischen Prozesses oder der Gewährleistung der Grundversorgung für die Menschen, etwa im Gesundheitsbereich.

Die Stabilisierung der Ukraine wird nur gelingen, wenn die beträchtlichen wirtschaftlichen Probleme des Landes bewältigt werden. Hierzu braucht es aktive finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um ein wirtschaftliches Auseinanderbrechen des Landes mit fatalen politischen und sozialen Folgen zu verhindern. Das Hilfspaket der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 11 Milliarden Euro ist hierzu ein wichtiger Beitrag. Die wirtschaftliche Unterstützung muss den Menschen überall im Land, auch auf der Krim zu Gute kommen.

Europa steht an einer Wegscheide. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um eine erneute Spaltung unseres Kontinents und einen Rückfall in längst überwunden geglaubte Konfrontationsmuster zu verhindern. Europa braucht dazu auch eine kohärente, ambitionierte Russland-Strategie. Diese ist umso wichtiger, weil bei vielen internationalen Herausforderungen eine konstruktive Rolle und Einbeziehung Russlands weiterhin wichtig ist. Beim aktuellen Konflikt geht es um Frieden in Europa. Und darüber hinaus geht es auch um die künftige Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft zur Lösung von Krisen und Konflikten weltweit.

PARTEIVORSTAND,
24.3.2014

BESCHLUSS: GERECHTE LÖHNE FÜR GUTE ARBEIT – WIR STÄRKEN DIE TARIFAUTONOMIE

Der SPD-Parteivorstand begrüßt den von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgestellten Gesetzentwurf zur Stärkung der Tarifaufonomie.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein Meilenstein in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die SPD

hat lange gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. Dieser gemeinsame Einsatz hat sich gelohnt.

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn werden zum Zeitpunkt der Einführung 3,7 Millionen Menschen bessere Einkommens- und Lebensbedingungen bekommen. Der Mindestlohn wird einheitlich in ganz Deutschland gelten. Damit setzen wir ein zentrales Wahlversprechen der SPD um. Der gesetzliche Mindestlohn ist die untere Grenze, die die Würde des Menschen und seiner Arbeit respektiert. Diese Würde ist nicht teilbar. Sie gilt für jeden und ist überall gleich. Zugleich bieten wir den repräsentativen Tarifvertragsparteien die Möglichkeit,

branchenspezifisch tarifvertragliche Übergänge zu organisieren. Die Mindestlohnkommission aus Arbeitgebervertretern und Gewerkschaften wird regelmäßig einen Vorschlag zur Dynamisierung des Mindestlohns machen und soll sich an der Entwicklung der Tariflöhne orientieren, nicht umgekehrt.

Unser Tarifvertragssystem hat sich bewährt. Es ist ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb soll sich über die Qualität der Produkte und der Leistung entscheiden, nicht über einen Wettlauf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Tariffucht darf sich nicht lohnen. Deshalb verbessern wir die Möglichkeiten, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären. Das hilft den Beschäftigten, denn die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifvertrag besser als ohne. Und es hilft den Unternehmen, die sich in einen fairen Wettbewerb begeben.

Mit der Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für alle Branchen geben wir den Tarifpartnern die Gelegenheit, tarifliche Mindestlöhne branchenbezogen oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns

nes festzulegen, und verhindern Wettbewerbsverzerrungen auch im internationalen Wettbewerb. Zugleich geben wir einen Anreiz zur Beendigung des tariflosen Zustandes in einigen Branchen. Der Tarifvertrag in der Fleischindustrie zeigt bereits jetzt, dass dieser Ansatz sehr erfolgreich ist.

Mit diesem Tarifpaket gehen wir einen entscheidenden Schritt, um den Wert der Arbeit in unserem Land wieder herzustellen. Wir machen Schluss mit Dumpinglöhnen auf dem Rücken der Beschäftigten, wir stärken die Tarifautonomie. Die SPD steht für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit.

AUFRUF ZUM 1. MAI: »GUTE ARBEIT SCHAFFEN IN EINEM SOZIALEM EUROPA«

Unser Land ist auf einem guten Weg in eine neue Ordnung der Arbeit. Eine Ordnung, die den Wert der Arbeit wieder herstellt.

Zum Tag der Arbeit 2014 können wir zufrieden feststellen: Der Mindestlohn kommt! Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro wird flächendeckend in ganz Deutschland, in allen Branchen und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wirklichkeit. Dafür hat die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften lange gekämpft. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn werden vier Millionen Menschen schlagartig bessere Einkommens- und Lebensbedingungen erhalten.

Wir stärken die Tarifautonomie! Unser Tarifvertragssystem ist ein wesentlicher Pfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft. Das Tarifgeschehen ist in wenigen Paragraphen geregelt, mit enormen Vorteilen für Unternehmen und Beschäftigte. Mehrere zehntausend Tarifverträge bieten ein hohes Maß an Flexibilität und Möglichkeiten, auf die spezifischen Bedingungen in einzelnen Branchen und Betrieben einzugehen. Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben haben bessere Arbeitsbedingungen. Wir wollen deshalb den Trend zur Tarifflucht durchbrechen. Wir werden einfachere Möglichkeiten schaffen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass mehr Menschen von den guten Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren.

Der Wert der Arbeit spiegelt sich nicht allein in gerechten Löhnen für gute Arbeit im Erwerbsleben. Auch im Ruhestand muss die Lebensleistung Anerkennung finden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit ihren Beiträgen aus harter Arbeit dafür gesorgt, dass unsere gesetzliche Rentenversicherung stabil bleibt. Deswegen werden wir den Menschen, die 45 Jahre lang hart gearbeitet haben, einen früheren Zugang in die Rente ermöglichen – ohne Abschläge! Denn das haben sich diese Beschäftigten redlich verdient. Der abschlagsfreie Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren drückt den Respekt vor der Lebensleistung dieser Menschen aus.

In Anerkennung der speziellen Leistungen von Müttern bei der Kindererziehung schaffen wir mit der „Mütterrente“ nun ebenfalls einen kleinen Ausgleich. Denn Eltern sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Auf Initiative der SPD haben wir bereits die Kinderbetreuung landesweit ausgebaut, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken.

Der Wettbewerb muss über die Qualität der Produkte stattfinden, nicht durch einen Wettlauf um die schlechtesten Lohn- und Arbeits-

bedingungen. Mit der Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für alle Branchen geben wir den Tarifpartnern die Möglichkeit, tarifliche Mindestlöhne oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes festzulegen. Diese tariflichen Mindestlöhne können komplett auf die jeweilige Branche ausgedehnt werden. Sie gelten dann für alle in- und ausländischen Beschäftigten. Damit verhindern wir Lohndumping im internationalen Wettbewerb.

Wir gestalten eine Politik, die gute Arbeitsbedingungen und Tarifvertragsstrukturen fördert. Dies ist auch unser Ziel für die Gestaltung eines sozialen Europas. Viel zu lange haben die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die europäische Einigung als rein wirtschaftliche Integration betrachtet. Deshalb haben viele Menschen das Vertrauen in Europa verloren. Ein Kurswechsel ist überfällig.

Mit unserem Kandidaten Martin Schulz an der Spitze kämpfen wir für ein soziales Europa, das in Wachstum und Beschäftigung investiert, statt einseitig Sparprogramme zu Lasten der Beschäftigten auflegt. Für ein Europa, das mit wirksamen Schritten schnell gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgeht und das gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort garantiert. Für ein Europa, das die Tarifautonomie im europäischen Recht umfassend sichert und die Rechte der europäischen Betriebsräte stärkt und ausbaut. Wir kämpfen für ein Europa, in dem die Interessen der arbeitenden Menschen Vorrang haben vor den ungezügelten Kräften des Marktes. Die Europawahlen am 25. Mai bieten erstmals die Chance, die politische Ausrichtung der Europäischen Union direkt mitzubestimmen. Martin Schulz steht als Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie für unsere Ziele eines sozialen Europas.

Wir wollen ein Europa des Friedens. 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges tragen wir Deutsche eine besondere Verantwortung. Sie verpflichtet uns, entschieden gegen Krieg, Hass, Rassismus und Antisemitismus vorzugehen. Sie mahnt uns, entschlossen für die Einigung der europäischen Völker einzutreten.

Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 1. Mai 2014 gemeinsam mit den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für gute Arbeit, Frieden und ein soziales Europa zu demonstrieren.

PRÄSIDIUM,
28.4.2014

BESCHLUSS ZUM ERGEBNIS DER EUROPAWAHLEN

Präsidium und Parteivorstand der SPD danken den Wählerinnen und Wählern, die der SPD mit einem Zuwachs von über 2,5 Millionen Stimmen (6,5%) bei der Europawahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Das ist der größte Zuwachs, den die SPD jemals bei einer deutschlandweiten Wahl erhalten hat. Das bedeutet für uns Rückenwind für unsere Politik zur Erneuerung Europas, aber auch für unsere Arbeit in der Bundesregierung in Deutschland. Die SPD ist wieder im Aufwind!

Allen voran danken wir unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz und allen seinen Unterstützerinnen und Unterstützern. Martin Schulz konnte mit seinem beispiellosen Engagement in 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union europaweit den Abstand zwischen Sozialdemokraten und Konservativen deutlich verringern. Wie kein Zweiter hat Martin Schulz Menschen von Europa

PARTEIVORSTAND,
26.5.2014

begeistert und für Europa zusammengeführt. Nichts braucht unser Kontinent mehr!

Erstmals haben die Bürgerinnen und Bürger Europas mit ihrer Stimmabgabe nun auch die entscheidenden Grundlagen für die Wahl einer europäischen Regierung und eines europäischen Regierungschefs durch das Europäische Parlament gelegt. Für die SPD gilt das, was wir vor der Wahl gesagt haben, auch nach der Wahl: Nur der kann Präsident der Europäischen Kommission werden, der als einer der Spitzenkandidaten für die Europawahl angetreten ist und eine Mehrheit im Parlament hinter sich und seiner Politik versammeln kann.

Wie in jedem anderen demokratischen Parlament, das eine Regierung wählen muss, sind nun die europäischen Parteienfamilien und ihre Fraktionen im Europäischen Parlament aufgefordert, Gespräche und Verhandlungen für eine Mehrheitsbildung zu führen. Der Verhandlungsführer für die Europäische Sozialdemokratie muss aus Sicht der SPD ihr Spitzenkandidat sein: Martin Schulz.

Für die SPD ist bei diesen Verhandlungen zur Mehrheitsbildung eines klar: Es wird keine Zusammenarbeit geben mit Antieuropäern. Weder werden wir mit ihnen zusammenarbeiten, noch sie in die Fraktion der europäischen Sozialdemokratie aufnehmen. Auch nicht, wenn wir dadurch die Fraktion deutlich stärken könnten.

Wir fordern die deutschen Konservativen von CDU und CSU auf, ihrerseits in ihrer Parteienfamilie für Klarheit zu sorgen. Dazu gehört auch, dass Rechtspopulisten wie die ungarische FIDESZ oder die italienische Forza Italia keinen Einfluss auf die Führung Europas erhalten dürfen. Die politische Willens- und Mehrheitsbildung in Europa darf nicht in Abhängigkeit von Populisten und Extremisten geraten. Dafür tragen auch CDU und CSU Verantwortung.

Auch angesichts des massiven Zugewinns von Antieuropäern und rechten wie linken Populisten steht für die deutsche Sozialdemokratie bei diesen Verhandlungen die Erneuerung und Reform Europas im Mittelpunkt.

„Ein besseres Europa“ heißt für uns:

1. die gigantisch gewachsene Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und den Abbau zu hoher Staatsschulden mit Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu verbinden,
2. für ein faires Steuersystem in Europa zu sorgen und vor allem das europäische Steuerdumping zu bekämpfen,
3. Finanzmärkte und Banken zu regulieren und Finanzmärkte endlich zu besteuern, damit dort ein Beitrag zum Abbau der durch die Finanzmärkte verursachten Staatsverschuldung in Europa geleistet wird,
4. den Binnenmarkt in Europa zu einer sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln, in dem das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt,
5. den europäischen Emissionshandel wieder zu einem wirksamen Instrument des Klimaschutzes zu machen und den Energiebinnenmarkt in Europa zu verwirklichen,
6. die Wettbewerbsfähigkeit Europas durch eine nachhaltige Strategie der Reindustrialisierung zu fördern und im Zeitalter digitaler Ökonomie nicht in Abhängigkeit weniger großer Datenkonzerne zu geraten,
7. die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte auch im digitalen Zeitalter zu garantieren,
8. den Verhandlungsprozess für ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) neu zu starten, für Transparenz und Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft zu sorgen und die hohen europäischen Standards in der Kultur, im Umwelt- und Verbraucherschutz und der Daseinsvorsorge ebenso zu sichern wie die Souveränität der parlamentarischen Demokratie gegenüber Investoreninteressen,
9. eine neue europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu entwickeln,
10. eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln und Europa als gemeinsam handelnde Friedensmacht zu stärken.

**PARTEIVORSTAND,
8.9.2014**

BESCHLUSS: INITIATIVE ZUR STEIGERUNG DER WAHLBETEILIGUNG

Über viele Jahre beobachten wir in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Demokratien, dass sich immer weniger Menschen an den Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen beteiligen. Einzelne Ausnahmen haben diesen Trend bislang nicht umkehren können. Deshalb ist die Landtagswahl in Sachsen, bei der nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, für uns der Anlass, eine überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung anzuregen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an den Wahlen beteiligen. Eine starke Wahlbeteiligung stellt sicher, dass rechtsextreme und -populistische Parteien keine Chance auf den Einzug in Parlamente haben.

Wir sehen die demokratischen Parteien in der Verantwortung, für möglichst gute und überzeugende Politikangebote (Programme, Personen, Meinungsstreit) und eine faire, offene und vielfältige Diskussionskultur zu sorgen. Gleichzeitig wissen wir: Es gibt eine Bringschuld für anständige Politik, die Menschen dazu bringt, zur Wahl zu gehen. Es gibt aber auch eine Holschuld von Bürgerinnen und Bürgern in der Demokratie.

Deshalb regen wir an, in einer gemeinsamen Anstrengung aller demokratischen Parteien und gemeinsam mit gesellschaftlichen Bündnispartnern Maßnahmen dafür zu ergreifen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

Der Parteivorstand beauftragt die Generalsekretärin Yasmin Fahimi und den stellvertretenden Parteivorsitzenden Ralf Stegner, den Vorschlag von Sigmar Gabriel zu einem Bündnis für hohe Wahlbeteiligung aufzugreifen und in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion und der SGK den anderen demokratischen Parteien einen Vorschlag für eine „Gemeinsame Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ vorzuschlagen, die auch gesellschaftliche Akteure wie z. B. Verbände, NGOs, Kirchen und die Wirtschaft einbeziehen soll.

Das Ziel dieser Initiative lautet, das erkämpfte demokratische Wahlrecht als Errungenschaft der Moderne zu verteidigen und so einem um sich greifenden Antiparlamentarismus sowie der Diskreditierung von PolitikerInnen und Parteienwettbewerb entgegenzutreten. Am Ende soll ein konkretes Maßnahmenpaket stehen, zu dessen Umsetzung sich die Parteien auf den jeweiligen Ebenen verbindlich verpflichten.

Der Vorschlag sollte u.a. Antworten auf folgende Fragen geben:

- Wie können Wählerinnen und Wähler über die zu treffende Wahlentscheidung besser informiert werden?

- Welche Maßnahmen können getroffen werden, um die Hürden für die Wahlteilnahme zu senken (z.B. mehr und alltagsnähere Möglichkeiten der Stimmabgabe)?
- Welche internationalen Erfahrungen zur Wahlbeteiligung, zum Wahlrecht und zur Wahlpraxis können wir in Deutschland nutzen?
- Wie können die Parteien gesellschaftliche Akteure gewinnen, sich an einer solche Initiative aktiv zu beteiligen und welche Sichtweisen und Bedarfe bringen sie ein?
- Wie kann die politische Bildung und Demokratievermittlung – auch in der Schule – verbessert werden?
- Wie lassen sich Teilhabe und Partizipation an Politik und öffentlichen Entscheidungen in Verbindung mit und nicht gegen den schützenswerten Kern repräsentativer Demokratie verbessern?
- Wie können wir öffentliche Räume wieder zu Orten der Begegnung demokratischer Auseinandersetzung und des politischen Wettstreit um den richtigen Weg machen?
- Was können, was müssen Politikerinnen und Politiker leisten, um Wählerinnen und Wähler wieder zur Wahlteilnahme zu bewegen?
- In welchen Formen können wir mit JournalistInnen und Verlagen darüber ins Gespräch kommen, was der zunehmende Rückzug ganzer Bevölkerungsschichten von demokratischer Partizipation für unsere Gesellschaft bedeutet?
- Wie kann die praktische Wahlvorbereitung und -durchführung den technischen Fortschritt nutzbar machen und zugleich dem demografischen Wandel gerecht werden?
- Welche positiven Effekte können die Bündelung von Wahlterminen und die Vereinheitlichung von Legislaturperioden bewirken?

BESCHLUSS: VERANTWORTUNGSVOLLE FRIEDENSPOLITIK IN EINER ZEIT NEUER HERAUSFORDERUNGEN

PARTEIVORSTAND,
8.9.2014

Die Welt ist von Krisen gezeichnet. Nahezu täglich erreichen uns Nachrichten über Gewalt, über territoriale, ethnische oder religiöse Konflikte, den Vormarsch fanatischer Terroristen, den Zusammenbruch staatlicher Strukturen, die Verletzung von Menschenrechten und den Bruch des Völkerrechts. Für keine dieser Krisen gibt es einfache Lösungen. Die Anforderungen an eine aktive Friedenspolitik sind daher komplex und stellen uns vor schwierige Entscheidungen.

Angesichts dieser komplexen Herausforderungen braucht verantwortungsvolle Außenpolitik heute vor allem zweierlei: Eine klare Grundausrichtung an den Werten und Zielen einer umfassenden, vorausschauenden Friedenspolitik. Diese setzt auf Krisenprävention, den Schutz der Menschenrechte, Armutsbekämpfung und die Kooperation im Rahmen von EU, NATO, OSZE sowie der Vereinten Nationen. Zugleich tritt sie für Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem langfristigen Ziel ein, mehr Sicherheit durch weniger Waffen in der Welt zu erreichen.

Eben diese Grundausrichtung ist bewährte Tradition sozialdemokratischer Außenpolitik. Sie entbindet uns aber nicht davon, in einer konkreten Konflikt- und akuten Notsituation, wie aktuell der dramatischen Lage im Norden Iraks, unsere Ziele und Politik abzuwägen. Wir tragen Verantwortung für unser Handeln genauso wie für unser Nicht-Handeln. Und wir müssen die Spannungen zwischen unseren langfristigen Zielen und kurzfristigen Notwendigkeiten aushalten. Auch das verlangt verantwortungsvolle Außenpolitik von uns. Sie ist immer auch Abwägung.

HUMANITÄRE HILFE HAT OBERSTE PRIORITÄT

Die aktuellen Nachrichten aus dem Norden Iraks erschüttern uns zutiefst. Mit unfassbarer Brutalität ist die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf dem Vormarsch, ermordet Frauen, Männer und Kinder. Zu Hunderttausenden sind Menschen auf der Flucht. Wir können und dürfen diesem unsäglichen Leid so vieler Menschen nicht tatenlos zuschauen. Wir müssen, wo immer dies möglich ist, helfen.

An erster Stelle steht für uns die humanitäre Hilfe. Vor allem die Not der Flüchtlinge muss gelindert werden – durch Notunterkünfte, Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter. Deshalb ist die angelaufene humanitäre Nothilfe durch viele Hilfsorganisationen auch aus Deutschland so ungemein wichtig. Die Bundesregierung hat ihrerseits bislang 50 Millionen Euro für Hilfsgüter zur Verfügung gestellt, weitere Mittel sind in Aussicht gestellt. Diese humanitäre Hilfe muss intensiv fortgeführt und angesichts des Ausmaßes der menschlichen Katastrophe in ein nachhaltiges Engagement überführt werden, auch um Lebensperspektiven vor Ort zu erhalten und neu zu schaffen. Zugleich nimmt Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern Flüchtlinge auf.

Letztlich setzt die Wirksamkeit unserer humanitären Hilfe jedoch ein sicheres Umfeld voraus. Dazu muss der brutale Vormarsch der Terrorgruppe IS gestoppt werden. Die kurdischen Peschmerga stehen im Kampf gegen den IS vor einem äußerst brutalen Gegner, der ihnen an technologischer Ausrüstung überlegen ist. Um sich diesem Feind entgegenzustellen, haben die Kurden nicht nur humanitäre, sondern auch militärische Unterstützung erbeten. Die irakische Zentralregierung unterstützt diese Bitte.

KLUGE AUßENPOLITIK IST ABWÄGUNG

Für einen Konflikt wie diesen gibt es keine Schwarz-Weiß-Lösungen. Er zwingt uns zu schweren und raschen Entscheidungen. Das Tempo des Vormarsches der IS erlaubt kein Zögern und Abwarten. Auf der einen Seite steht unser Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Waffen, einmal in den falschen Händen, können Konflikte anheizen. Andererseits gilt der Grundsatz, Menschenleben zu schützen, Völkermord und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Und es geht darum, die Stabilität einer Region zu festigen, die bis an die Grenzen Europas und der NATO heranreicht und somit unsere eigene Sicherheit unmittelbar berührt.

In Krisengebiete wie Ukraine, Syrien, Libyen liefert Deutschland keine Waffen – und das aus guten Gründen. Doch vieles spricht dafür, dass die Krise im Nord-Irak anders gelagert ist. Einerseits ist der IS eine neuartige Form der Bedrohung, eine rücksichtslose, fanatische und extrem brutale Terrororganisation, die ein wachsendes Territorium kontrolliert und das Ziel verfolgt, einen islamistischen Gottesstaat zu errichten. Der IS will mit barbarischen Mitteln Fakten schaffen und seinen Machteinfluss in der Region weiter ausdehnen. Andererseits steht ihr mit der kurdischen Regionalbehörde eine relativ stabile Struktur gegenüber. Die Kurden in der Region sind das wichtigste Bollwerk gegen die Mörderbanden des IS. Werden sie überrannt, sind nicht nur tausende Menschenleben, sondern die Stabilität der gesamten Region in akuter Gefahr – verbunden mit erheblichen Sicherheitsrisiken auch für uns in Europa.

HANDELN IN EINER AKUTEN NOTSITUATION – ALS TEIL EINER POLITISCHEN GESAMTSTRATEGIE

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Bundesregierung in enger Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern beschlossen, als Teil einer politischen und humanitären Gesamtstrategie neben Ausrüstungsgütern auch Waffen an die Kurden im Nord-Irak zu liefern.

Unsere strengen Grundsätze bei Rüstungsexporten gelten selbstverständlich weiter. Wir Sozialdemokraten waren es, die unter rot-grüner Bundesregierung im Jahr 2000 die äußerst restriktiven

politischen Grundsätze für die deutsche Rüstungsexportpolitik durchgesetzt haben. In einer Welt, die durch Instabilität und komplexe Konfliktlagen gekennzeichnet ist, ist Zurückhaltung beim Export von Waffen ein Gebot der sicherheitspolitischen Vernunft. Doch die Richtlinien für Rüstungsexporte fordern die Politik in einem konkreten Krisenfall auch zur Abwägung und zur Entscheidung auf. Sie sagen: Eine Genehmigung kann ausnahmsweise erteilt werden, wenn „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“ dafür sprechen.

Bei den Waffenlieferungen an die Kurden im Nord-Irak geht es um Nothilfe in einer akuten Krisensituation, die dem Schutz und dem Leben der Flüchtlinge und der Stabilisierung einer Region dienen soll, die nahe an Europa heranreicht. Es ist eine Einzelfallentscheidung in einer Ausnahmesituation. An den bewährten Grundsätzen der deutschen Außenpolitik ändert die Entscheidung nichts. Sie ist kein Paradigmenwechsel.

Zugleich ist klar: Militärische Ausrüstung allein ist noch keine Strategie. Auf längere Sicht kommt es darauf an, der Terrormiliz IS den Nährboden zu entziehen. Das erfordert mindestens dreierlei: Erstens, eine Zentralregierung in Bagdad, die alle ethnischen und religiösen Gruppen des Landes repräsentiert. Zweitens, muss der Konflikt in Syrien eingedämmt und, drittens, der Zufluss von Geld und Kämpfern an den IS aus dem Ausland gestoppt werden. Die direkte wie in-

direkte Unterstützung und Förderung des IS muss von der internationalen Gemeinschaft unterbunden werden. An allen drei Zielen muss die deutsche und europäische Diplomatie weiter intensiv arbeiten.

Auch sollten die gegenwärtigen Bemühungen um einen anhaltenden Waffenstillstand im Nahost-Konflikt in eine umfassende regionale Initiative für Sicherheit und Abrüstung im Nahen Osten münden. Darüber hinaus müssen wir, um langfristig Handlungsfähigkeit im politischen Krisenmanagement zu gewinnen, die gemeinsame europäische Außenpolitik weiter voranbringen. Ebenso ist es Ziel unserer umfassenden friedenspolitischen Bemühungen, die Vereinten Nationen so zu stärken, dass sie die tragende Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte spielen. Vor allem muss auch das UN-Flüchtlingshilfswerk gestärkt werden.

Die SPD ist und bleibt den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Friedenspolitik verpflichtet. Für uns sind Diplomatie, Dialog und humanitäre Hilfe immer die ersten Mittel der Wahl. Und mit unserer Politik für Abrüstung und Rüstungskontrolle folgen wir der Überzeugung, dass langfristig weniger Waffen in der Welt mehr Frieden und Sicherheit schaffen können. Doch wenn eine akute Krise uns vor schwierige Entscheidungen stellt, weichen wir ihnen nicht aus. Stattdessen vertrauen wir auf unsere Grundsätze und wägen ab, welcher Weg uns unseren übergeordneten Zielen von Frieden, dem Schutz von Menschenleben und Menschenrechten und unserer eigenen Sicherheit am nächsten bringt.

**PARTEIKONVENT,
20.9.2014**

BESCHLUSS: VERANTWORTUNGSVOLLE FRIEDENSPOLITIK IN EINER ZEIT NEUER HERAUSFORDERUNGEN

Die Welt ist von Krisen gezeichnet. Nahezu täglich erreichen uns Nachrichten über Gewalt, über territoriale, ethnische oder religiöse Konflikte, den Vormarsch fanatischer Terroristen, den Zusammenbruch staatlicher Strukturen, die Verletzung von Menschenrechten und den Bruch des Völkerrechts. Für keine dieser Krisen gibt es einfache Lösungen.

Die Anforderungen an eine aktive Friedenspolitik sind daher komplex und stellen uns vor schwierige Entscheidungen.

Angesichts dieser komplexen Herausforderungen braucht verantwortungsvolle Außenpolitik heute vor allem zweierlei: Eine klare Grundausrichtung an den Werten und Zielen einer umfassenden, vorausschauenden Friedenspolitik. Diese setzt auf Krisenprävention, den Schutz der Menschenrechte, Armutsbekämpfung und die Kooperation im Rahmen von EU, NATO, OSZE sowie den Vereinten Nationen. Zugleich tritt sie für Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem langfristigen Ziel ein, mehr Sicherheit durch weniger Waffen in der Welt zu erreichen.

Ebendiese Grundausrichtung ist bewährte Tradition sozialdemokratischer Außenpolitik. Sie entbindet uns aber nicht davon, in einer konkreten Konflikt- und akuten Notsituation wie aktuell der dramatischen Lage im Norden Iraks unsere Ziele und Politik abzuwägen. Wir tragen Verantwortung für unser Handeln genauso wie für unser Nicht-Handeln. Und wir müssen die Spannungen zwischen unseren langfristigen Zielen und kurzfristigen Notwendigkeiten aushalten. Auch das verlangt verantwortungsvolle Außenpolitik von uns. Sie ist immer auch Abwägung.

HUMANITÄRE HILFE HAT OBERSTE PRIORITÄT

Die aktuellen Nachrichten aus dem Norden Iraks erschüttern uns zutiefst. Mit unfassbarer Brutalität ist die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf dem Vormarsch, ermordet Frauen, Männer und Kinder. Zu Hunderttausenden sind Menschen auf der Flucht. Wir können und dürfen diesem unsäglichen Leid so vieler Menschen nicht tatenlos zuschauen. Wir müssen, wo immer dies möglich ist, helfen.

An erster Stelle steht für uns die humanitäre Hilfe. Vor allem die Not der Flüchtlinge muss gelindert werden – durch Notunterkünfte, Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter. Deshalb ist die angelaufene humanitäre Nothilfe durch viele Hilfsorganisationen auch aus Deutschland so ungemein wichtig. Die Bundesregierung hat ihrerseits bislang 50 Millionen Euro für Hilfsgüter zur Verfügung gestellt, weitere Mittel sind in Aussicht gestellt. Diese humanitäre Hilfe muss intensiv fortgeführt und angesichts des Ausmaßes der menschlichen Katastrophe in ein nachhaltiges Engagement überführt werden, auch um Lebensperspektiven vor Ort zu erhalten und neu zu schaffen. Zugleich sollte Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern zu einer großzügigen Aufnahme für Flüchtlinge aus der Region bereit sein.

Letztlich setzt die Wirksamkeit unserer humanitären Hilfe jedoch ein sicheres Umfeld voraus. Dazu muss der brutale Vormarsch der Terrorgruppe IS gestoppt werden. Die kurdischen Peshmerga stehen im Kampf gegen den IS vor einem äußerst brutalen Gegner, der ihnen an technologischer Ausrüstung überlegen ist. Um sich diesem Feind entgegenzustellen haben die Kurden nicht nur humanitäre, sondern auch militärische Unterstützung erbeten. Die irakische Zentralregierung unterstützt diese Bitte.

KLUGE AUßENPOLITIK IST ABWÄGUNG

Für einen Konflikt wie diesen gibt es keine Schwarz-Weiß-Lösungen. Er zwingt uns zu schweren und raschen Entscheidungen. Das Tempo des Vormarsches der IS erlaubt kein Zögern und Abwarten. Auf der einen Seite steht unser Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Waffen, einmal in den falschen Händen, können Konflikte anheizen. Andererseits gilt der Grundsatz, Menschenleben zu schützen, Völkermord und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Und es geht darum, die Stabilität einer Region zu festigen, die bis an die Grenzen Europas und der NATO heranreicht und somit unsere eigene Sicherheit unmittelbar berührt.

In Krisengebiete wie Ukraine, Syrien, Libyen liefert Deutschland keine Waffen – und das aus guten Gründen. Doch vieles spricht dafür, dass die Krise im Nord-Irak anders gelagert ist. Einerseits ist der IS

eine neuartige Form der Bedrohung, eine rücksichtslose, fanatische und extrem brutale Terrororganisation, die ein wachsendes Territorium kontrolliert und das Ziel verfolgt, einen islamistischen Gottesstaat zu errichten. Der IS will mit barbarischen Mitteln Fakten schaffen und seinen Machteinfluss in der Region weiter ausdehnen. Andererseits steht ihr mit der kurdischen Regionalbehörde eine relativ stabile Struktur gegenüber. Die Kurden in der Region stellen sich mit aller Kraft gegen die Mörderbanden des IS. Werden sie überrannt, sind nicht nur tausende Menschenleben, sondern die Stabilität der gesamten Region in akuter Gefahr – verbunden mit erheblichen Sicherheitsrisiken auch für uns in Europa.

HANDELN IN EINER AKUTEN NOTSITUATION – ALS TEIL EINER POLITISCHEN GESAMTSTRATEGIE

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Bundesregierung in enger Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern beschlossen, als Teil einer politischen und humanitären Gesamtstrategie neben Ausrüstungsgütern auch Waffen an die Kurden im Nord-Irak zu liefern.

Unsere strengen Grundsätze bei Rüstungsexporten gelten selbstverständlich weiter. Wir Sozialdemokraten waren es, die unter rot-grüner Bundesregierung im Jahr 2000 die äußerst restriktiven Politischen Grundsätze für die deutsche Rüstungsexportpolitik durchgesetzt haben. In einer Welt, die durch Instabilität und komplexe Konfliktlagen gekennzeichnet ist, ist Zurückhaltung beim Export von Waffen ein Gebot der sicherheitspolitischen Vernunft. Doch die Richtlinien für Rüstungsexporte fordern die Politik in einem konkreten Krisenfall auch zur Abwägung und zur Entscheidung auf. Sie sagen: eine Genehmigung kann ausnahmsweise erteilt werden, wenn „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“ dafür sprechen.

Bei den Waffenlieferungen an die Kurden im Nord-Irak geht es um Nothilfe in einer akuten Krisensituation, die dem Schutz und dem Leben der Flüchtlinge und der Stabilisierung einer Region dienen soll, die nahe an Europa heranreicht. Es ist eine Einzelfallentscheidung

in einer Ausnahmesituation. An den bewährten Grundsätzen der deutschen Außenpolitik ändert die Entscheidung nichts. Sie ist kein Paradigmenwechsel.

Zugleich ist klar: Militärische Ausrüstung allein ist noch keine Strategie. Auf längere Sicht kommt es darauf an, der Terrormiliz IS den Nährboden zu entziehen. Das erfordert mindestens dreierlei: Erstens, eine Zentralregierung in Bagdad, die alle ethnischen und religiösen Gruppen des Landes repräsentiert. Zweitens, muss der Konflikt in Syrien eingedämmt und, drittens, der Zufluss von Geld und Kämpfen an den IS aus dem Ausland gestoppt werden. Die direkte wie indirekte Unterstützung und Förderung des IS muss von der internationalen Gemeinschaft unterbunden werden. An allen drei Zielen muss die deutsche und europäische Diplomatie weiter intensiv arbeiten.

Auch sollten die gegenwärtigen Bemühungen um einen anhaltenden Waffenstillstand im Nahost-Konflikt in eine umfassende regionale Initiative für Sicherheit und Abrüstung im Nahen Osten münden. Darüber hinaus müssen wir, um langfristige Handlungsfähigkeit im politischen Krisenmanagement zu gewinnen, die gemeinsame europäische Außenpolitik weiter voranbringen. Ebenso ist es Ziel unserer umfassenden friedenspolitischen Bemühungen, die Vereinten Nationen so zu stärken, dass sie die tragende Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte spielen. Vor allem muss auch das UN-Flüchtlingshilfswerk gestärkt werden.

Die SPD ist und bleibt den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Friedenspolitik verpflichtet. Für uns sind Diplomatie, Dialog und humanitäre Hilfe immer die ersten Mittel der Wahl. Und mit unserer Politik für Abrüstung und Rüstungskontrolle folgen wir der Überzeugung, dass langfristig weniger Waffen in der Welt mehr Frieden und Sicherheit schaffen können. Doch wenn eine akute Krise uns vor schwierige Entscheidungen stellt, weichen wir ihnen nicht aus. Stattdessen vertrauen wir auf unsere Grundsätze und wägen ab, welcher Weg uns unseren übergeordneten Zielen von Frieden, dem Schutz von Menschenleben und Menschenrechten und unserer eigenen Sicherheit am nächsten bringt.

BESCHLUSS: UNSERE ERWARTUNGEN AN DIE TRANSATLANTISCHEN FREIHANDELSGESPRÄCHE

Die laufenden Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) haben eine intensive gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken eines solchen Abkommens angestoßen. Viele Menschen verbinden mit den TTIP-Verhandlungen erhebliche Sorgen. Vor allem haben sie die Befürchtung, dass durch TTIP bewährte Rechte und Standards in Europa etwa bei Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Kultur, Tierschutz oder bei Lebensmitteln unterlaufen werden könnten. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Zu einem Abbau von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards darf es durch ein transatlantisches Freihandelsabkommen nicht kommen.

Es muss seinen Wert umgekehrt darin beweisen, dass es zu Fortschritten beim Schutz von Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucherschutz und nachhaltigem Wirtschaften im globalen Maßstab beiträgt. Ein transatlantisches Handelsabkommen kann die Chance eröffnen, dass mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit zusammenwachsen und Maßstäbe setzen. Diese normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden.

Angesichts der Fragen und Sorgen vieler Menschen, von Gewerkschaften, NGOs, Verbraucherverbänden und Bürgerinitiativen ist es dringend notwendig, dass die Verhandlungen über TTIP mit größtmöglicher Transparenz geführt werden und möglichst viele Menschen sowie Gruppen der Zivilgesellschaft einbeziehen. Die SPD

setzte sich von Beginn an dafür ein, dass die TTIP-Verhandlungen breit und, wo nötig, auch kritisch, öffentlich begleitet werden können. Einige Fortschritte konnten auf diesem Weg bereits erreicht werden: Sowohl im Bundestag als auch dem Bundesrat hat eine intensive Beschäftigung mit TTIP eingesetzt. Auch hat der Bundeswirtschaftsminister einen zivilgesellschaftlichen TTIP-Beirat in Deutschland eingerichtet, um Transparenz und Teilhabe zu erhöhen. Ebenso konnte der Zugang zu Informationen über die Inhalte und die Fortschritte der Verhandlungen verbessert werden.

FÜR HOHE STANDARDS BEI ARBEITNEHMERRECHTEN, VERBRAUCHER- UND UMWELTSCHUTZ, DER DASEINSVORSORGE SOWIE FÜR HOHE DEMOKRATISCHE UND RECHTSSTAATLICHE STANDARDS

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bundesminister für Wirtschaft und Energie haben gemeinsame Ziele und Anforderungen an die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) formuliert. Der Parteikonvent der SPD unterstützt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ausdrücklich, die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) auf der Grundlage des gemeinsamen Papiers von Wirtschaftsministerium und DGB sowie des Beschlusses des Parteikonvents fortzuführen:

1. Handelsgespräche zwischen den großen Wirtschaftsräumen USA und EU, die in ein Freihandelsabkommen münden, eröffnen die

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

- Chance, die bilateralen Handelsbeziehungen zu intensivieren und dabei fair und nachhaltiger zu gestalten. Das Abkommen könnte auch dazu beitragen, faire und nachhaltige Handelsregeln global voranzutreiben und Maßstäbe zu setzen. Es geht darum, zusätzlichen Wohlstand tatsächlich breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards zu verbessern sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.
2. Die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) müssen mit dieser Zielsetzung geführt werden. Geheimhaltungsvorschriften und Intransparenz dürfen eine angemessene öffentliche Debatte nicht verhindern. Dabei sind die Ergebnisse einer laufenden, umfassenden Folgeabschätzung unter Beteiligung der Zivilgesellschaften zu berücksichtigen.
 3. Das Freihandelsabkommen darf Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden. Einen Dumping-Wettbewerb, bei dem Staaten und Unternehmen sich Vorteile über Sozial- und Umweltschutzdumping verschaffen, lehnen wir ab. Deshalb muss im Rahmen des Handelsabkommens darauf hingewirkt werden, Mitbestimmungsrechte, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz- sowie Sozial- und Umweltstandards zu verbessern.
 4. Die Beseitigung der verbliebenen tarifären Hindernisse (Zölle) fördert den Handel, auch wenn die Zölle nicht hoch sind – sie bewegen sich für Industriegüter im Durchschnitt bei etwa 4 %. Aber das Handelsvolumen ist groß. Täglich gehen Waren im Wert von ca. 2 Mrd. Euro über den Atlantik. Wegen des großen Handelsvolumens können Zölle im großen Umfang eingespart werden. Wenn die Zölle aber beseitigt werden, so soll der Einnahmeverlust der EU ausgeglichen werden.
 5. Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse kann grundsätzlich im gegenseitigen Interesse sein, muss sich aber auf unterschiedliche technische Standards und Vorschriften sowie gegebenenfalls auf die Abschaffung doppelter Zulassungsverfahren, die tatsächlich vergleichbar sind, beschränken. Das gilt z.B. für die Größe von Rückspiegeln, für die Festigkeit von Blechen, die Größe und Tragfähigkeit der Felgen, der Verfahren zur Messung von Emissionen oder der Vergabe von bestimmten Genehmigungen. Das Abkommen kann dazu beitragen, dass im Bereich der Zukunftstechnologien durch die Entwicklung gemeinsamer Standards optimale Rahmenbedingungen für Innovationen geschaffen werden. Eine gegenseitige Anerkennung von Standards und Zulassungsverfahren darf es nur geben, wenn damit keine Absenkung des Schutzniveaus verbunden ist. Die parlamentarische Hoheit über die Definition von Standards und Zulassungsverfahren muss sichergestellt bleiben.
 6. Ein hohes Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzniveau soll nicht nur im Einklang mit dem Besitzstand der EU und den Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten gewahrt, sondern muss auch weiter verbessert werden können. Beide Vertragspartner sollten sich verpflichten, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz zu beachten und umzusetzen, insbesondere die ILO Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Dazu sollten beide Vertragspartner ein Zeitfenster vereinbaren, innerhalb dessen die Ratifizierung, Umsetzung und Überwachung dieser internationalen Übereinkünfte geregelt wird. Die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards muss in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens.
 7. In keinem Fall dürfen das Recht der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung und der Tarifautonomie oder andere Schutzrechte für Arbeitnehmer, die Umwelt und Verbraucher als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ interpretiert werden. Entsprechende nationale Gesetze oder Vorschriften eines EU-Mitgliedsstaates – insbesondere hinsichtlich der Regulierung des Arbeitsmarktes oder sozialer Sicherungssysteme, der Tarifautonomie, des Streikrechts, Mindestlöhnen und Tarifverträgen – müssen in diesem Sinne von einem Abkommen unberührt bleiben. Das gilt nicht nur für das gegenwärtige, sondern auch für künftige Erweiterungen dieser Schutzrechte. Derartige Möglichkeiten dürfen durch ein Abkommen nicht eingeschränkt oder behindert werden.
 8. Prinzipiell ist auszuschließen, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, gefährdet, ausgehebelt oder umgangen wird oder dass ein Marktzugang, der solchen Regeln widerspricht, einklagbar wird. Die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, darf auch nicht durch die Schaffung eines „Regulierungsrates“ im Kontext regulatorischer Kooperation oder durch weitgehende Investitionsschutzvorschriften erschwert werden. Investitionsschutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen den USA und der EU grundsätzlich nicht erforderlich und sollten nicht mit TTIP eingeführt werden. In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen wie „faire und gerechte Behandlung“ oder „indirekte Enteignung“ abzulehnen. Die Europäische Kommission hat ein Verhandlungsmoratorium zum Investitionsschutz beschlossen und eine dreimonatige öffentliche Konsultation zu dieser Frage ab März 2014 eingeleitet. Das Verhandlungsmoratorium ist zu begrüßen, zumal es eine grundsätzliche öffentliche Debatte über Investitionsschutz erlaubt. Probleme – wie die Einschränkung staatlicher Regulierungsfähigkeit und die Gefahr hoher Entschädigungs- und Prozesskosten für Staaten, wegen privater Klagen gegen legitime Gesetze – existieren schließlich auch schon aufgrund existierender Investitionsschutzabkommen.
 9. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt werden. Für den Bereich der Daseinsvorsorge sollen keine Verpflichtungen in Deutschland übernommen werden. Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch das Abkommen beeinträchtigt werden. Den nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften wird für die Ausgestaltung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse ein umfassender Gestaltungsraum garantiert. Audiovisuelle Dienstleistungen sind dauerhaft vom Anwendungsbereich des Abkommens auszunehmen. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen darüber hinaus das Recht haben, die öffentliche Kultur- und Medienförderung vollständig zu erhalten. Auch die Daseinsvorsorge durch die freie Wohlfahrtspflege muss erhalten bleiben. Die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die Organisation der Daseinsvorsorge muss unberührt bleiben. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zu weiterer Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder gar eine Priorisierung „privat vor öffentlich“ durch das Abkommen geben. Der Gestaltungsspielraum ist für die Zukunft zu gewährleisten. Wir sind der Auffassung, dass ein Positivkatalog besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten. Dieser Positivistenansatz würde ausschließen, dass alle Bereiche liberalisiert werden können, die nicht explizit aufgelistet sind. Die zu erstellende Verpflichtungsliste im Dienstleistungsbereich muss zusammen mit den betroffenen Kreisen, einschließlich der Gewerkschaften diskutiert und erstellt werden. Bei der Erbringung von Dienstleistungen durch in die EU entsandte Beschäftigte ist zu gewährleisten, dass das nationale Arbeitsrecht und nationale Tarifstandards nicht eingeschränkt werden. In jedem Fall muss hinsichtlich der Einhaltung von arbeitsrechtlichen, sozialen und tarifvertraglichen Regelungen in der EU das Ziellandprinzip festgeschrieben und von Anfang an bei allen entsandten Beschäftigten angewandt werden, sofern es für sie günstiger ist.
 10. Die Erfahrungen mit der jüngsten Weltwirtschaftskrise zeigen, dass statt einer völligen Freigabe des Kapitalverkehrs und einer weiteren Liberalisierung von Finanzdienstleistungen eine strikte Regulierung der Finanzmärkte notwendig ist. Der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern und die Stabilität der Weltwirtschaft würden wachsen, wenn es gelänge, die transatlantischen Verhandlungen auch für eine stärkere Regulierung bislang nicht ausreichend regulierter Bereiche der globalisierten Finanzmärkte zu nutzen.
 11. Im Bereich der öffentlichen Vergabe und Beschaffung dürfen soziale und ökologische Vergabekriterien und ihre mögliche Erweiterung nicht in Frage gestellt werden. Unternehmen, die öffent-

liche Aufträge bekommen wollen, müssen auf Einhaltung der jeweiligen Vergabekriterien, wie etwa die Tarifreue, verpflichtet werden können.

12. Ein Abkommen soll eine Klausel enthalten, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen und ggf. Kündigung ermöglicht.
13. Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen ist jeder Zeitdruck abzulehnen. Europa und die USA stehen jetzt am Beginn der eigentlichen Verhandlungen. Die Verhandlungen müssen transparent, unter der demokratischen Beteiligung der Parlamente und unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Vertreter der Zivilgesellschaft geführt werden, um diesem Abkommen eine breite gesellschaftliche Legitimation zu verleihen. Es ist ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen. Wir sind der Auffassung, dass alle Verhandlungsdokumente offenzulegen sind und werden uns energisch dafür einsetzen. Ein transatlantisches Abkommen, das den Bürgerinnen und Bürgern nutzen soll, darf nicht verhandelt werden, als müssten die Ergebnisse vor der Öffentlichkeit verborgen werden.
14. Die EU-Kommission ist aufgefordert, auf dieser Grundlage und im Bewusstsein um die Sensibilität des Abkommens zu verhandeln. Das Abkommen steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Parlaments, des Rates und auch unter dem Zustimmungsvorbehalt der 28 nationalen Ratifizierungsprozesse. Dies zeigt: Ein TTIP, das die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt, darf und wird es nicht geben.

FÜR EINEN BREITEN DISKUSSIONSPROZESS

Eine intensive Diskussion über die TTIP-Verhandlungen sowie auch das geplante Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), für das die oben genannten Maßgaben zu TTIP gleichermaßen gelten, ist in der Öffentlichkeit genauso wie selbstverständlich auch innerhalb der SPD von zentraler Bedeutung. Zur Vorbereitung politischer Entscheidungen muss die Möglichkeit zur Diskussion, Meinungsbildung und Mitsprache bestehen.

Um den weiteren TTIP-Verhandlungsprozess intensiv zu begleiten und die Meinungsbildung innerhalb der SPD weiter voranzubringen, wird der SPD-Parteivorstand einen umfassenden Informations- und Diskussionsprozess initiieren – mit fortlaufenden Berichten über den Stand der Verhandlungen sowie geeigneten Formaten für eine innerparteiliche, sachorientierte, politische Debatte.

In dem Diskussionsprozess muss es Raum dafür geben, die Chancen von TTIP genauso zu thematisieren wie kritische Aspekte und Befürchtungen, die sich mit TTIP verbinden. Insgesamt trifft dies insbesondere auf folgende Fragen zu:

- den wirtschaftlichen Chancen und Risiken, die sich mit dem Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse verbinden;
- die möglichen regulatorischen Fortschritte durch TTIP, die eine global normsetzende Wirkung entfalten können;
- die Entwicklung gemeinsamer Standards für Innovationen bei Zukunftstechnologien und Leitmärkten;
- den Schutz von Arbeitnehmerrechten, den Erhalt von Mitbestimmung und Tarifautonomie sowie den ILO-Kernarbeitsnormen;
- den Erhalt eines hohen Niveaus beim Verbraucher-, Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutz sowie bei Lebensmitteln;
- den Erhalt kultureller Vielfalt, der öffentlichen Kultur- und Medienförderung sowie auf Fragen zum Datenschutz und zu den Aktivitäten ausländischer Geheimdienste;
- die öffentliche Daseinsvorsorge und die Gewährleistung ihrer Qualität und eines freien Zugangs zu entsprechenden Dienstleistungen;
- die speziellen Investitionsschutzvorschriften und ihren möglichen problematischen Folgen;
- die Transparenz und Einbeziehung von Bürgern und Zivilgesellschaft und den Zugang zu den Verhandlungsdokumenten;
- eine Einstufung des Abkommens als „gemischtes Abkommen“ und daran anknüpfend die demokratische Legitimierung über eine Ratifizierung durch das Europäische Parlament ebenso wie durch die nationalen Parlamente;
- sowie schließlich auf Fragen nach den Möglichkeiten einer späteren Überprüfung und ggf. Rückholbarkeit von Inhalten der Handelsabkommen.

Wirtschaft und Handel müssen sich demokratischen Spielregeln unterwerfen. Wenn es mit einem transatlantischen Freihandelsabkommen gelingt, bessere Regeln für den transatlantischen Handel und die globale Wirtschaft zu entwickeln, wäre dies ein enormer Fortschritt in der politischen und demokratischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung. Fest steht allerdings auch: Ein Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass europäische Standards etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt oder Investoren vor internationalen Schiedsstellen rechtsstaatliche Standards und demokratische politische Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen aushebeln können. Unser Ziel ist es, möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern.

RESOLUTION ANLÄSSLICH DER FRIEDLICHEN REVOLUTION UND DES WIEDERERSTEHENS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI IN DER DAMALIGEN DDR VOR 25 JAHREN

25 Jahre nachdem die Ostdeutschen das Ende der SED-Diktatur und die Öffnung der Mauer gewaltfrei erzwungen haben, kann ganz Deutschland stolz sein auf das seither Erreichte. Die Ostdeutschen haben mit großem Einsatz eine gewaltige Aufbauleistung vollbracht, zu der die Westdeutschen mit ihrer Solidarität beigetragen haben.

Auch die Sozialdemokratie kann stolz sein auf den damit verbundenen Teil ihrer Geschichte. Unter konspirativen Umständen und Gefahren riefen mutige Frauen und Männer im Jahr 1989 zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR auf. Die Gründung der SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) am 7. Oktober 1989 war eine Sternstunde der Demokratie. Die SDP war die einzige neu gegründete Partei, die im Herbst der Friedlichen Revolution 1989 konsequent für das Ende der Einparteienherrschaft in der DDR und für eine parlamentarische Demokratie eintrat. Der Aufbau der jungen Partei fand die solidarische Unterstützung ungezählter Genossinnen und Genossen aus Westdeutschland.

Sofort übernahmen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung, um die Friedliche Revolution und den Prozess der deutschen Einheit zum Wohle der Menschen zu gestalten. Die wirtschaftliche Situation in der damaligen DDR und die anhaltende Auswanderungswelle erzeugten eine enorme Dynamik und gewaltigen Handlungsdruck. Die SPD in Ost und West kämpfte für einen gerechten Einigungsvertrag, der die deutsche Einheit besiegelte und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigte. Darauf dürfen wir stolz sein, auch wenn sich die SPD in manchen Fragen nicht durchsetzen konnte. Besser wäre gewesen, bei offenen Vermögensfragen das von der schwarz-gelben Koalition gewählte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ umzukehren, damit wäre viel Unfrieden vermieden worden.

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

Mit großer Zuversicht und ungeheurem Engagement stellten sich die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den gewaltigen Herausforderungen und betreten dabei nicht selten Neuland. Namen wie Christine Bergmann, Regine Hildebrandt, Reinhard Höppner, Matthias Platzeck, Harald Ringstorff, Manfred Stolpe und Wolfgang Thierse stehen stellvertretend für eine Generation, die ohne zu zögern mutig anpackte und in bester sozialdemokratischer Tradition die Gestaltung von Demokratie und Freiheit nach 40 Jahren deutscher Teilung in Angriff nahm.

Vieles wurde seither erreicht – und Vieles bleibt noch zu tun.

Die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West ist noch immer nicht umfassend vollzogen und gesichert. So liegen die Bruttolöhne je nach Branche immer noch 45 Prozent unter dem Westniveau und nach wie vor gibt es ein geteiltes Rentenrecht. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Deshalb haben wir einen gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt, mit dem eine unterste Haltelinie gezogen wird, was besonders den Menschen im überproportional großen ostdeutschen Niedriglohnsektor hilft. Deshalb bestehen wir auf einem in ganz Deutschland einheitlichen Rentenrecht. Zum Ende des Solidarpaktes im Jahr 2019 erfolgt in einem letzten Schritt die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West.

Das Auseinanderdriften von wachsenden Städten und von fortwährender Abwanderung geprägten Regionen begreifen wir als eine enorme Herausforderung und gehen neue, vorbildliche Wege bei der Sicherung der Daseinsvorsorge, um in den Heimatregionen die Lebensqualität zu erhalten und zu sichern und neue Perspektiven zu eröffnen. Diese modernen Modelle der Daseinsvorsorge können Vorbild für ganz Deutschland und Europa sein: Ostdeutschland ist heute Vorreiter bei der Bewältigung des demografischen Wandels. Die Zahl der Rückkehrer in die ostdeutschen Bundesländer wächst. Das macht uns Mut. Das zeigt uns: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Der Solidarpakt ist das finanzielle Fundament für den Aufbau Ost. Wir brauchen eine Anschlussregelung, die nicht nach Himmelsrichtungen ausgerichtet ist, aber die spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten berücksichtigt und die Erfolge der Vergangenheit sichert und ausbaut. Auch mit der Entwicklung moderner, intelligenter Netzwerkstrukturen und Cluster sowie der Intensivierung regionaler Wertschöpfungsketten unter direkterer Einbindung der ostdeutschen Hochschulen und Universitäten im Industrieforschungsbereich werden in Ostdeutschland neue Wege beschritten. Aber die deutlich sichtbaren Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ökonomische Aufholprozess zuletzt ins Stocken geraten ist. Die ostdeutsche Wirtschaft leidet vor allem an ihrer kleinteiligen Struktur, an fehlenden Konzernzentralen und an einem Mangel an wertschöpfungsintensiven Bereichen wie Forschung und Entwicklung. Hier müssen wir unsere Anstrengungen noch intensivieren und für eine weitere Förderung sorgen.

Bei allen Erfolgen für Ostdeutschland gab es auch zahlreiche und für Einzelne einschneidende, schlimme Niederlagen. Nicht wenige von denen, die sich voller Elan und Optimismus neuen Aufgaben am Arbeitsplatz oder in der Selbständigkeit stellten, sind auf diesem Weg gescheitert. Auch diesen gebührt unsere Hochachtung und unsere Solidarität, auch sie sind Teil unserer gemeinsamen Geschichte. Wir dürfen und wir werden sie nicht vergessen.

Die ostdeutschen Frauen sahen sich nach der Vereinigung oftmals dem Vorwurf der übertriebenen „Erwerbsneigung“ ausgesetzt. Mit der Vollberufstätigkeit der ostdeutschen Frauen auf der einen Seite und dem häufig gelebten westdeutschen Modell als Hausfrau oder Zuverdienerin auf der anderen Seite trafen Lebensmodelle und Geschlechterrollenverständnisse aufeinander, die kaum unterschiedlicher sein konnten. Die weiblichen Biografien in Ost- und Westdeutschland waren und sind noch heute sehr unterschiedlich – das darf für keine Frau ein Nachteil sein. Jetzt muss es gelingen, ohne ideologische Scheuklappen die Erwerbstätigkeit von Frauen als Selbstverständlichkeit vorzusetzen.

Für ostdeutsche Frauen bedeutet Erwerbsarbeit nicht nur finanzielle Unabhängigkeit, sondern ist Ausdruck ihres Selbstverständnisses. Diese Frauen, und das dürfen wir als SPD heute voller Stolz sagen, sind ein Vorbild für ihre Töchter und Enkelinnen und für alle jungen Frauen in ganz Deutschland. Mit ihrer Courage und mit ihrem Verständnis von Beruf und Familie haben sie einen Modernisierungsschub für das Leben und Arbeiten in ganz Deutschland ausgelöst. Bis heute sind die ostdeutschen Frauen ein wichtiger Motor einer modernen Geschlechter- und Familienpolitik.

Die Familienformen in Ostdeutschland stützen sich bis heute (mit steigender Tendenz) nicht zu allererst auf die Ehe. Die Anzahl der nicht-ehelich geborenen Kinder ist unweit höher, die Anzahl der alleinerziehenden Frauen und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften nimmt in Ostdeutschland einen viel höheren Anteil ein als in den westdeutschen Ländern.

Ostdeutschland verfügt über ein dichtes Netz an Kinderbetreuungsangeboten. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz ist weitgehend gesichert. Dennoch müssen Betreuungsqualität und Angebote zur frühkindlichen Bildung erhöht werden. Durch die niedrigen Geburtenraten in den 90er-Jahren werden gerade in den ostdeutschen Ländern schon bald viele junge Fachkräfte fehlen. Das bedeutet, jeder junge Mensch wird gebraucht. Niemand darf zurückbleiben – das ist unser Anspruch.

25 Jahre nach dem Zusammenbruch des SED-Staates erinnern wir uns gerne an die bewegenden Momente des Herbstes 1989, an die Begeisterung und die Solidarität der Menschen in Deutschland. Vieles von dem, was zusammengehörte, ist unterdessen zusammengewachsen. Wir können stolz sein auf das Erreichte und den großen Anteil, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daran haben. Nun geht es um die Vollendung der deutschen Einheit.

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

BESCHLUSS: HANDLUNGSBEDARF BEI STROMSCHULDEN

Die SPD ist besorgt über die zunehmende Problematik der Stromschulden. Wir wollen Regelungen für einen besseren Schutz der Verbraucher vor Strom- und Gassperren durch die Bereitstellung eines Prepaid-Mo-

dells von allen Stromanbietern für die Fälle, in denen sich Stromschulden angehäuft haben oder anzuhäufen drohen. Dabei stehen Verbrauchernutzen und Datensicherheit im Mittelpunkt. Die Investitionskosten müssen in angemessenem Verhältnis zu den Zielen stehen.

BESCHLUSS: DIGITALE DATENBANK VERBRAUCHERFORSCHUNG ERRICHTEN

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird aufgefordert, sich noch im Jahr 2014 für die Errichtung einer digitalen Datenbank Verbraucherforschung einzusetzen.

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

BESCHLUSS: VERBESSERTE AUSKUNFTSRECHTE VON VERBRAUCHERN

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern ist heute bewusst, dass sie täglich vor Einkäufen und bei fast jedem Vertragsabschluss gerastert, auf ihr bisheriges Verhalten als Marktteilnehmer, aber auch auf Merkmale wie ihren Wohnort hin geprüft und dann in entsprechende Schubladen sortiert werden.

Sogenannte Scoring-Werte zur Bonitätseinschätzung sind für Anbieter von Waren oder Dienstleistungen wichtige Hinweise zur Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalles seitens der Kunden. Verbraucherinnen und Verbraucher können ihren Scoring-Wert abfragen, werden aber über dessen Zustandekommen nicht zufriedenstellend aufgeklärt.

Ein schlechter Scoring-Wert, den man sich nicht erklären kann, ist im Kleinen ärgerlich – wenn beispielsweise bei einem Onlinehändler nur per Vorkasse gezahlt werden kann. Im Großen wird er aber

existenziell – zum Beispiel wenn aufgrund eines schlechten Scoring-Wertes kein Kredit zum Immobilienkauf bewilligt wird oder ein Mietvertrag nicht zustandekommt.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben nicht nur einen Anspruch darauf, die Richtigkeit ihrer erfassten Daten zu überprüfen, sondern auch darauf, den für die Berechnung des Scoring-Wertes zugrundegelegten Lebenssachverhalt bzw. die einschlägigen Lebenssachverhalte nachzuvollziehen. Die Auskunft über die für die Berechnung genutzten Merkmale sollte daher auch deren Gewichtung umfassen. Diese ist für den Scoring-Wert maßgeblich und daher den Verbraucherinnen und Verbrauchern mitzuteilen.

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

KINDER SCHÜTZEN – WERBUNG BESCHRÄNKEN

Kinder werden von der Wirtschaft umworben, denn sie sind ein vielversprechendes Verbraucherclientel: Sie verfügen über eigenes Geld, sie haben Einfluss auf die Kaufentscheidungen der Erwachsenen und sie sind die Konsumenten von morgen. Immer früher werden sie zum Zielobjekt für Marketing – besonders für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood. Dabei wird in Deutschland ohnehin zu viel, zu fett, zu salzig und zu süß gegessen und bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig. Über sechs Prozent sind sogar fettleibig – mit dramatischen gesundheitlichen Folgen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gelenkerkrankungen und anderen schweren orthopädischen Schäden.

Kinder sind besonders manipulierbar: Sie lernen erst ab dem Alter von acht Jahren, zwischen Realität und Werbung zu unterscheiden und Werbung kritisch zu beurteilen. Aber bereits Dreijährige erkennen und präferieren Marken.

Laut Untersuchungen sehen Kinder pro Jahr an die 20.000 Werbespots. Ungesunde Lebensmittel gehören dabei zur Gruppe der meistbeworbenen Produkte und werden vor allem in Musik-, Sport- und Kindersendungen präsentiert. Dabei setzt die Werbung bewusst auf den „Quengel-Faktor“. Eltern haben der gezielten Untergrabung ihrer Autorität kaum etwas entgegenzusetzen. Kinder brauchen besonderen Schutz. Ihr Verhalten ist leicht beeinflussbar, ihr Körper ist besonders empfindlich. Eltern muss die Sorge für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder erleichtert werden. Wo Unternehmen zu wenig Verantwortung zeigen, müssen verbindliche Regelungen her.

WIR FORDERN:

Verbraucherbildung in die Lehrpläne: Anleitung zum kritischen Konsum, Medienerziehung, der Umgang mit persönlichen Daten und die Auseinandersetzung mit Werbestrategien gehören ebenso in den Schulunterricht wie die Grundlagen gesunder Ernährung und der richtige Umgang mit Geld. Dabei muss die Neutralität gewahrt werden, denn die Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen ist Grundvoraussetzung für eine kritische Auseinandersetzung und ein sinnvolles Lehrangebot.

Kein an Kinder gerichtetes Marketing für problematische Produkte: Werbung für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood muss sich an Erwachsene richten, das verführt Kinder weniger zu Kauf und Konsum und stärkt die Autorität der Eltern.

Keine Quengelware an den Supermarktkassen, kein Product-Placement und keine Werbung im Umfeld von Kindersendungen, auf Sportveranstaltungen oder online.

PARTEIKONVENT,
20.9.2014

**PARTEIKONVENT,
20.9.2014**

SCHULVERPFLEGUNG VERBESSERN – QUALITÄTSSTANDARDS VERPFLICHTEND MACHEN

Die Ernährung vieler Kinder und Jugendlicher in Deutschland ist alles andere als ausgewogen. Im Schnitt konsumieren sie zum Beispiel mehr als doppelt so viele Süßigkeiten, Snacks und Limonade, aber nur halb so viel Gemüse wie empfohlen wird. 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig, rund sechs Prozent fettleibig. Bei 29

Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen zwischen 11 und 17 Jahren wurde auffälliges Essverhalten festgestellt. Unausgewogene Ernährungsmuster, die im Kindesalter geprägt wurden und sich im Erwachsenenalter fortsetzen, sind ein bedeutender Risikofaktor für die Entstehung chronischer Erkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dabei hängen Übergewicht, Essstörungen und in der Folge auch das Risiko krank zu werden, eng mit dem sozio-ökonomischen Status zusammen. Kinder und Erwachsene aus einkommensschwachen Familien sind häufiger davon betroffen.

Schulen und Kindergärten können für die Prägung kindlicher Ernährungs- und Geschmacksgewohnheiten und damit für die Chance auf ein gesundes Leben eine entscheidende Rolle spielen. US-Studien zeigen, dass es in Schulen mit kostenlosem oder kostengünstigem Mittagessen nach strengen Verpflegungsstandards weniger übergewichtige Schüler gibt als in Schulen, in denen vor allem Pommes und Pizza serviert werden. Auch der Obst- und Gemüsekonsum wird dadurch entscheidend gesteigert. Investitionen in eine gesunde Schulverpflegung können damit langfristig dazu beitragen, Kosten im Gesundheitssystem senken.

In Deutschland ist das Essen an vielen Schulen und Kindergärten jedoch weder ausgewogen noch bei den Schülerinnen und Schülern beliebt. Laut einer Untersuchung bieten nur 12 Prozent der deutschen Kitas ausreichend Obst, lediglich 19 Prozent ausreichend Rohkost und Salat an. Eine weitere Untersuchung kam 2013 zu dem Ergebnis, dass neun von zehn Schulklassen Mängel aufwiesen: Das Essen war zerkocht, ungesund oder unter mangelnden Hygienebedingungen zubereitet. Viele Schülerinnen und Schüler nehmen am Schulesse gar nicht erst teil, weil es ihnen nicht schmeckt.

Zwar gibt es seit 2007 Verpflegungsstandards, die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entwickelt wurden. Diese sind jedoch nicht überall verpflichtend und werden nur von einem Teil der Schulen und Kindergärten angewandt.

WIR FORDERN:

Die Verpflegungsstandards der DGE bilden die Grundlage für einheitliche Standards bei der Verpflegung in Schulen und Kindergärten in allen Bundesländern. Diese Standards sind wichtig, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen die Chance auf ein leckeres, gesundes Mittagessen haben.

Gutes Essen gibt es nicht umsonst, deshalb brauchen wir eine offene Debatte über realistische Kosten und die Finanzierung der Schulverpflegung. Die Kommunen bedürfen dabei der Unterstützung, um die Verpflegungsstandards der DGE flächendeckend umzusetzen.

Unser Ziel ist: Alle Kinder haben die Möglichkeit, am Schulesse teilzunehmen, auch wenn die Eltern sich das Essensgeld nicht leisten können.

**PARTEIVORSTAND,
3.11.2014**

BESCHLUSS: KAMPF GEGEN RADIKALISIERUNG – ENTSCLOSSEN GEGEN GEWALT-TÄTIGEN RECHTSEXTREMISMUS, RADIKALEN SALAFISMUS UND ANTISEMITISMUS VORGEHEN

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten. In den letzten Monaten eskalieren die Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserem

Land. Brutale Gewalt, Einschüchterung und rassistische sowie antisemitische Hetze werden immer mehr zu einer dauerhaften Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Bereits die Entdeckung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat gezeigt, dass die Gewaltbereitschaft im Rechtsextremismus lange Zeit unterschätzt wurde. Der Zusammenschluss von rechten Hooligans und militanten Neonazis ist kein neues Phänomen. Eine neue Qualität hat jedoch der Umfang der Ausschreitungen durch die Bündelung der Hooligan-Gruppierungen angenommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich gewalttätige Salafisten und Rechtsextreme gegenseitig hochschaukeln. Beides, gewalttätiger Salafismus und Rechtsextremismus, ist eine Gefahr für unser Land.

Hinzu kommt die Gefahr, die vom IS-Terror und der damit einhergehenden Radikalisierung junger Menschen auch in Deutschland ausgeht. Diese Gefahr wird wiederum durch den Rechtsextremismus als Anknüpfungspunkt missbraucht für seine menschenverachtenden Ideologien sowie zur Rechtfertigung von Gewalt und der in undemokratischer Form ausgetragenen politisierten Konflikte.

Dagegen muss die Politik entschlossen vorgehen. Reale Gefahren müssen benannt und bekämpft, Gewalttäterinnen und Gewalttäter

mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt und bestraft werden. Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht sind das Wesen unserer Demokratie. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie missbraucht werden. Wer die Versammlungsfreiheit missbraucht, um Gewaltexzesse aufzuführen, darf keine Toleranz erwarten. Verbote allein werden aber nicht ausreichen, um diese gesellschaftlichen Phänomene nachhaltig bekämpfen zu können. Den Radikalisierungstendenzen entgegenzutreten, ist eine dauerhafte und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen früh ansetzen und durch gute Präventionsarbeit dafür sorgen, dass Jugendliche sich erst gar nicht radikalieren. Ein festes Netz an Beratungsstrukturen vor Ort ist ebenso notwendig wie Unterstützung und Hilfe für Eltern und für ausstiegswillige Jugendliche. Die SPD ist eine starke Stimme und die treibende Kraft, wenn es darum geht, auf mehr Prävention gegen Rechtsextremismus, radikalen Salafismus und Antisemitismus zu setzen.

Dem Terror von ISIS begegnen wir mit Entschlossenheit und Augenmaß. Für gewalttätige Terroristen wird es keine Toleranz geben. Sie werden die ganze Härte unseres Rechtsstaats zu spüren bekommen. Aber wir werden nicht zulassen, dass sie unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat erschüttern. Und: Unter den in Deutschland lebenden Muslimen sind Extremisten eine Minderheit. Die friedliche Mehrheit hat sich von jeder Form des islamistischen Terrors distanziert. Das begrüßen und unterstützen wir.

Die SPD hat das Thema in den Koalitionsverhandlungen stark gemacht. Wir müssen weiterhin dafür Sorge tragen, dass Intoleranz

sowie rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert, sich hierfür zu engagieren. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und Extremismus zu bekämpfen. Viele Menschen engagieren sich in Initiativen und Projekten vor Ort und beweisen tagtäglich ein hohes Maß an Zivilcourage und Solidarität. Ihre Arbeit verdient unseren Dank, unsere Wertschätzung und unsere Unterstützung.

Verlässliche Strukturen vor Ort und die Etablierung einer langfristigen Finanzierung sind unerlässlich im Kampf gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Mit dem neuen Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden zukünftig Strukturen

auf lokaler, Landes- und Bundesebene nachhaltiger gefördert. Die SPD wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass das Versprechen eines stärkeren finanziellen Engagements des Bundes im Kampf gegen Rechtsextremismus aus dem interfraktionellen Bundestagsbeschluss zu den Empfehlungen des NSU-Berichts eingelöst wird. Die Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, gewaltbereiten Hooligans und menschenverachtender Gewalt müssen deutlich aufgestockt werden.

Ein entschlossenes Handeln des Rechtsstaates gegen menschenverachtende Ideologien und Gewalt sowie die engagierte Arbeit für Demokratie und Vielfalt in unserer Gesellschaft müssen Hand in Hand gehen. Die SPD stellt sich dieser Daueraufgabe.

BESCHLUSS: AKTIONSPROGRAMM DES SPD-PARTEIVORSTANDES ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK – MAßNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KOMMUNEN UND DER FLÜCHTLINGE

PARTEIVORSTAND,
24.11.2014

Wer aus seiner Heimat vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung fliehen muss, hat einen Anspruch auf Schutz und Unterstützung. Dieser Grundsatz ist nicht nur Teil unserer Verfassungsordnung: Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist er auch Teil unserer politischen Identität.

Deutschland ist derzeit stark gefordert, aber nicht überfordert. Trotzdem macht es die aktuelle Situation zwingend erforderlich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Herausforderung hoher und weiter steigender Flüchtlingszahlen auch ganz praktisch im Alltag der Menschen gemeistert werden kann.

Integration findet immer vor Ort statt. Es ist vor allem das Verdienst der Akteure vor Ort – von Stadtverwaltungen und Zivilgesellschaft zugleich – dass die Aufnahme bislang insgesamt gut gelingt. Dennoch ist für die Kommunen diese Herausforderung besonders groß – finanziell und logistisch, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung mancher Skepsis bei Bürgerinnen und Bürgern.

Flüchtlingspolitik ist eine nationale Aufgabe. Zu einem menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen gehört, dass wir sie bei den ersten Schritten in unserem Land unterstützen – bei der Unterbringung, bei ersten Bildungs- und Sprachangeboten und im alltäglichen Leben. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine gute Integration der Flüchtlinge zu sorgen. Diesem Anspruch fühlen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns verpflichtet, wann immer und wo immer wir in Regierungsverantwortung stehen.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene konnten wir bereits viele wichtige Maßnahmen verankern. Und es sind unsere Bundesministerinnen und Bundesminister, die ihre Umsetzung voranbringen und dafür sorgen, dass Verbesserungen für die Menschen erreicht werden.

Zugleich müssen wir prüfen, was zusätzlich auf den Weg gebracht werden kann. Im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen werden wir deshalb für eine faire Verteilung der finanziellen Lasten mit einer substantiellen Beteiligung des Bundes sorgen.

Gefordert ist aber auch die europäische Ebene: Wir brauchen eine bessere Koordinierung der Flüchtlingsaufnahme zwischen den Ländern der Europäischen Union. Wenn Europa auch eine Wertegemeinschaft ist, müssen der Schutz und die Aufnahme von Flüchtlingen in allen Ländern der EU die gleiche Wertigkeit besitzen! Die Bundesregierung muss hier zur Impulsgeberin einer neuen, humanen Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene werden!

Wichtig bleibt auch, dass die internationale Gemeinschaft die Bekämpfung der Fluchtursachen vorantreibt. Menschen geben ihre Heimat zumeist nur auf, weil sie durch Bürgerkriege, Verfolgung oder bitterste Armut dazu gezwungen werden. Wir müssen daran mitwirken, dass Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen, erfüllten Leben erst gar nicht auf das Verlassen ihres Landes als Ausweg angewiesen sind.

I. KONKRETE HILFE FÜR DIE KOMMUNEN

A) BUND AN DER BEWÄLTIGUNG BESONDERER LASTEN DER KOMMUNEN BETEILIGEN

Infolge von Zuwanderung und Integration entstehen den Kommunen hohe Kosten. Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten fordern, dass der Bund sich an den Kosten mit bis zu einer Milliarde Euro beteiligt sowie besonders betroffenen Kommunen spezifische Hilfe leistet.

B) SCHNELLE UND SORGFÄLTIGE ASYLVERFAHREN GEWÄHRLEISTEN

Immer mehr Flüchtlinge suchen bei uns in Deutschland Schutz vor Bürgerkrieg und Verfolgung. Die SPD legt Wert auf für die Kommunen praktikable Maßnahmen, die gleichzeitig der zügigen Integration von Asylbewerbern dienen. Ein schnelles Verfahren ist deshalb ebenso im Sinne der Asylsuchenden wie auch der Kommunen. Damit Asylsuchende eine menschenwürdige Aufnahme und Behandlung erfahren, müssen wir das für das Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit ausreichenden Kapazitäten ausstatten.

Im Haushalt 2014 haben wir 300, im Haushalt 2015 350 neue Stellen beim BAMF geschaffen. Dies reicht aber noch nicht aus. Das BAMF muss weiter personell aufgestockt werden, damit ein durchschnittliches Asylverfahren nur drei Monate dauert. Vor allem bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten muss das Asylverfahren abgeschlossen sein, bevor die dezentrale Zuweisung an die Kommunen erfolgt. Zugleich brauchen wir ein beschleunigtes Asylverfahren für Menschen aus offensichtlich unsicheren Herkunftsländern, weil diese grundsätzlich und ganz schnell Schutz und Hilfe erhalten müssen.

C) FLÜCHTLINGS-ERSTAUFNAHMEINRICHTUNGEN IN DEN LÄNDERN AUSBAUEN

Wir möchten schnellstmöglich erreichen, dass Flüchtlinge bis zu ihrem Entscheid, also vorzugsweise nicht länger als drei Monate, in den Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen können.

**D) MINDERJÄHRIGE UND WEIBLICHE FLÜCHTLINGE
BEDARFSGERECHT UNTERBRINGEN**

Gerade für Kinder und Jugendliche brauchen wir altersgerechte Räume und Aufenthaltsmöglichkeiten, genauso wie Schutz- und Rückzugsräume für alleinstehende Frauen und Mütter. Für junge Männer unterstützen wir Programme zur Stärkung der Sozialkompetenz.

E) BAURECHT FLEXIBILISIEREN

Eine menschenwürdige Unterbringung steht für uns an erster Stelle. Wir müssen in Zeiten mit hohen Flüchtlingszahlen neue Maßnahmen ergreifen, die zu uns kommenden Menschen gut unterzubringen.

Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass die Bundesratsinitiative zur befristeten Flexibilisierung der bauplanungsrechtlichen Vorgaben für die Errichtung und den Betrieb von Aufnahmeeinrichtungen zügig umgesetzt wird.

**F) GEEIGNETE BUNDES- UND LANDESIMMOBILIEN
BEREITSTELLEN**

Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten setzen uns für unbürokratische Hilfen des Bundes durch die schnelle Bereitstellung von nicht anderweitig genutzten und in jeder Hinsicht geeigneten Immobilien des Bundes und der Länder für die Flüchtlingsunterbringung ein. Auf Dauer streben wir überdies die Änderung des gesetzlichen Auftrags der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) an, damit die BImA Immobilien bei örtlichem Bedarf auch zu Selbstkostenbedingungen vermieten darf. Dies muss auch dann gelten, wenn nur Teile der Immobilien genutzt werden sollen.

**G) FREIWILLIGE UNTERBRINGUNG AUßERHALB
DES EIGENEN BUNDESLANDES ODER DER EIGENEN
KOMMUNE ERMÖGLICHEN**

Wir wollen, dass es auf Basis entsprechender freiwilliger Vereinbarungen zwischen den Gebietskörperschaften möglich ist, Flüchtlinge auch in anderen Bundesländern bzw. Kommunen unterzubringen. Die finanziellen Verpflichtungen des ursprünglichen Kostenträgers bleiben davon unberührt.

II. EU-EBENE: SOLIDARITÄT IN EUROPA

Die SPD steht für eine menschenwürdige europäische Flüchtlings- und Asylpolitik. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen.

A) DUBLIN III GRUNDLEGENDE REFORMIEREN

Die Anwendung der Dublin-Verordnung hat sich nicht bewährt und muss verändert werden: Trotz des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems herrschen in den Mitgliedsstaaten tatsächlich sehr unterschiedliche Anerkennungs- und Aufnahmebedingungen. Derzeit nehmen fünf von 28 EU-Mitgliedsstaaten 75% der Asylbewerber in der EU auf. Nach dem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat der EuGH in einem Urteil von Dezember 2011 bestätigt, dass Überstellungen in Mitgliedsstaaten bei drohender unmenschlicher Behandlung rechtswidrig sind. Wir streben eine solidarische Teilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Aufnahme von Asylbewerbern an. Dafür werden wir prüfen, ob und wie Instrumente wie eine faire Quote und ein finanzieller Ausgleich praktisch umgesetzt werden können. Jüngst hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration Wege zu einem europäischen Quotenmodell aufgezeigt, das Flüchtlinge gerechter über Europa verteilen würde. Die Umsetzung könnte in Europa zu mehr Solidarität und verbindlichen Regeln führen.

In der Übergangszeit sind Initiativen nötig, um besonders betroffene Mitgliedsstaaten zu entlasten. Dies kann die freiwillige Aufnahme von Asylbewerbern aus anderen Mitgliedsstaaten, den großzügigen Gebrauch des Selbsteintrittsrechts, finanzielle Unterstützung für einzelne, besonders betroffene Mitgliedsstaaten, aber auch Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Mitgliedsstaaten, die ihre unionsrechtlichen Verpflichtungen brechen, beinhalten.

B) FLÜCHTLINGE RETTEN – GRENZEN SICHERN

Wir werden weiterhin auf eine Veränderung der Frontex-Verordnung hinwirken, wie sie in ersten Schritten bereits umgesetzt wurde. Wir fordern eine Erweiterung des Mandates der Grenzschutzagentur auf Einsätze zur Seenotrettung sowie mehr finanzielle und operationelle Mittel von den Mitgliedsstaaten. Zudem ist auf eine Anwendung der Seenotrettungs- und Ausschiffungsvorschriften zu achten, die den Grundsatz des Non-refoulement, wie in der Verordnung vorgesehen, beachtet und die Ausschiffung in Verfolger- oder solche Staaten, von denen aus eine Kettenabschiebung in einen Verfolgerstaat droht, vermeidet. Die von Frontex koordinierte Seenotrettungsaktion Triton muss mindestens im gleichen Umfang wie die im letzten Jahr von der italienischen Regierung allein getragene Operation Mare Nostrum fortgeführt und gemeinsam von den EU-Mitgliedsstaaten finanziert werden.

C) SICHERE EINREISEWEGE SCHAFFEN

Wer in der EU Schutz beantragt, muss oft lebensgefährliche, von den Einreisestaaten als illegal betrachtete Einreisewege auf sich nehmen. Wir werden prüfen, wie neben den bereits existierenden Instrumenten Schutzsuchenden eine sichere, legale Einreise in die EU ermöglicht werden kann. Dabei müssen wir nicht nur das Gemeinsame Europäische Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen stärken. Ein Verteilungsschlüssel für Resettlement-Flüchtlinge könnte helfen, mehr Mitgliedsstaaten dazu zu bewegen, sich zu beteiligen. Auch humanitäre Visa sollten stärker genutzt werden. Programme wie „Intelligent Borders“ können geprüft werden. Kanada hat z.B. ein Punktesystem eingeführt. Die USA haben neben dem qualifikationsbasierten Einwanderungssystem ein Losverfahren etabliert. Europa sollte anhand dieser Mechanismen überprüfen, welche Lehren aus den Erfahrungen der anderen Länder es ziehen will, um seinen eigenen Weg zu finden.

**D) EINHEITLICHE STANDARDS IM GEMEINSAMEN
EUROPÄISCHEN ASYLSYSTEM FÖRDERN**

Seit 1999 arbeitet die Europäische Union an der Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Im Juni 2013 wurde unter anderem mit der Annahme der Aufnahme- und der Verfahrensrichtlinie die zweite Phase abgeschlossen. In der Realität ist das oft kaum spürbar. Derzeit tragen fünf Mitgliedsstaaten die Verantwortung für die Mehrheit der nach Europa kommenden Schutzsuchenden. Für die Umsetzung der neuen harmonisierten Mindeststandards bei der Aufnahme und der Anerkennung von Flüchtlingen haben die Mitgliedsstaaten noch bis Juli 2015 Zeit; in manchen Teilbereichen sogar länger. Wir werden diese Umsetzung auf politischer Ebene aufmerksam begleiten. Halten sich einzelne Staaten nicht an die Regeln, muss die Europäische Kommission Druck ausüben, Fördermittel davon abhängig machen und im Notfall mit Vertragsverletzungsverfahren hart durchgreifen.

Zudem fordern wir Sozialdemokratinnen und -demokraten eine weitere Stärkung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), damit es Mitgliedsstaaten durch Weiterbildungen und Beratung bei der Umsetzung der europäischen Standards noch besser helfen kann.

III. INTEGRATION DER FLÜCHTLINGE BEFÖRDERN

A) RESIDENZPFLICHT ABSCHAFFEN

Die sogenannte Residenzpflicht – also das grundsätzliche Verbot, einen bestimmten Bezirk ohne Erlaubnis zu verlassen – stellt für die betroffenen Menschen eine massive Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit dar. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, der Besuch von Ärztinnen und Ärzten, Ämtern oder Bildungseinrichtungen kann dadurch massiv behindert werden.

Wie im SPD-Regierungsprogramm versprochen, setzen wir die Abschaffung der Residenzpflicht um. Sie wird ab dem vierten Monat des Aufenthaltes wegfallen, ausgenommen bleiben Täterinnen und Täter erheblicher Straftaten. Der Wegfall der Residenzpflicht wird die Bewegungsfreiheit und Integration der Asylbewerber und Geduldeten nachhaltig verbessern.

Bestehen bleibt eine Wohnsitzauflage, damit die finanziellen Lasten der Bundesländer für Versorgung und Unterbringung fair verteilt bleiben.

B) NEUREGELUNG DES LEISTUNGSRECHTS FÜR ASYLBEWERBERINNEN UND ASYLBEWERBER

Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gilt für alle Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 entschieden, dass die Regelungen zu den Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unvereinbar sind. Die SPD hatte deshalb 2013 beschlossen, das damals geltende Asylbewerberleistungsgesetz aufzuheben.

Das Bundesarbeitsministerium hat nun einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Mit dieser Novelle werden wir den Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes einschränken und die Leistungshöhe anheben. Außerdem werden Flüchtlingskinder endlich auch an den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets partizipieren können. Damit haben wir einen großen Schritt hin zu einem menschenwürdigen Unterhalt von Flüchtlingen und ihren Familien gemacht. So werden wir auch den Vorrang des Sachleistungsprinzips abschaffen und stattdessen den Vorrang von Geld- vor Sachleistungen im AsylbLG festschreiben; dies hilft dabei, der Stigmatisierung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in diesem Punkt entgegenzuwirken. Diese Neuerungen, die Eingang in das Asylbewerberleistungsgesetz finden, leisten ebenso wie der erweiterte Arbeitsmarktzugang einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Integration von Flüchtlingen. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass umfassende Teilhabe und intensive Betreuung, die bei vorübergehender Arbeitslosigkeit zur Arbeitsaufnahme befähigen sollen, im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nur sehr begrenzt möglich sind.

Wir wollen die Aufnahme der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft weiter verbessern. Hierzu muss über das Asylbewerberleistungsgesetz hinausgedacht werden. Dies betrifft ihre Unterbringung und Versorgung ebenso wie eine auf Integration ausgerichtete Betreuung und Begleitung der Menschen. Gerade wenn die Betroffenen keine zügige Aufnahme auf dem Arbeitsmarkt finden und stattdessen zunächst auf staatliche Hilfen angewiesen sind, legt das eine Aufnahme in die Regelsysteme nach dem Sozialgesetzbuch nahe. Dort können sie Unterstützung bei Arbeitssuche und Weiterbildung erhalten, um später ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Deshalb wollen wir nach Möglichkeiten suchen, um diesem Ziel und den damit verbundenen Vorteilen für eine nachhaltige Integration Schritt für Schritt näherzukommen. Dies schließt auch eine faire Verteilung der Finanzierungsverpflichtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein. Aktuell stehen zahlreiche Kommunen, insbesondere Großstädte und die Stadtstaaten, mit der Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden vor enormen Herausforderungen. Hier braucht es schnell eine spürbare Entlastung, damit die Aufnahmestandards für die schutzsuchenden Menschen weiter gewährleistet werden können und die Kommunen nicht finanziell überfordert werden. Deshalb wollen wir, dass der Bund sich rasch an den Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und an der Finanzierung weiterer integrativer Maßnahmen für Asylsuchende beteiligt.

Eine Neuordnung des Leistungsrechts für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Geduldete entlastet die Kommunen. Deshalb streben wir in der langfristigen Perspektive die Überführung derjenigen Flüchtlinge in die Regelsysteme nach dem Sozialgesetzbuch an, bei denen von einem längerfristigen Aufenthalt in Deutschland auszugehen ist. Dies darf nicht zu Lasten anderer Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung gehen. Außerdem setzt dies eine ausreichende Ausstattung der Jobcenter mit Personal- und Eingliederungsmitteln voraus.

C) GESUNDHEITSKOSTEN VON FLÜCHTLINGEN FAIR VERTEILEN

Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten fordern eine Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Anpassung des Umfangs

der medizinischen Leistungen für Flüchtlinge. Dazu gehört mindestens die psychologische Behandlung von Opfern von Folter, Vergewaltigung oder anderen schweren Gewalttaten. Zudem sind die Belange von Menschen mit Behinderung angemessen und im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu berücksichtigen. Darüber hinaus wollen wir die Organisation und Finanzierung des Gesundheitsschutzes von Flüchtlingen verbessern und auch hierüber die Kommunen entlasten und den Verwaltungsaufwand minimieren, um den ärztliche Hilfe benötigenden Flüchtlingen unbürokratisch zu helfen. Dazu wollen wir die Abwicklung der Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge den gesetzlichen Krankenkassen übertragen. Der Bund übernimmt die Erstattung der Gesundheitskosten an die Krankenkassen.

D) FLÜCHTLINGEN BESSEREN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT BIETEN

Überall sehen wir: Menschen wollen nicht untätig herumsitzen. Sie wollen selbstbestimmt für sich sorgen, ihrem Leben einen Sinn geben und nicht von Sozialleistungen abhängig sein.

Wir haben dafür den Auftrag des Koalitionsvertrages umgesetzt, dass Geduldete und Asylbewerber bereits nach drei Monaten arbeiten dürfen. Außerdem wird künftig nach 15 Monaten die Vorrangprüfung entfallen, also die Prüfung, ob sich für einen Job Deutsche oder Unionsbürger interessieren. Sie entfällt darüber hinaus sofort für hochqualifizierte Tätigkeiten und für Berufsausbildungen.

Wir wollen die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen zudem weiter verbessern. Als Fachkraft zu arbeiten, bietet Flüchtlingen eine enorme Chance, sich zu integrieren und sich als vollwertiges Gesellschaftsmitglied zu fühlen.

Wir wollen die Chancen aktiver Arbeitsmarktförderung nutzen. Dazu ist die intensive Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den Jobcentern nötig, damit Flüchtlinge gut in den lokalen Arbeitsmarkt integriert werden. Die dazu laufenden Modellprojekte von BA und BAMF können hier gute Anhaltspunkte liefern. Außerdem werden langfristig ausreichende Personalressourcen und Eingliederungsmittel im Rahmen des SGB III und des SGB II benötigt, um eine Übernahme von Flüchtlingen in die Regelsysteme nach dem Sozialgesetzbuch bewältigen und ihre Arbeitsmarktintegration effektiv unterstützen zu können.

Asylbewerber und Geduldete, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und Beiträge entrichten, fallen bei Arbeitslosigkeit zurück in den Anwendungsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes. Mit allen Konsequenzen: Sie haben nicht mehr die Möglichkeit, sich über Angebote der BA weiter zu qualifizieren. Zudem verlieren sie ihren Krankenversicherungsschutz und erhalten nur noch die Asylsuchenden zustehende Schmerz- und Akut-Behandlung.

Wir wollen, dass alle Asylbewerberinnen und -bewerber, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Sozialversicherungskassen eingezahlt haben, im Bedarfsfall auf Dauer in den Geltungsbereich der Regelsysteme fallen.

E) FLÜCHTLINGEN BESSEREN ZUGANG ZU AUSBILDUNG BIETEN

Fast 7.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche haben in diesem Jahr schon in Deutschland Schutz gesucht. Damit diese jungen Menschen gute Chancen im Leben haben, gilt es, ihre Fähigkeiten und Potentiale für ein selbstbestimmtes Leben zu fördern. Deshalb haben wir bei der BAföG-Reform dafür gesorgt, dass sie nicht mehr erst nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland eine Ausbildungsförderung oder BAföG beziehen können. Künftig ist schon nach 15 Monaten eine finanzielle Unterstützung möglich. Unverständlicherweise soll erst Ende 2016 diese wichtige Verbesserung für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kraft treten. Deshalb wollen wir, dass die neue, verkürzte Frist schon zum 1.1.2015 in Kraft tritt.

Zudem fordern wir, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – unabhängig vom Ausgang ihres Asyl- oder aufenthaltsrechtlichen

Verfahrens – ein Aufenthaltsrecht zumindest für die Dauer ihrer Berufsausbildung erhalten. Die Mittel dafür muss der Bund aufbringen und den Kommunen erstatten.

F) INTEGRATIONSFÖRDERUNG AKTIVIEREN: SPRACHERWERB FÜR ASYLBEWERBER UND GEDULDETE SICHERSTELLEN

Im Koalitionsvertrag haben wir uns dazu bekannt, in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb zu ermöglichen. Dies wollen wir nun zügig umsetzen, damit die elementare Grundlage der Integration – das Beherrschen der deutschen Sprache – auch für Asylbewerber und Geduldete eröffnet wird.

Bis zur endgültigen Entscheidung über einen Asylantrag leben einige Asylbewerber teilweise mehrere Jahre in Deutschland. Ebenso bleiben viele Geduldete in Deutschland zum Teil ein Leben lang. Es ist offenkundig, dass ungenügende deutsche Sprachkenntnisse ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränken.

Viele Bundesländer und Kommunen ermöglichen bereits heute auf freiwilliger Basis die Teilnahme an Sprachkursen. Eine bundesweit einheitliche Regelung und ein Zugang zum Kursbesuch stehen aber weiterhin aus. Hier dürfen Fragen der Zuständigkeit und der Kostenübernahme zwischen Bund und Ländern nicht auf dem Rücken der Asylbewerber und Geduldeten ausgetragen werden. Ziel bleibt die generelle Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete.

G) KETTENDULDUNG ABSCHAFFEN UND DAS BLEIBERECHT GROßZÜGIG REGELN

Viele abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber, unter ihnen auch ehemalige Bürgerkriegsflüchtlinge, können nicht ausreisen oder abgeschoben werden, weil sie z.B. krank sind oder ihr Heimatland sie nicht aufnimmt. Ihr Aufenthalt in Deutschland wird nur geduldet. Das ist nur dann politisch vertretbar, sofern es sich um einen als provisorisch zu betrachtenden, vorübergehenden Aufenthalt handelt. Doch oft wird die Duldung immer und immer wieder verlängert – mit all ihren einschränkenden Wirkungen.

Wir wollen keine sogenannte Kettenduldung. Sofern die Betroffenen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen – dabei ist auch die Zumutbarkeit einer freiwilligen Ausreise zu bewerten – nicht ausreisen können und sie das Ausreisehindernis nicht selbst zu verantworten haben, müssen wir diesen Menschen in Deutschland eine Perspektive geben. Die SPD-regierten Bundesländer haben sich in den letzten Jahren immer wieder für eine lebensnahe Lösung dieses Problems eingesetzt. In der Bundesregierung stehen wir für eine alters- und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz, die die Integrationsleistungen geduldeter Ausländer anerkennt und ihnen eine ernsthafte Perspektive in Deutschland eröffnet. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Anforderungen an die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Jugendliche und Heranwachsende vereinfacht werden.

H) UN-KINDERRECHTSKONVENTION FÜR ALLE KINDER DURCHSETZEN

Im Koalitionsvertrag hat Deutschland sich zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bekannt. Sie muss für alle Kinder vorbehaltlos gelten. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine Anhebung der aufenthalts- und asylrechtlichen Verfahrensfähigkeit von 16 auf 18 Jahre durchgesetzt.

Außerdem hat die EU 2013 mehrere Verbesserungen für minderjährige Asylbewerber beschlossen, unter anderem bei Aufnahme- und Verfahrensbedingungen. Auch dies erfordert Änderungen im deutschen Asyl- und Aufenthaltsrecht.

I) BILDUNGSTEILHABE GEWÄHRLEISTEN: FRÜHKINDLICHE BILDUNG UNTERSTÜTZEN UND SCHULISCHE BILDUNGSTEILHABE VON FLÜCHTLINGSKINDERN SICHERN

Frühzeitige Förderung erleichtert die Integration. Wir wollen die Aufklärung der Eltern über die vorhandenen Möglichkeiten verbessern.

Außerdem wollen wir Sprachförderung und Sprachstandsfeststellungen verbindlich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Kitas verbessert und die Angebote an Kitaplätzen erweitert werden.

Auch für Flüchtlingskinder gilt die Schulpflicht von Anfang an! Zur Einstufung der Kinder, die ohne Zeugnisse kommen, sind z.B. Untersuchungen zu den Kompetenzen der Kinder nötig. Dafür ist speziell ausgebildetes Personal erforderlich.

J) GUTES AUFWACHSEN FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE IN GANZ DEUTSCHLAND SICHERSTELLEN

Kinder und Jugendliche, die unbegleitet kommen, stehen in unserem Land unter besonderem Schutz. Wir wollen ihnen in allen Bundesländern Bedingungen für gutes Aufwachsen schaffen und unsere Politik in Bund, Ländern und Kommunen an der UN-Kinderrechtskonvention ausrichten. Die Kinder und Jugendlichen sollen die Chance haben, fürs Leben stark zu werden. Dazu gehört ein eigener gesicherter Aufenthaltsstatus mindestens bis zum Ende einer Berufsausbildung. Das Kindeswohl ist unser Maßstab, am Primat der Kinder- und Jugendhilfe für alle Maßnahmen werden wir festhalten. Mit der Möglichkeit einer bundesweiten Umverteilung werden wir die Betreuung entsprechend den Standards der Jugendhilfe gewährleisten und das Kindeswohl mit bundesweit gültigen Standards sicherstellen. Die Belastungen der Kommunen werden auf diese Weise gerechter verteilt. Dabei soll finanzieller Ausgleich tatsächlicher Umverteilung vorgehen. Clearingverfahren müssen weiter gewährleistet sein.

K) GEFLÜCHTETE FRAUEN SCHÜTZEN

Der besonderen Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen muss Rechnung getragen werden. Oft sind sie traumatisiert durch Formen sexualisierter Gewalt. Ein besonderer Schutzbedarf besteht auch bei Schwangerschaften oder für Alleinerziehende. Wir fordern eine effektive Umsetzung der EU-Richtlinien, die dies aufgreifen.

L) RESETTLEMENT-PROGRAMM AUSWEITEN

Das sogenannte Resettlement-Verfahren, bei dem besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Ausland aufgenommen werden, soll in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fortgesetzt, verstetigt und spätestens 2015 quantitativ in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz (IMK) deutlich ausgebaut werden. Wir werden den Familiennachzug bei Resettlement-Flüchtlings erleichtern.

2009 hat Deutschland 2.500 Iraker aus Syrien und Jordanien aufgenommen. 2013 und 2014 gab es zwei Bundesprogramme zur Aufnahme von Syrern. Parallel haben die meisten Länder eigene Aufnahmeprogramme aufgelegt.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Verstetigung und den Ausbau des Programms durchgesetzt. So kann Geflüchteten eine neue Perspektive geboten werden. Die Rechtsstellung von sogenannten Resettlement-Flüchtlings muss zudem an diejenige für Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention angeglichen werden. Insbesondere sind ein schnellerer Zugang zur Niederlassungserlaubnis und ein verbesserter Ausweisungsschutz vonnöten.

M) UNTERSTÜTZUNG BÜRGERSCHAFTLICHER INITIATIVEN ZUR BETREUUNG UND UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen in Deutschland ist eine öffentliche Aufgabe. Politik und Verwaltung sind hier in der Verantwortung. Sie müssen den gesetzlichen und materiellen Rahmen setzen, in dem Integration möglich wird.

Trotzdem sind die vielen Nachbarschaftsinitiativen, die sich in den letzten Monaten und Jahren in der direkten Umgebung von Flüchtlingsunterkünften gegründet haben, unverzichtbar. Sie unterstützen die Menschen direkt vor Ort, indem sie Begegnungen schaffen, Sachmittel spenden oder Freizeitangebote organisieren. Sie sind da, wenn im Stadtteil oder Quartier über die Aufnahme von Flüchtlingen

gen diskutiert wird. Sie vermitteln bei Konflikten, sie helfen, ein möglichst spannungsarmes Zusammenleben zu ermöglichen.

Dieses ehrenamtliche Engagement hilft bei den ersten Schritten zur Integration der geflüchteten Frauen, Männer und Kinder.

Allen Aktiven, den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und örtlichen Initiativen gebührt daher großer Dank und Anerkennung. Sie alle leisten für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft einen bedeutenden Dienst. Wir danken allen Menschen, die sich für Flüchtlinge und gemeinsam mit ihnen engagieren. Das ist gelebte Solidarität! Wir unterstützen dieses ehrenamtliche Engagement und setzen uns dafür ein, dass den Initiativen auch die Förderprogramme der öffentlichen Hand offenstehen. Um die ehrenamtlichen Initiativen, die Nachbarschaften in unmittelbarer Umgebung von Flüchtlingsunterkünften und auch unsere Mitglieder zu unterstützen, wollen wir gebündelt umfassende und gleichzeitig verständliche Informationen bereitstellen. Auch wollen wir öffentliche Anlaufstellen für Ehrenamtliche schaffen. Diese sollen Auskunft darüber geben, welche gesetzgeberischen Maßnahmen die Politik bisher ergriffen hat und welche Hilfe für Flüchtlinge vor Ort möglich ist – z.B. beim Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- oder Freizeitangeboten.

IV. AKTIVE SOLIDARITÄT LEBEN – SPD HILFT MIT

Wir Sozialdemokratinnen und -demokraten zeigen uns solidarisch mit den Flüchtlingen, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen. Und wir sehen: Die Hilfs- und Spendenbereitschaft für die Flüchtlinge ist derzeit groß. Unser Anspruch ist es, dass dies auch bei absehbar weiter steigenden Flüchtlingszahlen so bleibt.

Solidarische sozialdemokratische Politik muss immer die tatsächlichen Probleme vor Ort in den Blick nehmen und muss praktische

Hilfen anbieten, um diese Probleme zu lösen. Gerade bei der Aufnahme von Flüchtlingen ist es wichtig, dass wir uns offensiv mit Integrationsgegnerinnen und Integrationsgegnern auseinandersetzen, deren Ziel es ist, Ängste vor den Flüchtlingen zu schüren. Rechte Kräfte dürfen hier nicht die Debattenhoheit erlangen!

Wir wollen im Gegensatz dazu eine Gesellschaft, in der Willkommenskultur und klare Regeln für alle Hand in Hand gehen. Deshalb hören wir dort zu, wo Menschen Ängste vor den neuen Nachbarn haben, und helfen praktisch bei der Vermittlung zwischen den Interessen.

Einige SPD-Gliederungen haben bereits Diskussionsrunden mit den politischen Verantwortlichen vor Ort und den Flüchtlingsräten zum Thema Unterbringung geführt, andere haben eigene Broschüren zu den rechtlichen Rahmenbedingungen erstellt. Wir unterstützen diese Vorhaben aktiv, z.B. mit einem Aktionsblatt für unsere Gliederungen „Flüchtlinge in der Nachbarschaft willkommen heißen“, das konkrete Hinweise für die Organisation solcher Diskussionsrunden gibt und außerdem darüber informiert, wie man Flüchtlinge am besten unterstützen und auch gemeinsam mit ihnen etwas bewegen kann.

Auf <http://www.spd.de/aktuelles/Fluechtlingspolitik> haben wir außerdem eine Internetseite eingerichtet, die aktuelle Informationen zu Fluchtursachen und dem ganz praktischen Aufnahmeverfahren in Deutschland zusammenstellt und Ansprechpartner benennt, um selbst aktiv Flüchtlingen mit Sachspenden, Geld oder Zeit zu helfen. Viele Unterstützer- und Nachbarschaftsinitiativen leisten bereits hervorragende Arbeit dabei, Flüchtlinge willkommen zu heißen und sie im Alltag zu unterstützen und Begegnungen zwischen den neuen Nachbarn zu fördern. Hier sind auch viele Sozialdemokratinnen und -demokraten aktiv.

BESCHLUSS: SICHERE LEBENSMITTEL DÜRFEN KEINE FRAGE DES GELDBEUTELS SEIN

Gesunde Lebensmittel müssen für alle Menschen in unserem Land verfügbar und auch erschwinglich sein. Diese Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit gesunder Lebensmittel ist ein soziales Grundrecht!

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf vertrauen können, für ihr Geld unbedenkliche Lebensmittel zu bekommen, egal ob in den Regalen der Supermärkte, an Ladentheken, Marktständen, über den Online-Handel oder in der Gastronomie. Dieses Recht muss für alle gelten – unabhängig vom Geldbeutel. Für Kinder und Jugendliche ist in den Kitas und Schulen der Anspruch auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung sicherzustellen.

Landwirte, Lebensmittelproduzenten und Handel arbeiten in Deutschland mit hoher Qualität. Verbraucherschutz und die Produktion sowie der Vertrieb gesunder Lebensmittel sind für die allermeisten Unternehmen zentrale Bestandteile ihrer Unternehmensphilosophie. Wahr ist aber auch, dass es in Deutschland gegenwärtig Bedingungen in der Fleischproduktion gibt, die teilweise zu schwerwiegenden Missständen auf Kosten der Lebensmittelqualität führen. Leidtragende sind nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die bäuerlichen Erzeugerinnen und Erzeuger, die Beschäftigten in der Fleischindustrie, die Tiere und die Umwelt.

Um ein Angebot von qualitativ hochwertigen, für jeden bezahlbaren Lebensmitteln sicherzustellen, sind die bestehenden Strukturen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft von der Produktion über die Verarbeitung und den Transport und Handel bis zum Konsum auf den Prüfstand zu stellen. Systeme, bei denen unsere Versorgung mit Lebensmitteln auf Ausbeutung von Menschen beruht und die Tiere zu Industrieprodukten degradieren, werden wir in unserem Land

nicht länger dulden. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen auch in der Fleischindustrie gelten.

1. WERTSCHÄTZUNG VON LEBENSMITTELN

Tierische Produkte wie Fleisch, Milch und Eier sind wertvolle Lebensmittel. Ihre Erzeugung aus artgerechter Haltung und ihre fachgerechte Verarbeitung sind arbeits- und kostenintensiv. Produktionsbedingungen und Kosten gehen aber selten klar aus den Etiketten hervor. Doch faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen liegen im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie fördern den Qualitätswettbewerb und minimieren das Risiko von Lebensmittel-Skandalen.

A) FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN GESUNDE ERNÄHRUNG IN KITAS UND SCHULEN ERMÖGLICHEN

Ernährungsweisen und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Lebensmitteln werden schon im Kindesalter geprägt. Den Wert von Nahrungsmitteln lernen Kinder besser schätzen, wenn sie schon früh Freude am Essen und Interesse am Ursprung von Lebensmitteln entwickeln.

Deshalb müssen wir bei der Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen ansetzen und für alle Kinder und Jugendlichen ausgewogene und leckere Mahlzeiten sicherstellen. Dabei ist es ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, die Finanzierbarkeit für alle zu sichern. Eine gesunde Ernährung ist eine wichtige Basis für gute Startchancen ins Leben, sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Dieses

PARTEIVORSTAND,
15.12.2014

für die Zukunft unserer Gesellschaft wichtige Ziel darf nicht länger durch die Frage der Finanzierbarkeit blockiert werden.

B) SOUVERÄNITÄT DER VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER STÄRKEN

Über den Inhalt ihres Einkaufskorbs bestimmen Verbraucherinnen und Verbraucher die Bedingungen, zu denen tierische Lebensmittel erzeugt werden, maßgeblich mit. Um selbstbestimmte und verantwortungsvolle Kaufentscheidungen zu treffen, müssen sie aber gute von schlechten Angeboten unterscheiden können.

Hierfür ist die Kennzeichnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft einfacher und verbraucherfreundlicher zu regeln. Der Produktionsort, die Fütterung (mit oder ohne GVO-Pflanzen) und die Tierschutzstandards, die bei der Haltung, beim Transport und beim Schlachten von Tieren eingehalten werden, müssen Verbraucherinnen und Verbrauchern transparent kommuniziert werden.

Die Konzentration im deutschen Einzelhandel versetzt die wenigen Supermarktketten hierzulande in eine starke Machtposition gegenüber den Zulieferern. So bestimmt vor allem der Lebensmitteleinzelhandel die Preise und damit die Produktions- und Arbeitsbedingungen. Der Kampf um die Gunst der Verbraucherinnen und Verbraucher wird über einen enormen Preisdruck ausgefochten, der zu Lasten der Erzeuger, Zulieferer und der dort Beschäftigten geht. Die SPD setzt sich deshalb für die Schaffung einer Ombudsstelle ein, bei der unfaire Handelspraktiken anonym gemeldet werden können.

C) LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG EINDÄMMEN

Dumping-Preise für Lebensmittel führen dazu, dass bei Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Verzehr zu wenig auf Qualität und einen sparsamen Umgang mit unseren Ressourcen geachtet wird. Das Wegwerfen ist oftmals günstiger als die Weiterverarbeitung und viele noch zum Verzehr geeignete Lebensmittel landen im Müll. Die mangelnde Wertschätzung und die Verschwendung von Lebensmitteln haben nach wie vor ein beschämendes Ausmaß.

Der Kampf dagegen muss auf allen Stufen der Wertschöpfungskette angegangen werden, denn verantwortlich für die Verschwendung sind nicht allein die Verbraucherinnen und Verbraucher. Ausgehend von der Landwirtschaft müssen gemeinsam mit den herstellenden Betrieben, dem Handel und anderen Wirtschaftsbeteiligten auf jeder Stufe der Kette Maßnahmen entwickelt werden, um die Verschwendung wertvoller Ressourcen einzudämmen. Dabei müssen auch die Unternehmen stärker einbezogen werden, u.a. durch die Vereinbarung branchenspezifischer Zielmarken zur Reduzierung von Abfall.

2) ANTIBIOTIKA-RESISTENZEN KONSEQUENT VORBEUGEN

Zunehmend erschüttern Meldungen über Funde von multiresistenten Keimen auf Fleischprodukten das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Sicherheit von Lebensmitteln. Die Sorge um Antibiotika-Resistenzen wächst und ist sehr ernst zu nehmen. Denn resistente Krankheitserreger stellen eine gravierende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar.

Der umfangreiche Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung begünstigt die Entstehung und Ausbreitung von resistenten Keimen. Gesunde Tiere in den Ställen und ein fachgerechter Umgang mit Antibiotika sind deshalb ein wichtiger Beitrag für einen besseren gesundheitlichen Verbraucherschutz.

A) ARTGERECHTE NUTZTIERHALTUNG FÖRDERN

Tiere, die zusammengepfercht auf engem Raum unter schlechten Hygiene- und Haltungsbedingungen ihr Dasein fristen, werden krank. Der Bedarf an Antibiotika steigt. Für die SPD ist daher klar: Haltungsbedingungen müssen den Tieren angepasst werden und nicht umgekehrt.

Eine Weiterentwicklung der Haltungssysteme und des Hygienemanagements ist notwendig. Wir wollen flächendeckend tierschutzgeprüfte Stallsysteme in den landwirtschaftlichen Betrieben. Bewegungsfreiheit und ein ausreichendes Platzangebot ist Voraussetzung für eine tier- und verhaltensgerechte Unterbringung.

Bisherige Züchtungskonzepte müssen hinterfragt werden. Die kurze Mastdauer von Hühnern, Puten und Schweinen und die schnelle Gewichtszunahme schwächen den Organismus der Tiere und machen sie krank. Auch dies befördert den Einsatz von Antibiotika. Ebenso müssen wir uns um den Antibiotika-Einsatz bei Milchkühen, Sauen, Legehennen und Fischzuchten kümmern.

B) MISSBRAUCH VON ANTIBIOTIKA BEENDEN

Wir wollen gesunde Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie sollen vor resistenten Keimen geschützt werden. Dafür sind strengere Vorschriften für die Anwendung von Antibiotika in der Tierhaltung erforderlich. Reserveantibiotika, die in der Humanmedizin hoch wirksam sind, dürfen in der Tierhaltung nicht eingesetzt werden. Das muss auch auf Länderebene streng und konsequent überwacht und durchgesetzt werden.

Auch die Preisgestaltung für abgegebene Tierarzneimittel und die Arzneimittelpreis-Verordnung gehören auf den Prüfstand. Der Verkauf von Antibiotika muss so geregelt sein, dass kein wirtschaftlicher Anreiz zu einer übermäßigen Abgabe besteht. Tierärzte müssen für ihre Beratungs- und Behandlungstätigkeit bezahlt werden. Für alle Tierärzte müssen die gleichen Abgabepreise für Tierarzneimittel gelten. Hohe Rabatte, die großen Tierarztpraxen eingeräumt werden, wenn sie Antibiotika in großen Mengen abnehmen und weiterverkaufen, stellen einen erheblichen Anreiz zum Missbrauch dar.

C) TIERGESUNDHEITSRECHT NEU ORDNET

Die Vorschriften zu Tierarzneimitteln im Arzneimittelgesetz sind unübersichtlich und in weiten Teilen nicht mehr nachvollziehbar. Das liegt auch daran, dass in Deutschland Human- und Tierarzneimittel in einem Gesetz geregelt werden. Ein eigenständiges Tiergesundheitsrecht ist deshalb notwendig. Dadurch können auch besondere Anforderungen an die Tiergesundheit direkt in ein neues Tiergesundheitsgesetz aufgenommen werden, das auch Tierarzneimittel umfasst.

Die SPD setzt sich für eine für die Verbraucherinnen und Verbraucher gesunde, tierschutzgerechte und nachhaltige Fleischerzeugung in bäuerlichen Strukturen ein. Dabei ist das Recht auf gute Lebensmittel aus artgerechter Tierhaltung unmittelbar verknüpft mit der gesellschaftlichen Aufgabe, verantwortungsvoll mit tierischen Nahrungsmitteln umzugehen.

